

# Bohemia

Zeitschrift für Geschichte und Kultur  
der böhmischen Länder  
A Journal of History and Civilisation  
in East Central Europe

Herausgegeben  
im Auftrag des Collegium Carolinum  
von Ferdinand Seibt, Hans Lemberg  
und Jörg K. Hoensch (†)

in Verbindung mit Manfred Alexander, Peter Burian,  
John M. Clifton-Everest, Winfried Eberhard, Horst Förster,  
Rudolf Jaworski, Walter Schamschula, Georg R. Schroubek,  
Helmut Slapnicka, Stanley B. Winters

---

Band 42

Heft 2

2001

---

## INHALT

### SOZIALGESCHICHTLICHE KOMMUNISMUSFORSCHUNG

Heumos, Peter: Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung: Industriearbeiter in der Tschechoslowakei, der DDR und in Polen . . . . .	205
Boyer, Christoph: Arbeiter im Staatssozialismus: Ein Leitfaden in theoretischer Absicht . . . . .	209
Hübner, Peter: Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR . . . . .	220
Jajeśniak-Quast, Dagmara: Soziale und politische Konflikte der Stahlarbeiter von Nowa Huta während der sozialistischen Transformation . . . . .	244

## II

Schevardo, Jennifer: Rüstungsindustrie als „Entwicklungshilfe“. Die Umsiedlung von Produktionskapazitäten aus Westböhmen in die Slowakei . . . . .	269
Janák, Dušan: Zur sozialen Lage der Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Revier 1945–1955 . . . . .	290
Mašata, Jiří: Der Kreisgewerkschaftsrat in Ostrau und die Entwicklung der Lohnsysteme 1949–1959 . . . . .	307
Heumos, Peter: Aspekte des sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Reformbewegung der sechziger Jahre . . . . .	323
Kalinová, Lenka: Die Position der tschechischen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zur ökonomischen und sozialen Reform in den sechziger Jahren . . . . .	363

## LITERATUR- UND FORSCHUNGSBERICHTE

Höhne, Steffen: Die Tschechische Bibliothek . . . . .	381
Winkler, Martina: Alte Bilder und neue Perspektiven: Aktuelle Arbeiten zur slowakischen Geschichte . . . . .	391

## CHRONIK

Sozialgeschichte der böhmischen Länder im 18., 19. und 20. Jahrhundert (Jana Macháčová) . . . . .	405
Der XII. Kongreß der Slowakischen Historischen Gesellschaft (Dušan Kováč) . . . . .	408
„Tripolis Praga“: Die Prager Moderne, deutsch – jüdisch – tschechisch (Susanne Fritz) . . . . .	410
Ostmitteleuropäische Kunsthistoriographien und der nationale Diskurs (Michaela Marek) . . . . .	412
Zur Ikonographie des Heimwehs. Erinnerungskultur von Heimatvertriebenen (K. Erik Franzen) . . . . .	417
Der Beitrag der ostmitteleuropäischen Staaten zur erweiterten Europäischen Union (Stephanie Weiss) . . . . .	421
„Bruck am Hammer/Brod nad Tichou“ – ein deutsch-tschechisches Studienprojekt (Ursula Küppers, Joseph Liebl, Christine Lorenz) . . . . .	423
Mir träumte von Teddy Thälmann – Sozialistische Helden (Christiane Brenner) . . . . .	426
Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität (Peter Haslinger) . . . . .	430
Franz Kafka in Prag und anderswo (Andreas Ströhl) . . . . .	434

## NEUE LITERATUR

O dějinách a politice. Janu Křenovi k sedmdesátinám (Hans Lemberg) . . . . .	441
Hergemöller, Bernd-Ulrich: Cogor adversum Te (Ferdinand Seibt) . . . . .	443
Mikulec, Jiří: Barokní bratrstva v Čechách (Ferdinand Seibt) . . . . .	444
Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa (Jiří Mikulec) . . . . .	445
Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa (Bedřich Loewenstein) . . . . .	448
Kutnar, František/Marek, Jaroslav: Přehledné dějiny českého a slovenského dějepiscství (Tobias Weger) . . . . .	449

Geschichtliche Mythen in den Literaturen und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas (Marika Werner) . . . . .	451
Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen (Hans Lemberg) . . . . .	454
Auf der Suche nach der poetischen Zeit. Der Prager Davidsbund (Steffen Höhne) . . . . .	457
Mýtus a realita hospodářské vyspělosti Československa mezi světovými válkami (Christoph Boyer) . . . . .	458
Scheuermann, Martin: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung? (Volker Zimmermann) . . . . .	460
Wixforth, Harald: Auftakt zur Ostexpansion (Freia Anders) . . . . .	462
Eckert, Rainer: Emigrationspublizistik und Judenverfolgung (Jörg Osterloh) . . . . .	465
Petrův, Helena: Právní postavení židů v Protektorátu Čechy a Morava (Helena Srubar) . . . . .	467
Prager Professoren 1938–1948 (Ferdinand Seibt) . . . . .	468
Franzen, K. Erik: Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer (Tomáš Staněk) . . . . .	470
Vykoukal, Jiří/Litera, Bohuslav/Tejchman, Miroslav: Východ (Detlef Brandes) . . . . .	474
Kastner, Quido: Osídlování českého pohraničí od května 1945 (Andreas Wiedemann) . . . . .	478
Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland (K. Erik Franzen) . . . . .	480
Späti, Christoph: Die Schweiz und die Tschechoslowakei 1945–1953 (Daniel C. Schmid) . . . . .	482
Im Dienst der gemeinsamen Sache. Wolfgang Scheur und Prag (Hans Lemberg) . . . . .	484
Zpráva Českého helsinského výboru o stavu lidských práv v České republice (Helmut Slapnicka) . . . . .	485
SUMMARIES . . . . .	487
RÉSUMÉS . . . . .	492
RESUMÉ . . . . .	497
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS . . . . .	502
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DES HEFTES . . . . .	504

BOHEMIA. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder erschien von Jahrgang 1 (1960) bis 20 (1979) als: BOHEMIA. Jahrbuch des Collegium Carolinum. Begründet und bis Jahrgang 25 (1984) herausgegeben von Karl Bosl.

Redaktion: Christiane Brenner, Collegium Carolinum, Hochstraße 8/II, D-81669 München.

Tel.: (+ 49) 089/4488393 Fax: (+ 49) 089/486196 e-mail: christiane.brenner@extern.lrz-muenchen.de oder post.cc@extern.lrz-muenchen.de <http://www.collegium-carolinum.de>

Herausgeber: Prof. Dr. PhDr. h. c. Ferdinand Seibt (verantwortlich), Prof. Dr. Jörg K. Hoensch und Prof. Dr. Hans Lemberg, Collegium Carolinum, Hochstraße 8, D-81669 München.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger, Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Für Form und Inhalt der einzelnen Beiträge tragen die Verfasser die Verantwortung.

Rezensionsexemplare und Zuschriften sind an die Redaktion zu richten.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Übersetzung, Nachdruck – auch von Abbildungen –, Vervielfältigung auf photomechanischem oder ähnlichem Wege oder im Magnettonverfahren, Vortrag, Funk- und Fernsendedung sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. Werden von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen einzelne Vervielfältigungsstücke im Rahmen des § 54 UrhG hergestellt und dienen diese gewerblichen Zwecken, ist dafür eine Vergütung gem. den gleichlautenden Gesamtverträgen zwischen der Verwertungsgesellschaft Wissenschaft GmbH (ehemals Inkassostelle für urheberrechtliche Vervielfältigungsgebühren GmbH), 60311 Frankfurt/Main, Großer Hirschgraben 17–21 und dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., dem Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V., dem Bundesverband deutscher Banken e.V., dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und dem Verband der privaten Bausparkassen e.V., an die VG Wissenschaft zu entrichten. Die Vervielfältigungen sind mit einem Vermerk über die Quelle und den Vervielfältiger zu versehen. Erfolgt die Entrichtung der Gebühren durch Wertmarken der VG Wissenschaft, so ist für jedes vervielfältigte Blatt eine Marke von DM 0,40 zu verwenden.

Bezugsbedingungen: Pro Jahr erscheint ein Band in zwei Hefen. Einzelheft DM 48,- (€ 24,54), Jahresabonnement DM 82,- (€ 41,93). Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht.

Zahlungen erbitten wir an den Verlag R. Oldenbourg (Abt. Zeitschriften) München, auf unsere Konten bei der Postbank NL München Nr. 64950-809, BLZ 700 100 80, oder bei der Bayerischen HypoVereinsbank München Nr. 6483542, BLZ 700 202 70.

Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der BOHEMIA sind in einer Adresskartei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Verlag und Anzeigenverwaltung: OLDENBOURG WISSENSCHAFTSVERLAG, Rosenheimer Straße 145, 81671 München (<http://www.oldenbourg-verlag.de>). Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die Firma R. Oldenbourg GmbH & Co. KG unter der gleichen Anschrift. Sie wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin R. Oldenbourg Verwaltungs GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München, vertreten.

Außerdem sind nachstehende Kommanditisten beteiligt: Elisabeth Alber, Hausfrau, Rieden/Tirol; Hedwig Geupel, Hausfrau, Oberhaching; Baronin Silvia von Maydell, Hausfrau, München; Christian Krafft von Dellmensingen, Parispany/USA; Gabriele von Bomhard, Kindergärtnerin, München; Christa von Bomhard, Sekretärin, München; Maria Freifrau von Meyern-Hohenberg, Hausfrau, München; Gräfin Inge Schönborn, Geschäftsführerin, München; Nelly Reichhold, Hausfrau, Iching; Dr. Roswitha Sieper, Oberstudienrätin, München; Dr. John C. Oldenbourg, Übersetzer, München; Andreas D. Oldenbourg, Rechtsreferendar, München; Thomas A. Oldenbourg, Dipl.-Kfm., München; Hanna Sychily, Hausfrau, Bad Reichenhall; Dr. Rolf-Dieter Schmid, Nürnberg; Axel Schmid, München; Wilhelm Schmid, Major a.D., Regensburg; Barbara Müller, Hannover; Emmy Oldenbourg, Private, München; Hans A. Fieser, Dipl.-Ing., Steinebach; Irmgard Fieser, Hausfrau, Steinebach; Hans Herbert Fieser, Dipl.-Kfm., Lindenfels; Heidi Fieser, Sekretärin, Salem; Reinhard Fieser, Heimleiter, Esslingen; Dr. Rudolf Oldenbourg, Verleger, München; Johannes Oldenbourg, Dipl.-Math., München; Christoph Oldenbourg, Restaurator, München; Louise Oldenbourg, Grafikerin, München; Walter Oldenbourg, Verleger, München; Eva Lange, Hausfrau, München; Dr. Helene Hahn, Ärztin, Bremen; Edith Müller, Hausfrau, Hamburg; Brigitte Reiner, Hausfrau, Haar; Heinz Reiner, Arzt, Haar; Eberhard Oldenbourg, Kaufmann, München; Eva May, Studienrätin, München; Paul Oldenbourg, Ingenieur, München; Wolfgang Oldenbourg, Kaufmann, München; Doris Kühnackl, Lehrerin, München; Regine Oldenbourg, Geschäftsinhaberin, München; Albrecht Oldenbourg, Student, München; Gertrud Oldenbourg, Archivangestellte, Bremen; Paul Schröder sen., Den Haag; Anne Schröder, Den Haag; Thomas Schröder, Verlagskaufmann, Hamburg; Nicola Schröder, Den Haag; Paul Schröder jun., Den Haag; Brigitte Fertl, Hausfrau, München; Inge von Negelein, Kindergärtnerin, München; Dr. Friedrich Rosenkranz, Physiker, München; Ilse Edelstein, Berlin; Dr. Karl von Cornides, Verleger, Wien; Dr. Thomas von Cornides, Verleger, München; Dr. Elisabeth Garms, Hausfrau, Rom; Hedwig Kloepfer, Private, Söchtenua; Cécilie von Cornides, Therapeutin, Rieden/Tirol; Dr. Rudolf von Cornides, Amtsarzt, Innsbruck; Margit von Cornides, Hausfrau, Bonn; Cristoph von Cornides, Volkswirt, Bonn; Gabriele Hommes, Aachen; Bankhaus H. Aufhäuser, München.

Satz: Verlagsdruckerei Michael Laßleben, Lange Gasse 19, 93183 Kallmünz

Druck und Einband: Verlagsdruckerei Michael Laßleben, Lange Gasse 19, 93183 Kallmünz

## EDITORIAL

### SOZIALGESCHICHTLICHE KOMMUNISMUSFORSCHUNG: INDUSTRIEARBEITER IN DER TSCHECHOSLOWAKEI, DER DDR UND IN POLEN

*Von Peter Heumos*

Im Rahmen des Forschungsprojekts zur Sozialgeschichte der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei 1945–1989, das – gefördert von der Volkswagen-Stiftung – am Collegium Carolinum durchgeführt wird, haben zwei Workshops stattgefunden: Der erste, am 3.–4. Juni 1999 in München, befaßte sich vor allem mit Forschungsproblemen und methodischen Fragen,<sup>1</sup> der zweite, am 27.–28. April 2000 in Prag, diente dem Vergleich zwischen Aspekten der sozialen Lage und Entwicklung der Industriearbeiter in der Tschechoslowakei, der DDR und in Polen in der kommunistischen Ära. In diesem Heft werden sechs der insgesamt acht Referate des Prager Workshops abgedruckt, dazu Aufsätze von Jennifer Schevardo und Christoph Boyer. Beiden ist für ihr Engagement noch einmal besonders zu danken.

Ein Bericht über den Verlauf der Prager Tagung von Christiane Brenner wurde bereits in der *Bohemia* veröffentlicht.<sup>2</sup> Christoph Boyer, der an beiden Veranstaltungen teilgenommen hat, unternimmt es in seinem Beitrag für dieses Heft, die Referate des Workshops in größere methodische und theoretische Zusammenhänge zu stellen. Damit ist das Wichtigste über die Tagung selbst schon gesagt, und die Einleitung kann mit einigen Bemerkungen auf den Ausgangspunkt der Tagung eingehen, das eingangs genannte Forschungsprojekt.

Das Forschungsvorhaben zur Sozialgeschichte der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei 1945–1989 beruht auf der Zusammenarbeit mit fünf tschechischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern: Eva Hošková, Květa Jechová, Lenka Kalinová, Karel Kaplan und Jiří Pokorný, die jeweils einen Teilbereich des Projekts in unterschiedlicher Form (Dokumentationen, Quellensammlungen, zusammenfassende Berichte, statistische Auswertungen spezifischer Quellengattungen etc.) bearbeitet haben. Für die schriftliche Fassung des Projekts werden darüber hinaus auch die Ergebnisse zahlreicher Arbeitsbesprechungen und Diskussionen genutzt werden, die mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Forschungsprojekts über konzeptionelle Fragen, die Quellenproblematik und die Gewichtung einzelner Themenbereiche geführt wurden.

Die Kooperation ist so auf der einen Seite sehr produktiv gewesen, sie sollte aber auf der anderen Seite nicht zu einem erbaulichen Brückenschlag stilisiert werden:

---

<sup>1</sup> Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei in den fünfziger und sechziger Jahren. Forschungsprobleme, Methoden, Vergleichsperspektiven. *BohZ* 40 (1999). 505–507.

<sup>2</sup> Die Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei, der DDR und in Polen 1945–1990. *BohZ* 41 (2000). 194–197.

Die Unterschiede in methodischen und methodologischen Fragen sowie in der durch jeweils andere Erfahrungen vermittelten Wahrnehmung des kommunistischen Systems erwiesen sich als beträchtlich. Vielleicht wird das der Untersuchung zugute kommen, denn diese Unterschiede haben dazu gezwungen, die eigenen Erklärungsmuster und Kategorien zu präzisieren und für „Importe“ offen zu halten.

Schwerpunkt der Untersuchung ist die betriebliche Sphäre; das ist durch die Quellenlage bedingt. Es ergibt sich aus der überragenden politischen Bedeutung der „Arbeitsfront“ für das kommunistische System, daß die Masse der Informationen über die Industriearbeiterschaft über Quellen vermittelt wird, die sich auf die betrieblichen Verhältnisse und den Produktionsprozeß beziehen. Die Quellengrundlage der Arbeit bilden daher die Bestände des Gewerkschaftsarchivs in Prag.

Die Untersuchung rückt, wie an anderer Stelle schon ausgeführt wurde,<sup>3</sup> die Perspektive der Industriearbeiter selbst in den Vordergrund, ihre Erwartungen und Vorstellungen, ihre Sicht der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, ihre Verhaltens- und Handlungsweisen, soweit diese Momente strukturbildend gewesen sind. Zu den größeren thematischen Bereichen der Arbeit gehört die Frage, wo und mit welcher Intensität die Konfliktlinien zwischen der Industriearbeiterschaft und den politischen und gewerkschaftlichen Machtapparaten verliefen, in welchen Formen Konflikte ausgetragen wurden und welche Rückwirkungen sie auf die Politik der KPTsch und der Gewerkschaften wie andererseits auf die Arbeiter hatten. Kooperation mit und Integration in das kommunistische System sind die Stichworte eines weiteren Themenkomplexes, der sich u. a. mit der Entwicklung der sozioökonomischen Lage und des Lebensstandards der Industriearbeiter befassen wird. Dort ist auch zu diskutieren, ob der in der Literatur generell, nicht nur im Blick auf die Industriearbeiter unterstellte Legitimationsmodus der KPTsch (Beschaffung von Massenloyalität durch Befriedigung materieller Bedürfnisse) nicht zu einfach konstruiert ist, um das vielschichtige Verhältnis zwischen Industriearbeiterschaft und kommunistischem System erfassen zu können. Welche Indizien für Loyalität überhaupt vorliegen und unter welchen Voraussetzungen sich Loyalitätsstrukturen im industriellen Milieu bildeten, soll in diesem Zusammenhang ebenfalls erörtert werden.

Ein anderes Kapitel stellt die Frage nach Grenzen und Möglichkeiten der politischen Mobilisierung und ideologischen Formierung der Arbeiter auf Betriebsebene dar. Exemplarisch soll dies an den Betriebsklubs untersucht werden, den Trägern einer auf Produktions- und Produktivitätssteigerung hin funktionalisierten „Arbeitskultur“. Die Betriebsklubs geben für eine solche Untersuchung viel her, weil die praktischen Ergebnisse ihrer politisch-ideologischen Zielsetzungen in vergleichsweise nüchternen Analysen und Berichten breit dokumentiert sind.

Unerläßlich ist es vor allem – darauf hat Karel Kaplan während des Prager Workshops zu Recht hingewiesen –, die Kategorie „Industriearbeiterschaft“ genauer zu bestimmen. Ihre permanente Umschichtung von der nationalsozialistischen Kriegs-

---

<sup>3</sup> Heumos, Peter: K sociálním dějinám průmyslového dělnictva v Československu v letech 1945–1968 [Zur Sozialgeschichte der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945–1968]. Dějiny a současnost 4 (2000). 35–38.

wirtschaft bis in die sechziger Jahre hinein, der massenhafte Zustrom anderer sozialer Gruppen in die Industrie, die hohe zwischenbetriebliche Mobilität in den fünfziger Jahren, die administrative Arbeitskräftelenkung im Zuge der „sozialistischen Industrialisierung“ wie schließlich die Tatsache, daß um die Mitte der fünfziger Jahre rund ein Drittel der Industriearbeiter eine landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung ausübte und in einem anderen sozialen Milieu lebte als die (groß)städtischen Industriearbeiter – dies alles läßt von vornherein nicht vermuten, daß wir es mit einer sozialen Klasse mit hohem Homogenitätsgrad zu tun haben, sondern eher mit einer flottierenden, relativ offenen Erwerbsklasse, deren Binnenstrukturen sich erst in den sechziger Jahren zu stabilisieren begannen. Dennoch entwickelten sich auch unter diesen Bedingungen einer schon auf den ersten Blick zu vermutenden „Klassen-Entbildung“ (Kocka) nach 1948 rasch kollektive Überzeugungen und Handlungsmuster, die der Industriearbeiterschaft ein eigenes Profil gaben. Dieses bewahrte – trotz aller sozialen Umbrüche und Verwerfungen seit 1938 – auch traditionelle Elemente der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit, insbesondere im Bereich der sozialen Organisation, wie an der Debatte über die Reform der Einheitsgewerkschaft im Jahr 1968 abzulesen ist.

Das Forschungsvorhaben profitiert von der Fülle statistischer Daten tschechoslowakischer bzw. tschechischer und slowakischer Untersuchungen zur Geschichte der Industriearbeiterschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Untersuchungen konzentrieren sich auf die Analyse der sozialen Makrostrukturen der Industriearbeiterschaft im Zusammenhang mit der industriellen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Sie sind Teil einer kritischen Systemforschung zu kommunistischen Gesellschaften, die in erster Linie auf die Defizite der sozialen und wirtschaftlichen Steuerungskapazitäten des Staatssozialismus zielt und langfristig wirksame Ursachen für sein Kollabieren zusammenträgt.<sup>4</sup>

Die evolutionären Universalien, aus deren Nichtvorhandensein bzw. unzureichender Ausbildung im Staatssozialismus heute vor allem dessen Zusammenbruch erklärt wird – Prämien werden dabei besonders auf die modernisierungstheoretische Begrifflichkeit gezahlt –, sind nicht der Leitfaden unseres Forschungsprojekts. Dies vor allem deshalb nicht, weil diese Begrifflichkeit eine Verallgemeinerung voraussetzt, für die im Fall der Tschechoslowakei erst einmal die empirische Grundlage geschaffen werden muß. Was sich im Laufe der Forschungsarbeiten als integrierendes Interpretationsmuster herausgeschält hat, ist die – zugegebenermaßen weniger weitreichende – Frage nach den Grenzen kommunistischer Herrschaft. Hierfür ist die Geschichte der Industriearbeiterschaft offensichtlich ein besonders ergiebiges Beispiel. Verknüpft ist diese Frage mit der Annahme, daß auch in kommunistischen Systemen mit vergleichsweise hoher Komplexität in Fällen der Gehorsamsverweige-

---

<sup>4</sup> Beispiele für diese Forschungsrichtung sind: Kalinová, Lenka: Základní podmínky a charakteristika vývoje sociální struktury čs. společnosti v 70. a 80. letech [Grundlegende Bedingungen und Charakteristik der Entwicklung der Sozialstruktur der tschechoslowakischen Gesellschaft in den siebziger und achtziger Jahren]. Praha 1993. – Krejčí, Jaroslav/Machonin, Pavel: Czechoslovakia, 1918–92. A Laboratory for Social Change. London 1996.

rung die traditionellen Machtmittel immer unbrauchbarer wurden und andere Herrschaftsstrategien gefunden werden mußten, um das Akzeptieren bindender Entscheidungen zu gewährleisten. In der Tschechoslowakei ist das Jahr 1953 in diesem Sinn ein deutlicher Einschnitt.

Für die Formulierung und die Diskussion von Fragen dieser Art, die sich unterhalb der Kardinalfrage nach den allgemeinen Bestandsvoraussetzungen sozialistischer Systeme bewegen, war der Prager Workshop mit seiner vergleichenden Perspektive ein sehr anregendes Forum. Um diese Ansätze weiterzuführen, wird die Jahrestagung des Collegium Carolinum 2002 auf einer breiteren Grundlage den Versuch unternehmen, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen kommunistischer Gesellschaften in Zentral-, Ostmittel- und Südosteuropa während der fünfziger Jahre vergleichend zu analysieren. Wie die Ergebnisse des VW-Projekts werden auch die Beiträge dieser Tagung in Buchform dokumentiert werden.

## ARBEITER IM STAATSSOZIALISMUS: EIN LEITFADEN IN THEORETISCHER ABSICHT

Von *Christoph Boyer*

„Die Diktatur des Proletariats ist im Grunde genommen eine Demokratie“, erklärte Leopold Vaňa.

„Blödmann, wie kann 'ne Diktatur Demokratie sein! Das mußt du mir erklären!“, sagte Benda.

„Das ist die Demokratie in Bezug auf das Proletariat. Zu Arbeitern, wie dir!“

„Ich bin kein Proletarier“, wehrte Benda ab. „Ich bin gelernter Maschinenschlosser.“

Josef Škvorecký: Eine prima Saison. Ein Roman über die wichtigsten Dinge des Lebens.

Vor 1989 war in den sozialistischen Ländern Sozialgeschichte über weite Strecken zur Hagiographie „der Arbeiterklasse“ degeneriert, von (Selbst-)Zensur oder durch Sperrung der Archive behindert. In den neunziger Jahren haben sich diese Rahmenbedingungen bekanntlich grundlegend geändert. Derzeit – um wieder einmal Max Webers klassisches Diktum zu bemühen – bohren die Historiker mühsam dicke Bretter.<sup>1</sup> Hiervon zeugt auch das vorliegende Themenheft. Seine Beiträge decken, wie bei solchen Unternehmungen häufig, zeitlich, geographisch und sachlich ein breites Spektrum ab; Kernbereiche sind die Tschechoslowakei, die DDR und Polen von der Aufbauphase der vierziger bzw. fünfziger bis hinein in die Reformzeit der sechziger Jahre. Der Leitfaden in theoretischer Absicht zeichnet Grundrisse und legt Pfade; er benennt die zentralen Fragen und fügt die Antworten in einen Interpretationsrahmen ein.

### *Leitlinien*

1. Die Studien fokussieren auf den industriellen Kern der Arbeiterschaft; Schauplätze sind der *Shop-Floor* und die Meso-Ebene: das Revier, der Industriezweig, die

---

<sup>1</sup> Ein ausführlicher Forschungsbericht ist an dieser Stelle weder möglich noch nötig. Stellvertretend sei verwiesen auf: Arbeiter in der SBZ/DDR 1945–1970. Hrsg. von Klaus Tenfelde und Peter Hübner. Essen 1999. – Kaplan, Karel: Sociální souvislosti krizi komunistického režimu v letech 1953–1957 a 1968–1975 [Die sozialen Zusammenhänge der Krise des kommunistischen Regimes in den Jahren 1953–1957 und 1968–1975]. Praha 1993. – Kalinová, Lenka: Sociální reforma a sociální realita v Československu v šedesátých letech [Soziale Reform und soziale Realität in der Tschechoslowakei in den sechziger Jahren]. Praha 1998. – Vor allem sei aber in diesem Zusammenhang auf das großangelegte Forschungsprojekt von Peter Heumos zur Geschichte der Industriebearbeiterschaft in der Tschechoslowakei hingewiesen. Siehe die Einführung in diesem Themenheft.

„Arbeiterstadt“. Arbeiterschaft ist kein homogenes, monolithisch-klassenbewusstes soziales Gebilde – keine Klasse an oder für sich, sondern das Ensemble vielfältiger, oft fluider Milieus. Zu diesen trägt die Forschung derzeit aus archivalischen Quellen die Mosaiksteine zusammen; Verallgemeinerungen und Theoriebildung sind überaus provisorisch.

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft bezieht, über die sozioökonomischen Strukturen und deren langfristige Veränderung hinaus, die Subjekte mit ein. Sie ist Geschichte nicht nur der Bäume, sondern auch der Köpfe; sie nimmt, über die Lohn-, Arbeits-, Wohn- und Ernährungsverhältnisse hinaus, „weiche“ Werthaltungen, Einstellungsmuster und die sie prägenden Traditionen in den Blick. Zentrum der Aufmerksamkeit bleibt aber der betriebliche bzw. betriebsnahe Raum. Dieser ist keine nach oben und außen, gegen Gesamtgesellschaft und Politik abgeschlossene Monade; betriebliche Milieus und systemische Makrostrukturen sind vielfach aufeinander bezogen und miteinander verschränkt. Die *condition ouvrière* wird in der politischen Ökonomie des Staatssozialismus sowjetischen Typs gerdet.

2. Dieser ist eine Megainstitution besonderer Art: Leitidee ist ein großes Projekt des Gesellschaftsumbaus, das die Arbeiterklasse materiell und symbolisch präferiert. Es legitimiert den Anspruch der Steuerungszentrale auf prinzipiell schrankenloses Steuerungs Handeln.<sup>2</sup> Das basale Rationalitätskriterium des Systems ist politisch; der Primat der Politik verkörpert sich in der Staatspartei, die mittels zentraladministrativer Planwirtschaft auf der Grundlage des Volks-, faktisch des Staatseigentums den kapitalistischen Krisenzyklus eliminiert.

Der Staatssozialismus hat das Ende der kapitalistischen Ausbeutung und die Aufhebung „antagonistischer Widersprüche“ auf seine Fahnen geschrieben; die Staatspartei ist Avantgarde des Proletariats und wahre Repräsentantin seines Klasseninteresses. Trotzdem sind die Beziehungen zwischen der Macht und den Arbeitern über weite Strecken konfliktuös. In diesen Auseinandersetzungen gibt es keine simple Dichotomie von *them* und *us*: Vielfach werden Arbeiter erst im Konfliktprozeß von der amorphen Masse zur Gruppe „für sich“. Auch ist das Gegenüber kein monolithischer Apparat: Auf der unteren Ebene der Gewerkschafts- bzw. der Parteifunktionäre, auch für die Betriebsleitungen sind gespaltene Loyalitäten eher die Regel als die Ausnahme; die Einstellung der Kader changiert zwischen Neutralität/Indifferenz und solidarischer Sympathie.

3. Schrankenlose Verfügung der Macht über die Gesellschaft ist zunächst regulative Idee. Faktisch existieren vielfältige Grenzen der Diktatur: Aus dem internationalen Umfeld erwachsende Zwänge und Rücksichten, die Persistenz „alter“ Wertesysteme und Mentalitäten, die Widerständigkeit sozialer Gruppen, überhaupt die Überlebenden bzw. hartnäckig neu erstehenden vielfältigen Differenzierungen und der Eigen-Sinn von Gesellschaft, der sich im Weiterbestehen konkurrierender bzw.

<sup>2</sup> So in Anlehnung an: Drath, Martin: Totalitarismus in der Volksdemokratie. In: Macht ohne Mandat. Hrsg. von Ernst Richert. Köln 1958, IX–XXXIV. – Kielmannsegg, Peter Graf: Krise der Totalitarismustheorie? In: Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. Hrsg. von Eckart Jesse. Bonn 1996, 286–304.

in der Einführung neuer Eigenlogiken manifestiert.<sup>3</sup> Die Grenzen der Beherrschbarkeit laufen den Intentionen der Machthaber zuwider, sie sind aus unterschiedlichen Gründen aber nicht zu beseitigen. Konsequenz ist ein sozusagen zähneknirschendes Einlenken angesichts übermächtiger äußerer oder innerer Zwänge. Auch die Arbeiterschaft ist nicht einfach Verfügungsmasse: vielfach läßt schwejkische Sturschädlichkeit Direktiven ins Leere laufen. Sozialismus will modernisieren und mobilisieren; „Stehendes und Ständisches“ einfach per Ukas zu „verdampfen“, mißlingt angesichts von Modernisierungsresistenzen häufig.

4. Grenzen der Herrschaft in Staatssozialismen sowjetischen Typs sind aber auch auf systemische „Fehlprogrammierungen“ zurückzuführen. Solche Systeme sehen sich mit typischen Steuerungs- und Legitimationsproblemen konfrontiert. Diese resultieren aus dem Widerstreit zwischen dem schrankenlosen Machtwillen des Herrschaftszentrums und den Imperativen einer hochkomplexen Industriegesellschaft, die ohne funktionale Differenzierung und minimale Partizipation nicht auf Dauer effizient bzw. überhaupt lebensfähig ist.<sup>4</sup> Die Logik zunächst des Machterwerbs, dann des Machterhalts überwuchert alle Lebenssphären; sie erstickt die (Teil-)Autonomie spezialisierter Subsysteme – insbesondere des ökonomischen. Die Hypertrophie von Hierarchie in der Planwirtschaft mindert Effizienz und reduziert Steuerungs- und Problemlösungskapazitäten markant.<sup>5</sup> Zentralistische vielfach den Expertensachverstand ignorierende politische Wirtschaftsleitung mündet in eine paradox anmutende Verbindung von Planlosigkeit und bürokratischer Starrheit. Charakteristisch ist das Mißverhältnis von Ressourcenaufwand und „administrativem Ertrag“.

Dem Staatssozialismus sowjetischen Typs sind Formalismus und Immobilismus inhärent. Und doch besitzt dieses eherne Gehäuse beträchtliche formierende Macht. Das Soziale ist nicht intakte Lebenswelt; vielmehr ist es in hohem Maße politisch durchkonstruiert. Parteierrschaft und Planwirtschaft werden ungeachtet allen Eigensinns der Herrschaftsunterworfenen zur materiellen Gewalt, welche die Massen ergreift. Die Arbeiterschaft zieht der Staatsmacht Grenzen *en détail*; das System jedoch konstruiert die Koordinatensysteme. Es definiert die Aktionsräume *en gros*. Refugien existieren – aber als Nischen *im* System.

5. Die Geschichte der Staatssozialismen enthält historisch zufällige, einmalige Elemente. Jenseits aller Kontingenzen ist sie unübersehbar einer systemischen Ablauflogik unterworfen. Hier ist der Ort des Vergleichs: Er sondert kontingente Umstände – die Spezifik nationaler Vorgeschichten und Verhältnisse – von dem, was systemische Determinanten durchwegs bewirken.

<sup>3</sup> Hierzu die Beiträge in: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Hrsg. von Richard Bessel und Ralph Jessen. Göttingen 1996, insbesondere die Einleitung der Herausgeber 7–23.

<sup>4</sup> So bereits das klassische Argument Parsons' in den sechziger Jahren: Schimank, Uwe: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Opladen 1996, 235 ff.

<sup>5</sup> Zum steuerungstheoretischen Hintergrund: Willke, Helmut: Systemtheorie III: Steuerungstheorie. Stuttgart 1998, v.a. 79 ff.

Die folgenden Studien sind Bausteine für einen Vergleich. Diesen zu entfalten, ist die verfügbare Anzahl exemplarischer Analysen derzeit zwar noch zu gering. In Perspektive liegt jedoch ein umfangreiches Forschungsprogramm: die empirisch fundierte Gesamtypologie der Varianten staatssozialistischer Entwicklungspfade und – eingebettet in diese – der nationalen Formen und Spielarten staatssozialistischer Arbeitergeschichten.

### *Probleme und Ergebnisse*

#### *I. Aufbauphase*

1. Mit unterschiedlicher Zäsurierung im Detail und unterschiedlichen Intensitätsschüben – aber mit prinzipiell vergleichbarer Zielrichtung – findet in der SBZ/DDR, in der Tschechoslowakei und in Polen in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren der Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach Maßgabe des sowjetischen Modells statt:<sup>6</sup> Sozialisierung der Ökonomie und ihre Umformung in eine zentraladministrative Planwirtschaft mit prononciert egalitärer Lohn- und Gehaltsstruktur, Installierung einer Kaderelite und der leninistischen Staatsparteien als Steuerungszentren der Gesellschaft auf der ideologischen Grundlage des demokratischen Zentralismus.<sup>7</sup>

Ostorientierung setzt über kurz oder lang den „nationalen Wegen“ zum Sozialismus ein Ende: Westkontakte und westliche Aufbauhilfe werden abgeschnürt, die Kooperation mit dem „Geburtshelfer“ Sowjetunion wird forciert. Die Ökonomien verfolgen einen Kurs schwerindustriellen Wachstums; Militarisierung festigt das Prius der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien gegenüber den Konsumgüterbranchen. Diese Verlagerung der Gewichte hat mit dem ideologisch-doktrinären Nachbau des sowjetischen Industrialisierungsmodells zu tun; in der SBZ/DDR und in der Tschechoslowakei verlängern sich zudem seit den dreißiger Jahren virulente rüstungswirtschaftliche Entwicklungslinien.<sup>8</sup> In den Agrarländern Polen und Slowakei setzt die sozialistische Transformation eine nachholende Industrialisierung in Gang – nicht selten, wie das Beispiel der polnischen Arbeiterstadt Nowa Huta zeigt, durch megalomane, insuläre Projekte von vermutlich geringerem ökonomischem Nutz- als politischem Symbolwert. „Entwicklungshilfe“ mit dem Ziel

<sup>6</sup> Sowjetisierung soll heißen: Export bzw. Übernahme (Import) bestimmter Kategorien der Wahrnehmung und bestimmter Problemlösungsmuster im Spektrum zwischen freiwillig und oktroyiert, d. h. mit mehr oder weniger großen Handlungsspielräumen, im Spektrum der Mittel zwischen Zuckerbrot und Peitsche, im Spektrum zwischen Originaltreue und Abwandlung auf je spezifische Umstände hin und im Spektrum zwischen permanenter und intermittierender Einflußnahme. – Zur DDR: Schröder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998. – Zur ČSSR: K o s t a, Jiří: Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei, 1945–1971. Frankfurt/M. 1978. – Teichova, Alice: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei, 1918–1980. Wien-Köln-Graz 1988.

<sup>7</sup> Lepsius, Rainer M.: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Hartmut K a e l b l e, Jürgen K o c k a und Hartmut Z w a h r. Stuttgart 1994, 17–30.

<sup>8</sup> Kaplan, Karel/P ř i b í k, Petr: Osudy Marshallova plánu v Československu. Část I [Die Geschehnisse des Marshall-Plans in der Tschechoslowakei. Teil I]. Slezský sborník 89 (1991). H. 3/4, 231–242.

des Ausgleichs regionaler Disparitäten verlagert in der Tschechoslowakei ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen Fertigungskapazitäten aus dem industriell entwickelten Westen des Landes nach Osten. Zum Katalysator dieser patriotischen Tat wird der Zuwachs kommunistischer Macht; sie ist aber auch trefflich kompatibel mit der Militarisierung einer Ökonomie, der der Hegemon im Rahmen des östlichen Militärbündnisses die Rolle der Rüstungsschmiede zugeordnet hat.

Die stalinistische Industrialisierung der Aufbauphase setzt auf extensives Wachstum: sie steigert die *Inputs* (Arbeit, Rohstoffe, Energie), kaum jedoch Effizienz und Produktivität. Charakteristisch ist nichtmarktliche Leistungsstimulierung; physischer Zwang bis hin zu offenem Terror in Kombination mit – instrumentalisierter – Aufbruchs- und Aufbaustimmung; Elan und Enthusiasmus treten an die Stelle betriebs- und volkswirtschaftlicher Kosten-Nutzenkalküle. Ökonomieferner Voluntarismus projiziert ohne Rücksicht auf gravierende *Know-How*- und Ressourcenlücken exorbitante Zuwachsraten und überspannt das Entwicklungstempo ohne Rücksicht auf die ökonomischen und sozialen Kosten.

2. Der sozialistische Aufbau trifft auf unterschiedliche Typen und Varianten von Arbeitermilieus:

a) Arbeiterschaft als „Staatsklasse“: das – ungeachtet aller Dekomposition und Erosion im Nationalsozialismus, im Zweiten Weltkrieg und in dessen Folge – intakte und kompakte traditionsorientierte Facharbeitermilieu mit enger Betriebsbindung. In der DDR bildet es, wie Peter Hübner zeigt, das Rückgrat des Arbeiter- und Bauernstaates; von einer produktionsgüterorientierten Industriepolitik wird es zusätzlich stabilisiert. Die „Kragenlinie“ ist Stütze der Arbeiteridentität und des Arbeiter-Selbstbewußtseins. Ungeachtet erheblicher Repressionspotentiale des Systems ist das soziale Gefälle zwischen Arbeitern und den auf einen proletaroiden Habitus verpflichteten Eliten relativ gering. Der „Arbeiter- und Bauernstaat“ ist nach der Expropriierung, der kulturellen Entmachtung und der weitgehenden Vertreibung des Bürgertums nicht einfach nur Propaganda, sondern eine Realität, die in legitimatorischer Absicht permanent inszeniert und symbolisch aufgewertet wird. Traditionell bleiben die Leitbilder: elementare Sicherheit und bescheidener Besitz, „erträgliche“ Arbeits- und Lebensbedingungen; Orientierungsmarke ist der Lebensstil der – bald (spieß-)bürgerliche Lebensformen adaptierenden – sozialistischen Dienstklasse, zunehmend wird aber auch der materielle Standard der Bundesrepublik zur Meßlatte.

b) Die „staatsferne Arbeiterschaft“ ist ein räumlich disperses, sozial hingegen ähnlich homogenes, „alteingesessenes“ Milieu. Allerdings ist dieses weder symbolisch noch faktisch tragende Säule eines Arbeiter- und Bauern-Staates, sondern verharrt, wie Peter Heumos zeigt, in skeptischer, zuzeiten offen antagonistischer Distanz zur proletarischen Staatsmacht. Vom Standpunkt überschaubarer dörflich-kleinstädtischer Verhältnisse, vom festen Boden einer nüchtern gelebten Alltagswelt aus fallen eher abschätzige Blicke auf die Welt des Sozialismus. Die *moral economy* des Milieus wurzelt in den gewerkschaftlichen Traditionen der Ersten Republik: Gleichheit und Solidarität der Berufsgenossen, Betriebspatriotismus und die Vorstellung vom Unternehmen als Gemeinbesitz der Belegschaften.

Dieses „eingegelte Milieu“, verstrebt und verdichtet durch gewachsene intermediäre Strukturen, zeigt dem disziplinierend-formierenden Zugriff von Staat und Partei bald die Grenzen. An seiner sozialmoralischen Schale perlen die politisch-ideologischen An- und Zumutungen des industriellen Sozialismus ab; Aufbaupathos und Parteijargon werden gnadenlos in ihrer Phrasenhaftigkeit dekurviert, die Megalomanie des sozialistischen Aufbaus provoziert einen Strukturkonservatismus aus schierem Trotz.

Konsolidierte Milieus in der staatsnahen wie der staatsfernen Variante sind – dies eine Vermutung auf vorerst schmaler empirischer Basis – eher typisch für DDR und Tschechoslowakei, die beide über eine lange industrielle Tradition und ein relativ hohes sozialökonomisches Entwicklungsniveau verfügen. Die zukünftige Forschung wird Ausschau halten nach weiteren, womöglich durch Repression und/oder materielle Privilegierung stärker verflüssigten und herrschaftlich durchdrungenen Varianten.

c) „Sozialistische Industrialisierung“ produziert „Aufbaumilieus“ (Dagmara Jaješniak-Quast, Jennifer Schevardo). In gigantischen Schüben räumlicher und sozialer Mobilität wird aus heterogenen Bevölkerungsteilen oft industrieferner Provenienz eine neue Arbeiterschaft zusammengewürfelt. Auch das „alte“ mährisch-schlesische Revier wird von mehreren Wellen – mehr oder weniger freiwilliger – Arbeitskräftezufuhr überrollt und zeigt, jedenfalls in dieser Hinsicht, eine vergleichbare Physiognomie (Dušan Janák). Die aus der grünen Wiese gestampfte „Arbeiterstadt“ verkörpert das „Neue Zeitalter“: sie ist Projektionsfläche für die Ambitionen eines propagandastimulierten Pioniergeistes, Tummelplatz des Glücksritterturns und Fokus des unbedingten Aufstiegswillens ländlicher Massen.

Aufbaumilieus sind jung – ihrem eigenen und dem Lebensalter „ihrer“ Arbeiter nach: wenig konsolidierte, hochflexible, provisorische Existenzformen, die allerdings schnell unter Formierungsdruck geraten. Enthusiasmus und Repression fügen diese sozialen *Patchworks* zusammen: In Nowa Huta strömen die Massen – vorerst – freiwillig zu den Fahnen. Enttäuschte Aufstiegshoffnungen und eher unwirtliche Lebensumstände lassen die Fluktuation dann allerdings bald in enorme Höhen steigen. In der Slowakei hingegen hat sich die Staatsmacht von Anfang an mit dem Unwillen aus dem industrialisierten Westen des Landes dislozierter Arbeitskräfte abzuplagen; angesichts unwirtlicher Lebens- und Arbeitsbedingungen sind diese durch höhere Löhne und Prämien und durch patriotische Appelle nur begrenzt zu motivieren und letztlich nur durch Repression zu „überzeugen“.

3. Der Staatssozialismus ist angetreten zur Überwindung der sozialen Frage des Kapitalismus. Er produziert aber bereits in der Aufbauphase neue soziale Konfliktlagen. Daß er – frei nach Karl Kraus – bald wieder zu dem Problem wird, für dessen Lösung er sich hält, hat mit den systemischen „Fehlprogrammierungen“ – Primat der Politik und zentraladministrative Planwirtschaft – zu tun. Die symbolische, soziale und materielle Aufwertung und Präferenzierung der Arbeiterklasse ist nicht in eine durchgreifende Verbesserung der „Arbeits- und Lebensbedingungen“ umzusetzen; sie kollidiert – dies zeigen die meisten Beiträge des Themenhefts, am deutlichsten der Jiří Mašatas – mit der strukturell limitierten Leistungsfähigkeit

sozialistischer Ökonomien. Der investitionsgüterorientierte Wachstumskurs läßt die Spielräume des Verbrauchs weiter schrumpfen. Nominallohnsteigerungen sind über weite Strecken nicht in Konsum umzusetzen; sie produzieren lediglich inflationären Druck.

In der Konsequenz liegen Konsumverzicht und Leistungssteigerung; Die Staatsmacht erzwingt im Widerspruch zur eigentlichen Rason der Arbeitermacht und im Widerstreit mit den Erwartungen der „Werkstätigen“ Lohnsenkungen unter dem euphemistischen Etikett der „Lohnregulierung“. „Sozialistischer Wettbewerb“, „Neuererbewegungen“ und Planerfüllungskampagnen intensivieren, bei Licht besehen, die Ausbeutung. Die Gewerkschaften mutieren zu Transmissionsriemen der Partei, zu Agenturen der Planerfüllung und der Handhabung des – meist sowjetimportierten – Instrumentariums nichtmarktlicher Leistungsstimulierung. Dem organisierten Produktivismus und dem Bürokratismus des neuen Regimes begegnen die Arbeiter mit der gleichen Skepsis wie vordem den kapitalistischen Ausbeutern. Das Konkret-Materielle steht hier im Vordergrund: ausreichende Löhne, leidliche Arbeitsbedingungen, stabile Versorgung. Aber auch der traditionalistische Habitus der Arbeiter sperrt sich gegen politische Überformung, die das Regime ihnen zumutet. Zum offenen „Kampf der Kulturen“ gerät zwar nur die Auseinandersetzung zwischen katholischen Arbeitern und atheistischer Staatsmacht in Polen; trotzdem gibt es vielfache Reibflächen: Der Welt des alten Handwerks entstammt der Begriff der „ordentlichen Arbeit“, in dessen Licht das Brimborium sozialistischer Verkehrsformen und sozialistischer Arbeitskultur als lästiger Übergriff der Politik erscheint. Dieser Traditionalismus ist innovationsfeindlich bis hin zur Maschinenstürmerei. Ironischerweise ermöglicht aber gerade die alle überkandidelten ideologischen Kampagnen konterkarierende bodenständige Vernunft das Überleben der Planwirtschaft, weil sie, wo möglich und nötig, deren Zumutungen schlicht ignoriert oder unterläuft.

Die Spannungen entladen sich in einer Vielzahl offener Streiks. Arbeiter (re-)agieren brachial gegen die Exponenten der Staatsmacht; erstaunlich mutet die bislang ungekannte Häufigkeit und Intensität der Auseinandersetzungen ausgerechnet im politischen Rahmen des terroristischen Hochstalinismus an. Die Krisen in der Tschechoslowakei und der DDR 1953 und die polnischen Unruhen von 1956 sind hier lediglich der Gipfel des Eisbergs. An den Wendepunkten werden soziale Forderungen zu politischen; die „Systemfrage“ wird gestellt. Unauffälliger, womöglich wirkmächtiger als *Exit* (A. O. Hirschman) sind jedoch evasive Taktiken: Arbeit nach Vorschrift, Umfunktionieren der Direktiven vom grünen Tisch, Absentismus und gehäufter Arbeitsplatzwechsel. Eine dritte – die negotiative – Variante der Konfliktbewältigung setzt auf Kanalisierung durch kleinteilige Kompromisse auf betrieblicher Ebene; diese werden besiegelt durch Sanktionsverzicht seitens der Leitungen und korrespondierende Loyalitätsgesten der Arbeiter. Was sich auf den ersten Blick häufig wie rückgratloses Mauscheln ausnimmt, ist eigentlich pragmatisch und klug: Da die staatssozialistische Macht *per definitionem* Arbeitermacht ist, die nicht in Gegensatz zu den Arbeiterinteressen geraten kann, ist die Bearbeitung industrieller Konflikte durchwegs unterinstitutionalisiert und nur unzureichend verrechtlicht. *Bargaining* hat sich via „Selbstorganisation“ zwar herausgebildet, aber nicht als lega-

les Procedere. Über allem *industrial unrest* hängt deshalb das Damoklesschwert der Eskalation ins Politisch-Grundsätzliche. Dann stellt die Partei die „Machfrage“ – und sie beantwortet sie erfahrungsgemäß aus den Gewehrläufen heraus.

Wie Milieugegebenheiten mit Strategien korrelieren, läßt sich angesichts der geringen Zahl der Fallstudien nur vermuten. Plausibel erscheint fürs erste, daß ungefestigte Aufbaumilieus in erster Linie auf Evasion und Gewalt rekurren, während konsolidierten Milieus zusätzlich die Verhandlungsoption offensteht. Auch die sozialistische Staatsmacht schreckt vor Gewalt nicht zurück. Dem exorbitanten Arbeitskräftemangel – Folge der Kriegs-, Besatzungs- und Vertreibungsverluste und der extensiven Wachstumsstrategie – begegnet sie mit vielfältigen Varianten halbfreier, militarisierter und Anstalts-Arbeitsverhältnisse bis hin zur manifesten Zwangsarbeit. Die politische Diktatur und das Fehlen unabhängiger Gewerkschaften machen den Weg frei für Kontroll-, Disziplinierungs- und Sanktionsmechanismen bis hin zur Kriminalisierung. Die ökonomischen und sozialen Kosten dieser nichtmarktlichen Wirtschaftssteuerung sind allerdings hoch: Motivation und Loyalität der Arbeitskräfte und die Produktivität bleiben gering. Die politischen Grenzen der Belastbarkeit werden zum ersten Mal 1953 deutlich.

Evolutionär erfolgreicher ist deshalb eine andere Taktik: Konfliktschärfung *ad hoc* durch lohn- und normenpolitische Konzessionen. „Sozialistische Sozialpolitik“ ist noch Sozialpolitik *sans phrase*: Sie ist nicht als eigenständiges Politikfeld anerkannt; das offizielle Vertrauen in die automatische Perfektionierung von Ökonomie und Gesellschaft durch den Planmechanismus ist dafür noch zu stark. In Ansätzen zeichnet sich hier jedoch bereits die betriebszentrierte, prononciert patriarchalische Sozialpolitik ab, die in den siebziger und achtziger Jahren zum stabilisierenden Herzstück des „Realsozialismus“ der DDR bzw. der „Normalisierung“ in der ČSSR werden wird.

## II. Reformphase

1. Mängel in den Dimensionen Steuerung, Leistungserbringung und Legitimität setzen restabilisierende Anpassungsprozesse in Gang: den Wandel von System-eigenschaften, bei Wahrung des Identitätskerns. Staatssozialistische Systeme besitzen die Fähigkeit, sich durch innovative Steuerungsarrangements für eine gewisse Zeitspanne zu stabilisieren. Sie sind also nicht Fehlkonstruktionen *ex tunc* mit einer notwendigen, mehr oder weniger geradlinigen Verfallsgeschichte, sondern soziale und politische Formationen mit der Chance der Überlebessicherung durch Wandel.

Die Zahl realistischer Optionen ist in staatssozialistischen Systemen jedoch limitiert, weil die in der Phase der Errichtung des Regimes ausgebildeten Machtinstrumente im Dienst der Selbsterhaltung der Macht stehen. Innovationen können nur dann im Herrschaftsmechanismus verankert werden, wenn sie mit dem Primat der Politik kompatibel sind. Gefährden sie diesen, werden sie – nicht zwangsläufig, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit – wieder ausgeschieden. Die Systeme verharren nicht in einem gänzlich starren Gleichgewicht; ihr Entwicklungspfad verläuft jedoch in einem vergleichsweise schmalen Korridor, innerhalb relativ enger, systemisch vor-

gegebener Grenzen. Die Reformen der sechziger Jahre und ihr Abbruch sind die Probe auf dieses Exempel.

2. Nach ersten Ansätzen zum Umbau des Lenkungsmechanismus in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre<sup>9</sup> ist eine massive Systemkrise Anfang der sechziger Jahre in der DDR wie in der Tschechoslowakei Anlaß für einen massiven Schub des Wandels. Mit der Erschöpfung der Potentiale extensiven Wachstums wird in beiden Regimen das Unvermögen zur Intensivierung der Produktion, zur Steigerung der Produktivität, zur Beschleunigung der Innovationsgeschwindigkeit und zur Hebung des Qualitätsniveaus offensichtlich.

a) Vergleichbar sind im Grundsatz die Ziele der Wirtschaftsreform: Reduzierung des Lenkungsapparats, Abkehr von der bürokratischen Befehlswirtschaft und Übergang zu makroökonomischer Rahmenplanung, Ausweitung von Betriebsautonomie und Marktwettbewerb, Aktivierung des materiellen Interesses der Wirtschafts-subjekte durch leistungsorientierte Lohnpolitik. Die Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen zielt auf eine effizienzsteigernde Synthese von Plan und Markt. In der DDR sind die Grenzen der Flexibilisierung und Dezentralisierung allerdings deutlich enger gezogen: Hier wird die Wirtschaft durch immer noch vergleichsweise starre Jahres- bzw. Perspektivpläne gesteuert, deren Strukturziele von der Politik an die Ökonomie herangetragen werden. In der ČSSR wird die marktwirksame Konsumgüternachfrage als Steuerungszentrum der Ökonomie rehabilitiert; Strukturplanung soll das Gewicht von der Investitions- auf die Konsumgüterproduktion verschieben. Zielperspektive ist ein stetig steigendes Konsumniveau in der – nur mehr rhetorisch – als kommunistisch etikettierten Massenkonsumgesellschaft.

b) Zentraler Bestandteil der Reform ist die „sozialistische Sozial- und Konsumpolitik“. Diese *Policy* wird in den sechziger Jahren auch konzeptuell anerkannt. Wie Lenka Kalinová's Beitrag für die ČSSR zeigt, unterliegt sie dabei einem charakteristischen Funktionswandel: Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse soll Leistungs- und Motivationspotentiale erschließen; man setzt dabei auf die erweiterten Verteilungsspielräume, die von einer effektivierten Ökonomie zumindest mittelfristig zu erwarten sind. Des weiteren soll „sozialistische Sozialpolitik“ die Folgen der ökonomischen Flexibilisierung – Entregulierung des Arbeitsmarkts, leistungsbedingte Lohndifferenzierung, kostenorientierte Preisbildung – abfedern und allfällige Konflikte dämpfen.

In der DDR wie in der ČSSR sind Wirtschafts- und Sozialreform eng miteinander verflochtene differenzierende Modernisierungsstrategien. In Perspektive liegt eine

---

<sup>9</sup> Gemeint ist damit in der Tschechoslowakei der Reformzyklus ab 1957. Vgl. *Reform Cycles in Eastern Europe, 1944-1987: a Comparative Analysis from a Sample of Czechoslovakia, Poland, and the Soviet Union*. Hrsg. von Władysław W. Jermakowicz und Jane Thompson Follis. Berlin 1988, 80 ff. (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen 163) – Funktionales Äquivalent hierzu in der DDR ist das Gesetz zur Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. 2. 1958.

vom kybernetischen Zeitgeist inspirierte Gesellschafts-Gesamtplanung aus einem Guß: Sie ist Antwort auf die mangelnde Ökonomisierung und den überschießenden Egalitarismus der Aufbauphase, aber auch auf die systemübergreifende Herausforderung durch den sich beschleunigenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Leitmotiv wird die umfassende Nutzung der Produktivkraft Wissenschaft durch technologische Aufrüstung der Arbeitsprozesse, Zurückdrängung unqualifizierter Arbeit und vermehrte Berücksichtigung des weiten Spektrums komplexer Bedürfnisse der hochqualifizierten „sozialistischen Persönlichkeit“, die weitaus mehr ist als nur Zubehör technischer bzw. ökonomischer Systeme.

3. Die zunehmende Verwissenschaftlichung der Industriearbeit im Zeichen des technischen Fortschritts drängt in den sechziger Jahren brachiale Methoden der Konfliktbearbeitung zugunsten evasiver und negotiativer Strategien weiter in den Hintergrund. Kann darüber hinaus die Reform den strukturellen Widerspruch zwischen ökonomischer Leistungskraft und Lebensstandardforderungen aufheben oder mildern und die Arbeiter mit dem Sozialismus versöhnen?

Dies bejaht Lenka Kalinová: eine jüngere Arbeitergeneration sei als Befürworter der Modernisierung aufgetreten. Das – von der Reform angekurbelte – Wirtschaftswachstum habe die „Werkstätigen“ mit den neuen Leistungsanforderungen im Zeichen tendenziell zunehmender sozialer Differenzierung versöhnt. Peter Heumos hingegen hebt ab auf die weniger an Demokratie und Marktwirtschaft als an der „Kirchturmperspektive“ des Betriebspatriotismus orientierte Reformresistenz der Arbeiterschaft. Zielperspektive einer „Entstaatlichung“ der „Systemgewerkschaften“ sei nicht der Pluralismus, sondern die Rückkehr zum *Status quo ante* der enorm hohen berufsständischen Differenzierung der Ersten Republik gewesen. Ist hier womöglich – so hätte die weitere Forschung ausgehend von dieser Diagnose zu fragen – die Furcht der Arbeiter vor Strukturwandel und Arbeitslosigkeit in der Wettbewerbswirtschaft maßgeblicher als aller Unmut über Ineffizienz und Innovationsschwäche? Leisten die immerhin leidlichen Lebensbedingungen der Parteinahme gegen Egalitarismus und Immobilität, für den *Status quo* und gegen die Lohndenivellierung Vorschub?

### III. Ausblick: „Realsozialismus“ und „Normalisierung“

Aus der Sicht der Staatsparteien sind die Grenzen des Reformunternehmens dort erreicht, wo die politischen Kosten den ökonomischen Nutzen der Liberalisierung überwiegen und die Reformprojekte eine dysfunktionale, die Parteiherrschaft sprengende Eigendynamik zu entwickeln drohen. In der DDR führen die Reformen in eine ökonomische Krise. Politisch funktionalisiert, werden diese Turbulenzen 1971 zum Movers des Machtwechsels von Ulbricht zu Honecker. Dieser ist Ergebnis eines internen Machtkampfs hinter den Kulissen, unter den wachsamen Augen der sowjetischen Führung. Der Prager Frühling hingegen wird 1968/69 durch die militärische Intervention des Hegemons – mit Unterstützung einheimischer Helfershelfer – liquidiert. Ungeachtet unterschiedlicher ereignisgeschichtlicher Oberflächen sind diese Phasenübergänge tiefenstrukturell äquivalent: Beide Male ist das Scheitern

der Reform nicht unausweichlich, aber von massiver Folgerichtigkeit, d.h. auf den letztlich nicht zu brechenden Primat der Politik zurückzuführen.

Strukturell äquivalent ist auch die Folgestrategie. Sie produziert einen Herrschaftsmechanismus eigentümlicher Art, der als „Realsozialismus“ in der DDR und als „Normalisierung“ in der Tschechoslowakei im Grundsatz bis 1989 Bestand hat: Rezentralisierung der Ökonomie und Wiederbefestigung des Primats der Parteiherrschaft sind mit der Anfangsprogrammiierung von Sozialismen sowjetischen Typs wieder bestens kompatibel. Zum zentralen Stabilisator der Parteiherrschaft wird nun jedoch die – quantitativ unerhört ausgeweitete – Pazifizierung durch Sozial- und Konsumpolitik.<sup>10</sup> Sie beinhaltet die endgültige Absage an utopische Visionen zugunsten greifbarer Verbesserungen für breite Kreise der Bevölkerung in einem überschaubaren Zeithorizont. Die Garantie stabiler Versorgung wird von den real existierenden Verteilungsspielräumen nun wieder abgekoppelt. Sozialpolitik entdifferenziert und egalisiert wieder; sie erschließt deshalb kaum mehr Innovations-, Produktivitäts- und Leistungspotentiale. Auch deswegen „verpaßt“ der Staatssozialismus in den siebziger und achtziger Jahren die Dritte – mikroelektronische – industrielle Revolution.

Diese Entwicklungen liegen eigentlich bereits hinter dem Horizont des vorliegenden Themenhefts. Die insbesondere von Peter Hübner gezeichneten Linien laufen aber mit hoher Plausibilität auf „Realsozialismus“ bzw. „Normalisierung“ zu. Der Sklerose des postreformerischen Spätsozialismus der siebziger und achtziger Jahre leistet die in diesem Heft vielfach thematisierte Modernisierungsresistenz des Arbeitermilieus nämlich unübersehbar Vorschub. Auch „paßt“ die sozial- und konsumpolitische Strategie trefflich zum eingefleischten *Trade-Unionismus* der Arbeiterschaft – einem nüchternen Realismus, der großartige Verheißungen seit jeher in Mark und Pfennig bzw. Krone und Heller umzurechnen gewohnt ist. Der – zumindest temporäre – Erfolg der Strategie materieller Pazifizierung wird plausibel angesichts der Prädispositionen einer über weite Strecken modernisierungsresistenten Arbeiterschaft. Stabilisierung gelingt für zwei Jahrzehnte – allerdings zum Preis erheblicher konsumtiver Aufwendungen, welche die Ökonomien permanent überlasten und den Spielraum von Modernisierungsinvestitionen erheblich beschneiden. Der strukturelle Widerspruch von Wirtschaft und Sozialpolitik determiniert keineswegs den Zusammenbruch, erhöht aber die Untergangswahrscheinlichkeit des Systems.

---

<sup>10</sup> Vgl. Skyba, Peter: Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionentheoretischer Perspektive. In: *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und in der CSSR*. Hrsg. von Christoph Boyer und Peter Skyba Dresden 1999, 49–62. (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts 20).

## IDENTITÄTSMUSTER UND KONFLIKTVERHALTEN DER INDUSTRIEARBEITERSCHAFT DER SBZ/DDR

*Von Peter Hübner*

Die Geschichte politischer und sozialer Konflikte, in die Arbeiter involviert waren, schließt immer auch die Frage ein, ob und wie sich diese dabei als eigene Interessengruppe wahrgenommen haben. Eine solche Perzeption gehört zu den Konfliktvoraussetzungen. Die Kontrahenten ordnen sich unterschiedlichen Identitätsmustern zu. Diese stehen für Inklusion derjenigen, die von der jeweiligen Seite selbst als wesentlich betrachtete Kriterien erfüllen, aber auch für Exklusion jener, auf die diese Kriterien nicht zutreffen. Dabei kann es sich um Eigentum und Besitz, kulturelle Traditionen, religiöse Wurzeln und vieles andere handeln. In jedem Falle sind Interessen im Spiel.

Struktur- und Funktionszusammenhänge von Identitätsbildung und Konflikt in verschiedenen Gesellschaften, Kulturkreisen und Zeitaltern sind in interdisziplinären Perspektiven vielfach und eingehend erörtert worden.<sup>1</sup> Im allgemeinen ist die Beziehung von Identität und Konflikt davon bestimmt, daß sich politische, soziale, ökonomische, kulturelle, ethnische oder auch religiöse Konfliktpotentiale anreichern und in unterschiedlicher Weise entladen. In der Vielfalt historischer Szenarien ist nicht selten eine Konstellation zu beobachten, in der die attackierte oder bedrohte Seite den Konflikt für überflüssig, ja geradezu für unmöglich hält. Sie wähnt sich in einer identitätsstiftenden Position, die auch die „wahren“ Interessen der opponierenden Gegenseite vertritt. Deren Haltung wiederum wird dann im milderen Fall aus Mißverständnissen, in härterer Interpretation als Handlangerdienst für außenstehende, feindliche Dritte erklärt.

Eine solche Konfliktlage war in der neuesten Geschichte Mittel- und Osteuropas relativ häufig anzutreffen. Sie wurde für die Beziehung zwischen Parteiregimen und Arbeiterschaft in den „realsozialistischen“ Staaten geradezu konstitutiv. Der Bogen spannt sich vom Kronstädter Aufstand 1921 in Sowjetrußland über die Arbeitererhebung 1953 in der DDR bis hin zur Gründung der Dachorganisation unabhängiger polnischer Gewerkschaften, der „Solidarność“, im Jahr 1980. Einige Zusammenhänge dieses Problems sollen im folgenden am Beispiel von Industriearbeitern in der DDR und ihren Konflikten mit den Funktionseleiten des SED-Regimes betrachtet werden.<sup>2</sup> Zunächst ist ein Blick auf den Forschungsstand zu werfen, dann die

<sup>1</sup> Dazu u.a. Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations*. New York 1996. – *Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften*. Ein Bericht der Bertelsmann-Stiftung an den Club of Rome. Hrsg. v. Peter L. Berger. Gütersloh 1997. – *Zukunftsstreit*. Hrsg. v. Wilhelm Krull. Weilerswist 2000.

<sup>2</sup> Der Beitrag basiert in den Abschnitten über das Streikrecht und die Konfliktverläufe teilweise auf: Hübner, Peter: *Arbeitskonflikte in Industriebetrieben der DDR nach 1953*.

Spezifik der Konfliktproblematik in der DDR zu skizzieren, im weiteren wird der Frage nach Identitätsmustern nachzugehen sein, auf die sich Arbeiter im Konfliktfall bezogen; schließlich soll versucht werden, die Kontinuitätsproblematik des Arbeitermilieus zu erörtern.

### *Forschungstendenzen*

Arbeitskonflikte haben in der Quellenüberlieferung der DDR deutliche Spuren hinterlassen. Ins Auge springen zwar vor allem die mehr oder weniger spektakulären Arbeitsniederlegungen, doch in ihrer Mehrheit blieben solche Konflikte unterhalb dieser Schwelle. Oft liefen sie, von den Akteuren auch so gewollt, geradezu unauffällig ab. Das ist einer der Gründe dafür, daß viele von ihnen entweder nicht oder nur andeutungsweise in den Quellen dokumentiert wurden. Gleichwohl ist anhand des verfügbaren Materials aus den Akten der Werksarchive, der Apparate der SED und des FDGB wie auch aus denen des Ministeriums für Staatssicherheit viel über Ursachen, Entwicklungen und Ergebnisse solcher Konfliktszenarien zu erfahren.

Die zeitgeschichtliche DDR-Forschung thematisierte bislang zumeist offene Arbeitskonflikte, die sich auch in ihrer politischen Dimension klar abhoben.<sup>3</sup> Daß hierbei der 17. Juni 1953 und sein historisches Umfeld im Mittelpunkt des Interesses standen, kann nicht verwundern.<sup>4</sup> Größerer Forschungsbedarf besteht dort, wo es um die direkten oder indirekten Folgen des Jahres 1953 geht. Kein späterer Arbeitskonflikt ist in seinem Verlauf ohne diese Projektionsfläche des Jahres 1953 zu erklären. In der historischen Würdigung der Vorgänge vom Mai und Juni 1953 verschränkten sich Wissenschaft und Politik in besonderer Weise – mehr noch, als es im Hinblick auf die Geschichte der DDR überhaupt zu beobachten ist.<sup>5</sup> Neuere Arbeiten schöpfen verständlicherweise extensiv aus den nunmehr zugänglichen Quellen.<sup>6</sup> Einige Oral-History-Studien nahmen sich ebenfalls der Thematik

---

Annäherung an eine historische Struktur- und Konfliktanalyse. In: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Hrsg. v. Ulrike Poppe, Rainer Eckert und Ilko-Sascha Kowalczyk. Berlin 1995, 178–191.

<sup>3</sup> Dazu ausführlicher Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1970. Berlin 1995.

<sup>4</sup> Siehe dazu u. a. Brant, Stefan: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953. Stuttgart 1954. – Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953. Bonn 1957 und Stuttgart 1983. – Bust-Bartels, Axel: Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele. Aus Politik und Zeitgeschichte (APZ), B 25 (1980), 24–54. – 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR. Hrsg. v. Ilse Spittmann und Karl-Wilhelm Fricke. Köln 1982.

<sup>5</sup> Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. APZ, B 40 (1994), 34.

<sup>6</sup> Dazu u. a. Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran. Köln 1993. – Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk. Berlin 1991. – Hagen, Manfred: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992. – Klein, Angelika: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle. H. 1–4. Potsdam 1993. – Mitter, Arnim: Die Ereignisse im Juni und Juli

an.<sup>7</sup> Projektionen auf den 17. Juni eröffnen zudem manche Biographien<sup>8</sup> und Autobiographien.<sup>9</sup>

Auch wenn eine umfassendere Konfliktgeschichte der DDR-Gesellschaft oder eine Streikgeschichte der Arbeiter noch aussteht, sind zentrale Gebiete dieses Themenkomplexes schon seit längerem bearbeitet worden.<sup>10</sup> Man weiß inzwischen recht gut Bescheid über die typischen Konfliktfelder und Konfliktstrategien, auch über Konfliktrituale. Immer wieder ging es um Löhne, Arbeitsnormen und Arbeitszeit sowie um Versorgungsprobleme, Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch daß sich diese Interessenkonflikte zumeist zwischen Lohnempfängern und Betriebsleitungen entluden und von beiden Seiten möglichst unpolitisch behandelt wurden, ist keine Neuigkeit mehr. Ausführlich wurde auch die wichtige Rolle der nach sowjetischem Muster entstandenen Arbeitsbrigaden in solchen Konflikten untersucht. Wollte man auf Defizite aufmerksam machen, so wäre etwa die Rolle von Angestellten in betriebsinternen Konflikten zu nennen. Defizitär sind auch die Kenntnisse über die Arbeiterschaft in der privaten wie auch in der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft.<sup>11</sup>

Für das hier zu behandelnde Problem sind die komparativen Sichtachsen von besonderem Interesse, die Vergleiche der Arbeitergeschichte in der DDR mit der im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik ermöglichen.<sup>12</sup> Die auf dieser Basis

---

1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit. In: APZ B 5 (1991), 31–41. – Ders./Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993. – Der Tag X. Neue Forschungen zur Geschichte des 17. Juni 1953. Hrsg. v. Arnim Mitter. Berlin 1994. – Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 im damaligen Bezirk Leipzig. Aus den Akten des PDS-Archivs Leipzig. In: Deutschland Archiv (DA) 24 (1991) H. 6, 573–584. – Dies.: Die SAG-Betriebe und der 17. Juni 1953. In: DA 26 (1993) H. 5, 531–536. – Wengst, Udo: Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 41 (1993) 2, 277–321.

<sup>7</sup> Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von/Wierling, Dorothee: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen. Berlin 1991. – Schemmelmann, Dagmar: Schauplatz Stalinstadt/EKO. Erinnerungen an den 17. Juni 1953. H. 1–2. Potsdam 1993. – Dies.: Zeitzeugen über den 17. Juni 1953 in Berlin. In: hefte zur ddr-geschichte, Nr. 7. Berlin 1993, 26–55.

<sup>8</sup> Mittenzwei, Werner: Das Leben des Bertolt Brecht oder der Umgang mit den Welt-rätseln. Berlin 1986, Bd. 2, 506–510.

<sup>9</sup> Heym, Stefan: Nachruf. Frankfurt/M. 1990, 559–606.

<sup>10</sup> Dazu die wichtigen Untersuchungen von Bust-Bartels, Axel: Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben. Frankfurt/M. und New York 1980. – Ewers, Klaus: Der Konflikt um Lohn und Leistung in den volkseigenen Betrieben der SBZ/DDR. Ein historisch-soziologischer Beitrag zur innerbetrieblichen Lohngestaltung – von 1945/46 bis zu den langfristigen Folgewirkungen des 17. Juni 1953. Universität Osnabrück 1987 (Diss.).

<sup>11</sup> Zu Forschungsstand und Forschungsperspektiven Tenfelde, Klaus: Einige Ergebnisse. In: Arbeiter in der SBZ-DDR. Hrsg. v. Peter Hübner und Klaus Tenfelde. Essen 1999, 889–895. – Kleßmann, Christoph/Sywottek, Arnold: Arbeitergeschichte und DDR-Geschichte. Einige Bemerkungen über Forschungsperspektiven. In: Ebenda 897–905.

<sup>12</sup> Aus einer Reihe neuerer Publikationen sind exemplarisch zu nennen: Alheit, Peter/

möglichen Vergleiche des Konfliktverhaltens von Arbeitern in unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen deuten auf erstaunliche Kontinuitäten und Parallelen hin. Vermehrt findet auch die Arbeitergeschichte des östlichen Mitteleuropa im Zeitraum zwischen 1945 und 1989 Aufmerksamkeit in der zeit-historischen Forschung. So bietet ein Vergleich der Entwicklungen in der DDR, in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn Gelegenheit, das Verhältnis von Traditionalität und politisch induzierten Systembedingungen transparenter werden zu lassen.<sup>13</sup> Für das Verständnis des andauernden Transformationsprozesses und seines historischen Kontextes ist das nicht nebensächlich.

### *Die Streikproblematik im Rechtssystem der DDR*

In einem jahrzehntelangen Prozeß haben marktwirtschaftlich geordnete und nach demokratischem Prinzip organisierte Industriegesellschaften Regularien der Austragung von Arbeitskonflikten herausgebildet sowie Lösungsvarianten weitgehend kodifiziert und institutionalisiert.<sup>14</sup> Nur in diesem Zusammenhang sind gewisse Ritualisierungen etwa von Tarifkonflikten verständlich, wie sie auch in der Bundesrepublik Deutschland geläufig wurden.<sup>15</sup> Dem stand in der DDR nichts Ver-

---

Haack, Hanna/Höfchen, Heinz-Gerd/Meyer-Braun, Renate: Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren. Bd. 1: Sozialgeschichtliche Rekonstruktionen; Bd. 2: Soziologische Deutungen. Bremen 1999. – Faulenbach, Bernd/Leo, Annette/Weberskirch, Klaus: Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewußtsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland. Essen 2000. – Arbeiter in der SBZ/DDR. Hrsg. v. Peter Hübner und Klaus Tenfelde. – Lauschke, Karl: Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966. Essen 2000. – Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1997.

<sup>13</sup> Heumos, Peter: Normalisierung und soziale Beschwichtigungsstrategien in der ČSSR. KPTsch-Politik, Gewerkschaften und Arbeiterbewußtsein. In: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Hrsg. v. Christoph Boyer und Peter Skyba. Dresden 1999, 119–128. (Berichte und Studien 20. Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung). – Pittaway, Mark: The Social Limits of State Control: Time, the Industrial Wage Relation, and Social Identity in Stalinist Hungary, 1948–1953. *Journal of Historical Sociology* 12 (1999) 3, 271–299.

<sup>14</sup> Siehe die Beiträge zu den USA, Japan, Schweden, Neuseeland, Australien und Spanien. In: *Labor Relations in Advanced Industrial Societies. Issues and Problems*. Hrsg. v. Benjamin Martin und Everett M. Kassalow. Washington – New York 1980. – Arbeitskampfrecht. Hrsg. v. Wolfgang Däubler. Baden-Baden 1987. – Ritter, Gerhard A.: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich. München 1991, 176–183.

<sup>15</sup> Gärtner, Manfred: Arbeitskonflikte in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1989. – Zur Verrechtlichung von Wirtschaft, Arbeit und sozialer Solidarität. Vergleichende Analysen. Hrsg. v. Friedrich Kübler. Baden-Baden 1984. – Löwisch, Manfred: Entwicklung des Arbeitskampfrechts in Deutschland und seinen westlichen Nachbarstaaten von 1945 bis zur Gegenwart. In: Die Entwicklung des Arbeitskampfrechts in Deutschland und in seinen westlichen Nachbarstaaten, Referate und Diskussionsbeiträge des 4. wissenschaftlichen

gleichbares gegenüber,<sup>16</sup> obwohl auch dort wegen unzweifelhaft vorhandener kollektiver Arbeitskonflikte Regulierungsbedarf bestand.

Ein zentraler Punkt der Konfliktproblematik ergab sich aus dem von der SED und – etwas später – auch vom FDGB vertretenen Postulat, daß die Partei die Interessen der ganzen Arbeiterklasse wahrnehme und daß Arbeiter, seitdem ein „volkseigener“ Wirtschaftssektor existierte, sinnvollerweise nicht gegen sich selbst streiken könnten. Dies wurde in der SBZ schon 1946 thematisiert, auch daß sich daraus „Konsequenzen für die Gewerkschaften“ ergeben würden.<sup>17</sup> Fraglos stand das traditionelle gewerkschaftliche Verständnis von Interessenvertretung der Arbeiterschaft damit zur Disposition.

Um zu verstehen, wie unsicher die rechtlichen Bedingungen von Arbeitskonflikten wurden, genügt ein Blick auf den Umgang mit dem Streikrecht: Im September 1946 führte der FDGB eine Streik- und Gemaßregelungenunterstützung ein, stellte also offenbar Konflikte in Rechnung.<sup>18</sup> Noch im November 1946 nahm der FDGB-Vorstand eine Streikordnung an, in der es hieß:

Der Streik ist die stärkste Waffe der Gewerkschaftsbewegung zur Vertretung der Interessen zur Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werktätigen, wie sie sich aus den Grundsätzen und Forderungen des FDGB ergeben. Das Streikrecht wird von der Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen das kapitalistische Unternehmertum und die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Verhältnisse angewandt.<sup>19</sup>

Diese Einschränkung war wesentlich. Im Kern ging es, wie Walter Ulbricht in dem Zusammenhang formulierte, um die Änderung der Eigentumsordnung.<sup>20</sup> Trotzdem blieb das Zustandekommen einer Streikordnung des FDGB ein bemerkenswerter Vorgang, zumal eine Differenz zu dem am 19. September 1946 vom Parteivorstand der SED gefaßten Beschluß „Die Grundrechte des deutschen Volkes“ bestand. Dort war nämlich von einem Recht auf Arbeit die Rede, nicht jedoch vom Streikrecht.<sup>21</sup> Dieses fand auch keinen Eingang in den „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“, den der Parteivorstand am 14. November

Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte am 7. Dezember 1979 in Hannover. Hrsg. v. Hans Pohl. Wiesbaden 1980, 34–52.

<sup>16</sup> M a m p e l, Siegfried: Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht in Mitteldeutschland. Köln 1966. – Zu den in der DDR bestehenden Möglichkeiten der Regelung von Arbeitsrechtsstreitigkeiten: F r e r i c h, Johannes/F r e y, Martin: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. München 1993, 123–125.

<sup>17</sup> Protokoll der erweiterten Sitzung des FDGB-Bundesvorstandes vom 2./3.4.1946. Referat Walter Ulbrichts. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BA), DY 34, FDGB-BV 6799, unfol.

<sup>18</sup> Beschlüsse der Vorstandssitzung vom 26./27.9.1946. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6800, unfol.

<sup>19</sup> E b e n d a: Entwurf der Streikordnung des FDGB, angenommen auf der Vorstandssitzung vom 28./29.11.1946.

<sup>20</sup> E b e n d a Referat Walter Ulbrichts 1 f.

<sup>21</sup> Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Hrsg. v. Parteivorstand der SED. Berlin 1951, Bd. 1, 91–97.

1946 beschloß.<sup>22</sup> Der eigenartige Dualismus dürfte darauf zurückzuführen sein, daß SED und FDGB mit Blick auf Westdeutschland, aber auch für den „Hausbedarf“ gegenüber dem privaten Unternehmertum in der SBZ vorläufig nicht prinzipiell am Streikrecht rütteln wollten. Die Streikordnung fand schließlich im Januar 1947 als Anlage Eingang in den Satzungsentwurf des FDGB.<sup>23</sup> Im Artikel 14 der 1949 angenommenen DDR-Verfassung hieß es dann:

Das Recht, Vereinigungen zur Förderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzugehören, ist für jedermann gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig und verboten. Das Streikrecht der Gewerkschaften ist gewährleistet.<sup>24</sup>

Doch schon in dem am 19. April 1950 von der Provisorischen Volkskammer angenommenen „Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten“ fehlte dieser Punkt.<sup>25</sup> Mit dem Hinweis, daß der FDGB die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten zu vertreten habe, waren grundsätzliche Positionen des sozialistischen Arbeitsrechts abgesteckt.<sup>26</sup> Für die weitere Diskussion nicht unerheblich, fand bereits hier das Postulat von der Übereinstimmung gesellschaftlicher, kollektiver und individueller Interessen seinen Niederschlag.<sup>27</sup> Das Hauptargument lautete, daß der Staat und die staatlichen Unternehmen unter der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse keine anderen Interessen haben könnten als die Arbeiter selbst.

Von hier war es nur noch ein kleiner Schritt, bis sich die FDGB-Führung mehrheitlich – nach heftigen inneren Auseinandersetzungen – auf dem 3. Bundeskongreß 1950 in Berlin definitiv zur politischen Unterordnung unter die SED bekannte.<sup>28</sup> Diese Position schloß auch den Verzicht auf Arbeitskämpfe im allgemeinen und Streiks im besonderen ein. Trotzdem blieb das Streikrecht bis 1968 in der Verfassung der DDR festgeschrieben. Erst im Text der neuen, am 8. April 1968 in Kraft getretenen Verfassung kam es nicht mehr vor. Allerdings nahmen nach dem schon erwähnten Gesetz der Arbeit vom 19. April 1950 auch die später folgenden Arbeitsgesetze der DDR keinen Bezug mehr auf ein Streikrecht; sie enthielten jedoch auch kein ausdrückliches Streikverbot.<sup>29</sup>

<sup>22</sup> Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik. Beschluß einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 14. November 1946 in Berlin. In: Einheit 1 (1946) 7 (Sonderbeilage) 14.

<sup>23</sup> Satzungsentwurf des FDGB vom 8.1.1947. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6801, unfol.

<sup>24</sup> Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. vom Amt für Information der Regierung der DDR, o. O. u. J., 13.

<sup>25</sup> Das Grundgesetz der Arbeit. Wortlaut des Gesetzes und Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. o. O. u. J., 29 (Dokumente der DDR 7).

<sup>26</sup> Ausführlicher dazu Mampel: Arbeitsverfassung. – Rütters, Bernd: Arbeitsrecht und politisches System. Frankfurt/M. 1973.

<sup>27</sup> Kunz, Friedrich u. a.: Sozialistisches Arbeitsrecht – Instrument zur Verwirklichung der Einheit von gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen. Berlin 1980.

<sup>28</sup> Protokoll des 3. Kongresses des FDGB. Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB. Berlin 1950, 521–540.

<sup>29</sup> Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1961. Ber-

Die Wirkungen dieser Konstellation zeigten sich bereits 1950, als eine Verordnung über Betriebskollektivverträge (BKV)<sup>30</sup> zu heftigen Kontroversen führte. Die Konfliktstruktur des 17. Juni 1953 zeichnete sich darin zumindest partiell schon ab: Große Teile der Arbeiterschaft befürchteten Normenerhöhungen und Lohnminderungen. Auf diesem sensiblen Gebiet entstanden in den folgenden nahezu vier Jahrzehnten ein Großteil der Arbeitskonflikte.<sup>31</sup> Allerdings mündeten die wenigsten von ihnen in Streiks. Hieran hatte nicht nur die unzweifelhaft vorhandene Repressionsangst Anteil, sondern auch das im April 1953 geschaffene Instrument der Konfliktkommissionen.<sup>32</sup> Diese waren seit 1953, wahrscheinlich nach dem Vorbild der 1928 in der UdSSR entstandenen Schlichtungskommissionen, zu einem wichtigen Faktor im arbeitsrechtlichen Konfliktlösungsmechanismus geworden.<sup>33</sup> Ende der achtziger Jahre existierten in der DDR nahezu 30 000 solcher Konfliktkommissionen mit rund 250 000 Mitgliedern.<sup>34</sup> Diese in den Betrieben angesiedelten Gremien trugen in einer recht flexiblen Weise zur Entschärfung oder Lösung arbeitsrechtlicher Konflikte bei. Vor diesem Hintergrund erscheinen Arbeitsniederlegungen in einem dramatischeren Licht. Im Gegensatz zu den vor Gericht oder vor den Konfliktkommissionen ausgetragenen Arbeitsrechtsstreitigkeiten waren sie keine alltäglichen Ereignisse.

### *Zwei Konfliktbeispiele*

Im folgenden sollen zwei solcher Konflikte, bei denen es zu Arbeitsniederlegungen gekommen war, genauer betrachtet werden. Ihr Verlauf läßt deutliche Strukturen erkennen. Der erste Fall ereignete sich im Steinkohlenbergwerk Oelsnitz. Dort hatte am 23. September 1961 eine Bergarbeiterbrigade die Arbeit niedergelegt. In einem Bericht der Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED stellte sich der Vorgang so dar:

Am Sonnabend trat in der Nachmittagsschicht um 18 Uhr ein Hauerkollektiv von 6 Personen in den Streik. Der Steiger A. ging zu diesem Zeitpunkt in diese Brigade, um eine neue Norm festzulegen. Diese Norm wurde 3 Tage vorher mit dem Brigadeführer zusammen ausgearbeitet

---

lin 1961. Dazu auch das zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzbuches der Arbeit vom 23. 11. 1966. In: Gesetzblatt der DDR (Gbl. DDR) I, Nr. 15/1966, 111–124) und das Arbeitsgesetzbuch der DDR vom 16. 6. 1977 (Gbl. DDR I, Nr. 18/1977, 185–227; Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik mit Einführungsgesetz. Textausgabe. Berlin 1977).

<sup>30</sup> Verordnung über Betriebskollektivverträge (BKV). In: Gbl. DDR Nr. 66/1950, 493.

<sup>31</sup> Auseinandersetzungen um Löhne, Gehälter und sonstige Vergütungen bildeten bis zum Ende der DDR einen der größten Posten unter den vor Gericht verhandelten Arbeitsrechtssachen. Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB DDR) 1988. Berlin 1988, 400.

<sup>32</sup> Verordnung über die Bildung von Kommissionen zur Beseitigung von Arbeitsstreitfällen (Konfliktkommissionen) in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und in den Verwaltungen (KKVO) vom 30. April 1953. In: Gbl. DDR Nr. 83/1953, 695–698.

<sup>33</sup> Thiel, Wera: Arbeitsrecht in der DDR. Ein Überblick über die Rechtsentwicklung und der Versuch einer Wertung. Opladen 1997, 89.

<sup>34</sup> StJB DDR 1988, 410.

und vom Brigadeführer unterschrieben. Die Brigade weigerte sich, nach dieser Norm zu arbeiten und verließ den Arbeitsort, um auszufahren.<sup>35</sup>

Dazu sollte man wissen, daß die durchschnittliche Normerfüllung der Brigade im September immerhin bei 180,2 Prozent lag. Der Bericht erwähnt weiter, daß die Brigademitglieder am folgenden Montag „zu einer Aussprache geladen“ worden seien, in der ihnen „von Vertretern der Werkleitung, Parteileitung und BGL (Betriebsgewerkschaftsleitung) die Schädlichkeit ihrer Handlungsweise klargemacht wurde.“ Alle sechs hätten daraufhin ihre Handlung bereut und erklärt, „daß sie sich der Tragweite nicht bewußt waren“. Durch zusätzliche Produktionsverpflichtungen wollten sie „ihre Fehler wettmachen.“ So kompromißlos der Bericht der ZK-Leute klang, so überraschend war das Ergebnis: Nach nochmaliger Überprüfung der Norm errechnete die Brigade 10,2 m<sup>3</sup> pro Schicht und erklärte sich danach sofort mit den am Sonnabend verlangten 8,5 m<sup>3</sup> einverstanden.

Dieser Ausgang verdient nähere Betrachtung: Im Ergebnis eines Disziplinarverfahrens erhielt die Brigade einen Verweis, und ihre Untertageprämie wurde wegen Störung des Produktionsablaufes reduziert. Der Verlust war nicht erheblich und wurde letztlich dadurch kompensiert, daß die Werkleitung offenkundige Leistungsreserven akzeptierte. Andererseits bemühte man sich um politische Prophylaxe. Der ZK-Bericht erwähnte, daß der seit 1948 im Werk beschäftigte Brigadier und Wortführer schon mehrfach „negativ“ aufgefallen und 1957 aus der SED ausgeschlossen worden sei. Deshalb halte man nach dem Streik die Einsetzung eines neuen Brigadiers und die Verstärkung der Brigade durch SED-Mitglieder für erforderlich. Es handelte sich hier um eine für die Zeit nach 1953 geradezu charakteristische Zwei-Komponenten-Lösung: Konfliktentschärfung durch lohn- und normenpolitische Flexibilität wurde mit einem politischen Signal verbunden, das unschwer als Drohgebärde zu verstehen war.

Wenn diese Arbeitsniederlegung relativ moderat endete, war das zwar keine seltene Ausnahme, doch konnte ein solcher Verlauf auch nicht als sichere Regel gelten. Das zweite Beispiel aus dem Büromaschinenwerk Sömmerda zeigt das: Dort hatten im Mai 1960 einige Arbeiter der mechanischen Werkstatt wegen schwieriger Arbeitsbedingungen eine höhere Schmutzzulage verlangt, außerdem forderten sie wegen der besonders großen Lärmbelastigungen sechs statt der bisher gewährten drei Tage Sonderurlaub. Bei diesen rein sozialen Punkten blieb es aber nicht. Die Arbeiter stellten offenbar einen Zusammenhang zwischen der Erfüllung dieser Forderungen und ihrer Loyalität gegenüber der SED-Politik her.<sup>36</sup> Als die Betriebsleitung ihre Forderungen zurückwies, gaben elf Arbeiter ihre FDGB-Mitgliedsbücher an den Gewerkschaftsvertrauensmann zurück, um so zu demonstrieren, daß sie ihre Interessen durch die Gewerkschaft nicht vertreten sahen. Der Vorgang wurde zum Ausgangspunkt für einen massiven Einsatz von rund 30 Partei- und Gewerkschaftsfunktionären in der Abteilung. Diese Taktik war nicht ungewöhnlich. Die Quellen

<sup>35</sup> Bericht der Abt. Grundstoffindustrie des ZK der SED über einen Streik im Steinkohlenwerk Oelsnitz am 23.9.1961, v. 26.9.1961. SAPMO-BA, DY 30, 2/603/50, unfol.

<sup>36</sup> Protokoll der 4. BV-Tagung, 24./25.5.1960. Diskussionsbeitrag des stellv. Vorsitzenden des FDGB-Bezirksvorstandes Erfurt, 89-92. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6868, unfol.

berichten relativ häufig über Versuche, Arbeiter und Angestellte weniger durch die Kraft der Argumente als vielmehr durch deren Quantität bzw. durch extensiv ausgedehnte Diskussionen zum Nachgeben zu veranlassen.

Zunächst ging es um die Isolation der Wortführer. Wenigstens einen Teil der Belegschaft wollte man zu Distanzierungsgesten bewegen, was in diesem Fall nach dreistündiger Diskussion auch gelang. Danach standen ein Brigadier und ein Einrichter als diejenigen fest, die das Einsammeln der FDGB-Mitgliedsbücher veranlaßt hatten. Beide waren bis dahin so etwas wie Respektspersonen im Kreis ihrer Mitarbeiter. Möglicherweise wurde ihnen gerade das zum Verhängnis: Der Brigadier und der Einrichter seien daraufhin – so der Bericht – aus der Brigade und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Ungesagt blieb, wer das beantragte. Diesem Schritt folgte die fristlose Entlassung beider, „wobei die Sicherheitsorgane dabei noch eine bestimmte Aufgabe zu lösen haben“<sup>37</sup>, hieß es mit drohendem Unterton. Das Beispiel zeigt, wie schnell ein relativ unbedeutender sozialer Konflikt politisch umzudeuten war. Die Gefahr, politischen Vorwürfen ausgesetzt zu werden, über deren Folgen sich nur spekulieren ließ, dürfte im geschilderten Falle die Arbeiter zum Nachgeben veranlaßt haben.

Trotz aller Unterschiede, die in den Voraussetzungen, im Umfang, in Abläufen und Ergebnissen von Arbeitskonflikten zu beobachten sind, gab es wohl eine Art Standardkonstellation, die in vielfältigen Varianten immer wieder ähnliche Grundstrukturen aufscheinen ließ. Es waren zumeist kleinere Arbeitsgruppen, die auf gegebene Anlässe zumeist kurzfristig und spontan mit Arbeitsniederlegungen reagierten. Selten waren Streiks mit mehr als hundert Beteiligten. Doch auch sie hatten – soweit es die Quellen erkennen lassen – ihren Ausgangspunkt in einzelnen, kleineren Betriebsabteilungen oder Arbeitsgruppen.<sup>38</sup>

In Berichten über derartige Konflikte treten oft übereinstimmende Merkmale des Konfliktverlaufs hervor. Arbeitskonflikte entzündeten sich zumeist an Lohn- und Normenfragen; mit deutlichem Abstand folgten Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitregelungen. Generell ist eine Priorität solcher Probleme, die direkt mit dem Arbeitseinkommen zusammenhängen. Arbeitsniederlegungen erstreckten sich in der Regel auf Beschäftigtengruppen, in denen man sich untereinander kannte. Zweifellos bedurfte es beim Umschlag vom Diskutieren zum Handeln wenn schon nicht akzeptierter Führungspersönlichkeiten, so doch einzelner Arbeiter, deren Meinung in der jeweiligen Arbeitsgruppe oder Brigade etwas galt und die andere in ihrer Entscheidung zu beeinflussen vermochten. Die Zustimmung zu einem Streik, dessen Risiken den Beteiligten in der Regel bewußt waren, dürfte durch den zumeist rein sozialen und sehr oft auch betont defensiven Charakter der Forderungen erleichtert worden sein. Überhaupt scheint die einem Arbeitskonflikt vorgelagerte Hemmschwelle im allgemeinen recht hoch gelegen zu haben. Freilich sank sie dann, wenn – was häufiger vorkam – „Alkoholgenuß als Ausgangspunkt für Arbeitsnieder-

---

<sup>37</sup> Ebenda 91.

<sup>38</sup> Aufstellung besonderer Vorkommnisse im Jahre 1961. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 22/184/5034, unfol.

legungen“ eine Rolle spielte.<sup>39</sup> In diesem Punkt hat sich im Verlauf der modernen Industriegeschichte wenig geändert.<sup>40</sup>

Daß die Mehrheit der Arbeiter im Konfliktfall recht vorsichtig agierte, schien nicht so sehr auf die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes zurückzugehen, als vielmehr auf die Furcht vor politischer Repression.<sup>41</sup> Diese Vorsicht ließ es offenbar auch ratsam erscheinen, nach Möglichkeit keine einzelnen Personen als Streik- oder Wortführer zu exponieren. In den beiden vorgestellten Beispielen gelang das nicht, doch zeigt deren Ausgang, wie wichtig dieser Aspekt war.

Ein Versuch, die Verläufe von Arbeitskonflikten bis hin zu Streiks anhand weitgehend übereinstimmender Merkmale zu stilisieren, muß unvermeidlich problematisch bleiben. Mit allem Vorbehalt ließen sich dabei vielleicht die folgenden Stationen markieren:

1. Als Ausgangspunkt war üblicherweise eine gravierende Interessendifferenz festzustellen, wobei es besonders um Löhne, Normen, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen ging. Offensive Forderungen waren eher selten; zumeist ging es um die Abwehr drohender sozialer Verschlechterung.

2. Diskussionen darüber fanden zunächst im engsten Kreis der betroffenen Arbeiter statt und bildeten das eigentliche Forum, in dem Forderungen formuliert wurden, die man an die Betriebsleitung herantragen konnte. In manchen Situationen traten Sprecher auf, oft die Arbeitsgruppen- oder Brigadeleiter. Vielfach waren die Arbeiter jedoch auch um ein kollektives Auftreten bemüht, um keinen einzelnen zu exponieren.

3. Beschwerden und Proteste wurden zunächst und zumeist erst an die unmittelbaren Vorgesetzten gerichtet, also an die Meister oder Abteilungsleiter. Bei diesen mischten sich erkennbar Sympathie und Indifferenz, was wohl auch auf einen beträchtlichen Teil von betrieblichen Basisfunktionären der SED und des FDGB zutraf.

4. Über die unmittelbaren Vorgesetzten, die in der Regel eine nicht unproblematische Zwischenstellung zwischen Arbeitern und Leitungen einnahmen, wurden die Forderungen normalerweise an die Werkleitung, die BGL und die Parteileitung weitergegeben. Diese bemühten sich zumeist gemeinsam um eine überzeugende Reaktion, oft in Form einer Gegenargumentation.

5. Wurde erkennbar, daß die Forderungen nicht oder zu großen Teilen nicht erfüllt werden würden, konnte das der Zeitpunkt sein, an dem sich Arbeiter zu spontanem Protest, mitunter auch zu Arbeitsniederlegungen entschlossen. Das geschah gewöhnlich in der Absicht, weitere Gespräche mit der Betriebsleitung zu erzwingen. In dieser Phase wurde nicht selten auf beiden Seiten eine gewisse Konzeptions-

<sup>39</sup> E b e n d a.

<sup>40</sup> L ü d t k e, Alf: *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*. Hamburg 1993, 98 f.

<sup>41</sup> Wie sich eine solche Furcht unter dem Eindruck offener politischer Repression aufbauen konnte, zeigt z. B. ein Zeitzeugenbericht, den Dagmar Semmelmann dokumentierte. Semmelmann: *Zeitzeugen* 37–41.

losigkeit sichtbar, die sich durchaus zugunsten pragmatischer Lösungen auswirken konnte.

6. Zu Verhandlungen im eigentlichen Sinne kam es dabei nicht. Oft wurden Versammlungen einberufen, auf denen die Argumente ausgetauscht oder mehr noch gegeneinander vorgetragen wurden. Zumeist reagierten die Werkleitungen mit abweigelnden Angeboten. Ihr Hauptaugenmerk galt üblicherweise der schnellen Wiederaufnahme der Arbeit, oft unter der Zusicherung, daß keine Einkommenseinbußen eintreten würden. So etwa lautete die vielleicht geläufigste Kompromißformel. Bei ihrer Anwendung griff man auf betriebliche Mittel zurück, auch um den Konflikt möglichst intern zu lösen. Beide Seiten blieben nach Möglichkeit um eine Entpolitisierung des Konflikts bemüht, wenngleich übergeordnete Instanzen in der Analyse der Vorgänge zu einer um so heftigeren Politisierung neigten.

7. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte, soweit zu erkennen ist, zumeist – aber eben nicht immer – unter der Zusage, keine Sanktionen gegen die Streikenden zu verhängen. Umgekehrt, so läßt sich auch beobachten, kam es im Anschluß an Arbeitsniederlegungen mitunter zu Loyalitätsgesten, indem Arbeiter sich beispielsweise zu Mehrleistungen verpflichteten.

So oder ähnlich dürfte der in jedem Fall schwer zu kalkulierende „Normalverlauf“ von Arbeitskonflikten, darunter auch Streiks, ausgesehen haben. Erkennbar dominierte die Absicht, strittige Punkte im Rahmen eines innerbetrieblichen Arrangements zu regeln. Im eigenen Interesse suchten gewöhnlich auch Betriebsleitungen, BGL und Betriebsfunktionäre der SED möglichst nach internen Regelungen. Sie wußten, daß Arbeitskonflikte regelmäßig in eine auch für sie gefährliche Eigendynamik gerieten, wenn sich ihrer erst einmal politische Funktionäre aus den hauptamtlichen Apparaten annahmen. Allerdings erwiesen sich Mängel in der fachlichen und Führungsqualifikation vieler Betriebsfunktionäre als kontraproduktiver Faktor von beachtlichem Gewicht, was die Intervention von außen geradezu provozierte.<sup>42</sup> Es wäre eine weiter zu verfolgende Frage, ob die auch in DDR-Betrieben vorhandene „Kragenlinie“ von den übergeordneten Gremien gezielt als soziale Sollbruchstelle genutzt wurde, um aufkommende Konflikte auf niedriger Ebene zu kanalisieren und zu entpolitisieren.<sup>43</sup>

Ein Kompetenzdefizit im betrieblichen Leitungsbereich, das allerdings im Verlaufe der sechziger Jahre verringert werden konnte,<sup>44</sup> hatte wichtige Nebenwirkungen: Viele Funktionäre mieden den direkten Kontakt mit Arbeitern oder

<sup>42</sup> Material der Arbeit einer ZK-Brigade zur Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn und die sich daraus ergebenden Vorschläge in den 18 Maschinenbaubetrieben von Karl-Marx-Stadt 1958, undat. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 45/150/6132, unfol.

<sup>43</sup> Ausführlicher dazu Hübner, Peter: Um Kopf und Kragen. Zur Geschichte der innerbetrieblichen Hierarchien im Konstituierungsprozeß der DDR-Gesellschaft. Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 16 (1993) 33, 210–232.

<sup>44</sup> Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 17. bis 22. April 1967 in der Werner Seelenbinder-Halle zu Berlin. Beschlüsse und Dokumente. Berlin 1967, Bd. 4, 222–225.

begrenzten ihn etwa auf Aktivisten oder Arbeiter, die der SED nahestanden oder ihr angehörten, auf jeden Fall auf solche, die als loyal gelten konnten.<sup>45</sup> Es dürfte kein Einzelfall gewesen sein, wenn die im Kraftwerk Zschornowitz (Bezirk Halle) beschäftigten Arbeiter weder den Betriebsleiter noch den Parteisekretär kannten.<sup>46</sup> Die häufige Kritik der SED-Führung am Distanzverhalten der Betriebsfunktionäre bestätigte, daß es sich um eine verbreitete Erscheinung handelte, die einerseits Konfliktprophylaxe behinderte, andererseits aber auch an der Basis Handlungsspielräume entstehen ließ.<sup>47</sup>

### *Alternative Konfliktvarianten*

Besonders seit Ende der fünfziger Jahre erlangten Arbeitsgruppen, vor allem Arbeitsbrigaden, eine gewichtigere innerbetriebliche Position. Sie verfügten durch ihren unmittelbaren Einfluß auf den Arbeitsprozeß und damit auf die Planerfüllung über ein höchst wirksames Instrument, um in Detailfragen – nicht in Grundsatzfragen – Betriebsleitungen zu Arrangements drängen zu können. Zu den Voraussetzungen gehörte allerdings, daß Forderungen im möglichst regimekonformen, mindestens aber unpolitischen Gestus vorgetragen wurden. Aus Arbeitsbrigaden heraus fiel das leichter, galten sie doch an sich schon als „fortschrittlich“. Die SED-Partei- oder FDGB-Gewerkschaftsgruppen spielten, soweit es die Quellen erkennen lassen, in Industriebetrieben eine weit geringere Rolle als diese Brigaden. Im Verlaufe und besonders seit Ende der fünfziger Jahre wandelte sich ein Teil der Arbeitsbrigaden über ihre eigentliche Funktion hinaus zu Substrukturen, die Interessenvertretung in eigener Sache praktizierten und damit dem FDGB massiv in die Quere kamen.<sup>48</sup> Die heftigen Auseinandersetzungen um die Bildung von Brigaderäten und um den sogenannten „Syndikalismus“ verdeutlichten das politische Gewicht dieser Entwicklung.<sup>49</sup> Allerdings ist das Problem durch die SED aus politischen Gründen zeitweise auch aufgebauscht worden. Die „Verhandlungsmacht“ von Brigadetretern gegenüber der Betriebsleitung, einschließlich der betrieblichen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, reichte nicht zu förmlichen Aushandlungsprozessen. Meist ging es einfach um das Vortragen von Beschwerden oder Forderungen, manchmal auch um ein „Auskungeln“ von Lösungen, immer aber um etwas, was

<sup>45</sup> Protokoll der 21. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes v. 2.–4. 12. 1955. Diskussionsbeitrag Gerhart Ziller, 64/2. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6834, unfol.

<sup>46</sup> SAPMO-BA, DY 30, IV 2/603/59, unpag.: Bürovorlage der Abt. Wirtschaft der SED-Bezirksleitung Halle v. 7.3.1960.

<sup>47</sup> Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 6. bis 7. Verhandlungstag. Berlin 1959, Bd. 2, 890.

<sup>48</sup> Roesler, Jörg: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt? In: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. v. Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Z w a h r. Stuttgart 1994, 144–170.

<sup>49</sup> Klinger, Fred: Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ im Kontext der „Syndikalismus“-Kritik. In: Der X. Parteitag der SED. 35 Jahre SED-Politik. Versuch einer Bilanz. 14. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 9.–12. Juni 1981. Köln 1980, 75–86.

man unter sich ausmachen wollte und wofür es im Grunde keine Regeln gab. Es waren kleinräumige Einzelkompromisse, die auf solche Weise zustande kamen.<sup>50</sup> Nicht zu übersehen ist aber auch, daß die meisten Arbeiter bzw. Arbeitsgruppen ihren Wünschen schon unterhalb der Konfliktschwelle durch „Arbeitszurückhaltung“ beträchtlich Nachdruck verleihen konnten.<sup>51</sup> Immerhin setzen gerade Brigaden auf diesem Wege „Sonderrechte“ durch, die ihnen günstigere Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen sowie bessere Zugriffsmöglichkeiten auf soziale Leistungen garantierten. An diesem Erfolg dürfte auch das „Meckern“ seinen Anteil gehabt haben, das nachhaltig auf das Betriebsklima durchschlagen konnte. Mary Fulbrook spricht wohl berechtigt von einer „verbreitete[n] Mentalität von ‚Anpassung und Meckern‘“.<sup>52</sup> Nicht unbegründet wurde auch von einer „mißmutigen Loyalität“<sup>53</sup> gesprochen.

In der Industriearbeiterschaft wurde die seit 1949/50 offiziell favorisierte Brigadestruktur nach einigem Zögern als Gelegenheit begriffen, vor allem soziale Interessen im systemkonformen Gewand zu artikulieren. Eben weil die Interessenlagen der Industriearbeiterschaft stark von täglicher Lebensbewältigung und kurz- bis mittelfristig disponiertem „Durchkommen“ bestimmt waren, ergab sich ein relativ günstiger Ansatz zur Konfliktregulierung im innerbetrieblichen Raum. Auf der Skala der politischen Reaktionsmöglichkeiten auf Arbeitskonflikte verschob sich der Schwerpunkt seit Mitte der fünfziger Jahre in die Richtung „vopolitischer“ Kompromißlösungen. Traditionale Werthaltungen und mentale Dispositionen dürften diese Entwicklung begünstigt haben.<sup>54</sup> Die Tendenzwende in der Frage der Arbeitskonflikte war um 1960 im wesentlichen vollzogen. Symptomatisch für den Versuch, Spannungen zwischen Regime und Arbeiterschaft abzubauen, plädierte das FDGB-Präsidium im Januar 1960 dafür, Arbeitskonflikte zu entschärfen und Arbeiter nicht als politische Gegner erscheinen zu lassen. Mängel in der Arbeitsorganisation, bürokratisches Verhalten von Wirtschaftsfunktionären und Administrativen, besonders auf dem Gebiet der Löhne und Normen, wurden als Konfliktgründe benannt. Erst diese hätten Arbeiter, deren Klassenbewußtsein noch ungenügend entwickelt sei, zu Arbeitsniederlegungen verleitet. Es komme auf eine schnelle Beilegung solcher Konflikte an, „weil sie von den Klassenfeinden gegen die Interessen der Arbeiterklasse ausgenutzt werden.“<sup>55</sup>

<sup>50</sup> Hübner, Peter: Balance des Ungleichgewichtes. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft. *Geschichte und Gesellschaft* (GG) 19 (1993) 1, 15–28.

<sup>51</sup> Ebenda 193–196.

<sup>52</sup> Fulbrook, Mary: Herrschaft, Gehorsam und Verweigerung – Die DDR als Diktatur. In: *Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*. Hrsg. v. Jürgen Kocka und Martin Sabrow. Berlin 1994, 80.

<sup>53</sup> Lüdtke, Alf: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: *Sozialgeschichte der DDR*. Hrsg. v. Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zahr. 188–213.

<sup>54</sup> Campbell, Joan: *German Work: The National Debate 1800–1945*. Princeton 1989. – Fulbrook, Mary: *A Concise History of Germany*. Cambridge 1990.

<sup>55</sup> Protokoll der 2. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes v. 27.–29.1.1960. Bericht des Präsidiums. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6865, unfol.

Unter solchen Voraussetzungen ging die Zahl der registrierten Arbeitsniederlegungen zurück. Allerdings ist anzunehmen, daß die im Dunkeln bleibende Gesamtziffer nicht gleich schnell sank. Für das Jahr 1960 etwa ist in den Akten des FDGB von 166 Streiks die Rede, doch wußte man im Bundesvorstand, daß dies „längst nicht alle“ waren.<sup>56</sup> Die Schwerpunkte der Arbeitskonflikte lagen in der Bauwirtschaft sowie in der Metall- und Textilindustrie, allerdings außerhalb der industriellen Kernbereiche. Das glich der Konfliktverteilung unter nationalsozialistischen Bedingungen.<sup>57</sup> Als Ursachen wurden fast immer Fehler in der Leitung, nur selten überspitzte Forderungen der Beschäftigten genannt.<sup>58</sup> Diese Interpretation bot den Funktionseliten des Regimes die Möglichkeit, solche Konflikte auf innerbetriebliche Fehler oder Mißverständnisse zurückführen zu können und sie auf diese Weise zu entpolitisieren. Zugleich ergab sich daraus für Arbeiter und Betriebsleitungen die Gelegenheit, mit betrieblichen Mitteln nach einem Interessenausgleich zu suchen. Auch in dieser Hinsicht gab es Ähnlichkeiten mit einer Tendenz zur „Tarifpolitik auf eigene Faust“, wie sie während der NS-Zeit zu beobachten war.<sup>59</sup> Alles das blieb freilich unformalisiert, schlecht berechenbar und risikobehaftet. Ein Vergleich der Ursachen und Anlässe von Arbeitskonflikten zeigt auch, daß diese sich im Dritten Reich und in der DDR kaum voneinander unterschieden. Auseinandersetzungen um Löhne und danach um Arbeitsbedingungen standen jeweils im Vordergrund.<sup>60</sup>

Seit den sechziger Jahren nahmen Zahl und Intensität solcher Konflikte ab. Ein erster Grund lag im Bemühen der SED-Führung, Konflikte möglichst nicht als Konflikte erscheinen zu lassen. Ein zweiter Grund war in der erwähnten stärkeren Position der Arbeitsbrigaden zu suchen. Der dritte Grund ergab sich aus der zunehmenden Verlagerung gesellschaftlicher Umverteilungsprozesse auf die betriebliche Ebene. Besonders Großbetriebe wurden zu wichtigen Trägern der Sozialpolitik. Dadurch verfügten Betriebsleitungen über Manövrierräume und Ressourcen, die zum Austarieren sozialer Spannungen geeignet waren.<sup>61</sup> Die Möglichkeiten erstreckten sich von Geld- und Sachprämien über Sonderversorgungen außerhalb des öffentlichen Handels bis hin zu internen Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen und zur Versorgung mit Werkswohnungen. Während man in der Zeit der Wirtschaftsreform („Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ bzw. „Ökonomisches System des Sozialismus“) bestrebt war, diese Ent-

<sup>56</sup> Protokoll der 7. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes v. 1.–2.3.1961. Schlußwort Herbert Warnkes, 206. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6872, unfol.

<sup>57</sup> Morsch, Günter: Arbeit und Brot. Studien zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37 Frankfurt/M. 1993, 250–262, 411–460. (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 546).

<sup>58</sup> Protokoll der 7. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes v. 1.–2.3.1961. Schlußwort Herbert Warnkes, 207. SAPMO-BA, DY 34, FDGB-BV 6872, unfol.

<sup>59</sup> Peukert, Detlev: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. Köln 1982, 134.

<sup>60</sup> Morsch, Günter: Streik im „Dritten Reich“. VfZ 36 (1988) H. 4, 649–689, hier bes. 687.

<sup>61</sup> Frerich/Frey: Handbuch Bd. 2, 79–89.

wicklung mittels eines Kultur- und Sozialfonds an die betriebliche Leistung zu koppeln, kam nach dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker ein neues sozialpolitisches Konzept der SED ins Spiel, das in hohem Maße auf soziale Befriedung setzte.<sup>62</sup> Auf ihre Art konfliktthemmend wirkte aber auch über den gesamten hier betrachteten Zeitraum hinweg die permanente Repressionsdrohung durch das SED-Regime. Diese Drohung war zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark, blieb aber bis 1989 präsent.<sup>63</sup> In ihr lag auch ein entscheidender Grund dafür, daß selbst ein unspektakulärer, an sich unpolitischer Konflikt immer, ob ausgesprochen oder unausgesprochen, mit einer politischen Note versehen war.

### *Kontinuität der Arbeitermilieus*

Die im Konfliktverhalten von Industriearbeitern erkennbaren traditionellen Bindungen führen zur Frage nach der Kontinuität in der Arbeitergeschichte. Sie ist gelegentlich als Teil einer „Jahrhundertdebatte“ über die Entwicklung moderner Industriegesellschaften bezeichnet worden.<sup>64</sup> Genauer betrachtet, erweist sich der Kontinuitätsaspekt als Zugang zum Modernisierungsproblem. In der SBZ/DDR wurde durch die Adaption des sowjetisch-sozialistischen Modells ein seit Jahrzehnten in Gang befindlicher Modernisierungsprozeß abgebremst und vorhandene gesellschaftliche Strukturen teilweise zerstört, durch neue ersetzt, teilweise aber auch konserviert.<sup>65</sup> Ein Blick auf den Zeitraum zwischen 1945 und Mitte der sechziger Jahre erfaßt im wesentlichen noch Nachkriegs-Arbeitermilieus<sup>66</sup> mit relativ hohem sozialen, mentalen, kulturellen und lebenspraktischen Beharrungsvermögen. Allerdings entsprachen sie durchaus nicht dem von der SED propagierten Idealbild einer homogenen und traditionsverbundenen Arbeiterklasse. Die noch vorhandenen Kontinuitätslinien ihrer Geschichte wurden schon seit Jahrzehnten von Brechungen und Verwerfungen durchzogen.

Schon in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg war es, wie Gunter Mai formulierte, zur Dekomposition des klassischen Arbeitermilieus und in deren Folge zur nachhaltigen Zersplitterung der Arbeiterbewegung gekommen.

<sup>62</sup> Boyer, Christoph/Skyba, Peter: Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie. Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR. DA 32 (1999) 4, 577–590.

<sup>63</sup> Engelmann, Roger: Funktionswandel der Staatssicherheit. In: Boyer/Skyba: Repression 89–97, hier 96 f.

<sup>64</sup> Mooser, Josef: Einleitung und Auswertung: Kontinuität und Diskontinuität in der Arbeitergeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Arbeiter im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. Stuttgart 1991, 653.

<sup>65</sup> Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. APZ B-40/1994, 44.

<sup>66</sup> Das findet sich besonders in lokalen Fallstudien bestätigt. Hofmann, Michael: Die Kohlearbeiter von Espenhain. Zur Enttraditionalisierung eines ostdeutschen Arbeitermilieus. In: Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Hrsg. v. Michael Vester, Michael Hofmann und Irene Zierke. Köln 1995, 91–135. – Ders.: Die Leipziger Metallarbeiter. Etappen sozialer Erfahrungsgeschichte. Milieubiographie eines Arbeitermilieus in Leipzig. In: Ebenda 136–192.

Damit sei, so Mai, ein Verlust an Klassenerfahrung und Klassensolidarität einhergegangen, der das Eindringen des Nationalsozialismus in die Arbeiterschaft begünstigt habe.<sup>67</sup> Während des Krieges und unmittelbar danach verursachten Arbeitseinsatzpolitik, Menschenverluste, Flucht und Vertreibung erhebliche soziale Umschichtungen, auch in den Arbeitermilieus. Insgesamt aber ging der zwischen 1918 und 1945 in mehreren Phasen ablaufende und in den einzelnen Teilen der deutschen Gesellschaft unterschiedlich intensive Modernisierungsschub<sup>68</sup> nicht so tief, daß er diese Milieus hätte völlig umpflügen können. Sie brachen zwar auf, bestanden aber mit ihren noch deutlichen Herkunftsmerkmalen fort.<sup>69</sup> Vor allem das traditionsverwurzelte Arbeitermilieu erwies sich als modernisierungsresistent.<sup>70</sup>

Kriegsverluste sowie die demographischen Auswirkungen von Flucht und Vertreibung sorgten in der SBZ/DDR für ein rasches Ansteigen der Frauenerwerbsquote. Diese Tendenz wurde durch eine bis zum August 1961 anhaltende massive Fluchtbewegung zusätzlich verstärkt. Besonders der Weggang jüngerer qualifizierter männlicher Fachkräfte wurde für die DDR-Wirtschaft zum Problem.<sup>71</sup> Eine Abwanderung älterer Arbeiter erfolgte nicht in gleich starkem Maße. Im Hinblick auf die Konfliktfähigkeit der Arbeiterschaft bedeutete dies, daß mit den Verlusten an jüngeren Arbeitern die typische Spitzenformation schwächer wurde, die sich in Arbeitsstreitigkeiten exponierte. Ältere Arbeiter und die in wachsender Zahl erwerbstätiger Frauen neigten eher zum Konsens und zu Kompromißlösungen. Auf diese Entwicklung reagierte auch der FDGB, der bislang immer wieder Produktionskampagnen inszeniert hatte, mit einem gemäßigeren Stil. Er geriet, wie Ulrich Gill es formulierte, aus den „wildern“ fünfziger Jahren in die „apathischen“ sechziger, siebziger und achtziger Jahre.<sup>72</sup>

Dieser Befund sagt freilich noch nicht viel über die Stabilität der in der DDR existierenden Arbeitermilieus. In ihnen lebten Menschen, „die ähnliche Lebenslagen mit ähnlichen Ethiken alltäglicher Lebensführung bewältigen (und sich darin von wiederum anderen Milieus mit anderen Lagen und Ethiken abgrenzen).“<sup>73</sup> Nach Michael Hofmann und Dieter Rink existierten in der DDR mit der traditions-

<sup>67</sup> Mai, Gunter: Arbeitsplatz und Arbeitsorganisation 1918 bis 1939. Einleitung und Auswertung. – Arbeiter im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Tenfelde 28.

<sup>68</sup> Für den Zeitrahmen 1918 bis 1945 plädiert z.B. Mommsen, Hans: Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung. GG 21 (1995) 3, 393.

<sup>69</sup> Zur Entwicklung in der Bundesrepublik Mooser, Josef: Abschied von der „Proletarität“ Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive. In: Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Hrsg. v. Werner Conze und M. Rainer Lepsius. Stuttgart 1986, 143–186.

<sup>70</sup> Soziale Milieus in Ostdeutschland. Hrsg. v. Vester, Hofmann und Zierke 15.

<sup>71</sup> Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf 1994, 52, 187.

<sup>72</sup> Gill, Ulrich: Bergbau, Energie, Chemie und Leder in der DDR zwischen 1950 und der deutschen Vereinigung. In: Ein neues Band der Solidarität. Chemie-Bergbau-Leder. Industriearbeiter und Gewerkschaften in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. v. Klaus Tenfelde. Hannover 1997, 189 und 198.

<sup>73</sup> Vester, Michael: Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland. In: Soziale Milieus in Ostdeutschland. Hrsg. v. Vester, Hofmann und Zierke 11.

bewußten Facharbeiterschaft und der Klientel moderner Großbetriebe zwei große Arbeitermilieus. Ersteres sei ein „berufs- und traditionsorientiertes Facharbeitermilieu“, das zweite ein „paternalistisch orientiertes Arbeitermilieu“ gewesen.<sup>74</sup> Beide, befördert auch durch die allmähliche Feminisierung der Arbeiterschaft und deren steigendem Altersdurchschnitt, wirkten eher als konservierendes Element im sozialen Wandel. Ihre Stabilität resultierte ohne Zweifel aus noch immer starken traditionellen Bindungen. Als sozialer Typus stand der Facharbeiter im Zentrum gesellschaftspolitischer Projektionen und geriet dabei in die Funktion eines Maßstabes für Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen.<sup>75</sup> Der in den Sozialwissenschaften diskutierte Begriff der „Facharbeitergesellschaft“ erscheint vor diesem Hintergrund durchaus treffend.<sup>76</sup>

Auf Dauer wurde jedoch die Industriestruktur der DDR zum entscheidenden Konservierungsfaktor. Mit ihrer industriellen Strukturpolitik setzte die SED bereits bestehende Entwicklungslinien fort, die auf Modernisierung, zugleich aber auch auf den Ausbau autarker Positionen zielten.<sup>77</sup> Verstärkt noch durch eine Anlehnung an das sowjetische Industrialisierungsmodell führten sie zur „Hypertrophie der Produktionsmittelindustrien gegenüber den Konsumgüterindustrien.“<sup>78</sup> Damit mündete der die gesamte Gesellschaft erfassende Gestaltungsanspruch der SED gerade im industriellen Bereich in einen auffälligen Strukturkonservatismus. So entstanden Rahmenbedingungen, in denen sich ein traditionaler Arbeitertypus gut behaupten konnte. Betrachtet man die Palette einiger für die Zeit zwischen 1945 und 1990 typischen Industrieerzeugnisse der DDR, so zeigt sich etwa im Fall der Werkzeug-, Druck- und Büromaschinen, der Kunstfaser- und Filmherstellung, der Zweitaktmotoren und der Braunkohleveredlung ganz klar ein Rückgriff auf Erfindungen, Entwicklungen und Verfahrenstechniken der zwanziger und dreißiger Jahre.<sup>79</sup> Es gab also gar keinen Anlaß zu gravierenden sozialen Umschichtungen innerhalb der Arbeiterschaft. Dem Konservieren der industriellen Entwicklung entsprachen die Arbeitergestalten in der Ikonographie des SED-Regimes nahezu perfekt.<sup>80</sup>

Doch die Inszenierung der Arbeiterklasse, wie sie die Gesellschaftspolitik der SED bestimmte, folgte nicht nur wirtschaftspolitischen Intentionen.<sup>81</sup> Mindestens

<sup>74</sup> Hofmann, Michael/Rink, Dieter: Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus. Bewältigungsmuster und Handlungsspielräume ostdeutscher Industriearbeiter im Transformationsprozeß. APZ B 26–27/1993, 29–36, hier 31.

<sup>75</sup> Faulenbach/Leo/Weberskirch: Zweierlei Geschichte 279.

<sup>76</sup> Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. Opladen 1996, 173.

<sup>77</sup> Cornelsen, Doris: Die Industriepolitik der DDR. In: Der X. Parteitag der SED, 46–62, hier 54f.

<sup>78</sup> Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Bd. 3: 1943–1945. Berlin 1996, 673.

<sup>79</sup> Stokes, Raymond G.: Autarky, ideology and technological lag: the case of the East German chemical industry: 1945–1964. Central European History 28 (1995) 1, 29–45.

<sup>80</sup> Dohmann, Albrecht u. a.: Bild der Klasse. Die deutsche Arbeiterklasse in der bildenden Kunst. Berlin 1971, Abb. 197, 198, 266.

<sup>81</sup> Hübner, Peter: Arbeiterklasse als Inszenierung? Arbeiter und Gesellschaftspolitik in der SBZ/DDR. In: Die Grenzen der Diktatur. Hrsg. v. Richard Bessel und Ralph Jessen. Göttingen 1996, 199–223.

ebenso wichtig war, daß die Parteiführung mit der Existenz traditioneller Arbeitermilieus einen legitimatorischen Anspruch verband und schon deshalb an der Stabilität dieser Milieus interessiert sein mußte. Hier profitierte die SED davon, daß die Sozialstruktur der Bevölkerung im Gebiet der späteren DDR bereits zwischen den beiden Weltkriegen und noch mehr während des Zweiten Weltkrieges im Vergleich zu anderen deutschen Regionen „proletarischer“ geworden war.<sup>82</sup> Die Tendenz verstärkte sich durch die soziale Ausdünnung der Mittelschichten während des Zweiten Weltkrieges und nach Kriegsende durch die Aufnahme und Integration von Vertriebenen sowie durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen.<sup>83</sup> Hinzu kam nach 1945 infolge von Enteignungen und Entnazifizierung die zwangsweise Proletarisierung von Teilen des Besitzbürgertums und der Großbauernschaft. Gegenüber der Vorkriegszeit ging der Arbeiteranteil unter den Erwerbstätigen in der SBZ und frühen DDR zwar leicht zurück, verharrte aber dann bis zum Ende des „deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates“ auf über 50 Prozent.<sup>84</sup>

Als schwach erwiesen sich die Impulse strukturellen Wandels. Gerade in der Industriebeschäftigung zeigten sich Tendenzen zur einfachen Fortschreibung des Bestehenden und in Teilen zunehmend Überholten.

*Berufstätige (ohne Lehrlinge) in den produzierenden Wirtschaftsbereichen (in 1 000)*

Jahr	1949	1960	1970	1980	1989
Industrie	1990	2768	2855	3128	3187
Handwerk	630	414	404	259	267
Bauwirtschaft	474	470	538	583	560
Land- und Forstwirtschaft	2242	1304	997	878	923
Verkehr, Post, Fernmeldewesen	448	554	581	613	639
Handel	620	890	858	850	877

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. Berlin 1990, 19.

Die wichtigsten Gründe für diese Entwicklung lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Im Gebiet der späteren DDR hatten die Rüstungsinvestitionen der Nationalsozialisten kräftige Industrialisierungsimpulse erzeugt und die Zahl der Industriearbeitsplätze erhöht. Die dann in der DDR versuchte Arrondierung und Erweiterung des Industriepotentials trieb den Arbeitskräftebedarf weiter in die Höhe.

<sup>82</sup> Störbeck, Dietrich: Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine soziologische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich. Berlin 1964, 153.

<sup>83</sup> Ausschuß der deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Berufszählung (Textteil). Berlin 1953, 30.

<sup>84</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1955. Berlin 1956, 26 (berechnet v. Verf.). – Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Hrsg. v. Gunnar Winkler. Berlin 1990, 71.

2. Die zentralisierte Planwirtschaft erzeugte selbst einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften. Wie in der Wirtschaft hohe Lagerbestände typisch wurden, baute man allmählich auch bezahlte Arbeitskräftereserven auf, um bei einer insgesamt unkontinuierlich verlaufenden Produktion die Pläne erfüllen zu können.

3. Die Militarisierung der DDR-Gesellschaft und der Ausbau des Machtapparates der SED führten zu weiteren Belastungen der Arbeitskräfteressourcen, aber auch zu einer erheblichen Agglomeration von Arbeitern im rüstungsrelevanten Bereich.

4. Die Sozialpolitik präferierte den Arbeiterstatus. Arbeiter zu werden oder zu bleiben, bedeutete oft einen Einkommensvorteil gegenüber den Angestellten, ohne daß Arbeiter sich deshalb politisch engagieren mußten.

Peter Alheit sprach in dem Zusammenhang und in Anlehnung an Pierre Bourdieu Konzept vom sozialen Raum, davon, daß dieser in der DDR zwar nicht auf den Kopf gestellt, aber doch nach links gekippt worden sei. Die „Arbeiterklasse“ wurde aufgewertet und erhielt Zugang zum politischen Kapital. Doch diese symbolische Aufwertung und eine Reihe von Privilegien auf der betrieblichen Ebene habe den Zugang zum kulturellen Kapital sogar überflüssig erscheinen lassen. Möglicherweise sei diese Tatsache ein entscheidender Indikator für die mit westlichen Verhältnissen kaum vergleichbare Persistenz der DDR-Arbeitermilieus.<sup>85</sup>

Wenn das zutrifft, spräche manches für die in der neueren Forschung mehrfach geäußerte These, daß sich in diesen Milieus Spuren der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte über Jahrzehnte bis in die 1990 einsetzende Transformationsperiode fortsetzten. So vermutet Michael Hofmann am Beispiel der Leipziger Metallarbeiter ein Weiterbestehen sozialdemokratisch geprägter Arbeitermilieus. Hans-Peter Müller und Manfred Wilke machten im Hinblick auf die neuen Betriebsräte der mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenreviere auf „Resistenzen und Restbestände von Tradition“ aufmerksam.<sup>87</sup> Ob sich hier wirklich ungebrochene Kontinuitätslinien durchzogen, oder ob es sich um indirekt vermittelte Reminiszenzen handelte, ist nicht einfach zu beantworten. Viele Argumente sprechen für die Annahme, daß eine Kontinuität der Arbeitergeschichte und ihrer sozialen Milieus nicht ohne weiteres zu kappen war. Doch wird man die Beständigkeit der Arbeitermilieus bis zum Ende der DDR kaum aus den unterschiedlichen und konkurrierenden politischen Traditionslinien der Arbeiterbewegungsgeschichte erklären können. Am ehesten spielten diese wohl innerhalb der SED und im FDGB eine Rolle. Für die Allgemeinheit der Arbeiterschaft gehörte aber offenbar die langfristige Betriebsbindung und der industrielle Strukturkonservatismus zu entscheidenden Stabilisierungsfaktoren der Milieus.

<sup>85</sup> Alheit: Gebrochene Modernisierung, Bd. 1, 41.

<sup>86</sup> Hofmann: Die Leipziger Metallarbeiter 136 f.

<sup>87</sup> Müller, Hans-Peter/Wilke, Manfred: Braunkohlepolitik der Steinkohlegewerkschaft. Die Energiepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im Vereinigungsprozeß 1990 bis 1994. Berlin 1996, 77.

*Milieukontinuität als Stabilitätsproblem*

Eine hohe Milieustabilität und die starke Betriebsfixierung der meisten praktischen Lebensabläufe beeinflussten den Verlauf von Arbeitskonflikten, bewirkten aber mehr noch deren Ausbleiben. Das war nicht selbstverständlich. Für das Verhältnis von Arbeiterschaft und SED spielte zwar die fehlende demokratische Legitimation des Regimes eine nicht zu unterschätzende Rolle, doch im Alltag waren es vor allem die Wirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die diese Beziehung bestimmten. Deren Qualität hing erheblich davon ab, ob Nahrungsmittel, Gebrauchsgüter und Wohnungen in ausreichendem Maße verfügbar waren und wie sich die Einkommen und Preise entwickelten. Hier war eine Linie gezogen, an der die Dispositionsfreiheit der SED endete und wo sie während der gesamten Zeit ihrer Herrschaft unter Druck stand. Neben einer stabilen Versorgung ging es den Arbeitern in der DDR ganz besonders um ein „gerechtes“ Lohnsystem. Sie standen damit in einer ungebrochenen Tradition zu früheren Arbeitergenerationen: Löhne sollten die Lebenshaltungskosten decken, sollten sich an Ausbildung, Erfahrung und Leistung orientieren, nicht gleich, sondern leistungsgerecht sein, und sie sollten nicht sinken.<sup>88</sup>

Die Lohnentwicklung in der DDR folgte diesem Muster im grundsätzlichen, doch gelang es nie, die Einkommen konsequent an Leistung und die Konsumtion an die Akkumulation zu binden. Jegliche Bestrebungen in diese Richtung scheiterten am Widerstand der Arbeiterschaft. Lohnveränderungen konnten angesichts der Erfahrungen des 17. Juni 1953 nur noch über abgestufte Lohnerhöhungen durchgesetzt werden.<sup>89</sup>

Über die Generationen hinweg verband die Arbeiter aber nicht nur der Wunsch nach „gerechtem“ Lohn, einer auskömmlichen Erwerbsarbeit und nach sozialer Absicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Es ging auch um einen als angemessen betrachteten Lebensstil. In gewisser Weise traf auch auf Arbeiter in der DDR zu, was Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde über die Arbeiter im Deutschen Kaiserreich festgestellt haben: In ihrer Mehrheit sehnten sie sich nach „bürgerlichen“ Existenzformen. Darunter verstanden sie „Sicherheit für sich und ihre Kinder, menschenwürdige Behandlung bei der Arbeit, kleinen, aber dauerhaften Besitz, Wohnverhältnisse, in denen zu leben lohnenswert erschien, und Chancen, soviel zu lernen, soviel im Leben zu erreichen wie andere auch.“<sup>90</sup> Allerdings wichen DDR-Arbeiter unter zwei Aspekten von diesen Optionen ab. Erstens suchten sie den Vergleich nicht mit bürgerlichen Schichten, die nach 1945 ohnehin marginalisiert worden waren. Arbeiter verglichen sich einerseits mit den Angehörigen der sich seit den sechziger Jahren verstärkt selbst reproduzierenden „sozialistischen Dienstklasse“,<sup>91</sup>

<sup>88</sup> Nipperdey, Thomas: *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1991, 306.

<sup>89</sup> Engler, Wolfgang: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin 1999, 83.

<sup>90</sup> Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*. Bonn 1992, 838.

<sup>91</sup> Solga, Heike: *Auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*. Berlin 1995, 210.

die „bürgerliche“ Lebensformen adaptierte:<sup>92</sup> Wohnen im „besseren“ Viertel, individuelle Karriereplanung, das Auto als Statussymbol, die Datsche als Refugium der Privatheit waren Zeichen einer ironischen Wendung des revolutionären Anspruchs. Wenn sich also die sozialen Forderungen und Erwartungen von Arbeitern scheinbar an dieser Dienstklasse maßen, stellten sie indirekt einen „bürgerlichen“ Bezug her. Andererseits hatten sie die Lebensweise und den Lebensstandard der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik vor Augen. Von hierher kamen jene Impulse, die Nachahmungseffekte auslösten. Zweitens verschwand das soziale Aufstiegsmotiv zumindest teilweise. Der Anspruch, daß zumindest die Kinder „es einmal besser haben“ sollten, verlor seinen Reiz in einer Gesellschaft, die nicht nur in sozialer Hinsicht starken nivellierenden Einflüssen ausgesetzt war. Im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ mußte, so spitzt Wolfgang Engler es zu, ein Arbeiter:

[...] nichts sein, um etwas zu werden, nichts werden, um etwas zu sein, denn alles, was er sein und werden konnte, war er bereits: ein anerkanntes Mitglied des Gemeinwesens. Er war ökonomisch unabhängig, existentiell von vornherein gesichert und wußte vom Kampf um soziale Anerkennung nur vom Hörensagen.<sup>93</sup>

Trotz ihres unkündbaren Platzes im Zentrum der sozialistischen Gesellschaft registrierten Arbeiter aber doch eine Grenze zwischen ihresgleichen und den Eliten des SED-Regimes. Habituell war die „Kragenlinie“ zwar nicht scharf gezogen, zumal Angehörige dieser Eliten oft bewußt auf ein „proletarisches“ Erscheinungsbild Wert legten. Mental spielte sie aber stets eine Rolle. Vor allem von der Arbeiterseite her gezogen, blieb die „Kragenlinie“ genaugenommen eine Stütze der Arbeiteridentität. Zumindest in der Tendenz ist Wolfgang Engler darin zu folgen, wenn er meint, daß Arbeiter sich nicht nur durch ein gefestigtes Gruppenbewußtsein, „sondern auch durch grenzenloses Selbstbewußtsein“ auszeichneten.<sup>94</sup> Letzteres mag übertrieben erscheinen, doch ist nicht zu verkennen, daß man von der blauen Seite der „Kragenlinie“ durchaus etwas abschätzig auf die weiße Seite blickte. Auch wenn Scharmützel in dieser Konstellation nicht ausblieben, taugte sie nicht als Frontstellung massiver politischer und sozialer Auseinandersetzungen.

Diese relative Ruhe ist teilweise aus dem politischen Kontext der Diktatur mit ihrem stets verfügbaren Repressionspotential zu erklären.<sup>95</sup> Ein anderer Grund bestand in dem relativ geringen sozialen Gefälle zwischen Arbeiterschaft und Eliten. Der soziale Abstand existierte nicht durchgehend, fiel teilweise auch zugunsten der Arbeiter aus; wo aber die Eliten im Vorteil waren, blieb er zu gering, um soziale Großkonflikte zu nähren.<sup>96</sup> Nicht nur ideelle Vorteile resultierten für Arbeiter aus

<sup>92</sup> Ernst, Anna-Sabine: Vom „Du“ zum „Sie“. Die Rezeption der bürgerlichen Anstandsregeln in der DDR der 1950er Jahre. Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 16 (1993) 33, 190–209, hier 203 f.

<sup>93</sup> Engler: Die Ostdeutschen 206.

<sup>94</sup> Ebenda 202.

<sup>95</sup> Woderich, Rolf: Mentalitäten im Land der kleinen Leute. In: Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Hrsg. v. Michael Thomas. Berlin 1992, 76–91.

<sup>96</sup> Engler: Die Ostdeutschen 194.

dem ideologischen Postulat von der führenden Rolle der Arbeiterklasse, das zwar in erster Linie eine Legitimationsfunktion für die Parteiherrschaft ausübte, in zweiter Linie aber die Grundlage für eine patriarchalisch angelegte Sozialpolitik bot, die Betreuung und Versorgung in den Vordergrund stellte.<sup>97</sup>

In Verbindung mit dem zentralisierten Planungssystem und dem extensiven Industrialisierungskonzept der SED trugen diese Faktoren zu einer immer deutlicheren Arbeits- und Betriebszentrierung der DDR-Gesellschaft bei.<sup>98</sup> In diesem festgefühten Rahmen blieben Betriebsbelegschaften in ihrer Zusammensetzung langfristig überaus stabil.<sup>99</sup> Angesichts einer in den fünfziger Jahren schon deutlich nachlassenden sozialen Mobilität innerhalb der DDR-Gesellschaft und der Verfestigung ihrer Segmente wurde die Kohäsionskraft von Betriebsbelegschaften und Arbeitermilieus allerdings auch nicht sonderlich beansprucht. Man kannte sich meist über längere Zeit, arbeitete zusammen, wohnte häufig dicht beieinander und verbrachte nicht selten auch die Freizeit gemeinsam.<sup>100</sup> Diesen Bedingungen entsprach die Struktur der Arbeitsbrigaden bzw. der „Brigaden der sozialistischen Arbeit“, die einem großen Teil der Arbeiter zwar nach politischen Kampagnen übergestülpt wurde, unter den gegebenen Voraussetzungen allerdings rasch Wurzeln schlug und akzeptiert wurde.<sup>101</sup>

Die Kontinuitätslinien der Arbeitergeschichte in der DDR gerannen zu einem Bild von trügerischer Idylle. So, wie sie auf ein starkes Zusammengehörigkeits- und Eigenwertgefühl schließen ließen, das auch stabilisierend auf die private Sphäre der Familien ausstrahlte, waren sie andererseits aber auch Bestandteil eines zu Verfestigung und Stagnation tendierenden sozialen und wirtschaftlichen Gesamtprozesses. Daß dessen Akteure der seit den sechziger Jahren immer klarer absehbaren Notwendigkeit eines industriellen Strukturwandels und einer auf Öffnung zu den Weltmärkten hin angelegten Wirtschaftsreform nicht Rechnung zu tragen vermochten, lag in letzter Konsequenz an den „Betriebskosten“ dieser gefährlichen gesellschaftlichen Stabilität. Wenn in der DDR bis 1989 „mehr von einer distinkten Arbeiterklasse“ erhalten blieb als in der Bundesrepublik,<sup>102</sup> stand dahinter ein Modernisierungsdefizit, aber auch ein anderes wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept, zu dem eine permanente soziale Inszenierung von „Arbeiterklasse“ ge-

---

<sup>97</sup> Hockerts, Hans-Günter: Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR. In: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. v. Kaelble, Kocka und Zwahr 516–544.

<sup>98</sup> Kohli, Martin: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Ebenda 31–61.

<sup>99</sup> Hübner, Peter: Arbeiter und sozialer Wandel im Niederlausitzer Braunkohlenrevier von den dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre. In: Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte. Hrsg. v. Dems. Berlin 1995, 23–59.

<sup>100</sup> Bittner, Regina: Kolonien des Eigensinns: Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion. Frankfurt/M. 1998.

<sup>101</sup> Roesler, Jörg: Probleme des Brigadealltags. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben 1950–1989. APZ B 38/97, 3–17.

<sup>102</sup> Kocka, Jürgen: Geschichte und Zukunft der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung. In: Geschichte als Möglichkeit: über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing. Hrsg. v. Karsten Rudolph und Christl Wickert. Essen 1995, 103.

hörte.<sup>103</sup> Es gab hier einen wechselseitigen Zusammenhang: Während die Stabilität der Arbeitermilieus zugleich der Stabilisierung des Gesamtsystems diene, erforderte ihr Erhalt erhebliche soziale Aufwendungen.<sup>104</sup> Diese Mittel standen nicht für Investitionen zur Verfügung, die für den strukturellen Wandel und die Modernisierung der DDR-Wirtschaft nötig gewesen wären. Auch so wurde die Stabilität der Arbeitermilieus auf eine in der historischen Perspektive höchst problematische Weise geschützt.

Welche Konsequenzen ergaben sich daraus für das Konfliktverhalten der Arbeiterschaft? Aus einer relativ intensiven Beobachtung der sozialen Situation in den Betrieben, deren Ergebnisse vor allem in den archivierten Aktenbeständen des FDGB und des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik dokumentiert sind, entsteht ein recht genaues Bild.<sup>105</sup> Es zeigt zwei Grundzüge: Erstens gab es eine breite Palette mehr oder weniger offensiv vorgetragener Forderungen. Sie betrafen vor allem Löhne, Arbeitszeit, Versorgungsprobleme und Wohnverhältnisse. Für ihre Durchsetzung wurde ein offener Konflikt immer unbedeutender, weil die staatliche Sozialpolitik ebenso wie Betriebsleitungen und Belegschaften möglichst das Arrangement suchten. Die SED geriet dabei freilich in eine Zwangslage, vermochte sie doch die größer werdende Differenz zwischen ihrer praktisch nicht rücknehmbaren sozialpolitischen Programmatik und den hierfür erforderlichen, aber nur unzureichend wachsenden Ressourcen nicht zu schließen. Zweitens tendierte die Arbeiterschaft zunehmend dahin, soziale Besitzstände zu sichern. Sobald hier oder da Verschlechterungen einzutreten drohten, zeichnete sich eine ernste Konfliktlage ab. Man hatte das Argument der „führenden Klasse“ auf seiner Seite und konnte sich auf die sozialen Versprechungen der SED berufen. Die Arbeiterschaft befand sich damit in einer überaus starken Position. Um hier keinen Konflikt zu riskieren, den sie politisch kaum durchstehen konnte, ließ sich die Parteiführung unter der in Wirklichkeit trügerischen Devise der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ seit den siebziger, vor allem aber dann in den achtziger Jahren auf eine substanzzehrende und teilweise kreditfinanzierte Versorgungs- und Verteilungspolitik ein. Die dabei immer noch angestrebte Produktionsorientierung der Sozialpolitik erzeugte unter diesen Umständen keinen Produktivitätsschub mehr.<sup>106</sup>

### Fazit

Sowohl im Konfliktverhalten als auch bei der Wahrnehmung einer eigenen sozialen und kulturellen Identität der Arbeiterschaft in der DDR ist ohne Schwierigkeit der Industriefacharbeiter als Leitfigur ausfindig zu machen. Diese war ein maß-

<sup>103</sup> L ö t s c h, Manfred: Der Sozialismus – eine Stände- oder eine Klassengesellschaft? In: Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Hrsg. v. Hans Joas und Martin Kohli. Frankfurt/M. 1993, 121 f. – H ö c k e r t s: Grundlinien 536.

<sup>104</sup> H o f m a n n / R i n k: Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus 29–36.

<sup>105</sup> Die folgende Passage stützt sich auf: H ü b n e r, Peter: Betriebliche Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1989. Unveröffentl. MS.

<sup>106</sup> S c h m i d t, Manfred G.: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. Opladen 1998, 233 f.

gebender Faktor der relativ hohen Milieustabilität und zugleich auch der wichtigste Bezugspunkt in der Gesellschaftspolitik der SED. Der industrielle Facharbeiter fungierte dabei gewissermaßen als Schlußstein im legitimatorisch gemeinten politischen Inszenierungsversuch von „Arbeiterklasse“. Doch bildete er im Gefüge der DDR-Gesellschaft auch ein konservierendes Element, um das sich eine quantitativ starke Arbeiterschicht gruppierete, die zumindest im Arbeitsalltag und bei der praktischen Lebensbewältigung noch deutliche Züge der traditionellen Arbeiterklasse trug.

Daß diese Konstellation über den langen Zeitraum von 1945 bis 1989 nahezu unverändert erhalten blieb, war vor allem auf die Wirtschafts- und insbesondere auf die Industriepolitik zurückzuführen, die trotz der Rhetorik von sozialistischer Industrialisierung und Modernisierung in bemerkenswerter Weise statisch wurde. In der DDR dominierten Produkte und Technologien, die in der Zwischenkriegszeit bzw. auch während des Zweiten Weltkrieges entwickelt worden waren. Sie verlangten oft eine hohe Fachkompetenz der beteiligten Arbeiter. An den Beispielen des Maschinen- und Anlagenbaus, der Chemie oder auch der Textilindustrie läßt sich zeigen, daß nur ein langsamer Produktwechsel stattfand und die Anforderungen an die professionelle Kompetenz sich dementsprechend kaum änderten. Allerdings begann zu dieser Zeit der Rückstand zu den internationalen Marktführern größer zu werden. Die DDR-Wirtschaft sah sich zunehmend auf den Zuliefer- und Billigproduktesektor gedrängt, sodaß auch die sinkenden *Terms of Trade* eine fatale Entwicklung beschleunigten. Die auf solche Weise bewahrte Stabilität der Arbeitermilieus offenbarte freilich im Transformationsprozeß der neunziger Jahre ihre höchst problematische Seite.

Diese Entwicklung färbte auch auf die für die DDR-Industrie typischen Konfliktlagen ab. Die für Modernisierungsprozesse charakteristische Auseinandersetzung um den Erhalt von Arbeitsplätzen fehlte fast völlig. Allerdings wurden auch Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, wie sie in eher evolutionären Phasen marktwirtschaftlicher Entwicklung anzutreffen sind, in der DDR kaum zum Gegenstand öffentlich werdender Auseinandersetzungen. Ihre mehr oder weniger vollständige Erfüllung erfolgte weitgehend im Rahmen von lokalen und betrieblichen Arrangements. Wo Konflikte offen ausbrachen, handelte es sich zumeist um defensive Reaktionen. Sie galten in erster Linie der Abwehr von höheren Arbeitsnormen und neuen Technologien, die Lohneinbußen befürchten ließen, oder sie zielten auf eine Angleichung des Lohnniveaus und der Arbeitsbedingungen. Der defensive Grundzug im Konfliktverhalten war zu einem Teil auf die repressiven politischen Bedingungen zurückzuführen, doch resultierte er auch aus der Situation einer Arbeiterschaft, die ihre Chancen mehr im Beharren als im Wandel erblickte.

## SOZIALE UND POLITISCHE KONFLIKTE DER STAHLARBEITER VON NOWA HUTA WÄHREND DER SOZIALISTISCHEN TRANSFORMATION

Von Dagmara Jajeśniak-Quast

### *Die sozialistische Industrialisierung: Transformation und Konflikte*

Ausgangspunkt dieses Beitrages ist Hans-Jürgen Wagners These von der Transformation als historischem Phänomen. Nach Wagners erfährt eine Transformation Wirtschaft und Gesellschaft und wandelt eine integrale *alte Ordnung* in eine integrale *neue Ordnung* um, wobei der Wandlungsprozess seinen Ausgang von oben nimmt.<sup>1</sup> Demnach ist nicht nur der heutige Wandel mit vielen Reformen in Mittel- und Osteuropa eine Transformation, vielmehr war auch die sozialistische Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg in diesem Teil Europas eine Transformation. Der Begriff „sozialistische Transformation“ war schon vor dem Jahr 1989 zur Beschreibung der Systemveränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg üblich.<sup>2</sup> Heute spricht man immer öfter von den zwei Transformationsprozessen, die Ostmitteleuropa in den vergangenen 50 Jahren durchlief bzw. durchläuft.<sup>3</sup>

Im Prozeß der sozialistischen Industrialisierung kamen viele Elemente zusammen, die auch die Transformationen der Gegenwart ausmachen, u. a. klar definierte Interessengruppen, neue Technologien, die andere Organisationsformen erfordern, Widerstände von Seiten der alten Eliten, äußere Anlässe für politische Entscheidungen.<sup>4</sup> Geht man von Wagners Ansatz aus, so wird deutlich, daß sich nach dem Krieg einerseits die Mängel des alten Systems zeigten, andererseits aber neue Probleme ergaben, die erst durch die Umstellung ausgelöst wurden. Zu den Folgen des Transformationsprozesses der fünfziger und sechziger Jahre zählte vor allem ein System- und Strukturwandel infolge der veränderten Subventions- und Investitionsrichtung zugunsten der Schwerindustrie. Zudem erfolgte ein Austausch der Führungseliten, während gleichzeitig eine neue Arbeiterschaft entstand. Diese rea-

---

<sup>1</sup> Wagners, Hans-Jürgen: Transformation als historisches Phänomen. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (1997), 179–191.

<sup>2</sup> Unter anderen Brus, Włodzimierz: Socialist ownership and political systems. London 1975, 34, 65.

<sup>3</sup> Siehe dazu: Schultz, Helga: Die Sozialistische Industrialisierung – toter Hund oder Erkenntnismittel? Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (1999), 105–130. – Vgl. auch: Baka, Władysław: U źródeł wielkiej transformacji [An den Quellen der großen Transformation]. Warszawa 1999.

<sup>4</sup> Siehe dazu Wagners: Transformation als historisches Phänomen 185. – Sowie: Ott, Thomas: Erfurt im Transformationsprozeß der Städte in den neuen Ländern. Ein regulationstheoretischer Ansatz. In: Erfurter Geografische Studien. Hrsg. v. Institut für Geografie der Pädagogischen Hochschule Erfurt. Erfurt 1997, H. 6, 76.

gierte auf die gestiegenen Leistungsanforderungen und die Veränderung ihrer Lebensgrundlagen und -bedingungen häufig mit Widerstand und Protest. Kurz gesagt, jede Transformation ist mit Konflikten, die einen politischen, sozialen und ökonomischen Charakter haben, verbunden. Je geringer die Akzeptanz der Veränderungen in der Bevölkerung ausgeprägt ist, desto größer sind die Konflikte und damit auch die Transformationskosten.

Das Ziel dieses Beitrages ist es, am Beispiel der Stahlarbeiter von Nowa Huta den Prozeß der sozialistischen Transformation der fünfziger Jahre und die mit diesem verbundenen Probleme und Konflikte darzustellen. Die Komplexität des Themas macht es unmöglich, das Thema umfassend abzuhandeln. Der vorliegende Artikel knüpft vielmehr an eine Reihe von Studien an, die in den letzten Jahren von einer internationalen Gruppe von Wissenschaftlern vorgelegt wurden und soll diese in einzelnen Aspekten vertiefen und weiterführen.<sup>5</sup>

Das Hüttenwerk in Nowa Huta bei Krakau war das größte Projekt Polens im Rahmen der sozialistischen Industrialisierung. Die Folgen dieser ersten Transformation nach dem Zweiten Weltkrieg sind bis heute an den großen Problemen beim Umbau des Werkes ablesbar. Die Arbeiter von Nowa Huta waren und sind als Arbeitskräfte, als Bewohner der ersten „sozialistischen Stadt“ Polens, Wähler und Konsumenten an diesen beiden Prozessen beteiligt. Die Hauptträger beider Transformationen gehören jedoch unterschiedlichen Generationen an. Den Übergang zum Sozialismus trug im wesentlichen die „Aufbaugeneration“. Durch die massive Beteiligung der Landbevölkerung am Industrialisierungsprozeß der fünfziger Jahre verband sich diese Transformation für sehr viele Menschen mit sozialem und beruflichem Aufstieg. Daher konnte sich die Regierung bei den komplexen Veränderungen anfangs in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stützen. Der Niedergang des realen Sozialismus wurde dagegen paradoxerweise von der Generation der „Kinder“ der Volksrepublik Polen getragen.<sup>6</sup>

Die meisten Konflikte in und mit der Arbeiterschaft von Nowa Huta während der Jahre der sozialistischen Industrialisierung waren ein Resultat des ständigen Anpassungsdrucks, dem die Belegschaft ausgesetzt war. Diese bestand aus Menschen unterschiedlichster Herkunft, die der landesweiten Propaganda und den Rekrutierungsaktionen für Nowa Huta gefolgt waren und nun zu einer neuen Arbeiterschaft werden sollten. Die bittere Konfrontation der Hoffnungen und Wünsche dieser mehr oder minder zufällig zusammengewürfelten Leute mit der harten Realität auf der Baustelle von Nowa Huta führte unweigerlich zu Spannungen. Zudem mußten aus Bauern Industriearbeiter werden. In der logischen Konsequenz

---

<sup>5</sup> Außer polnischen Wissenschaftler wie u.a. Dariusz Jarosz, Maria Christian, Szczepan Świątek, Jacek Salwiński, Andrzej Lorek, Stanisław Juchnowicz interessiert das Thema viele westliche vor allem amerikanische Forscher wie Katherine Lebow, Bartholomew Goldyn, Bill Janus, Padraic Kenney.

<sup>6</sup> Adamski, Władysław: Strukturalny konflikt interesów a przełom ustrojowy w Polsce [Struktureller Konflikt der Interessen und Systemumbruch in Polen]. In: Do i od Socjalizmu. Dwa przełomy w ciągu półwiecza w Polsce [Zu und vom Sozialismus. Zwei Umbrüche in einer Hälfte des Jahrhunderts in Polen]. Hrsg. v. Andrzej Siciński. Warszawa 1998, 77–88, hier 78.

wurde dieser Prozeß nie völlig abgeschlossen. Das ist symptomatisch für jede Transformation.

Gegenwärtig ist ein weiterer Transformationsprozeß zu beobachten, in dem die Arbeiter sich in einer dienstleistungsorientierten Gesellschaft neu orientieren und positionieren müssen. Hier vollziehen sich ebenso tiefgreifende und umfassende Anpassungsprozesse wie während der sozialistischen Transformation.

### *Standortentscheidung für Nowa Huta bei Krakau*

Die Anfänge der größten Investition der Nachkriegsjahre in Polen gehen auf das Jahr 1945 zurück. Kurz nach dem Ende der Kampfhandlungen begann in Polen die Diskussion über die Entwicklung des Hüttenwesens. Im Juli 1945, während einer Sitzung der Kommission für den Ausbau und die Rationalisierung des Hüttenwesens, kam die Idee auf, eine moderne Hütte am Gleiwitzer Kanal (Kanał Gliwicki) zu errichten. Der Ingenieur Zygmunt Widery griff mit diesem Vorschlag auf deutsche Pläne zurück, in Laband (Łabędy) eine Hütte zu bauen, die kurz vor 1939 vor ihrer Realisierung gestanden hatten. Die geplante deutsche Hütte sollte pro Jahr ca. eine Million Tonnen Stahl produzieren.

Im Dreijahresplan für den wirtschaftlichen Aufbau Polens (1947–1949) wurde die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes festgelegt, darunter auch der Ausbau des polnischen Hüttenwesens. In diesem ersten Plan nach Kriegsende wurde die Rolle Polens in Europa in einer Art Brückenfunktion zwischen Ost und West gesehen. Diese Strategie kam in dem Punkt „Politische Änderungen aufgrund der Lockerung der Barrieren, die die Sowjetunion vom Westen trennen“ sehr deutlich zum Ausdruck.<sup>7</sup> Somit sollte die Industrie nicht auf den Kontakt zum Westen verzichten. Im Hüttenwesen sollte durch die Modernisierung der bestehenden Werke erstmals ein Produktionsniveau von zwei Millionen Tonnen Stahl jährlich erreicht werden. Gleichzeitig sollte das Konzept für die Errichtung einer neuen Hütte ausgearbeitet werden, mit dessen Umsetzung ab der Jahreswende 1948/1949 gerechnet wurde.<sup>8</sup>

1947 berief die Regierung eine Kommission für den Bau der neuen Hütte ein. Als günstigster Standort für diese wurde der Ort Dzierżno (Stauwerder) am Gleiwitzer Kanal bezeichnet. Von diesem Moment an wurden alle Parameter der Investition fest auf diesen Standort ausgerichtet. Die technischen Lösungen des neuen Stahlwerkes sollten die neue Hütte von der Art des Eisenerzes unabhängig machen. Es war geplant, diese so auszurüsten, daß sie verschiedene importierte Rohstoffe verarbeiten

<sup>7</sup> Archiwum Akt Nowych w Warszawie [Archiv der Neuen Akten in Warschau, weiter AAN]. Ministerstwo Przemysłu i Handlu II [Das Ministerium für Industrie und Handel II, weiter MPIH II]. Sign. 29: Tezy do 3-letniego planu gospodarczego, 18.08.1945 [Thesen zum 3-jährigen Wirtschaftsplan, 18.08.1945].

<sup>8</sup> Salwiński, Jacek: Decyzje o lokalizacji Nowej Huty pod Krakowem. Stan wiedzy [Die Entscheidungen über den Standort Nowa Huta bei Krakau. Forschungsstand]. In: Narodziny Nowej Huty. Materiały sesji naukowej odbytej 25 kwietnia 1998 roku [Die Geburt von Nowa Huta. Materialien einer Tagung am 25. April 1998]. Hrsg. v. Towarzystwo Miłośników Historii i Zabytków Krakowa. Kraków 1999, 77–94, hier 82–83.

konnte, u. a. sollte sie mit Erzen aus Schweden, Brasilien, Marokko und der Sowjetunion beliefert werden. Gleichzeitig wurde auch der Import von technischem *Know-how*, in erster Linie dem Kauf von Walzanlagen aus den USA, beschlossen. In der Hütte sollten 5000 Menschen eine Beschäftigung finden. Für 2500 Arbeiter sollten neue Wohnungen errichtet werden. Mit dem Projekt der neuen Hütte beauftragte die Kommission die Firma Freyn Engineering Company in Chicago. Die Kosten für den Bau wurden auf 200 Millionen US-Dollar geschätzt, wobei 23 Millionen über einen Kredit der Internationalen Bank abgesichert werden sollten.<sup>9</sup>

Doch Ende 1947, nachdem Polen den Marshallplan abgelehnt hatte, zeigte sich die politische Position des Landes in der internationalen Arena völlig verändert. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden nun in Richtung Osten umorientiert. Die Vorbereitungen für die Unterzeichnung eines polnisch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens liefen an. Am 26. Januar 1948 unterzeichnete die polnische Regierungs- und Parteidelegation in Moskau das Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion. Der Vertrag sah sowjetische Hilfe bei der wirtschaftlichen Transformation Polens vor, dazu gehörte auch die Einführung der sowjetischen Planmuster und eine Investitionspolitik für die polnische Wirtschaft.<sup>10</sup> Der sozialistischen Transformation Polens stand nun nichts mehr im Wege, und die ursprünglich geplante Rolle Polens als Brücke zwischen Ost und West geriet schnell in Vergessenheit.

Diese Veränderungen schlugen auch auf das Projekt der neuen Hütte durch. Im Jahr 1950 wurde im Westen ein Embargo gegen den Export strategischer Waren nach Osteuropa verhängt und von der COCOM (Coordinating Committee on Export Control) kontrolliert.<sup>11</sup> Die bestellten und bereits bezahlten Walzanlagen für die Hütte konnten infolgedessen den amerikanischen Hafen nie verlassen.<sup>12</sup> Im Oktober 1947, unmittelbar nach der polnischen Ablehnung des Marshallplans, wurde der Kontakt zwischen der polnischen Direktion des Zentralen Verbandes der Eisenindustrie und den sowjetischen Spezialisten für Hüttenbau aufgenommen. Das Hauptthema dieser ersten Gespräche war die Frage, wie das Projekt der neuen Hütte mit sowjetischer Unterstützung zur Realisierung gelangen könnte, zudem vereinbarte man die Lieferung sowjetischer Anlagen für die Hütte. Im Rahmen dieser Verhandlungen fielen auch neue Zahlen zur geplanten Produktionskapazität des Betriebes. Während ursprünglich von einer Million Tonnen Stahl pro Jahr die Rede gewesen war, wurde die Produktionskapazität des Betriebes nun auf anderthalb Millionen Tonnen Stahl anberaumt. Der Grund dafür waren die überdimensionalen sowjetischen Standardanlagen, die für kleinere Werke nicht geeignet waren.<sup>13</sup> Ob-

<sup>9</sup> Ebenda 84.

<sup>10</sup> AAN, MPiH II, Sygn. 8/15: Protokół nr 1 z posiedzenia w dniu 7 maja 1948 r. w sprawie projektowania zakładów hutniczych w Polsce, sporządzony przez Ambasadę R. P. w Moskwie [Protokoll Nr. 1 der Sitzung am 7. Mai 1946 zum Thema der Projektierung der Hüttenbetriebe in Polen, gefertigt durch die polnische Botschaft in Moskau].

<sup>11</sup> Kaliński, Janusz/Landau, Zbigniew: *Gospodarka Polski w XX wieku* [Wirtschaft Polens im 20. Jahrhundert]. Warszawa 1998, 246.

<sup>12</sup> Loreth, Zbigniew: Szanse (Głos w dyskusji) [Die Chancen (Ein Diskussionsbeitrag)]. In: *Narodziny Nowej Huty 171–177*, hier 171–172.

<sup>13</sup> Salwiński: *Decyzje o lokalizacji Nowej Huty* 87.

wohl die Entscheidung für den Standort am Gleiwitzer Kanal bereits als definitiv galt, wurden während der Moskauer Gespräche auf sowjetischer Seite Zweifel an der Richtigkeit dieser Lösung laut. Die Sowjets machten vor allem zwei Einwände geltend: Erstens wiesen sie darauf hin, daß der Standort in Dzierżno für die ursprüngliche Produktionskapazität der Hütte in Höhe von einer Million Tonnen ausgelegt gewesen war. Für die eineinhalb bis zwei Millionen Tonnen, die jetzt im Gespräch waren, war dieser Standort nicht groß genug. Zweitens waren nach der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens mit der Sowjetunion ausschließlich Erzielungen aus dem Osten vorgesehen. Somit schien es sinnvoller, die Hütte näher an die sowjetische Grenze zu legen.<sup>14</sup>

Zbigniew Loreth, der von 1952 an fünfzehn Jahre lang als Investitionsdirektor des Kombinates in Nowa Huta fungierte, sieht aber noch andere Gründe für die Aufgabe des ursprünglichen Standortes. Die Entscheidung, die neue Hütte auf ehemals deutschem Gebiet zu errichten, hätte zum damaligen Zeitpunkt eine Protestwelle hervorgerufen. In den schlesischen Städten war die Öffentlichkeit der Meinung, daß bald eine amerikanische Intervention folgen und der Ungerechtigkeit ein Ende bereiten würde. Danach – so die Erwartung – würden Polen wie Deutsche ihre Gebiete zurückerhalten und die aus dem Osten umgesiedelten Polen würden wieder nach Lemberg (Lv'iv, Lwów) und Wilna (Vilnius, Wilno) zurückkehren können.

In Fachkreisen mehrten sich auch die Proteste gegen die von der sowjetischen Seite vorgeschlagenen Produktionskapazitäten von anderthalb Millionen Tonnen Stahl jährlich und gegen die geplante Größe der Hochöfen von 1000 m<sup>3</sup>. Auf der polnischen Seite fand man es vor allem bedenklich, daß im eigenen Land das *Know-how* für die Steuerung solch eines Giganten fehlte. Dazu kam, daß die sowjetische Seite weder die Baukosten noch die Kosten der Produkte der geplanten Hütte untersuchen ließ. Sie erklärte, sie werde keinen Kostenplan für den Bau der Hütte erstellen, da dies eine sinnlose und zeitaufwendige Arbeit sei, die genauso hohe Kosten verursachen werde wie das gesamte Bauprojekt.<sup>15</sup> Trotz des einstimmigen Protestes der polnischen Spezialisten in Schlesien beschloß der damalige Minister für das Hüttenwesen, Kiejstun Żemajtis, den sowjetischen Vorschlag anzunehmen.<sup>16</sup> Mit dieser Entscheidung wurde die Realisierung der neuen Hütte in großem Umfang von sowjetischen Spezialisten abhängig.

Diese radikale Wende in der Planung der Hütte vollzog sich zur gleichen Zeit wie die tiefgreifenden Veränderungen in der Führung der Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, PPR). Mitte 1948 kam es zu einem ideologischen Kampf in der Leitung der PPR. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die Ent-

<sup>14</sup> AAN, MPiH II, Sygn. 8/15: Protokół nr 4 z konferencji odbytej w W/Z „Maszynoimport“ w dniu 7.6.1948 w Moskwie [Protokoll Nr. 4 aus der Konferenz in „Maschinenimport“ Moskau am 7.6.1948]. – Salwiński: Decyzje o lokalizacji Nowej Huty 89.

<sup>15</sup> AAN, MPiH II, Sygn. 8/15: Przebieg rozmów w B.P.GIPROMEZ w sprawie projektu nowej Huty, Moskwa 12.07.1948 [Verlauf der Gespräche in B.P.GIPROMEZ in der Sache des Projektes der neuen Hütte, Moskau vom 12.07.1948].

<sup>16</sup> Loreth: Szanse 172–173.

machtung des Generalsekretärs der PPR, Władysław Gomułka, und einiger seiner Mitarbeiter. Gomułka wurde vorgeworfen, zu sehr an der Idee der „polska droga do socjalizmu“, des polnischen Wegs zum Sozialismus, gehalten und sich dadurch vom sowjetischen Vorbild distanziert zu haben. Nach dem Machtwechsel dominierten an der Spitze der Partei die Stalinisten um Bolesław Bierut, die sich eng an die „Empfehlungen“ der sowjetischen Zentrale hielten. Sie wollten einen raschen Strukturwandel ohne Rücksicht auf die Kosten. Dabei kam ihnen die internationale Lage sehr entgegen. Infolge des Kalten Krieges und einer immer stärkeren Gleichschaltung innerhalb des „Ostblockes“ unter der Herrschaft der Sowjetunion stand der sozialistischen Industrialisierung Polens nichts mehr im Weg.

Das neue Parteiprogramm der PPR wurde auf ihrem Vereinigungskongreß mit der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) vorgestellt. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR), die auf Grund der Vereinigung im Dezember 1948 entstand, übernahm das Programm der Systemtransformation.<sup>17</sup> Eines der wirtschaftlichen Ziele des Programms war die Entwicklung der rückständigen Gebiete Polens durch den Aufbau neuer Industriezentren. Dies lieferte auch eine Erklärung für die anstehende Revision der Standortentscheidung für die neue Hütte.

Die letzte Entscheidung über den Standort für die neue Hütte sollte gemeinsam mit einer sowjetischen Delegation getroffen werden.<sup>18</sup> Im Januar 1949 wurden insgesamt elf potentielle Standorte begutachtet, darunter auch der ursprüngliche Ort am Gleiwitzer Kanal, der wegen der neu ausgelegten Kapazität der Hütte verworfen wurde. Im Februar wurden Recherchen, die von der Abteilung der Projektierung der neuen Hütte vorbereitet wurden, an weiteren Standorten vorgenommen. Am 1. und 2. Februar 1949 wurde das Gebiet der Dörfer Pleiszów und Mogiła östlich von Krakau besucht. Diese Region wurde von den sowjetischen Spezialisten als am besten geeignet für den Bau der neuen Hütte eingestuft.<sup>19</sup> Schon zwei Tage später, am 4. Februar 1949, wurde die Regionale Direktion der Stadt- und Raumplanung in Krakau aus Warschau aufgefordert, eine Stellungnahme zu diesem Standort abzugeben. In ihrem Antwortschreiben zählte die Krakauer Direktion die positiven Seiten des Standortes auf. Sie wies auf den guten Anschluß an die Wasserwege hin, auf die vorhandene Infrastruktur auf dem Gebiet des Verkehrs, auf vorhandenes Bauland für den Wohnungsbau und die guten Transportmöglichkeiten für die Erzlieferungen aus der Sowjetunion. Doch auch die ungünstigen Seiten des Standortes kamen zur Sprache. Dazu zählten neben der unmittelbaren Nähe zu Krakau die Lage unweit des Flughafens, die Schwierigkeiten, die es mit sich bringen würde, das Bahn- und Straßennetz auszubauen, und die gute Qualität der Böden, die für die polnische Landwirtschaft wertvoll waren.<sup>20</sup> So gelangte die Regionale Direktion

<sup>17</sup> Kaliński/Landau: *Gospodarka Polski* 211.

<sup>18</sup> AAN, MPiH II, Sign. 8/15: Notatka z posiedzenia w Ministerstwie Przemysłu Metalurgicznego ZSRR w dniu 10.12.1948 [Notiz aus der Sitzung im Ministerium der Metallurgischen Industrie der USSR vom 10.12.1948].

<sup>19</sup> Salwiński: *Decyzje o lokalizacji Nowej Huty* 91.

<sup>20</sup> Ebenda 92.

in Krakau in ihrer Stellungnahme zu der Empfehlung, einen anderen Standort in der Krakauer Region zu suchen. Ihre Meinung wurde jedoch nicht berücksichtigt. Schon wenige Tage später fiel die Standortentscheidung für die neue Hütte auf dem Gebiet der Dörfer Pleszów und Mogiła bei Krakau. Am 22. Februar 1949 wurde der Vertrag für den Ausbau des polnischen Hüttenwesens von der Kommission unterzeichnet.<sup>21</sup>

Am 21. Juli 1954, einem Tag vor dem zehnjährigen Bestehen der Volksrepublik Polen, nahm der erste Hochofen von Nowa Huta seine Produktion auf. Obwohl das Bauvorhaben zu diesem Zeitpunkt noch längst nicht abgeschlossen war, hielt man an diesem Tag für den Produktionsstart fest. Erst in den siebziger Jahren wurde das Werk zu einem Kombinat mit geschlossenem Produktionszyklus. Am 21. Januar 1954, dem 30. Todestag Lenins, wurde dem Werk der Name Lenins übertragen. Dieser Name wurde bis zum 15. Dezember 1989 geführt, als der Arbeiterrat die Entscheidung traf, den Namen des Kombinates in Tadeusz Sendzimir<sup>22</sup> zu ändern.<sup>23</sup>

Verwunderlich ist, wie schnell die Standortentscheidung für die neue Hütte auf dem Gebiet in der Nähe von Krakau fiel. Während die Vorarbeiten für den Standort am Gleiwitzer Kanal mindestens zwei Jahre gedauert hatten, fiel die Entscheidung, ein viel größeres metallurgisches Kombinat bei Krakau zu bauen, binnen weniger Wochen. Erst während dieses Entscheidungsprozesses wurde mit geologischen Proben begonnen. Noch frappierender ist es, daß die ersten Arbeiten in Angriff genommen wurden, ohne daß ein Plan vorlag. Das Projekt befand sich zu diesem Zeitpunkt noch auf dem Reißbrett der sowjetischen Planer. Erst im März 1951 wurde der Plan der Stadt bestätigt. Auch die archäologischen Untersuchungen des Gebietes, das dank seiner sehr fruchtbaren Lössböden schon seit Mitte 3000 vor Christus besiedelt war,<sup>24</sup> konnten nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Nach wie vor lag auch kein Kostenplan vor. Die Eile, mit der der Bau der neuen Hütte nun vorangetrieben wurde, hing mit den politischen Entscheidungen und der Wende der politischen und damit auch wirtschaftlichen Strategie in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 zusammen.

Berücksichtigt man die Rahmenbedingungen und die industrielle Basis, über die Polen zu dieser Zeit verfügte, ferner das Humankapital der verschiedenen Industriebranchen, das Fehlen großer Auftraggeber in der Wirtschaft, die für Investitionen dieser Größenordnung dringend notwendig waren, war es vorhersehbar, daß das Hütten-Projekt zahlreiche Konflikte mit sich bringen würde. Die Qualifikationen der Bauarbeiter und das Zusammentreffen von unterschiedlichen Biographien in

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Tadeusz Sendzimir (1894–1989) polnischer Metallurge, lebte und arbeitete seit 1939 in den USA, Erfinder zahlreicher Verfahren zur Verzinkung und Walzung von Blechen.

<sup>23</sup> Choma, Maciej u. a.: 50 lat. Huta im. Tadeusza Sendzimira S. A. w Krakowie 1949–1999 [50 Jahre. Die Sendzimir Hütte AG in Krakau 1949–1999]. Kraków 1999, 22 und 47.

<sup>24</sup> Vgl. Nosek, Stefan: Nowa Huta I. Czasy najdawniejsze [Nowa Huta I. Die ältesten Zeiten]. In: Kraków dawniej i dziś, Nr 9 [Krakau gestern und heute, Nr. 9]. Hrsg. v. Miłośnicy Historii i Zabytków Krakowa. Kraków 1956, 5.

Nowa Huta bargen weiteren Konfliktstoff. Zbigniew Loreth geht sogar soweit zu sagen, daß die Investition unter diesen Umständen eigentlich zum Scheitern verurteilt war.<sup>25</sup>

#### *Die Arbeiter von Nowa Huta in der Phase der sozialistischen Transformation*

Der Bau von Nowa Huta wurde von Anfang an von einer großen Propagandaaktion begleitet, die Aufgabe, Arbeitskräfte für die Baustelle zu rekrutieren, zur nationalen Angelegenheit erklärt. Dementsprechend hieß es im Regierungsgesetz vom 4. Mai 1953 „Eine ganze Nation baut Nowa Huta“. Dieser Slogan sollte alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen mobilisieren.<sup>26</sup> Gleichzeitig versuchte man, das anfangs herrschende Arbeitskräftedefizit durch die Einführung unzähliger Überstunden und dadurch, daß man die Jugendbrigaden *Stróżba Polsce* (Dienst für Polen, SP), Militäreinheiten und sogar Häftlinge aus den Gefängnissen zur Arbeit heranzog, abzumildern.

Der Propagandafeldzug, in den alle zeitgenössischen Medien einbezogen wurden, machte einen großen Teil der polnischen Gesellschaft auf die neue Möglichkeit zum sozialen Aufstieg aufmerksam, die sich in Nowa Huta bot. Vor allem junge Leute aus den ländlichen Regionen um Krakau und den benachbarten Wojewodschaften sahen ihre Chance auf der größten Baustelle Polens. Diese Tatsache spiegelte die große Wanderungsbewegung Richtung Nowa Huta während der ersten zehn Jahre nach Baubeginn wider. Laut Schätzungen wurden zwischen 1950 und 1960 über 200 000 Menschen aus den verschiedenen Teilen des Landes von der Baustelle und der neuen Stadt angezogen. Etwa 85 000 von ihnen blieben dauerhaft in Nowa Huta.<sup>27</sup> Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung aus dem Jahr 1960 kann man die Einwohner von Nowa Huta, und somit auch die Arbeiter der Hütte, entsprechend ihrer Herkunft in folgende Gruppen unterteilen:

- 13 Prozent kamen aus Landgemeinden, die in die Stadt eingemeindet wurden
- 10 Prozent kamen aus anderen Teilen der Stadt Krakau
- 40 Prozent aus der Wojewodschaft Krakau
- 12 Prozent aus der Wojewodschaft Katowitz
- 10 Prozent aus der Wojewodschaft Breslau (Wrocław)
- 9 Prozent aus den benachbarten Wojewodschaften (Rzeszów, Kielce)
- 6 Prozent aus anderen Teilen des Landes.<sup>28</sup>

Diese Migrationsbewegung stellte einen wichtigen Indikator für den Transformationsprozeß dar. Die Binnenmigration nahm während der fünfziger Jahre ein rie-

<sup>25</sup> Loreth: Szansa 176.

<sup>26</sup> Stojak, Antoni: Studia nad załogą Huty imienia Lenina [Studien über die Belegschaft der Leninhütte]. Wrocław-Warszawa-Kraków, 1967, 24. (Polska Akademia Nauk. Prace Komisji Socjologicznej 9).

<sup>27</sup> Pietsch, Ewa/Stojak, Antoni/Sulimski, Jerzy: Budowa i rozwój Huty im. Lenina oraz kształtowanie się społeczeństwa Nowej Huty [Der Bau und Entwicklung der Leninhütte und die Herausbildung der Gesellschaft von Nowa Huta]. In: Huta im. Lenina i jej załoga [Die Leninhütte und ihre Belegschaft]. Hrsg. v. Antoni Stojak. Kraków, 1976, 15. (Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego CCCCXLVII. Prace socjologiczne 3).

<sup>28</sup> Ebenda.



Abbildung 1: Ein Erinnerungsfoto von der Baustelle Nowa Huta eines Mitgliedes der 60. Brigade der Militärischen Ausbildung des „Dienstes für Polen“.

Quelle: Privatsammlung von Zbigniew Cichocki, Krakau.

siges Ausmaß an. Infolge der forcierten Industrialisierung wanderten Millionen Menschen aus den ländlichen Gebieten in die Städte. Allein in den Jahren 1951–1955, während der großen Werbeaktionen für die Arbeit in der Industrie und auf dem Bau, kamen fast zwei Millionen Menschen vom Land in die Stadt.<sup>29</sup> Ein ehemaliger Aktivist des ZMP (Bund der Polnischen Jugend) erinnert sich an die Werbeaktionen:

Durch den Appell des Vorstandes des ZMP kamen Hunderte und Tausende junge Leute zur Baustelle von Nowa Huta, vor allem aus dem sogenannten Polen B. Die Jugendlichen aus den Dörfern und kleinen Städten entschlossen sich, ihre angestammten Gebiete zu verlassen, um eine Lebenschance zu finden. [...] Fast alle [waren] miserabel angezogen, oft in Sportschuhen. Einige hatten etwas in der Hand, eine Tasche mit Sachen. Zahlreiche Gruppen kamen aber ohne etwas. Das Aufnahmebüro hatte alle Hände voll zu tun [...].<sup>30</sup>

Die Bewohnerschaft von Nowa Huta und damit auch die Belegschaft des neuen Hüttenwerkes bildeten sich aus diesen Zuwanderern. Ein ehemaliger Arbeiter erinnert sich an die bunte Mischung der Kleider und Stile in den ersten Jahren von Nowa Huta: „Die Kleidung mischte sich mit regionalen Trachten aus verschiedenen Teilen des Landes.“<sup>31</sup>

Obwohl anfangs ein traditionelles Arbeitermilieu fehlte, wurde die Stadt Nowa Huta zu einer typischen Arbeiterstadt mit geringen Unterschieden hinsichtlich der sozialen Schichten und der Berufe ihrer Einwohner. Das lag daran, daß ein großer Teil der Stadtbewohner – nämlich fast die Hälfte – in einem einzigen Werk beschäftigt war.

Ein anderes Charakteristikum für Nowa Huta während der fünfziger Jahre war der hohe Anteil von Männern in der Stadt. Die Arbeiter, vorwiegend Bauarbeiter, wohnten in sogenannten Arbeiterhotels. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einwohner- und Arbeiterzahl von Nowa Huta während der Jahre der sozialistischen Industrialisierung:

Tabelle 1: Einwohner- und Arbeiterzahl von Nowa Huta 1950–1970

Jahr	Einwohnerzahl der Stadt Nowa Huta			Zahl der Arbeiter im Werk		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
1950	10926	7920	15685	567	166	733
1955	44741	37371	82212	13205	2884	16089
1960	54400	46690	101360	16709	2276	18985
1965	65605	56605	122217	23321	3479	26800
1970	85115	76304	161419	26864	4660	31524

Quelle: Borkowski, Tadeusz: Stan badań nad mieszkańcami dzielnicy Nowa Huta oraz nad załogą Huty im. Lenina [Forschungsstand über die Einwohner des Stadtteiles Nowa Huta und der Belegschaft der Leninhütte]. In: Huta im. Lenina i jej załoga. 22; sowie Angaben der Personalabteilung von Huta im. Tadeusza Sendzimira S. A.

<sup>29</sup> Kaliński/Landau: Gospodarka Polski 189.

<sup>30</sup> Erinnerungen von Henryk Wartalski. In: Konkurs na wspomnienia i pamiętniki budowniczych Nowej Huty [Ein Wettbewerb der Erinnerungen und Memorialien der Aufbaugeneration von Nowa Huta]. Kraków 1984, 34.

<sup>31</sup> Erinnerungen von Waclaw Zelazny. In: Konkurs na wspomnienia 25.

Neben den Arbeitskräften, die freiwillig nach Nowa Huta strömten, waren anfangs auch Arbeiter in der Belegschaft vertreten, die gezwungen wurden, in die Stadt zu kommen. Vor allem über die zwangsweise Delegation von Spezialisten aus den alten Hüttenzentren Polens in Oberschlesien sollten bestehende Defizite gelöst werden. In der ersten Phase handelte es sich etwa um 1 000 Personen. Diese Gruppe stammte aus dem traditionellen Arbeitermilieu und hatte daher gewissermaßen Vorbildcharakter für die restliche Belegschaft, die erst zu Industriearbeitern werden mußte. Die attraktiven Löhne erleichterten die Delegation von Spezialisten aus Schlesien allerdings. Ein einstiger Ingenieur aus Oberschlesien erinnert sich:

Ende 1954 wollte mich die Lenin-Hütte haben. Ich mußte umziehen. [...] Mit dem Einkommen war ich sehr zufrieden. Ich bekam einen Grundverdienst in Höhe von 1178 Zł. Da mein Betrieb noch nicht fertiggestellt war, bekam ich auch eine Bauprämie in Höhe von ca. 3 000 Zł. Dank dieser Bauprämie erreichte mein Einkommen fast 4500 Zł., was für die Arbeit sehr motivierte. [...] Für die Umzugsentschädigung kaufte ich mir eine Uhr für 1 300 Zł.<sup>32</sup>

Ende der sechziger Jahre führte Antoni Stojak, ein Soziologe der Polnischen Wissenschaftsakademie in Krakau, eine der ersten soziologischen Untersuchungen in der Belegschaft der Nowa Huta durch. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß das Hauptmotiv für die Arbeitsaufnahme in Nowa Huta finanzielle und soziale Vorteile waren wie die Chance auf ein höheres Einkommen, zusätzliche Tarifvorteile wie die *Karta Hutnika* (Karte des Hüttenarbeiters) und die Möglichkeit, schneller als in anderen Teilen des Landes eine eigene Wohnung beziehen zu können.<sup>33</sup> Ein ehemaliges Mitglied der 38. Brigade des ZMP faßt dies folgendermaßen zusammen:

Viele von ihnen [der Arbeiter] wollten ihre ersten großen Abenteuer erleben, Kollegen imponieren. Für andere war das die einzige Chance, aus den Dörfern zu entkommen, wo Langeweile und keine Hoffnung herrschten. Noch andere wollten aus den rückständigen Städtchen weggehen, um einen konkreten Beruf zu erlernen und eigene Chancen zu nutzen.<sup>34</sup>

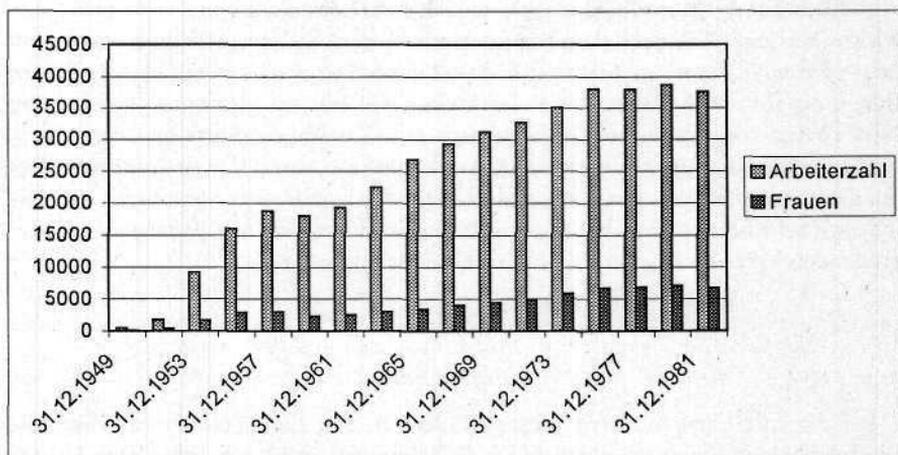
Mit dem ständigen Ausbau des Werkes wuchs die Zahl der Belegschaft von Nowa Huta. Der Höhepunkt wurde im Jahr 1979 mit einer Zahl von 38674 Arbeitern erreicht. In den Aufbaujahren war der Anteil der Frauen unter den Beschäftigten am größten, was typisch für Großprojekte dieser Zeit war. Im Jahr 1949 waren über 22 Prozent der Belegschaft weiblich. Wie in allen europäischen Nachkriegsgesellschaften leisteten auch hier Frauen oft schwere körperliche Arbeit. Mit der Zeit verringerte sich der Anteil von Frauen an der Belegschaft von Nowa Huta bis auf etwa 13 Prozent Mitte der sechziger Jahre, um danach erneut kontinuierlich anzuwachsen. Die zunehmende wirtschaftliche Krise machte es zwingend notwendig, daß auch die Frauen zum Familienbudget beitrugen. So lag der Prozentsatz von Frauen in der Arbeiterschaft der Nowa Huta 1981 erneut bei 18 Prozent.

<sup>32</sup> Erinnerungen von Gustaw Folek. In: Konkurs na wspomnienia 8. Für 5 Zł. konnte man sich damals für einen Tag mit Essen versorgen. Eine Kinokarte kostete ca. 60 Groszy.

<sup>33</sup> Stojak: Studia nad załogą 49.

<sup>34</sup> Erinnerungen von Stanisław Dec. In: Konkurs na wspomnienia 65.

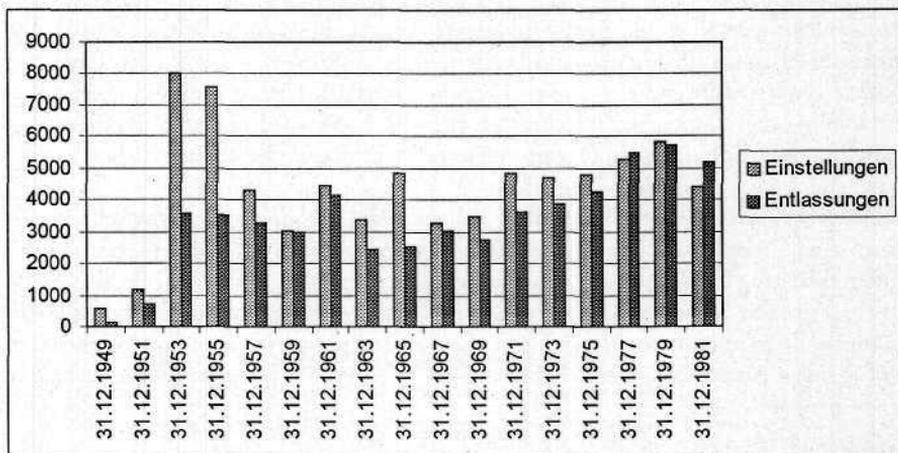
Abbildung 2: Zahl der Arbeiter von Nowa Huta in den Jahren 1949–1981



Quelle: Angaben der Personalabteilung der Huta im. T. Sendzimira S. A. in Krakau

Aussagekräftig sind auch die Daten über die Fluktuation, die Zahl der Neueinstellungen, Kündigungen und Entlassungen, in der Arbeiterschaft während der Jahre der sozialistischen Transformation.

Abbildung 3: Fluktuation der Neueinstellungen und Entlassungen der Arbeiter von Nowa Huta in den Jahren 1949–1981



Quelle: Angaben der Personalabteilung der Huta im. T. Sendzimira S. A. in Krakau

Aus dieser Abbildung wird ersichtlich, daß die meisten Arbeiter nach 1951 eingestellt wurden. Das absolute Rekordjahr war 1954, in dem 8616 Arbeiter eine Beschäftigung im Werk von Nowa Huta fanden. Diese Statistik zeigt aber auch die

hohe Fluktuation der Belegschaft. Das ständige Kommen und Gehen, das sich unvorteilhaft auf die Konsolidierung der neuen Arbeiterschicht von Nowa Huta auswirkte, war natürlich auch darauf zurückzuführen, daß sich die Träume von einem neuen Leben in der neuen Stadt oft nicht erfüllten. Der Zusammenprall der schönen Bilder, die auf vielen Plakaten in Polen zu sehen waren, mit der harten Realität von Nowa Huta zog zahlreiche Konflikte nach sich. Zusätzlich führte die Migrationsbewegung der fünfziger Jahre zu einer Lockerung der sozialen und familiären Bindungen. In Verbindung mit der sozialen Degradierung der einst ökonomisch privilegierten Schichten leistete diese Entwicklung einen wesentlichen Beitrag zu der tiefgreifenden Veränderung der polnischen Gesellschaft seit 1944.<sup>35</sup>

### *Konflikte der Arbeiter von Nowa Huta während der Sozialistischen Transformation*

Bei der forcierten Industrialisierung Polens in den fünfziger Jahren erhielt die Produktion von Investitionsmitteln für die Schwerindustrie den eindeutigen Vorzug vor der Herstellung von Konsumgütern. Der Investitionsmittelanteil des polnischen Nationaleinkommens betrug im Jahr 1953 ganze 38,2 Prozent und lag damit fast zweieinhalbmal höher als in der Zwischenkriegszeit.<sup>36</sup> Für die Bevölkerung bedeutete das drastische Einschränkungen bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Gebrauchs. Wegen der schlechten Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln wurden im Herbst 1951 die zwei Jahre zuvor aus dem Verkehr gezogenen Lebensmittelkarten für Fleisch wieder eingeführt.

Genauer über die Einkommenssituation der Bevölkerung während des Sechsjahresplans (1950–1955) zu sagen, fällt heute schwer, da 1949 die regelmäßigen Untersuchungen über die Familienbudgets eingestellt wurden. Seither wurde der Konsum über die Produktionsgröße definiert,<sup>37</sup> Faktoren wie z. B. der Umweltschutz fanden während der sozialistischen Industrialisierung praktisch keine Berücksichtigung. Daher verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung in dieser Zeit deutlich. Der propagierte Optimismus der sozialistischen Regierung stand dazu in krassem Gegensatz.

Auch bei der größten Investition Polens während der sozialistischen Transformation – dem Bau von Nowa Huta – wurden die Lasten der forcierten Industrialisierung für die Bevölkerung immer stärker spürbar. Daß dieses Projekt nicht in einer großen Katastrophe endete, war allein den Arbeitern zu verdanken, die die Hauptlast tragen mußten. Nowa Huta war für viele junge Arbeiter eine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs und eine Erfüllung des Traums vom besseren Leben nach dem

<sup>35</sup> Vgl.: Kaliński/Landau: *Gospodarka Polski* 189.

<sup>36</sup> Chumiński, Jędrzej: *Formy nadzoru środowiska pracowników przemysłu w latach forsowanej industrializacji (1949–1956)* [Kontrollformen des Arbeitermilieus in der Industrie während der forcierten Industrialisierung (1949–1956)]. In: *Studia Historyczne* 4 (1998) 163, 557.

<sup>37</sup> Siehe dazu: Lewandowska, Zofia: *Model konsumpcji w Polsce w okresie industrializacji socjalistycznej* [Das Konsummodell in Polen zur Zeit der sozialistischen Industrialisierung]. Warszawa 1979.

Krieg. Hier wollten sie einen Beruf erlernen und gute Arbeit leisten. So erzählt ein Kranfahrer:

Ich saß bei den Eltern auf dem Bauernhof. Mein Bruder hatte schon immer gesagt, daß ich zur Arbeit in die Hütte gehen soll. Ich hatte bis jetzt keine Beschäftigung. Man mußte irgendwie das Leben gestalten. Zu Hause hatte ich keine Perspektiven. Der Bauernhof war klein. In der Hütte hoffte ich auf eine mögliche Beschäftigung, nicht zu schwer, aber gut bezahlt. Ich wollte einen konkreten Beruf haben, nicht ein Arbeiter für alles sein.<sup>38</sup>

Diese Aussage ist repräsentativ für viele junge Arbeiter von Nowa Huta. Die Männer und Frauen aus den paramilitärischen Organisationen SP und ZMP waren bereit, sehr schlechte Wohnbedingungen und militärische Disziplin zu tolerieren, solange sie die Hoffnung auf eine fundierte Berufsausbildung hatten.

Die Hoffnung, in der Hütte eine ordentliche Ausbildung zu erhalten, zerschlug sich rasch. Zuerst wurden die Arbeitskräfte für Erdarbeiten herangezogen. Die versprochene Berufsausbildung wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Dazu kamen die schlechten Lebensbedingungen auf der Baustelle. Ein Stellvertreter des Brigadekommandanten der ZMP erzählt dazu:

Anfang November 1949 wohnten die Arbeiter zusammen mit den Kadern noch in den Zelten. Die Felder waren schon mit Reif bedeckt, und durch den dünnen Stoff der Zelte drang eine empfindliche Kälte nach innen.<sup>39</sup>

Die ersten offenen Konflikte gingen auf Enttäuschungen dieser Art zurück. 1950 kam es zu einem Protest der Arbeiter auf der Baustelle von Nowa Huta. Über 120 Menschen drohten mit dem Weggang, falls die versprochenen Führerschein-, Schlosser-, Elektriker- und andere Weiterbildungskurse nicht stattfinden würden.<sup>40</sup> Immer öfter kam es zur Flucht aus den Einheiten des Dienstes für Polen. Die jungen Arbeiter konnten die schlechten Bedingungen nicht mehr ertragen. Inoffizielle Statistiken sprechen von Tausenden von Fluchtversuchen.

Nicht nur in Nowa Huta, im ganzen Land führte die Verschlechterung der Lebensbedingungen zu wachsenden Konflikten. Die Partei versuchte mit ihrer Propaganda, die Einstellung der Arbeiter zu steuern und nutzte dafür alle damals zur Verfügung stehenden Medien. Presse und Bücher, aber auch zahlreiche Filmreportagen sind heute als Quelle für die Untersuchung dieser Zeit erhalten. In Nowa Huta begannen viele heute namhafte Regisseure wie Jan Łomnicki, Andrzej Munk und Krzysztof Zanussi ihre Karriere. Sie filmten das Leben der Arbeiter auf der Baustelle der Hütte und in der Stadt.<sup>41</sup> Auch die polnische Literaturnobelpreisträgerin von 1996, Wiesława Szymborska, sprach in ihrem poetischen Werk aus dem Jahr 1950 von den Arbeitern von Nowa Huta:

<sup>38</sup> Zitiert nach: Stojak: *Studia nad załogą* 50.

<sup>39</sup> Erinnerungen von Zbigniew Cichocki. In: *Konkurs na wspomnienia* 27.

<sup>40</sup> Lebow, Katherine: *Po co Zachodowi historia Nowej Huty?* [Wozu braucht der Westen die Geschichte von Nowa Huta?]. In: *Narodziny Nowej Huty 193–198*, hier 196.

<sup>41</sup> Łomnicki, Jan: *Narodziny miasta* [Die Geburt der Stadt]. 1959 (12') – Munk, Andrzej: *Kierunek Nowa Huta* [Richtung Nowa Huta]. 1951 (12') – Zanussi, Krzysztof: *Cement i słowa* [Der Zement und die Wörter]. 1959 (14').

Heute für euch, bei euch, von euch Jugend  
 der Lebenslauf der Stadt beginnt  
 Das Gedächtnis notiert eure Namen jeden Tag  
 im Wort verziert in der Bewunderung  
 notiert in Normen eurer Schläge  
 und schließt im schönen Abrechnungsplan ab.  
 Denn das ist das Arbeitergedächtnis  
 dienend der Arbeiterklasse.<sup>42</sup>

Die verstärkte Propaganda der Partei konnte die Arbeiter aber nur in einem gewissen Maße beeinflussen. Dabei wäre es eine Voraussetzung für die Erfüllung der nationalen Wirtschaftspläne gewesen, ihren Widerstand zu brechen. So wurde die Wirtschaft – und hier vor allem die Industrie – zur Kampffront erklärt. Eugeniusz Szyr, Minister für Industrie und Handel, gab Mitte 1949 die Parole aus: „Jeder, der die Empfehlungen der Partei nicht befolgt, ist verdächtig“.<sup>43</sup> Eine verstärkte Wirtschaftskontrolle wurde als Instrument der Personalpolitik in den Betrieben eingesetzt und diente vor allem der Überwachung und Einschüchterung der Arbeiter.<sup>44</sup> Auf der wichtigsten Baustelle Polens wurde diese Art von Kontrolle in extremer Art und Weise durchgeführt. Jede Unterbrechung der Arbeit, jeder Unfall und jeder Diebstahl wurden als Sabotageakt angesehen. Wie in allen anderen polnischen Betrieben wurden auch in Nowa Huta Referate des polnischen Amtes für Sicherheit (Urząd Bezpieczeństwa, UB) eingerichtet. Die sogenannten Referaty Ochrony (Schutzreferate) hatten die Aufgabe, „den Schutz der industriellen Objekte vor fremden und schädlichen Tätigkeiten“ zu sichern.<sup>45</sup> Von der Belegschaft von Nowa Huta wurde die Gründung dieser Schutzreferate mehrheitlich sehr kritisch aufgenommen. Immer wieder kam es zu Konflikten zwischen den Arbeitern und den Mitarbeitern dieser Schutzreferate. Die Arbeiter sahen in der Tätigkeit der Referate überflüssige Bürokratie, die keinen Beitrag zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen leistete, sondern im Gegenteil die Arbeitsabläufe durch die ständigen Kontrollen und das latente Mißtrauen nur behinderte. Ein ehemaliger Referent für Berufsausbildung auf der Baustelle von Nowa Huta erinnert sich an den eingebil deten „Klassenfeind“:

In den 50er Jahren mußten alle Zweige unseres sozialen Lebens einen politischen Hintergrund haben. Die starke Klassenwachsamkeit und die Gefahr eines eingebil deten Klassenfeindes führte dazu, daß die Entscheidungsträger wegen falsch verstandener und höherer Ziele unüberlegt belastende und oft gefährliche Schritte einleiteten. Viele von uns bekamen auf unserem Weg der Mühe solche Schläge. [...] Überall sollte man den Feind suchen. Wegen solcher Angaben kam es zu merkwürdigen Situationen, z. B. kam ein Priester nach Nowa Huta, um seinen Bruder zu besuchen, [...] er wurde sogar durch das Tor der Baustelle des Kombinates

<sup>42</sup> Szymborska, Wiesława: *Młodzieży budującej Nową Hutę* [Der Jugend, die Nowa Huta baut]. In: *Budujemy socjalizm* Nr. 23 vom 27. 12. 1950 (eigene Übersetzung).

<sup>43</sup> Szyr, Eugeniusz: *O wzmożenie czujności na froncie gospodarczym* [Für die Verstärkung der Wachsamkeit an der Wirtschaftsfrente]. In: *Nowe Drogi* 5 (1949) 17, 40–43. – Sowie: Chumiński: *Formy nadzoru* 559.

<sup>44</sup> Ebenda 560.

<sup>45</sup> Zitiert nach: Christian, Maria: *Urząd Bezpieczeństwa w Nowej Hucie w latach 1951–1952* [Amt für Sicherheit in Nowa Huta in den Jahren 1951–1952]. In: *Zeszyty Historyczne* 127 (1999), 49.

gelassen, als dem Wachposten plötzlich die große Gefahr bewußt wurde. Dieser Mann trägt eine Soutane, also ist er ein Spion [...].<sup>46</sup>

Das beengte Leben in den Arbeiterhotels von Nowa Huta führte zu Konflikten anderer Art. Hier ging es um soziale Fragen. Bis 1955 lebte die Mehrheit der Arbeiter der Hütte in den Hotels. Die folgende Tabelle zeigt dies:

Tabelle 2: Anteil der Einwohner aus den ländlichen Gemeinden, der neuentstehenden Stadt-siedlungen und der Arbeiterhotels an der Einwohnerzahl von Nowa Huta 1951–1955

Jahr	Einwohnerzahl	Anteil der Einwohner aus den ländlichen Gemeinden	Anteil der Einwohner der neuentstehenden Stadt-siedlungen	Anteil der Einwohner der Arbeiterhotels
1951	26000	50 %	12 %	38 %
1952	29000	45 %	17 %	38 %
1953	40000	32 %	28 %	40 %
1954	64000	21 %	33 %	46 %
1955	62000	22 %	45 %	33 %

Quelle: Borkowski, Tadeusz: Stan badań nad mieszkańcami dzielnicy Nowa Huta oraz nad załogą Huty im. Lenina [Forschungsstand über die Einwohner des Stadtteiles Nowa Huta und der Belegschaft der Leninhütte]. In: Huta im. Lenina i jej załoga 25.

Viele der Arbeiter, die in den Arbeiterhotels wohnten, lebten in den Tag hinein. Ihre Lebensweise war weder materiell noch sozial stabil. Die Arbeiter versuchten, der Monotonie ihrer Existenz durch Alkohol zu entfliehen, wodurch wiederum die Kriminalitätsrate anstieg.<sup>47</sup> Die Wohnbedingungen in den Hotels waren sehr schlecht. In einem Bericht des ZMP aus dem Jahr 1951 wurde festgestellt, daß nicht selten in einem einzigen Zimmer 16 bis 20 Arbeiter untergebracht wurden. Die Zimmer waren schlecht geheizt, oft war nur eine Toilette auf einer Etage vorhanden, auf der 50 Personen lebten. Ein Bad und warmes Wasser waren Seltenheit.<sup>48</sup> Meist hatten die Hotelbewohner auch Grund, mit den hygienischen Verhältnissen unzufrieden zu sein. Die Bettwäsche wurde statt alle zwei Wochen nur jeden zweiten

<sup>46</sup> Erinnerungen von Adam Obuszko. In: Konkurs na wspomnienia 19–20.

<sup>47</sup> Siehe dazu: Zakrzewski, Paweł: Zjawisko wykołajenia społecznego młodzieży na terenach uprzemysławianych (wyniki badań w Nowej Hucie) [Beschreibung des sozialen Verfalls der Jugend in den industrialisierten Gebieten (Ergebnisse der Untersuchungen in Nowa Huta)]. Warszawa 1969.

<sup>48</sup> Jarosz, Dariusz: Główne problemy społeczne Nowej Huty w I połowie lat pięćdziesiątych z perspektywy warszawskiego centrum władzy [Die hauptsächlichen Sozialprobleme von Nowa Huta in der ersten Hälfte der 50er Jahre aus der Perspektive des Warschauer Machtzentrums]. In: Dziedzictwo kulturowe Nowej Huty w rozwoju obszaru strategicznego Kraków-Wschód [Das Kulturerbe von Nowa Huta in der Entwicklung des strategischen Gebietes Krakau-Ost]. Hrsg. v. Muzeum Nowej Huty i Huty im. Tadeusza Sendzimiry. Materiały z Konferencji w Krakowie w dniach 13.–15 marca 1997 [Materialien der Konferenz in Krakau vom 13. bis 15. März 1997]. 53.

Monat gewechselt, das Stroh in den Matratzen nur einmal im Jahr. Dieser Zustand führte dazu, daß die Räume voller Parasiten waren und die Bewohner unter Läusen zu leiden hatten. Große Schwierigkeiten bereitete auch das Fehlen von Räumen zum Waschen und Trocknen der Wäsche. In den Zimmern war kein Platz für die Arbeitskleidung. Oft war nur ein Kohleofen je Ausgang vorhanden, auf dem man Essen zubereiten konnte. Die Arbeiter installierten daher illegal kleine Elektroherde in den Zimmern, was wiederum zu Stromausfällen und bisweilen sogar zu Bränden führte.<sup>49</sup> Überhaupt führte das Problem der Hygiene immer wieder zu Klagen unter den Arbeitern. An das ständige Fehlen von fließendem Wasser erinnert sich ein ehemaliges Mitglied der 38. Brigade der ZMP:

Es fehlte was, was bis heute als eine traurige Erinnerung blieb. Dieser ständige Mangel an Wasser, oder besser gesagt dessen Fehlen. Unsere Brigade war auf dem Gebiet der ehemaligen österreichischen Festung stationiert. Im Umkreis von einigen Kilometern war kein Brunnen, von fließendem Wasser ganz zu schweigen. Die Wasserversorgung wurde über eine Zisterne geregelt. Als erste wurde die Küche versorgt. Den Rest konnten wir dann nutzen. Unter diesen Bedingungen kann man schwerlich von regelmäßigem Waschen sprechen.<sup>50</sup>

Die Arbeiterhotels waren nach Männern und Frauen getrennt. Anfang 1952 gab es nur sechs Hotels für Frauen in der Stadt. Alle diese Frauenhotels lagen im Zentrum, nicht weit von einer Milizdienststelle. Trotzdem kam es immer wieder zu Zwischenfällen, wenn meist betrunkene Arbeiter die Frauenhotels stürmen wollten. Sogar Ehepaare lebten durch die strenge Aufteilung der Geschlechter in den Arbeiterhotels getrennt. Gegen diese Regelung protestierten die verheirateten Arbeiter oft, denn sie waren über viele Jahre gezwungen, getrennt zu leben. Ferner beklagten sich die Arbeiter auch darüber, daß in den Hotels Gästezimmer fehlten, was zu einem großen Problem wurde, wenn ein Ehepartner zu Besuch kam.<sup>51</sup>

Ein anderes soziales Problem auf dem Gebiet von Nowa Huta war das schlechte Verhältnis zwischen den alteingesessenen Einwohnern der umliegenden Dörfer und den zugewanderten Arbeitern. Die Errichtung der neuen Hütte auf einem landwirtschaftlich wertvollen Boden hatte unter den ansässigen Bauern, die ihre Höfe verlassen mußten, verständlicherweise Widerstand ausgelöst. Die Einheimischen, die in die Umgebung umgesiedelt wurden und jene, die das Glück gehabt hatten, bleiben zu können, waren auf das neue Großprojekt meist nicht gut zu sprechen. Das schlechte Benehmen der jungen Arbeiter, die nicht selten Obst und Feldfrüchte bei den Bauern stahlen, führte dazu, daß die Arbeiter Angst hatten, sich allein in die umliegenden Dörfern zu begeben. Dazu ein Arbeiter der 37. Brigade SP:

In die umgehenden Dörfern ging man zu fünft, oder am besten zu zehnt. [...] Wir wurden dort nicht gemocht, wir wurden Stalinisten oder Kartoffelkäfer genannt. Und wenn es eine Gelegenheit gab, wurden wir dort oft geschlagen.<sup>52</sup>

Ähnliche Erinnerungen an das Verhältnis zwischen Zuwanderern und Eingewessenen hat auch ein einstiger Referent der Berufsausbildung:

<sup>49</sup> Ebenda 55.

<sup>50</sup> Erinnerungen von Stanisław Dec 68–69.

<sup>51</sup> Jarosz: Główne problemy społeczne 55.

<sup>52</sup> Erinnerungen von Konrad Strzelewicz. In: Konkurs na wspomnienia 13.

Die Arbeiter der SP wurden von den ansässigen Einwohnern als Gartenkäfer bezeichnet. Sie haben nämlich ständig in den Gärten Obst geklaut. Mit der Zeit verbesserte sich diese Situation, als die Arbeiterhotels nach Pleszów verlegt wurden. Die Hotelsiedlung, die dort gegründet wurde, bekam den Namen Mexiko, aufgrund des sehr lebhaften Lebens der Bewohner.<sup>53</sup>

Die Standortentscheidung für die neue Hütte bei Krakau war auch den meisten Krakauern ein Dorn im Auge gewesen. Dazu schreibt ein ehemaliger Krakauer Student, der später Arbeiter in Nowa Huta war:

Jetzt, nachdem ich aus dem Studentenwohnheim ausgezogen war und privat wohnte, hatte ich besseren Kontakt zu den Einwohnern von Krakau. Ich erfuhr, daß für viele die Information über den Bau von Nowa Huta bei Krakau ein Grund für eine geistige Frustration war. Sie waren ruhiges, städtisches Leben gewohnt. Und jetzt so ein großer Umbruch. Alles wurde der neuen Investition untergeordnet. Der enorme Zufluß von neuen Menschen und die beunruhigenden Informationen, daß die ganze Stadt von dem neuen Arbeiterviertel dominiert würde. Sie wird den Lebensstil und die Weltanschauung der Einwohner ändern.<sup>54</sup>

In der politischen Propaganda wurde immer wieder versucht, die Arbeiter gegen die Krakauer auszuspielen. Man betonte die Unabhängigkeit der Stadt Nowa Huta als neue, sozialistische Stadt. Sogar noch nachdem Nowa Huta in die Stadt Krakau eingemeindet worden war, bemühte sich die Partei, Distanz gegenüber der „reaktionären“ Stadt Krakau zu bewahren. Ein Höhepunkt dieser Bestrebungen waren Briefe, die an verschiedene Institutionen und Ämter in Krakau adressiert waren und von „Krakau bei Nowa Huta“ sprachen. Nur langsam normalisierte sich das Verhältnis zwischen beiden Städten und ihren Bewohnern. Natürlich änderten viele Krakauer ihre Meinung über Nowa Huta nie. Sie machten die Arbeiter für die Standortentscheidung der Hütte verantwortlich. Am schnellsten näherte sich das Verhältnis zwischen Krakauern und jungen Arbeitern dort der Normalität, wo beide Seiten Vorteile witterten. So erzählt ein Arbeiter von damals:

Wir fühlten, daß das Verhältnis der Krakauer zum Milieu in Nowa Huta jedes Jahr besser wurde. Die Bauarbeiter von Nowa Huta lobten besonders das Verhalten der Kellner in den Krakauer Restaurants und Cafés. Die Kellner erkannten die Arbeiter an deren Kleidung und Gummistiefeln und sahen in ihnen eine Klientel, die mit größerem Geldbeutel ausgestattet war und bedienten sie züger. Die Arbeiter dagegen gaben größere Trinkgelder.<sup>55</sup>

Paradoxerweise war es letzten Endes vor allem die Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen, die die Arbeiter von Nowa Huta und die Krakauer einander näher brachte. Als die Zustände immer schlimmer wurden und sich infolgedessen die Konflikte der Arbeiter mit der Werksleitung und den Entscheidungsträgern von Nowa Huta häuften, wurde eine Sitzung mit Vertretern der Regierung, der Stadt und dem Werk, verschiedener Organisationen und der Presse für den 24. Oktober 1955 nach Warschau einberufen.<sup>56</sup>

<sup>53</sup> Erinnerungen von Adam Obuszko. In: *Ebenda* 17.

<sup>54</sup> *Ebenda*.

<sup>55</sup> *Ebenda* 18.

<sup>56</sup> AAN, Państwowa Komisja Planowania Gospodarczego [Die Staatliche Kommission der Wirtschaftlichen Planung, weiter PKPG]. Sign. 438. List Wiceprezesa Rady Ministrów Piotra Jaroszewicza do Zastępcy Przewodniczącego PKPG Secomskiego z dnia 19.10.1955 [Brief des Stellvertreters des Premierministers Piotr Jaroszewicz an den stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Kommission der Wirtschaftlichen Planung Herrn Secomski vom 19.10.1955].

Das Gedicht „Poemat dla dorosłych“ (Ein Poem für die Erwachsenen) von Adam Ważyk verfehlte seine Wirkung auf die Regierung nicht. Aufgeschreckt von der Resonanz des Gedichtes, bekundeten die Regierenden plötzlich Interesse an den sozialen Bedingungen im Werk und in der Stadt. Das politische Tauwetter nach dem Tode Stalins wurde auch durch das unzensurierte Erscheinen des Gedichts in der Zeitschrift *Nowa Kultura* vom 21.08.1955 deutlich:

Aus dem Dorf und der Kleinstadt  
bringt sie die Bahn,  
um ein Stahlwerk aufzubauen  
und eine Stadt hervorzuzaubern.  
Sie glauben der Erde  
ein neues Eldorado zu entreißen.

Eine Armee von Pionieren,  
Ein zusammengetrommelter Haufen  
drängt sich in Schuppen, Barackenhôtels,  
latschend und pfeifend  
auf kotigen Straßen.

Eine große Landflucht, zerzauster Ehrgeiz,  
ein Kreuzchen aus Tschenschostchau  
um den Hals, drei Stockwerke Flüche,  
ein kleines Kissen, ein Wodkafässchen  
unter dem Arm und nichts  
als Weiber im Kopf.

Misstrauisch die aus dem Feldrain  
gerissene Seele, halb erwacht,  
halb schon von Sinnen.

Arm an Worten. Liederchen singend,  
eine aus der Finsternis des Mittelalters  
plötzlich ausgestoßene, wandernde Menge.

Unmenschliches Polen,  
das in den Dezemberrächten  
grölt vor Langeweile!

An Stricken und Tonnen, die den Abfall befördern,  
klettern die Jungen wie Katzen  
ins Fenster der Mädchenherbergen.

Diese weltlichen Klöster  
knistern vor Wollust –  
und später werden sich dann diese Dämchen  
ihres Wurfes entledigen,  
hier fließt ja nahe die Weichsel vorüber.

Große, Industrie bauende Landflucht,  
unbekannt in Polen, doch der Geschichte bekannt,  
genährt mit großen und leeren Worten,  
lebt sie wild von einem Tag zum andern,  
Moral- und Sittenpredigern zum Trotz.

In Kohlendunst und langsamer Qual  
wird aus ihnen die Arbeiterklasse geschmolzen.  
Viel Abfall und zur Zeit nur Schlacke.<sup>57</sup>

<sup>57</sup> Ważyk, Adam: Ein Gedicht für Erwachsene. In: Kuroń, Jacek: Glaube und Schuld. Einmal Kommunismus und zurück. Berlin-Weimar 1991, 72–74.

In diesem Gedicht wurde zum ersten Mal öffentlich ein negatives Bild der Realität in Nowa Huta gezeichnet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Medien nur Positives über die Normen und die fleißige Jugend der Stadt verbreitet. Einzig die Regionalzeitung *Budujemy socjalizm* (Wir bauen den Sozialismus auf) berichtete ab und zu über die realen Mängel im Werk und in der Stadt. Die Regierung konnte die Poesie von Wazyk überhaupt nicht billigen. Paweł Hoffmann, der Chefredakteur von *Nowa Kultura*, wurde umgehend entlassen.<sup>58</sup>

Doch die katastrophalen Zustände in Nowa Huta blieben und jetzt wußte das ganze Land, daß der Traum des Sechsjahresplanes in einer Enttäuschung geendet hatte. Daher kündigte der Premierminister bei der Regierungssitzung im Oktober 1955 sofortige Hilfe für Nowa Huta an. Als erstes wurde der Zustand der Arbeiterhotels unter die Lupe genommen. Der größte Teil der Arbeiterhotels wurde von der kommunalen Wirtschaft getragen, obwohl die meisten Bewohner Arbeiter des Werkes waren. Die Mieten in den kommunalen Hotels waren entscheidend höher als in den Werkhôtels (180 Złoty gegenüber 120 Złoty monatlich). Dieser Zustand führte zu Protesten der Arbeiter, die in den kommunalen Hotels wohnten. Der Minister für Hüttenwesen schlug deshalb vor, die Administration dieser Hotels in die Hände der entsprechenden Werke zu übergeben. Gleichzeitig wurde die Bereitstellung von Mitteln für die Sanierung der Arbeiterhotels und eine Verbesserung der sanitären und sozialen Anlagen beschlossen. Da in den Hotels auch ca. 500 Menschen wohnten, die nicht im Werk oder in der Stadt arbeiteten und dazu einige, die überhaupt nicht arbeiteten – wie ehemalige Sträflinge und Kriminelle –, wurde entschieden, daß auf dem ganzen Gebiet von Nowa Huta künftig ähnliche Meldevorschriften gelten sollten wie in der Hauptstadt. Illegal wohnende Personen bzw. Personen, die eine Arbeitsaufnahme verweigern, sollten umgesiedelt werden. Diese Maßnahme sollte dazu beitragen, die Spannung auf dem Wohnungsmarkt zu entschärfen.

Ein zweiter Diskussionspunkt des Treffens mit der Regierung waren das fehlende kulturelle Angebot und der Zustand der Bildungseinrichtungen in Nowa Huta. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Stadt über keine einzige kontinuierlich arbeitende kulturelle Einrichtung. Ein für 200 Personen ausgelegter Raum des Postamtes diente als Kulturhaus. Zwei Kinos, mit insgesamt 500 Plätze, befanden sich in den Schulturnhallen, was dazu führte, daß Sportunterricht für die Schüler entfiel. Die organisierte Kulturarbeit verfehlte zudem oft ihre Wirkung. Das Angebot entsprach, wie einer der ehemaligen Kulturarbeiter bestätigt, überhaupt nicht den Bedürfnissen der Arbeiter:

Wir sollten über Kunst und Literatur sprechen, die Gedichte der Klassiker oder von Majakowski vor Leuten zitieren, die bis jetzt die Kunst und die Helden der Dramen in der Person von Herold aus der Weihnatskrippe und vom Teufel aus dem Krippenspiel kannten. Wir erklärten die Bedeutung von Staszic oder Kołłataj den Leuten, die von einer doppelten Portion Fleisch in der Kantine träumten.<sup>59</sup>

Zahlreiche Konflikte in Nowa Huta gingen auch auf die Probleme im Wohnungsbau zurück. Der Traum von einer eigenen Wohnung war für viele Menschen der

<sup>58</sup> Jarosz: *Główne problemy społeczne* 60.

<sup>59</sup> Erinnerungen von Zofia Kalinowska. In: *Konkurs na wspomnienia* 74–75.

wichtigste Grund gewesen, nach Nowa Huta zu kommen. Doch um die Realisierung der Baupläne war es zunehmend schlechter bestellt. Die Arbeiterzahl und damit die Zahl der Wohnungssuchenden wuchs ständig. Nach Angaben des Arbeiterrates waren 1958 immer noch 3 000 Arbeiter in der Stadt ohne Wohnung.<sup>60</sup> Seit der Aufnahme der Bauarbeiten in Nowa Huta schrieben verzweifelte Arbeiter und deren Familienangehörige unzählige Beschwerdebriefe wegen ihrer Wohnsituation an den Nationalrat in Nowa Huta, die Partei, die Mitglieder des Sejms (polnisches Parlament), den Ersten Sekretär der PZPR und sogar an den Präsidenten.<sup>58</sup> Diese Briefe und die angespannte Situation im Lande führten dazu, daß das Thema Wohnungsbau während des Regierungstreffens in Warschau im Oktober 1955 einen erheblichen Teil der Gespräche bestimmte. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war der Entschluß, den Bauplan für das Jahr 1956 von 5 000 auf 6 500 Wohnungen anzuheben.<sup>62</sup>

Auch der Gesundheitsplan für die neue Stadt wurde nicht vollständig realisiert, was sich im gesundheitlichen Zustand der Arbeiter widerspiegelte. 1954 wurde nur ein Teil des Krankenhauses mit 180 Betten fertiggestellt, was für über 60 000 Einwohner völlig unzureichend war. Die Anzahl der Ärzte, die nach Nowa Huta delegiert wurde, wurde ebenfalls höher angesetzt. Der Arbeitsschutz im Werk war insgesamt mangelhaft. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 1953 kam es zu 1 354 Arbeitsunfällen, von denen 32 tödlich endeten.<sup>63</sup>

Eine wirkliche Neuigkeit brachte das Treffen bezüglich des Präsidiums des Nationalrates im Stadtteil Nowa Huta. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß im Präsidium künftig sowohl die Vertreter der Leitung als auch der Belegschaft des Werkes vertreten sein sollten. Damit wurden zum ersten Mal die Arbeiter in die Selbstverwaltung einbezogen. Das entsprechende Gesetz des Ministerrates über die Erhöhung der Kompetenz des Nationalrates in Nowa Huta trat ein Jahr später, am 5. März 1956, in Kraft.<sup>64</sup>

Einige Monate nach der Sondersitzung der Regierung zum Thema Nowa Huta, kam es in Polen zu weiteren Protesten der Arbeiterschaft. Im Juni 1956 brachen in Posen (Poznań) Proteste los. Die verhängte Informationsblockade ermöglichte der Partei die Manipulation der Arbeiter von Nowa Huta. Es wurden Manifestationen organisiert, in denen die Arbeiter von Nowa Huta sich von den Posener Arbeitern distanzieren. Erst ein paar Tage nach den Ereignissen von Posen erfuhr das Fabrikkomitee der Hütte über Informationen aus Warschau vom Widerstand der Arbeiter

<sup>60</sup> Goldyn, Bartholomew: Letters of complaints as a source for the social history of Poland: The case of Nowa Huta. *The Polish Review* 45 (2000) 3, 356–366, hier 333.

<sup>61</sup> Zu der Analyse der Beschwerdebriefe, die sich im Staatsarchiv in Krakau befinden, siehe: *Ebenda*.

<sup>62</sup> AAN, PKPG, Sign. 438: Protokół wspólnej narady Prezydium Rządu, kierowników i przedstawicieli resortów władz partyjnych i terenowych oraz prasy w sprawie zwiększenia pomocy miastu Nowa Huta odytej w dniu 24.10.1955 roku [Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Regierung, der Parteidelegationen und der Presse in der Angelegenheit der Erhöhung der Hilfe für die Stadt Nowa Huta vom 24.10.1955].

<sup>63</sup> Jarosz: Główne problemy społeczne 60.

<sup>64</sup> AAN, PKPG, Sign. 438: Protokół wspólnej narady Prezydium Rządu.

und den innerparteilichen Kämpfen. Der neue Wind des Jahres 1956 beeinflusste vor allem die Krakauer Studenten, die bei ihren revolutionären Aktionen die Unterstützung der Arbeiter suchten. So kam es zu einer Zusammenarbeit der Krakauer Revolutionsgruppe der Studenten mit dem Fabrikkomitee der Hütte. Die sozialistische Vorstellung einer Verschmelzung der bürgerlichen Krakauer mit der Arbeiterklasse von Nowa Huta, die in der ideologischen Begründung der Standortentscheidung für Nowa Huta bei Krakau eine große Rolle gespielt hatte, erfüllte sich nun. Allerdings hatten sich die Entscheidungsträger von damals etwas Anderes unter dieser Verschmelzung vorgestellt. Die neue Arbeiterklasse sollte mit ihren frischen Ideen das „bürgerliche Krakau“ beeinflussen. Jetzt trat aber das sozialistische Nowa Huta gemeinsam mit dem „reaktionären Krakau“ gegen die staatliche Politik auf.

Das Ergebnis des Widerstandes war im Oktober 1956 der Machtwechsel in Warschau und eine Liberalisierung des Staates. Im Werk von Nowa Huta wurde die Arbeiterschaft jetzt mit den Mißständen der sozialistischen Wirtschaft konfrontiert. Ihre Forderungen nahmen nun einen anderen Charakter an. Es ging nicht mehr nur um soziale Fragen. Immer öfter kamen auch politische Aspekte ins Spiel. Die Arbeiter forderten ein größeres Maß an Selbstverwaltung und ihre Einbeziehung in die Entscheidungsprozesse. Die Überbeschäftigung im Werk sollte abgebaut werden. Da kam jedoch aus Warschau der Befehl, den entlassenen Mitarbeitern der Miliz und des Sicherheitsdienstes in der Hütte eine Beschäftigung zu geben. Um die Konflikte mit den entlassenen Arbeitern zu vermeiden, stoppte die Betriebsleitung diese Art der Rationalisierung. Die bleibende Überbeschäftigung und die Gewißheit, daß eine Entlassung aus der Hütte praktisch unmöglich war, führte zu einer starken Demoralisierung der Arbeiter. Aber auch falsche Anreizsysteme – etwa Prämien, die für Quantität und nicht für Qualität bezahlt wurden –, senkten die Arbeitsmoral nachhaltig. Diese Entwicklung schilderte ein ehemaliges Mitglied der ZMP folgendermaßen: „Mit der Zeit hörte man die schreckliche Losung immer öfter: Ob man steht oder liegt, zweitausend bekommt man ja.“<sup>65</sup>

Eine andere Art der Arbeiterkonflikte in Nowa Huta zur Zeit der sozialistischen Transformation war das Problem der Religion und des Konfliktes zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. An keinem anderen Ort wurde so viel für die Gleichschaltung der Gesellschaft getan wie in Nowa Huta. Die „erste sozialistische Stadt Polens“ wurde zunächst ohne Kirchen entworfen. Doch die Arbeiter kamen aus kleinen Städten und Dörfern und waren daher traditionell der katholischen Kirche verbunden. Der Glaube war die stärkste Gemeinsamkeit der Zuwanderer. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, heirateten die Arbeiter auch nach wie vor in der Kirche, sie taufte ihre Kinder und beerdigten ihre Verstorbenen nach katholischem Ritus. Eine einzige Kirche auf dem Gebiet von Nowa Huta – das Zisterzienserkloster in Mogiła – und die Kirchen in den umliegenden Dörfern reichten für die Gläubigen nicht aus. Zwar existierte auf Grund eines Beschlusses des Erzbischofs von Krakau seit Juni 1952 eine Gemeinde im Dorf Bińczyce. Das Dorf befand sich damals aber auch außerhalb der Stadt Nowa Huta und besaß nur eine kleine Kapelle, in der höchstens 300 Menschen Platz fanden. Nach Berichten des Krakauer Konfessionen-

<sup>65</sup> Erinnerungen von Henryk Wartalski. In: Konkurs na wspomnienia 36.

amtes betrug dagegen die Zahl der Gläubigen auf dem administrativen Gebiet von Nowa Huta 76 000 Personen. Für etwa 67 000 von ihnen war kein Platz in den vorhandenen Kirchen.<sup>66</sup> Die Gläubigen waren im Sommer wie im Winter gezwungen, Messen unter freiem Himmel zu besuchen. Zusätzlich kam es Sonntag zu Massenausflügen in Krakauer Kirchen, was zu einer weiteren Annäherung der Arbeiter von Nowa Huta an die Krakauer Bürger führte. So wie die Krakauer Studenten von den Arbeitern von Nowa Huta Unterstützung erhalten hatten, erfuhren diese nun Hilfe durch die alteingesessenen Bürger Krakaus. Im Jahr 1956 – dem Jahr der politischen Liberalisierung in Polen – erhoben die Arbeiter die Forderung, eine erste Kirche in Nowa Huta zu errichten. Ende des Jahres entstand ein Komitee für den Bau der Kirche, ein Architekturwettbewerb für das Gebäude der Kirche wurde ausgeschrieben. Die Stadt gab den Platz für den Bau frei. Doch Ende der fünfziger Jahre wurden die Auswirkungen der Liberalisierung des Jahres 1956 spürbar schwächer, die Regierung kehrte zur alten Richtung zurück. Das beinhaltete auch eine radikale Reaktion gegen den Einfluß der katholischen Kirche. Im Oktober 1959 nahm das Präsidium des Nationalrates der Stadt Krakau den geplanten Bau der Kirche für Nowa Huta zurück, obwohl die Gemeinde seit 1956 von dem ersten Sekretär der PZPR, Władysław Gomułka, die Zusage erhalten hatte, daß der Staat dem Bau der Kirche in Nowa Huta keine Hindernisse in den Weg legen werde. Im April 1960 forderte das Präsidium die Entfernung des Kreuzes auf dem ursprünglichen Bauplatz der Kirche. Da keine Reaktion der Arbeiter und der Kirche erfolgte, sollte das Kreuz am 27. April 1960 von Arbeitern der Stadtverwaltung entfernt werden. Doch die Suche nach Arbeitern, die das Kreuz entfernen sollten gestaltete sich sehr problematisch. Trotz der hohen Bezahlung in Höhe von 6 000 Zł. – das durchschnittliche Einkommen lag damals bei 1 000 Zł. –, dauerte sie einige Tage.<sup>67</sup> Bei dem Versuch, das Kreuz zu entfernen, kam es dann zu Demonstrationen. Der Kampf der Einwohner von Nowa Huta für das Kreuz war so heftig, daß Militäreinheiten eingesetzt wurden. Bis zu 5 000 Menschen wurden bei den Auseinandersetzungen gezählt. In der Nacht kam es zu Schießereien mit Hunderten von Verletzten. Darunter befanden sich viele, die mit schweren Verletzungen in die Krankenhäuser von Nowa Huta und Krakau transportiert wurden. Viele Menschen wagten aber auch aus Angst vor Konsequenzen nicht, einen Arzt aufzusuchen. Daher ist es schwer, die genaue Zahl der Verletzten festzustellen. Aus mündlichen Quellen ist überliefert, daß es sogar Tote gab. Genaue Zahlen erfährt man indessen aus den Statistiken der Miliz. Demnach wurden 15 Milizionäre schwer verletzt, 181 erlitten leichtere Verletzungen.<sup>68</sup>

Der Kampf um die Kirche war damit jedoch nicht beendet. Er wurde nicht allein auf der Straße weitergeführt, sondern in den Krakauer und Warschauer Verwaltungen. Formal gewann der Staat diesen Kampf. In der Tat handelte es sich aber um

<sup>66</sup> Gorzelany, Józef: *Gdy nadszedł czas budowy Arki. Dzieje budowy kościoła w Nowej Hucie* [Als es zum Bau der Arche kam. Geschichte des Baus der Kirche in Nowa Huta]. Paris 1988, 80.

<sup>67</sup> Ebenda 64.

<sup>68</sup> Ebenda 69.

eine Niederlage des Staates, denn der größte Teil der Arbeiter hatte in dieser Zeit das Vertrauen in die Partei und den Staat verloren, was durch die Verfolgungswelle nach dem Kampf um die Kirche noch verstärkt wurde. Welche Bedeutung die erste Kirche in Nowa Huta hatte, zeigt der Umstand, daß – als sie Ende der siebziger Jahre endlich gebaut wurde – neben ihr eine Garnison der ZOMO (Militarisierte Einheiten der Volkspolizei) stationiert wurde.

Die Regierung in Warschau war sich der großen sozialen und politischen Konflikte in Nowa Huta bewußt. Das Problem lag also nicht darin, daß die politische Zentrale den Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiter zu kämpfen hatten, gegenüber völlig blind gewesen wäre. Vielmehr fehlte es ihr an Handlungsunfähigkeit und Entscheidungskraft, diese Situation zu ändern. Das lag jedoch in der Logik der sozialistischen Industrialisierung. Die Bürger der Volksrepublik Polen sollten vor allem für den Staat arbeiten. Die Befriedigung des individuellen Konsums der Arbeiter, ihre Bedürfnisse und Präferenzen waren dagegen zweitrangig.<sup>69</sup>

Aus dem Widerspruch zwischen den Vorstellungen von Staat und Partei über die Rolle der Arbeiter und deren individuellen Bedürfnissen resultierten die meisten Konflikte mit den Arbeitern von Nowa Huta während der Jahre der sozialistischen Transformation, also der Jahre, in denen sich das dortige Arbeitermilieu entwickelte. Zu den Konflikten auf der sozialen und später politischen Ebene kam der schwierige Selbstfindungsprozeß der Aufbaugeneration von Nowa Huta in einem neuen Umfeld. Über diesen Transformationsprozeß sagt eine ehemalige Arbeiterin:

Am Anfang sah das alles nach einem Chaos aus, obwohl es mit Sicherheit von oben geplant war. Auf jeden Fall hatte man den Eindruck, in einen riesigen Kessel gerissen zu werden, in dem alles kocht und siedet. Alle Prinzipien und Grundsätze, unsere Gewohnheiten und Sitten und sogar unsere Tugenden und Fehler, wurden vernichtet und durcheinander gemischt. Der alte Lebensstil wurde gänzlich zerstört und von einem neuen war noch keine Rede.<sup>70</sup>

Da die neue Arbeiterschicht in dieser Zeit erst nach und nach entstand, ist es kein Wunder, daß auch die Vertretung ihrer Interessen erst allmählich Formen annahm. Zwar existierte seit Dezember 1948 die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, die auch im Werk von Nowa Huta ein gut ausgebautes Netzwerk hatte, doch die Arbeiter fühlten sich von ihr nicht angemessen vertreten. Immer wieder wurden Forderungen nach mehr Mitbestimmung für die Arbeiterschaft und nach einer eigenen unabhängigen Gewerkschaft laut. Da die Regierung diesen Forderungen erst Ende der siebziger Jahre stattgab, kann man sagen, daß die sozialistische Transformation eine Phase war, in der die Arbeiter über keine richtige Interessenvertretung verfügten; und das in einem Staat, der laut seiner Propaganda ein Arbeiter- und Bauernstaat sein sollte, in dem die werktätige Bevölkerung die Hauptkraft bilden sollte.

<sup>69</sup> Jarosz: Głównie problemy społeczne 60.

<sup>70</sup> Erinnerungen von Zofia Kalinowska 71.

## Fazit mit einem kleinen Ausblick

Sieht man sich die sozialen und politischen Konflikte während der sozialistischen Transformation am Beispiel der Arbeiter von Nowa Huta an, gelangt man fast zwangsläufig zu der Frage, welche Folgen die Umwälzungen dieser Jahre für den heutigen Transformationsprozeß haben. Zu dem Erbe der sozialistischen Industrialisierung in Polen zählen viele Probleme, die schon in den fünfziger und sechziger Jahren zu Konflikten unter den Arbeitern geführt haben, aber nie gelöst wurden. Das sind vor allem die Folgen einer einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung, die aus der extremen Förderung der Schwer- und Rüstungsindustrie hervorgingen. Mit den negativen Auswirkungen dieser Politik – vor allem der dauerhaften Vernachlässigung des Konsums und der Weiterbildung der Mitarbeiter – hat man bei der gegenwärtigen Umstrukturierung des Werkes von Nowa Huta zu kämpfen. Eine noch schwerwiegendere Spätfolge der Industrialisierungssünden bildet die Umweltverschmutzung. Die Vernachlässigung der Umwelt und der sozialen Kosten über lange Jahre führte zu einer sinkenden Lebensqualität der Arbeiter, deren schlimmste Folgen der schlechte Gesundheitszustand und die Verkürzung der Lebenserwartung der Mitarbeiter sind.<sup>71</sup> Diese Probleme wurden von den Arbeitern in Nowa Huta schon während der ersten Transformation nach dem Krieg wahrgenommen. Bereits damals führten diese Mißstände zu Konflikten. Doch damals wie heute ist die Lösung dieser Konflikte sehr mühsam, da es den Arbeitern nicht gelungen ist, die politischen Entscheidungsträger für ihre Anliegen zu gewinnen. In den fünfziger Jahren fehlten Pluralität und Demokratie, den Arbeitern blieb nur der Streik, um für ihre Interessen zu kämpfen. Heute ist es paradoxerweise gerade die Pluralität, die es fast unmöglich macht, die verbliebene Arbeiterschaft zum Kampf für ihre Interessen zusammenzuführen. So entstanden in Nowa Huta in den neunziger Jahren acht verschiedene Gewerkschaften, die dementsprechend schwach waren.<sup>72</sup>

In den Anfangsjahren waren die Arbeiter von Nowa Huta schwach, weil sie erst aus Bauern und Landarbeitern zu einer neuen Industriearbeiterschaft zusammenwachsen mußten. Als dieser Prozeß in den achtziger Jahren abgeschlossen war, zeigte sich mit der Entstehung der *Solidarność*-Bewegung die neue Stärke der Arbeiter. Heute wird diese Klasse sich wieder verändern und Platz für *knowledge workers* machen müssen, was sie erneut schwächt.<sup>73</sup> Damals wie heute ist das Mittel der Wahl für die Durchsetzung der eigenen Ziele die Straße, die Blockade oder der Hungerstreik. Das ist charakteristisch für beide Transformationen. Erst wenn in der Gesellschaft eine stabilere Situation erreicht ist, entsteht auch für die Arbeiterschaft der Raum, in dem neue Lösungen für Konflikte entwickelt werden können.

<sup>71</sup> Delorme, Andrzej: *Antyekologiczna spuścizna totalitaryzmu. Polityka – Gospodarka – Środowisko naturalne* [Das antiökologische Erbe des Totalitarismus. Politik – Wirtschaft – Umwelt]. Kraków 1995, 5.

<sup>72</sup> *Wiadomości HTS S.A.* [Nachrichten der Sendzimir Hütte AG] Nr. 52 vom 8.12.2000, 1.

<sup>73</sup> Siehe dazu: Tilly, Chris/Tilly, Charles: *Work under Capitalism*. Oxford 1998, 155–158.

# RÜSTUNGSINDUSTRIE ALS „ENTWICKLUNGSHILFE“ DIE UMSIEDLUNG VON PRODUKTIONSKAPAZITÄTEN AUS WESTBÖHMEN IN DIE SLOWAKEI<sup>1</sup>

Von Jennifer Schevardo

## *Die Industrialisierung der Slowakei im Kontext der ersten Nachkriegsjahrzehnts*

Bei der Rekonstruktion der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg ergaben sich für den staatlichen Neubeginn einige erhebliche Schwierigkeiten. Zunächst mußten die Demütigung von 1938, die mehrjährige nationale Spaltung sowie die damit verbundenen, gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Tschechen und Slowaken überwunden werden. Zudem sollten beim Neuaufbau des Staates die Fehler vermieden werden, die die Republik der Zwischenkriegszeit geschwächt und ihre Zerstörung erleichtert hatten. Eine besondere Rolle fiel dabei der Umstrukturierung der tschechoslowakischen Wirtschaft zu. Diese sollte zum Transmissionsriemen eines neuen, gemeinsamen Patriotismus werden. Die staatliche Einheit sollte durch den Ausgleich der ökonomischen Disparitäten zwischen den Regionen des Landes und deren wirtschaftliches Zusammenwachsen untermauert werden. Zu diesem Zweck startete die erste Regierung der Nationalen Front bald nach Kriegsende verschiedene regionale Entwicklungsprogramme, unter denen jenes zur Industrialisierung der Slowakei Priorität hatte. Ideologisch zielte dieses Projekt der forcierten Industrialisierung der Slowakei auf die Ablösung der bislang dominanten agrarischen Strukturen. Den Landwirten und Grundbesitzern wurde von tschechischer Seite genau jene reaktionäre, separatistische Haltung vorgeworfen, die den slowakischen Opportunismus gegenüber Hitler gefördert hätte.<sup>2</sup> Wirtschaftlich erforderlich wurde das Projekt durch den enormen Arbeitskräfteüberhang in der Slowakei, der durch die Expansion der Industrie während und die anschließende Zerstörung der Unternehmen am Ende des Krieges, die Erschöpfung der landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie die Rückkehr der Arbeiter aus Deutschland entstan-

<sup>1</sup> Dieser Beitrag faßt einige Ergebnisse meiner Magisterarbeit zusammen, die im Mai 2000 unter dem Titel: „Die Rüstungspolitik der CSR 1945–54. Das Beispiel Škoda in Westböhmen und der Slowakei“ an der Ruhr-Universität Bochum angenommen wurde.

<sup>2</sup> Die ideologische Motivation der ökonomischen Hilfe aus Prag wurde bereits nach den Maiwahlen 1946 deutlich, als im östlichen Landesteil wieder separatistische Stimmen laut wurden. Die Zentralregierung reagierte mit einer Reduzierung der zuvor gebilligten Rechte der Selbstverwaltung, intensivierte aber gleichzeitig, zum Zwecke der sozialen Befriedung, die wirtschaftliche Aufbauhilfe. Vgl. Hoensch, Jörg K.: Die Entwicklung in der Slowakei und die Ausgestaltung der tschechisch-slowakischen Beziehungen 1945–1948. In: Schicksalsjahre der Tschechoslowakei 1945–1948. Hrsg. v. Nikolaus Lobkowicz und Friedrich Prinz. München-Wien 1981, 65–102, hier 94.

den war. Dieser konnte durch die Einbindung der Slowaken in das gleichzeitig laufende Programm zur Neubesiedelung der Grenzgebiete gemindert, aber nicht entscheidend abgebaut werden.<sup>3</sup> Komplementär dazu gab es in Westböhmen einen Mangel an Arbeitskräften, der ebenso gravierend wie schwer zu bewältigen war. Darum entschloß sich die Regierung, das dortige Industripotential dauerhaft zu senken, zumal diese Region zu sehr in Reichweite eines möglicherweise bald wieder erstarkenden Deutschlands lag.<sup>4</sup> Der Schlüssel zum Ausgleich der Disproportionalität zwischen dem Osten und dem Westen des Landes sollte die Verlagerung von Produktionskapazitäten aus Böhmen in die Slowakei sein.

Dieses sehr aufwendige Projekt, das hier als eines der zentralen Ereignisse der tschechoslowakischen Industriepolitik der ersten Nachkriegsjahre betrachtet werden soll, reflektiert sehr deutlich den Prozeß der gesamten wirtschaftlichen und politischen Aus- bzw. Umgestaltung des Staates in dieser Zeit.

Die unter wachsendem kommunistischen Einfluß durchgesetzte Straffung und Institutionalisierung der Wirtschaftsverwaltung erleichterte zunehmend die zentrale Verfügbarmachung und Dislozierung von Produktionskapazitäten. Die gleichzeitige außenwirtschaftliche Anpassung der Tschechoslowakei an die Forderungen der Sowjetunion wiederum hatte erheblichen Einfluß auf die inhaltliche Ausgestaltung des Umsiedlungsprojektes. Auf beide Prozesse wirkte der mit dem Beginn des Kalten Krieges einsetzende internationale Rüstungsboom wie ein Katalysator. Die Tschechoslowakei sollte zu einer der größten Waffenschmieden des Ostblocks werden und ihre Produktionsstandards an die der Sowjetunion angleichen. Die innenpolitischen Folgen dieses Projektes waren die Intensivierung der industriellen Einseitigkeit, die quasi-militärische Gestaltung der Wirtschaftslenkung und die Einbindung immer größerer Teile der Bevölkerung in rüstungsrelevante Bereiche.

Auch bei der Industrialisierung der Slowakei wurde das Argument der staatlichen Verteidigungsbereitschaft immer dominanter. Folglich wurden hier zunehmend rüstungsindustrielle Kapazitäten angesiedelt und ausgebaut, während andere Bereiche mehr und mehr vernachlässigt wurden. Die Rüstungsindustrie wurde zu einem zentralen Faktor der regionalen „Entwicklungshilfe“.

Die Einbeziehung der böhmischen Rüstungskapazitäten in das Industrialisierungsprojekt führte dazu, daß verstärkt Arbeiter von den Umsiedlungen betroffen waren. Denn gerade in diesem Produktionsbereich waren die Beschäftigten besser qualifiziert als der Durchschnitt der slowakischen Arbeiter.<sup>5</sup> Es stellt sich also die Frage, wie die direkt Betroffenen auf die Entscheidung der Zentralbehörden, die einen tiefen Eingriff in ihre Lebensumstände bedeutete, reagierten. Dies soll hier anhand einer Fallstudie zur Verlagerung einer Gruppe von Rüstungskonstrukteuren aus dem Škodawerk in Pilsen (Plzeň) in den ehemaligen Tochterbetrieb des Unternehmens nach Dubnica nad Váhom in der Slowakei untersucht werden. Die

<sup>3</sup> 1947 waren 172 500 Slowaken in den Grenzgebieten beschäftigt. *Ebenda* 120.

<sup>4</sup> Sle z á k, Lubomír: Osídlování pohraničí českých zemí v letech 1945–1959 [Die Besiedlung der tschechischen Grenzgebiete 1945–1959]. *Hospodářské dějiny* 6 (1980) 277–312, hier 283.

<sup>5</sup> J í š a, Václav: Škodovy závody 1859–1965 [Die Škodawerke 1859–1965]. Praha 1969, 261.

Tatsache, daß hier nicht nur über willenlose Objekte, sondern über leibhaftige Menschen verfügt werden sollte, kann als Maßstab für die Wirksamkeit politischer Vorgaben im konkreten Bereich dienen.

### *Die administrativen Voraussetzungen*

Mit der Umsiedlung von Produktionsanlagen aus Böhmen in die Slowakei wurde bereits im Sommer 1945 begonnen. Dabei handelte es sich zunächst um sudeten-deutsche Betriebe, von deren anfangs sehr rigide durchgeführter Konfiszierung und Abtransport die Rote Armee nach einem Abkommen der beiden Regierungen Ende Juli 1945 abließ. Die Sowjetunion versprach die Erhaltung einer integralen Wirtschaft in der Tschechoslowakei und erhielt dafür das Recht, umfangreiche Produktionsaufträge zu erteilen.<sup>6</sup> Ein Regierungsmemorandum vom April 1946 sicherte der Slowakei ihren Anteil an den Konfiskaten *in re* zu. Im gleichen Monat wurde bei der Regierung unter Beteiligung von Vertretern der Militärverwaltung eine Kommission für die Industrialisierung der Slowakei eingerichtet, die die Übersiedlung koordinieren sollte.<sup>7</sup>

Die konkrete Umsetzung des Verlagerungsprojektes stieß von Anfang an auf erhebliche Widerstände, zunächst vor allem in der vom Abzug industrieller Einheiten betroffenen Region Böhmens. Diese verlor bis August 1947 durch Betriebs-schließungen 60 000 Arbeitsplätze und 12 Prozent ihrer Produktionskapazität.<sup>8</sup> Die Industrie, und seit den dreißiger Jahren besonders die Schwerindustrie, hatte der Region Prosperität gebracht. Auch nach den Bombenangriffen gegen Kriegsende verblieb eine solide Produktionsgrundlage. Die Wiederinbetriebnahme der Unternehmen nach Kriegsende litt eher am Mangel an Arbeitskräften als an defekten Produktionsmitteln.<sup>9</sup> Der hohe Verflechtungsgrad der böhmischen Industrie ließ angesichts der Demontagen weitreichende Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft der Region, das lokale Gewerbe und die Zulieferbetriebe befürchten. Doch die noch vor der kommunistischen Machtübernahme initiierte Zentralisierung der wirtschaftlichen Lenkung ermöglichte es, die Widerstände der Eigentümer, Verwaltungsräte und Betriebsleitungen weitgehend auszuhebeln.

<sup>6</sup> Záznam o jednání čl. delegace v lidovém komisariátu zahraničního obchodu v Moskvě ve dnech 30. července 1945 a následujících [Notiz über die Verhandlung der tschechoslowakischen Delegation im Volkskommissariat für Außenhandel in Moskau in den Tagen des 30. Juli 1945 und folgenden]. Archiv Národního muzea [Archiv des Nationalmuseums, Prag] ANM, Nachlaß Villem Hromadko, ohne Signatur.

<sup>7</sup> Komise pro zprůmyslnění Slovenska. Určení člena za MNO, 12. April 1946 [Kommission für die Industrialisierung der Slowakei. Bestimmung des Mitgliedes für das Verteidigungsministerium]. Vojensko-historický archiv [Militärhistorisches Archiv, Prag] VHA, MNO-hl. št. (hlavní štáb [Hauptstab]), 1946, čj. 383.

<sup>8</sup> Barňovský, Michal: Premiestňovanie priemyslu z českého pohraničia na Slovensko v rokoch 1945–1948 [Die Umsiedlung von Industrie aus dem tschechischen Grenzgebiet in die Slowakei in den Jahren 1945–1948]. Hospodárské dejiny 6 (1980) 101–145, hier 103.

<sup>9</sup> Ausführlich dokumentiert ist dieser Umstand für die Pilsener Škodawerke. Zpráva o všeobecné situaci podniku, 24. Mai 1945. [Nachricht über die allgemeine Situation des Betriebes]. ANM, Nachlaß Villem Hromadko, ohne Signatur.

Bereits im Januar 1946 wurden die bis dahin über 2000 sozialisierten Betriebe zu 368 nach Branchen konzentrierten Nationalunternehmen (národní podniky) zusammengefaßt, die Eigentum des Staates waren.<sup>10</sup> Sie sollten Innovationsträger und Musterbeispiele ihrer jeweiligen Branchen und dadurch ein wichtiges Instrument zur direkten Umsetzung staatlicher Ziele in der Wirtschaft werden. Die Leitung der jeweiligen wirtschaftlichen Bereiche übernahmen Generaldirektionen, in der Slowakei Regionaldirektionen, bis März 1947 ganze 17 bzw. zwölf an der Zahl. Aufgrund der zentralen Rolle, die der Schwerindustrie im Wiederaufbau zugeteilt wurde, war unter den Generaldirektionen diejenige der Tschechoslowakischen Unternehmen für Schwermaschinenbau (Československé závody těžkého strojírenství, ČZTS) am mächtigsten. Die meisten der hierhin zugeteilten Betriebe waren in das Projekt zur Industrialisierung der Slowakei involviert.

Endgültig erleichtert wurde die Beschlagnahme und Umwidmung von Produktionskapazitäten durch die – spätestens nach Februar 1948 – deutliche Bevorzugung der Schwerindustrie sowie das mit dem Rüstungsboom durchgesetzte Primat des Militärischen. In den Akten finden sich unzählige Vorgänge, bei denen kleinere Betriebe der Konsumgüterindustrie unter militärische Verwaltung gestellt und die auf diese Weise verfügbar gemachten Produktionsmittel und Liegenschaften an Nationalunternehmen übergeben wurden, die sich zur Nutzung dieser Kapazitäten für militärische Zwecke verpflichteten.<sup>11</sup>

Protest gegen die Umsiedlung gab es auch von Seiten der betroffenen Belegschaften, die sich gegen ihre massenhafte Entlassung bzw. den zwangsweisen Umzug in die Slowakei wehrten. Durch höhere Löhne und besondere Prämien sollten diese zunächst zur freiwilligen Übersiedlung motiviert werden. Wie die gesamte Wirtschaftslenkung wurde auch die der Arbeitskräfte nach der kommunistischen Machtübernahme wesentlich vereinfacht. Die Pluralität der betrieblichen Interessenvertretung wurde dadurch aufgehoben, daß sämtliche Gewerkschaftsorgane im Einheitsverband der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (Revoluční odborové hnutí, ROH) aufgingen.<sup>12</sup> Durch ihre, besonders auf den höheren Ebenen, enge personelle Verquickung mit der kommunistischen Partei sowie den staatlichen Organen, stand sie im Zweifelsfall deren Interessen näher als denen der Arbeiter.

### *Die Hinwendung zur Rüstungsindustrie*

Zunächst wurden hauptsächlich kleinere, leichtindustrielle Betriebe, zum Großteil deutsche Konfiskate, umgesiedelt. Doch diese Zusammensetzung der verlagerten industriellen Kapazitäten stieß sehr bald auf Kritik, besonders von Seiten der Volks-

<sup>10</sup> Obdržálek, Václav: Znárodněný průmysl v Československu [Die nationalisierte Industrie in der Tschechoslowakei]. Praha 1947, 15.

<sup>11</sup> z. B. Žádost o převedení voj. objektu do vlastnictví n. p. Tatalan [Antrag auf Überführung eines militärischen Objektes in das Eigentum des Nationalunternehmens Tatalan]. VHA, Fond MNO, 1951, čj. 10891/51.

<sup>12</sup> Bauerová, Marie: Dověření politického zápasu a výsledky dvouletky ve Škodových závodech [Die Vollendung des politischen Kampfes und die Resultate des Zweijahrplans in den Škodawerken]. Československý časopis historický 2 (1980) 192–213, hier 206.

sozialistischen Partei (Československá strana národně socialistická), die an der Wirtschaftsstruktur der Vorkriegszeit, mit einer starken Konsumgüterindustrie und Exportorientierung nach Westen, festhalten wollte. Der Osten des Landes, dessen Industrialisierbarkeit ihrer Ansicht nach zweifelhaft war, sollte seine traditionell agrarische Prägung behalten.<sup>13</sup>

Insofern kam die allmähliche Umakzentuierung der Verlagerungspraxis den Kritikern entgegen. Es wurden zunehmend größere Unternehmen aus dem Bereich der Produktionsgüter- und der chemischen Industrie in die Umsiedlung einbezogen.<sup>14</sup> Dieser Schwerpunktwechsel trug allerdings nicht den Einwänden der Volksozialisten Rechnung, sondern ergab sich viel mehr aus der innenpolitischen Durchsetzung der Kommunistischen Partei (KPTsch) und der außenpolitischen Orientierung der Tschechoslowakei an der Sowjetunion. Das Projekt der regionalen „Entwicklungshilfe“ wurde allmählich flankiert und schließlich überlagert von der ideologisch motivierten Absicht sektoraler Spezialisierung. Die ursprüngliche Intention einer allgemeinen Industrialisierung der Slowakei wurde zugunsten der von Moskau gewünschten Konzentration auf die Produktionsgüterindustrie aufgegeben. Bergbau, Energie und Hütten sowie ressourcenintensive Produktionsbereiche sollten in der Slowakei direkt installiert und slowakische Leitindustrien werden. Als Tor zu Ost- und Südosteuropa sollte sie den Außenhandel mit diesen Ländern führen.<sup>15</sup>

Die endgültige Herausbildung der zwei feindlichen Machtblöcke, deren Konfrontation bereits kurz nach Kriegsende eine neue Eskalation befürchten ließ, löste zum Ende der vierziger Jahre ein weltweites Rüstungsfieber aus. Die Tschechoslowakei mit ihrer direkten Grenze zu Deutschland einerseits und ihrem hohen Rüstungspotential andererseits wurde strategisch wie materiell zu einem zentralen Posten der sowjetisch dominierten, sozialistischen Verteidigungspolitik. Die strategischen Vorteile der Slowakei – die günstige Lage der Region, weit von der Eingriffssphäre des Westens entfernt und zu großen Teilen für Flugzeugangriffe nahezu unerreikbaar – hatten bei der Umsiedlung von Produktionskapazitäten in die Slowakei stets eine Rolle gespielt. Deshalb hatte das Projekt von Beginn an unter Kontrolle des Verteidigungsministeriums (Ministerstvo národnej obrany, MNO) gestanden, und zwar in so offensichtlichem Maße, daß sich die anderen Ministerien wehrten, die Kosten der Umsiedlung mitzutragen. Bei Verhandlungen über den Etat sprachen diese immer wieder von „den Forderungen der Soldaten“, anstatt, wie das MNO es wollte, in dieser Maßnahme die „Realisierung staatlicher Interessen“ zu sehen.<sup>16</sup> Tat-

<sup>13</sup> Průcha, Václav: Economic development and relations 1918–89. In: The end of Czechoslovakia. Hrsg. v. Jiří Musil. Budapest u. a. 1995, 40–76, hier 63.

<sup>14</sup> Die bisherige Durchschnittsgröße der Unternehmen von 58 Arbeitern stieg auf einen Durchschnitt von 107. Über die Hälfte kamen aus dem Bereich der Metallverarbeitung. Barňovský: Premiestovanie 118.

<sup>15</sup> Kosta, Jiří: Die Einbindung der tschechoslowakischen Wirtschaft in den sowjetischen Block nach dem Zweiten Weltkrieg. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1 (1995) 193–208, hier 193.

<sup>16</sup> „[...] o požadavcích vojáků [...]“ [über die Forderungen der Soldaten] statt „[...] realizace státních zájmů [...]“ [die Realisierung der staatlichen Interessen]. Rozpočet na rok 1947 [Haushalt für das Jahr 1947]. VHA, Fond MNO, Karton 56, čj. 3142.

sächlich kollidierten die sicherheitspolitischen Ziele des Verteidigungsministeriums manches Mal mit anderen wirtschaftlichen Vorhaben der Regierung, besonders mit der Förderung der als „Wirtschaftlich schwache Kreise“ (Hospodářské slabé kraje, HSK) definierten Gebiete im westlichen Landesteil. Die Industrialisierung der Slowakei hatte unter diesen Projekten jedoch stets Priorität, was sich bereits an den weitaus höheren, hier zur Verfügung stehenden, finanziellen Mitteln ablesen läßt.<sup>17</sup>

Es wäre sicherlich nicht gerechtfertigt, in der Verlagerungspraxis eine Zäsur ablesen zu wollen, die den Übergang von ziviler zu militärischer Nutzung markierte. Gleichzeitig darf aber nicht übersehen werden, daß der einsetzende Rüstungsboom wie ein Katalysator auf die spezialisierte Industrialisierung der Slowakei wirkte und daß dieser Produktionsbereich in den fünfziger Jahren zu einem Träger des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Slowakei wurde.

### *Die Škoda-Werke in der Nachkriegszeit*

Ein von den wirtschaftlichen Umstrukturierungen der Nachkriegszeit sehr stark betroffenes Unternehmen waren die Pilsener Škoda-Werke. Das 1866 gegründete „Pilsener Hütten- und Stahlwerk“ war kontinuierlich zu einem riesigen Maschinenbau-Konzern mit Filialen im ganzen Land herangewachsen, der auch, spätestens mit dem Aufrüstungsfieber der dreißiger Jahre, einer der größten Waffenproduzenten der Tschechoslowakei wurde. Dieses Potential verlebte sich das Deutsche Reich mit der Errichtung des „Protektorats“ ein, das Pilsener Werk wurde zu einem der größten Lieferanten an Schußwaffen und Munition, der Betrieb in Mladá Boleslav (Jungbunzlau) produzierte Kübelwagen und Panzer.<sup>18</sup> Auch der 1937 in Dubnica nad Váhom/Westslowakei als Munitions- und Geschosfabrik aufgebaute Tochterbetrieb stand während des Krieges in deutschem Dienst und expandierte bis zur völligen Erschöpfung der Produktionskapazitäten, eigentlich der ganzen Region.<sup>19</sup>

Nach Kriegsende lastete auf dem Pilsener Škoda-Hauptwerk ein besonderer Erwartungsdruck, denn von dem traditionellen Spitzenbetrieb des Maschinenbaus sollten nun intensive und weitreichende Impulse für den Wiederaufbau und die Neuproduktion ausgehen. Deshalb wurde das Unternehmen sehr früh verstaatlicht, jedoch stellte sich bereits nach kurzer Zeit seine bisherige Struktur als ineffizient heraus. Seine Größe erschwerte die zentrale Lenkung; seine Betriebe waren in Leistung und Produktionsgeschwindigkeit disproportional; die Breite der Produkt-

<sup>17</sup> Im Zweijahresplan waren für die Slowakei 22,31 Milliarden Kčs, für die HSK nur 4,95 Milliarden Kčs an Investitionen vorgesehen. Verbík, Antonín: Dvouletý hospodářský plán a industrializace hospodářsky slabých krajů českých zemí [Der wirtschaftliche Zweijahresplan und die Industrialisierung der wirtschaftlich schwachen Kreise in den böhmischen Ländern]. *Hospodářské dějiny* 6 (1980) 5–99, hier 14.

<sup>18</sup> Bauerová, Marie: Přečhod Škodových závodů v Plzni na mírovou výrobu a jejich přínos pro technický rozvoj v letech 1945–53 [Der Übergang der Pilsener Škodawerke zur Friedensproduktion und ihr Beitrag zur technischen Entwicklung in den Jahren 1945–1953]. *Minulost Západočeského kraje* 18 (1982) 23–34, hier 24.

<sup>19</sup> Fučík, Josef: The Czechoslovak armament industry. *Military Technology* 7 (1991) 98–108, hier 108.

palette verhinderte die Produktionssteigerung einzelner, bevorzugter Waren.<sup>20</sup> Deshalb wurde 1948 entschieden, das Unternehmen in seine, seit den zwanziger Jahren erworbenen oder aufgebauten Tochterbetriebe in Hradec Kralové (Königsgrätz), Pilsen, Brno (Brünn), Mladá Boleslav, Adamov (Adamsthal), Komárno und Dubnica nad Váhom aufzuteilen.<sup>21</sup> Das Pilsener Werk blieb für diese verantwortlich und mußte deren Wiederaufbau und Entwicklung materiell wie personell unterstützen.

Insgesamt übergab Škoda in den ersten Nachkriegsjahren Produktionsmittel an 60 verschiedene Betriebe; in den fünfziger Jahren schloß der in V.I. Lenin-Werke umbenannte Pilsener Betrieb weitere 161 Abkommen über die zumindest teilweise Überstellung von Produktionseinheiten ab, hauptsächlich aus der Serienproduktion kleiner und leichter Maschinen. Mit den Produktionskapazitäten mußten auch das technische *Know-how*, Konstrukteursgruppen und unzählige Arbeiter abgegeben werden, obwohl es in der westböhmisches Region weiterhin erheblich an Arbeitskräften mangelte.

In bezug auf ihren Betrieb im slowakischen Dubnica (Betrieb D) dachte die Škoda-Werkszentrale pragmatisch und beschloß angesichts der starken Kriegsschäden an Gebäuden und Einrichtung die Demontage der dortigen Produktionskapazitäten. Sie ersuchte das Verteidigungsministerium im Januar 1946 schriftlich um Erlaubnis zur Verlagerung von Maschinen aus Dubnica nach Bolevec (Bolewtz), das nur einige Kilometer von Pilsen entfernt liegt. Dort sollte, so wollte es die Werkszentrale, durch den schrittweisen Umzug aller Entwicklungs-, Konstruktions- und Technikbüros sowie der Laboratorien und Erprobungswerkstätten ein kleines Rüstungszentrum entstehen. Eine Werkstatt für Munitionsprototypen aus Pilsen war bereits dorthin verlagert, der Bau eines Versuchsschießplatzes und einer Werkstatt für Geschützprototypen begonnen worden.<sup>22</sup> Dieses Projekt wurde jedoch mit der Durchsetzung des rüstungspolitischen Konzeptes der KPTsch gestoppt, die bereits begonnenen Arbeiten eingestellt.<sup>23</sup> Im Verteidigungsministerium dachte man prinzipiell nicht mehr an einen Erhalt rüstungswichtiger Einrichtungen in Böhmen. Vielmehr wurden die Pilsener Škodawerke in die Verantwortlichkeit gerufen, im Rahmen des Projektes der Industrialisierung der Slowakei ihren Betrieb in Dubnica wieder aufzubauen. Škoda war nicht nur wegen seiner ökonomischen Potenz und seiner bedeutenden Tradition, sondern auch wegen der hohen Rüstungsrelevanz seiner Produkte zum Vorbild und Träger regionaler Wirtschaftshilfe prädestiniert. Anfang Februar 1946 besichtigten Vertreter der Militärverwaltung den Betrieb in Dubnica und äußerten sich sehr interessiert an der vollständigen Wieder-

<sup>20</sup> Noch 1952 stellte das Pilsener Werk Produkte aus fast der Hälfte der in der Tschechoslowakei vorhandenen schwerindustriellen Produktpalette her. Bauerová, Marie: Přestavba výrobního programu Škodových závodů, n.p. v Plzni v letech socialistické výstavby [Die Umstellung des Produktionsprogramms im Nationalunternehmen Škodawerke Pilsen in den Jahren des sozialistischen Aufbaus]. *Minulost Západočeského kraje* 19 (1983) 27–41, hier 28.

<sup>21</sup> Jiřa: Škodovy závody 260.

<sup>22</sup> Brief der Škodacentrale an das MNO-hl.-št., 28.1.1946, Archiv Škoda Plzeň, GR-VTR.

<sup>23</sup> Plán přesunu 80 TKO, Usnesení, 6.4.1950 [Plan zur Verlagerung der 80 TKO, Resolution]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

herstellung des Betriebes und der Produktion von Munition, zunächst im Umfang der Vorkriegszeit, dann allmählich steigend.<sup>24</sup> Die staatlich bewilligten Investitionen für Dubnica waren in ihrer Verwendung ausschließlich an die Rüstungsproduktion gebunden.<sup>25</sup> Der wesentliche Teil der Belastung blieb aber auf dem Pilsener Škodawerk liegen, das vom Verteidigungsministerium wegen der erheblichen Mängel in Dubnica verpflichtet wurde, Dutzende von Maschinen für die Stahlproduktion und -verarbeitung, Einrichtungen für die Gießerei, Drehmaschinen sowie zahlreiche Arbeitskräfte, besonders qualifizierte Metallfacharbeiter, zur Verfügung zu stellen.<sup>26</sup>

Der Pilsener Betrieb litt jedoch selbst an Arbeitskräftemangel und gab deshalb nur ungerne Arbeiter ab. Zudem widersetzten diese sich gegen ihre Übersiedlung in die Slowakei. Die Arbeiter des Pilsener Betriebes, die aus der Region stammten, wollten ihre Heimatorte grundsätzlich nicht verlassen, zumal viele von ihnen ohnehin erst gegen Kriegsende dorthin zurückgekehrt waren. Diejenigen, die wegen der Arbeit nach Pilsen gekommen waren, hielten fest an den Vorteilen, die sie als Beschäftigte eines industriellen Spitzenbetriebes sowie als Bewohner einer der reichsten Regionen des Landes genossen. Dazu kamen tschechisch-slowakische Ressentiments, sowie die als mangelhaft berüchtigte Versorgungslage des Zielortes, die die Pilsener Arbeiter von einer Umsiedlung abhielten.<sup>27</sup>

Die Erfolge von Aktionen zur Anwerbung von Arbeitskräften für den Betrieb D, besonders von qualifizierten, blieben daher mäßig. Arbeiter, die ihre Ausbildung in Dubnica absolviert hatten und dann weggegangen waren, wurden wieder dorthin zurückgeholt. Zudem sollte der Bau eines Lehrlingsheims dem lokalen *Know-how*-Mangel entgegenwirken. Doch zunächst galt es, die akute Not zu lindern. Die Organisation der Produktion und die Verteilung des Materials verliefen chaotisch, da es an Verwaltungsangestellten fehlte.<sup>28</sup> Auch der beabsichtigte Aufbau einer Rüstungsabteilung in Dubnica litt unter dem Mangel an geeigneten Führungskräften. Von diesen Kadern wurde nicht nur fachliche Kompetenz, sondern, mehr noch, politische Zuverlässigkeit verlangt. Die Zentralorgane verweigerten bei wichtigen Posten die Anstellung von Vertretern aus der Slowakei. Staatliche Wirtschaftsförderung sollte die Provinz entwickeln helfen, aber nicht aus den Einschränkungen der zentralen Lenkbarkeit lösen. Aus Prager Sicht sollten Slowaken keine leitenden Stellen in der Rüstungsabteilung erhalten, da man sie für ideologisch unzuverlässig hielt. Von slowakischer Seite wurde diese Art der tschechischen „Entwicklungs-

<sup>24</sup> Bericht über einen Besuch von Militärvertretern in Dubnica am 5.2.1946, 8.2.1946, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-VTR.

<sup>25</sup> Für das Jahr 1947 wurden 8 Millionen Kčs für Baumaßnahmen und 25 Millionen Kčs für Produktionsmittel bereitgestellt, für 1948 dann 30 Millionen Kčs bzw. 10 Millionen Kčs. Brief des MNO an die Škodazentrale in Prag, 28.7.1947, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-VTR.

<sup>26</sup> Zápis porady o pomoci závodu „D“, konané dne 31.8.1949 na ústředním ředitelství ČZTS. 1.9.1949 [Protokoll der Beratung über die Hilfe für das Werk D, stattgefunden am 31.8.1949 in der Zentralkonstruktion der ČZTS]. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>27</sup> Bericht (ohne Verfasser- oder Adressatennennung) über Betrieb D, 7.5.1949, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-VTR.

<sup>28</sup> Ebenda.

hilfe“, die Übergabe von personellem *Know-how*, oftmals als beleidigender Akt der Bevormundung angesehen. Nationalistisch motivierte Spannungen, die sich im persönlichen Umgang der Belegschaft entluden, hatten zur Folge, daß einzeln nach Dubnica entsandte tschechische Rüstungsfachleute nach kurzer Zeit zurückkamen und dies vor allem mit der feindlichen Stimmung im Betrieb begründeten.<sup>29</sup> Diese psychologische Komponente setzte der zentralen Planbarkeit zunächst eine Grenze, die letztlich nur durch den erhöhten Einsatz von Zwang überwunden werden konnte.

### *Das Objekt der Umsiedlung*

Mit der endgültigen Formulierung eines anspruchsvollen Produktionsplanes für Dubnica im November 1949 wurden die bisherigen Mängel eklatant.<sup>30</sup> Der Betrieb sollte die Produktion von Prototypen für Kanonen, Munition und Zielgeräte übernehmen und mit der sofortigen Einrichtung eines Versuchsschießstandes, eines chemischen und metallurgischen Laboratoriums und von Prototypwerkstätten beginnen. Zur Planerfüllung sollte die Zahl der Arbeiter in der „Spezialproduktion“ so schnell wie möglich angehoben werden, und zwar plangemäß innerhalb eines Jahres von 760 auf 1350. Diese Neurekrutierungen sollten hauptsächlich aus der Slowakei stammen, ihre Ausbildung sollte von Fachleuten aus der Prager Škodazentrale und Führungskräften aus Pilsen angeleitet werden; zudem forderte der Betrieb D die direkte Überstellung von Arbeitskräften aus Pilsen.<sup>31</sup>

Unter den zu diesem Zweck ausgewählten Facharbeitern befand sich auch die technische Konstruktionsgruppe 80 TKO. Diese bildete, zusammen mit der Produktionsgruppe 80 Vyr., eine spezielle Rüstungsabteilung, die im Pilsener Škodawerk in der unmittelbaren Nachkriegszeit eingerichtet worden war. Sie war aus dem Versuch entstanden, der durch den Krieg und die Produktion nach fremder Anleitung verursachten Hemmung der einheimischen *Know-how*-Entwicklung entgegenzutreten. Die 80 TKO war zuständig für Forschung, Konstruktion und Erprobung von Waffen, Munition und Zielgeräten. Sie entwickelte Schiffsgeschütze, Festungsgeschütze, Feldhaubitzen, Flugzeugbomben, Flugabwehrgeschütze, Panzer- und Anti-Panzer-Geschütze, Minen-, Granaten- und Raketenwerfer, Ziel-, Meß- und Beobachtungsgeräte, elektronische Kommandozentralen und Spezialwagen. Dabei kooperierte sie sehr eng mit den 80 Vyr-Prototypwerkstätten sowie den anderen Werkstätten des Pilsener Betriebes.<sup>32</sup>

Sie unterstand der Betriebsleitung nur disziplinarisch, darüber hinaus unterhielt sie engen, direkten Kontakt zur Generaldirektion der ČZTS, zu den Militärbehörden und den anderen Nationalunternehmen. Sie verfügte über einen eigenen Haushalt und war in Bilanzierung, Materialeinkauf und Absatz eigenständig. Die Beleg-

<sup>29</sup> Zpráva o poměrech v závodě Dubnica nad Váhom, 7. 5. 1948 [Nachricht über die Verhältnisse im Werk Dubnica nad Váhom]. Archiv Škoda Plzeň, GR-VTR.

<sup>30</sup> Lhůtový program prototypů, 1. 11. 1949 [Terminplan der Prototypen]. Anlage zum Plán přesunu 80 TKO, 7. 4. 1950, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

<sup>31</sup> Zázpis porady.

<sup>32</sup> Plán přesunu 80 TKO, Allgemeiner Teil, 1, 7. 4. 1950, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

schaft der 80 TKO, etwa 25 Konstrukteure und 230 Techniker, lebte zum großen Teil in Pilsen. Sie hatte Anspruch auf die vielfältigen sozialen Einrichtungen des Pilsener Werkes, arbeitete in einem lukrativen Prämiensystem und konnte Einfluß auf die organisatorische Führung der Gruppe nehmen.<sup>33</sup>

Bereits 1947 war der Umzug der Abteilung erwogen worden, und zwar ins unweit gelegene Bolevec. Doch als das Projekt eines dortigen Rüstungszentrums zugunsten der Industrialisierung der Slowakei aufgegeben wurde, war schnell klar, daß die Abteilung ebenfalls Richtung Osten würde ziehen müssen. So wurde entschieden, daß die 80 TKO dem Betrieb in Dubnica organisatorisch eingegliedert und in dessen Nähe untergebracht werden sollte. Zu diesem Zwecke erwarb das MNO im September 1949 ein im Bau befindliches Gebäude in Trenčín, das bis Ende Juni 1950 fertiggestellt werden sollte.<sup>34</sup> Wohnmöglichkeiten vor Ort und in der näheren Umgebung sollte eine entsprechende Kommission unter Leitung des Nationalausschusses des Kreises Bratislava (Krajský národný výbor, KNV) sondieren.<sup>35</sup>

### *Die Rolle der Gewerkschaft*

Die geplante Übersiedlung der 80 TKO sollte zunächst vor der Belegschaft geheim gehalten werden, jedoch setzte die ČZTS die ROH-Gruppe der Abteilung über ihr Vorhaben in Kenntnis. Drei Gewerkschaftsvertreter wurden im Januar 1950 nach Dubnica geschickt, um den dortigen Betrieb und die zukünftigen Büros und Wohnstätten in den Nachbarorten zu begutachten. Die Delegation dieser Aufgabe an den ROH war ein geschickter Schachzug der Generaldirektion. Denn offiziell reisten die Gewerkschafter nun als Vertreter des Pilsener Hauptwerkes, die in die Slowakei kamen, um die Vorbereitungen zu kontrollieren. Obgleich die Gewerkschafter von den geplanten tiefgreifenden Veränderungen überrascht wurden, waren sie gezwungen, zumindest nach außen, in Dubnica, eine loyale Haltung gegenüber der Betriebsleitung zu zeigen, was zunächst jede Auseinandersetzung über diesen Plan verhinderte. Durch die Verpflichtung der ROH-Gruppe zur Geheimhaltung wurde ihre Funktion als Interessenvertretung der Belegschaft ausgehebelt.

Die Gewerkschafter sollten den voraussichtlichen Termin der Fertigstellung der Büro- und Wohngebäude in Trenčín sowie die Möglichkeiten zu deren späterer Erweiterung eruieren. Da die dortige Unterbringung der gesamten Belegschaft mit ihren Familien zunächst nicht möglich war, sollte der überwiegende Teil in provisorischen Wohnungen in dem nahe gelegenen Kurort Trenčianské Teplice Unterkunft finden. Hier hatten die Gewerkschafter die Aufgabe, die für eine übergangsweise Unterbringung vorgesehenen Hotels auf ihre Eignung als Familienwohnungen zu

<sup>33</sup> Ebenda 3.

<sup>34</sup> Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO, 9.10.50 [Notiz über den Umzug der Abteilung 80 TKO]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>35</sup> Zápis o porade konanej dňa 26.8.1949 v Dubnici n. V. [Protokoll der Beratung, stattgefunden am 26.8.1949 in Dubnica n.V.]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

begutachten. Außerdem sollten sie sich über die Infrastruktur beider Städte und deren Umgebung, die Zahl und Art der vorhandenen Schulen, Geschäfte, Märkte und Verkehrsmittel informieren.

Nach ihrer Rückkehr trugen die drei Gewerkschafter ihre Beobachtungen in einem ausführlichen Bericht zusammen,<sup>36</sup> der insgesamt sehr negativ ausfiel. An Trenčianské Teplice kritisierten sie den geringen Standard und den beengten Querschnitt der Wohnungen. Auch bezüglich der sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Einrichtungen der Stadt äußerten sie sich unzufrieden. Dem Kurort fehlte es an günstigen Einkaufsmöglichkeiten, außerdem gab es nur eine Volks- und eine einfache Mittelschule. Neben dem Kurkrankenhaus war lediglich ein praktischer Arzt vor Ort. Das Ermutigendste, das die Delegation in ihrem Abschlußbericht über Trenčianské Teplice mitteilte, war die direkte Bus- und Bahnverbindung in die nahegelegenen, größeren Städte Tepla und Trenčín.<sup>37</sup>

In Trenčín besichtigte die ROH-Gruppe den Bau des zukünftigen 80 TKO-Bürogebäudes, das zu dieser Zeit zwar nicht mehr als ein Rohbau mit einigen Türrahmen war, von den Gewerkschaftsvertretern aber als vielversprechend beurteilt wurde. Auch ihr Urteil über die Stadt fiel recht positiv aus, hier gab es mehrere, auch weiterführende Schulen und weitaus bessere Versorgungsmöglichkeiten als in Trenčianské Teplice.

Der möglicherweise optimistische Abschluß der Besuchsreise der ROH-Gruppe wurde jedoch durch ein Ereignis am letzten Abend verdorben, als es nämlich anläßlich eines Tanzfestes zu Auseinandersetzungen verbaler wie handgreiflicher Art zwischen Slowaken und Tschechen kam, bei denen auch tschechische Arbeiter des Betriebes Dubnica verletzt wurden. Da die lokalen Polizeibehörden keinerlei Interesse an der Aufklärung zeigten, mußte der Sicherheitsdienst des Betriebes in Dubnica diese Aufgabe übernehmen. Dieser unerfreuliche Abschluß ihrer slowakischen Dienstreise gab wohl den endgültigen Ausschlag für die, zwar sehr kurze, aber eindeutig negative Einschätzung der möglichen Folgen einer Verlagerung der 80 TKO durch die Gewerkschaftsvertreter. Dabei rückten sie vor allem die menschlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund. Zwar sei die Belegschaft der 80 TKO schon seit 1947 auf die Möglichkeit einer Umsiedlung vorbereitet und die grundsätzliche Notwendigkeit dieser Maßnahme aus strategischen Gründen sei auch akzeptiert worden. Doch während zunächst ein Umzug innerhalb Böhmens geplant gewesen war, stand nun mit der Übersiedlung in die Slowakei ein massiver Eingriff in die Lebensverhältnisse der Belegschaft bevor. Die ROH-Gruppe kritisierte, daß die Belegschaft vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollte. Aus ihrer abschließenden Mahnung, im weiteren sehr langsam und mit großer Rücksicht auf die Betroffenen vorzugehen, spricht ihr eigener Schrecken angesichts der neuen Perspektive.<sup>38</sup>

<sup>36</sup> Aktová noticka pro nám. Ing. St., 21.1.1950 [Aktennotiz für den Stellvertreter Ing. St]. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>37</sup> Ebenda 4.

<sup>38</sup> Ebenda 8.

### Der Umzugsplan

Trotz des negativen Berichts der ROH-Gruppe gingen die zentralen Planungen für die Umsiedlung der 80 TKO weiter und mündeten Ende März 1950 in ein detailliertes Konzept.<sup>39</sup>

Es war vorgesehen, mit dem Umzug zu beginnen, sobald die Gebäude fertiggestellt und vom Baumeister ordnungsgemäß übergeben worden waren. Zuerst, in den ersten beiden Augustwochen, sollte das Archiv der Konstruktorsgruppe überführt werden. Die Originaldokumente zu aktuell in Bearbeitung oder Weiterentwicklung befindlichen Produkten sollten in die neuen Konstruktionsbüros nach Trenčín gebracht und die älteren Akten im Archiv des Betriebs in Dubnica abgelegt werden. Im Anschluß daran war der Umzug der Konstruktionsbüros und schließlich, als letztes, der technischen Büros und der Verwaltung vorgesehen.

Der Umzug der Belegschaft erforderte noch besondere Planungen. Die Zahl der betroffenen Kinder und deren Einteilung in Schulklassen sollte bis Mitte April 1950 geklärt werden. Weitere Angaben über ihre zukünftige Unterbringung in Schulen würden in dem vorliegenden Konzept jedoch nicht gemacht. Um die Ängste und möglichen Einwände der Belegschaft gegen die Umsiedlung zu beschwichtigen, setzte die Generaldirektion der ČZTS für Ende Mai eine Exkursion einiger 80 TKO-Angehöriger nach Trenčianské Teplice an, bei der diese die Wohnungen inspizieren und aussuchen sollten. Ende Juni sollten die Lohnbedingungen und das Trennungsgeld vereinbart werden. Anfang Juli mußte dann endgültig festgelegt werden, welches Personal Dubnica zugeteilt werden würde, damit kurz darauf ein Plan für die Konstruktion und Produktion der Prototypen erstellt werden könnte. Der Umzug der Beschäftigten und ihrer Familien war für September geplant.<sup>40</sup>

Bis Ende des Jahres 1950 sollten endgültig alle notwendigen Maschinen für die Waffenproduktion unter Anleitung der 80 TKO nach Dubnica übergeben und in Betrieb genommen worden sein. Daneben hatte der Betrieb D selbst entsprechendes Produktionszubehör und Laboratorien bereitzustellen. Die Militärverwaltung war darüber hinaus zuständig für die regelmäßige Zuteilung von Einzelteilen, die nicht in Dubnica produziert werden konnten.<sup>41</sup> Auch das Pilsener Werk hatte seine Pflicht nicht mit der Übergabe der Abteilung erfüllt. Neben der, vom Betrieb D wie von den zuständigen Zentralstellen geforderten, Bereitstellung weiterer Arbeitskräfte sollte Pilsen auch bei den Detailarbeiten aushelfen und Vorprodukte liefern, für die in Dubnica keine Werkstätten existierten. Bereits in der Planungsphase wurde jedoch deutlich, daß der Pilsener Betrieb selbst im Rahmen des Fünfjahrplanes sehr belastet sein würde und sich dadurch der Umfang der weiteren materiellen wie personellen Unterstützung für Dubnica in Grenzen halten mußte.<sup>42</sup>

<sup>39</sup> Plán přesunu 80 TKO, Koncept programu přesídlení, 7.4.1950 [Verlagerungsplan der 80 TKO, Konzept des Übersiedlungsprogrammes]. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR.

<sup>40</sup> Plán přesunu 80 TKO, Předpoklady pro splnění, 7.4.1950 [Verlagerungsplan, Voraussetzungen für die Erfüllung]. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR.

<sup>41</sup> E b e n d a.

<sup>42</sup> Plán přesunu 80 TKO, allgemeiner Teil, 1, 7.4.1950, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR.

*Der Einspruch der Belegschaft*

Erst im Frühjahr 1950, als die Planung bereits weit gediehen war, wurde mit der Information der Belegschaft begonnen. Das Regionalkomitee der KPTsch-Škoda bereitete eine schrittweise Aufklärungskampagne vor, bei der zunächst die Gewerkschaftsangehörigen, dann die als politisch zuverlässig oder wirtschaftlich besonders wichtig klassifizierten Arbeiter und schließlich alle anderen Beschäftigten eingeweiht wurden.<sup>43</sup> Offiziell war bis zum 28. März 1950 die gesamte Belegschaft davon in Kenntnis gesetzt, daß die Abteilung dem Škodabetrieb in Dubnica eingegliedert werden und bis zum September nach Trenčín umsiedeln sollte. Den Arbeitern wurde geraten, möglichst mit ihren Familien umzuziehen, da dies die persönliche Umorientierung erheblich erleichtern würde. Außerdem sicherte ihnen die Betriebsleitung zu, daß sie keinerlei Absinken ihres Lebensstandards zu befürchten hätten.<sup>44</sup>

Die Nachricht löste in der Belegschaft erhebliche Unruhe aus, so daß sich die ROH-Gruppe veranlaßt sah, die geäußerten Beschwerden und Ängste zu sammeln und am 6. April in einer Resolution zusammenzufassen.<sup>45</sup> Die Stellungnahme der ROH-Gruppe begann mit der Feststellung, daß die Belegschaft die strategische Notwendigkeit eines Umzugs der Abteilung völlig einsähe. Die hohe Arbeitsleistung der Abteilung wurde als Beweis ihrer unbedingten Loyalität dem Staat gegenüber angeführt. Sie wollte ihre Kritik lediglich auf einige konkrete Unzulänglichkeiten der Planung bezogen wissen. Tatsächlich ging der ROH in seiner Kritik jedoch weit über punktuelle Korrekturvorschläge hinaus. Seine einleitende Beschwichtigung war insofern nur taktisch motiviert, da er wußte, daß der definitive Abzug der Rüstungsindustrie aus Böhmen aus strategischen wie ideologischen Gründen eine unumstößliche Größe der Regierungspolitik und Minimalbedingung der Verhandlungen war.

Der ROH argumentierte vor allem mit der wirtschaftlichen Effizienz, die in dem Fall, daß rüstungsindustrielle Entwicklungs-, Erprobungs- und Produktionskapazitäten auseinandergerissen würden, leiden müßte. Dabei wurde die enge Verquickung der 80 TKO mit dem Pilsener Škodawerk und der gesamten böhmischen Infrastruktur besonders betont. Demnach war die erfolgreiche und besondere Entwicklung der 80 TKO, die diese, nach Worten der ROH-Gruppe, in der Tschechoslowakei einzigartig machte, lediglich in diesem Milieu möglich, in dem die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte sowie die direkte Zusammenarbeit mit den übrigen Produktionsstätten gleichermaßen gegeben waren. Diese Verbindung der produktiven mit der konzeptuellen Arbeit galt dem ROH als unerlässlich für die weitere Prosperität der tschechoslowakischen Rüstung.

<sup>43</sup> Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

<sup>44</sup> Stanovisko dílčí skupiny ROH 80 TKO k otázkám souvisejícím s přesunem oddělení, 14. 6. 1950 [Standpunkt der 80 TKO-Werkstattgruppe des ROH zu Fragen im Zusammenhang mit der Verlagerung der Abteilung]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>45</sup> Plán přesunu 80 TKO, Usnesení.

Solch günstige Entwicklungsbedingungen für die 80 TKO waren nach Meinung des ROH in Dubnica nicht annähernd vorhanden. Die Abteilungen, mit denen eine enge Zusammenarbeit erforderlich war – die Versuchsanstalt, die Laboratorien, Spezialwerkstätten und Hütten – sollten in Pilsen bleiben und ein schneller Aufbau äquivalenter Einrichtungen in Dubnica war unwahrscheinlich. Der Kontakt zu den Prototypwerkstätten wiederum wäre nur indirekt möglich, da diese plangemäß nach Dubnica, die TKO jedoch ins zwölf Kilometer entfernte Trenčín ziehen sollte. Besonders die vorgesehene Trennung des Konstruktions- vom Erprobungsbereich wurde als negativ für die technische Entwicklung angesehen. Bis zur Fertigstellung des in Dubnica geplanten Versuchsschießstandes sollten die entwickelten Prototypen über 400 Kilometer zur Versuchsstelle nach Bolevec und zurück transportiert werden. Dies würde die Kosten und die Lieferfristen erheblich erhöhen.

Die Gewerkschaft forderte deshalb die Verlagerung der 80 TKO als Ganzes, also zusammen mit den Laboratorien und allen Prototypwerkstätten. Vor der Umsiedlung der Rüstungsabteilung sollten jedoch erst die notwendigen Basisproduktionsbereiche wie Hütten, Stahlverarbeitung, Feinmechanik in Dubnica aufgebaut werden.<sup>46</sup> Die Zeit bis zu deren Vollendung sollte gleichzeitig für den Bau ausreichender Wohneinheiten sowie kultureller und gesellschaftlicher Einrichtungen genutzt werden. Tatsächlich hätte die Erfüllung dieser Forderung den Umzug um viele Jahre verschoben. Das wußte der ROH, und das war wohl auch der eigentliche Hintergrund seiner Forderungen, auch wenn dies nie ausgesprochen wurde.

Die unzureichende Klärung der Frage nach den zukünftigen Lebensbedingungen der Arbeiter bildete den zweiten Einwand der ROH-Gruppe. Auf besonders heftige Ablehnung in der Belegschaft stießen die vorgesehenen Unterbringungen der Familien in Trenčianské Teplice sowie das Fehlen von Schulen mit tschechischsprachigem Unterricht für die Kinder der Umsiedler. Auch fehlten bislang zufriedenstellende Ruhestands- und Rücksiedlungsregelungen, die als besonders wichtig galten, da gerade in den Konstruktionsbüros der Altersdurchschnitt relativ hoch lag. Die ROH-Gruppe erhob die Forderung, daß der Lebensstandard der betroffenen Belegschaft nicht nur erhalten, sondern im Gegenteil erheblich steigen müsse, um die erlittenen Beschwerden auszugleichen und um einen Anreiz für weitere Umsiedlungen zu geben.

Abschließend verlangten die ROH-Vertreter entgegen ihrer einleitenden Behauptung, nur punktuelle Änderungen anzuregen, die vollständige Überarbeitung des bisherigen Verlagerungsplans unter Einbeziehung aller relevanter Gruppen: des Verteidigungsministeriums, des Zentralkomitees der KPTsch, der ČZTS und des ROH, wobei die genannten Einwände besonders berücksichtigt werden sollten. Erneut betonte die ROH-Resolution die enormen negativen Auswirkungen, die die Unzufriedenheit der Belegschaft und deren Familien am neuen Ort auf die Arbeitsleistung der Gruppe haben könnte. Im Falle der Nichterfüllung seiner Forderungen mußte der ROH „[...] jede Verantwortung für die beträchtlichen materiellen und zeitlichen Verluste ablehnen [...]“<sup>47</sup>, die aus der Ausführung des Plans in seiner bis-

<sup>46</sup> Ebenda 5.

<sup>47</sup> Ebenda 6.

herigen Form resultieren könnten. Diesen Einwand, eine kaum verhohlene Androhung von Arbeitsverweigerung, brachten die Arbeitnehmervertreter in den weiteren Verhandlungen wiederholt vor.

### *Die Intervention der Militärverwaltung*

Nach dieser Eingabe entschloß sich das Verteidigungsministerium selbst zum Eingreifen. Sein Antwortbrief<sup>48</sup> an die 80 TKO und den ČZTS-Generaldirektor zielte darauf, die Einwände der Belegschaft pauschal abzuwehren. Diesen wurde mit der einleitenden Bemerkung, der Widerstand der 80 TKO-Belegschaft wäre grundsätzlich gegen jede Umsiedlung gerichtet, jegliche Legitimität entzogen. Dagegen betonte das Verteidigungsministerium erneut die absolute, strategische Notwendigkeit des Verlagerungsprojektes. Dazu entwarf das MNO die These von der Existenz eines riesigen, internationalen, kapitalistischen Rüstungskonzerns in der Vorkriegszeit, dem die Škodawerke seit den dreißiger Jahren als treue und leistungsstarke Filiale in der Tschechoslowakei gedient hätten. Diese hätten die westlichen Verbündeten unter Führung der Amerikaner gegen Kriegsende loswerden wollen, weshalb die Škodawerke bombardiert worden seien. Da die Feindschaft des Westens inzwischen noch bitterer geworden sei, wurde der Abzug der Rüstungsindustrie von der Westgrenze des Landes als Präventivmaßnahme gegen mögliche zukünftige Angriffe gerechtfertigt. Das Verteidigungsministerium erinnerte an die hohen materiellen und menschlichen Verluste der Kriegszeit und warf der 80 TKO-Belegschaft vor, durch ihre ablehnende Haltung die bisherige Wiederaufbau- und Entwicklungsarbeit zu verraten.

Die Forderung der ROH-Gruppe auf Wahrung des Lebensstandards der Umsiedler wurde als Selbstverständlichkeit abgetan. Daß bei der Belegschaft ein gegenteiliger Eindruck entstanden war, führte das Verteidigungsministerium auf die Streuung falscher Gerüchte über die Lebensbedingungen in der Slowakei zurück. Bereits bestehende Erfahrungen tschechischer Familien in der Slowakei gäben keinerlei Anlaß zur Besorgnis über die Ausbildung der Kinder. Im Gegenteil wurde der hohe Nutzen eines solchen Austausches für die intendierte Annäherung der beiden Nationalitäten betont.

Das Ministerium wertete in seiner Argumentation die Umsiedlung der 80 TKO zu einer Frage der Verteidigungsfähigkeit des ganzen Staates auf, die zu gewährleisten „die höchste Pflicht jedes Staatsbürgers“<sup>49</sup> wäre. Die ablehnende Haltung der Belegschaft wurde also nicht nur als fehlende ideologische Reife, sondern auch als Mangel an Patriotismus interpretiert. Der Brief schloß mit der sehr harschen Empfehlung an die Gewerkschaftsgruppe, die Resolution einer eingehenden Revision zu unterziehen und unter Beteiligung der Betriebsorganisation der KPTsch die betroffene Belegschaft endlich zu überzeugen.

<sup>48</sup> Brief MNO-NM an die Abteilung 80 TKO, Gruppe ROH, z. H. der Generaldirektion ČZTS, 18. 5. 1950. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>49</sup> Ebenda 2.

### Die Einigung

Nach dieser sehr deutlichen Aufforderung des Ministeriums ließ eine Einigung nicht mehr lange auf sich warten. Beim nächsten Treffen zwischen der ROH-Gruppe und Ministeriumsvertretern, der Generaldirektion der ČZTS und des Pilsener Unternehmens verzichteten die Gewerkschaftsvertreter nach eigenen Angaben auf das entscheidende Argument ihrer bisherigen Arbeitsleistung und deren möglicher negativer Beeinträchtigung durch den Umzug. Das heißt, sie verschenkten ihr einziges ernsthaftes Druckmittel gegenüber den übergeordneten Stellen. Anschließend bekannten sie sich explizit dazu, vom Sinn der Industrialisierung der Slowakei als Gegenmaßnahme zu nationalistischen und separatistischen Tendenzen sowie von der Verpflichtung, hierfür selbst Opfer bringen zu müssen, überzeugt worden zu sein.<sup>50</sup>

Die Exkursion einer größeren Gruppe von 80 TKO-Beschäftigten nach Trenčianské Teplice zu Pfingsten 1950 sollte deren Ängste abbauen und sie für die aktive Unterstützung des Projektes gewinnen. Die Besucher wurden in Dubnica am Bahnhof mit Musik und Festdekoration empfangen, danach konnten sie die zukünftigen Wohnungen besichtigen und mit dem Personalleiter des Betriebes D individuelle Gespräche über den zukünftigen Lohn, die Unterbringung und ähnliche Fragen führen.<sup>51</sup> Über die Bewertung dieser Reise durch die Belegschaft finden sich keine Informationen in den vorliegenden Akten, doch ist danach kein weiterer Einspruch mehr dokumentiert. Andererseits kann der Erfolg der Reise nicht allzu überwältigend gewesen sein, da die Betriebsleitung im Sommer 1950 für das Verlassen der 80 TKO und der Prototypwerkstätten eine Pflicht zur Genehmigung durch die ČZTS erließ. Offensichtlich versuchten einzelne Arbeiter, sich der Umsiedlungspflicht durch ihren Weggang aus der Abteilung zu entziehen.<sup>52</sup>

Über ihre abschließenden, stark modifizierten Forderungen beriet die ROH-Gruppe ein letztes Mal am 29. Juni 1950 mit ihrem zukünftigen Arbeitgeber, dem Betrieb D.<sup>53</sup> An der Umsiedlung selbst wurde nicht mehr gerüttelt, es wurden lediglich die konkreten Bedingungen ausgehandelt. Die letztlich getroffenen Regelungen blieben weit hinter den Forderungen der Gewerkschafter zurück. Reisekostenerstattung, Versorgungsgeld und Prämien fielen erheblich geringer aus, die Unterbringung der Familien in den provisorischen Unterkünften sollte erst 1953 enden und die Belegschaftsforderungen bezüglich des Schulwesens wurden gänzlich abgelehnt. Die Zahl der übersiedelnden Kinder sei für die Einrichtung rein tschechischer Klassen zu gering, hieß es.<sup>54</sup>

Die praktische Umsetzung der Verlagerungspläne wurde während des Sommers 1950 bei mehreren Treffen einzelner Vertreter der beiden Betriebe koordiniert,

<sup>50</sup> Dieser Bericht ist, zumindest in den einleitenden Sätzen, im typischen Stil einer kommunistischen Selbstkritik verfaßt, was dafür spricht, daß die Gewerkschafter unter Druck gesetzt worden sind. Stanovisko dílčí skupiny ROH 80 TKO.

<sup>51</sup> Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

<sup>52</sup> E b e n d a.

<sup>53</sup> Stanovisko dílčí skupiny ROH 80 TKO.

<sup>54</sup> Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

wobei der ursprüngliche Plan kaum mehr modifiziert wurde. Am 14. August 1950 wurde das Archiv ordnungsgemäß vom Pilsener Archivar nach Trenčín bzw. Dubnica übergeben.<sup>55</sup> In der zweiten Etappe wurden die Büros und die Verwaltung umgesiedelt. Die ursprünglich vorgesehenen Abreisetermini, der 20. und der 22. September, konnten durch die frühzeitige Fertigstellung des Bürogebäudes in Trenčín vorgezogen werden. Die Konstruktionsbüros befanden sich im wesentlichen bereits am 4. September in ihrer neuen Umgebung. Ab dem 15. September, dem Tag, an dem die letzte Büroeinrichtung nach Trenčín verbracht wurde, war die neue Adresse der Abteilung gültig.<sup>56</sup> Beim Umzug der Familien wurden dem Betrieb D die Namen der Beschäftigten mitgeteilt, damit die für sie vorgesehenen Wohnungen vorbereitet und mit Lebensmittelvorräten bestückt werden konnten. Die erste Gruppe von etwa dreißig Einzelpersonen zog bis zum 1. September nach Trenčianské Teplice, eine zweite zum Fünfzehnten des Monats. Da einige Wohnungen in Trenčín noch nicht fertiggestellt waren, konnte die letzte Gruppe erst zum 15. Oktober umziehen.

#### *Die Eingliederung der 80 TKO in den Betrieb D*

Die Umsiedlung der 80 TKO brachte von der 260 Mann starken Belegschaft 170 nach Trenčín. Weitere 13 sollten für eine begrenzte Zeit, zur Einarbeitung slowakischer Arbeitskräfte, umziehen. Der Abschlußbericht der Werksleitung betont, daß es für dieses Ergebnis keines Einsatzes direkter Zwangsmaßnahmen bedurft hätte.<sup>57</sup> Die Arbeit der zuständigen Organe galt jedoch nicht als beendet, denn die Verlagerung der Prototypwerkstatt bis Ende November stand noch aus.

Insgesamt wurden 40 Personen als Liquidationsgruppe der Abteilung 80 TKO in Pilsen zurückgelassen, deren späterer Einsatzort noch nicht geklärt war.<sup>58</sup> Weitere 45 Personen waren aus sozialen Gründen von der Umsiedlungspflicht befreit und an andere Abteilungen des Pilsener Škodabetriebes überstellt worden, zehn Personen hatten sich grundlos geweigert und wurden deshalb auf untergeordnete Posten in Pilsen versetzt.<sup>59</sup> In Pilsen wurde eine Vertretung der Trenčiner Abteilung eingerichtet, die dort deren Bestellungen vortragen und ihre Erfüllung überwachen sollte.<sup>60</sup>

Die weiterhin vorgesehene Abgabe von Arbeitskräften aus Pilsen nach Trenčín gestaltete sich in der Folgezeit sehr problematisch. Zwischen den Betrieben Dubnica und Pilsen kam es zu Reibereien um die Verteilung von Produktionsbereichen und Materialien und besonders um die Rekrutierung von Arbeitskräften. Vereinzelt geschah es sogar, daß Arbeiter zwar mit der Pilsener Betriebsleitung einen befristeten Aufenthalt in der Slowakei zu Montagezwecken aushandelten, sie dann aber, am

<sup>55</sup> Brief des Leiters der 80 TKO Ing. Kordule an ČZTS o. D, Ing. Stupka, A/60, 19.9.1950. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>56</sup> Brief Ing. Kordule an ČZTS, o. D, Ing. Stupka, 29.8.1950, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>57</sup> Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

<sup>58</sup> Brief Kordule an ČZTS, o. D, Ing. Stupka, A/60, 19.9.1950, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>59</sup> Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

<sup>60</sup> Brief Ing. Kordule an ČZTS, o. D, Ing. Stupka.

vorgesehenen Ende ihres Aufenthaltes, von der Betriebsleitung in Dubnica nicht mehr freigegeben wurden.<sup>61</sup>

Die Vertretungsstelle der 80 TKO, die deren Bestellungen in Pilsen entgegennehmen sollte, wurde in der Praxis dadurch überflüssig, daß sie nach den Statuten des slowakischen Betriebes gar nicht zeichnungsberechtigt war. Damit wurde die Mittlerfunktion zwecklos und die Trenčiner Rüstungsabteilung weigerte sich, diese Stelle zu bezahlen.<sup>62</sup>

Mit ihrer Eingliederung in den Betrieb D verlor die 80 TKO ihre Unabhängigkeit sowie ihre organisatorische Einheit. Jeder direkte Kontakt zwischen der Abteilung selbst und externen Firmen sollte vermieden werden. Den Einkauf erledigte die Zentralverwaltung für Material in Dubnica, auch die Warenannahme war nicht in Trenčín, sondern die Abteilung bekam alle bestellten Waren nur aus Dubnica. Den Absatz koordinierte die dortige Verkaufsabteilung, das Finanzgebahren wurde einer in Trenčín eröffneten Expositur der Betriebskasse übergeben, die auch den Finanzverkehr mit der slowakischen Staatsbank regelte. Um die optimale Kooperation und Kommunikation trotz der räumlichen Trennung zu ermöglichen, wurden Exposituren der einzelnen Verwaltungsbereiche des Betriebes D bei der Trenčiner Abteilung eingerichtet. Die interne Verwendung des Haushalts und der Vorräte wurde ausschließlich nach den zentralen Richtlinien des Betriebes D geregelt. Für alle Fragen bezüglich Lohn, Prämien, Neueinstellungen und Dienstreisen war die Personalabteilung in Dubnica zuständig. Die Dienstwagen der 80 TKO gehörten zur Garage Dubnica, der dortigen Sozialverwaltung unterstanden die Kantinen und Wohnhäuser in Trenčín. Jeder Besuch und außergewöhnliche Vorkommnisse wie z. B. Feste mußten mitgeteilt werden, genau wie die präzisen Arbeitszeiten, damit es nicht zu Mißverständnissen mit dem Wachpersonal kam. Die Ansprüche der 80 TKO-Belegschaft auf Sozialversorgung richteten sich nach den entsprechenden Statuten des Betriebes D, was für die Belegschaft im Vergleich zu den Verhältnissen in der Pilsener Region, eine eindeutige Verschlechterung bedeutete.<sup>63</sup>

Bereits im März des Jahres 1951 kam es zu erheblichen Beschwerden innerhalb der Abteilung,<sup>64</sup> deren vordergründiger Anlaß die versprochene aber nicht eingehaltene Auszahlung von Prämien war. Zwar wurde von Seiten der ČZTS kritisiert, daß der Belegschaft Geld wichtiger sei als die Planerfüllung, gleichzeitig drängte sie aber darauf, die Versprechen unbedingt einzuhalten. Schließlich war die finanzielle Ver-

<sup>61</sup> Aktová noticka pro g.ř. Fabingera, Platové otázky při přestěhování do Dubnice, handschriftlicher Datumsvermerk 31.7.1950 [Aktennotiz für Generaldirektor Fabinger, Lohnfragen beim Umzug nach Dubnica]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>62</sup> Brief Ing. Kordule an ČZTS und Personalabteilungen der Betriebe Dubnica und Pilsen, 14.2.1951, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>63</sup> Administratívny styk oddel. TKO v Trenčíne so základným závodom v Dubnici, 29.12.1950 [Administrative Beziehung der Abteilung TKO in Trenčín zum Grundbetrieb in Dubnica]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

<sup>64</sup> Zápis o mimofádné výborové schůzi DO (díleč organizace) KSS č. 19 závodu K.J. Vorošilova konané dne 10.3.1951 v Trenčíně. [Protokoll der außerordentlichen Versammlung des Ausschusses der Werkstattorganisation der KSS Nr. 19 des Betriebes K.J. Vorošilov, abgehalten am 10.3.1951]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

gütig nicht nur ein einfaches, weil konkret zu lösendes Problem, sondern auch ein effektives Mittel der sozialen Befriedung.

Nicht zu lösen waren jedoch die vielen negativen Folgen der Umstrukturierung der 80 TKO und ihre mangelhaft gebliebenen Anbindung an den Betrieb D. Die Abteilung litt latent unter dem Mangel an Ausstattung und Material. Die Produktion verzögerte sich durch die lange Lieferfrist metallurgischer Produkte, da in Dubnica die entsprechenden Produktionszweige lange Zeit fehlten.<sup>65</sup> Auch Montagehallen für den Zusammenbau von Teilen, die von Sublieferanten kamen, standen nicht zur Verfügung. Der Austausch mit anderen Betrieben verlangsamte sich erheblich, ebenso wie die finanzielle Abwicklung von Lieferungen. Auch die angespannte Arbeitskräftesituation verbesserte sich nicht, da der in dieser Angelegenheit zuständige Personalreferent des Betriebs D trotz mehrfacher Aufforderungen nicht aktiv wurde. Als zusätzliche Belastung wirkte hier noch die ständige Verpflichtung der TKO-Belegschaft zu Arbeiten in Dubnica. Zudem verkürzten die tägliche Anreise und die monatliche Fahrt nach Hause die Arbeitszeit. Die Klage über die schlechten Arbeitsbedingungen verbreiteten sich auch in Pilsen und verhinderten den weiteren freiwilligen Zuzug tschechischer Arbeiter.<sup>66</sup>

#### *Fazit*

Wie das Fallbeispiel zeigt, konnten die Vorgaben der Zentralbehörden, die die langfristige Umsetzung wirtschaftlicher und ideologischer Ziele verfolgten, heftig mit der konkreten Ausgangslage in dem betroffenen Betrieb kollidieren. Der Plan zur Umsiedlung der Konstrukteursgruppe erregte Widerstände auf mehreren Ebenen. Zunächst sprach die ökonomische Ausgangslage dagegen. Durch den Stop der Aufbauarbeiten in Bolevec wurden die bis dahin getätigten Investitionen zu sinnloser Verschwendung. Die Herauslösung der 80 TKO aus ihrer soliden Infrastruktur ließ langfristig hohe Einbußen an Funktionalität befürchten. Zudem bedeutete die Entscheidung für die Ansiedlung der Abteilung in der Slowakei einen radikalen Wechsel der politischen Linie sowie den Bruch der Versprechen, die der Belegschaft gemacht worden waren. Diese Inkohärenz weckte das Mißtrauen der betroffenen Arbeiter in die Verlässlichkeit der Entscheidungsträger. Der dadurch drohende Verlust an Arbeitskräften wurde von den Zentralorganen entweder nicht gesehen oder eben einfach in Kauf genommen.

Wirtschaftlich ungünstige Folgen ergaben sich auch für die Pilsener Škodawerke. Angesichts der schweren Beschädigung des Betriebes D durch den Krieg sowie der anstehenden hohen Beanspruchung des Pilsener Werkes durch den Wiederaufbau, erschien es der Betriebsleitung sehr viel sinnvoller, den slowakischen Betrieb zu schließen. Die sehr frühe Nationalisierung des Unternehmens und der direkte Einfluß der Generaldirektion halfen, diese Einwände praktisch schnell zu über-

---

<sup>65</sup> Der Bau eines entsprechenden Zweiges in Dubnica wurde erst 1952 begonnen. Fučík: *Czechoslovak armament industry* 108.

<sup>66</sup> Brief Škoda Pilsen an Dubnica, Abt. Trenčín, 5.1.1951, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

gehen. Im Gegensatz zur Entscheidungsgewalt jedoch wurde die enorme wirtschaftliche Belastung nicht von dem Pilsener Betrieb genommen. Er wurde folglich mit Aufgaben betraut, die er tatsächlich zu meistern nicht in der Lage war. Deshalb blieben die vorhandenen Probleme, hauptsächlich der Mangel an Arbeitskräften, auf lange Zeit ungelöst.

Die stärkste Opposition gegen die Umsiedlung der 80 TKO kam indessen von Seiten der Belegschaft, die sich wegen der anstehenden Veränderung ihrer Lebenssituation sorgte. Doch die Möglichkeiten der Gewerkschaftsgruppe, ihren Einwänden praktische Gültigkeit zu verleihen, waren begrenzt, besonders, da es der Generaldirektion gelang, ihre funktionale Zweideutigkeit auszunutzen. Indem sie als Vertreter des Betriebes nach Dubnica gesandt wurden, disqualifizierten sich die Gewerkschafter als Vertreter der Belegschaft. Dennoch scheint diese nicht nach anderen Artikulationsmöglichkeiten gesucht zu haben, jedenfalls finden sich in den Akten keine anderen Meinungsäußerungen der Arbeiter außer den Resolutionen des ROH. Sie versuchten höchstens individuelle Lösungen durch ihren Weggang aus der Abteilung oder der Erwirkung einer Sonderfreistellung. Der ROH bemühte sich, als Diskussionspartner für die Zentralbehörden attraktiv zu bleiben. Dazu griff er deren ideologischen Diskurs auf und versuchte, diesen in seinem Sinne, also gegen eine Umsiedlung der 80 TKO, auszudeuten. Doch dies war ein schlecht gewähltes Mittel, denn in ideologischer Argumentation waren die staatlichen Funktionäre klar überlegen. Die Reaktion des Verteidigungsministeriums, das in keinem Punkt auf die spezielle Situation der Arbeiter und ihre konkreten Forderungen einging, sondern diese pauschal abqualifizierte, zeigt zudem sehr deutlich die bereits fest etablierten Machtstrukturen. Das Ministerium sprach eine Drohung aus, und augenscheinlich war sie effektiv, denn die Belegschaft wurde zum Einlenken bewegt. Von ihren ursprünglichen Forderungen konnte sie nur wenige durchsetzen.

Die Ergebnisse der Verlagerung, soweit sie in den vorliegenden Akten erfaßt sind, sind – anders als die des Gesamtprojektes<sup>67</sup> – als eher negativ zu beurteilen. Die tschechisch-slowakischen Ressentiments konnten auf der Basis dieser Zwangsmaßnahme nicht abgebaut werden. Die Belegschaft der Abteilung bekam die Ablehnung der slowakischen Betriebsleitung deutlich zu spüren. Diese bemühte sich um eine schnelle, konsequente Eingliederung und Unterordnung der 80 TKO. Die Abteilung büßte dadurch ihre traditionelle Eigenständigkeit und das damit verbundene Prestige ein. Abgesehen von den demotivierenden Folgen eines solches Statusverlustes beklagte die Abteilung konkret die erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben.

---

<sup>67</sup> Die Industrialisierung der Slowakei kann insofern als erfolgreich angesehen werden, als sich der slowakische Anteil an der tschechoslowakischen industriellen Gesamtproduktion bis in die sechziger Jahre kontinuierlich vergrößerte. Besonders im Bereich der Rüstung war er bedeutend. Bis 1987, dem Jahr, in dem die gesamtstaatliche Waffenproduktion ihren Höhepunkt erreichte, stieg er auf 60%. Zu diesem Zeitpunkt war eine fast vollständige Kongruenz der wichtigsten ökonomischen Kennziffern zwischen den beiden Landesteilen erreicht. Bei einem Bevölkerungsanteil von 33,7% hatte die Slowakei einen 30%-igen Anteil an der Industrieproduktion und einen 30,9%-igen Anteil an der Erzeugung des Volkseinkommens. Vgl. P r ů c h a : Economic development 75.

Die erzwungene Übergabe hochqualifizierter und anerkannter Arbeitskräfte von Pilsen nach Dubnica brachte die beiden Betriebe schließlich in Konkurrenz zueinander, die auf Kosten der betroffenen Arbeiter ausgetragen wurde. Dies führte dazu, daß das Problem der Arbeitskräfterekrutierung nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte und es zwischen beiden Betrieben immer wieder zu Auseinandersetzungen kam.

## ZUR SOZIALEN LAGE DER BERGARBEITER IM OSTRU-KARWINER REVIER 1945–1955

Von Dušan Janák

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Ostrau-Karwiner Reviers im ersten Nachkriegsjahrzehnt ist bereits mehrfach wissenschaftlich untersucht worden. Diese Studien brachten zwar viele neue Fakten, doch waren sie vor 1989 nicht nur von der ungünstigen Archivsituation und der Geheimhaltung der zentralen Informationen beeinträchtigt, sondern auch von Zensur und Selbstzensur bei der Interpretation der zugänglichen Materialien. Etwas generalisierend könnte man sagen, daß der sozialen Lage der Bergarbeiter wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde, sie interessierte meist nur als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung des Reviers.<sup>1</sup> Die Bergarbeiter wurden meist als einheitliche soziale Gruppe von Arbeitern unter Tage und im Tagebau wahrgenommen. Ein Unterschied wurde höchstens zwischen den fest Angestellten und den zeitweilig dort Arbeitenden gemacht, nicht aber zwischen den freien Arbeitskräften und den Zwangsarbeitern, deren soziale Stellung und Lebensbedingungen sich jedoch grundlegend unterschieden.

Unter den Bedingungen der extensiven Entwicklung des Reviers, das mit einer ganzen Reihe von Problemen kämpfte, war die Steigerung des Abbaus in besonde-

<sup>1</sup> Bajger, Lubomír u. a.: Dějiny ostravsko-karvinského revíru do znárodnění a jeho místo ve vývoji ostravské průmyslové oblasti [Geschichte des Ostrau-Karwiner Reviers bis zur Nationalisierung und seine Bedeutung für die Entwicklung des Ostrauer Wirtschaftsgebietes]. Manuskript. Opava 1976, 366–377. – Plaček, Vilém: Některé problémy ostravsko-karvinského kamenouhelného revíru ve dvouletce [Einige Probleme des Ostrau-Karwiner Steinkohlereviers während des Zweijahresplans]. Slezský sborník 63 (1965) 2, 168–191. – Ders.: Boj o obnovení a rozvoj těžby v OKR v poválečných letech 1945–1948 [Kampf um die Wiederaufnahme und die Entwicklung des Abbaus im OKR in den Nachkriegsjahren 1945–1948]. Ostrava 1977. – Geršlová, Jana: Rozvoj uhelného průmyslu a úloha OKR v poválečném období a při plnění úkolů generální linie výstavby socialismu v Československu (1945–1960) [Die Entwicklung der Kohleindustrie und die Aufgabe des OKRs in der Nachkriegszeit und bei der Erfüllung der Aufgaben der Generallinie für den Aufbau des Sozialismus in der Tschechoslowakei (1945–1960)]. Dissertation. Opava 1987. – Gargulák, Miroslav/Čerman, Břetislav: Sociálně-ekonomický vývoj ostravsko-karvinského revíru v letech 1945–1969 [Die sozialökonomische Entwicklung des Ostrau-Karwiner Reviers 1945–1969]. In: Ostrava socialistická. Sborník studií k výstavbě města v letech 1945–1970 [Sozialistisches Ostrau: Sammelband der Studien zum Aufbau der Stadt in den Jahren 1945–1970]. Hrsg. v. Karel Jiřík. Ostrava 1971, 329–367. – Gargulák, Miroslav/Matušek, Pavel: Sociálně ekonomický vývoj ostravsko-karvinského revíru po roce 1945 [Sozialökonomische Entwicklung des Ostrau-Karwiner Reviers nach 1945]. In: Ostrava. Sborník příspěvků k dějinám a výstavbě města [Ostrau. Sammelband von Beiträgen zu Geschichte und Aufbau der Stadt]. Hrsg. von Karel Jiřík. Ostrava 1985, Bd. 13, 199–254. – Janák, Dušan/Jirásek, Zdeněk: Sovětští poradci a ekonomický vývoj v ostravsko-karvinském revíru [Sowjetische Berater und die ökonomische Entwicklung im Ostrau-Karwiner Revier]. Opava 1996.

rem Maß vom Einsatz einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften und der Erhöhung ihrer Arbeitsleistung abhängig, die durch größeren Kraftaufwand oder eine – oft auch versteckte – Arbeitszeitverlängerung (Überstunden) erzielt wurde.

In diesem Zusammenhang werden wir uns im folgenden auf zwei Fragen konzentrieren, die für die Sozialgeschichte des Ostrau-Karwiner Reviers wichtig sind: Zum einen werden wir der Frage nachgehen, wie sich die Zahl und die soziale Struktur der Arbeiter im untersuchten Gebiet entwickelte. Zum anderen werden wir die Lohnverhältnisse der einzelnen Arbeitergruppen untersuchen.

### *Die Struktur der Arbeiterschaft*

Nach der Befreiung im Mai 1945 führte die massenhafte Abwanderung von Arbeitern, die zum „Totaleinsatz“ verpflichtet gewesen waren, zu einem starken Rückgang der Arbeiterzahlen in den Bergwerken des Ostrau-Karwiner Reviers. Im Mai 1945 waren etwa 15 000 Arbeiter weniger im Revier als im Jahr 1944. Ersten offiziellen Angaben zufolge arbeiteten im Juli 1945 insgesamt 40 900 Arbeiter im Revier, bis Ende 1945 wuchs ihre Zahl auf 50 700, Ende 1946 betrug ihre Zahl 51 100, sie hatte sich also wieder um ein Viertel erhöht. Demgegenüber stieg die Anzahl der Untertagarbeiter im Jahr 1945 von 21 500 auf 27 800 und bis Ende 1946 bis auf 29 900, d. h. um mehr als ein Drittel.<sup>2</sup>

Der angenommene durchschnittliche Einsatz von Arbeitskräften für die gesamte Arbeitsleistung im Bereich Kohleabbau, -aufbereitung und -transport, der in die Kennziffern der Arbeitsproduktivität der Arbeiter insgesamt einbezogen wurde, wurde 1946 auf 39 500–39 800 geschätzt.<sup>3</sup> Auf diesem Niveau hielt sich die Zahl auch im folgenden Jahr, 1948 wuchs sie auf 42 500, in den weiteren drei Jahren ging sie bis auf 40 000 zurück. In den Jahren 1952–1954 stieg sie auf 47 100, 1952 sank die Arbeiterzahl wieder auf 46 200. Eine ähnliche Entwicklung verzeichnete der durchschnittliche Einsatz von Arbeitern für die erzielte Arbeitsleistung im Bergwerk – also die Leistung der Untertagearbeiter – nur mit dem Unterschied, daß die jährliche Wachstumsrate um einiges höher lag, der Rückgang dann umgekehrt langsamer war: 1947 betrug die Zahl 31 700, ein Jahr später 33 600, in den weiteren drei Jahren sank sie auf 32 200, bis 1954 erhöhte sich auf 38 100 und 1955 sank die Arbeiterzahl auf 37 300.<sup>4</sup>

Für den Ersatz der abgewanderten Arbeitskräfte in den Bergwerken des Ostrau-Karwiner Reviers spielten Arbeiter deutscher Nationalität eine entscheidende Rolle.

<sup>2</sup> Sämtliche Zahlenangaben im Text wurden auf eine Dezimalstelle abgerundet, und dienen angesichts des Charakters der Quellen nur der Orientierung. Während 1945 beide Werte anstiegen, schwankten sie 1946. Die Gesamtzahl der Arbeiter Ende 1946 näherte sich der unteren Grenze des Monatsstands der Belegschaft (durchschnittlicher Stand 51 500), die Arbeiterzahl im Bergbau dem monatlichen Maximum (Durchschnittsstand 29 000). Plaček, Vilém: *Boj o obnovení 23–24.* – Geršlová: *Rozvoj uhelného průmyslu 53–54.*

<sup>3</sup> Wysocki, Karel: *Dělnické mzdové soustavy na dolech OKR v letech 1945–1959* [Arbeiterlohnsysteme in den Bergwerken des OKRs in den Jahren 1945–1959]. *Slezský sborník 64* (1966) 1, 81. Wysocki gibt die Zahl der Arbeiter mit 39 535 an. – Bei Geršlová sind es 39 736 Arbeiter. Geršlová: *Rozvoj uhelného průmyslu 64.*

<sup>4</sup> Gargulák/Cerman: *Sociálně-ekonomický vývoj OKR 367.*

Die Verhandlungen über den Einsatz der zunächst erwogenen Zahl von 15 000 Deutschen kamen kurz nach der Amtsübernahme des Kommunisten Svatopluk Rada als Regierungsbevollmächtigtem für das Revier im August 1945 zustande. In die Lager in unmittelbarer Nähe der Bergwerke wurden zuerst die Deutschen überführt, die bereits in Lagern interniert gewesen waren, später kamen dann arbeitslose Deutsche und Kriegsgefangene aus nahezu allen Gefangenenlagern in Mähren und Schlesien dazu. Im September 1945 wurden 5 207 Deutsche im Revier eingesetzt. Sie machten 10,9 Prozent der Belegschaft im Revier aus; die 4 906 Arbeiter, die im Bergbau eingesetzt waren, stellten 18,5 Prozent der Bergarbeiterschaft.

Die Zahl der eingesetzten Deutschen stieg – obwohl ein Teil von ihnen nicht fähig war, im Bergwerk zu arbeiten und freigestellt werden mußte –, nach Transporten aus Brünn (Brno) und Olmütz (Olomouc) und nach dem Eintreffen weiterer Arbeitskräfte aus der Zuckerrübenkampagne bis Januar 1946 auf 7 034 (13,2 Prozent) an und erreichte im Mai 1946, als hier 7 616 Deutsche (14,6 Prozent der Belegschaft) arbeiteten, ihren Höhepunkt.<sup>5</sup> Infolge der Vertreibung ging ihre Zahl allmählich zurück, doch noch im August 1946 arbeiteten 5 259 Deutsche im Revier, davon waren 4 717 in den Bergwerken beschäftigt.<sup>6</sup>

Obwohl der Einsatz der Deutschen in den Bergwerken im Ostrauer Gebiet auf ein gewisses Mißtrauen und aggressive Reaktionen bei den Bergleuten stieß, bewährten sich die deutschen Arbeiter so, daß 2 362 von ihnen unter die sogenannten „unabkömmlichen Spezialisten“ eingeordnet wurden, die mit ihren Familien in der Tschechoslowakei bleiben durften. Diese Entscheidung wurde später allerdings zurückgenommen, und so verließen seit September 1946 auch die meisten dieser Arbeiter das Revier. Infolgedessen wurden am 1. November 1946 im Bereich der Besiedlungszentrale Ostrau nur noch 536 deutsche Spezialisten registriert.<sup>7</sup> Während im September 1946 im Revier 2 961 Deutsche (5,4 Prozent) – darunter 2 369 in den Bergwerken (8,6 Prozent) – arbeiteten, waren es im Dezember des Jahres insgesamt nur noch 1 765. Von ihnen arbeiteten 1 524 in den Bergwerken; sie machten damit 3,5 Prozent der gesamten Belegschaft und 5,1 Prozent der Arbeiter in den Bergwerken aus.<sup>8</sup>

In dieser Zeit arbeiteten neben den verbliebenen „Spezialisten“ aus den Reihen der Sudetendeutschen auch reichsdeutsche Kriegsgefangene in den Gruben, die auch weiterhin zu den Stamminsassen in den vom Militär geführten Gefangenenlagern gezählt wurden. Da ein großer Mangel an Arbeitskräften herrschte, zogen die verantwortlichen Stellen auch den Arbeitseinsatz von Verurteilten, d. h. von Sträflingen

<sup>5</sup> Von diesen arbeiteten 5 715 in den Bergwerken, das entspricht 19,7 Prozent der Bergleute.

<sup>6</sup> Das entspricht 10,2 Prozent der Belegschaft im OKR und 16,2 Prozent der Bergarbeiter. Plaček: *Boj o obnovení 17–19*. Der Verfasser führt hier einen höheren Anteil der Deutschen an der Belegschaft im OKR ohne die Nebenbetriebe an: 11,66 Prozent im September 1945, 14,27 Prozent im Januar 1946, 15,85 Prozent im Mai 1946 und 11,04 Prozent im August 1946.

<sup>7</sup> Ebenda 18. – Staněk, Tomáš: *Odsun Němců z Československa 1945–1947* [Die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947]. Praha 1991, 156, 310.

<sup>8</sup> Plaček: *Boj o obnovení 19*. Ohne die Nebenbetriebe betrug der Anteil der Deutschen ohne Belegschaft im OKR im September 1946 5,88 Prozent und im Dezember 1946 dann 3,74 Prozent.

und Gefangenen in Untersuchungshaft, in Erwägung. Gegenwärtig kann man jedoch noch nicht sagen, ob und in welchem Umfang auch Deutsche in dieser Arbeitergruppe vertreten waren.<sup>9</sup> Für die Zeit des sogenannten Zweijahresplanes (1947–1948) verfügen wir nur über sehr vereinzelt Informationen zu deutschen Zwangsarbeitern. Im Laufe des Jahres 1947 sank die Zahl der Deutschen von 1765 auf 1430, d. h. auf 4,6 Prozent der Arbeiter in den Bergwerken und 3,6 Prozent der Arbeiter insgesamt, auch wenn hier Ende des Jahres angeblich noch 980 deutsche Gefangene eingesetzt waren. Bis Herbst 1948 wurden dann alle Gefangenen nach und nach ausgesiedelt. Seit Juni 1948 arbeiteten in den Bergwerken im Ostrau-Karwiner Revier noch 448 deutsche Bergarbeiter aus dem Brüxer und Falkenauer Gebiet. Dennoch wurden einen Monat später im Revier nur 1133 Deutsche registriert, d. h. 3,4 Prozent der Arbeiter im Bergwerk und nur 2,7 Prozent der Arbeiter insgesamt, von denen dann am Ende des Jahres 1948 nur 29 Männer übrig blieben.<sup>10</sup>

Die Vertreibung der Deutschen, die rasch voranging, lenkte die Aufmerksamkeit bei der Suche nach Arbeitskräften verstärkt auf die Militärbrigaden. Im Ostrauer Gebiet arbeiteten schon seit Sommer 1945 Militärbrigaden. Im Jahr 1946 wurde hier eine „kombinierte Bergbaugruppe“ gebildet, die sich im November 1947 aus sechs Abteilungen mit 1280 Männern in zehn Bergwerken des Karwiner Gebietes zusammensetzte.<sup>11</sup> Nach den vorliegenden Quellen wuchs ihre Zahl während des Jahres 1947 von 1131 im Januar bis auf 1806 im Dezember, so daß ihr Anteil an der Arbeiterschaft im Bergwerk zwischen 3,6 und 5,8 Prozent betrug.<sup>12</sup>

In der Zeit zwischen 1948 und 1950 wirkte eine „Gruppe von militärischen Bergbaugruppen“ im Revier, die im Januar 1948 insgesamt 1923 Mitglieder hatte. Nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar wuchs die Zahl ihrer Mitglieder sehr schnell. 1948 arbeiteten 5369 Soldaten (12,6 Prozent der Arbeiter insgesamt) im Revier, davon 5170 in den Bergwerken (15,4 Prozent der Arbeiter im Bergwerk). Ein Jahr später sank ihre Zahl geringfügig auf 5278, doch Mitte 1950 betrug sie nach Angaben des Militärs durchschnittlich 6200–6300 Personen, d. h. über 15 Prozent der Arbeiter insgesamt. Davon waren 5903 Arbeiter (18 Prozent) im Bergwerk beschäftigt.<sup>13</sup>

Zum 1. Oktober 1950 wurden im Ostrau-Karwiner Revier zwei schwere „technische Hilfsbrigaden“ („pomocné technické prapory“, PTP) für das Bergwerk eingerichtet.<sup>14</sup> Diese Brigaden dienten als Mittel der offenen politischen Verfolgung und stellten eine Form der mit Zwangsarbeit verbundenen Internierung ohne Gerichtsverfahren dar. Die militärischen Bergbaubrigaden in Ostrau wurden in die – repu-

<sup>9</sup> Staněk, Tomáš: *Tábory v českých zemích 1945–1948* [Lager in den böhmischen Ländern 1945–1948]. Opava-Šenov 1996, 154.

<sup>10</sup> Geršlová: *Rozvoj uhelného průmyslu 96–97*. – Wysocki: *Dělnické mzdové soustavy* 81.

<sup>11</sup> Bílek, Jiří: *Pétépáci aneb Černí baroni úplně jinak. Vyprávění o jednom z bílých míst naší nedávné historie* [Die PTP-Mitglieder oder die Schwarzen Barone ganz anders. Erzählung über eine der weißen Stellen unserer jüngsten Geschichte]. Plzeň 1996, 124.

<sup>12</sup> Plaček: *Boj o obnovení* 58.

<sup>13</sup> Bílek: *Pétépáci aneb Černí baroni* 125. – Wysocki: *Dělnické mzdové soustavy* 81.

<sup>14</sup> 55. PTP Ostrau-Radvanice (Ostrava-Radvanice); 56. PTP Obersuchau (Horní Suchá).

blikweit einzige – kombinierte Bergbauabteilung umgewandelt, der 4 000 Männer angehörten, die teils im mittelslowakischen Bergarbeiterstädtchen Handlová untergebracht waren. Im April 1951 wurde die 58. PTP mit Zustimmung des Vorstands des Wirtschaftsrates des ZK der KPTsch aus Brüx (Most) nach Karwina versetzt. Im Ostrauer Gebiet kam es damit zu einer erheblichen Konzentration militärischer Arbeitsbrigaden, die ab 1. Juni 1951 der Leitung der 55. technischen Hilfsgruppe in Orlau (Orlová) unterstellt waren. Die Einheiten wurde in „I.-III. PTP“ umbenannt und im September 1951 durch die IV. PTP Orlau und V. PTP Obersuchau (Horní Suchá) ergänzt. Zum Bestandteil des Verbandes wurde auch die kombinierte Bergbauabteilung, die nach der Errichtung der neuen PTP im November 1951 aufgelöst wurde.

Am 1. Juli 1953 wurden ferner drei neu entstandene schwere technische Brigaden in die Gruppe aufgenommen. Sie waren die letzten drei militärischen Arbeitseinheiten, die in der Tschechoslowakei eingerichtet wurden, und wiesen keinen Verfolgungscharakter mehr auf.<sup>15</sup> Bei der Reorganisation der militärischen Arbeitseinheiten am 1. November 1953 und am 1. März 1954 wurden alle PTP in technische Brigaden umgewandelt. Ihre Führung wurde in „55. technischen Gruppe“ umbenannt, beide wurden erst Ende 1958 nach der Auflösung der Bergwerksbrigaden abgeschafft.<sup>16</sup>

Als im Frühjahr 1951 die 55. technische Hilfsgruppe entstand, verzeichnete man im Gebiet von Ostrau über 6 000 Mitglieder militärischer Arbeitsbrigaden. Nach der Ergänzung durch zwei neue Brigaden erhöhte sich diese Zahl für einige Wochen sogar auf fast 10 600, d. h. auf 26,4 Prozent der Arbeiter insgesamt. Nach der Auflösung der kombinierten Militärabteilung blieben an die 7 196 PTP-Mitglieder (18 Prozent der Arbeiter insgesamt und 22,4 Prozent der Arbeiter im Bergwerk). Die Statistiken im Revier geben für das Jahr 1951 die Zahl von 6 856 Soldaten (17,1 Prozent der Arbeiter insgesamt) an, von denen 6 052 in den Bergwerken beschäftigt waren (18,8 Prozent der Arbeiter im Bergwerk). Im Jahr 1952 sank die Zahl der eingesetzten PTP-Mitglieder deutlich. Im Jahr darauf wuchs sie allerdings wieder leicht, und in den Jahren 1954–1955 – nach der Auflösung der PTP – ging sie erneut zurück. Für diesen Zeitabschnitt gehen die zeitgenössischen Statistiken jedoch beträchtlich auseinander: Nach den Quellen für das Ostrau-Karwiner Revier waren zwischen 5 193 und 8 095 Männer (12,3–18,1 Prozent der Arbeiter insgesamt) zwangsverpflichtet. Davon arbeiteten 10–15 Prozent über Tage den Rest bildeten die 13,2 bis 20 Prozent der Arbeiter im Bergwerk. Nach Militärstatistiken wurden 1952 etwa 6 560 Männer (15,5 Prozent) zur Arbeit eingesetzt, in den nächsten beiden Jahren ungefähr 7 600 (17 Prozent) der Arbeiter insgesamt. 1955 arbeiteten 4 781 Mitglieder militärischer Brigaden im Ostrau-Karwiner Revier, unter ihnen 4 333 in den Bergwerken (d. h. 10,3 Prozent der Arbeiter insgesamt und 11,6 Prozent der Arbeiter im Bergwerk).<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Es handelte sich um die 7. technische Brigade in Orlau (Orlová), die noch Ende Juli nach Lipkowitz (Libkovice) im nordböhmischen Braunkohlerevier abkommandiert wurde; und die 8. und 9. technische Brigade Karwina.

<sup>16</sup> Bílek: *Pěťpáci aneb Černí baroni* 48, 88, 144–148, 158–162.

<sup>17</sup> Ebenda 47, 81, 128–131. – Wysocki: *Dělnické mzdové soustavy* 81.

Obwohl die Zahl der Arbeiter in den militärischen Brigaden wuchs, forderte die Leitung der Ostrau-Karwiner Steinkohlewerke im Juni 1948 ungefähr 10000 neue Arbeitskräfte für das folgende Jahr an. Der Vertrag zwischen den Ressorts über den Aufbau von Zwangsarbeitslagern in den Bergbaurevieren vom 7. Oktober 1948 setzte voraus, daß im Ostrau-Karwiner Revier zunächst Lager für 3000 internierte Männer in Ostrau-Hruschau, Schlesisch-Ostrau (Slezská Ostrava) und Karwina eingerichtet wurden. Langfristig erwog man, die Zahl von 4000 auf 5000 Männer zu erhöhen. Bei den Verhandlungen mit Oberstleutnant Heřman Kuchta (Abteilungsleiter BP/10), der im Innenministerium für die Zwangsarbeitslager zuständig war, erhob die Direktion der Ostrau-Karwiner Steinkohlewerke jedoch wiederholt die offensichtlich überzogene Forderung, in kurzer Zeit 9000 Männer als Ersatz für die militärischen und zivilen Brigademitglieder zugeteilt zu bekommen.<sup>18</sup>

Bei der darauf folgenden Begehung der in Frage kommenden Lager zeigte sich jedoch, daß im Ostrauer Gebiet nur die Sammelstelle für die Transporte von Deutschen in Kunzendorf (Kunčice) mit einer Kapazität von 600 Personen sofort zur Verfügung stand. Das Gefangenenlager in der Nähe des Schachts Stalin in Ostrau für 320 in Holzbaracken untergebrachte Personen war voll von Ungeziefere und so nicht nutzbar. Aus ähnlichen Gründen wurde auch das Lager beim Schacht Gottwald in Obersuchau verworfen. Aus hygienischen Gründen fiel zuletzt auch die Unterkunft für 600 zivile Brigademitglieder des Steinkohlewerkes in der Cihelní-Straße in Oderfurt (Ostrava-Přivoz) aus.<sup>19</sup>

Die Errichtung von Zwangsarbeitslagern zur Deckung des Bedarfs der Bergwerke begann Mitte Dezember mit der Ernennung der Befehlshaber für die Lager in Ostrau-Kunzendorf, Dombrau (Doubrava) und Lazy bei Orlau (heute Orlová-Lazy). Da sich der Befehlshaber František Zemek am 16. Dezember 1948 weigerte, das Lager in Lazy zu übernehmen, mit der Begründung, dieses sei „sehr verwahrlost und für den Betrieb ungeeignet“, fing man von Seiten des Ostrauer Steinkohlewerkes mit der Vorbereitung der Inbetriebnahme des Lagers in Ostrau-Hruschau an.<sup>20</sup> Zuerst nahm das Lager in Dombrau den Betrieb auf, wo am 18. Januar 1949 eine relativ starke, von einem Befehlshaber und sechs SNB-Mitgliedern<sup>21</sup> gebildete Schutztruppe ihren Dienst antrat, die die ersten 20 internierten Männer bewachte. Das Lager in Dombrau existierte jedoch nur bis zum 28. Januar 1949, als ohne vorherige Zustimmung des Innenministeriums der Sicherheitsbeamte des Kreisnationalausschusses der Versetzung von 41 Internierten und der Schutztruppe in die Baracken des Schachts Stalin in Ostrau-Hruschau zustimmte, die am gleichen Tag für ausreichend zur Unterbringung der „Zöglinge“ erklärt worden waren. Dadurch entstand *via facti* ein Zwangsarbeitslager in Ostrau-Hruschau, während das Lager in Dombrau weiterhin der Unterbringung von Gefangenen aus Mírov

<sup>18</sup> Janák, Dušan: Tábory nucené práce v ČSR v letech 1948–1954 [Zwangsarbeitslager in der ČSR 1948–1954]. Dissertation. Olomouc 2000, 197–199.

<sup>19</sup> Ebenda 200–201.

<sup>20</sup> Ebenda 213–214.

<sup>21</sup> Sbor národní bezpečnosti (SNB) – offizielle Bezeichnung für die Polizei in der kommunistischen Tschechoslowakei.

dienen sollte; ebenso wie das Lager in Lazy, das in Vorbereitung und daher noch nicht belegt war.<sup>22</sup>

Ab dem 1. Juni 1948 kam es entsprechend dem Abkommen zwischen dem Innenministerium und der Revierleitung zur Auflösung des Zwangsarbeitslagers in Ostrau-Hruschau. Die Insassen zogen in die leerstehenden Gebäude des ehemaligen Lagers für die Deutschen in Ostrau-Kunzendorf, das dem Innenministerium unterstellt war und als Sammellager für das Ostrauer Gebiet zugleich als Arbeitslager für die Bergwerke diente. Es blieb das einzige Zwangsarbeitslager für den Bedarf des Ostrau-Karwiner Reviers in dieser Form, wenn auch z. B. im September 1949 bei der Vorbereitung der Verfolgungsaktion T-43 die Direktion des Ostrauer Steinkohlewerks Interesse an der Errichtung weiterer Lager in Ostrau im Barackenlager in der Cihelní-Straße und in den Bergbaukasernen in Zárubek in Schlesisch-Ostrau äußerte. Zur Auflösung des Lagers in Kunzendorf kam es im Spätsommer 1951. Für die Zeit ab Januar 1952 ist die Existenz einer Sammelstelle für die auf die Abschiebung wartenden Deutschen belegt.<sup>23</sup>

Wenngleich in verschiedenen Abhandlungen über die Zwangsarbeitslager im Ostrauer Gebiet von Tausenden von Arbeitskräften in den Bergwerken die Rede war, sah die Wirklichkeit wesentlich nüchterner aus. Im Lager Hruschau registrierte man im Frühjahr 1949 einen Stammbestand von etwa 120–130 Personen, tatsächlich lag der Stand jedoch ein wenig niedriger. Der Stammbestand des Lagers in Kunzendorf betrug zwischen Juni 1949 und Juli 1950 meistens knapp unter 200 Personen, ab dem Frühling 1950 waren nur noch etwas über 100 Männer anwesend. Erst nach der Auflösung der größeren Lager in Trzyniec (Třinec) und in Witkowitz (Ostrava-Vitkovice) im Januar 1951 wuchs die Zahl der Internierten allmählich und stieg Anfang Juni 1951 auf 198 Personen, einschließlich zweier getrennter Arbeitsgruppen in den Eisenwerken in Leskovitz (Lískovec) und in Branka bei Troppau (Branka u Opavy); im Revier arbeiteten weiterhin gut 100 Männer.<sup>24</sup>

Bereits 1945 zog man im Ostrau-Karwiner Revier in Erwägung, Gefangene zur Arbeit einzusetzen. Doch erst am 29. Januar 1949 wurde auf Anordnung des Justizministers die Arbeitstruppe der Strafanstalt in Mírov im dortigen Steinkohlewerk eingesetzt. Anfänglich waren die 135 Sträflinge im ehemaligen Zwangsarbeitslager in Dombrau untergebracht. Sie arbeiteten in Nová Jáma in Lazy, wohin in der ersten Februarhälfte weitere 190 Sträflinge verlegt wurden. Nach einigen Tagen wurde die Truppe allerdings wieder in das Barackenlager des Schachtes Stalin in Ostrau-Hruschau versetzt. Die Strafgefangenen arbeiteten unter Tage und über Tage beim Aufbau der Grube. Ab Anfang März wurden sie auch in der Kokerei „General Svoboda“ (heute František) in Ostrau-Prívoz eingesetzt.<sup>25</sup>

<sup>22</sup> Janák: Táborů nucené práce v ČSR 200.

<sup>23</sup> E b e n d a 223, 241, 272.

<sup>24</sup> Berichte über die Situation in den Zwangsarbeitslagern 1949–1950. Fonds E-1, Karton 4, Archiveinheit 25. Archiv des Innenministeriums der ČR in Kanice bei Brünn (im folgenden: AMV Kanice). – Bericht über die Kontrolle der Zwangsarbeiterlager vom 4.7.1951 mit anschließenden Bemerkungen. Fonds Správa Sboru nápravné výchovy (SSNV), Band 43/2. Staatliches Zentralarchiv in Prag (im folgenden: SÚA Praha).

<sup>25</sup> Brief des Kommandos der Truppe SVS in der Strafanstalt für Männer in Mírov an das

Ursprünglich hatte die Leitung des Steinkohlewerks über die für sie zuständige Direktion der Tschechoslowakischen Bergwerke vom Justizministerium die Zuteilung von mindestens 2000 Strafgefangenen gefordert. Für diese bot sich ab März 1949 die Unterbringung in zwei großen Lagern für je etwa 700 Personen und in einigen kleineren Lagern an.<sup>26</sup> Zu diesem Zweck erließ das Ministerium eine für alle Gefängnisse der Kreisgerichte und alle Strafanstalten in Mähren und Schlesien einschließlich der diesen angegliederten Arbeitsabteilungen geltende Anordnung, die eine ärztliche Untersuchung und die Auswahl von Arbeitern für das Ostrau-Karwiner Revier verfügte. Die Gesamtergebnisse dieser Aktion liegen nicht vor, doch auch die zugänglichen Teilergebnisse sind durchaus aufschlußreich. So bezeichneten die Betriebsärzte des Steinkohlewerks von 705 Sträflingen in 16 Arbeitsabteilungen der Strafanstalt in Mírov 537 Männer als „geeignet“ für die Arbeit im Bergwerk, darunter befanden sich ganz offensichtlich auch etliche völlig arbeitsunfähige Personen. Aus der ersten Gruppe von 60 Männern musterte der Justizarzt Anfang März zehn Männer mit offener Tuberkulose aus. Anfang April wurde die Arbeitsabteilung auf Drängen des Ministeriums durch 106 Männer aus den aufgelösten Arbeitsabteilungen der Firma Kosmos in Olmütz-Hodolany, aus dem Steinbruch in Jogsdorf (Jakubčovice) und aus der in Svit Gottwaldov (früher Zlín, Sillein) tätigen Abteilung verstärkt, so daß 232 Männer nach Ostrau-Hruschau geschickt werden konnten.<sup>27</sup> Die Zahl der Zwangsarbeiter in Ostrau-Hruschau – die seit August 1950 entsprechend dem neuen Strafgesetz Nr. 86/1950 offiziell als „Arbeitsabteilung“ bezeichnet wurden – blieb in den nächsten beiden Jahren etwa auf diesem Niveau.<sup>28</sup>

Erst 1952, als die Arbeitsabteilung, die dem Gefängnis des Kreisgerichts in Ostrau angegliedert war, ihren Sitz in neue Gebäude in Ostrau-Herschmanitz (Heřmanice) verlagerte, änderte sich die Situation. Im Juli des Jahres verzeichnete man bereits 494 Gefangene, die im Schacht Stalin arbeiteten. Diese Arbeitsabteilung blieb auch bestehen, nachdem ab Herbst 1952 das Gefängniswesen beim Ministerium für nationale Sicherheit vereinheitlicht wurde und 1953–1954 die meisten Arbeitsabteilungen aufgelöst wurden. Im Jahr 1958 wurde sie dann in eine selbständige Erziehungsanstalt umgewandelt.<sup>29</sup>

---

Justizministerium in Prag vom 20.4.1949. Fonds SSNV, Band 30. SÚA Praha. – Janák: *Tábory nucené práce* 220, 447.

<sup>26</sup> Brief der sozialpolitischen Abteilung der Tschechoslowakischen Bergwerke, Nationalbetrieb, an das Justizministerium vom 24.1.1949. Fonds SSNV, Band 30. SÚA Praha.

<sup>27</sup> Erlaß des Justizministeriums vom 27. Januar 1949, Korrespondenz des Kommandos der Abteilung SVS in der Strafanstalt für Männer in Mírov und des Justizministeriums vom 9.2. bis 4.4.1949. E b e n d a.

<sup>28</sup> Eine Liste mit den Betrieben, in denen Sträflinge aus den Arbeitsabteilungen und Arbeitstruppen in den Jahren 1950–1951 arbeiteten, Brief des Kommandos der Abteilung SVS in der Strafanstalt für Männer in Mírov an das Justizministerium in Prag vom 20.4.1949. E b e n d a. – Janák: *Tábory nucené práce* 366.

<sup>29</sup> Liste der Arbeitsabteilungen der Gefangenen zum 1.7.1952. Übersicht über das in der Zentralregistrator der Verwaltungsakte des Korps für die Erziehung der ČSR (Sbor nápravné výchovy ČSR) aufbewahrte Archivfonds. Fonds SSNV, Band 32/1. SÚA Praha. Vervielfältigt Praha 1986, 129.

Ein langfristiger, ungünstiger Trend in der Entwicklung des Ostrau-Karwiner Reviers war der Rückgang der fest Angestellten bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils ziviler Gelegenheitsarbeiter. Zeitgenössische Statistiken lassen zwar keine Aussagen über Durchschnittszahlen zu, doch auch die einzelnen Angaben sind aussagekräftig. Im Januar 1946 arbeiteten 2000 Gelegenheitsarbeiter (Brigademitglieder) im Revier, das waren 5 Prozent Arbeiter insgesamt. Im Dezember 1948 waren es bereits 4 053, der Anteil der Gelegenheitsarbeiter war damit auf 9,5 Prozent angewachsen. Fest Angestellte bildeten im Januar 1947 noch 87,7 Prozent der Arbeiter insgesamt, im Dezember 1948 nur noch 77,6 Prozent. Dabei wechselten zwischen dem 1. Januar 1946 und dem 31. Mai 1948 32 000 Brigademitglieder ihren Arbeitsplatz, die außer ihren Löhnen weitere Kosten von 127,8 Millionen Kčs verursachten.<sup>30</sup>

Nach einer vertraulichen Meldung des Bevollmächtigten des Staatlichen Planungsamtes nahm die Zahl der festangestellten Bergleute und Arbeiter im Bergwerk zwischen Ende 1947 und Ende 1951 um 6645 Personen ab. Ihre Zahl sank vom 26558 auf 20113, d. h. auf 75,7 Prozent der Arbeiterschaft, während knapp 12000 Gelegenheitsarbeiter hinzukamen, wodurch sich deren Zahl auf 16488 erhöhte – das heißt sich nahezu vervierfachte.<sup>31</sup> Ziehen wir die Mitglieder der Militärbrigaden und die PTP-Mitglieder davon ab, dann wird deutlich, daß die Zahl ziviler Gelegenheitsarbeiter in diesem Zeitraum von etwa 2800 auf 9300 anstieg.

Besonders kritisch wurde die Lage wegen der Absenz vom Arbeitsplatz, die ein bisher nicht dagewesenes Maß erreichte, und der starken Fluktuationen der Arbeitskräfte. Zehntausende von Arbeitern gingen buchstäblich nur durch das Revier hindurch. Diese Entwicklung kulminierte in den Jahren 1950–1951, als die Zahl der jährlichen Zu- und Abgänge die Marke von 30000 Personen weit überschritt. In den folgenden beiden Jahren verlangsamte sich diese Bewegung etwas – circa 19000 bis 20000 Brigademitglieder wechselten den Arbeitsplatz, 1955 fiel diese Zahl sogar unter die Grenze von 10000 registrierten Wechsell. Andererseits verdoppelte sich die Fluktuation bei den Festangestellten.<sup>32</sup>

Infolge der hier skizzierten Trends verschlechterte sich auch die Qualifizierungsstruktur der Bergleute noch. Die einzige bekannte Untersuchung über die Beschäftigungsdauer von Bergarbeitern – es handelt sich um eine Studie aus dem Jahr 1948 – wies z. B. nach, daß zu diesem Zeitpunkt ein Viertel der Bergarbeitern weniger als drei Jahre, aber nur ein Viertel länger als 25 Jahre im Bergwerk arbeitete. Zwischen Dezember 1947 und Dezember 1951 verließen 8430 qualifizierte Bergleute ihren

<sup>30</sup> Plaček: *Boj o obnovení* 21, 55, 58. – *Ders.*: *Některé problémy* 187.

<sup>31</sup> Bericht über die Situation in einigen Wirtschaftszweigen des Kreises Ostrau vom 22. 8. 1952. Fonds des Bevollmächtigten des Staatlichen Planungsamtes (ZSÚP), Karton 8, Inventarnummer 40. Landesarchiv in Opava (Zemský archiv, im folgenden: ZA Opava).

<sup>32</sup> Ausführlich beschäftigte sich mit diesen Fragen Wysocki, Karel: *Problémy fluktuace a stabilizace pracovních sil v Ostravsko-karvinském revíru v letech 1945–1964* [Probleme der Fluktuation und der Stabilisierung der Arbeitskräfte im Ostrau-Karwiner Revier 1945–1964]. In: Ostrava. *Sborník příspěvků k dějinám a výstavbě města*. [Ostrau. Sammelband von Beiträgen zur Geschichte und zum Aufbau der Stadt.] Hrsg. von Karel Jířík. Ostrava 1966, Bd. 3, 134–160, hier 144.

Beruf. Nur 2255 Bergmänner hatten ihre Ausbildung beendet, von ihnen arbeiteten aber nur zwei Drittel im Ostrau-Karwiner Revier.<sup>33</sup>

Durch den Mangel an erfahrenen Bergbautechnikern wurde die Situation noch ungünstiger. Deren ohnehin schon rückläufige Anzahl, bedingt durch die natürliche demographische Entwicklung und die Verfolgung von Tschechen und Polen während der Okkupation, sank noch einmal als nach Kriegsende die Deutschen und die Personen, die in der nationalsozialistischen Verwaltung beschäftigt gewesen waren, entfernt wurden. Die Tatsache, daß die Bergbauhochschulen sechs Jahre lang geschlossen gewesen waren, verschärfte den Mangel an Ingenieuren zusätzlich. Nach dem Februar 1948 betrachtete man schließlich die Angehörigen der technischen Intelligenz als Vertreter der „alten Ordnung“. Sie wurden unterschiedlichen Formen politischer Verfolgung ausgesetzt, häufig der Sabotage beschuldigt und Opfer der politischen Prozesse der fünfziger Jahre.<sup>34</sup>

### *Lohnverhältnisse*

Das zentrale Problem des Ostrau-Karwiner Reviers zwischen Mitte der vierziger und Mitte der fünfziger Jahre bestand darin, Arbeitskräfte für die Bergwerke zu gewinnen, zu halten und deren Arbeitsproduktivität zu steigern. Beides versuchte man seit 1945 immer wieder durch verschiedene Maßnahmen – vor allem aber über das Lohnsystem – zu erreichen.

Man begann damit bereits im Juli 1945, als neue Lohnvorschriften, Arbeitszeitregelungen, Überstundenzuschläge, Vorschriften über die Nacht- und Feiertagsarbeit und Regelungen über Bezüge in Naturalien erlassen wurden. Ferner wurden zu diesem Zeitpunkt das Deputat und eine Leistungszulage von 3 Hellern pro gefördertem Kilo Steinkohle eingeführt, die ohne weitere progressive Erhöhung dem Grundlohn des Bergmannes zugeschlagen wurden. Dieser Zuschlag wurde Arbeitern zuerkannt, die vier Monate lang die durchschnittliche Leistung überschritten. Allerdings differenzierte man bei den Tarifen nicht nach der Qualität der Arbeit, sondern nach der Qualifizierung, wobei von relativ groben Kriterien ausgegangen wurde. Die Arbeiter wurden in drei Gruppen aufgeteilt – die der Ausgebildeten, die der Angelernten und die der Arbeiter ohne Ausbildung –, wobei in der ersten Gruppe die Arbeitsjahre nach Abschluß der Lehre gezählt wurden, bei den beiden anderen entschied das Alter der Arbeiter. Im Zuge der ersten Währungsreform zum 1. Dezember 1945 wurden die Tarife so erhöht, daß das Grundgehalt eines Bergmanns pro Schicht um ein Drittel stieg (von 72 Kčs) auf 96 Kčs bei den Ausgebildeten). Gleichzeitig wurde für die Arbeitskräfte, die unter Tage eingesetzt waren, ein Zuschlag von 25 Prozent eingeführt, der sich auf der Grundlage des bisher bezogenen Gehalts berechnete. Infolge der günstigen Lohnentwicklung, die durch die Einführung der Leistungsprämie ab 1946 noch einmal verstärkt wurde, wuchs

<sup>33</sup> Ebenda 140. – Bericht über die Situation in einigen Wirtschaftszweigen des Kreises Ostrava vom 22.8.1952. Fonds ZSÚP, Karton 8, Inventarnummer 40. ZA Opava.

<sup>34</sup> Näher siehe Pitronová, Blanka: Proces, který otrásl Ostravskem [Der Prozeß, der das Ostrauer Gebiet erschütterte]. Ostrava 1992.

zwar die Zahl der Beschäftigten, doch sank gleichzeitig das Qualifizierungsniveau der Bergwerksarbeiter.<sup>35</sup>

Eine neue Etappe der Lohnentwicklung begann mit der zwangsweisen Einführung der Akkordarbeit vom 1. Juli bis Oktober 1947, als im Revier zum erstenmal die Leistungsnormen zur Geltung kamen und neue Lohnstarife eingeführt wurden. Gleichzeitig änderten sich die Zuschläge für die Sonntagsschicht und die Überstunden. Ziel der von oben verfügten und zudem unsensibel durchgeführten Veränderungen war es, die Kohleförderung zu steigern und gleichzeitig Kosten zu sparen. Doch die Maßnahmen hatten das genaue Gegenteil zur Folge. In der zweiten Hälfte des Jahres 1947 gingen die Förderzahlen im Ostrau-Karwiner Revier um 2,6 Prozent zurück, das durchschnittliche Bergmannsgehalt ohne Zuschläge sank um fünf bis sechs Prozent. Es ist kein Wunder, daß die Bergleute revoltierten und es am Vorabend des zweiten Jahrestags der Unterzeichnung der Nationalisierungsdekrete in den Bergwerken Präsident Beneš und Hlubina in Karwina zu Streiks kam. Die folgenden Maßnahmen führten zu einem nicht begründeten Wachstum der Durchschnittsgehälter, die Ende des Jahres 1947 wieder stiegen und sich während des Jahres 1948 um 9,5 Prozent erhöhten, obwohl die Gesamtleistung nur um 2,4 Prozent zunahm. Es kam auch zur Nivellierung der Löhne, und zwar sowohl unter den einzelnen Kategorien der Arbeiter im Revier als auch unter den einzelnen Kohlerevieren. Zu den ungünstigen Entwicklungstrends zählten auch die erwähnte dramatische Erhöhung des Anteils von Brigademitgliedern und ein deutlicher Anstieg der Überstunden bei den Bergleuten, die 1947 bereits über 5 Prozent der Arbeitszeit ausmachten und während der gesamten Gültigkeitsdauer des Lohnsystems auf diesem Niveau blieben.<sup>36</sup>

Zur Destabilisierung der Lohnverhältnisse im Ostrau-Karwiner Revier trug darüber hinaus Ende 1949 die Einführung des sowjetischen Modells der Entlohnung „nach Verdienst“ bei, die von einer äußerst fragwürdigen Nivellierung der Bezahlung vergleichbarer Arbeit ausging. Durch die Einführung eines sogenannten Staatskatalogs der Arbeit wurden Leistungsnormen im Revier festgesetzt. Die Arbeiter unter Tage wurden durch eine Anhebung des Grundtarifs um ein Viertel begünstigt – falls sie Akkordarbeit leisteten, sogar um 40–50 Prozent. Für die Arbeiter im Abbau, in der Aufschließung und der Vorbereitung wurde ein sogenannter progressiver Akkordlohn eingeführt. Sie erhielten nach 130-prozentiger Normerfüllung Zuschläge in drei dynamisch gestaffelten Stufen.<sup>37</sup>

Die Folgen des neuen Lohnsystems waren zumindest widersprüchlich: Die Arbeit unter Tage wurde weiter stark gefördert, insgesamt aber nahmen die Leistung der Bergwerke und die Zahlen der qualifizierten Arbeitskräfte ab. Im Frühling 1951, als das Revier in eine wirtschaftliche Krise geriet, häuften sich Äußerungen offenen Widerstandes. Im Bergwerk General Svoboda in Ostrau-Přivoz protestierten die Bergleute gegen die Ausdehnung der Überstunden durch die Abschaffung der freien Samstage. In der Grube František in Karwina waren die Bergleute mit den Ge-

<sup>35</sup> Wysocki: *Dělnické mzdové soustavy* 80. – Plaček: *Boj o obnovení* 79–83.

<sup>36</sup> Ebenda 84–85. – Geršlová: *Rozvoj uhelného průmyslu* 105.

<sup>37</sup> Janák/Jirásek: *Sovětský poradci* 17–18.

hältern unzufrieden, die sie für die Einarbeitung der Militärbrigaden erhielten, und traten in Streik.<sup>38</sup>

Die Krise im Revier im Herbst 1951 sollte durch ein ganzes Paket von Maßnahmen gelöst werden, das von dem sowjetischen Berater Krasnikovskij vorbereitet worden war und in Form eines Partei- und Regierungsbeschlusses veröffentlicht wurde. Auch das neue Lohnsystem, das die progressiven Gehälter und Prämien für Regelmäßigkeit brachte, gehörte zu diesen Maßnahmen. Diese Regelung, mit der die sachlich nicht zu begründende Lohnpräferenz des Bergbauwesens über fast vier Jahrzehnte begann, lockte Tausende vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte ins Revier. Der Anteil der Festangestellten bewegte sich jedoch weiterhin um die 60 Prozent, aber ihre Fluktuation nahm zu, so daß 1953 mehr Festangestellte als Brigademitglieder das Revier verließen. Zur geforderten Stabilisierung in der Arbeiterschaft und den Arbeitskollektiven kam es nicht, hingegen erhöhte sich der Arbeitsausfall von 16,1 Prozent im Jahr 1951 auf 19,7 Prozent (d. h. fast ein Fünftel der Arbeitszeit) im Jahr 1953, darüber hinaus nahmen die versteckten Überstunden zu.

An dieser Situation konnten auch die Lohnregulierungen nichts ändern, die in den Jahren 1953–1954 vorgenommen wurden. Die durchschnittlichen Arbeitslöhne, die im Ostrau-Karwiner Revier schon zwischen 1948 und 1951 um etwa ein Drittel höher gewesen waren als in den anderen Wirtschaftssektoren, übertrafen 1952–1955 den gesamtstaatlichen Durchschnitt um mehr als zwei Drittel.<sup>39</sup>

Die Förderung der Bergarbeiter durch höhere Löhne wurde zudem von einer bevorzugten Wohnraumzuteilung begleitet. Die Entwicklung des Wohnungsbaus, dem die zeitgenössischen Quellen eine entscheidende Bedeutung für die Stabilisierung der Bergarbeiterschaft zusprachen, kann man grob in zwei Etappen einteilen. In den Jahren 1946–1951 wurden die Wohnungen mehr oder weniger planlos und chaotisch entsprechend dem aktuellen Bedarf des Steinkohlewerks und der einzelnen Gruben gebaut. Dennoch konnten in diesen Jahren beinahe 6000 Wohnungen in verschiedenen kleinen Siedlungen fertig übergeben werden. Im Sommer 1951 wurde dann nach sowjetischem Vorbild und mit großem propagandistischem Aufwand die Vision vom Aufbau neuer „sozialistischer Städte“ im Ostrauer Gebiet verkündet. Vor allem in Havířov und in Ostrau-Poremba (Ostrava-Poruba) sollte das Bauministerium bis Ende 1954 etwa 14000 neue Wohnungen für die Bergleute bauen. Dieser gigantische Plan scheiterte sowohl am Mangel an Baumaterial und fehlenden Kapazitäten, als auch an den unklaren Vorstellungen von dem Vorhaben selbst. Daran änderte sich auch dann nicht viel, als nach und nach Pläne für den Siedlungsbau erstellt wurden, die selbstverständlich zuvor mit den sowjetischen Beratern abgesprochen worden waren. Erst 1954–1955 begann man im Ostrauer Gebiet den Wohnungsbau zu intensivieren, vernachlässigte dabei jedoch den Aufbau der entsprechenden öffentlichen Einrichtungen. Der Mangel an örtlichen Wasserquellen komplizierte die Lage zusätzlich. Trotzdem konnte das Bauministerium in den Jahren 1952–1953 die stolze Zahl von 5761 Wohnungen vermelden und

<sup>38</sup> Ebenda 24.

<sup>39</sup> Ebenda 28–43.

1954–1955 weitere 3756 Wohnungen übergeben, was für die Stabilisierung der Arbeiterschaft von großer Bedeutung war.<sup>40</sup>

Von diesen Fortschritten profitierten die Zwangsarbeiter selbstverständlich nicht. Die Lebensbedingungen der Deutschen in den Lagern beschrieb Tomáš Staněk detailliert, der unter anderem auch die Lohnverhältnisse im Ostrau-Karwiner Revier näher betrachtete. Noch Anfang August 1946 existierten hier 25 Arbeitslager, denen 4000 Deutsche zugeteilt waren. Nach Staněk erhielten sie bis Frühjahr, bzw. bis Anfang Sommer 1946, für die „acht Stunden dauernde Arbeitszeit im Abbau und zwei bis drei Stunden im Tagebau oder für andere Tätigkeiten pro Person und Schicht 5–10 Kčs“. Ihre Ehefrauen begründeten ihre Entlassungsanträge damit, daß sie in zehn bis elf Monaten Beträge in Höhe von maximal 500 Kčs, in manchen Fällen nicht einmal 100 Kčs, erhalten hatten.<sup>41</sup>

Vom 10. August 1946 an wurden die nicht überprüften Zivilisten und die kriegsgefangenen Sudetendeutschen in die Kasernierung übergeführt, was für die Internierten gewisse Erleichterungen mit sich brachte. Gleichzeitig wurde den Betroffenen ein Teil ihres Lohnes mit der Begründung abgezogen, daß davon etwas den Familienangehörigen zugesandt werden sollte. Die Einführung der Kasernierung führte zu Protesten und Unruhe in den Bergwerken, die Lohnverhältnisse der Kasernierten verbesserten sich jedoch. Zum Beispiel betrug das Bruttogehalt in der Grube Ida in Ostrau-Hruschau für 25 Schichten 3080 Kčs, wovon nach Abrechnung der Abzüge 1460 Kčs blieben. In der Grube Odra in Ostrau-Prívov erhielt man für 26 Schichten 2650 Kčs nach Abzügen wurden 869 Kčs ausgezahlt.<sup>42</sup>

Im Lauf des Jahres 1947 trat das Problem der Repatriierung der reichsdeutschen Gefangenen in den Vordergrund. Bei einer Kontrolle der Arbeitsplätze im Revier, die unter ziviler Aufsicht standen, stellten die Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes eine ganze Reihe von Unzulänglichkeiten (untragbare Verlängerung der Arbeitszeit, Nichteinhaltung der Sonntagsruhe, Beschäftigung von Kranken, Invaliden und Jugendlichen) fest, und „sie erwähnten die Anwendung körperlicher Strafmaßnahmen bei Disziplinarverstößen und unangemessenes Verhalten ziviler Aufseher“.<sup>43</sup> Im August 1947 verweigerte ein Teil der Gefangenen aus der Grube Zárubek aus Protest gegen die Verletzung der Vorschriften durch die Leitung des Bergwerkes die Nahrung, und noch im Dezember wollten die Gefangenen in der Grube Hedvika in Petřvald (Peterswald) mit einer Arbeitsunterbrechung auf ihre Probleme aufmerksam machen, die jedoch als Sabotage interpretiert wurde.<sup>44</sup>

Die ökonomische Situation der Gefangenen im Strafearbeitslager in Ostrau-Hruschau war vermutlich mit der Lage in anderen Lagern vergleichbar, die Anfang der fünfziger Jahre zum Gegenstand einer Untersuchung des Ausschusses für

<sup>40</sup> E b e n d a 64–70, 74. – P l a č e k, Vilém: K bytové a občanské výstavbě na Ostravsku (1949–1960) [Zum Aufbau von Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen im Gebiet von Ostrava (1949–1960)]. Časopis Slezského muzea, Serie B 36 (1987) 2, 97–113, hier 98–103.

<sup>41</sup> S t a n ě k: Tábory v českých zemích 154.

<sup>42</sup> E b e n d a 153–154.

<sup>43</sup> E b e n d a 180.

<sup>44</sup> E b e n d a 181.

Gewerkschaftsfreiheit beim Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation wurden. Der Abschlußbericht des Ausschusses stellte unter anderem fest, daß die Gefangenen, die 1949 im Revier Kladno arbeiteten, ein Tagesgehalt in Höhe von 1,50 Kčs erhielten, während die Leitung des Lagers täglich 150 Kčs für sie kassierte und dies damit begründete, daß von dem Differenzbetrag die Kosten für die Unterkunft und Verpflegung der Gefangenen beglichen und ihre Familien unterstützt würden. Doch *de facto* erhielten die Familien nur selten Unterstützung.<sup>45</sup> Ähnliche Verhältnisse können wir mit Recht für das Ostrau-Karwiner Revier voraussetzen.

Das Zwangsarbeitslager in Ostrau-Kunzendorf, aus dem die Internierten in die Grube Zárubek nach Schlesisch-Ostrau und in die Kokerei General Svoboda nach Ostrau-Přívoz zur Arbeit fuhren, war, was die Ausstattung und die Löhne betraf, ein für die Jahre 1949–1951 durchaus typisches Lager. Zeitgenössischen Angaben zufolge betrug das monatliche Durchschnittsgehalt im September 1950 3 800 Kčs alter Währung, während das Durchschnittsgehalt eines Arbeiters im Ostrau-Karwiner Revier damals 5 900 Kčs überstieg. Der Lohn der Internierten lag um ein Drittel niedriger, die Abzüge für Unterkunft, Verpflegung, den Lagerbetrieb etc. noch nicht eingerechnet.<sup>46</sup>

Die Mitglieder militärischer Brigaden, die 1946–1950 in kombinierten oder militärischen Bergbaueinheiten arbeiteten, hatten alle Rechte und Pflichten von Armeeingehörigen. Sie erhielten den gleichen Lohn einschließlich der üblichen Zuschläge und weiterer Vergünstigungen (Lebensmittelkarten, Deputatskohle etc.) wie die zivilen Bergleute. In den Richtlinien für den Innendienst der militärischen Bergbauabteilungen vom April 1950 war festgelegt, daß sie ferner Anspruch auf eine Unterkunft mit Heizung, Licht und Putzdienst hatten. Wie die zivilen Bergarbeiter erhielten sie vom Arbeitgeber einen Arbeitsanzug und Werkzeug und wurden für die geleistete Arbeit entlohnt. Von diesem Lohn wurden Krankenversicherung, Rentenbeiträge, Mietzins, Gebühren für die Wäscherei und Verpflegung abgezogen. Sie zahlten jedoch keine Lohnsteuer, wodurch wahrscheinlich andere Vergünstigungen abgeglichen werden sollten, die sie im Unterschied zu den zivilen Brigademitgliedern nicht bezogen (z. B. Trennungsgeld oder Anwerbezuschläge).<sup>47</sup>

Zwischen den militärischen und den zivilen Brigademitgliedern gab es auch keine Unterschiede hinsichtlich der Qualität der zugeteilten Unterkunft. In den Bergbauheimen, in denen die Auszubildenden mit den Brigademitgliedern wohnten, herrschten generell unerfreuliche Bedingungen. Im Oktober 1951 stellte eine ressortübergreifende Kontrollkommission fest, daß in vielen dieser Unterkünfte 30–40 Personen in einem Raum wohnten; es fehlten sanitäre Einrichtungen und andere grundlegende Ausstattungsgegenstände. Nicht selten kam es zu Manipulationen mit den Lebensmittelkarten, verbotenen Glücksspielen etc. Auch wenn die Kommission

<sup>45</sup> Janák: Táborů nucené práce 170.

<sup>46</sup> Bericht über die Situation in den Zwangsarbeitslagern für September 1950. Fonds E-1, Karton 4, Archiveinheit 25. AMV Kanice. – Die Bewachung der Arbeitsstellen. Karton 6, Archiveinheit 60. AMV Kanice.

<sup>47</sup> Bílek: Pétépáci aneb Černí baroni 40–42.

der Bergwerksleitung Ostrau-Karwina sofortige Maßnahmen zur Bekämpfung der Mißstände anordnete – zu denen diese allerdings gar nicht in der Lage war –, änderte sich die Lage in den nächsten Jahren kaum.<sup>48</sup>

Die Stellung der PTP-Mitglieder in den Jahren 1950–1954 war noch wesentlich schlechter. Wie Jiří Bílek ausführt, wurden sie „oft unter unzureichenden Bedingungen untergebracht [...], es gab keine entsprechende Gesundheitsvorsorge und Sicherheitsvorkehrungen, keine von der Bergwerksverwaltung zugeteilte Arbeitskleidung, die Verpflegung erfüllte die Normen häufig nicht.“<sup>49</sup> Anders als die militärischen Brigademitglieder zahlten sie darüber hinaus Dienstbezüge und weitere Beträge, von denen etwa ein Drittel an die Militärverwaltung abgeführt wurde. So erhielt ein Arbeiter im Bergwerk pro Schicht nicht ganz 35 Kčs, d.h. nur etwa ein Fünftel des Durchschnittsgehalts für Bergleute. Für unqualifizierte Arbeit über Tage wurden sogar nur 5,60 Kčs gezahlt. Um die Arbeitskraft der Soldaten maximal auszunutzen, wurden die Abzüge entsprechend der Erfüllung bzw. Übererfüllung der Leistungsnorm gestaffelt.<sup>50</sup>

Die rechtlose Stellung der PTP-Mitglieder machte es möglich, diese zu Überstunden zu zwingen, bis sie am Ende ihrer Kräfte waren, was zu zahlreichen Unfällen führte. Häufig wurde ihr Militärdienst verlängert; die Normen für Unterkunft, Verpflegung und Hygiene wurden nicht eingehalten. Erst im August 1952 wurde das Statut der militärischen Arbeitseinheiten verabschiedet, das unter anderem die Überstundenarbeit beschränkte bzw. abstufte. Nach wie vor war es jedoch zulässig, daß 10 Prozent der Angehörigen einer Einheit bis zu drei Überstunden pro Tag leisteten. Das Statut regulierte auch die Lohnverhältnisse, wobei jedoch der Lohn nur dann in voller Höhe ausgezahlt wurde, wenn die Norm bzw. der Plan zu mindestens 130 Prozent erfüllt worden war. Zugleich wurde ein einheitlicher Tagesabzug für die Militärverwaltung in Höhe von 90 Kčs für die Kategorie E („politische“) und 50 Kčs für alle anderen Brigadearbeiter eingeführt.<sup>51</sup> Zwar regelte das Statut die Rechte und Pflichten der Soldaten, doch eröffnete es gleichzeitig die Möglichkeit, diese maximal auszubeuten und zu schikanieren ohne ihnen eine Chance zu geben, sich zu wehren. Und allzu häufig wurde nicht einmal das Statut eingehalten, sodaß sich die Lebensbedingungen der PTP-Angehörigen nach seiner Verabschiedung nicht besserten.

Der einzige, wenn auch fragwürdige Vorteil, den die PTPs genossen, war die Gelegenheit, relativ viel Geld zu verdienen. Im Jahr 1952 wurden ihnen in den Bergwerken monatlich nach allen Abzügen im Durchschnitt 4 880 Kčs ausgezahlt. Allerdings wurden hier auch die Spezialisten, deren Gehälter rund 40 000 Kčs betragen, mitgerechnet. *De facto* erreichte etwa ein Viertel der PTP-Angehörigen einen Bruttolohn bis 6 000 Kčs und ca. die Hälfte zwischen 6 000 und 10 000 Kčs. Die Hälfte des Nettolohnes wurde auf Sparbüchern deponiert, über diese Summe konnten die Arbeiter also nicht frei verfügen. Bei der Währungsreform wurden diese

---

<sup>48</sup> Janák/Jirásek: *Sovětsí poradci* 50.

<sup>49</sup> Bílek: *Pětépáci aneb Černí baroni* 44–45.

<sup>50</sup> Ebenda.

<sup>51</sup> Ebenda 64–68.

Gelder dann entwertet.<sup>52</sup> In dieser Zeit wurden die PTPs auch um weitere Vorteile, wie z. B. ihre Lebensmittelzulage gebracht.<sup>53</sup>

Wesentlich bessere Bedingungen herrschten 1953 in der 8. und 9. technischen Brigade in Karwina, wo die Soldaten bessere Arbeitsplätze und – dank der etwa um die Hälfte niedrigeren Abzüge zu Gunsten der Militärverwaltung – höhere Verdienste hatten. Die Normen, die sie zu erfüllen hatten, lagen deutlich niedriger, und nach der Schicht war Freizeit, die die Arbeiter „gewöhnlich in Restaurants verbrachten“, so daß sich die Disziplin auf einem sehr niedrigen Niveau bewegte.<sup>54</sup>

### *Zusammenfassung*

Die extensive Entwicklung des Ostrau-Karwiner Reviers und die drastische Erhöhung der Steinkohleförderung im ersten Nachkriegsjahrzehnt konnte nur dadurch realisiert werden, daß Gruppen von freien und Zwangsarbeitern zur Arbeit herangezogen wurden.

In den Jahren 1945–1946 stellten die in Arbeitslagern internierten Deutschen ein Reservoir an billigen Arbeitskräften dar. Im Frühling 1946 bildeten sie fast ein Fünftel der Arbeiter im Bergwerk. Ende 1946 betrug ihr Anteil jedoch schon weniger als fünf Prozent, und 1947–1948, als nur noch die reichsdeutschen Gefangenen im Revier waren, sank der Anteil dauerhaft auf eine zu vernachlässigende Größe.

Die Lücken, die durch die Vertreibung der Deutschen entstanden waren, sollten von den militärischen Brigademitgliedern in gemischten oder rein militärischen Bergbauabteilungen ersetzt werden. Ihre Zahl wuchs nach dem Februar 1948 rasch auf 15–18 Prozent der Arbeiter im Bergwerk. In den Jahren 1948–1949 sollten sie zusätzlich durch Tausende in Zwangsarbeitslagern internierte Männer und die Gefangenen der Arbeitslager ergänzt werden. Dazu kam es jedoch nicht. Zwischen 1949 und 1951 existierten im Ostrau-Karwiner Revier ein einziges Zwangsarbeitslager mit etwas mehr als 100 Arbeitern und ein Gefängnislager mit etwa 200 Insassen, zu denen 1952 noch weitere 300 kamen.

Im Herbst 1950 entstanden im Revier die ersten beiden sogenannten technischen Hilfsbrigaden. Sie ersetzten im November 1951 die ehemaligen militärischen Brigaden vollständig. Den fünf PTPs wurden im Herbst 1953 zwei weitere technische Brigaden zur Seite gestellt, so daß sie insgesamt 15–17 Prozent Arbeiter im Bergwerk ausmachten. Im Jahr 1954 wurden die PTPs aufgelöst und in technische Brigaden umgewandelt.

Einen dauerhaften Trend in der Entwicklung des Reviers stellte seit 1947 die Abnahme der festangestellten qualifizierten Bergleute und der Zustrom unqualifizierter Brigademitglieder dar. Ursache dafür waren die Lohnsysteme aus den Jahren 1947, 1949 und 1951, die das sowjetische Modell des „Lohn nach Verdienst“ immer deutlicher kopierten und unqualifizierte Handarbeit qualifizierter Arbeit vorzogen.

<sup>52</sup> 1953 wurde in der Tschechoslowakei eine Währungsreform durchgeführt, bei der vor allem die Sparguthaben der Bevölkerung, die wegen des großen Mangels an Gütern sehr hoch waren, abgeschöpft wurden.

<sup>53</sup> Bílek: *Pětépáci aneb Černí baroni* 81–82.

<sup>54</sup> Ebenda 88.

Die Bemühungen, die Arbeiterschaft zu stabilisieren und durch die bevorzugte Zuteilung von Wohnraum im Revier zu halten, scheiterten, obwohl die Betriebsleitung Tausende von Neubauwohnungen übergeben konnte.

Die Zwangsarbeiter wurden indessen in verschiedenen Arbeitslagern konzentriert, die nach sowjetischem Muster errichtet worden waren. Die Lebens- und vor allem die Lohnverhältnisse der internierten Deutschen verbesserten sich nach der Einführung der sogenannten Kasernierung im August 1946 leicht, doch in den Lagern blieben die Probleme auch nach 1947 bestehen. Nach 1948 erging es den Gefangenen am schlechtesten. Die Situation der in den Zwangsarbeitslagern internierten und in den technischen Hilfsbrigaden eingesetzten Männer war etwas besser, dafür wurden diese jedoch um so erbarmungsloser ausgebeutet.

Übersetzt von Eva Hošková

DER KREISGEWERKSCHAFTSRAT IN OSTRAU  
UND DIE ENTWICKLUNG DER LOHNSYSTEME  
1949–1959

*Von Jiří Mašata*

Das Ostrauer Gebiet gehört seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den bedeutendsten Industriegebieten Mitteleuropas. Die Steinkohlegruben dieser Region, die Hüttenwerke und Maschinenbaubetriebe bildeten traditionell die Basis der tschechischen Wirtschaft, seit der Entstehung der Tschechoslowakei im Jahr 1918 wuchs ihre Bedeutung noch weiter an. Auch nach dem Februar 1948, als die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) die alleinige Macht in der ČSR übernahm und das Land in das Wirtschaftssystem des entstehenden sowjetischen Blocks integriert wurde, sollte das wirtschaftliche Potential des Ostrauer Gebiets eine Schlüsselrolle beim Aufbau der nationalisierten Wirtschaft einnehmen. Entsprechend der Entscheidung der leitenden Staats- und Parteiorgane sollte die Region das Brennstoff-, Strom- und Verhüttungszentrum des sozialistischen Staates bilden. Hier konzentrierten sich mehr als 65 Prozent der Kohleförderung, die größten Kokereien und nahezu 50 Prozent der Hüttenproduktion. Zum industriellen Potential der Region gehörten darüber hinaus bedeutende Maschinenbetriebe wie z. B. Tatra Kopřivnice (Nesselsdorf) oder Vagónka in Studénka (Stauding).

Die Entwicklung des Ostrauer Industriegebiets war entscheidend für die Verwirklichung des geplanten Wirtschaftswachstums, das im ersten, am 1. Januar 1949 veröffentlichten Fünfjahresplan und der auf dem IX. Parteitag der KPTsch im Mai 1949 verabschiedeten sogenannten „Generallinie des Aufbaus des Sozialismus“ formuliert wurde. Die Planerfüllung vollzog sich unter direkter Aufsicht der Zentralorgane. Am 1. Januar 1950 nahm die Regierungskommission für den Aufbau der Ostrauer Region, die die Errichtung der neuen Industriebetriebe (insbesondere der Neuen Hütte Klement Gottwald) und die Sicherstellung der sozialen Bedürfnisse der Arbeiterschaft zu beaufsichtigen hatte, ihre Tätigkeit auf.

Beim Aufbau der neuen und bei der Weiterentwicklung der bestehenden Betriebe im Ostrauer Gebiet sollte jedoch auch die Gewerkschaftsorganisation eine wichtige Rolle spielen. Ihre Bedeutung wurde noch durch die Tatsache gestärkt, daß sich die KPTsch im Ostrauer Gebiet – angesichts des starken Einflusses der nichtkommunistischen Parteien in der Vorkriegszeit – nicht auf eine zuverlässige Mehrheit stützen konnte. Die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (ROH) sollte als „verlängerter Arm“ der Partei und zugleich als größte gesellschaftliche Massenorganisation der Nationalen Front fungieren. Somit war ihr die Aufgabe eines Instruments zuge-dacht, mit dessen Hilfe die Kommunisten ihre oft unpopulären Maßnahmen auch gegen Nichtkommunisten und Parteilose – im Jargon der Zeit „Indifferente“ ge-

nannt – durchsetzen konnten. Bereits 1949 betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad 95 Prozent, wobei sich die verbleibenden 5 Prozent aus den bis dahin noch nicht abgeschobenen Deutschen zusammensetzten.<sup>1</sup>

An der Spitze der gewerkschaftlichen Organisation des neu entstandenen Ostrauer Kreises stand der Kreisgewerkschaftsrat (KOR) mit Sitz in Ostrau (Ostrava).<sup>2</sup> Er wurde zum 1. Januar 1949 im Rahmen der Reorganisation der Struktur des Kreisgewerkschaftsrates, die an die neue administrative Gliederung des Staates in Kreise angepaßt wurde, errichtet und ersetzte den ursprünglichen, im Herbst 1945 geschaffenen Gewerkschaftsrat.<sup>3</sup>

Der Aufbau des Apparates der zentralen Gewerkschaftsorgane – also des Kreisgewerkschaftsrates und der Bezirksgewerkschaftsräte (OOR) – fand in den ersten Monaten des Jahres 1949 statt, zudem wurden die Kreisausschüsse der Gewerkschaftsverbände gebildet. Eine besondere Stellung erhielten die Betriebsgewerkschaftssekretariate, die in den wichtigsten Industriebetrieben errichtet wurden – z. B. bei Tatra Kopřivnice, den Witkowitz Eisenwerken und in den Eisenwerken Trinec. Auf der Kreiskonferenz der Gewerkschaftsverbände, die vom 15.–16. Oktober 1949 in Ostrau tagte, wurde der Aufbau der Gewerkschaftsorganisation des Ostrauer Kreises offiziell abgeschlossen. Hier wurden die neuen Organe des Kreisgewerkschaftsrates gewählt: Fünfzig Plenumsmitglieder, fünfundzwanzig Ersatzleute für das Plenum und ein Vorstand von zehn Mitgliedern (der bereits 1950 auf elf Mitglieder erweitert wurde), der trotz des proklamierten Grundsatzes kollektiver Entscheidungen sofort zum wirklichen Zentrum der Kreisgewerkschaftsorganisation wurde. Zum Vorsitzenden wurde der Bergarbeiter Jakub Peterek gewählt, der tatsächliche Kopf des Kreisgewerkschaftsrates war jedoch der Kreissekretär Václav Veselý, der dieses Amt bereits seit 1945 ausübte.<sup>4</sup>

Zunächst galt es, die Verhältnisse im ROH zu konsolidieren und die Probleme, die infolge des Februars 1948 entstanden waren, zu bewältigen. Nach der Machtübernahme durch die KPTsch waren die bisher noch selbständigen Gewerbetreibenden und Handwerker unter Androhung wirtschaftlicher Sanktionen (z. B. Entzug der Lebensmittelkarten und der Karten für Konsumgüter) zum Eintritt in

<sup>1</sup> Biolková, Jindra: Vývoj Revolučního odborového hnutí na Ostravsku v období první pětiletky [Die Entwicklung der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung im Ostrauer Gebiet in der Zeit des ersten Fünfjahresplans]. Slezský ústav Slezského zemského muzea (Manuskript) 1989, 4.

<sup>2</sup> Der Ostrauer Kreis umfaßte die damaligen Gerichtsbezirke Ostrau (Ostrava), Wagstadt (Labuť, später Bílovec), Teschen (Český Těšín), Frankstadt unter dem Radhoscht (Frenštát pod Radhoštěm), Hultschin (Hlučín), Karwin (Karviná), Jägerndorf (Krnov), Mistek (Místek, deutsch auch Friedberg), Neu Titschein (Nový Jičín), Troppau (Opava) und Wigstadt (Vítkov).

<sup>3</sup> Kostlán, Antonín: Vývoj organizační struktury krajských odborových rad v letech 1945–1960 v českých zemích [Die Entwicklung der Organisationsstruktur der Kreisgewerkschaftsräte 1945–1960 in den böhmischen Ländern]. Inventar der Sammlung „Krajské odborové rady (KOR) z let 1945–1960“ im Allgewerkschaftsarchiv des ÚRO, Praha 1982, 5.

<sup>4</sup> Krajská všeodborová konference 15.–16.10.1949 v Ostravě [Kreiskonferenz der Allgewerkschaftsverbände vom 15.–16.10.1949 in Ostrau]. Landesarchiv Troppau, Fonds KOR Ostrava, Karton Nr. 1, Inventarnummer 9.

den ROH gezwungen worden. Nun wurden rechte und linke „Radikale“ in der Gewerkschaftsbewegung pazifiziert und der sogenannte gewerkschaftliche „Indifferentismus“ bekämpft. Nach der Bewältigung dieser Probleme konzentrierte sich die Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung im Ostrauer Gebiet insbesondere auf zwei Bereiche – auf soziale Anliegen einerseits, die Planerfüllung andererseits.

Nach dem II. Gewerkschaftskongreß wurden der Kreisgewerkschaftsorganisation umfangreiche Aufgaben übertragen, die die Arbeitsbedingungen und die sozialen wie kulturellen Belange der Arbeiterschaft betrafen. Dazu zählten u.a. Gesundheitspflege, Arbeitsschutzmaßnahmen, kulturelle und sportliche Freizeitbeschäftigung, Bildung und fachliche Weiterqualifizierung sowie die Verwaltung der Krankenversicherung. Diese Aufgaben gab der Kreisgewerkschaftsrat jedoch bald an die Verbandsorgane und Betriebsräte weiter. Er selbst konzentrierte sich auf die Hauptaufgabe, die das sozialistische Regime der Gewerkschaftsbewegung zuwies: Die Erfüllung der Produktion und des Investitionsprogramms sicherzustellen, so wie diese in der Generallinie und im ersten Fünfjahresplan festgelegt worden waren. Im Rahmen dieser „Aufbauaufgaben“ sollte sich der Kreisgewerkschaftsrat um die Anwerbung von Arbeitskräften kümmern und die Entfaltung der Arbeitsinitiativen beaufsichtigen.

Die Anwerbung von Arbeitskräften für die wichtigsten Betriebe, insbesondere die Bergwerke, Hüttenwerke und Baubetriebe, die nach dem Krieg unter einem großen Arbeitskräftemangel litten, stellte keine leichte Aufgabe dar. Die ganzen fünfziger Jahre hindurch arbeitete der Ostrauer Kreisgewerkschaftsrat mit den Gewerkschafts- und Verwaltungsorganen der übrigen Kreise – vor allem der Kreise Brünn (Brno), Prerau (Přerov), Olmütz (Olomouc), Iglau (Jihlava), Gottwald (Gottwaldov früher Zlín, Sillein), Žilina (Söhle) und Prešov (Preschau) – an der Bewältigung dieses Problems. Eine weitere Aufgabe des Kreisgewerkschaftsrates war die „Stabilisierung“ dieser neuen Arbeitskräfte, d. h. er sollte dafür sorgen, daß die Brigademitglieder, die in den Berg- oder Hüttenwerken ursprünglich nur für einige Monate angestellt worden waren, ihre Verpflichtung auf ein bis drei Jahre verlängerten oder sich festanstellen ließen. Trotz vieler verlockender Gehalts- und Wohnungsangebote gelang es nicht, die hohe Fluktuation in der Arbeiterschaft zu verringern.<sup>5</sup>

Nach Ansicht der zentralen Staats- und Parteiorgane sollte jedoch in der „Zeit des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft“ die Entfaltung der Arbeitsinitiative die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbewegung sein. Bereits seit 1948 hieß es in Verlautbarungen der Führung, mit der Verankerung des ROH in der Nationalen Front – und damit in der Struktur des Staates – sei das endgültige Ziel gewerkschaftlicher Kämpfe erreicht. Da das Rechtssystem des sozialistischen Staates die Rechte der Arbeiter garantierte, mußten sich die Gewerkschaften nun nicht mehr für diese einsetzen. Die in einer Gesellschaft gleichberechtigter Bürger „überflüssig“ gewordene Gewerkschaftsorganisation bringe die Gefahr des Syndikalismus mit sich. Der ROH, an dessen Spitze Antonín Zápotocký stand, entgegnete diesen Angriffen auf seine Existenzberechtigung mit dem Argument, daß den Gewerkschaften die von keiner anderen Organisation zu leistende Aufgabe der Erziehung

<sup>5</sup> Biolková: Vývoj Revolučního odborového hnutí 7.

des „bewußten Arbeitnehmers“ zufalle. Dieser beginne zu verstehen, daß nur über eine höhere Arbeitsleistung und die Planerfüllung die Hebung des Lebensstandards erreicht werden könne – für die ganze Gesellschaft wie für ihn selbst – und umgekehrt die Nichterfüllung des Plans eine Sabotage der gemeinsamen Bestrebungen darstelle.<sup>6</sup>

Der Erhöhung der Arbeitsinitiative wurde beim Ausgleich des Arbeitskräftemangels wie der unzureichenden technischen Ausstattung<sup>7</sup> eine Schlüsselstellung zugesprochen. Sie galt als wichtigstes Mittel bei der Erfüllung des geforderten Produktionsanstiegs und den Aufgaben des ersten Fünfjahresplans. Als Instrument zur Erhöhung der Arbeitsinitiative diente erstens die sogenannte Verbesserungsbewegung, die untrennbar mit der Übernahme der Erfahrungen und Arbeitsmethoden der sowjetischen Arbeiterschaft verknüpft war,<sup>8</sup> zweitens der sozialistische Wettbewerb, mit dem die Steigerung der Arbeitsleistungen zu einer Frage der Ehre gemacht werden sollte.

Im Ostrauer Gebiet gab es bereits ab 1945 Arbeitswettbewerbe – u. a. die Stachanov-Bewegung und verschiedene innerbetriebliche bzw. Revier-Wettbewerbe. Seit 1948 mit dem Prädikat „sozialistisch“ versehen, entwickelte sich der Wettbewerb insbesondere im Rahmen der sogenannten Stoßarbeiter- und Selbstverpflichtungsbewegung, die vom Kreisgewerkschaftsrat in Ostrau in Zusammenarbeit mit den Organen der einzelnen Gewerkschaftsverbände organisiert, koordiniert und ausgewertet wurde. Die Aufgabe des Kreisgewerkschaftsrates bestand vor allem darin, die Zahl der Arbeitnehmer und der Arbeitskollektive zu erhöhen, die sich beim Wettbewerb engagierten. Bereits auf der Kreiskonferenz der Allgewerkschaftsverbände im Jahr 1949 stellten die Vertreter der Verbände und der wichtigsten Betriebe fest, daß an der Stoßarbeiterbewegung fast ausschließlich KPTsch-Mitglieder beteiligt waren, die zu diesem Zeitpunkt unter der Arbeiterschaft im Ostrauer Gebiet noch relativ dünn gesät waren. An der Selbstverpflichtungsbewegung nahmen nur etwa 30 Prozent der ROH-Mitglieder teil. Die Delegierten der Konferenz wiesen zugleich darauf hin, daß die unzureichende Staffelfung der Lohntarife die größte Hürde für die weitere Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs und die Steigerung der Arbeitsleistungen darstellte. In diesem Zusammenhang protestierten sie vor allem gegen die sogenannte „obere Lohngrenze“.

Die Stellung des ROH im politischen System der ČSR nach dem Februar 1948 wurde in der Verfassung vom 9. Mai 1948 verankert. Dort heißt es in Artikel 27, daß Fragen der Lohnpolitik in Zusammenarbeit und nach Vereinbarung mit der Einheitsgewerkschaft gelöst werden sollten. Trotz dieser offiziellen Erklärungen blieb das Lohnsystem mit einer Reihe von restriktiven Maßnahmen belastet, die in

<sup>6</sup> Státník, Dalibor: Sankční pracovní právo v padesátých letech. Vládní nařízení o opatřeních proti fluktuaci a absenci č. 52/1953 Sb. [Sanktionen im Arbeitsrecht in den fünfziger Jahren. Die Regierungsverordnung über die Maßnahmen gegen Fluktuation und Absenz Nr. 52/1953 Sb.]. Praha 1994, 18.

<sup>7</sup> Besonders problematisch war die Situation in den Bergwerken, wo der maschinelle Vortrieb mit Hilfe von Kohlekombinern erst nach 1954 größere Verbreitung fand.

<sup>8</sup> In zeitgenössischen Materialien wimmelt es nur so von Begriffen wie „Boriskin-Methode“, „Ing. Kovalev-Methode“.

der Zeit von 1945 bis 1947 mit dem Ziel verabschiedet worden waren, eine zentrale administrative Regulierung der Lohnstarife einzuführen. Es handelte sich dabei vor allem um den gegen die „schwarzen Löhne“ gerichteten Erlaß des Ministeriums für Arbeit und Sozialfürsorge der ČSR vom 7. August 1947. Hier war der Grundsatz festgelegt worden, daß in Fällen einer Normüberschreitung und Einkommenserhöhung von über 125 Prozent, die Berechtigung des Einkommens zu überprüfen und die Norm zu „festigen“ war, was eine Normerhöhung bedeutete.<sup>9</sup>

Diese Verordnung, die nach dem Krieg in einer Zeit rückläufiger Produktivität entstanden war, führte dazu, daß Arbeitnehmer aus Angst vor einer Normerhöhung ihre Arbeitsleistung so regulierten, daß sie die genannte prozentuale Grenze nicht überstieg und diese somit zur „oberen Lohngrenze“ wurde. Das kam zwar unter der Arbeiterschaft der vom Regime zumindest indirekt geförderten Atmosphäre von Gleichheit zugute und führte zu einer Nivellierung der Löhne, gleichzeitig wirkte die „obere Lohngrenze“ aber als Bremse für die Arbeitsproduktivität und verhinderte die weitere Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs, die die Gewerkschaft auf zentraler und auf Kreisebene durchzusetzen versuchte. Es waren keineswegs Ausnahmefälle, wenn bereits aktive oder potentielle Stoßarbeiter dem Druck ihrer Mitarbeiter oder Vorgesetzten ausgesetzt wurden, die Kontrollen der Normen und ihre Erhöhung vermeiden wollten. Bereits zu Beginn des ersten Fünfjahresplans entstand auf diese Weise ein *circulus vitiosus*: Die Arbeitskräfte zögerten, mit vollem Einsatz zu arbeiten, weil das nach geltenden Vorschriften noch mehr Arbeit für den gleichen oder nur minimal höheren Lohn bedeutet hätte, und die Zentralorgane waren nicht bereit, die restriktiven lohnpolitischen Maßnahmen aufzuheben, weil sie eine spontane Lohnbewegung befürchteten, die mit der Idee der zentral geplanten und gelenkten Wirtschaft nicht vereinbar gewesen wäre. Zudem bot der bestehende Zustand dem kommunistischen Regime gewisse Vorteile, denn er ermöglichte doch, schrittweise die Leistungsnormen zu erhöhen und somit ein Wachstum der Produktion ohne bedeutenderen Anstieg der Lohnkosten zu erreichen. Es fand sich nämlich immer irgendein Stoßarbeiter oder Stoßarbeiterkollektiv, die mit ihrer „Rekordleistung“ einen Impuls zur Erhöhung der Normen gaben.

Auf der Ostrauer Kreiskonferenz von 1949 wurden Stimmen laut, die die Abschaffung der oberen Lohngrenze und eine Anpassung der Löhne an die tatsächlichen Arbeitsleistungen forderten. Diese Forderungen kamen vor allem von den Delegierten der großen Gewerkschaftsverbände für den Bergbau, die Metallindustrie und das Bauwesen und von den Vertretern der bedeutendsten Betriebe. Der auf der Konferenz gewählte Kreisgewerkschaftsrat unterstützte diese Vorschläge und tolerierte auch die versuchsweise Einführung der Löhne nach Verdienst in einigen Betrieben des Ostrauer Gebiets.

Diese Orientierung, die dem natürlichen Interesse der Arbeiterschaft an einem besseren Verdienst für die geleistete Arbeit entsprach und die Erinnerungen an die Gewerkschaftsarbeit in der Zwischenkriegszeit wieder wachrief, hielt im Kreisgewerkschaftsorgan jedoch nicht lange vor. Der Umschwung kam bereits im Früh-

<sup>9</sup> Brabec, Václav: ROH v prvních letech socialistické výstavby [Der ROH in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus]. Praha 1980, 35.

jahr 1950. Im Februar 1950 beschloß das Plenum des Zentralkomitees der KPTsch eine zusätzliche Aufstockung der Aufgaben des ersten Fünfjahresplans. Die neuen Kennziffern des Plans konnten jedoch bei dem bisherigen Produktionstempo nicht erfüllt werden, insbesondere da sich seit Beginn des Jahres Mängel bei der Bewältigung der ursprünglichen Aufgaben des Fünfjahresplans bemerkbar machten. Im Ostrauer Gebiet blieb insbesondere die Kohleförderung hinter dem Plan zurück, die Disproportionen in der Produktion und der Versorgung wurden aufgrund der langsamen Entwicklung des Verkehrs noch zusätzlich verstärkt. Das zentrale Parteiorgan entschied sich daher gleichzeitig für die „Festigung“ der Normen. Eine umfassende Kontrolle aller Normen wurde vorbereitet, die ausnahmslos nach den Arbeitsergebnissen der Stoßarbeiter „gefestigt“ werden sollten. Die neuen sogenannten harten Normen sollten allgemeine Gültigkeit besitzen, nach ihrer Einführung sollte die obere Lohngrenze abgeschafft werden. Die Regierung der ČSR bestätigte beide Entscheidungen des Zentralkomitees der KPTsch auf ihrer Sitzung im Juli 1950.<sup>10</sup>

Im Ostrauer Kreisgewerkschaftsrat wurden 1949/50 kleinere personelle Veränderungen vorgenommen, bei denen diejenigen Funktionäre zur Aufgabe ihrer Ämter gezwungen wurden, die sich mit der neuen Entwicklungsrichtung der gewerkschaftlichen Organisation nicht identifizierten. Es traten aber auch diejenigen ab, die das Interesse an ihrer nur noch formalen Funktion verloren hatten. Der Umwandlungsprozeß der Gewerkschaftsorganisation des Ostrauer Kreises in einen gefügigen Bestandteil des einheitlichen, dem Willen der KPTsch untergeordneten ROH wurde auf diese Weise vollendet.

Zu den ersten Aufgaben, die der ROH „von oben“ erhielt, zählte gerade die Teilnahme an den Normkontrollen und an der Durchsetzung neuer, gefestigter Normen auf den unteren Ebenen der Gewerkschaftsstruktur bis hinab zu den Betriebsräten. In den folgenden Jahren (1950–1952) führte der Kreisgewerkschaftsrat des Ostrauer Kreises die Überzeugungskampagnen durch, die die Notwendigkeit der Normerhöhung deutlich machen sollten, und koordinierte in Zusammenarbeit mit den Kreisausschüssen der Gewerkschaftsverbände die Normkontrollen. Dabei spielten die Lohnkommissionen bei den Werkstatt- und Betriebsräten die Hauptrolle. Sie beteiligten sich an den Kontrollen in den einzelnen Betrieben und leiteten ihre Berichte und Anregungen über die Kreisausschüsse der Gewerkschaftsverbände zur Auswertung an den Kreisgewerkschaftsrat. Am schnellsten vollzog sich der Übergang zum neuen Normensystem in den Bergbaubetrieben im Ostrauer Kreis.<sup>11</sup>

Die Arbeitnehmer versprachen sich von den neuen Lohnvorschriften die Abschaffung der oberen Lohngrenze und selbstverständlich auch die Verbesserung ihrer Einkommen. Doch das Ergebnis der gesamten „Reform“ brachte nur eine Bestätigung der früheren Mißverhältnisse. Die obere Lohngrenze wurde zwar formal abgeschafft, aber die zugesagten „harten“ Normen galten stets nur ein Jahr, dann folgte eine weitere Kontrolle und eine weitere „Festigung“. So wurde das Muster der ständigen Erhöhung der Arbeitsleistungen bei minimalem Lohnzuwachs beibehalten. Zudem wurden die neuen Normen nicht auf der Grundlage einer objektiven

<sup>10</sup> Ebenda 37.

<sup>11</sup> Biolková: Vývoj Revolučního odborového hnutí 13 ff.

Analyse der Arbeitsproduktivität festgesetzt, sondern aufgrund der außergewöhnlichen Leistungen der Stoßarbeiter. In einigen Betrieben wurden die Normen einfach um diejenige Spanne erhöht, um die sie im vergangenen Zeitabschnitt überschritten worden waren, ohne Rücksicht auf die momentane Lage des Betriebs. Die Normen wurden oft auch um mehrere zehn Prozent erhöht, sodaß die Arbeitnehmer wesentlich geringere Chancen hatten, das Einkommen zu halten, das sie bisher erzielt hatten.

Selbstverständlich gelang es nicht, durch die Reform die Hauptbarriere für die Steigerung der Arbeitsinitiative zu beseitigen – zumal die demotivierenden Lohn- und Tarifverhältnisse weiterhin die Erhöhung der Arbeitsproduktivität verhinderten. Sie stimulierten eher das Wachstum des Produktionsvolumens, was auch die neue, im April 1950 parallel zur ersten Stufe der Kontrollen herausgegebene Prämienordnung belegt. Die Auszahlung der Prämienzuschläge an die Meister und die Produktionstechniker wurde nämlich an das Bruttovolumen der Produktion geknüpft, ohne Rücksicht darauf, auf welche Art und Weise die Produktionssteigerung erreicht worden war – ob durch Rationalisierung des Produktionsvorgangs oder durch administrative Normenerhöhung. Es ist evident, daß die leitenden Arbeiter unter diesen Bedingungen – die für sie die einfachste Art darstellten, sich die Prämien zu sichern – an den Kontrollen und der „Festigung“ der Normen interessiert waren.

Zwar legte der Kreisgewerkschaftsrat noch im Februar 1951 auf der Sitzung des Vorstands des Zentralen Gewerkschaftsrates (ÚRO) eine Auswertung des Berichts der außerordentlichen Konferenz der Kreisgewerkschaften in Ostrau vom 16. und 17. Dezember 1950 vor, in dem angedeutet wurde, daß die Initiative der Arbeiter durch entsprechende moralische und materielle *Stimuli* unterstützt werden müsse. Doch damit wurden die Einwände gegen das neue Lohnsystem auch beendet. Bereits 1952 wurde darüber hinaus die neue Abteilung für Arbeit und Löhne beim Kreisgewerkschaftsrat aufgelöst, die mit den Löhnen zusammenhängenden Aufgaben gingen in den Kompetenzbereich der Kreisausschüsse der Gewerkschaftsverbände über.<sup>12</sup>

Die Beschränkung der Möglichkeiten des Kreisgewerkschaftsrates, in die Lohnpolitik einzugreifen, deutete bereits die markante Reduzierung seiner Kompetenzen durch die Veränderung der Organisationsstruktur des ROH an, die nach dem II. Plenum des Zentralen Gewerkschaftsrates im Juli 1952 eingeleitet wurde. Das Plenum, das auf den Beschluß des Zentralkomitees der KPTsch vom September 1951 reagierte, ging mit der Arbeit der Gewerkschaft nach deren II. Kongreß hart ins Gericht. Es stellte fest, daß die Kennziffern des Wirtschaftsplanes nicht erfüllt worden waren und monierte das niedrige Mobilisierungsniveau der Mitgliederbasis und das kontinuierlich geringe Interesse der Arbeiter am sozialistischen Wettbewerb. Als Ursache dieser Mängel wurde die Überzentralisierung der Organisationsstruktur des ROH bezeichnet. Diese hatte nach Auffassung des Zentralen Gewerkschaftsrates den Zweck, den sie Ende der vierziger Jahre bei der Konsolidierung der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation besessen hatte, bereits erfüllt. Nun konzentrierten sich bei den zentralen Gewerkschaftsorganen zu viele Entscheidungs- und

<sup>12</sup> E b e n d a 22 ff.

Kontrollkompetenzen. Anstatt sich konzeptionellen und koordinierenden Arbeiten zu widmen, ersetzten sie die Tätigkeit der Betriebsleitungen und vor allem der bisher nur schwach entwickelten Verbandsorgane.

Eine Lösung dieses Problems sollte der Umbau der Organisationsstruktur des ROH und die Veränderung der Arbeitsteilung der Gewerkschaften zugunsten einer Stärkung der Gewerkschaftsverbände herbeiführen. Letztere sollten die Vollmachten der allgewerkschaftlichen Organe übernehmen, wobei die Bezirksgewerkschaftsräte mit Beginn des Jahres 1953 als überflüssige Zwischenglieder völlig aufgelöst und die Kreisgewerkschaftsräte in die sogenannten Organe zwischen den Verbänden umgewandelt werden sollten. Diese sollten die Funktion der Koordination und Kontrolle der Tätigkeit der Verbände beibehalten. Die Mitglieder des Plenums und des Vorstandes des Kreisgewerkschaftsrates sollten in Zukunft aus den Delegierten der Konferenz der Zwischenglieder der Verbände gewählt werden, die zum höchsten Organ der Gewerkschaftsbewegung im Kreis bestimmt wurde. Die Delegierten wurden von den einzelnen Gewerkschaftsverbänden oder Betrieben gewählt, die im Kreis über keine höheren Organe ihrer Verbände verfügten. Auf diese Weise wurde der Kreisgewerkschaftsrat von einer führenden und übergeordneten gewerkschaftlichen Institution zu einem nur noch ausführenden und Hilfe leistenden Organ der Gewerkschaftsverbände abgewertet.<sup>13</sup>

Parallel zu diesen dezentralisierenden Maßnahmen wurde auch über die Reorganisation des bestehenden Systems der Gewerkschaftsverbände entschieden. Diese bestand in der Aufteilung der großen Verbände in kleinere – so wurde z. B. der Verband der Arbeitnehmer in der Metallindustrie sogar in vier einzelne Verbände aufgeteilt, der Verkehrs- und Distributionsverband in jeweils zwei –, die sich besser den Bedürfnissen der Volkswirtschaft anpassen konnten. Im Ostrauer Kreis waren seit 1953 anstatt der vormals 18 insgesamt 22 Organe der Gewerkschaftsverbände aktiv.

Der Kreisgewerkschaftsrat in Ostrau stimmte den vorbereiteten Änderungen widerspruchlos zu. Das war insbesondere im Fall der vorgeschlagenen Auflösung der Bezirksgewerkschaftsräte überraschend, deren Tätigkeit im Ostrauer Kreis noch im März 1952 von den Bezirkskonferenzen der KPTšch gelobt worden war. Der Entwurf des Zentralrates der Gewerkschaften rechnete zwar mit Ausnahmen im Hinblick auf die Bezirke in den Grenzgebieten, doch der Kreisgewerkschaftsrat sprach sich für ihre ausnahmslose Auflösung aus, obwohl dies für ihn faktisch den Kontaktverlust mit den entfernteren Bezirken des tschechisch-polnischen Grenzgebiets bedeutete. Dies war ein Zeichen dafür, daß der Kreisgewerkschaftsrat seine früheren „Schwankungen“ überwunden hatte und sich mit seiner untergeordneten Stellung uneingeschränkt identifizierte.<sup>14</sup>

Anfang 1953 begann die Reorganisation der Gewerkschaftsstruktur im Kreis. Im Januar und Februar wurden die Bezirksgewerkschaftsräte aufgelöst, und auch der

<sup>13</sup> Návrh uspořádání organizační struktury KOR, jejich pracovní náplň a metody práce [Entwurf zur Gestaltung der Organisationsstruktur der Kreisgewerkschaftsräte, ihrer Arbeitsinhalte und Arbeitsmethoden]. Landesarchiv Opava, Fonds KOR Ostrava, Karton Nr. 20, Inventarnummer 30.

<sup>14</sup> Biolková: Vývoj Revolučního odborového hnutí 28.

Kreisgewerkschaftsrat, der noch 1952 über einen riesigen Apparat verfügt und etwa 135 politische, 55 administrative und 42 Hilfskräfte beschäftigt hatte, reduzierte seine Organe und seinen Apparat schrittweise. Das Plenum wurde auf 30 Mitglieder verringert und einige Abteilungen wurden völlig aufgelöst, so die Finanz-, Krankenversicherungs- und Versorgungsabteilung. Die organisatorischen und personellen Veränderungen erreichten mit der I. Konferenz der verbandsübergreifenden Gewerkschaftsorganisationen, die am 27. Juni 1953 stattfand, ihren Höhepunkt. Auf dieser Konferenz wurden die neuen Organe des Kreisgewerkschaftsrates gewählt – 30 Plenumsmitglieder (21 Mitglieder und neun Ersatzmitglieder), ferner die Kontrollkommission mit drei Mitgliedern und der Vorstand mit sieben Mitgliedern an der Spitze mit L. Tvrđý, der J. Peterka ablöste.<sup>15</sup>

Die Tätigkeit des reorganisierten Kreisgewerkschaftsrates entsprach seiner veränderten Stellung in der Struktur der Gewerkschaftsbewegung. Der Kreisgewerkschaftsrat verlor seine Anordnungsgewalt gegenüber den Verbandsorganen. In Zukunft sollte er ihnen ihre Aufgaben nicht vorschreiben, sondern nur die Vorgehensweise bei der Erfüllung der Beschlüsse des Zentralen Gewerkschaftsrates und der Zentralaussschüsse koordinieren sowie bei der Lösung bestimmter Probleme Hilfe leisten. Dabei war u. a. an die Entsendung von Funktionärsbrigaden, die Verallgemeinerung der Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit oder an die Auswahl von geeigneten Kandidaten gedacht. Ferner vermittelte der Kreisgewerkschaftsrat die Kontakte zwischen den Verbandsorganen und den Wirtschaftsorganisationen auf Kreisebene und kontrollierte die Erfüllung der Beschlüsse der übergeordneten Organe sowie die Einhaltung der Statuten und Organisationsstatuten der einzelnen Verbände. Neben der Koordinierung und Kontrolle der Tätigkeit der Verbände nahm der Kreisgewerkschaftsrat auch einige „besondere Aufgaben“ wahr, die aus den spezifischen Bedingungen des Ostrauer Gebiets hervorgingen und nicht im Rahmen der einzelnen Verbände gelöst werden konnten. Hierbei handelte es sich in erster Linie um die Anwerbung von Arbeitskräften, die ein ständiges Problem des Ostrauer Gebiets darstellte, und um die Koordinierung der Hilfe der Gewerkschaftsorgane bei der „Sozialisierung des Dorfes“. Der Kreisgewerkschaftsrat leitete jedoch beispielsweise auch die Sammelaktionen für Metallschrott.

Die Dezentralisierung der Gewerkschaftsbewegung verlief allerdings nicht ohne Probleme. Der Ausbau der neuen Verbände und Verbandsapparate, die die Aufgaben der allgewerkschaftlichen Organisation übernehmen sollten, kam nur langsam voran, und so behielten die „Zwischenverbandsorgane“ in der Gewerkschaftshierarchie ihre zentrale Stellung. Weiterhin erledigte auch der Ostrauer Kreisgewerkschaftsrat einen Teil der Aufgaben der Verbandsaktive. Die II. Zwischenverbandskonferenz, die vom 5.–6. März 1955 stattfand, entschied sich sogar für eine erneute Erweiterung der Organe des Kreisgewerkschaftsrates, woraufhin die Zahl der einfachen Mitglieder auf 40, der Vorstandsmitglieder auf elf und die der Mitglieder der Kontrollkommission auf sieben erhöht wurde.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> I. mezisvazová konference KOR v Ostravě 27.6.1953 [Erste Zwischenverbandskonferenz des Kreisgewerkschaftsrates in Ostrau am 27.6.1953]. Landesarchiv Opava, Fonds KOR Ostrava, Karton Nr. 1, Inventarnummer 7.

<sup>16</sup> II. Mezisvazová konference krajské odborové rady KOR v Ostravě 5.–6.3.1955 [II. Zwi-

Vom 15.–17. November 1956 fand in Prag jedoch eine gesamtstaatliche Allgewerkschaftskonferenz statt, auf der offene Kritik an der geringen Aktivität der Verbände laut wurde, die seit 1953 eigentlich den Schwerpunkt der Gewerkschaftstätigkeit bilden sollten. Die Konferenz verabschiedete eine Reihe von Maßnahmen, die die Verantwortung der Verbände weiter ausdehnten und die Organisationsstruktur der Gewerkschaftsbewegung der neuen Kompetenzverteilung anpaßten. Damit wurde der 1952 begonnene Dezentralisierungsprozeß endgültig abgeschlossen, die Organe der einzelnen Gewerkschaftsverbände übernahmen den Aufgabenbereich der übrigen allgewerkschaftlichen Organe, insbesondere der Kreisgewerkschaftsräte, nun vollständig.

Der bestehende Kreisgewerkschaftsrat des Ostrauer Kreises wurde in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Konferenz faktisch aufgelöst. Seine Funktionäre und die Mitglieder des Plenums sollten künftig die Organe der Gewerkschaftsverbände verstärken, während der Apparat auf den Sekretär des Kreisgewerkschaftsrates, seinen Vertreter und einige Verwaltungskräfte reduziert wurde. Der „neue“ Kreisgewerkschaftsrat setzte sich aus den Vorsitzenden der Kreisausschüsse der im Ostrauer Kreis tätigen Gewerkschaftsverbände zusammen. In der neuen Struktur des ROH wurde die Funktion der Kreisgewerkschaftsräte sehr vage definiert, da die Gewerkschaftsverbände jegliche Eingriffe in ihre Angelegenheiten ablehnten. Die Kreisgewerkschaftsräte sollten im Grunde nur die Einheit der Gewerkschaftsbewegung verkörpern und die Zusammenarbeit der einzelnen Verbände bei der Erfüllung der Beschlüsse des Zentralen Gewerkschaftsrates oder der höchsten Staats- und Parteiorgane vermitteln. In dieser Situation nahm auch die Tätigkeit des Ostrauer Kreisgewerkschaftsrates im Jahre 1957 völlig formalen Charakter an – der Rat besaß keinen Arbeitsplan, es fanden keine regelmäßigen Sitzungen statt. Einen deutlichen Beweis des Desinteresses der Vertreter der Verbände an der Arbeit des Kreisgewerkschaftsrates lieferte auch die Tatsache, daß der Vorsitzende L. Tvrdý zu seinem Sekretär gewählt wurde.<sup>17</sup>

Die Annahme der Zentralorgane, die Dezentralisierung der Gewerkschaftsbewegung und die Stärkung der Unabhängigkeit der Kompetenzen der einzelnen Gewerkschaftsverbände werde zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ergebnisse führen, bestätigte sich allerdings nicht. Die Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Wirtschaftsplans setzten sich auch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre fort. Als zunehmend belastend erwies sich vor allem der rasche Lohnanstieg. Die Reform des Lohnsystems Anfang der fünfziger Jahre hatte dazu geführt, daß sich die Höhe der Löhne nur am Bruttovolumen der Produktion orientierte, ohne Rücksicht auf deren Gesamteffektivität. Dieses System ermöglichte eine künstliche Erhöhung der Löhne – und zwar durch eine absichtlich falsche Festsetzung der Leistungsnormen, durch Erhöhung des Material- und Energieverbrauchs oder durch eine ungleichmäßige

---

schenverbandskonferenz des Kreisgewerkschaftsrates in Ostrau 5.–6.3.1955]. Landesarchiv Ostrava, Fonds KOR Karton Nr. 1, Inventarnummer 8.

<sup>17</sup> Schůze všodborového aktivu KOR v Ostravě 3.3.1959 [Sitzung des allgewerkschaftlichen Aktivs des Kreisgewerkschaftsrates in Ostrau am 3.3.1959]. Landesarchiv Opava, Fonds KOR Ostrau, Karton Nr. 2, Inventarnummer 12.

Verteilung der Planaufgaben – , die zu Lasten der Betriebe und der gesamten staatlichen Wirtschaft ging.

Bereits 1955 verabschiedete die Regierung einen Beschluß über die Verbesserung der technischen Normierung und die Behebung der Mängel bei der Entlohnung, doch wurde dieser von den Betrieben entweder ignoriert oder nur auf dem Wege administrativer Regelungen durchgesetzt. Die Folge war ein spontaner Lohnanstieg, der derartige Ausmaße erreichte, daß sich die zentralen Partei- und Staatsorgane 1956/57 abermals mit der Lohnproblematik befassen mußten. Diese bewerteten zwar die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung positiv, waren sich jedoch zugleich der Tatsache bewußt, daß das rasche Lohnwachstum ohne entsprechenden Anstieg der Arbeitsproduktivität zu ernsthaften wirtschaftlichen Problemen führen würde. Eine Lohnkürzung erschien politisch nicht akzeptabel – man befürchte, sie werde Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft hervorrufen und die Schwächen der Planwirtschaft aufdecken. Die Disproportionen im Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Lohnwachstum sollten daher durch eine Regulierung der Lohnsysteme der Arbeiter schrittweise beseitigt werden. Das Prinzip der Reform, für die schon im damaligen Amtsjargon die Bezeichnung „Umbau“ verwendet wurde, kopierte im Grunde genommen die Vorgehensweise vom Beginn der fünfziger Jahre: Das System der Normierung der Arbeit sollte korrigiert werden, die zu „weichen“ Normen wieder „gefestigt“, also durch höhere ersetzt werden, die „technisch begründet“ wurden. Gleichzeitig sollte der Akkordlohn zugunsten des Zeitlohns begrenzt werden. Es ist offensichtlich, daß es sich somit weniger um eine grundlegende Reform als vielmehr um eine weitere Normkontrolle handelte, die nur die 1950–1952 begangenen Fehler begleichen sollte.

Die neuen Lohnsysteme sollten schrittweise bereits seit 1956 eingeführt werden, und zwar zuerst in den Betrieben der polygraphischen Industrie und im Bauwesen. Es zeigte sich jedoch, daß die Ressorts nicht über ausreichende finanzielle Reserven verfügten, um die neuen Lohnsysteme einführen und gleichzeitig einen kontinuierlichen Lohnanstieg gewährleisten zu können. Die gesamte geplante Reform geriet in Verzug, ihr Beginn mußte auf das Jahr 1957 verschoben werden. Das Zentralkomitee der KPTsch führte allerdings im Februar 1957 eine neue Analyse der Probleme der Entwicklung der Volkswirtschaft durch, die im April 1957 von der Regierung der ČSR beraten wurde. Im folgenden Regierungsbeschluß findet sich die Feststellung, daß das spontane Lohnwachstum, das sich im ersten Vierteljahr 1957 noch erhöht hatte, die Folge des niedrigen Niveaus der Leitung der Produktion sei. In diesem Beschluß wurde die Notwendigkeit konstatiert, parallel zu den Löhnen der Arbeiter auch die Lohnsysteme der Ingenieure und Techniker und der administrativen Arbeitnehmer so zu verändern, daß sie zur Steigerung der Produktivität und nicht nur zur Erhöhung ihres Bruttovolumens führten. Zugleich entschied die Regierung über Sparmaßnahmen in der Nutzung der Lohnfonds und über Sanktionen, mit denen in Zukunft diejenigen Betriebe belegt werden sollten, die das festgelegte Volumen überschritten.<sup>18</sup>

<sup>18</sup> Porada předsedů ÚVOS a vedoucích pracovníků ÚRO 3.5.1957 [Beratung der Vor-

Der Regierungsbeschluß wurde am 3. Mai 1957 auf der gemeinsamen Sitzung der Vorsitzenden der Zentralausschüsse der Gewerkschaftsverbände und des Zentralen Gewerkschaftsrates behandelt. Für den 30. und 31. Mai 1957 wurde eine gesamtstaatliche Beratung über die Entlohnung nach Prag einberufen, die sich vor allem mit den Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung bei der Vorbereitung und Einführung der neuen Lohnsysteme befaßte. Die Gewerkschaftsorganisationen sollten systematisch den Sinn und das Ziel dieser Maßnahmen klären, insbesondere der technischen Normierung und der Anhebung der veralteten und überholten Normen, als einer unerläßlichen Voraussetzung zur Herstellung ordentlicher Verhältnisse und der Abschaffung der Mängel in der Arbeitsentlohnung sowie der Überwindung unrichtiger Ansichten und Unklarheiten in diesen Fragen.

Gleichzeitig sollte die Frage der Entlohnung mit dem sozialistischen Wettbewerb im Rahmen des ROH verknüpft werden. Die Gewerkschaftsorgane sollten bei der Schulung der Normierer und bei der Hebung des Qualifikationsniveaus der unteren leitenden Angestellten, wie der Meister oder Betriebsleiter, mitwirken.<sup>19</sup>

Nach dem Beschluß, der bei der gesamtstaatlichen Beratung gefaßt worden war, sollten diese Aufgaben künftig den Organen der einzelnen Gewerkschaftsverbände obliegen, die schon 1952 die Lohnagenda übernommen hatten. Der Zentrale Gewerkschaftsrat und die höchsten Staats- und Parteiorgane waren sich dessen bewußt, daß die Stärkung der Kompetenzen und der Unabhängigkeit der einzelnen Gewerkschaftsverbände nur eine der Ursachen der mangelnden „Lohndisziplin“ bildeten und die geplante Regulierung der Löhne im Rahmen der dezentralisierten Gewerkschaftsstruktur nicht rasch und umfassend durchführbar sein würde. Es erschien abermals notwendig, das zentral gesteuerte System der allgewerkschaftlichen Organe zu erneuern, die die erforderliche Kontrolle ausüben und die Verbandsorgane leiten würden. Bereits im Laufe des Jahres 1958 begann man mit Versuchen, die Stellung der allgewerkschaftlichen Organe – insbesondere der Kreisgewerkschaftsräte – wieder zu stärken. Daß man vom bisherigen Kurs der Dezentralisierung abrückte, signalisierten die Beschlüsse des XII. Plenums des Zentralen Gewerkschaftsrates vom 7. August 1958. Das Plenum beschloß eine erneute Verringerung der Zahl der Gewerkschaftsverbände von 24 auf 15, vor allem aber legte es die Stellung und die Tätigkeitsbereiche der Kreisgewerkschaftsräte fest. Diese sollten die einheitliche Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung nicht nur verkörpern, sondern auch bei Verhandlungen mit den Kreisnationalausschüssen, den Kreisorganisationen der Nationalen Front und den wirtschaftlichen Organen repräsentieren. Parallel dazu wurde das Verhältnis zwischen den Verbands- und den allgewerkschaftlichen Organen des ROH auf Kreisebene umdefiniert. Die Kreisgewerkschaftsräte erhielten nun die Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse

---

sitzenden der ÚVOS und der leitenden Angestellten des ÚRO vom 3. 5. 1957]. Allgewerkschaftsarchiv in Prag, Fonds Celostátní akce, Karton Nr. 8, Inventarnummer 52.

<sup>19</sup> Celostátní porada o odměňování v Praze 30.–31. 5. 1957 [Gesamtstaatliche Beratung über die Entlohnung in Prag 30.–31. 5. 1957]. Allgewerkschaftsarchiv in Prag, Fonds Celostátní akce, Karton Nr. 9, Inventarnummer 56.

höherer Instanzen des ROH durch die Organe der Gewerkschaftsverbände, und sie wurden mit der Leitung der Arbeit der Kreisausschüsse der Gewerkschaftsverbände in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung des Kreises und der Fürsorge für die Arbeiterschaft betraut.<sup>20</sup>

Der Ostrauer Kreisgewerkschaftsrat nahm sich noch in der zweiten Jahreshälfte 1958 dieser Aufgaben an und koordinierte die Reduzierung und Vereinigung der Gewerkschaftsverbände im Kreis gemäß dem Beschluß des XII. Plenums. Zum wichtigsten Mittel seiner Tätigkeit wurde das sogenannte allgewerkschaftliche Aktiv, dessen Sitzungen zweimal jährlich einberufen wurden und das sich aus den Vertretern der Kreis- und Bezirksausschüsse der Gewerkschaftsverbände sowie der Gewerkschaftsorganisationen einiger wichtiger Betriebe zusammensetzte.

Im November 1958 verabschiedete die XIII. Vollversammlung des Zentralen Gewerkschaftsrates einen weiteren Beschluß darüber, daß die Gewerkschaftsverbände sich auf die Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben konzentrieren und ihre gesamten anderen Kompetenzen an den Kreisgewerkschaftsrat abtreten sollten. Der Ostrauer Kreisgewerkschaftsrat verabschiedete die Beschlüsse des XIII. Plenums bereits am 19. Januar 1959 und begann sofort damit, den umfangreichen Apparat von Abteilungen und Kommissionen erneut aufzubauen, den er in den Jahren 1953 und 1956 aufgegeben hatte. Neben den weniger bedeutenden Aufgabenbereichen der Gewerkschaftstätigkeit – etwa der Erholung oder der Kulturarbeit – oblagen dem Kreisgewerkschaftsrat in Ostrau auch der Wohnungsbau und die Sozialfürsorge. Außerdem hatte er den Bereich der sogenannten Massenproduktionsarbeit und der Lohnpolitik zu leiten. Damit kehrten die Organisation und Leitung des sozialistischen Wettbewerbs, die Anwerbung von Arbeitskräften und nicht zuletzt die Koordination der Lohnpolitik im Kreis in seinen Kompetenzbereich zurück.<sup>21</sup> Die Kreiskonferenz der Allgewerkschaftsorganisationen entschied am 21. Februar 1959 über die Auflösung des alten Organs des Kreisgewerkschaftsrates, auf der Sitzung des allgewerkschaftlichen Aktivs am 3. März 1959 wurde dann der neue Kreisgewerkschaftsrat als alt-neues Spitzenorgan des ROH im Ostrauer Kreis gewählt. Offiziell bestätigt wurde die erneuerte zentrale Position der Kreisgewerkschaftsräte durch einen Beschluß des IV. Gewerkschaftskongresses, der vom 13. bis 15. Mai 1959 stattfand.

In dieser Zeit war der Ostrauer Kreisgewerkschaftsrat bereits mit der Erfüllung seiner neuen Hauptaufgabe, die ihm nach seiner „Rehabilitierung“ zugeteilt worden war, beschäftigt – die Einführung der neuen Lohnsysteme in den Betrieben des Ostrauer Kreises vorzubereiten und sicherzustellen. Durch den Beschluß Nr. 60 der staatlichen Lohnkommission vom 2. Oktober 1958 wurden die Prinzipien des Um-

<sup>20</sup> Schůze všedobrového aktivu KOR v Ostravě 3.3.1959 [Sitzung des allgewerkschaftlichen Aktivs des Kreisgewerkschaftsrates in Ostrau am 3.3.1959]. Landesarchiv Opava, Fonds KOR Ostrava, Karton Nr. 2, Inventarnummer 12.

<sup>21</sup> Informační zpráva o usnesení ŰRO o rozšíření systemizace KOR a další náplni práce [Informationsbericht über den Beschluß des Zentralen Gewerkschaftsrates über die Erweiterung der Systematisierung der Kreisgewerkschaftsräte und über weitere Arbeitsaufgaben]. Landesarchiv Opava, Fonds KOR Ostrava, Karton Nr. 3, Inventarnummer 16.

baus der Lohnsysteme endgültig definiert. Im November des selben Jahres wurden sie der Bevölkerung in der Form eines offenen Briefs des Zentralkomitees der KPTsch vorgelegt.

Der Ostrauer Kreisgewerkschaftsrat befaßte sich bereits auf seiner Vollversammlung am 24. November 1958 mit dem Umbau der Lohnsysteme und machte deutlich, daß er sich voll und ganz mit der neuen Konzeption identifizierte. Der Umbau wurde als „tägliche Kampfaufgabe“ des ROH bezeichnet und sollte der Arbeiterschaft als grundlegende Voraussetzung für eine dauerhafte Erhöhung des Lebensstandards der ganzen Gesellschaft vermittelt werden. Die Erhöhung des Lebensstandards könne, so die Argumentation, allein über eine steigende Arbeitsproduktivität gesichert werden. Diese dürfe nicht durch unverhältnismäßig hohe Löhne beeinträchtigt werden. Die praktische Seite der Einführung der neuen Systeme spiegelt die Stärkung der Stellung des Kreisgewerkschaftsrates gegenüber den Organen der Gewerkschaftsverbände in dieser Zeit wider. Die wichtigste Aufgabe – nämlich die Arbeiterschaft für den Umbau zu gewinnen und ihr Interesse an der Gestaltung der neuen Arbeitsnormen zu wecken – sollte die Lohnkommissionen der Basisorganisationen des ROH in den Betrieben übernehmen. Der Kreisgewerkschaftsrat sollte den Umbau in Zusammenarbeit mit der Lohnkommission im Kreis beim Kreisausschuß der KPTsch in Ostrau koordinieren und mittels besonderer Aktive, zu denen auch die Vertreter der einzelnen Kreisausschüsse der Gewerkschaftsverbände gebeten werden würden, zugleich kontrollieren.<sup>22</sup>

Die neuen Lohnsysteme wurden bereits seit Beginn des Jahres 1959 in ausgewählten Betrieben im Kreis versuchsweise eingeführt, z. B. in den Eisenwerken in Trinec, im Unternehmen Karnola Krnov und im Bergwerk Stalin. Die Vorbereitungen zur Reorganisation des Lohnsystems und seine schrittweise Einführung fanden bis zum 1. April 1959 in den einzelnen Gewerkschaftsverbänden statt. Zunächst wurden in den Verbänden der Hütten- und Erzbergwerke, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft die erforderlichen Maßnahmen zur Umstellung auf das neue Lohnsystem getroffen. Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1959 wurden die neuen Lohnsysteme bereits in den meisten Betrieben im Kreis eingeführt.<sup>23</sup>

Der kurze Abriss der Entwicklung der Lohnpolitik in der ČSR der fünfziger Jahre bietet die Möglichkeit zu einem Vergleich beider Versuche lohnpolitischer Reformen, die in diesen Jahren unternommen wurden. Der gewählte Weg war in beiden Fällen ähnlich: Sowohl in den Jahren 1950–1952 als auch 1958–1959 handelte es sich um eine Änderung des Systems der Normierung und der Arbeitsentlohnung, durch die es möglich werden sollte, das Tempo des Wirtschaftswachstums bei möglichst geringer Lohnerhöhung beizubehalten. Zu Beginn der fünfziger Jahre sollten über die Normkontrollen die Folgen der Nachkriegskrise überwunden und gleichzeitig die Erfüllung des ersten Fünfjahresplans gewährleistet werden. Dieser war der

---

<sup>22</sup> Zápisy z plén KOR [Plenumsberichte des Kreisgewerkschaftsrates]. Landesarchiv Opava, Fonds KOR Ostrava, Karon Nr. 3, Inventarnummer 14.

<sup>23</sup> E b e n d a.

tschechoslowakischen Wirtschaft in der schwierigsten Phase des Kalten Krieges entsprechend den Bedürfnissen des sowjetischen Blocks diktiert worden. Der Umbau der Lohnsysteme am Ende der fünfziger Jahre hatte indessen das Ziel, die Disproportionen in der Entlohnung zu beseitigen, die gerade in den Jahren 1950–1952 entstanden waren. Zudem sollte er die Entwicklung der Wirtschafts- und Dienstleistungsbereiche unterstützen, in denen es nicht allein auf das Bruttovolumen, sondern auch auf Qualität und Zweckmäßigkeit der Produktion ankam.

Die Motivation, die hinter den Veränderungen der Lohnsysteme stand, war also eindeutig von den politisch-wirtschaftlichen Interessen des Staates geprägt, die Folgen dieser Eingriffe für die Arbeiterschaft durchgehend negativ: Das durch die Normen vorgeschriebene Arbeitspensum erhöhte sich spürbar, ohne daß dabei auch die Löhne entsprechend stiegen. Zusammen mit der 1953 durchgeführten Währungsreform bedeuteten die Regulierungen der Lohnsysteme einen markanten Eingriff in die soziale Stellung der tschechoslowakischen Arbeiterschaft in den fünfziger Jahren. Die Tatsache, daß die Reformen unter direkter Beteiligung des ROH vorbereitet und verwirklicht wurden, deutet auf eine grundsätzliche Veränderung des Charakters gewerkschaftlicher Tätigkeit und der Stellung der Einheitsgewerkschaft hin. Denn wenn auch die Lohnfragen im Grunde genommen den einzigen traditionellen Bereich von Gewerkschaftsarbeit darstellte, der dem ROH auch nach 1948 erhalten blieb, änderte sich die Aufgabenstellung der Gewerkschaften doch grundlegend. Sie vertraten nicht länger die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber der Führung der Wirtschaftsbetriebe oder dem Staat, sondern traten als Vermittler auf, mit deren Hilfe die zentralen Staats- und Parteiorgane ihren Willen gegen die Interessen und oft auch gegen den offenen Widerstand der Arbeiterschaft durchsetzten.

Die Beteiligung des Kreisgewerkschaftsrates in Ostrau an der Einführung der neuen Lohnregelungen in den Betrieben des Ostrauer Industriegebiets dokumentiert diesen Wandel sehr deutlich. Noch 1949 gehörte der Ostrauer Kreisgewerkschaftsrat als Repräsentant der in einem der wichtigsten Industriegebiete des Staates tätigen Gewerkschaftsorganisationen zu den Verfechtern einer grundsätzlichen Lohnreform. Er forderte die Abschaffung der oberen Lohngrenze, wodurch eine Entlohnung der Arbeiter entsprechend der tatsächlich geleisteten Arbeit möglich werden sollte. Nach personellen Veränderungen im Kreisgewerkschaftsrat verabschiedete dieser jedoch bereits 1950 sowohl die aufgestockten Zielsetzungen des ersten Fünfjahresplans als auch die Entscheidung über die Erhöhung der Arbeitsnormen und die folgende Lohnanpassung. In den Jahren 1950–1952 versuchte er dann, die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß diese Maßnahmen sowohl richtig als auch angemessen waren.

Wenn die Stellungnahme des Kreisgewerkschaftsrates in Ostrau in den Jahren 1949–1950, als die Entscheidung über die erste Lohnreform fiel, nicht ganz eindeutig war, so lagen die Verhältnisse im Falle der zweiten Lohnreform gegen Ende der fünfziger Jahre schon anders. Der Umbau der Lohnsysteme, den die zentralen Staats- und Parteiorgane beschlossen hatten, wurde vom Kreisgewerkschaftsrat ohne Diskussion angenommen. Nach den Dezentralisierungsmaßnahmen der Jahre 1953 und 1956, als die Kompetenzen und Aufgaben des Kreisgewerkschaftsrates

vollständig auf die Kreisorgane der Gewerkschaftsverbände übergangen, kam es zu einer endgültigen Abtrennung des Kreisgewerkschaftsrates von den unteren Organen der Gewerkschaftsbewegung. Der Kontakt mit der Arbeiterschaft und ihren Problemen, der bis dahin wenigstens über das Plenum aufrechterhalten werden konnte, brach völlig ab. Tätigkeit und Existenz des Kreisgewerkschaftsrates wurden nicht mehr von der Mitgliederbasis abgeleitet, die der Rat ursprünglich auf Kreisebene hatten repräsentieren sollen, sondern hingen ganz und gar von den Stellungnahmen der von den höchsten Organen der KPTsch beherrschten Gewerkschaftszentrale ab. Daher nahm der Kreisgewerkschaftsrat den Umbau der Lohnsysteme nur noch als eine weitere Direktive von oben wahr, die durchgeführt werden mußte. Dabei fiel die Bedeutung dieser Maßnahme für *rank and file* des ROH weniger ins Gewicht als die Tatsache, daß die Koordinierung und die Kontrolle der Reorganisation des Lohnsystems ein geeignetes Werkzeug bildete, um die führende Position des Kreisgewerkschaftsrates in der Kreisgewerkschaftshierarchie und die Herrschaft über die Gewerkschaftsverbände zu erneuern.

Übersetzt von Eva Hošková

# ASPEKTE DES SOZIALEN MILIEUS DER INDUSTRIE- ARBEITERSCHAFT IN DER TSCHECHOSLOWAKEI VOM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES BIS ZUR REFORMBEWEGUNG DER SECHZIGER JAHRE

*Von Peter Heumos*

Die sozialhistorische Forschung zu sozialistischen/kommunistischen Systemen arbeitet daran, die vor allem über die politologische und politikgeschichtliche Literatur vermittelten Vorstellungen von Macht- und Herrschaftsstrukturen in diesen Systemen zu differenzieren.<sup>1</sup> Untersuchungen zur kommunistischen Ära in der Tschechoslowakei sind davon bisher wenig berührt worden. Einmal gilt hier die politische Geschichtsschreibung mit einer gewissen Selbstverständlichkeit als das angemessene Interpretationsmuster für die Zeit zwischen 1948 und 1989. Zum anderen konzentrieren sich die nicht allzu zahlreichen Darstellungen zur sozialen Entwicklung unter dem Kommunismus auf die Untersuchung der langfristigen Veränderungen der sozialen Makrostrukturen. Probleme der sozialen Identität, um die es in diesem Beitrag am Beispiel der Industriearbeiterschaft geht, werden dabei weniger beachtet oder oft als Steuerungsprobleme des kommunistischen Regimes aufgefaßt.<sup>2</sup> In der Tat kommt das Selbstverständnis sozialer Gruppen in solchen Analysen meistens nur insofern in den Blick, als danach gefragt wird, ob die staatliche Lohn-, Konsum- und allgemeine Sozialpolitik den Interessen und Bedürfnissen dieser Gruppen entsprochen hat oder nicht.<sup>3</sup>

Das soziale Milieu der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Reformbewegung der sechziger Jahre soll im folgenden vor allem als betrieblicher oder betriebsnaher Erfahrungsraum beschrieben

---

<sup>1</sup> Für die DDR vgl. Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka u. Hartmut Zwahr. Stuttgart 1994. Einen Überblick über sozialgeschichtliche Forschungen zur Industriearbeiterschaft der SBZ/DDR gibt Hübner, Peter: Sozialgeschichte der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR. Bemerkungen zu Forschungstendenzen in Deutschland seit 1989. Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1993, 284–289. – Für Ungarn s. Pittaway, Mark: The Struggle over the Shop Floor: Hierarchy, Working Class Culture and the State in Early Socialist Hungary (Ms.). – Für Polen vgl. neben dem Beitrag von Dagmara Jajeśniak-Quast in diesem Band aus der umfangreichen polnischen Literatur noch Polakowska-Kujawa, Jolanta: Soziale Konflikte in Polen und die Legitimierung der Macht. Wandlungen im gesellschaftlichen Bewußtsein 1945–1994. Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1996, 69–83.

<sup>2</sup> Vgl. Krejčí, Jaroslav/Machonin, Pavel: Czechoslovakia, 1918–92. A Laboratory for Social Change. London 1996.

<sup>3</sup> Vgl. Kalinová, Lenka/Jech, Karel/Kaplan, Karel/Maňák, Jiří/Průcha, Václav: K proměnám sociální struktury v Československu 1918–1968 [Zu den Veränderungen der Sozialstruktur in der Tschechoslowakei 1918–1968]. Praha 1993.

werden, in dem sich Verhaltens- und Handlungsweisen, Einstellungen und Wertorientierungen der Arbeiter bündelten. Über die Arbeitswelt hinaus sagen diese etwas darüber aus, wie die Arbeiter die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse gesehen haben.<sup>4</sup> Als sozialer Raum, dessen Grenzen oft so klar gezogen waren, daß sie eine Innen-Außen-Differenzierung ermöglichen, bietet dieses soziale Milieu zugleich einen Ansatzpunkt zur Kritik am üblichen Verständnis von Macht und Herrschaft in der Literatur über die kommunistische Tschechoslowakei, das von der Annahme auszugehen pflegt, die gesamte Gesellschaft sei der Herrschaft des politischen Apparats unterstellt gewesen und Herrschaft sei unmittelbar, durch keinerlei *checks* gebremst, durchgesetzt worden. Es wäre allerdings ebenso ein-dimensional, das Industriearbeitermilieu als einen nach oben abgeschotteten Teilbereich der Sozialstruktur aufzufassen,<sup>5</sup> und von daher ist auch danach zu fragen, wie das Arbeitermilieu dem kommunistischen System integriert gewesen ist.

Obwohl dieses Milieu, wie wir sehen werden, Rückbindungen an die Erste Tschechoslowakische Republik nicht verlor, beruhten diese kaum noch auf materiellen Kontinuitätssträngen: Das weitverzweigte sozialdemokratisch dominierte Arbeitervereinswesen der Ersten Republik, durch die nationalsozialistische Okkupation zerschlagen, wurde 1945 infolge der Entscheidung für den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft nicht wieder erneuert. Die enormen Umschichtungen der Arbeiterschaft, beginnend mit der Mobilisierung für die NS-Kriegswirtschaft, fortgesetzt mit ausgedehnten Migrationsbewegungen und der beträchtlichen quantitativen Schrumpfung durch die Aussiedlung der deutschen Arbeiter im Zuge des Transfers der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg, verstärkt durch staatliche Arbeitskräftelenkung und den Zustrom aus anderen sozialen Gruppen – dies alles läßt nicht vermuten, daß stabile Belegschaften und damit traditionelle betriebliche Milieus in größerem Ausmaß aus der Zwischenkriegsrepublik in die Nachkriegszeit hinübergenommen werden konnten. Schließlich löste auch die kommunistische Kaderpolitik das Binnengefüge der Arbeiterschaft ganz erheblich auf: Durch große Schübe sozialen Aufstiegs, bei denen bis zum Ende der fünfziger Jahre mindestens 200 000 Arbeiter aus der Produktion vor allem in die Verwaltung, die Betriebsleitungen und den Apparat der KPTsch überführt wurden.

Das soziale Milieu der Industriearbeiterschaft, insbesondere als betriebsnaher Bereich, bildete sich insofern ganz wesentlich erst in der Nachkriegszeit heraus. Obwohl das auch heißt, daß die Industriearbeiterschaft Solidarstrukturen, Verhaltens- und Konfliktstrategien zum großen Teil erst entwickeln mußte, kann sie frühzeitig an bestimmten kollektiven Handlungsschemata identifiziert werden, die sie in Gegensatz zur Politik der KPTsch und der Gewerkschaften brachten. Dies soll

---

<sup>4</sup> Zur Milieuproblematik sei hier nur verwiesen auf Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalysen in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen 1987.

<sup>5</sup> Mit der Neigung, in diesem Punkt zu vereinfachen: Heumos, Peter: K sociálním dějinám průmyslového dělnictva v Československu v letech 1945–1968 [Zur Sozialgeschichte der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945–1968]. Dějiny a současnost 2000, H. 4, 35–38. Christoph Boyer hat in den Diskussionen auf dem Prager Workshop auf diese Tendenz zu Recht kritisch hingewiesen.

im weiteren an drei verschiedenen Themenbereichen dargestellt werden: Am Komplex der Schichtarbeit, an der Entwicklung der Betriebsklubs und der Frage der Arbeitsmoral. Aus den Ergebnissen sollen einige Thesen zu Macht- und Herrschaftsverhältnissen im industriellen Bereich abgeleitet werden.

1. Zu den Merkmalen des sozialen Milieus der Industriearbeiter gehörte – trotz der hohen zwischenbetrieblichen Mobilität in den fünfziger Jahren – ein ausgeprägter Betriebsegoismus oder -patriotismus als Interesse an der Selbständigkeit, der Autonomie des Betriebes. In ihren Resolutionen zum IX. Parteitag der KPTsch im Mai 1949, d.h. zu einem Zeitpunkt, als der hochzentralisierte industrielle Sektor längst in seine Konsolidierungsphase eingetreten war, forderten die Betriebszellen der Partei vor allem in der Textil-, Metall- und chemischen Industrie die Abschaffung der zentralistischen Organisation der nationalisierten Industrie und die möglichst weitgehende Wiederherstellung der Eigenständigkeit insbesondere auch der kleinen Betriebe.<sup>6</sup> Vor der kommunistischen Machtübernahme, in den Jahren 1945–1948, hatten sich die Arbeiter vielfach für eine „staatsfreie“, an genossenschaftlicher Selbstverwaltung orientierte Sozialisierung der Industriebetriebe ausgesprochen, die in der Tradition der nichtkommunistischen Arbeiterparteien der Ersten Tschechoslowakischen Republik, der Sozialdemokraten und der nationalen Sozialisten stand.<sup>7</sup> Unzweifelhaft war der Betriebspatriotismus ein Erbe der Ersten Republik: Sozialfriedliche betriebliche Integrationsstrategien auf der Grundlage eines „sekundären“ Patriarchalismus der Unternehmer, die starke parteipolitische und weltanschauliche Zersplitterung der Gewerkschaften mit der Folge einer an den Einzelbetrieb gebundenen Regelung von Arbeitskonflikten und das deutlich auf lokale Verhältnisse zugeschnittene Kollektivvertragswesen bildeten zwischen 1918 und 1938 wichtige Voraussetzungen für die Förderung und Stabilisierung betrieblicher Bindungen.<sup>8</sup> Praktisch wirksam wurden betriebspatriotische Einstellungen der Arbeiter in den fünfziger Jahren vor allem bei den häufig erfolgreichen Versuchen, die nicht abreißende Kette der Produktionskampagnen und den politischen Primat der unbedingten Planerfüllung mit dem Hinweis auf die (begrenzten) technischen Ressourcen der Betriebe abzublocken. Um nur ein Beispiel zu geben: Die Hüttenarbeiter in den Eisenwerken in Vítkovice (Witkowitz) machten einem Gewerkschaftsfunktionär im Frühjahr 1953 unwirsch klar, daß der defekte Hochofen Nr. 1 die zusätzliche Belastung durch einen sozialistischen Wettbewerb nicht überstehen würde, konnten aber den Betriebsdirektor, der das Plansoll unter keinen Umständen gefährden wollte, nicht dazu bewegen, den Hochofen vorübergehend stilllegen und gründlich reparieren zu lassen.<sup>9</sup> Die KPTsch sah im Betriebspatriotismus

<sup>6</sup> Státní ústřední archiv (= SÚA), Prag. Fonds ÚV KSČ 100/1, Bd. 2, Nr. 9, 1–157.

<sup>7</sup> Heumos, Peter: Betriebsräte, Einheitsgewerkschaft und staatliche Unternehmensverwaltung. Anmerkungen zu einer Petition mährischer Arbeiter an die tschechoslowakische Regierung vom 8. Juni 1947. JbGO 29 (1981) 215–245.

<sup>8</sup> Ders.: Die Arbeiterschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Elemente der Sozialstruktur, organisatorischen Verfassung und politischen Kultur. BohZ 29 (1988) 50–72.

<sup>9</sup> Všeodborový archiv (= VOA), Prag. ÚRO-VMP, Karton 2. Berichte aus den Brigaden. Berichte über sozialistischen Wettbewerb 1953 (Závod Vysoké pece Vítkovických železáren Klementa Gottwalda).

zunächst ein Relikt „kapitalistischen Konkurrenzdenkens“.<sup>10</sup> Die tägliche Notwendigkeit, die Defizite der zentralen Planwirtschaft auf betrieblicher Ebene ausgleichen zu müssen, vor allem im Bereich der Rohstoff- und Materialversorgung,<sup>11</sup> verlangten allerdings auch unter dem Staatssozialismus ein erhebliches betriebliches Eigeninteresse. So führten etwa die Verteilungskämpfe auf dem Arbeitsmarkt 1962 im Gebiet um Kladno zu einem regelrechten Kleinkrieg zwischen den Betrieben, da sich die betrieblichen Anwerbungskommissionen nicht an die Grenzen der ihnen zugewiesenen „Jagdgebiete“ hielten, sondern in benachbarten Rayons „wilderten“, mit Repressalien drohten, falls man ihnen die Kontaktaufnahme mit abwanderungswilligen Arbeitern verbot und erst durch massive Interventionen der Nationalausschüsse in die Schranken gewiesen werden konnten.<sup>12</sup>

Betriebszentrisches Denken spiegelte offensichtlich auch die Distanz der Arbeiter zum Staatssozialismus als bürokratische Großveranstaltung. Der Protest mährischer Holzarbeiter gegen die Eingliederung ihrer kleinen Sägemühlen in ein einziges landesweites Nationalunternehmen nach dem Februarumsturz 1948<sup>13</sup> und die (erfolglosen) Versuche kleiner städtischer Betriebe in den Jahren 1950–1952, bei ihrer Zusammenfassung zu kommunalen Unternehmen ihren eigenen Betriebsrat zu behalten,<sup>14</sup> sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß in der Ersten Republik fast ein Drittel aller Arbeiter in Betrieben mit sechs bis 20 Beschäftigten gearbeitet hatte.<sup>15</sup> Die schon vor der kommunistischen Machtübernahme einsetzende Kritik der Arbeiter an der wuchernden Bürokratie der industriellen Großbetriebe zieht sich durch die ganzen fünfziger Jahre hin. Die Beamten in der Industrie waren für Arbeiter in Vrchlábí (Hohenelbe) „neue Kapitalisten“, wie es in ihrer Resolution an den IX. Parteitag der KPTsch heißt.<sup>16</sup> Die Betriebsverwaltungen gerieten u. a. im Zusammenhang mit der sogenannten Verbesserungsbewegung in den Geruch einer unfähigen Bürokratie: Erfindungen und technische Verbesserungen der Arbeiter im Rahmen dieser landesweit organisierten Bewegung<sup>17</sup> blieben oft jahrelang in der Administration liegen, eine Situation, die immer wieder innerbetriebliche Konflikte hervorrief und das gerade in diesem Bereich erkennbare Engagement der Arbeiter unter-

<sup>10</sup> Rudé právo vom 12. und 15.10.1948.

<sup>11</sup> Als ein Beispiel vgl. den Bericht der Materialabteilung der Zbrojovka in Strakonice (Strakonitz) an den Zentralrat der Gewerkschaften vom Dezember 1951. VOA, Prag, OS Kovo-Strojirenství, Karton 4A, 1951, Faszikel 5.

<sup>12</sup> Státní oblastní archiv (= SOA), Prag, Betriebsarchiv Poldi/Vereinigte Stahlwerke Kladno, Karton 389, 1946–1962. Sitzungen der Anwerbungskommission vom 21.4., 7.5. und 19.5.1962.

<sup>13</sup> VOA, Prag, NHK, Karton 83, Nr.222. Memorandum der Vertreter von Sägewerken aus fünf politischen Bezirken Westmährens vom 18.8.1948 für den Zentralrat der Gewerkschaften.

<sup>14</sup> VOA, Prag, MH, Karton 2/1, 1950–1952. Faszikel 2, Bericht über das Kommunalunternehmen in Třeboň (Wittingau).

<sup>15</sup> Teichová, Alice: The Czechoslovak Economy 1918–1980. London-New York 1988, 38 (Tab. 3.10).

<sup>16</sup> SÚA, Prag, Fonds ÚV KSČ 100/1, Bd.2, Nr.9, 122.

<sup>17</sup> Komárek, Miroslav: Zlepšovateľská aktivita dělníků [Die Verbesserungsaktivität der Arbeiter]. Praha 1983.

grub.<sup>18</sup> Arbeiter, die in Großbetriebe gewechselt waren, beschwerten sich bei der Partei, daß die Betriebsleitung sie nicht persönlich kenne und nicht wisse, welche Arbeit sie verrichteten.<sup>19</sup> Es hatte offenbar auch mit der Tradition der eng mit lokalen Arbeitermilieus verknüpften Gewerkschaften der Ersten Republik zu tun, daß die Einheitsgewerkschaft als bürokratischer Koloß ständiger Kritik aus der Arbeiterschaft ausgesetzt war.<sup>20</sup> Schließlich bestand für die Arbeiter kein Zweifel daran, wo die Gründe für die Schwierigkeiten der Planwirtschaft lagen: In der Ersten Republik habe es bei 14 Millionen Einwohnern 13 Ministerien gegeben, erklärten sie im Mai 1956 einem Vertreter des Kreisgewerkschaftsrates České Budějovice (Budweis), jetzt habe die Republik 12,5 Millionen Einwohner und mehr als 30 Ministerien.<sup>21</sup>

2. Es ist gewiß fast trivial, antibürokratische Einstellungen in Arbeitermilieus unter dem Kommunismus hervorzuheben, da diese Orientierung offensichtlich die Regel gewesen ist.<sup>22</sup> Im tschechoslowakischen Fall spiegeln sich in solchen Einstellungen jedoch überkommene Elemente der Lebensverhältnisse und der Sozialstruktur der Industriearbeiterschaft. In den böhmischen Ländern, deren Industrialisierung mit einer vergleichsweise niedrigen Urbanisierung einhergegangen war, wohnte ein beträchtlicher Teil der Industriearbeiterschaft in ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden (Tabelle 1), lebte also in einem überschaubaren, oft dörflich geprägten sozialen Raum, in dem ein „soziales Kapital“ zur Verfügung stand, das u. a. auch gegen die bürokratische Durchrationalisierung der industriellen Verhältnisse gewendet werden konnte.<sup>23</sup> In den ländlichen Gemeinden überwog der Typus des *kovorolnik* (Metallbauer), eines Industriearbeiters mit landwirtschaftlichem Zwergbesitz, der zwischen agrarischem und industriellem Milieu oszillierte

---

<sup>18</sup> Einige Hinweise zu dieser Problematik finden sich in dem Protokoll der gesamtstaatlichen Beratung der Erfinder, Verbesserer und Neuerer am 24. 10. 1957 in Prag. VOA, Prag. Strojrenství, Karton 35–36, 1957, Faszikel 4.

<sup>19</sup> SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 100/1, Bd. 2, Nr. 9, 45.

<sup>20</sup> Vgl. dazu – stellvertretend für zahlreiche andere Belege – die Aufzeichnungen über die Arbeitstreffen der Betriebsratvorsitzenden im Kreis Gottwaldov am 7. und 8. 5. 1956. VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 159, Nr. 530/1. Beilage 1.

<sup>21</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 75/1956, Nr. 138/3. Protokoll der Plenarsitzung des Kreisgewerkschaftsrates České Budějovice vom 18. 5. 1956.

<sup>22</sup> Für die DDR vgl. dazu beispielsweise Alheit, Peter/Hack, Heinz/Hofschne, Heinz-Gerd/Meyer-Braun, Renate: Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren. 2 Bde. Bremen 1999.

<sup>23</sup> Ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Auseinandersetzung um die Ausstellung ärztlicher Atteste. Die Versuche der Gewerkschaften und der Bezirkskrankenversicherungen, die Betriebsärzte mit der alleinigen Kompetenz auszustatten, den Krankenschein auszustellen, sind langfristig offensichtlich gescheitert. Diejenigen Arbeiter, die auf dem Lande lebten und zur Arbeit pendelten, ließen sich von dem (zumeist wohlwollenden) Arzt ihrer Heimatgemeinde krankschreiben, der es zudem nicht immer für notwendig hielt, den Krankheitsfall dem Betrieb zu melden. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 9, PV 1145. Protokoll der Sitzung des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses vom 31. 8. 1957.

Tabelle 1: Gemeindegrößen und Anteile der Arbeiter in Industrie und Handwerk an der erwerbstätigen Wohnbevölkerung in den böhmischen Ländern nach der Volkszählung 1947 und der territorialen Gliederung der Verwaltung 1948

Gemeindegröße	Von 1000 Erwerbstätigen entfielen auf Arbeiter in Industrie und Handwerk
–99	184,2
100–199	263,9
200–299	329,0
300–499	386,8
500–999	463,6
1000–1999	519,3
2000–4999	533,2
5000–9999	504,7
10000–19999	500,4
20000–49999	533,3
50000–99999	461,0
100000–	455,5

Quelle: Statistický zpravodaj 12 (1949), Nr.2, 46.

und nach statistischen Angaben für 1956, die dem Politbüro des ZK der KPTsch im Juli 1958 vorlagen, mit 414 095 Haushalten mehr als ein Drittel aller Arbeiterhaushalte (1129941) stellte.<sup>24</sup> So bewirtschafteten beispielsweise im Einzugsbereich des Kreisgewerkschaftsrates Brünn 1956 über 75000 Industriearbeiter landwirtschaftlichen Kleinbesitz bis zu 2 ha.<sup>25</sup> Dem industriellen Kapitalismus der Ersten Republik lebensweltlich nicht völlig integriert, erlebte diese Schicht, die den überwiegenden Teil der rund 1 Million Pendler in den böhmischen Ländern (1949) bildete,<sup>26</sup> auch den industriellen Sozialismus „auf Distanz“, indem sie sich der politischen und gewerkschaftlichen Formierung auf Betriebsebene vielfach entziehen konnte: An betrieblichen Veranstaltungen von Partei und Gewerkschaft nach der Arbeit nahmen in der Regel vor allem die ortsansässigen Arbeiter teil, während sich die auf dem Lande wohnenden Arbeiter auf den Weg nach Hause machten.<sup>27</sup>

<sup>24</sup> SÚA, Prag, Fonds ÚV KSČ 02/2, Bd.182, Nr. 248. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Grundsätze der weiteren Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung“ der Sitzung des Politbüros des ZK der KPTsch am 3.7.1958.

<sup>25</sup> VOA, Prag, KOR, Karton 74/1956, Nr.137. Materialien zu den Aufgaben der Sozialisierung des Dorfes im Kreis Brünn vom 21.7.1956.

<sup>26</sup> Kalinová, Lenka: Vývoj struktury a postavení čs. průmyslových dělníků a hospodářskotechnických pracovníků v 50. letech [Die Entwicklung der Struktur und der Lage der tschechoslowakischen Industriearbeiter und der ökonomisch-technischen Mitarbeiter in den fünfziger Jahren]. Revue dějin socialismu 1968, Sondernummer, 1025–1062, hier 1044.

<sup>27</sup> VOA, Prag, KOR, České Budejovice, Karton 9/1950, Nr. 53. Bericht über die Mitgliederversammlungen der gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen im Januar 1950. Der Bericht führt für alle Industriebetriebe im Einzugsbereich des Kreisgewerkschaftsrates České Budejovice an, daß die Beteiligung an den Mitgliederversammlungen bei 100 Prozent lag, wenn diese in der Arbeitszeit stattfanden. Nach dem Ende der Schicht sank die Beteiligung auf 15–50 Prozent, da die Mehrheit der Arbeiter „aus weit entlegenen Orten“ pendelte und gleich nach der Arbeit den Heimweg antrat.

3. Polarisiert wurden die sozialen Lebenszusammenhänge der Industriearbeiter und die betrieblichen Erfordernisse vor allem in der Frage der Schichtarbeit. Im Februar 1951 ordnete das ZK der KPTsch – vor dem Hintergrund der drastisch erhöhten Planziele des ersten Fünfjahresplans – die allgemeine Einführung der zweiten und der dritten Schicht insbesondere in der Schwerindustrie an und bezeichnete diese Maßnahme als grundlegende Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben des ersten Fünfjahresplans.<sup>28</sup> Zu dieser Zeit arbeitete in der dritten Schicht (22–6 Uhr) auch in der Schwerindustrie nur ein sehr kleiner Teil der Belegschaften. In den Pilsener Škoda-Werken war sie 1950 nur zu zwei Prozent ausgelastet,<sup>29</sup> in der Eisenhütte in Děčín (Tetschen) arbeiteten 1951 nur drei Prozent der Beschäftigten in der Nachtschicht, in den Stahlwerken in Chomutov (Komotau) acht Prozent,<sup>30</sup> in den Eisenwerken in Králův Dvůr (Königshof) etwas mehr als zehn Prozent.<sup>31</sup> Der ökonomisch sinnvollen Forderung des ZK nach einer effektiveren Nutzung des Maschinenparks und der technischen Einrichtungen nicht allein in der Schwerindustrie, sondern in der Industrie überhaupt<sup>32</sup> war in den folgenden Jahren so wenig Erfolg beschieden, daß die gesamtstaatliche Konferenz der KPTsch 1960 etwas resigniert die Devise ausgab, zunächst einmal die Einführung des Zweischichten-Betriebes durchzusetzen.<sup>33</sup> In der Tat zeigt eine vom Zentralrat der Gewerkschaften veranlaßte Untersuchung aus dem Jahr 1965, daß sich die Situation gegenüber den frühen fünfziger Jahren kaum verbessert hatte: Landesweit entfielen auf die erste Schicht (6–14 Uhr) über 70 Prozent der Industriearbeiter, auf die zweite Schicht (14–22 Uhr) über 21 und die Nachtschicht 7,5 Prozent.<sup>34</sup> In einigen Großbetrieben wie den Škoda-Werken ballten sich in der Frühschicht über 80 Prozent der Arbeiter zusammen, während die Nachtschicht mit nicht einmal vier Prozent besetzt war.<sup>35</sup> Die Quellen vermitteln den Eindruck, daß Partei und

<sup>28</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 1/1951. Bericht des Kreisgewerkschaftsrates Ústí nad Labem (Aussig) über die Einführung der zweiten und dritten Schicht in der Schwerindustrie (März 1951).

<sup>29</sup> SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 100/1, Bd. 14, Nr. 96. Informační služba sekretariátu ÚV KSČ, Nr.1/1950, 9.

<sup>30</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 1/1951. Bericht des Kreisgewerkschaftsrates Ústí n.L. über die Einführung der zweiten und dritten Schicht in der Schwerindustrie (März 1951).

<sup>31</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 105, Nr. 382. Bericht eines Instruktors des Kreisgewerkschaftsrates Prag für März 1951 vom 5.4.1951.

<sup>32</sup> Vgl. dazu die Zusammenfassung der Ergebnisse einer Untersuchung der Staatlichen Planungskommission aus dem Jahr 1961 zur Nutzung der sogenannten Grundfonds (d.h. vor allem der Maschinen und technischen Anlagen) sowie der Arbeitskräfte in der Industrie, die dem Vorstand des Zentralrates der Gewerkschaften bei seiner Sitzung am 3.5.1962 vorlag. VOA, Prag. ÚRO-PŘ, Karton 58, Nr. 363 I/2. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Nutzung der Grundfonds und Einführung des Mehrschichtenbetriebes.“

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 73, Nr. 415 I/3. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Bericht über den Berufsverkehr und Unterlagen für das Referat und die Beschlüsse der gesamtstaatlichen Allgewerkschaftskonferenz“ der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 21.4.1965.

<sup>35</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 82, Nr. 435 I/2. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Dienstleistungen für die Beschäftigten in den Betrieben und Wohnorten“ der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 28.7.1966.

Gewerkschaften bei dem Versuch, die Belegung der zweiten und der dritten Schicht zu erhöhen, auf Zwangsmaßnahmen verzichteten und ganz vorrangig auf „Überzeugungsarbeit“ setzten,<sup>36</sup> die aber das Hauptargument der Arbeiter nicht ausräumen konnte, daß Schichtarbeit ihr „gesellschaftliches und Familienleben“ einschränke und beeinträchtige.<sup>37</sup> Es liegt auf der Hand, daß die pendelnden Industriearbeiter und damit in erster Linie die *kovoroňáci*, deren Tagesrhythmus durch Fabrikarbeit in der ersten und landwirtschaftliche Tätigkeit in der zweiten Tageshälfte geprägt wurde, den Widerstand gegen Schichtarbeit anführten. In den Industriebetrieben in Gottwaldov arbeiteten 72 Prozent der pendelnden Beschäftigten in der Frühschicht, im Bezirk Beroun (Beraun) rund zwei Drittel.<sup>38</sup>

Das Verschleppen einer ökonomisch befriedigenden Regelung der Frage der Schichtarbeit – und damit die Bewahrung der überkommenen Arbeits- und Lebensverhältnisse eines beträchtlichen Teils der Industriearbeiterschaft – hing zwar auch mit Defiziten im Wohnungsbau und im Berufsverkehr zusammen,<sup>39</sup> war aber in letzter Instanz eine Folge der Praxis der staatssozialistischen Volkswirtschaft als politischer Ökonomie, also der Rückbindung ökonomischer an gesellschaftlich-politische Prozesse, die zur Entökonomisierung wirtschaftlichen Handelns führte – trotz ständiger anderslautender Absichtserklärungen der Partei.<sup>40</sup> In anderen Bereichen hat das Regime selbst das Arbeitermilieu organisatorisch mit traditionellen sozialen Strukturen verbunden, die dann Entwicklungen förderten, die im Sinne der ursprünglichen Zielsetzungen von Partei und Gewerkschaften kaum noch unter Kontrolle gebracht werden konnten. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang sind die von den Gewerkschaften organisierten und geleiteten Betriebsklubs.

<sup>36</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 1/1951. Bericht des Kreisgewerkschaftsrates Ústí n.L. über die Einführung der zweiten und dritten Schicht in der Schwerindustrie (März 1951).

<sup>37</sup> Das Zitat nach Píck, Miloš: Proč zvyšovat směnnost? [Warum soll die Schichtarbeit ausgeweitet werden?]. Odborář 18 (1965), Nr. 26, 1261–1266, hier 1265.

<sup>38</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 82, Nr. 435 I/2. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Dienstleistungen für die Beschäftigten in den Betrieben und Wohnorten“ der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 28. 7. 1966.

<sup>39</sup> Versuche, das Problem der pendelnden Industriearbeiter durch die Intensivierung des Wohnungsbaus an ihren Arbeitsorten zu lösen, stießen andererseits auf die Schwierigkeit, daß nur wenige Arbeiter ihr Einfamilienhaus auf dem Lande gegen eine Mietwohnung in den Betonplattenbauten der größeren Städte eintauschen wollten. Um die Mitte der sechziger Jahre zeigten von den 15000 pendelnden Arbeitern der Pilsener Škoda-Werke nur 4600 Interesse an einem Umzug nach Pilsen. Zu den Problemen des Berufsverkehrs gehörten u. a. der anhaltende Mangel an Verkehrsmitteln und die damit direkt zusammenhängenden Abstimmungsschwierigkeiten zwischen Fahrplänen und Arbeitszeiten. Der nordmährische Kreis forderte für 1966 weitere 321 Autobusse, erhielt aber nur 152. Im Bezirk Gottwaldov mußten im gleichen Jahr rund 2000 Arbeiter eine Stunde zu früh den Weg zur Arbeit antreten. E b e n d a.

<sup>40</sup> Eines von zahllosen Beispielen ist das Verhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung in der Konsumgüterindustrie zwischen 1948 und 1965. Während die Arbeitsproduktivität dort deutlich unter dem gesamtindustriellen Durchschnitt lag, hielt die Lohnentwicklung – sozialpolitisch gestützt – fast mit dem Durchschnitt der gesamten Industrie Schritt. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 88, Nr. 451. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Lohnnivellierung in der Konsumgüterindustrie“ der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 1. 6. 1967.

4. Vor der kommunistischen Machtübernahme (Februar 1948) wurde in der sozialdemokratischen Partei vor allem unter zwei Gesichtspunkten über die Errichtung von Betriebsklubs diskutiert: Einmal sollten diese an soziale Einrichtungen einiger Industriebetriebe in der Tschechoslowakei vor 1938 anknüpfen, zum anderen dem geselligen Verkehr, der (nichtkommerzialisierten) Freizeitgestaltung und der Allgemeinbildung der Arbeiter dienen.<sup>41</sup> Die seit 1951 auf der Grundlage des neuen Vereinsgesetzes in großer Zahl gegründeten Betriebsklubs – um die Mitte des Jahres 1958 bestanden insgesamt 784<sup>42</sup> – lehnten sich jedoch ausdrücklich an das sowjetische Vorbild an und repräsentierten den Versuch zur Etablierung einer betriebszentrierten, gewerkschaftlich angeleiteten sozialistischen Kultur, die Arbeit und Lebenszusammenhang in einer spezifischen, auf Produktions- und Produktivitätssteigerung ausgerichteten „Arbeitskultur“ vermitteln und die herkömmliche Trennung von Arbeit und Freizeit durch kulturell-politische Mobilisierung aufheben sollte.<sup>43</sup> Die Klubs wurden jedoch keineswegs – wie solche vom Pathos des sozialistischen Aufbaus getragenen Zielvorstellungen vermuten lassen – auf dem blankgelegten Fundament eines neuen gesellschaftlichen Organisationssystems der Arbeiterschaft errichtet. Die durch das Vereinsgesetz des Jahres 1951 aufgelösten lokalen Volksmusik-, Volkskunst-, Theater-, Kleinkunst-, Gesangs- und Tanzgruppen sowie zahllose andere Klubs und Vereine, die Freizeitbeschäftigungen organisierten – von den Amateurphotographen und Puppenspielern bis zu den Briefmarkensammlern und Heimatforschern –, wurden mehrheitlich mit ihrem leitenden Personal und zumeist ohne politische „Eignungsprüfung“ in die Betriebsklubs übernommen, wie sich dies jedenfalls für Prag nachweisen läßt, wo 1956 über 60 Betriebsklubs existierten.<sup>44</sup> Es mag sein, daß diese „klassenunspezifische“ Genese der Klubs auf die nach 1948 vorübergehend noch erkennbare Tendenz der kommunistischen Politik zurückzuführen ist, beim Aufbau des Sozialismus nicht ausschließlich auf die „Diktatur des Proletariats“ zu setzen, sondern sich auch andere soziale und politische Strukturen nutzbar zu machen, wie dies beispielsweise die noch 1951 fortgeführten Versuche zeigen, den Betriebssport auf der Grundlage des (politisch „gesäuberten“ und ideologisch formierten) Sokol zu organisieren.<sup>45</sup> Eine andere denkbare Erklärung ist die in der KPTsch-Führung besonders ausgeprägte Zielvorstellung einer raschen Konsolidierung der neuen Gesellschaftsordnung, die zur Folge hatte, daß die Partei von Provisorium zu Provisorium hastete und ihrem sozialistischen Erfolgskonto vielfach bloß Deklaratorisches gutschrieb.<sup>46</sup>

<sup>41</sup> H o k e š, E. S.: Podnikové kluby [Die Betriebsklubs]. Sociální revue 21 (1946) 22–24.

<sup>42</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 166, Nr. 561. Gewerkschaftsstatistik.

<sup>43</sup> Vgl. dazu den Bericht der Abteilung für Kultur und soziale Angelegenheiten des Kreisgewerkschaftsrates Brünn vom 5.9.1956 über die kulturell-aufklärerische Tätigkeit der Betriebsklubs einiger Industriebetriebe in und um Brünn. VOA, Prag. KOR, Karton 74/1956, Nr. 137.

<sup>44</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 83 A/1956, Nr. 146 A. Bericht über die Tätigkeit der Betriebsklubs in Prag (nicht datiert).

<sup>45</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 10, Nr. 132. Bericht über die Reorganisation der Sokol-Gruppen (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 30.8.1951).

<sup>46</sup> In diesen Zusammenhang gehört auch der mit der Verfassung vom Juli 1960 verkündete

Ob nun die eine oder die andere Begründung zutrifft – es ist kaum zu bezweifeln, daß die traditionellen Elemente, die in den Entstehungsprozeß der Betriebsklubs eingingen, die von Anfang an weitverbreitete und auch in den sechziger Jahren deutliche Unlust der Arbeiter, sich die politischen und „produktivistischen“ Zielsetzungen der Klubs zu eigen zu machen, noch verstärkt haben. Daß die Klubs trotz gewerkschaftlicher Dauerkritik faktisch wohl überwiegend dem Bedürfnis nach privat-unpolitischem Freizeitvergnügen dienen, zeigen u. a. die in Tabelle 2 zusammengestellten Genres derjenigen Filme, die im ersten Halbjahr 1956 in den Betriebsklubs im Organisationsbereich des Kreisgewerkschaftsrates Karlovy Vary (Karlsbad) vorgeführt wurden,<sup>47</sup> wie auch die zahlreichen moralisierenden Nüchternheitskampagnen der Gewerkschaften mit der ständigen Forderung nach „Tanzveranstal-

Tabelle 2: Art und Anzahl der in den Betriebsklubs im Organisationsbereich des Kreisgewerkschaftsrates Karlovy Vary im ersten Halbjahr 1956 gezeigten Filme

Bezirk	fachkundliche Filme	populärwissenschaftliche Filme	abendfüllende Spielfilme und Komödien
Aš (Asch)	6	7	21
Cheb (Eger)	40	33	137
Kadaň (Kaaden)	25	11	103
Karlovy Vary	91	147	1030
Kraslice (Graslitz)	1	7	161
Mariánské Lázně (Marienbad)	13	21	128
Podbořany (Podersam)	1	2	113
Sokolov (Falkenau)	26	44	366
Toužim (Theusing)	20	0	192
insgesamt	223	272	2251

Quelle: VOA, Prag. KOR, Karton 79/1956, Nr. 142 (Karlovy Vary).

Übergang zum Sozialismus, den die Parteiführung um Novotný vor allem mit den wirtschaftlichen Erfolgen des Regimes legitimieren zu können glaubte. Tätigkeitsberichte der Betriebe in der Zeit belegen diese Erfolge keineswegs. So zeichnet der Rechenschaftsbericht der Vereinigten Stahlwerke Kladno für 1961 ein außerordentlich düsteres Bild der Entwicklung der Produktion und konstatiert schwerwiegende, seit 1960 andauernde Defizite bei der Planerfüllung hinsichtlich der Bruttoproduktion, des Sortiments und der Qualität der Produkte, des Investitionsrückflusses und der Arbeitsproduktivität. Hohe Produktionsausfälle verursachten die Störanfälligkeit der veralteten Hochöfen und technischen Anlagen sowie die quantitativ und qualitativ unzureichende Rohstoffversorgung des Betriebes. SOA, Prag. Betriebsarchiv Poldi/Vereinigte Stahlwerke Kladno, Karton 29, 1951–1965. Kurzer Bericht über die Tätigkeit des Unternehmens im Jahr 1961.

<sup>47</sup> Die Tabelle: erfaßt – entsprechend dem Charakter der Einheitsgewerkschaft – nicht nur Betriebsklubs in der Industrie, sondern in allen Beschäftigungsbereichen. In der Vorlage sind die Betriebe einzeln ausgewiesen; danach ist deutlich, daß die Verteilung der Präferenzen auf die verschiedenen Filmarten von einem Beschäftigungsbereich zum anderen kaum schwankte.

tungen ohne Alkohol“ in den Betriebsklubs.<sup>48</sup> Legt man die gewerkschaftliche Kritik zugrunde, scheiterte die ursprüngliche Zielsetzung der Klubs vor allem daran, daß sie vielfach kommerzialisiert und an das ortsübliche Unterhaltungsangebot herangeführt wurden. Häufig dienten die Betriebsklubs als Sprungbrett für Karrieren im Unterhaltungsgewerbe. Dort, wo die Klubs die ihnen gestellte Aufgabe einigermaßen erfüllten und in vielfältiger Weise die Notwendigkeit der Steigerung, technischen Verbesserung und Rationalisierung der Produktion bewußt zu machen suchten und die sozialistische Symbiose von Arbeit, Kultur und Freizeit praktizierten, beruhte dies nach Auffassung der Gewerkschaften in viel zu geringem Maße auf der Eigeninitiative und dem Engagement der Arbeiter, sondern war das Ergebnis bürokratischer Anweisung durch bezahlte Gewerkschaftsfunktionäre, die in zahlreichen Betrieben die in diesem Bereich ehrenamtlich Tätigen allmählich zurückdrängten.<sup>49</sup> Ein abschließendes Urteil darüber, wie attraktiv die Klubs in ihrer nichtintendierten Form als Ort der Geselligkeit und Unterhaltung für die Arbeiter waren, ist noch nicht möglich.<sup>50</sup> Immerhin ist zu erkennen, daß jüngere Arbeiter jedenfalls in den sechziger Jahren wenig Neigung verspürten, ihre Freizeit in den Betriebsklubs zu verbringen, und professionell betriebene Einrichtungen der Unterhaltungsbranche bevorzugten<sup>51</sup> und daß in den großen Städten konkurrierende Freizeitangebote allgemein ein geringes Interesse an den Klubs begründeten: Um die Mitte der fünfziger Jahre gehörten von den 1200 Arbeitern der Prager Waggonfabrik Tatra nur rund 60 dem Betriebsklub des Werkes an, und in einigen anderen Prager Industrieunternehmen lagen die Verhältnisse ähnlich.<sup>52</sup> Schließlich besteht kein Zweifel daran, daß der Integrationseffekt der Klubs – in ihrer geplanten politischen oder nichtgeplanten unpolitischen Form – an der Wohnsituation und der Sozialstruktur der Industriearbeiterschaft seine Grenzen fand. Mit den pendelnden Arbeitern konnten die Klubs nicht rechnen. Schon vor 1948 wurde in der Diskussion über das Konzept der Betriebsklubs am Beispiel von zehn Fabriken in kleineren Städten Böhmens darauf hingewiesen, daß die *kovorolníci*, die dort 20–35 Prozent der Belegschaft ausmachten und bis zu 40 km von ihrer Arbeitsstätte entfernt wohnten, praktisch aus den Klubs ausgeschlossen wurden, damit aber gerade diejenige Gruppe nicht erfaßt werden konnte, deren kulturelles Niveau nach zeitgenössischer Einschätzung im allgemeinen unter dem der städtischen Industriearbeiter lag.<sup>53</sup>

<sup>48</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Jahreskonferenzen der Betriebsklubs im Jahr 1962 für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 26.2.1963. VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 62, Nr. 376 I/2, Beilage II.

<sup>49</sup> Vgl. Heumos: K sociálním dějinám 35f. – VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 58, Nr. 362 III/1. Informationsbericht über die Jahreskonferenzen der Betriebsklubs im Jahr 1961 für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 20.3.1962.

<sup>50</sup> Die (noch nicht abgeschlossene) Auswertung eines Bestandes von Protokollen von Betriebsratssitzungen zeigt die Tendenz, daß die Betriebsklubs nicht allzuoft auf der Tagesordnung dieser Sitzungen standen, obwohl die Betriebsräte das Aufsichtsorgan der Klubs waren.

<sup>51</sup> Vgl. dazu die in Anm. 48 und 49 zit. Berichte.

<sup>52</sup> Vgl. dazu den in Anm. 44 zit. Bericht über die Tätigkeit der Betriebsklubs in Prag.

<sup>53</sup> H o k e š: Podnikové kluby 23.

In einem anderen Kontext als die Problematik der Schichtarbeit zeigt auch das Beispiel der Betriebsklubs, daß von einem direkten, politisch-ideologisch formierenden Zugriff der kommunistischen Machtapparate auf die Arbeiterschaft jedenfalls nach 1953 keine Rede sein kann, um die eingangs formulierte Kritik an der verbreiteten Definition kommunistischer Macht aufzunehmen. Die unmittelbar durch die Währungsreform vom 30. Mai 1953 ausgelöste Streikwelle, die sich über zwei, drei Jahre hinweg in zunehmenden kollektiven Widerstands- und Protestaktionen der Arbeiter angebahnt hatte,<sup>54</sup> zwang die Partei zu der Einsicht, daß Disziplinierung, massive ideologische Formierungsversuche und vor allem die politische Justiz, mit der die KPTsch während des ersten Fünfjahresplans 1948–1953 in einem bisher allerdings noch nicht quantifizierbaren Ausmaß gegen die Arbeiter vorging,<sup>55</sup> nicht einmal kurzfristig den erwünschten Anpassungseffekt ausübten. Nichts zeigt das schlagender als die Reaktion auf den Übergang der Partei zu blankem Terror: Wenige Wochen nach der brutalen Niederschlagung der Juni-Revolution gegen die Währungsreform flackerten im Gebiet um Most (Brüx) erneut Streiks auf.<sup>56</sup> Der allmähliche Kurswechsel, den die Partei in der Folgezeit vornahm, äußerte sich nicht allein – um hier nur Punkte zu nennen – im Verzicht auf Massenkampagnen zur Erhöhung der Arbeitsnormen, die besonders 1951 für *industrial unrest* größten Ausmaßes gesorgt hatten, sondern auch in einem sich wandelnden Verhältnis zum kollektiven Protest der Industriearbeiter. Die wütenden Reaktionen von KPTsch-Funktionären auf innerbetrieblichen Aufruhr, auf Widerstand und Streiks wie beispielsweise im Juli 1951 in der Brüner Zbrojovka, als die Arbeiter in der Motorenbauhalle eine Erhöhung der Normen verweigerten und ein aufgebrachter Parteifunktionär zu einem „zweiten Februar“ und dazu aufforderte, „die Flinten zu nehmen und zu schießen“,<sup>57</sup> wichen in den folgenden Jahren einer zurückhaltenden Einstellung: Seit 1954 wurde in den für die Funktionäre der Partei bestimmten Bulletins und Mitteilungsblättern wie *Stranická informace* und *Informační bulletin* vergleichsweise sachlich, meistens unter einer besonderen Rubrik und gelegentlich kommentarlos über Protestaktionen und Streiks der Industriearbeiter berichtet.<sup>58</sup>

<sup>54</sup> Im Überblick dazu Heumos, Peter: *Dělnické stávky v Československu v padesátých letech* [Arbeiterstreiks in der Tschechoslowakei in den fünfziger Jahren]. *Pohledy. Revue pro politiku, ekonomii, sociologii a historii* 8 (2000), H. 6, 20–21.

<sup>55</sup> Ein wesentlicher Teilbereich der politischen Verfolgung von Arbeitern wird im Rahmen unseres Forschungsprojekts von Eva Hošková (Prag) mit der Erfassung und Auswertung der Akten der Staatsgerichte in Prag und Brünn für die Jahre 1948–1952 aufgearbeitet. Unter den wegen „politischer Delikte“ verurteilten Personen auf der Ebene der Bezirksstrafgerichte machten Arbeiter nach der einzigen bisher vorliegenden Fallstudie knapp 25 Prozent aus, Angehörige der Intelligenz rund zehn und Studenten fast sieben Prozent. Vgl. Veselka, Miroslav: *Komunistická justice a její oběti ve spisech okresního trestního soudu v Praze 1949–1951* [Die kommunistische Justiz und ihre Opfer in den Akten des Bezirksstrafgerichts in Prag 1949–1951]. *Pražský sborník historický* 27 (1994) 145–179.

<sup>56</sup> Heumos: *Dělnické stávky* 20.

<sup>57</sup> Zit. nach dem Bericht des Instrukteurs des Kreisgewerkschaftsrates Brünn-Gottwaldov Jan Motl über den Stand der Überprüfung der Arbeitsnormen vom 18.7.1951. VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 110, Nr. 385 b.

<sup>58</sup> Vgl. beispielsweise *Stranická informace* Nr. 104 vom 14.10.1954 mit einem Bericht über drei Bauarbeiterstreiks in Prag. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 19/13, Bd. 3, Nr. 17.

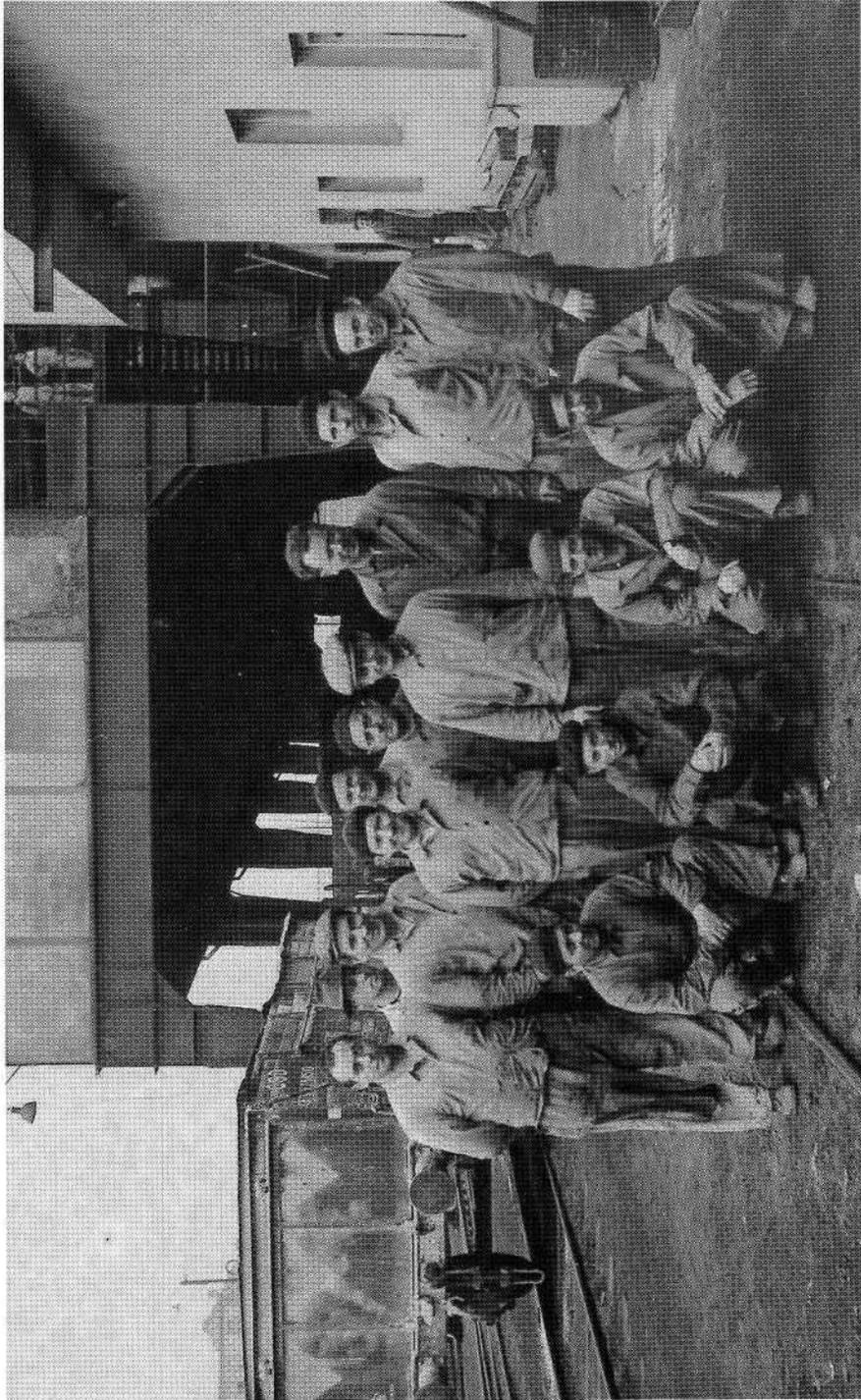


Abb. 1: Brigade der sozialistischen Arbeit in den Škoda-Werken in Pilsen (1961)



Abb. 2: Funktionär der KPTsch beim Überreichen eines Parteiausweises (1960)



Abb. 3: Brigade der sozialistischen Arbeit in einer Textilfabrik in Eger (1957)

5. Obwohl „Überzeugungsarbeit“ der Partei (und der Gewerkschaften) unter den Arbeitern nach den Erfahrungen des Jahres 1953 im ganzen ein alternativloses Konzept war, es auf diesem Weg allerdings – wie am Beispiel der Schichtarbeit gezeigt – nur sehr langsam voranging, griff die KPdTs in späteren Phasen in manchen Fällen doch wieder auf den Versuch zurück, zur Formierung der Industriearbeiterschaft massivere Mittel einzusetzen. In diesen Zusammenhang gehört das Dauerproblem der schlechten Arbeitsmoral, mit dem sich Partei, Gewerkschaften und Betriebe seit 1945 beschäftigen mußten. Es soll hier etwas ausführlicher dargestellt werden. Uns interessiert dabei vor allem, wie die unteren gewerkschaftlichen Funktionärskader und die Arbeiter selbst mit dieser Frage umgegangen sind und was dieser Umgang über das soziale Milieu der Arbeiter aussagt.

Die quantitative Erfassung des Problems ist schwierig, da die einschlägigen Statistiken das hier zunächst interessierende „unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz“ meistens nicht gesondert ausweisen; sie benutzen vorwiegend den breiteren, dabei aber keineswegs einheitlich definierten Begriff der „Absenz“, unter dem „Blau-machen“ mit Fehlen aufgrund von Krankheit, Arbeitsunfall, Freizeitausgleich, auswärtiger Schulung, Militärdienst etc. zusammengefaßt wird. Für eine grobe Orientierung mögen die folgenden Zahlen genügen: 1948 machte unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz in der ČSR 6,5 Prozent des jährlichen Arbeitszeitvolumens aus,<sup>59</sup> 1952 lag der gleiche Wert in den großen Betrieben bei drei Prozent.<sup>60</sup> Ganz erhebliche Abweichungen ergaben sich u.a. aus der spezifischen Sozialstruktur der Industriearbeiterschaft: Im Bauwesen, das in hohem Maße *kovorolníci* beschäftigte,<sup>61</sup> konnten in den fünfziger Jahren während der Aussaat- und Erntemonate Spitzenwerte bis zu 40 Prozent erreicht werden, wie für die Baubetriebe in Písek (Písek) 1956 auf einem Aktiv von Bezirksfunktionären der Gewerkschaften berichtet wurde.<sup>62</sup> Im gleichen Zeitraum betrug die industrielle Absenz – von einem Industriezweig zum anderen schwankend – zwischen zehn und 20 Prozent,<sup>63</sup> doch zeigen detaillierte statistische Angaben für einzelne Betriebe, daß die *bulači* (Bummelanten) dabei nicht ins Gewicht fielen: Bei zwei Schichten in den Eisenwerken in Vítkovice mit einer Fehlbelegung von jeweils 30 Prozent (April 1953) hätte unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz allein, unter Ausschluß aller anderen Faktoren der Absenz, diesen Anteil auf 3,5 bzw. 2,5 Prozent herabgedrückt,<sup>64</sup> also etwa auf die

<sup>59</sup> Beinhauerová, Anna: Pracovní morálka a výkonnost v průmyslové výrobě v českých zemích v období dvouletky [Arbeitsmoral und Leistungsfähigkeit in der industriellen Produktion in den böhmischen Ländern während des Zweijahresplans]. Slezský sborník 88 (1990), H. 2, 131–136, hier 133.

<sup>60</sup> VOA, Prag, ÚRO-Před., Karton 14, Nr. 160. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 4.9.1952.

<sup>61</sup> Im Jahr 1953 machten die *kovorolníci* 45–50 Prozent aller Arbeiter in der Bauindustrie der böhmischen Länder aus, in der Slowakei waren es zur gleichen Zeit etwa 70 Prozent. Vgl. Kalinová: Vývoj struktury a postavení 1027.

<sup>62</sup> VOA, Prag, KOR, Karton 75/1956, Nr. 138/1. Bewertung der allgewerkschaftlichen Aktive der Bezirksfunktionäre vom 6.–20.7.1956 in allen Bezirken des Kreises České Budějovice.

<sup>63</sup> Kalinová: Vývoj struktury a postavení 1045.

<sup>64</sup> VOA, Prag, ÚRO-VMP, Karton 2. Berichte aus den Brigaden. Berichte über sozialistischen Wettbewerb 1953 (Závod Vysoké péče Vítkovických železáren Klementa Gottwalda).

oben für 1952 angegebene Größenordnung. Das eigentliche Problem der schlechten Arbeitsmoral lag demnach nicht bei denen, die der Vorstand des Zentralrates der Gewerkschaften als „parasitäre Elemente“ skandalisierte,<sup>65</sup> sondern versteckte sich hinter dem hohen Krankenstand, der in der Absenzzbilanz am stärksten zu Buche schlug.<sup>66</sup>

Mit der Regierungsverordnung vom 3. Juni 1953 wollte die KPTsch – mitten in den Unruhen nach der Währungsreform – den großangelegten Versuch unternehmen, das Problem der mangelnden Arbeitsdisziplin mit einer Reihe rigider Maßnahmen und mit drakonischen Strafen unter Kontrolle zu bekommen. Drei Tage später konnte die Gewerkschaftsspitze Partei und Regierung mit dem Hinweis auf die explosive Situation in der Arbeiterschaft dazu bewegen, den Regierungsbeschluss wieder zurückzunehmen; sie lud sich nun allerdings selbst die „volle Verantwortung“ für die Lösung des Problems auf.<sup>67</sup> Eine grundlegende Besserung trat jedoch in den folgenden Jahren nicht ein, und die Parteiführung übte immer wieder heftige Kritik: Noch der Bericht des ZK der KPTsch zum XII. Parteitag im Dezember 1962 geißelte die Verletzung der „Staatsdisziplin“, d. h. der Arbeitsmoral, als eine der „wesentlichen Ursachen der unbefriedigenden Effektivität unserer Volkswirtschaft“.<sup>68</sup> Der Zentralrat der Gewerkschaften gab diese Vorwürfe an seine Betriebsorganisationen weiter, die, wie er meinte, in diesem Punkt nicht energisch genug handelten und ihre institutionellen Möglichkeiten (Disziplinarkommissionen, „Genossengerichte“ etc.) nicht ausschöpften.<sup>69</sup>

In der Tat bieten die Betriebsräte bzw. die gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse in dieser Hinsicht – wohl auch in Abhängigkeit vom Arbeitskräftebedarf des jeweiligen Betriebes<sup>70</sup> – ein äußerst uneinheitliches Bild. Manche plädierten für eine beträchtliche Verschärfung der gängigen Strafpraxis (Lohnabzug bzw. Geldstrafe, Relegierung, Urlaubskürzung etc.), andere nahmen es weit weniger genau: In einem Betrieb im nordwestböhmischen Záluží (Zaluží), in dem jahrelang monatlich im Durchschnitt 400 Schichten unentschuldigt versäumt wurden, behandelte der Betriebsausschuß innerhalb von zwei Jahren nur 50 Fälle von Absentismus.<sup>71</sup> Die

<sup>65</sup> VOA, Prag, ÚRO-PŘ, Karton 65, Nr. 384 I/3, Beilage II. Bericht über die Verletzung der Arbeitsdisziplin durch unbegründetes Versäumen von Arbeitsschichten (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 23.7.1963).

<sup>66</sup> VOA, Prag, ÚRO-Sekr. II, Karton 75, Nr. 240/5. Information für Genossen Hnilička über den Stand der Verkürzung der Arbeitszeit. Entwicklung der Absenz und der Fluktuation im ersten Quartal 1957. In der gesamten Industrie machte danach die Absenz etwas mehr als zehn Prozent aus; auf „unbegründete“ Absenz entfielen davon 0,8 Prozent, auf Absenz wegen Krankheit und Arbeitsunfall 7,8 Prozent.

<sup>67</sup> Ausführlich dazu Státník, Dalibor: Sankční pracovní právo v padesátých letech: Vládní nařízení o opatřeních proti fluktuaci a absenci č. 52/1953 Sb. [Arbeitsrecht und Sanktionen in den fünfziger Jahren: Die Regierungsverordnung über Maßnahmen gegen Fluktuation und Absenz Nr. 52/1953 Sb.]. Praha 1994 (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny 17). – Das Zitat nach einer Mitteilung in der Gewerkschaftspresses. Vgl. Odborář 6 (1953), Nr. 14, 617.

<sup>68</sup> Vgl. dazu die Einleitung zu dem in Anm. 65 zit. Bericht.

<sup>69</sup> E b e n d a.

<sup>70</sup> So die Vermutung des Zentralrates der Gewerkschaften. E b e n d a.

<sup>71</sup> E b e n d a.

Akten der Disziplarkommission der Pilsener Škoda-Werke in den frühen fünfziger Jahren zeigen, daß die Kommission ihre härteste Strafe, die Empfehlung zur Einweisung in ein Erziehungslager, nur in Fällen lang anhaltender Arbeitsbummelei und erst nach Ausschöpfung aller anderen Mittel aussprach und es im übrigen bei abgestuften Verweisen und kleinen Geldstrafen beließ.<sup>72</sup> Auch die Betriebszelle der KPŤsch im gleichen Werk war häufig der Meinung, daß „Staatsdisziplin“ nicht über alles gehe: Das Parteimitglied, das vom Werk als Brigadier in ein Kohlenrevier entsandt wurde und stattdessen nach Hause fuhr, konnte – bei einer im übrigen unauffälligen Kaderakte – mit dem wohlwollenden Eingreifen der kommunistischen Betriebsorganisation in das Disziplinarverfahren rechnen.<sup>73</sup>

Wo neben den untersten Gewerkschaftsfunktionären die Arbeiter selbst an Maßnahmen gegen die Absenz beteiligt wurden, änderte sich das Bild nicht. Die bereits vor 1953 eingeführten *soudružské návštěvy* (Genossenbesuche), d. h. Hausbesuche von Gewerkschaftern, Angestellten der Krankenversicherung und Arbeitern bei krankgeschriebenen Arbeitern, eine Einrichtung, die an die (erfolglosen) „Laienkontrolleure“ unter der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft im Protektorat Böhmen und Mähren anknüpfte,<sup>74</sup> verbuchten gewiß Erfolge: Im Hüttenbetrieb der Škoda-Werke wurde bei Genossenbesuchen im ersten Drittel des Jahres 1957 festgestellt, daß jeder fünfte der insgesamt 607 Arbeiter, die sich in diesem Zeitraum krankgemeldet hatten, nicht krank war.<sup>75</sup> Die Kreisgewerkschaftsräte setzten denn auch vor allem auf diese Form der Kontrolle,<sup>76</sup> die jedoch keineswegs systematisch und in dem „von oben“ geforderten Umfang angewandt wurde.<sup>77</sup> Teile der Industriearbeiterschaft plädierten zwar – wie ihre betrieblichen Vertretungsorgane – für ein härteres Vorgehen gegen Arbeitsunwillige,<sup>78</sup> und dies vermutlich auch deshalb, weil Absenz bei vielen Arbeitsprozessen die eigenen Verdienstmöglichkeiten

<sup>72</sup> So wurde 1951 beispielsweise ein Hilfsarbeiter dem zuständigen Nationalausschuß zur Einweisung in ein Erziehungslager übergeben, der binnen eines Jahres 58 Schichten unentschuldig versäumt hatte. Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 178, osob 987.

<sup>73</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 178, osob 987. Protokoll der Sitzung der Disziplarkommission vom 25.3.1950. Kaderbegutachtung der Betriebsorganisation der KPŤsch (Verfahren Josef Brada).

<sup>74</sup> Bundesarchiv-Militärhistorisches Archiv, Freiburg. Bestand Rüstungskommando Brünn, RW 22/40. Kriegstagebuch Brünn, 1.1.1944 bis 31.3.1944. Aktenvermerk über Besprechung betr. den hohen Krankenstand der Waffenwerke Brünn AG, Werk I, am 27.1.1944, 43.

<sup>75</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 15, PV 1963. Genossenbesuche im Hüttenbetrieb vom 1.1.1957 bis 25.4.1957.

<sup>76</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 81/1956, Nr. 144. Bericht für die Sitzung des Vorstandes des Kreisgewerkschaftsrates Olomouc (Olmütz) am 28.2.1956.

<sup>77</sup> VOA, Prag. ÚVOS, Horníci, Karton 23, 1954. Delegationsberichte. Verzeichnis der im Revier Pilsen am 7.12.1954 durchgeführten Aufgaben.

<sup>78</sup> Vgl. dazu den undatierten Bericht über die Reaktionen der Arbeiterschaft (u.a. in sieben Prager Betrieben) auf die Zurücknahme der Regierungsverordnung vom 3.6.1953 über Maßnahmen gegen Fluktuation und Absenz, in: Informační bulletin, Sondernummer Juni 1953, 1–2. Dieses interne, in den fünfziger Jahren nur für hohe Gewerkschaftsfunktionäre bestimmte Mitteilungsblatt wurde seit 1952 vom Sekretariat des Zentralrates der Gewerkschaften herausgegeben.

beeinträchtigte.<sup>79</sup> Die Frage der Beteiligung an den Genossenbesuchen führte aber unter den Arbeitern zu heftigen Kontroversen.<sup>80</sup> Die Metallarbeiter in Hloubětín (Hloubětín) verweigerten die Teilnahme an den Kontrollen und erklärten, „daß der Arbeiter gegenüber dem Arbeiter nicht den Polizisten spielen wird“.<sup>81</sup> Schließlich ist deutlich, daß auch in der gewichtigen Frage der Absenz Wohnsituation und Sozialstruktur eines großen Teils der Industriearbeiter ihre Erfassung, Kontrolle und Disziplinierung einschränkten. In einer Plenarsitzung des Betriebsrates der Škoda-Werke im November 1952 hieß es, man führe zwar Genossenbesuche durch, habe aber kein Geld für Fahrkarten, um die in den Landgemeinden wohnenden Arbeiter aufsuchen zu können.<sup>82</sup> Diese stellten 1957 rund 40 Prozent der gesamten Belegschaft des Pilsener Werkes.<sup>83</sup>

Unsere Skizze der Absenzproblematik würde durch weitere Details nicht an klaren Konturen gewinnen. Es bleibt der Eindruck des „Durchwurstelns“ und des unvermittelten Nebeneinanders rigider und „benevolenter“ Einstellungen und Konzepte. Diesen lag gleichwohl ein stillschweigender, wenn auch nur negativ definierter Konsensus zugrunde, der Industriearbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben zusammenschloß. Das wird erkennbar, als die KPTsch im April 1961 mit dem Gesetz über die örtlichen Volksgerichte<sup>84</sup> einen Vorstoß unternahm, um sich über die staatliche Verwaltung einen direkten Zugriff auf die Bearbeitung der Arbeitsmoralproblematik zu verschaffen. Im Anschluß an die in der Verfassung vom Juli 1960 erklärte Absicht, Kompetenzen staatlicher Organe auf gesellschaftliche Organisationen übertragen zu wollen und dabei auch eine „Vergesellschaftung“ des Justizwesens anzustreben, sollten die Volksgerichte „weniger schwerwiegende Verletzungen der Rechtsordnung und kleine Streitigkeiten zwischen den Bürgern“ verhandeln, sich aber auch der Erziehung „zu einem sozialistischen Verhältnis zur Arbeit“ (§ 1, Abs. 2 des Gesetzes) annehmen. Dementsprechend wurde die Mehrheit der Gerichte direkt am Arbeitsplatz gegründet. Bis Ende 1961 hatten sich 354 der insgesamt 667 in den böhmischen Ländern und der Slowakei eingesetzten Volksgerichte als „Volksgerichte in den Betrieben“ konstituiert.<sup>85</sup> Mit der Einheitsgewerk-

<sup>79</sup> Bei den Beschlüssen der Disziplinarkommissionen in den Betrieben spielte dieser Punkt eine strafverschärfende Rolle. Vgl. dazu den Beschluß der Disziplinarkommission der Škoda-Werke vom 9.4.1952 gegen einen Metallarbeiter, von dessen Arbeitsleistung der Verdienst von acht angelernten Arbeiterinnen abhing. Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 181, osob 996.

<sup>80</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 81/1956, Nr.144. Bericht für die Sitzung des Kreisgewerkschaftsrates Olomouc am 28.2.1956.

<sup>81</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 83/1956, Nr.146. Bericht der Abteilung für Wohnungs- und soziale Fragen des Kreisgewerkschaftsrates Prag vom 4.9.1956 über die Kontrolle der Kollektivverträge im ersten Halbjahr 1956.

<sup>82</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 1457, PV 33. Protokoll der Plenarsitzung des Betriebsrates vom 5.11.1952. Vgl. dazu auch Anm. 23.

<sup>83</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 9, PV 1445. Protokoll der Sitzung des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses vom 31.8.1957. Vgl. Anm. 23.

<sup>84</sup> Gesetz Nr. 38/1961 Sb.

<sup>85</sup> VOA, Prag. ÚRO-PŘ, Karton 58, Nr. 361 III/4. Bericht über die Tätigkeit der Organe des ROH bei der Konstituierung und dem Wirken der örtlichen Volksgerichte für das Jahr 1961. Beilage II, Tabelle 1.

schaft als derjenigen gesellschaftlichen Organisation, die die „Volksnähe“ der Justiz in den Betrieben politisch tragen und in praktische Maßnahmen umsetzen sollte,<sup>86</sup> brachte die Gründung der Volksgerichte in den Betrieben zugleich die staatliche Verwaltung ins Spiel: Zum einen entschied der zuständige Bezirksnationalausschuß definitiv über die Einsetzung eines Volksgerichtes am Arbeitsplatz, zum anderen lag das Recht, die Volksrichter in ihrem Amt zu bestätigen, beim lokalen Nationalausschuß.<sup>87</sup> Die Volksrichter, die sich überwiegend aus Arbeitern und durchschnittlich zu einem Drittel aus ehemaligen Volksrichtern an den Bezirksgerichten rekrutierten, wurden durch die Belegschaft des Betriebes aufgrund einer Kandidatenliste gewählt, die der Betriebsausschuß der Gewerkschaften zusammenstellte.<sup>88</sup>

Ziel des Gesetzes war keine flächendeckende, sondern die bedarfsorientierte Errichtung von Volksgerichten.<sup>89</sup> Unter diesem Aspekt und angesichts der Dimension des Problems<sup>90</sup> erscheint die bis 1963 auf vermutlich über 400 angestiegene Zahl der Volksgerichte in den Betrieben<sup>91</sup> als gering und läßt auf Abwiegeln vor Ort schließen, das sich nach der Einsetzung eines Gerichts fortsetzte: Das zeigte sich beispielsweise in den Maschinenbaufabriken des Nationalunternehmens Dubnica nad Vahom, wo der Betriebsausschuß der Gewerkschaften das Gericht offen boykottierte.<sup>92</sup> Dies lag zunächst auch daran, daß der zuständige Bezirksnationalausschuß die Gründung des Gerichts einfach diktierte und sich nicht an die vereinbarten Modalitäten des Gründungsprozesses hielt.<sup>93</sup> Der Widerstand formierte sich dann

<sup>86</sup> Vgl. dazu den Beitrag des Leiters der Abteilung für Arbeitsrecht im Zentralrat der Gewerkschaften Mařík, Vladimír: Místní lidové soudy v závodech [Die örtlichen Volksgerichte in den Betrieben]. Odborář 14 (1961), Nr. 13, 709–713.

<sup>87</sup> VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 53, Nr. 348 I/2. Informationsbericht über die Aufgaben des ROH bei der Gründung und Tätigkeit der örtlichen Volksgerichte (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 6.6.1961).

<sup>88</sup> Eben da. Im Mittelslowakischen Kreis stellten Arbeiter fast 60 Prozent der gewählten Volksrichter, über 26 Prozent gehörten zur „arbeitenden Intelligenz“.

<sup>89</sup> Vgl. dazu den in Anm. 85 zit. Bericht.

<sup>90</sup> In dem in Anm. 87 zit. Bericht wird zwar das Ausmaß „nichtsozialistischen Verhaltens“ in den Betrieben als Residualgröße dargestellt, doch läßt der organisatorische Aufwand bei der Errichtung der Volksgerichte auf eine andere Einschätzung schließen. Neben dem gesamten organisatorischen Apparat des ROH waren die Generalstaatsanwaltschaft, das Innenministerium, der Tschechoslowakische Jugendverband und das durch das ZK der KP Tsch mit der Koordinierung beauftragte Justizministerium an den vorbereitenden Maßnahmen zur Einsetzung der Gerichte beteiligt.

<sup>91</sup> Zum 31.3.1963 bestanden insgesamt 879 örtliche Volksgerichte. VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 66, Nr. 390 I/3. Bericht über die Tätigkeit der Organe des ROH bei der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und bei der Entfaltung der Tätigkeit der örtlichen Volksgerichte (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 20.11.1963). Nach Tab. 1 des in Anm. 85 zit. Berichts entfiel etwa die Hälfte der örtlichen Volksgerichte auf Volksgerichte in den Betrieben.

<sup>92</sup> VOA, Prag. Strojirensví, Karton 55, 1962. Bericht über die Tätigkeit des örtlichen Volksgerichtes in den Maschinenbau- und metallurgischen Betrieben des Nationalunternehmens Dubnica nad Vahom von der Gründung bis zum 15.4.1962.

<sup>93</sup> Nach dem in Anm. 92 zit. Bericht wurden die Betriebe in Dubnica nad Vahom für die Gründung eines Volksgerichtes „ausgewählt“, vermutlich von höheren Gewerkschaftsorganen in Absprache mit dem Bezirksnationalausschuß. Die Richtlinien des Zentralrates hatten vorgesehen, daß die Initiative zur Konstituierung der Volksgerichte in den Betrieben

aber offenbar gegen die Politik des Zentralrates der Gewerkschaften. Dieser stellte Ende 1961 fest, daß die gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen zu wenig Initiative entwickelten, um das Interesse der Belegschaft an der Arbeit der Gerichte zu wecken, und geringe Bereitschaft zeigten, sich selbst – wie gefordert – in deren Tätigkeit einzuschalten und damit die Autorität der Gerichte zu heben. Zwei Jahre später warf die Gewerkschaftsführung ihren Betriebsorganen „schwerwiegende Mängel“ bei der Zusammenarbeit mit den Gerichten vor; diese seien in den Betrieben „isoliert“. <sup>94</sup> Schärfere und spezifischer war die Kritik an den Volksgerichten selbst, die das hauptsächliche Interesse des Zentralrates erkennen läßt, das der Stoßrichtung des Gesetzes vom 18. April 1961 folgte: Im Kampf gegen die schlechte Arbeitsmoral müßten die Volksgerichte in den Betrieben künftig eine „weit größere Rolle“ spielen, heißt es in einem Bericht der Gewerkschaftsführung vom November 1963. <sup>95</sup> Zwar habe das Engagement der Volksgerichte in dieser Frage allmählich zugenommen, es sei aber weit davon entfernt, „die Einhaltung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben in einem bedeutenderen Maße zu beeinflussen“. <sup>96</sup>

Vor allem aber mußte sich der Zentralrat der Gewerkschaften eingestehen, daß das grundlegende Zielkonzept des Gesetzes, nämlich die Arbeiter selbst, ausgestattet mit der Autorität eines Volksrichters, gegen ihre Arbeitskollegen zu mobilisieren, und zwar bei allen vor den Volksgerichten verhandelten Delikten, vollständigen Schiffbruch erlitten hatte. Aus den in Tabelle 3 zusammengestellten Angaben geht klar hervor, daß die örtlichen Volksgerichte (die Volksgerichte in den Betrieben sind nicht gesondert ausgewiesen) nur in einem verschwindend geringen Ausmaß selbst den Anstoß zur Einleitung eines Verfahrens gegeben haben, nämlich in wenig mehr als zwei Prozent aller Fälle. Über 90 Prozent der Verfahren vor den Volksgerichten initiierten staatliche Institutionen: die Gerichte und Staatsanwaltschaften, die Polizei und die Strafkommisionen der Nationalausschüsse. Der Vorstoß der KPTsch über die staatliche Verwaltung und den Zentralrat der Gewerkschaften provozierte somit eine „Vereinheitlichung“ der disparaten Methoden im Umgang mit der Arbeitsmoralproblematik in der Form einer deutlichen Abwehrhaltung gegen Interventionen von außen, deren Exekution zwar aufgrund der Machtverhältnisse nicht oder nur in geringem Maße abgeblockt werden konnte, die man aber als Aufforderung zur Entwicklung von Eigeninitiative völlig ins Leere laufen ließ. Nach zweijähriger Tätigkeit der Volksgerichte in den Betrieben mußte die Gewerkschaftsführung außerdem feststellen, daß nur zehn Prozent der vor den Betriebstribunalen verhandelten Fälle Fragen der Arbeitsdisziplin betrafen. <sup>97</sup>

Inwieweit bei der Abschottung gegen äußere Eingriffe die Erinnerung an die frühen fünfziger Jahre eine Rolle spielte, als die Staatsorgane mit einer Mischung aus sozialistischer *austerity*, kleinbürgerlichem Puritanismus und nacktem Terror

---

vom jeweiligen gewerkschaftlichen Betriebsausschuß ausgehen sollte. Vgl. Beilage II zu dem in Anm. 87 zit. Bericht.

<sup>94</sup> Vgl. dazu den in Anm. 91 zit. Bericht.

<sup>95</sup> E b e n d a.

<sup>96</sup> E b e n d a.

<sup>97</sup> Vgl. dazu den in Anm. 65 zit. Bericht.

Tabelle 3: Verteilung der Anträge auf Einleitung des Verfahrens vor den örtlichen Volksgerichten auf die antragstellenden Institutionen vom 1.7. bis 31.12.1961

	Gerichte und Staatsanwalt- schaften	Polizei	National- ausschüsse u. a. Organisationen	Bürger	Örtliche Volks- gerichte	insgesamt
Prag-Stadt	86	141	97	7	9	340
Mittelböhmischer Kreis	62	357	46	17	6	488
Südböhmischer Kreis	21	137	12	6	0	176
Westböhmischer Kreis	24	106	35	9	0	174
Nordböhmischer Kreis	91	330	93	7	3	524
Ostböhmischer Kreis	33	180	101	2	0	316
Südmährischer Kreis	125	244	79	18	8	474
Nordmährischer Kreis	88	366	98	1	29	582
böhmische Länder	530	1861	561	67	55	3074
Westslowakischer Kreis	38	274	160	63	8	543
Mittelslowakischer Kreis	44	203	127	27	5	406
Ostslowakischer Kreis	12	101	48	30	18	209
Slowakei	94	578	335	120	31	1158
insgesamt	624	2439	896	167	86	4252
in %	14,7	57,6	21,2	4,4	2,1	100

Quelle: VOA, Prag. ÚRO-PŘ, Karton 58, Nr. 361 III/4.

Jagd auf pflichtvergessene Arbeiter machten,<sup>98</sup> ist schwer abzuschätzen. Andere Antriebe kamen wohl aus der „materiellen“ Bedeutungsschicht des Betriebspatriotismus, aus der Vorstellung der Arbeiter, der Betrieb sei ihr „Gemeinbesitz“, in den andere nicht „hineinzureden“ hatten: Der Betriebsdirektor sei für die Produktion verantwortlich, „aber die Fabrik gehört uns allen“, hieß es im Mai 1951 in einer Sitzung des Betriebsrates der Škoda-Werke,<sup>99</sup> und so dachten vor allem auch die Bergleute („Der Schacht gehört uns“).<sup>100</sup> Es liegt nahe, daß sich solche Einstellungen keineswegs nur mit „lauteren“ Motiven verbanden. Es hatte schon seit den frühen fünfziger Jahren unter den Industriearbeitern und den kleinen Gewerkschaftsfunktionären Tradition, daß sie sich bei Mißständen in ihrem Betrieb gegen Inspektionen und Kontrollen höherer Gewerkschaftsorgane abriegelten, und dies oft buchstäblich genommen: Als sich Mitglieder einer Kommission des Zentralrates der Gewerkschaften 1951 in einigen großen Betrieben selbst davon überzeugen wollten, wie Frauen in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden (wobei es in vielen Fällen skandalös zugeht), wurden sie in einigen Maschinenbaufabriken bereits vom Pförtner abgewiesen.<sup>101</sup>

6. Die Volksgerichte in den Betrieben illustrieren – *pars pro toto* – die institutionelle Malaise des kommunistischen Systems: Seit 1948 läßt sich die Organisation der innerbetrieblichen Sanktionsberechtigung (wer kann was bestrafen) als ein *trial and error*-Verfahren bezeichnen, in dem eine institutionelle Neuregelung auf die andere folgte und für die Erarbeitung stabiler Handlungskriterien kaum Zeit blieb. Nur vier Jahre vor der Einsetzung der Volksgerichte waren mit dem Gesetz Nr.24/

<sup>98</sup> Vgl. dazu die Tabellen 5, 6 und 7 (95 f.) bei Borák, Mečislav/Janáček, Dušan: *Tábory nucené práce v ČSR 1948–1954* [Zwangsarbeitslager in der ČSR 1948–1954]. Šenov 1995. – Die Konstruktion eines Prototyps der frühen fünfziger Jahre durch die Partei- und Staatsorgane war in der Tat ganz auf kleinbürgerliche Moralvorstellungen und Selbstzwangapparaturen im Sinne rigider Triebversagung zugeschnitten. Vgl. dazu die „Psychogramme“ notorischer Müßiggänger in den Pilsener Škoda-Werken aus dem Jahr 1953, die diese „Feinde der volksdemokratischen Ordnung“ mit etwas stutzerhaften Bonvivants identifizieren, denen der Sinn nach leichten Mädchen, Kartenspielen, Alkohol und Zigaretten stand und die es mit sehr wenig Arbeit doch zu einem Wochenendhäuschen brachten. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 14, 4327. Beilage zum Protokoll der außerordentlichen Plenarsitzung des Betriebsrates vom 29.6.1953. Ob solche Bilder in den erwünschten Dimensionen Ressentiments schüren konnten, erscheint mir eher zweifelhaft. Für hedonistische Stimmungen in der Arbeiterschaft gibt es Beispiele zuhauf. So trat die gesamte Nachtschicht eines Betriebes in Hořice (Hořitz) im Oktober 1953 statt des Dienstes einen „kollektiven Urlaub“ an, um sich beim Tanz auf einer Kirmes vergnügen zu können. Am nächsten Tag streikte sie gegen Nachtarbeit. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSC 02/4, Bd. 54, Nr. 22, 5–11. Genitaler Sex in den Fabriken war keineswegs selten, wie die Akten der Disziplinarkommission der Škoda-Werke zeigen. Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 945, UZ 507. Untersuchung im Blechpress-Werk (Juni 1953).

<sup>99</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 13, 669. Protokoll der Plenarsitzung des Betriebsrates vom 28.5.1951.

<sup>100</sup> Zit. nach dem Protokoll des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 28.5.1953. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr. 177.

<sup>101</sup> VOA, Prag. ÚRO, PaM 1951, Karton 1. Untersuchung zu den Schwierigkeiten bei der Eingliederung von Frauen in den Arbeitsprozeß (Februar 1951).

1957 Sb. Disziplinarorgane am Arbeitsplatz errichtet worden, deren Aufgaben sich in der Praxis nicht von denen der Volksgerichte in den Betrieben unterschieden.<sup>102</sup> Es fehlte somit gewiß nicht an institutioneller Differenzierung: Zu Beginn der sechziger Jahre gab es in den Betrieben entweder Volksgerichte oder die eben erwähnten Disziplinarorgane, die Disziplinarkommissionen „alten Stils“, wie etwa in den Vereinigten Stahlwerken in Kladno, Genossengerichte und – in den großen Unternehmen – auf Werkstatt- oder Abteilungsebene Gremien, bei denen die Sanktionsberechtigung für Bagatelldelikte lag.<sup>103</sup> Die besondere Leistung institutioneller Differenzierung – die Ausgliederung spezifischer Handlungskontexte aus dem allgemein gültigen Normen- und Sanktionssystem, in denen dann eigene alternative Zielvorstellungen formuliert werden können – konnte dabei aber nicht erbracht werden. Denn alle genannten Einrichtungen wurden an ein gemeinsames Ziel rückgebunden: an das (politische) Ideal einer konformen sozialistischen Einstellung zur Arbeit,<sup>104</sup> das keine Entscheidungsalternativen erlaubte, die wiederum erst – durch konkurrierende Handlungsorientierungen – soziale Dynamik ermöglicht hätten. Insofern hatte das „Durchwursteln“ in der Frage der mangelnden Arbeitsdisziplin, von dem oben die Rede war, durchaus auch seine institutionellen Voraussetzungen. Es leuchtet außerdem ein, daß diese institutionelle Struktur – und sie war das Grundprinzip der Organisation des Produktionsprozesses und des diesen formierenden und kontrollierenden Apparats<sup>105</sup> – in ihrer Undurchsichtigkeit (eine Fülle verschiedener Organisationen mit identischem Tätigkeitsbereich) den antibürokratischen Stimmungen in der Arbeiterschaft zusätzlichen Auftrieb gab; sie war, wie noch zu zeigen sein wird, der Nährboden für radikal vereinfachende interessenspolitische Vorstellungen der Arbeiter.

7. Die Arbeitsmoralproblematik führt mit der „negativen“ Allianz zwischen Arbeitern und Funktionären der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen auf die Frage nach der „Eindringtiefe“ des Gewerkschaftsapparates in die Industriearbeiterschaft. Das gedachte Ordnungskonzept der Gewerkschaften als dem „Transmissionsriemen“ der kommunistischen Partei, dem die Einheitsgewerkschaft jedenfalls seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre folgte,<sup>106</sup> ist eine Sache. Eine andere ist, wie die riesige Masse der Beschlüsse, Instruktionen, Richtlinien und Anweisungen der Gewerkschaftsspitze (und auch der Kreisgewerkschaftsräte) zur Organi-

---

<sup>102</sup> Beide deckten sich in ihrer Tätigkeit insoweit, als sie vorwiegend Fälle von kleinerem Diebstahl behandelten.

<sup>103</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 180, osob 995. Sitzung der Disziplinarkommission am 17. 8. 1951.

<sup>104</sup> Vgl. dazu die Einleitung zu dem in Anm. 65 zit. Bericht.

<sup>105</sup> Ein Musterbeispiel ist in diesem Zusammenhang die Organisation des sozialistischen Wettbewerbs in den Betrieben mit der typischerweise immer wiederkehrenden Situation der scheiternden Koordinierung der Tätigkeiten einer Vielzahl von Stellen, die alle faktisch mit dem „Gesamtproblem“ befaßt waren.

<sup>106</sup> Zu den Kontroversen über die Rolle der Gewerkschaften beim Aufbau des Sozialismus, die in den frühen fünfziger Jahren zwischen Parteiführung und Gewerkschaftsspitze ausgetragen wurden, einige Hinweise in der in Anm. 67 zit. Untersuchung von Státník.

sation des Produktionsprozesses und zur Gewährleistung der Planerfüllung von den untersten Funktionärskadern in die betriebliche Praxis übersetzt wurde.<sup>107</sup>

Nach den Betriebsratwahlen des Jahres 1954 entfiel in der Industrie<sup>108</sup> auf 3,4 Arbeiter ein Funktionär, und zehn Jahre später ergaben die Wahlen zu den gewerkschaftlichen Betriebsausschüssen mit einem Funktionär auf 4,1 Arbeiter eine nur leicht veränderte Relation.<sup>109</sup> Solche Dimensionen lassen sich z. T. auch aus der extensiven Beschäftigungspolitik der Partei erklären, die die Gewerkschaften zwang, für Zehntausende, die nie zuvor in der Industrie gearbeitet hatten, „Aufgangsstrukturen“ in den Betrieben zu bilden. Die organisationstechnische Problematik dieser enormen Dichte der gewerkschaftlichen Funktionärskader in den Betrieben selbst – allerdings war nur ein sehr kleiner Teil als bezahlte Funktionäre von Arbeitsleistungen freigesetzt<sup>110</sup> – soll hier nicht aufgerollt werden; sie lag u. a. auch in der spezifischen Form der Institutionenbildung, auf die im Zusammenhang mit den Volksgerichten hingewiesen wurde. Hier ist zusammenfassend lediglich festzustellen, daß der Effekt dieses massiven Einsatzes von Funktionären auch nach Auffassung der Gewerkschaftsführung gering gewesen ist. Man habe zwar in den Betrieben ein „breites gewerkschaftliches Aktiv“, hieß es in einer Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften im Juni 1953, doch sei diese gewerkschaftliche Machtposition „leider formal“.<sup>111</sup> Im Folgenden werden einige Anlässe dieser Kritik dargestellt, die Parteinahme, offene Unterstützung oder verständnisvolle „Nichtintervention“ der betrieblichen Gewerkschaftskader gegenüber den Arbeitern erkennen lassen.

Erstens ist deutlich, daß die Funktionäre wenig Neigung verspürten, „unangenehme“ betriebliche Erfordernisse an die Arbeiter heranzutragen. Als das ZK der KPTsch 1951 die Einführung der zweiten und dritten Schicht vor allem in der Schwerindustrie forderte (s. o.), waren zahlreiche betriebliche Vertrauensleute, Werkstättenräte und Betriebsräte im Kreis Ústí n. L. nicht bereit, die Belegschaften

<sup>107</sup> Ein Mitglied des Kreisgewerkschaftsrats České Budějovice zählte für die Zeit von der kommunistischen Machtübernahme bis zum Mai 1956 77000 Verordnungen, Kundmachungen, Richtlinien und Gesetze, die der Zentralrat der Gewerkschaften, Ministerien und Regierung zu den Aufgaben der Gewerkschaften (Organisation der Produktion, Absicherung der Planerfüllung, Arbeitsrecht, Krankenversicherung etc.) herausgegeben hatten. VOA, Prag. KOR, Karton 74/1956, Nr. 137. Plenarsitzung des Kreisgewerkschaftsrates České Budějovice am 18.5.1956.

<sup>108</sup> D. h. Energieerzeugung, Hüttenindustrie, Maschinenbau, chemische Industrie, Bauwesen, Holz- und Papierindustrie, Textilindustrie, Glas- und Keramikindustrie, Lebensmittelindustrie.

<sup>109</sup> Berechnet nach den von der ökonomisch-statistischen Abteilung des Zentralrates der Gewerkschaften herausgegebenen statistischen Berichten. VOA, Prag. MH, Karton 5, 1954, Fasz. 1; Spotřební průmysl, Karton 95, 1964.

<sup>110</sup> In den Pilsener Škoda-Werken (einschließlich der Nebenbetriebe) gab es 1956 insgesamt 33 bezahlte Gewerkschaftsfunktionäre. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 1, PV 1642. Bisherige Struktur des ROH im gesamten Unternehmen der Lenin-Werke (1.6.1956). Grundsätzlich war die Freistellung erst ab Betrieben mit 400 Beschäftigten möglich, doch galten zahlreiche Ausnahmebestimmungen.

<sup>111</sup> Zit. nach dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 19.6.1953. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr. 180.

durch die Einberufung einer Betriebsversammlung über diese Maßnahme auch nur zu informieren.<sup>112</sup> Unübersehbar ist, zweitens, daß die Gewerkschafter in den Basisorganisationen der organisierten industriellen Leistungssteigerung – Stoßarbeit, Stachanovbewegung, sozialistischer Wettbewerb, Normenerhöhung etc. – zu einem großen Teil skeptisch, mit verstecktem Widerstand oder offen ablehnend gegenüberstanden. Im Februar 1950 – Stoßarbeiter- und Stachanovbewegung liefen längst auf Hochtouren – warf der Betriebsrat der Škoda-Werke – das Vertretungsorgan von rund 27 000 Beschäftigten<sup>113</sup> – den Stoßarbeitern vor, ihre Arbeit sei „zur Hälfte mangelhaft“; die besseren Arbeiter seien diejenigen, deren Normen zwar erheblich niedriger lägen, die aber Qualitätsarbeit ablieferten.<sup>114</sup> Der Vorsitzende eines Werkstättenausschusses im gleichen Unternehmen riet Arbeitern, es sich noch einmal zu überlegen, ob sie die Norm erhöhen wollten.<sup>115</sup> Nicht von Arbeitsleistungen freigesetzte Mitglieder des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses schlugen sich bei Konflikten um Normerhöhungen – wie 1956 in Teplice (Teplitz) – offenbar auf die Seite der Arbeiter.<sup>116</sup> Drittens schließlich verhielten sich die Funktionäre bei Streiks keineswegs eindeutig. Es gibt Beispiele für ihre offene Zustimmung zu bzw. Beteiligung an Streiks, so etwa im Juni 1953 in einer Karosseriefabrik in Vysoké Mýto (Hohenmauth), in Betrieben in Vimperk (Winterberg), Prag und im Kreis Pardubice (Pardubitz) sowie 1957 in den Vereinigten Stahlwerken Kladno, wo der Vorsitzende eines Werkstättenausschusses einen Streik gegen die Anhebung der Leistungsnormen ausdrücklich billigte.<sup>117</sup> Viel typischer war aber der Versuch, sich aus offenen Konfrontationen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung bzw. übergeordneten Instanzen überhaupt herauszuhalten und keine Stellung zu beziehen, wie etwa 1957 in einem Maschinenbauwerk in Jičín (Jitschin).<sup>118</sup> Die häufige Konsequenz war, daß die Betriebsleitung – wenn sie sich auf Verhandlungen einließ – die

<sup>112</sup> Vgl. dazu den in Anm. 36 zit. Bericht. Ein Instrukteur des Kreisgewerkschaftsrates Prag stellte im März 1951 fest, die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben besäßen nicht „genügend Mut“, um den Arbeitern klarzumachen, daß auch die zweite und dritte Schicht besetzt werden müßten. Seine Kritik bezog sich dabei auf die Gewerkschafter in den Vereinigten Stahlwerken Kladno, in der Schraubenfabrik Liběčice (Lipschitz), im Unternehmen ČKD Slaný (Schlan), in den Eisenwerken in Králův Dvůr und im Betrieb TOS Čelákovice (Čelakowitz). VOA, Prag, ÚRO-Org., Karton 105, Nr. 382.

<sup>113</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 175, osob 698. Aufstellung über die Pendler in den Škoda-Werken vom 24.10.1950.

<sup>114</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 1515, PV 1287. Protokoll der Sitzung des Betriebsrates und des ROH gemeinsam mit den Instrukteuren der einzelnen Werkstätten vom 1.2.1950.

<sup>115</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 11, PV 220. Sadílková an den gewerkschaftlichen Betriebsausschuß vom 17.3.1959.

<sup>116</sup> ÚRO-Sekr. II, Karton 66, Nr. 215/3. Information für Genossen Hnilička. Arbeitsniederlegung am 2.5.1956 im Nationalunternehmen Teplotelna, Betrieb Teplice.

<sup>117</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr.180. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 19.6.1953. – SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 014/12, Bd. 29, Nr. 11/6. Zum Streik in den Vereinigten Stahlwerken Kladno.

<sup>118</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 8, Berichte der Lohnabteilung. Aufzeichnung des Instrukteurs des Zentralrates der Gewerkschaften J. Pokorný über den Streik in der Gießerei des Nationalunternehmens Agrostroj in Jičín am 17. und 18.6.1957 (für Genossen Hnilička).

Arbeiter aufforderte, aus ihrer Mitte ihre Vertreter zu wählen.<sup>119</sup> Die Akzeptanz von Streiks reichte allerdings auch in den frühen fünfziger Jahren bis in höhere gewerkschaftliche Funktionärskreise hinein,<sup>120</sup> und kurz vor der Streikwelle im Juni 1953 konnte sogar ein Mitglied des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften in diesem Gremium unter Berufung auf Lenins Schriften zur Bürokratie und im Blick auf das Verhalten der betrieblichen Leitungsapparate und ihren Umgang mit den Arbeitern unwidersprochen erklären, Streiks seien auch im Sozialismus legitim, wenn sie sich gegen die Anmaßungen der Bürokratie richteten.<sup>121</sup>

8. Die Grenzen des Eindringens des gewerkschaftlichen Machtapparates in das soziale Milieu der Industriearbeiterschaft und damit auch die Grenzen von Kontrollfähigkeit und Herrschaft der Partei in den Betrieben, die wir an verschiedenen, in ihrem Gewicht variierenden Zusammenhängen gezeigt haben (die Liste ließe sich erweitern<sup>122</sup>), waren für Partei und Gewerkschaften nicht nur deshalb prekär, weil sie mehr oder weniger das Liegenlassen diverser Probleme bedeuteten, sondern auch wegen der daraus resultierenden (und nicht immer vorhersehbaren) Folgeprobleme. Hierher gehört die Fluktuation, neben der Absenz ein zweites industrielles Dauerproblem vor allem in den frühen Nachkriegs- und den fünfziger Jahren. Es geht an dieser Stelle nicht um die vielschichtigen sozialen Aspekte der Fluktuation,<sup>123</sup> sondern nur um die durch sie erbrachten – in der einschlägigen Literatur bisher nicht thematisierten – hohen Informationsleistungen. In den fünfziger Jahren lag die

<sup>119</sup> So beispielsweise in einer Fabrik in Strašnice (Straschnitz) während der Streiks im Juni 1953. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr. 180. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 19.6.1953.

<sup>120</sup> Im Sinne einer gleichmütigen Kenntnisnahme. Ein Instrukteur des Zentralrates der Gewerkschaften, der im März 1950 das politische Sekretariat des Kreisgewerkschaftsrates Jihlava (Iglau) inspizierte, besuchte während seines Aufenthalts in der Stadt auch einen Betrieb. In seinem Bericht vermerkt er kommentarlos, dort habe gerade ein „kurzer Streik“ stattgefunden. VOA, Prag. KOR, Karton 12/1950, Nr. 56. Bericht über die Sitzung des politischen Sekretariats des Kreisgewerkschaftsrates Jihlava (Kokeš).

<sup>121</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr. 177. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 28.5.1953 (Diskussionsbeitrag Kolář).

<sup>122</sup> So besaß die KPTsch in ihren Betriebszellen offenbar keineswegs Kader, die im erwünschten Maße über die verlangte „bolschewistische Gesinnungstreue“ verfügten. In Situationen, in denen die KPTsch von ihren Betriebsorganisationen besonders hohe Einsatzbereitschaft forderte, wie z. B. bei den gesamtstaatlichen Arbeitsnormenüberprüfungen 1950–1952, zeigten diese wenig Engagement. VOA, Prag. Fasz. (ohne Signatur) „Normenüberprüfung auf der Grundlage des Regierungsbeschlusses vom 14.7.1950“, Bericht für den Kreisgewerkschaftsrat Hradec Králové (Königgrätz) vom 30.1.1951. Es war zudem keine Seltenheit, daß Mitglieder kommunistischer Betriebszellen bei Streiks die Forderungen der Arbeiter unterstützten (Streik in den Prager Kohlelagern 1955) oder sich sogar aktiv am Arbeitskampf beteiligten, beispielsweise in den Vereinigten Stahlwerken Kladno 1957. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 014/12, Bd. 19, Nr. 616, 6–9; e b e n d a, Bd. 29, Nr. 11/6. Zum Streik in den Vereinigten Stahlwerken Kladno.

<sup>123</sup> Eine frühe Untersuchung der sozialen Dimension des Problems bei Šůra, Jiří: O některých příčinách nestálosti pracujících v zaměstnání. Studie o fluktuaci dělnictva v jednom pražském závodě [Über einige Gründe unbeständiger Arbeitsverhältnisse. Studie über die Fluktuation der Arbeiterschaft in einem Prager Betrieb]. VOA, Prag. ÚRO-Soc., Karton 97, Nr. 96 /15 b. Šůra war Mitarbeiter des Tschechoslowakischen Instituts der Arbeit.

Fluktuation – eingeschränkt auf die zwischenbetriebliche Migration von Arbeitern, die ihr Arbeitsverhältnis gekündigt hatten<sup>124</sup> – im Jahresdurchschnitt bei 10 bis 12 Prozent.<sup>125</sup> Das erschien der Parteiführung zu hoch, und die schon erwähnte Regierungsverordnung vom 3. Juni 1953 zielte denn auch primär auf die Eindämmung der Fluktuation. Verstreute Angaben zu einzelnen Betrieben lassen vermuten, daß sich die Fluktuation in den sechziger Jahren gegenüber dem vorangegangenen Jahrzehnt halbierte, wobei große lokale Unterschiede bestehen blieben.<sup>126</sup> Zusammen mit der massenhaften zwischenbetrieblichen Wanderungsbewegung der Brigaden bildete die Fluktuation zweifellos eine ergiebige Quelle der Information über die Verhältnisse in anderen Betrieben: Die Glasarbeiter in Jihlava wußten, daß ihre Berufskollegen in Poděbrady (Poděbrad) zu einem wesentlich günstigeren Tarif arbeiteten.<sup>127</sup> Arbeitern in einer Pilsener Schmiede war bekannt, daß vergleichbare Löhne in den Eisenwerken in Vítkovice höher lagen; sie waren auch über die Qualifikationsbestimmungen informiert, die in dem mährischen Werk für einzelne Arbeitsvorgänge an Schmiedemaschinen galten.<sup>128</sup> Ziegeleiarbeiter in Rosice (Rositz) waren sich darüber im klaren, daß ihnen niedrigere Stundenlöhne gezahlt wurden als in der gleichen Tarifklasse in Ziegeleien anderer Regionen.<sup>129</sup>

Diese Disparitäten<sup>130</sup> waren ein ständiger Unruheherd in den Betrieben und der Anlaß zu schier endlosen Beschwerden an die Gewerkschaftsorgane. Ein Beispiel ist

<sup>124</sup> Die in der Literatur häufig angeführten außerordentlich hohen Fluktuationswerte kommen dadurch zustande, daß unter „Fluktuation“ nahezu alle personellen Veränderungen im Betrieb zusammengefaßt werden: Mutterschaftsurlaub, organisierte Anwerbung von Arbeitskräften durch den Betrieb und/oder die Nationalausschüsse, Militärdienst, Pensionierungen, natürliche Verluste etc. Dennoch konnte auch die Fluktuation ohne die genannten Faktoren extreme Ausmaße erreichen. So lag sie beispielsweise in der Industrie des Kreises Pilsen 1952 bei 30 Prozent. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 14, 4327. Protokoll der außerordentlichen Plenarsitzung des Betriebsrates vom 29. 6. 1953 (Anlage).

<sup>125</sup> Kalinová, Lenka: Změny struktury československé dělnické třídy na počátku socialistické výstavby [Veränderungen der Struktur der tschechoslowakischen Arbeiterklasse zu Beginn des sozialistischen Aufbaus]. *Príspevky k dějinám KSČ* 6 (1966), H. 5, 709–735, hier 727, Anm. 41.

<sup>126</sup> In den Vereinigten Stahlwerken Kladno machte die Fluktuation im Januar 1961 nicht einmal zwei Prozent aus, im Pilsener Stammwerk Škodas lag sie 1965–1967 bei etwas mehr als sieben Prozent. SOA, Prag. Betriebsarchiv Poldi/Vereinigte Stahlwerke Kladno, Karton 15, 1946–1963. Bericht über Bewegung und Stabilisierung der Kader in den Vereinigten Stahlwerken Kladno; Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 1422, A 1013. Entwicklung der Fluktuation in den Škoda-Werken in den Jahren 1965–1967.

<sup>127</sup> Kreisgewerkschaftsrat Jihlava an die Abteilung für Arbeit und Löhne beim Zentralrat der Gewerkschaften vom 30. 1. 1951. Politische Bewertung der Normenüberprüfung im Kreis Jihlava. Quelle wie Anm. 122 (Fasz. Normenüberprüfung).

<sup>128</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 16, PV 164. Sitzung des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses in der Schmiede am 27. 11. 1957.

<sup>129</sup> VOA, Prag. ÚVOS-Stavba, Karton 281, 1967. Ziegeleiarbeiter in Rosice an Zentralrat der Gewerkschaften (nicht datiert).

<sup>130</sup> Die wuchernde Vielfalt der Lohnverhältnisse, auf deren Hintergründe hier nicht eingegangen werden kann, wurde in großem Maßstab erstmals bei den Normenüberprüfungen bzw. -erhöhungen der Jahre 1950, 1951 und 1952 deutlich.

der Brief eines slowakischen Textilarbeiters, der in einer Textilfabrik in Topoľčany Manchesterhosen bügelte: Im Januar 1963 wandte er sich an den Zentralrat der Gewerkschaften und wies stichhaltig nach, daß er ungerecht behandelt wurde, da für ihn die gleiche Zeitnorm galt wie für das Hosenbügeln in einem Textilbetrieb in Trenčín, der jedoch über technisch höherwertige Bügeleisen verfügte, die ein schnelleres und qualitativ besseres Bügeln ermöglichten.<sup>131</sup>

Was sich in dieser und Tausenden von anderen Beschwerden ausdrückt, ist das für die Arbeiterschaft weithin charakteristische normative Deutungsmuster einer sozialmoralischen Ordnung, die auf einem kollektiven Gleichheitsanspruch beruhte.<sup>132</sup> Dieser Anspruch stiftete nicht nur eine Solidarität, die – wie an den Volksgerichten gezeigt – als „Außenmoral“ in Erscheinung trat und in dieser Form vielleicht einen stärkeren Integrationseffekt besaß als Solidarstrukturen anderer Art.<sup>133</sup> Er wurde auch immer zusammengedacht mit der Forderung nach gleichberechtigter Behandlung gruppenspezifischer, durch die einzelnen Gewerkschaften zumindest formal repräsentierter Interessen, deren Berücksichtigung erst die Voraussetzung für die Ordnung der Gleichheit schuf: Die Dauerkritik der Arbeiter an der Einheitsgewerkschaft zielte ja nicht nur darauf, daß diese nicht primär für die Belange der Arbeiterschaft eintrat, sondern noch weit weniger in der Lage war, den von einem Industriezweig zum anderen variierenden Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung zu tragen.<sup>134</sup> Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zeigte der Druck, der in dieser Hinsicht auf die Einheitsgewerkschaft ausgeübt wurde, sichtbare Wirkung, als sich im Zuge des politischen und gesellschaftlichen Wandels, den die Reformbewegung an ihre Fahne geheftet hatte, massive Tendenzen zur Autonomie der Einzelgewerkschaften durchzusetzen begannen (s. u.).

<sup>131</sup> VOA, Prag, Spotřební průmysl, Karton 91, 1963. Fasz. Beschwerden. Protokoll der Verhandlung der Beschwerde des Genossen Emil Kálnay in den Textilbetrieben Topoľčany vom 11.2.1963.

<sup>132</sup> Dieser ist teils sicher durch die stark nivellierende Lohn- und allgemeine Sozialpolitik seit 1948 induziert worden, seine Wurzeln reichen aber weiter zurück und lassen sich nicht von traditionellen, sozial eher unspezifischen Solidarvorstellungen trennen, die sich mit dem Begriff des „Volkes“ (lid) verknüpften. So verstanden sich die Betriebsräte, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in der Tschechoslowakei entstanden und auf deren Gründung die KP(Tsch nur wenig Einfluß nehmen konnte, in vielen Fällen nicht als Vertretung der Arbeiterschaft, sondern als Organe des „Volkes“. Vgl. dazu das Protestschreiben eines Betriebsrates in Rotava (Rothau) an den Zentralrat der Gewerkschaften vom 10.10.1946. VOA, Prag, NHK, Karton 33, Nr. 101.

<sup>133</sup> Es kam sehr selten vor, daß bei einem Streik die gesamte Belegschaft die Arbeit niederlegte. Vgl. Heumos: *Dělnické stávky* 21. Sieht man von der Streikwelle im Juni 1953 ab, so gibt es mit der (zweistündigen) Arbeitsniederlegung von 2000 Beschäftigten einer Textilfabrik in Litvínov (Oberleutensdorf) im Juli 1949 nur ein Beispiel für einen von der Beteiligung her bedeutenden Streik, bei dem die Belegschaft geschlossen in den Ausstand trat. SUA, Prag, Fonds ÚV KSČ 100/24, Bd. 59, Nr. 927. Bericht über den Streik im Betrieb Cotona, Litvínov.

<sup>134</sup> In diesen Zusammenhang gehören auch die Klagen der Arbeiter in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten, die dem Zentralrat der Gewerkschaften vorwarfen, kaum etwas zu tun, um das kulturelle und soziale Gefälle zwischen dem Landesinnern und den Grenzgebieten zu beseitigen. VOA, Prag, KOR, Karton 75/1956, Nr. 138/3. Protokoll der Plenarsitzung des Kreisgewerkschaftsrates České Budějovice vom 18.5.1956.

9. Welche Rolle spielte das soziale Milieu der Industriearbeiterschaft in diesem Wandlungsprozeß, der sich langfristig, in kleinen, oft halbherzigen Schritten anbahnte? Hierzu einige vorläufige Bemerkungen.

Zunächst ist es nicht unbegründet, danach zu fragen, ob die Industriearbeiterschaft selbst Wandel initiiert hat. Bereits in den frühen fünfziger Jahren war im Bewußtsein der Arbeiter eine Situation eingetreten, die nach Veränderung verlangte. Einem Instrukteur des Zentralrates, der im Oktober 1951 in Strakonice in einem Zweigwerk der Zbrojovka mit den Arbeitern diskutierte, wurde nicht nur die lange Liste der aktuellen Versorgungsmängel bei Konsumgütern entgegengehalten, sondern auch erhebliche Zweifel an der richtigen Politik der Partei: Es werde zwar ständig proklamiert, daß die Steigerung der Produktivität zu Preissenkungen führe, doch sei das genaue Gegenteil der Fall.<sup>135</sup> Planwirtschaft war als das Mittel, das die ökonomische Aufholjagd gegenüber den kapitalistischen Staaten zum Erfolg führen sollte, in den fünfziger Jahren natürlich unantastbar, aber aufgrund der täglichen Erfahrung chaotischer betrieblicher Verhältnisse, die sie verursachte, hielt eine „ganze Reihe von Arbeitern“ in den Škoda-Werken bereits 1950 Planung für eine „überflüssige Sache“.<sup>136</sup> Solche „anomischen“ Situationen, in denen sich die Arbeiter ihrer eigenen, „abweichenden“ Position bewußt wurden, trugen dazu bei, daß Wandel gerade an ihrem Konfliktverhalten einsetzte. Nachdem Streiks bis zur Mitte der fünfziger Jahre durchweg ergebnislos geendet hatten und das rigorose Eingreifen des Parteiapparates überhaupt keine Voraussetzungen für Kompromißlösungen geboten hatte,<sup>137</sup> setzten Metallarbeiter im Juni 1957 in Jičín erstmals durch, daß die Verhandlungen zur Beilegung eines Arbeitskonflikts im Wege des *bargaining* geführt wurden;<sup>138</sup> dies bildete in der Folgezeit einen inoffiziellen, aber festen Bestandteil der Regelung von Arbeitskämpfen.<sup>139</sup>

Die Einführung von Elementen des Wandels durch die Arbeiter selbst fiel jedoch kaum ins Gewicht neben den schon dargestellten „Veränderungsstrategien“: Über Jahre hinweg haben die Arbeiter bestimmten ideologisch-politischen und organisatorischen Arrangements in den Betrieben die motivationalen Basis entzogen, diese Instrumente fast völlig stumpf werden lassen und auf diese Weise Partei und Gewerkschaften zu modifizierenden Maßnahmen, Kurskorrekturen und schließlich grundsätzlichem Wandel gezwungen. Man kann diese Entwicklung besonders gut am Komplex des organisierten „Produktivismus“ beschreiben, aus dessen breitem

<sup>135</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 105, Nr. 382. Bericht des Instrukteurs des Zentralrates der Gewerkschaften J. Málek vom 3.11.1951.

<sup>136</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 1515, PV 1287. Protokoll der Sitzung des Betriebsrates und des ROH gemeinsam mit den Instrukteuren der einzelnen Werkstätten vom 1.2.1950.

<sup>137</sup> Vgl. den Bericht über die Niederschlagung eines Streiks von Metallarbeitern in Varnsdorf (Warnsdorf) im Dezember 1954. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 014/12, Bd. 15, Nr. 422.

<sup>138</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 8, Berichte der Lohnabteilung. Aufzeichnung des Instrukteurs des Zentralrates der Gewerkschaften J. Pokorný über den Streik in der Gießerei des Nationalunternehmens Agrostroj in Jičín am 17. und 18.6.1957 (für Genossen Hnilička).

<sup>139</sup> VOA, Prag. Strojřrenství, Karton 49, Fasz. 3. Arbeitseinstellung in Slatiřany (Slatinan) am 4.3.1960.

Spektrum<sup>140</sup> hier nur die Stachanov- und die Stoßarbeiterbewegung, die Arbeitsnormenüberprüfungen und der sozialistische Wettbewerb interessieren. Die Ursachen der Erosion dieser sogenannten Arbeitsinitiativen – auf die einzelnen Phasen dieses Prozesses brauchen wir hier nicht einzugehen – lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

a) Die hohe Unstetigkeit des Produktionsprozesses bis in die frühen sechziger Jahre, vor allem bedingt durch häufige Änderungen des Produktionsprogramms und lange Wartezeiten aufgrund stockender Material- und Rohstoffzufuhr,<sup>141</sup> führte zu einem „Horten“ von Arbeit, da Wartezeiten nach einem Tarif bezahlt wurden, der unter dem Durchschnittslohn lag. In dieser Situation gaben die Arbeiter entweder vor, nicht über das notwendige Material zu verfügen, um Sonderleistungen (etwa in der Form des sozialistischen Wettbewerbs) erbringen zu können, oder waren dazu wegen leerer Materiallager tatsächlich nicht in der Lage.<sup>142</sup> Erhöhungen der Arbeitsnormen, die, wie erwähnt, vor allem in den gesamtstaatlich durchgeführten sogenannten Normenüberprüfungen der Jahre 1950–1952 vorgenommen wurden, hatten nicht selten Lohnkürzungen zur Folge,<sup>143</sup> da sie unter der (nicht unbegründeten) Annahme durchgesetzt wurden, daß auf der Grundlage aller späteren Regelungen der Arbeitsnormen, dem Erlaß des Ministeriums für Arbeit und Soziales vom August 1947, in einer Zeit stark rückläufiger Arbeitsproduktivität zu niedrige Normen angesetzt worden waren.<sup>144</sup> Der Protest gegen Normenerhöhungen hatte einen zweiten wichtigen Aspekt: Noch 1961 betrug der Anteil der Handarbeit in der tschechoslowakischen Industrie insgesamt 47 Prozent, im Bergbau lag er bei 55, im Maschinenbau bei 65 Prozent.<sup>145</sup> Die Anhebung von Arbeitsnormen war daher sehr oft mit der Zunahme zum Teil schwerer körperlicher Arbeit verbunden.<sup>146</sup>

b) Exorbitante Arbeitsleistungen und Qualität der Arbeit gingen nach Auffassung der Industriearbeiter nicht zusammen. Das richtete sich gegen die Stoßarbeiter (s.o.) wie gegen die Stachanovcen. Als der Zentralrat der Gewerkschaften im Sommer 1947 in einem großen metallverarbeitenden Betrieb unter den 1200 Beschäftigten mit

<sup>140</sup> Im einzelnen dazu Prova z ní k, Josef/Vlasák, František: Socialistické soutěžení v ČSR [Der sozialistische Wettbewerb in der ČSR]. Praha 1960.

<sup>141</sup> Vgl. Anm. 46.

<sup>142</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 154, Nr. 515 c. Bericht über die Situation in der Staatlichen Produktionsstätte für Autoteile in Čadca in der Slowakei (vom 3.10.1955). In diesem Werk stockte die Materialzufuhr in einem solchen Maße, daß Vertreter des Unternehmens in der Region von Betrieb zu Betrieb reisten, um für das Werk Arbeit zu beschaffen.

<sup>143</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Normenüberprüfung im Kreis Ostrava (Mährisch-Ostrau) im Oktober 1950. Quelle wie Anm. 123 (Fasz. Normenüberprüfung).

<sup>144</sup> Kalinová, Lenka/Brabec, Václav: K některým stránkám vývoje struktury a postavení čs. dělnické třídy v letech 1945–1948 [Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Struktur und der Lage der tschechoslowakischen Arbeiterklasse in den Jahren 1945–1948]. In: Odbory a naše revoluce [Die Gewerkschaften und unsere Revolution]. Praha 1968, 48–93, hier 87.

<sup>145</sup> Kalinová: Vývoj struktury a postavení 1044.

<sup>146</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Arbeitsniederlegung in einer Ziegelei im Kreis Nitra (Neutra) am 10.4.1956. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 014/12, Bd. 23, Nr. 811.

einer Fragebogenaktion vorfühlte, wie die Arbeiter über die Stachanov-Bewegung dachten, wobei sich 70 Prozent gegen diese aussprachen, machten viele Arbeiter u. a. geltend, daß die Stachanov-Methode die Qualität der Produkte beeinträchtigt.<sup>147</sup>

c) Konzepte der Leistungsmobilisierung à la Stachanov und Stoßarbeit wurden von den Arbeitern in der erwähnten Fragebogenaktion mit individuellem Erfolgstreben identifiziert, das die eigene „Popularität“ und die „Reklame“ für sich selbst auf Kosten derjenigen in den Vordergrund stellte, von deren Mitwirkung die außerordentlichen Arbeitsleistungen abhingen.<sup>148</sup> Das vertrug sich schlecht mit dem kollektiven Gleichheitsanspruch der Arbeiter. Sowjetische Stachanovcen, die im Mai 1951 die Tschechoslowakei besuchten, registrierten in den Betrieben, in denen mit Orden überhäufte Stoßarbeiter beschäftigt waren, schweigende Mißachtung gegenüber diesen.<sup>149</sup> Die materielle Privilegierung der Stachanovcen und Stoßarbeiter durch spezielle Einkaufsmöglichkeiten, Sonderzuteilungen von Lebensmitteln und andere Vergünstigungen<sup>150</sup> führte am Ende in einigen Betrieben zu ihrer offenen Diskriminierung und mobilisierte die Betriebsräte, die sich – wie etwa im Sommer 1950 im Kreis Karlovy Vary – mit Boykottmaßnahmen gegen Stoßarbeiter auf die Seite der Arbeiter schlugen.<sup>151</sup> Die Auseinandersetzung wurde jedoch auch in anderer Weise geführt, nämlich durch die Zweckentfremdung der sozialistischen Arbeitsinitiativen, die einen anschaulichen Begriff davon vermittelt, was der kollektive Gleichheitsanspruch der Arbeiter meinte. So organisierten die Arbeiter im Škoda-Zweigwerk in Smíchov (Smichov) bis 1953 den Wettbewerb um den besten Arbeiter des Betriebes nach dem Prinzip der „Verteilungsgerechtigkeit“, indem sie festlegten, daß jeder Arbeiter turnusgemäß zum „besten Arbeiter“ gekürt wurde und damit in den Genuß der Prämie kam.<sup>152</sup>

d) Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiter starke Einwände gegen die Vermischung von Produktion und Politik erhoben; sie nahmen die noch vor der

<sup>147</sup> Eine detaillierte Auswertung der Befragung in: ÚRO, 3.7.1947.

<sup>148</sup> E b e n d a.

<sup>149</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 9, Nr. 126/2/8. Reden der sowjetischen Stachanovcen auf der außerordentlichen Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 7.5.1951.

<sup>150</sup> In Pilsen wurden im März 1950 insgesamt acht Verkaufsstellen für Stoßarbeiter eingerichtet, deren Warenangebot ein breites Sortiment von Textilien und Schuhen, ferner Haushaltsgegenstände, Lebensmittel (darunter Schokolade, Südfrüchte), Möbel, Teppiche, Motor- und Fahrräder umfaßte. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 1, PR 375. Zu den Sonderzuteilungen von Lebensmitteln für Stoßarbeiter und der Kritik der Arbeiter daran: E b e n d a. ROH 13, 669. Aktiv des Betriebsrates (1950). Zu anderen Vergünstigungen für Stoßarbeiter gehörte der vorrangige Anspruch auf Erholungsurlaub. E b e n d a.

<sup>151</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 13/1950. Bericht über die Situation im Kreisgewerkschaftsrat Karlovy Vary; nicht datierte Beilage: Welche Fürsorge wird den Stoßarbeitern und der Stoßarbeiterbewegung im Kreis [Karlovy Vary] gewidmet?

<sup>152</sup> VOA, Prag. URO-VMP, Karton 2. Berichte aus den Brigaden. Berichte über sozialistischen Wettbewerb 1953 (Závod Škoda Praha-Smíchov). In einem Betrieb in Tvrzice erklärten die Arbeiter, daß sie „alle die besten Arbeiter sind und sich bei der Belohnung [für den im sozialistischen Wettbewerb ermittelten besten Arbeiter – P.H.] abwechseln werden.“ E b e n d a. Verband der Beschäftigten in der Energieerzeugung, Elektrizitätswerk Ervénice (Seestadt).

kommunistischen Machtübernahme einsetzende „produktivistische“ Übermobilisierung früh als das wahr, was sie in der Tat immer auch war: ein Instrument der politischen Formierung der Arbeiterschaft.<sup>153</sup> Am 26. und 27. März 1946 wurde in mehreren Werkshallen Škodas dagegen gestreikt, daß die in der KPTsch organisierten Arbeiter in einer Selbstverpflichtungskampagne Mehrarbeit zu leisten begannen, die dem VIII. Parteitag der KPTsch gewidmet werden sollte.<sup>154</sup> In den fünfziger Jahren überboten sich höhere Gewerkschaftsfunktionäre geradezu an Klagen darüber, daß es nicht gelinge, den Arbeitern die Politik so nahezubringen, daß diese als Motor der Produktionssteigerung eingesetzt werden konnte.<sup>155</sup> Im ersten Halbjahr 1968 gab es in den Betrieben eine breite Akzeptanz für die Forderung, daß die Partei künftig auf die verschiedenen Formen unmittelbarer Einflußnahme auf die Produktion verzichten sollte.<sup>156</sup>

Die allmähliche Aushöhlung der sozialistischen Arbeitsinitiativen, die den Produktionsprozeß Schritt für Schritt seines ideologisch-politischen Beiwerks entkleidete, war allerdings kein grundsätzlicher Einwand gegen sozialistische Strukturen im industriellen Sektor. Dem gewichtigsten Systemimperativ im industriellen Bereich, der Planerfüllung, entzogen sich die Industriearbeiter nicht, und diese Leistungsmotivation kann in einer – hier, wie schon gesagt, nicht zu leistenden – gründlichen Untersuchung der Arbeitsmoralproblematik nicht unberücksichtigt bleiben. Im Frühjahr 1956 drohten Arbeiter in der mährischen Textil- und Lebensmittelindustrie mit Streik, sollten die täglichen Wartezeiten von zwei und mehr Stunden nicht beseitigt werden.<sup>157</sup> Das Motiv lag zwar in diesem Fall zunächst im Verdienstaustausfall,<sup>158</sup> das Engagement der Arbeiter bei der Planerfüllung ist aber – bei allem Murren über die damit verbundenen Schwierigkeiten – nicht zu übersehen: Es lag ihnen daran, daß die Daten der Planerfüllung ihre tatsächliche Arbeitsleistung wiedergaben, und die gleichen Arbeiter warfen deshalb den Gewerkschaften vor, es schweigend hinzunehmen, daß die Kennziffern der Planerfüllung auf der Grundlage einer achtstündigen Arbeitszeit ausgewiesen wurden, während diese in Wirklichkeit bei 10–12 Stunden gelegen hatte.<sup>159</sup> Eine Untersuchung zur Arbeitsorganisation an den schweren Werkzeugmaschinen (Karusselldrehbänke, Fräsmaschinen) in den Pilsener Škoda-Werken im Sommer 1963 ergab, daß die Facharbeiter – sehr zum Unwillen der

<sup>153</sup> Vgl. dazu – als ein beliebiges Beispiel – den Aufruf zur ersten gesamtstaatlichen Stoßarbeiterschicht am 20.12.1949 anlässlich des 70. Geburtstages Stalins. VOA, Prag. NHK, Karton 117, Nr. 308 a. Stoßarbeiterbewegung.

<sup>154</sup> SÚA, Prag. Fonds MPSP, AII, AIII/dův. 1946–1950. Abschrift eines Berichts über den Streik in den Škoda-Werken (nicht datiert).

<sup>155</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 13/1950. Bericht über die Situation im Kreisgewerkschaftsrat Karlovy Vary; nicht datierte Beilage zur Arbeit der Bezirksgewerkschaftsräte und zur Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen der KPTsch.

<sup>156</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 95, Nr. 471. Bericht über die aktuelle soziale und politische Situation in den Betrieben (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3.6.1968).

<sup>157</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 154, Nr. 515 c. Delegationsbericht über den Kreis Olomouc 10.–12.5.1956.

<sup>158</sup> E b e n d a.

<sup>159</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 156, Nr. 520/1 (1956). Delegationsbericht aus dem Kreis Olomouc (nicht datiert).

Betriebsleitung – unter Umgehung einer ganzen Reihe tariflicher Bestimmungen die Hilfsarbeiter von ihren eigentlichen Aufgaben abgezogen und so für ihre Zwecke (Beseitigung von Spänen, Auswechseln stumpf gewordenen Geräts, Besorgen des Frühstücksbrottes etc.) einsetzten, daß die zur Planerfüllung erforderliche Norm erreicht wurde.<sup>160</sup>

Das Pilsener Beispiel ist unter mehreren Gesichtspunkten aufschlußreich, wir greifen nur einen heraus: Die Verfügungsmöglichkeit der qualifizierten Arbeiter über die an- und ungelerten Arbeiter ist ein Hinweis auf die Konservierung traditioneller betrieblicher Herrschaftsverhältnisse in der Arbeiterschaft, an denen die bereits vor 1948 massiv einsetzende lohnpolitische Präferenzierung der Hilfsarbeiter und die nach 1948 bis weit in die sechziger Jahre hinein zu ihren Gunsten nivellierende Lohnpolitik offenbar wenig geändert haben.<sup>161</sup> Dieses traditionelle Element, die an anderen Sachverhalten dargestellten Tendenzen zur Bewahrung überkommener Lebensverhältnisse und auch die Ansätze zu sozialem Wandel, die – wie am Detail des *bargaining* gezeigt – auf die Wiederherstellung eines früheren Zustandes zielten, berechtigen dazu, das soziale Milieu der Industriearbeiter mit dem vielzitierten „Strukturkonservativismus“ sozialistischer Systeme zu verbinden.<sup>162</sup> Das wird noch um vieles deutlicher, als die Industriearbeiter 1968 offen eine grundlegende Reform der Einheitsgewerkschaft forderten.

10. In einem ersten Schritt, zwischen Januar und April 1968, wurde der Einheitsgewerkschaft eine „Entschlackungskur“ verschrieben: Die gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen, teils auch die Bezirksgewerkschaftsräte, verlangten, die Gewerkschaften müßten sich derjenigen Aufgaben entledigen, „die nicht in eine

<sup>160</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 444, PŘ 188. Untersuchung der Beschäftigung der Arbeiter an schweren Werkzeugmaschinen. Der Vorgang dürfte weitverbreitet gewesen sein, da sich in den regelmäßig wiederkehrenden Phasen der „Planschlußpanik“ (*šturmovština*), d.h. den Zeitabschnitten, in denen unter dem Druck der durch den Plan gesetzten Termine eine allgemeine Aufholjagd in der Produktion begann, die übliche Arbeitsorganisation auflöste.

<sup>161</sup> Gegenüber dem Jahr 1939 stiegen die Löhne der qualifizierten Arbeiter 1946–1948 um 241 Prozent, die der an- und ungelerten Arbeiter um 326 Prozent. Vgl. Kalinová: *Změny struktury 734*. – In der Metallindustrie war es in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre offenbar nichts Außergewöhnliches, daß die Löhne der Hilfsarbeiter über denen der qualifizierten Arbeiter lagen. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 16, PV 164. Aktiv von KPTSch und ROH-Funktionären der Schmiede am 3.7.1957. – Zu den Problemen der Denivellierung der Löhne in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre siehe den Bericht über Versuche zur Einführung eines konsequent differenzierenden Lohnsystems in der Konsumgüterindustrie vom 23.5.1967, der dem Vorstand des Zentralrates der Gewerkschaften vorgelegt wurde. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 88, Nr. 451.

<sup>162</sup> Die nicht „durchherrschten“, in ihrer traditionellen Struktur erhalten gebliebenen gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die wir in diesem Beitrag u.a. abgehoben haben, sind nur ein Aspekt dieses Problems. Ein anderer ist z.B. die lange ambivalente Beziehung der Arbeiter zur technischen Modernisierung der Industrie; diese weckte die Befürchtung vor Lohn-einbußen bei der Einführung von technisch begründeten Normen. „Die Arbeiter stellen sich gegen die neue Technik, weil sie in ihr einen Angriff auf ihre Löhne sehen,“ hieß es im November 1955 auf einer Beratung hoher Gewerkschaftsfunktionäre in Prag. VOA, Prag. Celostátní akce, Karton 5, Nr. 32. In den fünfziger Jahren gab es denn auch Streiks gegen die Einführung neuer Maschinen. Vgl. Heumos: *Dělnické stávký 20*.

gewerkschaftliche Organisation, sondern in den Wirkungsbereich staatlicher, wirtschaftlicher und anderer Organe gehören“.<sup>163</sup> Die Krankenversicherung, der sozialistische Wettbewerb (sofern überhaupt noch ein Thema<sup>164</sup>), die Verbesserungsbewegung, die sogenannten Patronate über die landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften und die Tschechoslowakische wissenschaftlich-technische Gesellschaft sollten aus der Zuständigkeit der Gewerkschaften herausgenommen werden<sup>165</sup>. Vor allem aber sollte der gesamte gewerkschaftliche Sanktions- und Kontrollapparat auf betrieblicher Ebene restlos aufgelöst werden: die Volksgerichte, die Kommissionen für Volkskontrolle, die sogenannten gesellschaftlichen Ankläger.<sup>166</sup>

Im späten Frühjahr 1968 geriet, in einer zweiten Phase, das Prinzip der 1945 eingeführten Industriegewerkschaften<sup>167</sup> ins Wanken. Die Basisorganisationen der Gewerkschaft für die Konsumgüterindustrie plädierten für deren Aufteilung in vier selbständige Gewerkschaften (Textil, Glas und Keramik, Holz, polygraphische Industrie). Der Bergbau schied aus der Gewerkschaft für Bergbau und Energiewesen aus. In der Metallindustrie forderten u.a. die Gießer, Modellierer, Schweißer, Schmiede und Monteure die Gründung eigener Gewerkschaften bzw. mindestens die Bildung spezieller „Interessengruppen“ im Rahmen einer einheitlichen Metallarbeitergewerkschaft.<sup>168</sup> Der Zentralrat der Gewerkschaften konstatierte den Trend zu Berufsgewerkschaften,<sup>169</sup> ein allgemeines Votum für die Rückkehr der Gewerkschaften zu ihrer klassischen Rolle als Interessenvertretung der Arbeiterschaft,<sup>170</sup> und das hieß, daß sie – wie es der Zentralrat vorsichtig formulierte – „in einigen Fällen“ Aufgaben wie „vor dem Krieg“ wahrnehmen würden.<sup>171</sup> Obwohl mit diesem *roll-back* – wie in den Resolutionen aus den Betrieben versichert wurde – das Prinzip der Einheit der Gewerkschaftsbewegung nicht aufgegeben werden sollte und in der Tat nur die „Lokomotivrotten“, d.h. die Lokomotivführer und das Personal in den Eisenbahndepots, die Zusammenarbeit mit dem Zentralrat aufkündigten und eine eigene Gewerkschaft gründeten,<sup>172</sup> zielte die Entwicklung auf eine

<sup>163</sup> VOA, Prag. ÚRO-Sekr., Karton 357, Nr. 1390 VII. Anregungen und Themen aus den Resolutionen und Briefen von Organisationen, Organen und Mitgliedern des ROH (bearbeitet bis zum 3.4.1968).

<sup>164</sup> Von 1774 Resolutionen und Briefen gewerkschaftlicher Betriebsorganisationen, die zwischen Mitte März und dem 22.4.1968 an den Zentralrat der Gewerkschaften adressiert wurden, befaßten sich 31 mit der Frage des sozialistischen Wettbewerbs. Quelle wie Anm. 156.

<sup>165</sup> Vgl. dazu die in Anm. 163 zit. Zusammenstellung von Resolutionen und Briefen.

<sup>166</sup> E b e n d a.

<sup>167</sup> Übernommen wurde das Prinzip von der Protektoratsgewerkschaft, der Nationalen Gewerkschaftszentrale der Arbeitnehmer.

<sup>168</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 95, Nr. 471/5. Bericht über den Stand der Verhandlungen und die Vorbereitungen zur Teilung der Gewerkschaftsverbände (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3.6.1968).

<sup>169</sup> Vgl. dazu den in Anm. 156 zit. Bericht.

<sup>170</sup> Vgl. dazu die in Anm. 163 zit. Zusammenstellung von Resolutionen und Briefen.

<sup>171</sup> E b e n d a.

<sup>172</sup> Am 29.4.1968 wurde auf einer Delegiertenkonferenz der Lokomotivrotten in Prag der Zentralausschuß der Föderation der Lokomotivrotten gewählt. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 95, Nr.471/10. Bericht über die gegenwärtige Situation in der Föderation der

beträchtliche Schwächung der Machtposition des Zentralrates. Dies zunächst dadurch, daß die Kreis- und Bezirksgewerkschaftsräte abgeschafft werden sollten,<sup>173</sup> d.h. die unteren sogenannten allgewerkschaftlichen Organe, die als Zwischeninstanzen und als Träger und Exekutoren des Programms der Einheitsgewerkschaft deren Spitze mit der Basis zu verklammern hatten. Besonders nachdrücklich wurde, zweitens, eine drastische Reduzierung des bürokratischen Apparats des Zentralrates verlangt,<sup>174</sup> bis hin zu einem Ausmaß, das die Tätigkeit des Zentralrates auf koordinierende Aufgaben gegenüber den Gewerkschaftsverbänden eingeschränkt hätte,<sup>175</sup> die den zweiten Strang in der Organisationsstruktur der Einheitsgewerkschaft bildeten, seit der Mitte der fünfziger Jahre im Schatten der allgewerkschaftlichen Organe eine kümmerliche Existenz gefristet hatten und nun die Grundlage der gesamten Reform des Gewerkschaftswesens darstellen und den Autonomieanspruch der Einzelgewerkschaften einlösen sollten.<sup>176</sup>

Kernpunkt der gewerkschaftlichen Reformdiskussion und der allerersten praktischen Reformschritte war aber die massive Stärkung der Kompetenzen der gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse und ihrer Position im Gesamtgefüge der antizipierten neuen Gewerkschaftsbewegung: durch die Umverteilung der Haushaltsmittel der Gewerkschaften zugunsten ihrer Betriebsorganisationen, durch das (satzungsgemäße) Veto gegen die Intervention des Zentralrates (und anderer höherer Gewerkschaftsorgane) in die Betriebsausschüsse, durch die – im Kollektivvertrag festgelegte – Bindung des Streikrechts an den Einzelbetrieb, durch die über ihre Amtszeit hinausreichende Immunität der Mitglieder gewerkschaftlicher Betriebsausschüsse etc.<sup>177</sup> Ihren gewichtigsten Machtanspruch erhoben diese mit der Forderung, daß die „überwiegende Mehrheit“ der Delegierten auf dem nächsten gesamtstaatlichen Gewerkschaftskongreß aus den Betrieben kommen und die Gewerkschaftsführung durch den Kongreß direkt gewählt werden sollte.<sup>178</sup> Dieses Konzept „direkter Demokratie“ hatte seine interessenpolitische Entsprechung. Die Reorganisation der Gewerkschaften, so meinten die Mitgliederversammlungen der Betriebsausschüsse im April 1968, müsse die „überflüssigen Zwischenglieder“ [d.h. die Kreis- und Bezirksgewerkschaftsräte – P.H.] beseitigen und den „Zustand einer direkten Beziehung zwischen den zentralen Leitungsorganen und den Basisorganisationen“ herstellen.<sup>179</sup>

Das *roll-back* in Richtung der hohen berufsständischen Differenzierung des Gewerkschaftswesens der Ersten Tschechoslowakischen Republik mit seinem star-

---

Lokomotivrotten (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3. 6. 1968).

<sup>173</sup> Vgl. dazu die in Anm. 163 zit. Zusammenstellung von Resolutionen und Briefen.

<sup>174</sup> E b e n d a.

<sup>175</sup> In einigen Resolutionen wurde gefordert, die Zahl der Sekretäre des Zentralrates, die bei 18–20 lag, auf drei zu begrenzen. E b e n d a.

<sup>176</sup> E b e n d a.

<sup>177</sup> E b e n d a.

<sup>178</sup> E b e n d a.

<sup>179</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 94, Nr. 468/2. Bericht für die Mitglieder des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften über die Situation in einigen Gewerkschaftsorganen und in den Betrieben im gegenwärtigen Zeitraum vom 20. 4. 1968.

ken betriebsgewerkschaftlichen Einschlag<sup>180</sup> ist in der gewerkschaftlichen Reformdiskussion unübersehbar.<sup>181</sup> Die Forderung nach einer radikalen Vereinfachung des Vollzugs der Interessen der Arbeiterschaft lag quer zu den Konzeptionen verbandsförmig organisierter Interessen, die sich in der Reformbewegung der späten sechziger Jahre herausbildeten. Die sich abzeichnende Umwandlung der Nationalen Front, dem Verbund der gesellschaftlichen Organisationen, in ein pluralistisches Verbandssystem<sup>182</sup> verlangte – als funktionale Mindestanforderung – die Kompromißfähigkeit und Anpassungselastizität der Interessen sozialer Gruppen. Dagegen setzte die geforderte direkte Vermittlung der Interessen der Arbeiter in die Macht- und Entscheidungsarenen unter Ausschaltung aller Zwischeninstanzen, die die Konfliktmaterie hätten modifizieren und differenzieren können, unausdrücklich voraus, daß die Interessen der Arbeiterschaft ein nicht teilbarer Konfliktgegenstand waren, ein inhaltlich umfassender „Zentralkonflikt“ und eine ebenso wertgeladene wie dominante „Grundsatzfrage“.<sup>183</sup> Es entspricht dieser ideologischen Dramatisierung, daß die Gewerkschaftsbasis nur ein sehr geringes Interesse an der Neubestimmung der Rolle der Gewerkschaften im Rahmen der Nationalen Front zeigte.<sup>184</sup> Das Aktionsprogramm der KPTsch vom 5. April 1968 ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß die Zeiten der interessenpolitischen Privilegierung der Arbeiterschaft vorbei waren: Das dort entwickelte Verteilungsmuster hatte den Charakter einer präferenzlosen distributiven Pazifizierung aller sozialen Gruppen.<sup>185</sup>

<sup>180</sup> Vgl. Heumos: Die Arbeiterschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, passim.  
<sup>181</sup> Diejenigen, die die Gewerkschaftsreform am weitesten vorantrieben, nämlich die „Lokomotivrotten“, beriefen sich in allgemeiner Form auch auf ihre Kenntnis der französischen, niederländischen und belgischen gewerkschaftlichen Verhältnisse. VOA, Prag, ÚRO-Před., Karton 95, Nr. 471/10. Bericht über die gegenwärtige Situation in der Föderation der Lokomotivrotten (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3.6.1968). In konkreten Analysen ihrer Situation war der Bezugspunkt jedoch die „kapitalistische Gesellschaft“ der Vorkriegsrepublik, die – wie es gelegentlich hieß – den Eisenbahnern „mehr“ gegeben habe als die sozialistische Gesellschaft. E b e n d a. Bericht über den Verlauf der Konferenz der Lokomotivrotten am 29. und 30.4.1968 in Prag.

<sup>182</sup> Vgl. dazu die einschlägigen Dokumente in: Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitages der KPTsch am 22. August 1968. Herausgegeben und eingeleitet von Jiří P e l i k á n. Wien-Frankfurt-Zürich 1969.

<sup>183</sup> Diese Emphasisierung war nicht nur ein Reflex der politisch-ideologischen Inszenierung und materiellen Präferenzierung der Arbeiterschaft seit 1945; sie läßt sich – gerade in der Phase der Hochkonjunktur der Reformbewegung nicht von den – in ihrem Ausmaß schwer zu bestimmenden – Widerständen gegen die Reform unter den Arbeitern trennen, auch unter den qualifizierten Arbeitern. Wie empfindlich auf erste Anzeichen des Kurswechsels reagiert wurde, zeigen Äußerungen von Musikinstrumentenbauern in einem Betrieb in Malšov bei ersten Maßnahmen zur Lohnnivellierung im Herbst 1966: Man gehe jetzt „gegen die Arbeiter“ vor, hieß es. VOA, Prag, ÚRO-Před. Karton 84, Nr. 440/II/1. Bericht über die Mitgliederversammlungen der gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse auf der Grundlage des Beschlusses des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 15.6.1966 (III).

<sup>184</sup> Vgl. dazu die in Anm. 163 zit. Zusammenstellung von Resolutionen und Briefen.

<sup>185</sup> Vgl. dazu die Analyse des Aktionsprogramms bei Page, Benjamin B.: The Czechoslovak Reform Movement, 1963–1968. A Study in the Theory of Socialism. Amsterdam 1973, 63–77 (Philosophical Currents 4).

Die beträchtliche Machtposition, auf die die Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben Anspruch erhoben, ist nicht nur ein Spiegelbild des „Sonderinteresses“ der Arbeiter, der sich 1968 entwickelnden „Basisdemokratie“ oder der Idee einer Wiederbelebung der starken betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen der Ersten Republik. Unter der Frage, welche Chancen sich den Arbeitern seit 1948 boten, ihre Interessen, ihre Kritik und ihre Beschwerden wirkungsvoll in den Gewerkschaftsapparat zu vermitteln, erscheint dieser Machtanspruch eher als Überintegration infolge der Strukturarmut der Einheitsgewerkschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer Aufnahme- und Verarbeitungsbereitschaft gegenüber Initiativen der Arbeiter. Mit anderen Worten: Der sehr niedrige Anpassungsgrad der Einheitsgewerkschaft an die Bedürfnisse der jeweiligen Arbeitssituation, das weitgehende Fehlen effektiver Verfahren der Bearbeitung und der Vermittlung von Konflikten in die zuständigen Entscheidungsgremien und die allgemein geringe Zugänglichkeit eines schwerfälligen, aus der Sicht der Arbeiter von der Kenntnis der tatsächlichen industriellen Verhältnisse abgeschnittenen Apparats für die zahllosen Vorschläge zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit<sup>186</sup> führten – auch mit Anzeichen der Resignation – zur Überintegration der Arbeiter in das betriebliche soziale Milieu. Dieses bot die Chance der Einflußnahme zumindest insofern, als hier für den Arbeiter Voraussetzungen bestanden, um – wie gezeigt – aus seiner Sicht problematische oder einfach unerwünschte Zielsetzungen des „Systems“ zu unterlaufen und in ihrer Wirkung abzuschwächen bzw. sie zu seinen Gunsten zu manipulieren.<sup>187</sup> Die angedeuteten Strukturdefizite der Einheitsgewerkschaft sind im Übergang zu den sechziger Jahren offenbar etwas abgebaut worden.<sup>188</sup> Daß aber die Arbeiter sowohl in den fünfziger als auch den sechziger Jahren Erfolgsaussichten für ihre Beschwerden und Proteste mit der Vorstellung verknüpften, daß der gesamte Apparat der Einheitsgewerkschaft übersprungen und ihr Anliegen unmittelbar in die zentralen Machtarene hineingetragen werden müsse, zeigt das altertümliche, aus der Ersten Republik ererbte und durch die Defizite der Einheitsgewerkschaft am Leben erhaltene Mittel der Arbeiterdeputation: Die Schmiede in den Škoda-Werken, die im Januar 1953 eine Deputation zu Ministerpräsident Zápotočský entsandten, weil ihnen die Hüttenzulage gestrichen worden war,<sup>189</sup> bedienten sich dieses Mittels ebenso selbstverständlich wie Arbeiter im slowakischen Banská Štiavnica, die im Sommer 1967 eine Deputation wählten, die den zuständigen Minister aufsuchen sollte, um die Gefahr der Schließung ihres Betriebes abzuwenden.<sup>190</sup>

<sup>186</sup> Noch 1966 konnten Arbeiter zu diesem letzten Punkt feststellen, daß „Anmerkungen oder Vorschläge für den ROH keinen Sinn haben“. Vgl. dazu den in Anm. 183 zit. Bericht.

<sup>187</sup> Beispielsweise durch die Zweckentfremdung sozialistischer Wettbewerbe, auf die oben hingewiesen wurde.

<sup>188</sup> Nach einer vorläufigen Einschätzung scheint dies für das Beschwerdeverfahren zuzutreffen.

<sup>189</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 4, PV 34. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Betriebsrates vom 15.1.1953.

<sup>190</sup> VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 88, Nr. 453. Bewertung der Jahresmitgliederversammlungen der gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse im Jahr 1967 (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 15.6.1967).

Ein Indiz für „Überintegration“ vermute ich auf der anderen Seite in der Dramatisierung der Außenmoral des sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft, wie beispielsweise gegenüber einem Gewerkschaftsfunktionär, den mährische Ziegeleiarbeiter nach fünftägigen ergebnislosen Lohnverhandlungen aus einer Ziegelei in Havřice (Hawřitz) jagten,<sup>191</sup> oder gegenüber einem anderen Gewerkschafter, der sich in einer Fabrik in Čadca (Slowakei) abfällig über die katholische Religion äußerte, dafür Prügel bezog und sich mit knapper Not in das Gebäude des örtlichen Bezirksnationalausschusses retten konnte.<sup>192</sup> Im Bergbau, dem Paradebeispiel für die handgreiflichen Praktiken des Dualsystems von „Ortsmoral und Staatsgesetz“, waren die Arbeitsbrigaden die Leidtragenden des heftigen Widerstandes der Bergleute gegen die staatliche Arbeitskräftelenkung in die Kohlenreviere: Unter Tage wurde die Arbeit der Brigadiere in der massivsten Weise sabotiert.<sup>193</sup> In den sechziger Jahren sind solche Manifestationen der Außenmoral – parallel zur rückläufigen Anwendung brachialer Mittel durch das Regime – in eher unauffällige Verweigerungs- und Distanzierungsstrategien übergegangen; darauf wurde am Beispiel des Umgangs mit den Volksgerichten hingewiesen.

11. Um abschließend die einleitende Fragestellung aufzunehmen: Was kann eine sozialgeschichtlich orientierte Untersuchung am Beispiel der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft zum Verständnis von Macht- und Herrschaftsstrukturen in der kommunistischen Tschechoslowakei beitragen? Vier Punkte sollen hervorgehoben werden:

a) Besonderheiten der Sozialstruktur der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft, vornehmlich ihre Wohnsituation in Verbindung mit dem hohen Anteil von *kovorolníci*, schränkten die Erfassungs- und Kontrollmöglichkeiten der Herrschaftsapparate (Gewerkschaften, Partei) ganz erheblich ein. Die Integration in die betriebliche Sphäre außerhalb der regulären Arbeitszeit, u.a. über die Betriebsklubs, und damit die geforderte Formierung der Arbeiterschaft an der politisch außerordentlich relevanten „Arbeitsfront“ war im Grunde auf die am Standort des Betriebes wohnenden Arbeiter begrenzt. Hier lagen kaum verschiebbare Grenzen der Herrschaft, die zu nicht konformen Verhaltensweisen genutzt wurden, wie z.B. die sehr geringe „industrielle Disziplin“ im Bauwesen andeutet, das in hohem Maße *kovorolníci* beschäftigte (s.o.).

b) Mit Vorstellungen vom „monolithischen“ Charakter kommunistischer Massenorganisationen läßt sich das Beispiel der tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft mit ihren schon in den späten fünfziger Jahren mehr als vier Millionen Mitgliedern nicht in Einklang bringen. Dabei können wir allgemeine organisationssoziologische

<sup>191</sup> VOA, Prag, ÚRO-Org., Karton 110, Nr. 385 b. Bericht des Instrukteurs des Kreisgewerkschaftsrates Brünn-Gottwaldov Jan Motl über den Stand der Überprüfung der Arbeitsnormen vom 18.7.1951.

<sup>192</sup> SÚA, Prag, Fonds ÚV KSČ 100/24, Bd. 59, Nr. 927. Streik der Arbeiter in Čadca, Fernschreiben des Genossen Bašťovanský vom 23.6.1949.

<sup>193</sup> Beispielsweise dadurch, daß ihnen die Kabel der Preßluftschlämmer durchgeschnitten wurden. SÚA, Prag, Fonds ÚV KSČ 014/11, Bd. 6, Nr. 67. Arbeit der Hauer aus Sokolov (Falkenau) in Ostrava.

Überlegungen, die diesen spezifischen Charakter ebenfalls in Frage stellen,<sup>194</sup> außer acht lassen. Auch die wenigen Hinweise auf die Verhaltensweisen der untersten Gewerkschaftskader zeigen, daß die Einheitsgewerkschaft weit davon entfernt war, über einen bis in die Betriebe hineinreichenden „monolithischen“ Befehlsvollzug zu verfügen, daß vielmehr die Anordnungen des Zentralrates der Gewerkschaften häufig leer liefen, sein Herrschaftsanspruch auch in den eignen Reihen in vielfältiger Weise gebrochen wurde.

c) Wenn die Vermutung über einen Bedingungs-zusammenhang zwischen Strukturarmut der Einheitsgewerkschaft im Sinne mangelnder Responsivität gegenüber den Initiativen der Arbeiter einerseits und deren Überintegration in das betriebliche Milieu andererseits mehr ist als eine Vermutung, dann hat die Einheitsgewerkschaft das soziale Milieu der Industriearbeiterschaft – und damit spezifische Grenzen ihrer Machtausübung – selbst stabilisiert: indem sie dieses Milieu durch das Fortschleppen ihrer strukturellen Defizite immer wieder aufs Neue reproduzierte.

d) Kritik an der Bürokratie war auch im tschechoslowakischen Staatssozialismus ein fester Bestandteil des parteioffiziellen Jargons (und des Alltags sowieso). Der antibürokratische Affekt der Industriearbeiter hat daher auf den ersten Blick nichts Spezifisches. Er ist jedoch – soweit gegen die Einheitsgewerkschaft gerichtet – immer zusammengedacht worden mit einem gewerkschaftlichen Milieu, das gegen anonyme Großorganisationen und bürokratische Anweisung *face to face*-Kommunikation und ein persönlich-vertrauensvolles Verhältnis zu den Gewerkschaftsfunktionären ermöglichen sollte.<sup>195</sup> Dies waren gewerkschaftliche Sozialisations-erfahrungen der Ersten Republik mit ihrer kaum überschaubaren Vielzahl kleiner und kleinster hochspezialisierter Einzelgewerkschaften und entsprechend dichten Kontakten zwischen Gewerkschaftern und Arbeitern.<sup>196</sup> Der Einheitsgewerkschaft

<sup>194</sup> Etzioni, Amitai: Soziologie der Organisation. München 1973, 177 f. (Grundfragen der Soziologie 12).

<sup>195</sup> Charakteristisch sind in diesem Zusammenhang auch die Klagen der Arbeiter über die Verlagerung der innerbetrieblichen gewerkschaftlichen Tätigkeit in die gewerkschaftlichen Organisationen auf der Ebene eines Nationalunternehmens, die mehrere gewerkschaftliche Betriebsausschüsse zusammenfaßten, und die damit verbundene Ausdünnung der persönlichen Kontakte zu den Gewerkschaftsfunktionären ihres Betriebes. Vgl. dazu u. a. den in Anm. 183 zit. Bericht. Zur Erwartungshaltung der Arbeiter im Blick auf das Verhältnis zu den Funktionären höherer Gewerkschaftsorgane sei hier aus dem Bericht (1956) eines Mitgliedes des Kreisgewerkschaftsrates Olomouc zitiert: „Die Arbeiter weisen darauf hin, daß sie gewerkschaftliche Organisation nur dann spüren, wenn die Funktionäre wegen des Mitgliederbeitrags zu ihnen kommen, wegen einer sozialistischen Verpflichtung oder von ihnen wollen, daß sie einige Stunden in einer Brigade ableisten. Sehr selten kommt es vor, daß der Gewerkschaftsfunktionär zu den Arbeitern kommt, um einen Rat einzuholen, ihre Meinung zur gewerkschaftlichen Arbeit zu erfahren oder mit ihnen über ihre Sorgen am Arbeitsplatz und im Privatleben zu sprechen.“ VOA, Prag. ÚRO-*Org.*, Karton 156, Nr. 520/1 (1956). Nicht datierter Delegationsbericht aus dem Kreis Olomouc.

<sup>196</sup> Bekannt ist das Wort Zápotockýs, der tschechische Arbeiter der Zwischenkriegszeit sei dann mit seiner Gewerkschaft zufrieden gewesen, wenn er nach Feierabend mit „seinem“ Gewerkschaftsfunktionär ein Glas Bier trinken konnte.

ist es nicht gelungen, ein Organisationsverhalten durchzusetzen, das diese Erfahrungen verdrängt hätte. Grenzen ihrer Herrschaft waren somit auch durch bestimmte gewerkschaftliche Traditionen gegeben, wie spätestens die gewerkschaftliche Reformdiskussion im Jahr 1968 zeigt. In mancher Hinsicht hat die Einheitsgewerkschaft an der Festlegung dieser Grenzen ungewollt mitgewirkt, indem das Tempo des sozialistischen Aufbaus auch sie dazu zwang, alte soziale Strukturen – wie am Gründungsprozeß der Betriebsklubs abzulesen – bloß durch neue Organisationsapparate zu „überwölben“.

## DIE POSITION DER TSCHECHISCHEN ARBEITERSCHAFT UND DER GEWERKSCHAFTEN ZUR ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN REFORM IN DEN SECHZIGER JAHREN

*Von Lenka Kalinová*

Der Reformprozeß in der Tschechoslowakei in den sechziger Jahren war nicht losgelöst von Entwicklungen in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas: Ihm gingen der Arbeiteraufstand 1953 und die Demokratiebewegung des Jahres 1956 voraus. Im Unterschied zu den spontanen Bewegungen in der DDR, Ungarn und in Polen stützte sich jedoch der tschechoslowakische Reformprozeß auf ein gezieltes, von oben verordnetes Programm zur Durchführung von Veränderungen. Erst während des „Prager Frühlings“ ging dieser Prozeß in eine Massenbewegung über.

Ein solcher Prozeß war nur in einem veränderten innen- und außenpolitischen Klima möglich, in dem die theoretischen und praktischen Voraussetzungen für eine Lockerung der zentralen Regulierung ökonomischer und gesellschaftlicher Vorgänge geschaffen worden waren. Den ersten Versuch in diese Richtung bildete eine wirtschaftliche Teilreform Ende der fünfziger Jahre. Ab Mitte der sechziger Jahre standen die Entwicklung und Annahme des Projektes weitreichender ökonomischer und damit verbundener sozialer Reformen unter dem unmittelbaren Eindruck eines rückläufigen Wirtschaftswachstums. Diese erste Rezession seit Einführung der Planwirtschaft löste bei der politischen Führung schwere Befürchtungen aus. Nach den Ereignissen des Jahres 1953 konnte sie sich eine Verschärfung der sozialen Spannung nicht leisten und sah sich darum genötigt, bestimmte Reformen zuzulassen.

Über die soziale Reform, die ein untrennbarer Teil der Wirtschaftsreform war, sind bislang noch keine umfassenden historischen Arbeiten veröffentlicht worden.<sup>1</sup> Der Großteil der Literatur über diese Jahre beschäftigt sich mit den politischen Veränderungen und der Wirtschaftsreform und konzentriert sich dabei auf das Jahr 1968, als diese Reformen in einer spontanen Massenbewegung gipfelten.

Die wirtschaftliche, die soziale und die politische Reform standen in engem Zusammenhang und bedingten einander. Allein die Wirtschaftsreform durchlief seit dem ersten umfassenden Reformkonzept, das 1963 entworfen worden war, erhebliche Veränderungen. Auf ihre Beschleunigung im Jahre 1968 hatte die Unterstützung der Öffentlichkeit – d. h. die Massenbewegung der Arbeiterschaft und der Mehrheit der Bevölkerung – entscheidenden Einfluß.

---

<sup>1</sup> Mit sozialen Fragen befaßt sich die Studie von Kalinová, Lenka: *Sociální reforma a sociální realita v šedesátých letech* [Soziale Reform und soziale Realität in den sechziger Jahren]. Praha (Studie hospodářských dějin 5). 90.

### *Die Entwicklung des Konzepts zur Wirtschaftsreform*

Die Entstehung der Grundzüge der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform war kein einmaliger Akt. Es war ein offener Prozeß des Suchens nach einer optimalen Form des Übergangs von der zentral gelenkten zu einer teilweise nach Marktmechanismen funktionierenden Wirtschaft. Die Initiatoren der Reform mußten nicht nur politische Barrieren überwinden, sondern hatten mit Wirtschaftsreformen selbst praktisch keine Erfahrungen. Denn bis dahin war in keiner zentralen Planwirtschaft eine vergleichbare Reform verwirklicht worden. Zudem mußte die Wirtschaftsreform in jeder Phase ihren sozialen Folgen sowie der Einstellung der Bevölkerung Rechnung tragen, die von den Veränderungen existentiell betroffen war.

Die Entwicklung der Konzeption und der praktischen Umsetzung der Reform läßt sich in drei Hauptetappen einteilen: In der ersten Etappe, Anfang der sechziger Jahre, wurde nach vorherigen theoretischen Überlegungen und politischen Beratungen im Jahre 1963 der Entwurf einer Wirtschaftsreform und die daran angehängte „Skizze eines Vorschlags zur ökonomischen Methode der Lenkung“ vorgelegt.<sup>2</sup> Die Reform zielte von Anfang an auf eine Schwächung der zentralen Lenkung der Wirtschaft und auf eine Stärkung der Marktelemente – nach der zeitgenössischen Terminologie der „Ware-Geld-Beziehungen“. Das Hauptziel war die Erhöhung der materiellen Leistungsanreize bei den Unternehmen wie den Beschäftigten. Finanzielle Zuwendungen sollten sich künftig an den Resultaten der Unternehmensführung orientieren, die auf einem realen Markt bewertet werden sollten. Aus diesem Grund bildete die Veränderung der Stellung der Unternehmen, denen in Zukunft mehr Selbständigkeit eingeräumt werden sollte (u. a. in Fragen der Lohnpolitik), einen zentralen Punkt der Reform. Bereits im Dezember 1964 wurden daher „Grundsätze der Lohnpolitik im neuen Lenkungssystem“ vorgelegt.<sup>3</sup> Diesen gemäß sollten die Unternehmen nach den Abgaben an den Staatshaushalt und Zuteilungen an die Entwicklungsfonds einen Beschäftigtenfonds (fond pracujících) bilden – den sogenannten Fonds für Grund- und Zusatzlöhne – und für die Anteile an den wirtschaftlichen Ergebnissen. In dieser Phase der Reform wurde nicht von einer völlig freien Bewegung der Arbeitskräfte ausgegangen, denn man befürchtete, diese könnte erhebliche Risiken und soziale Unsicherheit zur Folge haben.

In der zweiten Etappe der Wirtschaftsreform, die im Jahr 1966 diskutiert und ab 1967 umgesetzt wurde, waren die praktischen Schritte und Lenkungsinstrumente im Bereich der Finanzen, der Preis- und Lohnpolitik schon deutlich konkretisiert. Sie zielten darauf, die Leistung der Unternehmen und der Arbeiter durch materielle

<sup>2</sup> Dieses Dokument wurde nicht in vollem Wortlaut publiziert. Näheres zu seiner Entstehung siehe: Dokumenty k hospodářské politice z let 1963–1969 [Dokumente zur Wirtschaftspolitik aus den Jahren 1963–1969]. Hrsg. v. Zdislav Šulc. Studie hospodářských dějin 6 (1998) 7–10. – Der eigentliche Dokumenttext: Ebd. 11–46. – Die Hauptgedanken der These veröffentlichte Šik, Ota: Hospodářské noviny 7 (1964).

<sup>3</sup> Státní Ústřední Archiv Praha (SÚA), Fond komise Ústředního výboru Komunistické strany Československa pro otázky životní úrovně [Staatliches Zentralarchiv Prag, Fonds der Kommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei für Fragen des Lebensstandards] číslo (č.) 10/2, svazek (sv.) 3, archivní jednotka (a. j.) 10.

Anreize zu steigern. Der Entwurf zu den Grundsätzen einer beschleunigten Realisierung des neuen Lenkungssystems, der 1966 angenommen wurde, bedeutete bereits einen wichtigen Schritt zur praktischen Verwirklichung des neuen Systems.<sup>4</sup>

In dieser Reformetappe wurde bereits evident, wie sich die Stellung und das Wirtschaften der Unternehmen verändern sollten. Von Anfang an war es eine zentrale Forderung der Reformier gewesen, einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Bildung betrieblicher Ressourcen für Lohnzahlungen und den wirtschaftlichen Ergebnissen herzustellen. Dies bedeutete, daß die Löhne und Gehälter an die Effektivität der Produktion und deren Bewertung auf dem realen Markt gekoppelt werden sollten. Bisher waren Löhne und Prämien auch dann gezahlt worden, wenn die Produktion im Lager liegen blieb.

Praktisch bedeutete dies, den Anteil an den Löhnen zu vergrößern, der aus den wirtschaftlichen Erfolgen des einzelnen Unternehmens hervorging. Der Grundsatz, nach dem die Unternehmen ihre für die Löhne vorgesehenen Mittel in Abhängigkeit zur Wirtschaftlichkeit gestalten mußten, ermöglichte es, den flexiblen Anteil am Lohn zu erhöhen. Damit eröffnete sich für die Unternehmen die Perspektive, reale Leistungsanreize zu schaffen. Man ging davon aus, daß der Anteil des tariflichen Sockels 65 Prozent, Prämien und individuelle Bewertungen 25 Prozent und Anteile am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zehn Prozent des Lohnes bilden würden. Solche Vergütungen unter dem Niveau der Tariflöhne sollten in der Entscheidungsgewalt der Unternehmen liegen, was einen rascheren Anstieg der Nominallöhne ermöglichen sollte.

Der Freiraum in der Lohngestaltung, der den Unternehmen damit erwuchs, machte allerdings auch eine Aufwertung der Gewerkschaft und der Kollektivvereinbarungen im Bereich der Lohnpolitik notwendig. Diese Forderungen fanden ihren Eingang ins Arbeitsgesetzbuch, das von einer bedeutend erweiterten Rolle der Kollektivvereinbarungen bei der Entscheidung über Lohnfragen ausging.

Die Konzeption und die ersten Schritte der Wirtschaftsreform entsprachen damit auch den Interessen der Gewerkschaften und der Arbeiter. Dies bestätigten auch Pilotprojekte in einigen Unternehmen und eine Untersuchung in 15 ausgewählten Generaldirektionen und 50 Produktionsunternehmen, die im Jahr 1966 durchgeführt wurde. Der Sinn dieser Untersuchung war es, die Reaktion der Arbeiter auf die Maßnahmen zur Beschleunigung und Vertiefung der Reform zu testen.<sup>5</sup>

Im Frühling 1968, als sich die Möglichkeit zur öffentlichen Diskussion bot, nahm die Zahl der Aktionen aus den Reihen der Arbeitskollektive und der gewerkschaftlichen Organisationen zu, die der Unterstützung der Reformmaßnahmen dienten. Die Arbeiter bewerteten die Erfüllung ihrer langjährigen Forderungen nach einer Schwächung der zentralen Lenkung und der gleichzeitigen Erhöhung der Kom-

---

<sup>4</sup> Der Entwurf der Grundsätze zur beschleunigten Realisierung des neuen Lenkungssystems wurde von der Wirtschaftskommission des ZK der KPTsch am 31. März 1966 vorgelegt. SÚA Praha, Fond ekonomické komise [Fonds der Wirtschaftskommission]. č. 10/4, sv. 18, a. j. 10.

<sup>5</sup> SÚA, Fond č. 10/4, sv. 18, a. j. 52.

petenz der Unternehmen und der Arbeitskollektive in Lohn- und anderen Fragen als positiv. Sie akzeptierten eine stärkere Differenzierung der Löhne, forderten eine Vereinfachung der Tarife und mehr Tarifautonomie für die Unternehmen.

*Die sozialen Folgen der Reform und das Programm zu ihrer Lösung*

Die Wirtschaftsreform hatte auch eine soziale Dimension. Sie enthielt neben einem modifizierten Lohnsystem auch Veränderungen im Bereich der Preisgestaltung und der Beschäftigung, die die Arbeiter direkt betrafen. Daher erforderte sie ein adäquates Sozialprogramm.

Schon der erste Entwurf der Wirtschaftsreform enthielt als untrennbaren Bestandteil Fragen sozialen Charakters, die hauptsächlich mit den Löhnen und der Beschäftigung zusammenhingen. Doch die Auswirkungen der Wirtschaftsreform auf den sozialen Bereich sollten langfristig viel weiter reichen: Die Reform sollte sich zunächst auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte auswirken und das Sozialsystem den veränderten Bedingungen anpassen. Das bisherige Sozialsystem, das Anfang der fünfziger Jahre entstanden war, beruhte auf der Annahme, daß im Sozialismus weder Arbeitslosigkeit noch Not existieren würden. Daher hatte man den sozialen Schutz der Bevölkerung für ein Überbleibsel des Kapitalismus gehalten und viele der entsprechenden Institutionen aufgelöst – die Tschechoslowakische Anstalt für Arbeit und schließlich das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge. Anfang der sechziger Jahre befaßte sich lediglich die Arbeitsstelle beim Amt für soziale Sicherung mit der Erforschung sozialer Fragen. Sie legte im Zusammenhang mit der Beschleunigung der Wirtschaftsreform im Jahr 1966 ein geschlossenes Sozialprogramm vor, das weitreichende und langfristige Grundsätze einer Sozialpolitik unter den neuen Bedingungen enthielt.

Das Sozialprogramm mit der Bezeichnung „Hauptaspekte der Sozialpolitik“ wurde im März 1966 in der Kommission für Fragen des Lebensstandards (komise pro otázky životní úrovně) verhandelt. Das Programm bezeichnete die Erhöhung des Anteils der Arbeitereinkommen am Gesamteinkommen der Bevölkerung als Bedingung für eine Zunahme des Interesses der Arbeiter und ihrer Organisationen am effektiven Wirtschaften. Es sah auch gewisse Änderungen der Verteilungsprozesse vor – und zwar eine Verbilligung einiger Waren und Dienste, deren bisherige Preise die Bedarfsstruktur deformiert und ineffektives Wirtschaften mit sich gebracht hatten.<sup>6</sup> Bei Produkten und Diensten, die unentgeltlich oder zu sehr niedrigen Preisen erhältlich waren, war es zu Verschwendung gekommen, während die Nutzung kostenpflichtiger Dienstleistungen rückläufig war.

Bereits in den Jahren 1963/64 wurden partielle Umstrukturierungen im sozialen Bereich durchgeführt, die dem Geist der vorbereiteten Reformen entsprachen. Diese Maßnahmen reagierten direkt auf den Abfall des Wirtschaftswachstums in den Jahren 1962/63 und die Vertiefung des Ungleichgewichts zwischen den ökonomischen Möglichkeiten und dem Anwachsen der Sozialeinkommen. Die Ausgaben im

<sup>6</sup> SÚA, Fond Komise pro otázky životní úrovně [Fonds der Kommission für Fragen des Lebensstandards]. č. 10/2, sv. 5, a. j. 19.

Sozialbereich waren in der vorhergehenden Zeit – auch im Zusammenhang mit den Illusionen über einen schnellen Übergang zum Kommunismus und zur vollen Bedarfsbefriedigung Ende der fünfziger Jahre – unverhältnismäßig erhöht worden. Die Tatsache, daß die Sozialeinkommen in dieser Zeit schneller gewachsen waren als die Löhne, hatten deren stimulierende Rolle beträchtlich geschwächt. Darum wurden Maßnahmen zur gezielten Senkung der staatlichen Zuschüsse ergriffen z. B. bei den Mieten, den Beiträgen für Krippen und Kindergärten, für die Schulspeisung u. ä. Die Reduzierung der staatlichen Zuschüsse in diesem Bereich sollte durch eine Anhebung der Sozialleistungen besonders für Familien mit Kindern kompensiert werden. Die Einführung höherer Zuwendungen für vorschulische Einrichtungen etwa war eine Alternative zur Verlängerung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs, durch die der Mutter die Möglichkeit gegeben wurde, zwischen Berufstätigkeit und dem Bezug von Familienzuschlägen zu wählen. Diese und andere Maßnahmen sollten auch zu einer Erhöhung der Geburtenrate beitragen.

Im Sozialprogramm war auch die Abfederung der Folgen der Wirtschaftsreform auf einige Bevölkerungsgruppen einkalkuliert, zumal die Lebenshaltungskosten und das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, nun gestiegen waren. Darum wurde hier auch die Erhöhung der niedrigsten Renten und der Zuschläge für Kinder gefordert. Das Sozialprogramm machte keinen Hehl daraus, daß in Folge der gewachsenen Differenzierung der Löhne auch eine Vertiefung der sozialen Unterschiede in der Gesellschaft möglich war. Dieses und andere langfristig wirkende Probleme sollten weiterhin beobachtet und allmählich gelöst werden.

Einige Maßnahmen in diese Richtung wurden schon im Jahre 1968 durchgeführt, mit weiteren wurde für das Jahr 1970 gerechnet. Im Bereich der sozialen Sicherung wurden auch einige Thesen für die langfristige Entwicklung formuliert. Die Beseitigung der staatlichen Zuschüsse wurde wegen der Kürze der Zeit und aus Furcht vor der Reaktion der Bevölkerung nur in geringem Maße verwirklicht. Von großer Bedeutung war indessen die Verkürzung der Arbeitszeit durch den Übergang zur Fünftagewoche im Jahr 1968.

Das Sozialprogramm beschrieb auch eine aktive Beschäftigungspolitik. Da man davon ausging, daß sich die Mobilität der Arbeitskräfte in Zukunft wieder erhöhen werde, wurden Grundsätze für die Freisetzung von Arbeitskräften, deren neue Unterbringung und materielle Sicherung verabschiedet. In Fällen der Auflösung oder Umorganisation von Arbeitsplätzen mußte die betreffende Wirtschaftsorganisation dem zuständigen Nationalkomitee die Gründe für die Freisetzung der Arbeiter anzeigen und diesen bei einer neuen Anstellung behilflich sein. Sie war verpflichtet, den Lohn auch bei nicht eingehaltenen Kündigungsfristen auszuzahlen. Die Festlegung der Abfindung und der Bewertung der bisherigen Arbeit lag in ihrer Befugnis. Der Betrieb, der freigestellte Arbeiter annahm, war verpflichtet, einen bestimmten Lohnausgleich für die Zeit des Anlernens zu zahlen. Konnte ein Arbeiter nicht an einem neuen Arbeitsplatz untergebracht werden, mußte – gemäß § 26 des Arbeitsgesetzbuches – bis zum Eintritt in eine neue Beschäftigung eine Unterstützung von bis zu 60 Prozent des Durchschnittslohnes gezahlt werden.

Die Annahme des lange vorbereiteten Arbeitsgesetzbuches, das am 1. Januar 1966 in Kraft trat, war ein wichtiger Bestandteil des Reformprozesses. Neben den Grund-

rechten und Pflichten der Arbeitnehmer enthielt es eine Neuformulierung der Rolle der Gewerkschaftsorganisationen und der Kollektivverträge. Diese sollten zur Stärkung der Selbständigkeit der Unternehmen und zur Partizipation der Arbeiter an Entscheidungen über Lohn- und andere soziale Fragen beitragen.

Mit dem Fortgang der Reform traten in der Praxis bestimmte Probleme im Bereich der Beschäftigung zutage. Nach und nach wurden die früher gültigen Indikatoren des verbindlichen Arbeitskräfteplanes aufgehoben und von 1967 an sollte die sogenannte Stabilisierungsabgabe aus dem Arbeitskräftezuwachs das feste Regulativ der Beschäftigung sein. Diese sollte die Unternehmen zur Sparsamkeit bei Arbeitskräften animieren. Die Maßnahme rief Unruhe in einigen Betrieben hervor, in denen man Angst vor der Schließung ineffektiver Produktionsbereiche hatte. Die Gewerkschaften äußerten die Befürchtung, daß sich die vorgeschlagenen Stabilisierungsabgaben negativ auf die Beschäftigung von Frauen, Schulabsolventen und von Personen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit auswirken würden. Diese Ängste nutzten Gegner der Reform, um die begonnenen Veränderungen zu blockieren und die Erhaltung „sozialer Sicherheiten“ durchzusetzen. Die Realität bestätigte allerdings die negativen Prognosen nicht. Denn infolge des dynamischen Wirtschaftswachstums und der günstigen Einkommenssituation der Unternehmen kam es nicht zu Arbeitslosigkeit.

Auch bei der Umsetzung der Lohnpolitik nach den neuen Grundsätzen taten sich Probleme und Widerstände auf. Da Marktpreise nicht existierten, erzielten die Unternehmen dank der neu aufgestellten Großhandelspreise aus dem Jahr 1967 große Gewinne, woraufhin sie höhere Löhne zahlen konnten. Der Lohnanstieg war jedoch nicht nur – wie die Gegner der Reform behaupteten – eine Folge der Wirtschaftsreform und des elementaren Drucks zur Lohnerhöhung infolge steigender Lebenshaltungskosten. Er hing auch mit dem schnellen Wirtschaftswachstum zusammen und mit einer teilweisen Korrektur bisheriger Unverhältnismäßigkeiten bei der Lohndifferenzierung vor allem im Bereich der Landwirtschaft, dem Schulwesen und im Verkehr, wo die Lohnentwicklung besonders langsam gewesen war.

Die wachsende Unruhe und die Angriffe gegen die Reform seit Ende 1967 trugen zur Verschärfung der politischen Krise bei. Die Gegner der Wirtschafts- und Sozialreform in der Führung und im Apparat übertrieben die Gefahr einer drohenden Inflation. Sie stellten sich gegen die Differenzierung der Einkommen und begründeten dies damit, daß die Arbeiterlöhne dabei zurückbleiben könnten. Auch die Verringerung staatlicher Zuschüsse bei verschiedenen Dienstleistungen stieß auf ihren Widerstand. In diese Richtung argumentierten z.B. Antonín Novotný vor seinem Rückzug von der Funktion des ersten Sekretärs des Zentralkomitees der kommunistischen Partei (KPTsch), der Vorsitzende des Zentralrats der Gewerkschaftsraten (ÚRO), Miroslav Pastyřík, und einige hohe politische Repräsentanten aus der Slowakei.

Im Jahr 1967 war es offensichtlich, daß es nicht allein bei der Lösung der sozialen Probleme der Reform bleiben konnte, sondern vielmehr nötig war, diese auf den politischen Bereich auszudehnen. Anderenfalls wäre der Erfolg der Reform gefährdet gewesen.

Die politischen Konflikte mündeten im Januar 1968 in den Führungswechsel bei der regierenden KPTsch. Unter dem Eindruck dieser Zäsur und dem Druck der Reformbewegung beschleunigte sich daraufhin das Tempo der Veränderungen. Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialreform wurde der Weg für einen umfassenden, das System verändernden Wandel frei. Dieser bestand nicht nur aus populären Maßnahmen und brachte nicht einmal der Arbeiterschaft unmittelbare materielle Vorteile. Die Reformer erkannten dieses Problem und warnten vor Bestrebungen, vorübergehend auftretende Schwierigkeiten als Argument für eine Rückkehr zu den früheren Verhältnissen zu nutzen. In dieser Situation war die Haltung der Bevölkerung und besonders die der Arbeitskollektive in den Unternehmen und der Gewerkschaften zur Reform von entscheidender Bedeutung.

### *Veränderungen in der Haltung und Einstellung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften im Jahre 1968*

Der Wechsel an der politischen Spitze machte weitere Veränderungen in den Führungsgremien der staatlichen und gesellschaftlichen Organe und auch in der Gewerkschaft möglich. Im Januar 1968 bildete sich also ein Freiraum, der für den Übergang von der Vorbereitungsphase zur Etappe der konsequenten Umsetzung der Reform genutzt werden konnte.

In der Gewerkschaft begannen die personellen Veränderungen bereits im März 1968. Durch den Druck der Basis wurde der Vorsitzende des Zentralrats, Miroslav Pastyřík, zum Rücktritt gezwungen. Gemeinsam mit ihm wurden auf der Vollversammlung des Zentralrats im März noch weitere Vertreter der amtierenden Gewerkschaftsführung abberufen. Zum neuen Vorsitzenden wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats und Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft, Karel Poláček, gewählt.<sup>7</sup> Die Resolution dieser Versammlung charakterisierte die neuen Tendenzen in der Stellung der Gewerkschaften und formulierte die Aufgabe, Diskussionen zu diesen Fragen zu organisieren. Die Gewerkschaftsverbände sollten größere Selbständigkeit und Verantwortung bekommen.<sup>8</sup>

Erst nach diesen Ereignissen konnte in den Gewerkschaften eine Debatte über die Position beginnen, die man in der neuen Situation beziehen wollte. In den Diskussionen wurde auch die Forderung nach der Auflösung der Kreisgewerkschaftsräte vorgebracht, die als überflüssiges bürokratisches Element der Gewerkschaftsarbeit bezeichnet wurden. Auch auf den Parteiversammlungen in den Betrieben wurden die bisherigen Arbeitsmethoden verurteilt, die die Tätigkeit der Gewerkschaften lähmten.<sup>9</sup> So z.B. auf einer Konferenz der gesamten Wittkowitzter

<sup>7</sup> Der zentrale Gewerkschaftsrat gab schon am 22. März 1968 zum Januarplenum des ZK der KPTsch eine grundsätzliche Stellungnahme ab, in der er vorschlug, die Tätigkeit der Führung einer kritischen Prüfung zu unterziehen und einen Kaderwechsel vorzunehmen.

<sup>8</sup> Rezoluce V. Plenární schůze ÚRO. Všeodborové archív ÚRO Praha [Resolution der V. Vollversammlung des ÚRO. Archiv des Zentralrates der Gewerkschaften Prag], číslo jednací 465/1.

<sup>9</sup> Jiskra (Betriebszeitschrift Wittkowitzter Hüttenwerke) vom 12. März 1968.

Hüttenwerke Anfang März 1968, wo der Vorsitzende der Parteiorganisation selbst schärfste Kritik formulierte.

In den folgenden Monaten wurde ein Vorschlag für ein Programm der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung ausgearbeitet. Dieses deklarierte bereits die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat und von den politischen Parteien sowie ihre selbständige Stellung innerhalb der Gesellschaft. Der Programmentwurf forderte von der Regierung soziale Sicherheit, Preiskontrollen und den Ausgleich des Preisanstiegs, stimmte aber der Senkung einiger Sozialzuschüsse zu.

Nach den Veränderungen in der Führung und auf den unteren Ebenen der Gewerkschaftsorgane kristallisierte sich ein neuer Kurs der Gewerkschaftsbewegung heraus. Deren Vorsitzender, Karel Poláček, charakterisierte diesen neuen Kurs mit den Worten, daß „der ROH weder ein Instrument, noch ein Sklave des Staates“ sei. Nach vielen Jahren in der Funktion als Transmissionsriemen der Partei war dies eine enorme Veränderung. Die gewachsene Selbständigkeit kam auch der Aktivität und Initiative der Gewerkschaften zugute, die zu einer gewaltigen Kraft im Reformprozeß wurden – immerhin hatten sie zu dieser Zeit 5,5 Millionen Mitglieder.

Die massenhafte Unterstützung durch die Bevölkerung beschleunigte den Verlauf des Reformprozesses beträchtlich. Schon im Frühjahr 1968 begann die dritte Phase der Reform, die das Ziel hatte, die bisherigen Reformschritte allmählich in eine umfassende Systemtransformation zu überführen.

Die wichtigsten Dokumente dieser dritten Etappe waren das im April 1968 angenommene Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei und die Entwürfe zu den Gesetzen über Unternehmen und unternehmerische Tätigkeit, die in den folgenden Monaten ausgearbeitet und diskutiert wurden. Das Aktionsprogramm legte eine tiefgreifende Analyse des Zustandes der tschechoslowakischen Gesellschaft vor, verurteilte die Unterdrückung demokratischer Freiheiten, Ungesetzlichkeit und den „Bürokratismus“ der vorhergehenden Periode und skizzierte Wege, die Gesellschaft aus der Krise herauszuführen. In diesem Programm wurde die Forderung erhoben, die Unternehmen wirklich selbständig und relativ unabhängig vom Staat zu machen. Wenn die Unternehmen mehr Rechte bekämen, müßten auch die Arbeitskollektive größere Verantwortung erhalten. Aus diesem Grund enthielt das Aktionsprogramm die Forderung, in den Unternehmen demokratische Organe zu bilden, über die die Beschäftigten in der Produktion direkt an der Ausgestaltung und Realisierung der Wirtschaftspolitik mitwirken sollten.<sup>10</sup>

In den folgenden Monaten wurde mit Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit die Vorbereitung für die Veränderung der Stellung und Lenkung der Unternehmen offen verhandelt. Die ausgearbeiteten Gesetze über Unternehmen und unternehmerische Tätigkeit hatten große Reichweite. Die Reformer, die die Wirtschafts- und Sozialmaßnahmen konzipierten, waren sich dessen bewußt, daß die Unterstützung der Arbeiterschaft für ihr Schicksal wichtig sein würde. Deshalb war bereits im

---

<sup>10</sup> Das Aktionsprogramm der KPTsch wurde am 5. April 1968 angenommen. Siehe dazu: Rok šedesátý osmý v usneseních a dokumentech ÚV KSČ [Das Jahr 1968 in Beschlüssen und Dokumenten des ZK der KPTsch]. Praha 1968.

Aktionsprogramm vom Frühjahr 1968 die Forderung nach deren Organisation verankert worden. Dadurch sollte die Selbständigkeit der Unternehmen eine Sache der Unternehmenskollektive werden, aus deren Reihen Betriebsräte gebildet werden sollten. Dieser Vorschlag rief in den Unternehmen und bei den Gewerkschaften große Aufmerksamkeit hervor. Die Arbeiter erwarteten, daß durch die Betriebsräte die Möglichkeit für sie entstehen würde, einen realen Beitrag zur Führung der Unternehmen zu leisten.

Ab April 1968, noch bevor das Gesetz über die Unternehmen verhandelt und verabschiedet und die Funktion der Betriebsräte geklärt worden war, wurde mit der spontanen Bildung von Vorbereitungsausschüssen für die Betriebsräte begonnen. Die Arbeiter nahmen die Umgestaltung der Unternehmen zu unabhängigen Wirtschaftssubjekten positiv auf, denn sie erwarteten, daß die Unternehmen selbständig besser wirtschaften würden und sich der Arbeiterschaft die Möglichkeit bieten würde, ihre eigenen Interessen effektiver zu vertreten.

Bei Teilen der Beschäftigten der Generaldirektionen und anderer zentraler Wirtschaftsapparate, die ihre Positionen bedroht sahen, stießen die Forderungen der Reformen jedoch auf verdeckten oder offenen Widerstand. So wurde die Frage nach der Stellung der Unternehmen zu einem wichtigen Punkt in den Auseinandersetzungen um die weitere Entwicklung der Reform.

Gleichzeitig wurde innerhalb der Gewerkschaften der Wunsch nach der Autonomie der Gewerkschaftsverbände und Unternehmenskomitees immer stärker. Hier bildeten sich überwiegend Führungsgremien, die Aktivitäten zur Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten entfalteten. Bisher war dies wegen der übermäßigen Zentralisierung der Gewerkschaften – die sich weitgehend dem Wirtschaftsministerium angepaßt hatten – nahezu unmöglich gewesen. Doch nun setzten die Jahresmitgliederversammlungen und die demokratischen Kräfte in den Gewerkschaftsverbänden die Aufgliederung der großen Gewerkschaftsverbände durch. Bis September 1968 entstanden aus den bisherigen zwölf gesamtstaatlichen Gewerkschaftsverbänden 31 Verbände im tschechischen Landesteil und 25 in der Slowakei. Dabei ging es nicht um Desintegration und Zerschlagung der gewerkschaftlichen Einheit, wie nach dem April 1969 die Gewerkschaftsführung der „Normalisierung“ bei ihrer Kritik der Situation in den Gewerkschaften behauptete. Tatsächlich zog sich lediglich die Föderation der Lokomotivarbeiter mit ihren 23 000 Mitgliedern aus dem Gewerkschaftsverband für Verkehr zurück, was vom Zentralrat der Gewerkschaften allerdings nicht anerkannt wurde.

Die Gewerkschaften sprachen sich nachdrücklich für konkrete Forderungen aus, die sie gegenüber der Regierung und den Unternehmensführungen durchsetzten. Eine gemeinsame Sitzung von Mitgliedern der Regierung und des Zentralrats der Gewerkschaften im Juni 1968 beurteilte Fragen des Lebensstandards, der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitenden. Ein Abkommen wurde geschlossen, in dem die Gewerkschaftsführung wichtige Forderungen gegenüber der Regierung durchsetzte. Dies war der erste Schritt zu einem neuen Verhältnis der Sozialpartner.

Ähnlich positive Veränderungen zeigten sich auch bei den Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsorganisationen und Unternehmensleitungen. Hier ging es nicht

nur um Lohnfragen und Arbeitsbedingungen, sondern auch um das Wirtschaften mit dem Fonds für kulturelle und soziale Bedürfnisse. Solche Fonds hatten eine Tradition aus den ersten Jahren nach 1945, als zehn Prozent des Gewinns für die sozialen Bedürfnisse der Beschäftigten abgeführt wurden. Doch schon ab dem Jahr 1947 war dieser Fonds allmählich zentralisiert und in einen Einheitsfonds der Arbeitenden beim Zentralrat der Gewerkschaften umgewandelt worden. Die Gelder aus diesem Fonds wurden überwiegend für die Finanzierung von Erholungsmaßnahmen verwendet, doch auch für Schulungen, die eigentlich von den Unternehmen getragen werden sollten. Im Jahr 1968 forderten die Gewerkschaften mehr Kontrolle über diese Fonds und verlangten, daß die Unternehmen diese Beträge ihren Beschäftigten für deren tatsächliche soziale Bedürfnisse zur Verfügung stellen sollten. In einigen Unternehmen wollten die Beschäftigten diese Gelder z. B. zur Unterstützung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus verwenden.

Nach den Veränderungen in der Führung und in der Tätigkeit der Zentralorgane der Gewerkschaften beschleunigte sich auch der Austausch der Führungsgarnituren in den unteren Gliedern und in den Unternehmen. Das zeigte sich deutlich auf der gesamtstaatlichen Delegiertenkonferenz der Basisorganisationen, die vom 18. bis 20. Juni 1968 stattfand. Der Verhandlung dieser Versammlung lagen ausgedehnte Diskussionen in den Gewerkschaftsverbänden und den Grundorganisationen des ROH zugrunde, auf deren Basis nun der Entwurf eines ROH-Programmes vorgelegt wurde. In diesem Programmwurf wurde die neue, unabhängige Stellung der gewerkschaftlichen Organisation der Werktätigen deklariert, die in Zukunft eine selbständige Politik gegenüber dem Staat und den politischen Parteien verfolgen sollte. Im Programmwurf waren auch die konkreten Forderungen der Gewerkschaften festgehalten. Zu diesen gehörten Lohnfragen, die Festlegung des Existenzminimums, die Erhöhung des Kindergeldes, die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs, eine Korrektur der niedrigen Renten und mehr Unterstützung für den Wohnungsbau.<sup>11</sup> Der Programmwurf der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung wurde für eine breitere Diskussion den Betriebsorganisationen und der Öffentlichkeit vorgelegt. Danach sollte er die Grundlage für den VII. Kongreß des Gewerkschaftsbundes bilden. In den Diskussionen wie im Programmwurf nahm die Forderung nach dem Streikrecht für die Arbeiter und nach der Schaffung demokratischer Organe der Unternehmensverwaltung einen zentralen Platz ein. Die Gewerkschaften verpflichteten sich, zur Schaffung dieser Organe beizutragen. Von der großen Unterstützung der Idee, Betriebsräte einzurichten, zeugte auch die Tatsache, daß sich auf der gesamtstaatlichen Konferenz der Vertreter der Basisorganisationen der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung 90 Prozent der insgesamt 1 200 Teilnehmer für diese aussprachen.<sup>12</sup> Und auch in den Betrieben fand die Forderung nach der Bildung von Betriebsräten positive Aufnahme. In einigen Unter-

<sup>11</sup> Nástin programu ROH. Podklad pro jednaní celostatní porady delegátů základních organizací. Praha, červen 1968 [Entwurf des ROH-Programmes. Vorlage zur Verhandlung der gesamtstaatlichen Delegiertenberatung der Basisorganisationen, Prag Juni 1968]. Als Beilage in: M e n c l, Vojtěch: Osm měsíců pražského jara [Acht Monate Prager Frühling]. Prag 1991.

<sup>12</sup> Beilage zur Tageszeitung *Práce* vom 13. März 1968.

nehmen hatten sich bereits direkt nach der Veröffentlichung des Aktionsprogramms im April 1968 Vorbereitungsausschüsse für diese Räte gebildet.

Das Verlangen der Arbeiterschaft nach der Schaffung demokratischer Organe in den Unternehmen im Jahre 1968 war nicht neu. Vergleichbare Organe mit außergewöhnlich großer Kompetenz waren im Mai 1945 entstanden und im Gesetz 104/Sb. über die Betriebsräte verankert worden. Bis Februar 1948 machten die Betriebsräte ihre Befugnisse radikal geltend. Schließlich erhoben einige politische Parteien Einwände, da sie fanden, daß die Betriebsräte die unternehmerische Freiheit der Eigentümer behinderten. In den folgenden Jahren wurde zwar das Recht der gewerkschaftlichen Organisationen zur Teilnahme an der Leitung *de jure* nicht beschnitten – dieses Recht erwarben schließlich auch die Parteiorganisationen – doch seine praktische Ausübung durch die zentrale Lenkung der Unternehmen faktisch sehr stark eingeschränkt. Die mit dieser Entwicklung verbundenen Probleme blieben stets virulent, sie kamen in den Diskussionen des Jahres 1956 erneut an die Oberfläche. Die Forderung nach einer Erweiterung der Selbständigkeit der Unternehmen war auch ein wichtiges Element des Reformversuchs zu Beginn der fünfziger Jahre. Anfang der sechziger Jahre setzten sich die betrieblichen Komitees des ROH für diese Forderung ein.

Seit 1966 wurde die Bewegung für die Ausweitung der Beteiligung der Beschäftigten an der Unternehmensleitung immer stärker. In den Betriebskomitees begannen sich – neben spezifischen sozialen Interessen – Forderungen durchzusetzen, die weit über das bisher übliche Maß an Partizipation der Beschäftigten an der Leitung hinausgingen. Als Reaktion auf die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit dem bisherigen System ihrer Interessenvertretung wurde mit der Vorbereitung von Selbstverwaltungsorganen begonnen. Eine erste solche Institution entstand in dem großen Prager Betrieb Tatra.<sup>13</sup> Die Idee betrieblicher Selbstverwaltung erfuhr wachsende Zustimmung und Unterstützung durch die Presse, in den Unternehmen selbst begann sie konkrete Gestalt anzunehmen. Schon ab April 1968 hatte die Gründung von Vorbereitungsausschüssen zu den Betriebsräten begonnen. Das erste Vorbereitungskomitee entstand in Prag im Betrieb ČKD Sokolovo, weitere Unternehmen folgten bald darauf. Die Betriebsräte waren also schon Realität, bevor das Gesetz über die Selbstverwaltung der Unternehmen durchgesetzt und ihre Rolle völlig geklärt war. Unter dem starken Einfluß der gebildeten Vorbereitungsausschüsse zu den Betriebsräten gab die Regierung im Juni 1968 Rahmenbestimmungen für die Einrichtung und Erprobung dieser Räte aus.

Da das Gesetz über die Unternehmen aber auch in den folgenden Monaten nicht verabschiedet wurde, blieb die Stellung dieser Betriebsräte sowie ihre Beziehung zur Unternehmensführung und zur gewerkschaftlichen Organisation ungeklärt. Nicht einmal die Verteilung der Kompetenzen zwischen der gewerkschaftlichen Organisation und dem Betriebsrat bei der Vertretung der alltäglichen Interessen der Arbeitenden war klar geregelt. Die zeitgenössischen Diskussionen, aber auch die Praxis

<sup>13</sup> Bárta, Miloš: Podnikové rady jako spolenčenské hnutí [Betriebsräte als gesellschaftliche Bewegung]. Odbory a společnost 4 (1969) 56.

bestätigten jedoch, daß die Stellung der Betriebsräte eine ebenso zentrale wie komplexe Frage des Reformprozesses war.

Seit dem Jahr 1963 war die Festlegung neuer Methoden der Unternehmensleitung als Desiderat der Reform formuliert worden. Als eine letzte abgeschlossene Version dieses Problems läßt sich der Entwurf eines Gesetzes über die Unternehmen vom Januar 1969 und der paraphrasierte Wortlaut dieses Vorschlags vom April 1969 bezeichnen.<sup>14</sup> Aus den Ideen, die sich zwischen 1963 und 1969 zu diesem Problemfeld entwickelten, kann man drei Varianten der Arbeit der Betriebsräte herauslesen: Das erste Konzept sah die Selbstverwaltung vor und orientierte sich im Grundsatz am jugoslawischen Modell. Demnach sollten die Betriebsräte die Funktion des Besitzers und des Managers ausüben. Die zweite Konzeption, die den Interessen der bestehenden Unternehmensleitungen und den darunterliegenden Ebenen entsprach, ging davon aus, daß die Funktion des Eigentümers und des Managers weiterhin vom Unternehmensleiter ausgeübt werden sollte und die Betriebsräte nur als Kontrollorgane fungieren sollten. Die dritte, demokratische Konzeption, die von der theoretischen Gruppe der Initiatoren der ökonomischen Reform durchgesetzt und in dem letzten Gesetzesentwurf über die Unternehmen verankert wurde, sah vor, daß die Betriebsräte unternehmerische Funktion ausüben sollten.<sup>15</sup> Die Funktion des Betriebsrates sollte die Ernennung und Abberufung des Direktors umfassen sowie die Festlegung des Unternehmerlohns einschließlich der Anteile an den wirtschaftlichen Ergebnissen des Unternehmens. Der Rat sollte den Entwicklungsplan des Unternehmens begutachten und verabschieden und dessen Umsetzung kontrollieren. Darum sollte er auch die Bilanz bewilligen, die Anteile an den wirtschaftlichen Ergebnissen festlegen, über die Aufteilung der Gewinne und über das Unternehmensstatut (§ 14) entscheiden. In Zusammenarbeit mit der Unternehmensführung sollte der Betriebsrat über die Zusammenlegung oder die Aufteilung des Unternehmens, im gegebenen Fall auch dessen Schließung entscheiden. Die eigentliche Leitungsfunktion sollte jedoch dem Direktor obliegen.<sup>16</sup> Um die sozialen Belange sollte sich die Gewerkschaftsorganisation unter Mitwirkung der Arbeitskollektive kümmern. All diese Fragen sollten in den Kollektivverträgen verankert werden.

Nach der Veröffentlichung des vorläufigen Statuts über die Betriebsräte äußerte sich der Zentrale Gewerkschaftsrat dahingehend, daß die Stellung der Unternehmen und die Wege, auf denen die Arbeitnehmer ihre Rechte geltend machen konnten, etwas modifiziert werden mußten. In seiner Erklärung vom 5. April 1968 tendierte der Zentralrat der Gewerkschaften zu der dritten Variante, nach der die Betriebsräte nicht nur die alltäglichen Interessen der Arbeitenden vertreten, sondern auch die

<sup>14</sup> Šulc: Dokumenty k hospodářské politice 77–81.

<sup>15</sup> Gemäß § 11 des Gesetzesentwurfes über die sozialistischen Unternehmen „ist der Unternehmensrat ein Kollektivorgan demokratischer Unternehmensverwaltung und der gesellschaftlichen Kontrolle ihrer Tätigkeit, das in dem durch dieses Gesetz bemessenen Umfang, unternehmerische Entscheidungen fällt.“

<sup>16</sup> Návrh paragrafovaného návrhu zákona o socialistických podnikách zu 21. dubna 1969 číslo jednací 7073/69–18 [Entwurf des paraphrasierten Vorschlags zum Gesetz über die sozialistischen Unternehmen vom 21. April 1969, Verhandlungsnummer 7073/69–18]. In: Šulc: Dokumenty k hospodářské politice 88–126.

gesamte Wirtschaftspolitik des Unternehmens beeinflussen sollten. Der Zentralrat der Gewerkschaften hielt es zur Lösung der grundlegenden Probleme der Unternehmen für unverzichtbar, die Verantwortlichkeit der Kollektive zu stärken.<sup>17</sup> Was die Bedenken betraf, die Schaffung der Betriebsräte könne die Stellung der Gewerkschaften schwächen, so hieß es in der Erklärung des Zentralrats, gut funktionierende Gewerkschaftsorganisationen seien die Bedingung für gut funktionierende Räte, nicht umgekehrt. Es wurde hervorgehoben, daß 65 Prozent der ersten Räte auf Initiative der Gewerkschaften, nur zwölf Prozent auf Veranlassung der Unternehmensführungen entstanden waren.

Bereits bis Ende Juni 1968 entstanden 85 Vorbereitungsausschüsse und bis Ende des Jahres 1968 fast 100 Betriebsräte. Eine soziologische Erhebung dokumentierte die große Hoffnungen, die die Beschäftigten in die Betriebsräte setzten. Eine Untersuchung der öffentlichen Meinung bestätigte schon im Juni, daß sich 74 Prozent der Befragten positiv zu ihnen äußerte. Laut dem Soziologischen Untersuchungslabor für Industriesoziologie der ČVUT (Tschechische Technische Hochschule) zeigte sich zu Beginn des Jahres 1969, daß in die Betriebsräte jüngere Arbeiter – zum Großteil im Alter zwischen 35 und 44 Jahren – mit langjähriger Berufserfahrung und zumeist höherer Bildung gewählt wurden. Die Gewerkschaftsorganisationen achteten bei der Auswahl der Kandidaten auf deren fachliche Voraussetzungen für diese verantwortungsvolle Tätigkeit. Unter den Mitgliedern der Räte waren 73 Prozent Techniker und 22 Prozent hochqualifizierte Arbeiter. Insgesamt waren von den Ratsmitgliedern 91 Prozent qualifizierte Arbeiter und 25 Prozent hatten Hochschulbildung.<sup>18</sup> Dieser Anteil war höher als in der Betriebsführung.

Bei der Betrachtung der Aktivität der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft seit Mitte der sechziger Jahre – und dann besonders seit März 1968 – trifft man auf Phänomene, die von den tiefgreifenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsorganisationen in dieser Zeit zeugen. In den sechziger Jahren trat eine neue Arbeitergeneration ins öffentliche Leben, die nicht von den Erfahrungen der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre und dem Krieg geprägt war, die eine höhere Bildung besaß und darum auch eine andere Wertorientierung entwickelte als die Generation ihrer Väter. Im Unterschied zu den ausgeprägt sektiererischen Tendenzen im ersten Nachkriegsjahrzehnt, die sich u. a. in einem starken Mißtrauen gegenüber der Intelligenz äußerten, wurde in den sechziger Jahren eine neue Einstellung in der Arbeiterschaft deutlich. Diese ging 1968 und auch danach noch von sozialistischen Positionen aus, nahm aber deren Deformationen wahr und beschränkte sich nicht auf die eigenen alltäglichen Bedürfnisse. Das hing damit zusammen, daß die grundlegenden materiellen Forderungen der Arbeiter in den wichtigsten Punkten bereits befriedigt waren. In dieser Situation veränderte sich ihre Perspektive. Sie begannen, eine demokratische Gesellschaft zu fordern und die Möglichkeit, sich selbst an der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen. Dies belegt nicht nur die außerordentliche Aufmerksamkeit, die die Arbeiter den Betriebsräten entgegenbrachten, sondern auch ihre Vorgehensweise bei der

<sup>17</sup> Všeodborový archiv Prag, Erklärung des ÚRO, 5. Juni 1968.

<sup>18</sup> Bárta: Podnikové rady pracujících 54–69.

Schaffung dieser Räte. In geheimen Wahlen wurden die qualifiziertesten jüngeren Arbeiter und Techniker in die Betriebsräte gewählt.

Der Generationswechsel äußerte sich auch in der Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Studenten und Künstlern im Jahr 1968. Vergleichbares wäre in der politischen Atmosphäre der fünfziger Jahren völlig undenkbar gewesen. Auch kamen in den Forderungen der Gewerkschaftsorganisationen Fragen zum Ausdruck, die durchaus nicht allein gewerkschaftliche und Arbeiterinteressen, sondern gesamtgesellschaftliche Probleme berührten.

### *Der Kampf um die Erhaltung der Autonomie der Gewerkschaftsbewegung*

In der angespannten politischen Situation des Sommers und des Herbstes 1968 reihten sich die Gewerkschaften in die von breiten Massen der Bevölkerung getragene politische Bewegung ein. Der Zentralrat nahm Vorschläge des Koordinationsausschusses der Künstlerverbände zur Zusammenarbeit bei der Verteidigung der Politik an, die nach dem Januar 1968 beschlossen worden war. Genauso wurde die Zusammenarbeit mit dem Studentenverband beschlossen. Beide Organisationen unterstützten die Schaffung der Betriebsräte.<sup>19</sup> Die Tatsache, daß die Gewerkschaften allmählich zu einem Teil der gesellschaftlichen Bewegung wurden, belegte z. B. auch das Programm des tschechischen Gewerkschaftsverbandes der Metallarbeiter vom Dezember 1968, das nicht nur die Verteidigung der Interessen seiner Mitglieder, sondern auch die Verteidigung der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten deklarierte.

Nach der Zuspitzung der politischen Situation in der Tschechoslowakei im August 1968 zeigte sich die Spaltung der Gesellschaft mit wachsender Deutlichkeit. Die bisher verdeckte Opposition der antireformerischen Kräfte begann sich zu organisieren und öffentlich aufzutreten. Sie bestand mehrheitlich aus Personen, die mit dem Macht- und Parteiapparat verbunden waren und sich in der vorhergehenden Phase den Veränderungen nur angepaßt hatten. Nach dem Einmarsch im August wurden ihre Äußerungen offener, denn diese Gruppe wurde durch die Anwesenheit der Warschauer-Pakt-Truppen unterstützt. Es mehrten sich die Anzeichen für eine Rücknahme des Reformwerks. Damit stand u. a. auch das vorbereitete Gesetz über die Unternehmen zur Disposition.

Dieser Gesetzentwurf wurde im Januar 1969 in der Regierung verhandelt, wozu auch einige Direktoren hinzugezogen wurden. Der Vorschlag sollte der Nationalversammlung am 13. Februar 1969 vorgelegt werden. Mit diesem Gesetz sollte sich die Stellung der Unternehmen grundlegend verändern. Ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der zentralen Führung sollte nachhaltig gestärkt werden. Der Betriebsrat sollte künftig einen aktiven Teil des Unternehmens darstellen. Dieses

<sup>19</sup> Jechová, Květa: K historii Koordinačního výboru tvůrčích svazů. Proměny 1968–1969 [Zur Geschichte des Koordinationsausschusses der bildnerischen Verbände. Wandlungen 1968–1969]. In: Studie, materiály a dokumenty [Studien, Materialien und Dokumente]. Hrsg. v. Ústav pro soudobé dějiny. Praha 1993, 446/2, 91–22.

Kollektivorgan sollte einen Direktor wählen und den Unternehmensplan verabschieden. Es war geplant, daß das Gesetz am 1. Juli 1969 in Kraft treten sollte. Tatsächlich wurden diese Vorschläge weder verabschiedet noch veröffentlicht. Denn zu diesem Zeitpunkt äußerte die Ökonomische Abteilung des ZK der KPTsch ihre offene Ablehnung dieses Vorschlags mit der Begründung, daß er eine „Veränderung der Eigentumsverhältnisse und die Herausbildung neuer machtpolitischer Strukturen“ bedeutete.<sup>20</sup>

Diese Verlautbarung rief Unruhe und in den Unternehmen die Befürchtung hervor, daß es zu einer Auflösung der bereits bestehenden Räte kommen könnte. Trotz dieser Gefahr waren im November und Dezember 1968 einige weitere Dutzend Betriebsräte gebildet worden. Bis zum 15. März 1969 waren über 200 Vorbereitungsausschüsse und ungefähr 120 Betriebsräte gewählt worden. Deren größter Teil – 36 Prozent der Gesamtzahl – war in der Metallindustrie gegründet worden.<sup>21</sup>

Als die spontane Bewegung für die Souveränität des Landes und für das Festhalten am Nach-Januar-Kurs stärker wurde, radikalisierte sich die Gewerkschaftsbewegung. Als Ausdruck ihrer Autonomie forderte sie die beschleunigte Inkraftsetzung des Gesetzes über die Unternehmen, die auch die Einrichtung der Betriebsräte als Organe der demokratischen Unternehmensverwaltung enthielt.

Die Haltung zur Frage der Betriebsräte wurde Ende des Jahres 1968, Anfang 1969 zu einem der zentralen Punkte, der Anhänger und Gegner der Reform und des gesamten Reformprozesses trennte. Wie stark die Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt waren, zeigte sich daran, daß trotz aller Bemühungen der Regierung, die Tätigkeit der Betriebsräte zu beenden, im Januar 1969 noch 120 Räte aktiv waren, die Arbeitskollektive mit einer Gesamtzahl von fast 900 000 Menschen vertraten.

Obwohl die Regierung schon im Oktober 1968 angeraten hatte, mit der Einrichtung von Betriebsräten bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die Unternehmen zu warten, das dem Parlament im Februar 1969 vorgelegt werden sollte, entstanden immer weitere Betriebsräte. Die Belegschaften forderten, diese als ständige Organe offiziell anzuerkennen. Zu Beginn des Jahres 1969 gab es scharfe Proteste der Gewerkschaftsorgane und der Beschäftigten gegen die Auflösung der bestehenden Betriebsräte und gegen die Blockierung des Gesetzes über die Unternehmen. Daß gegen den Willen der Zentrale und der Unternehmensführungen weitere Betriebsräte gegründet wurden, war ein deutliches Zeichen der Opposition gegen die Reformgegner.

Anfang 1969 wurde der Gesetzentwurf über die Unternehmen mit ausgewählten Unternehmensdirektoren, Vertretern der Gewerkschaften und der bestehenden Betriebsräte verhandelt. Der Entwurf enthielt die Trennung der Unternehmen vom Staat, die Schaffung eines Spielraums für die Entstehung verschiedener Eigentumsformen, die Möglichkeit privaten Kleinunternehmertums und den Eintritt aus-

<sup>20</sup> SÚA Praha, Fond Byro Ústředního výboru KSČ pro stranickou práci v České republice [SÚA Prag, Fonds des Büros des ZK der KPTsch für Parteiarbeit in der Tschechischen Republik]. Fond č. 2/7, sv. 3, a. j. 12.

<sup>21</sup> SÚA Praha, Zpráva pro schůzi sekretariátu Ústředního výboru KSČ [Bericht für die Sitzung des Sekretariates des ZK des KPTsch]. Fond č. 2/4, sv. 54, a. j. 48.

ländischer Teilnehmer in die tschechoslowakische Wirtschaft. Die Paragraphen über die Betriebsräte bildeten einen eigenen Abschnitt.

Der Entwurf des Gesetzes über die sozialistischen Unternehmen und die Grundsätze des Gesetzes über unternehmerische Tätigkeit wurden zu Beginn des Jahres 1969 fertiggestellt, als die Reform bereits so stark unter Druck geraten war, daß diese Gesetzesentwürfe im Parlament bereits nicht mehr verhandelt wurden. In dieser Zeit richtete sich die Aktivität der Öffentlichkeit und auch der Gewerkschaften auf die Erhaltung der Voraussetzungen für die Reform, die von außen wie innen ernsthaft bedroht war und schließlich zunichte gemacht wurde. In dieser Phase war die Gewerkschaftsbewegung auf dem Gipfel ihrer Aktivität.

Bei den Treffen der Gewerkschaftsverbände im Dezember und Januar 1969 demonstrierten die Delegierten ihre Entschlossenheit, die erreichten Resultate der einjährigen demokratischen Entwicklung in den Gewerkschaften und der ganzen Gesellschaft zu verteidigen. Diese Versammlungen, besonders die der Metallarbeiter, die am kämpferischsten war, setzten sich dafür ein, daß Josef Smrkovský Vorsitzender der Föderalversammlung wurde. Die Arbeiter waren bereit, zu seiner Verteidigung zu streiken. Auf den Versammlungen der Gewerkschaftsverbände und den konstituierenden Sitzungen der Nationalräte der Gewerkschaftsverbände in Prag und in Bratislava wurden mehrheitlich Reformanhänger gewählt.

Die Vollendung des ruhmreichen Kapitels der einjährigen demokratischen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung war der VII. Gewerkschaftskongreß Anfang März 1969. Die Versammlung nahm die Charta der Gewerkschaftsbewegung an, die proklamierte, daß die Gewerkschaften gegenüber dem Staat und den politischen Parteien eine selbständige Politik verfolgen würden. Ferner hieß es hier, der ROH solle mit einem eigenen Programm als Partner der staatlichen und wirtschaftlichen Organe auftreten. In der Charta wurde nachdrücklich gefordert, daß bei der Entscheidung über die Wirtschaftspolitik alle Anliegen der Arbeitenden in Bezug auf Beschäftigung und Bedarf sowie ihre staatsbürgerlichen Interessen berücksichtigt würden.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung verpflichtete sich, Garant der demokratischen Entwicklung in der Gesellschaft zu sein. In ihr Programm fanden auch die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten Eingang. Die Versammlung forderte die Annahme des Gesetzes über die Unternehmen, zu dem auch die Bestimmungen über die Betriebsräte gehörten.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß diese Versammlung stattfand, kurz bevor die „Normalisierer“ die politische Bühne betraten und die amtierende politische Führung schon durch den sowjetischen Druck und den Druck der antireformerischen Kräfte im Land geschwächt war und begann, von ihren ursprünglichen Forderungen Abstand zu nehmen. Die Gewerkschaftsbewegung als mächtigste der Reformkräfte trotzte dennoch bis zum letzten der Bedrohung ihrer erworbenen Unabhängigkeit.

Obwohl viele Reformpläne nicht verwirklicht, teilweise nicht einmal publiziert werden konnten, hatte die Reformpolitik in der Bevölkerung breite Unterstützung gefunden. So stieß das allmähliche Abrücken von dieser Politik auf starken Wider-

stand. Die Gründung der Betriebsräte und andere Schritte, die eine umfassende wirtschaftliche und soziale Reform vorbereiten sollten, blieben in ihren Anfängen stecken. In der kurzen Zeit konnten auch die bereits umgesetzten Reformmaßnahmen nicht ihre Wirkung entfalten. Dennoch sind auch diese ersten Schritte wichtige Indikatoren, die das häufig abwertenden Urteil über die Reformbestrebungen der sechziger Jahre widerlegen.

Mit der Änderung der Situation nach dem April 1969 wurde kontinuierlich von der Reform Abstand genommen. Doch eine eingehende Untersuchung der Geschichte der tschechoslowakischen Reformbewegung zeigt, daß viele Fragen, die das Reformprogramm aufgeworfen und in der kurzen Zeit, die ihm gegeben war, nicht hatte lösen können, zwanzig Jahre später unter veränderten Bedingungen erneut auftraten.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Ende der sechziger Jahre nicht soziale Fragen im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit standen. Dazu trugen das schnelle wirtschaftliche Wachstum und das Ansteigen der Löhne bei. In den Jahren zwischen 1965 und 1968 erhöhte sich das geschaffene Nationaleinkommen kontinuierlich: 1966 wuchs es um 10,8 Prozent, 1967 um 8,4 Prozent und 1968 um acht Prozent. Seit 1954 waren auch die Löhne nicht mehr so rapide gestiegen: In den Jahren 1965–1967 erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt jährlich um fast fünf Prozent, 1968 um fast zehn Prozent, in den Jahren 1963 bis 1965 indessen nur um 1,7 Prozent (in den Jahren 1962/63 fielen sie um 0,1 Prozent).<sup>22</sup> Die Bevölkerung akzeptierte Preiserhöhungen und die Beseitigung einiger sozialer Maßnahmen als notwendige Bestandteile der Reformen. Und auch als diese Fragen in Gewerkschaftssitzungen diskutiert wurden, standen sie nicht soweit im Vordergrund, daß sie den sozialen Frieden bedroht hätten. Wie stark politische Fragen im öffentlichen Bewußtsein dominierten, bewiesen auch Meinungsumfragen aus dem Jahr 1968 und vom Jahresbeginn 1969. Eine gewisse Unzufriedenheit rief jedoch der Umstand hervor, daß den steigenden Einkommen kein entsprechendes Wachstum der Produktion von Konsumgütern gegenüberstand, weshalb sich eine Jagd nach Waren entwickelte, die sich in der unklaren, unsicheren Situation nach dem August 1968 noch verstärkte.

In dieser Zeit wurden die äußeren Faktoren, die die Reformgegner im Land stärkten, zum Haupthindernis für das weitere Vorankommen der Reform. Kurzfristig gelang es zwar, die bürgerliche Gesellschaft zur Verteidigung der Reformen zu aktivieren. In dieser Zeit schalteten sich die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft in die Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes ein und kämpften für die demokratischen Freiheiten und gegen die Beseitigung des seit Januar 1968 Erreichten.

In den Betriebsräten entstand eine paradoxe Situation. Aus Angst vor der Reaktion der Beschäftigten wurden sie nicht per Befehl aufgelöst, doch faktisch leugnete man ihre Existenz. Bei den Betriebsräten, die nach dem 31. Dezember 1968 gebildet worden waren, sollte geprüft werden, ob die Betriebe, in denen sie wirkten, alle Auflagen erfüllt hatten. Sollten sich die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betriebe

<sup>22</sup> SÚA Praha, Zpráva o stavu plnění Akčního programu ze dne 3.12.1968 [Bericht über den Stand der Erfüllung des Aktionsprogramms vom 3. Dezember 1968]. Fond Sekretariát č. 2/4, sv. 29, a. j. 48.

verschlechtert haben, mußten die Räte umgehend aufgelöst werden. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Reformgegner jedoch noch nicht die Macht, die Abschaffung der Betriebsräte einfach anzuordnen und sich damit gegen das Gewicht von fast 900 000 Metallarbeitern im tschechischen Landesteil und weiteren 300 000 aus der Slowakei zu stellen, die im Dezember 1968 zu einem landesweiten Kongreß zusammengetreten waren.

Doch schon im August 1968 war das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen der tschechoslowakischen Bürgerbewegung und den Panzern der fünf einmarschierenden Armeen evident. Die moralische Überlegenheit der Reformbewegung blieb über die zeitweilige Niederlage hinweg ein Vorbild. Dieses wirkte in der polnischen Krise Anfang der achtziger Jahre nach. Vor allem aber gelangte es während des friedlichen Umbruchs in der Tschechoslowakei und in anderen ostmitteleuropäischen Ländern im Jahr 1989 zu neuer Bedeutung.

Übersetzt von Jennifer Schevardo

## DIE TSCHECHISCHE BIBLIOTHEK

Von Steffen Höhne

Von Buchhandel und Lesern – das zeigen Absatzzahlen im bestenfalls vierstelligen Bereich – immer noch nicht ausreichend gewürdigt, kommt seit drei Jahren ein Projekt in Gang, welches in seiner Bedeutung für die deutsch-tschechischen Beziehungen von nicht zu unterschätzender Wirkung sein dürfte. Bis zum Jahr 2008 soll eine tschechische Bibliothek in deutscher Sprache vorliegen, die bisher nicht übersetzte, vergriffene oder sonst nur schwer zugängliche Texte der tschechischen Literatur und Kultur versammeln wird.

Nun hält sich das Interesse an sogenannten ‚Kleinen Literaturen‘ bei den ‚Großen‘ bekanntlich in Grenzen, insofern dokumentiert das auf 33 Bände angelegte Projekt einer „Tschechischen Bibliothek“ den Willen, der Literatur aus Tschechien einen größeren Stellenwert einzuräumen und neben den ‚Klassikern‘ Hašek, Hrabal und Kundera vor allem auch andere, teilweise unbekanntere Autoren zu präsentieren. Mit der durch die Robert-Bosch-Stiftung initiierten und finanzierten „Tschechischen Bibliothek“<sup>1</sup> wird somit – nach dem Vorbild der „Polnischen Bibliothek“ sowie der „German Library“ in den USA – ein repräsentativer Querschnitt vorgelegt, der nicht nur literarische Werke umfaßt, sondern auch wichtige Essays, philosophische und künstlerische Texte. Ferner, und dies ist vielleicht ein noch größerer Vorzug, werden neben den zentralen Werken auch im Deutschen eher unbekanntere präsentiert, so daß die tschechische Geistes- und Kulturgeschichte erstmals in Deutschland ein umfassendes, solides Fundament erhält. Natürlich sind Kanonisierungen aufgrund der Hierarchisierung per Auswahl nicht unproblematisch, mit ihnen erfolgt – nach Vorgaben wie Verbindlichkeit auf der Ebene der künstlerischen Produktion wie dem Niveau der Partizipation – eine Institutionalisierung, die nie frei von Spannungen sein kann.<sup>2</sup> Die Frage ist, welche Tradition im Sinne einer selbständigen Stabilisierung der Überlieferung ein Projekt wie die „Tschechische Bibliothek“ reflektieren kann. Welche Werke sind Teil des gesellschaftlichen Wissensvorrates, ganz gleich, ob es sich dabei um Alltags- oder Sonderwissen handelt, und welche Wirkung soll der Kanon entfalten? Bezogen auf die vorliegende „Tschechische Bibliothek“ ließen sich beispielsweise von Karel Čapek auch

---

<sup>1</sup> Tschechische Bibliothek. Hrsg. v. Peter Demetz, Jiří Gruša, Peter Kosta, Eckhard Thiele und Hans Dieter Zimmermann.

<sup>2</sup> Im Hinblick auf jede Kanonisierung sind die jeweiligen Institutionen wie Zensur, Textpflege und Sinnpflege zu berücksichtigen: „Permanenz stellt sich nicht von selbst her, aber es gibt gesellschaftliche Institutionen, die mit ihrer Herstellung befaßt sind.“ Assmann, Aleida/Assmann, Jan: Kanon und Zensur. In: Kanon und Zensur. Beiträge zur Archäologie der literarischen Kommunikation. Hrsg. v. Aleida Assmann. München 1987, 7–27, hier 11.

andere Werke berücksichtigen. Von Hašek wurde der „Urschwejk“ und nicht der „Schwejk“ ausgewählt,<sup>3</sup> was natürlich weder dem Stellenwert des Hašek'schen Gesamtwerks entspricht noch dem der tschechischen Literaturgeschichte insgesamt. Dennoch, dies sei hier uneingeschränkt festgehalten, sind die im Zentrum stehenden Autoren vertreten, so daß die Tschechische Bibliothek ihre Aufgabe, Vermittlung einer ‚Kleinen Literatur‘, allemal erfüllt. Zum jetzigen Zeitpunkt sind bereits zehn Werke erschienen, so daß ein erster kritischer Rückblick erlaubt sei.

### *Repräsentanten im internationalen Kanon*

Zwei Ecksteine der tschechischen Literatur auch im Hinblick auf die internationale Rezeption sind mit Mácha und Hašek bereits veröffentlicht. Der vorliegende Hašek-Band<sup>4</sup> vereinigt zwei zentrale, in enger Beziehung zueinander stehende Erzählungen: den sogenannten „Urschwejk“ von 1911 sowie den „Kommandanten der Stadt Bugulma“, mit dem die Erfahrungen Hašeks im revolutionären Rußland verarbeitet wurde. Erst die Erfahrung des Weltkrieges mit seinen Schrecken technisierter massenhafter Tötung, dann die völlige Desillusionierung durch die erlebte bolschewistische Revolution bilden die Grundlage für die Erschaffung des ‚Schwejk‘, der zum Imago des Tschechischen werden sollte und damit zu einem international bekannten Stereotyp, unter dem man den ‚typischen‘ Tschechen zu assoziieren gewohnt ist. Schon aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, die so wichtigen Vorarbeiten zum „Schwejk“ wieder vorliegen zu haben.

Hašek, der die romantische Illusion des schönen Scheins von Dichtung mit den Mitteln des Humors destruiert, kann als Gegenpol zu Karel Hynek Mácha gelten. Mit Mácha<sup>5</sup> wird der bedeutendste Dichter der Zeit der „nationalen Wiedergeburt“ eingeführt, der allerdings erst spät eine der Bedeutung seines Werkes gemäße Anerkennung fand, ist doch Máchas Weg zum anerkannten Nationaldichter alles andere als zwangsläufig erfolgt, so wie auch sein Weg in die tschechische Literatur überhaupt. Denn Máchas Leben ist Ausdruck eines zumindest vor 1848 weit verbreiteten Bilingualismus. Er besuchte das Prager Neustädter Gymnasium, an dem der Unterricht in deutscher Sprache absolviert wurde, seine literarischen Anfänge liegen im Kreis um den Prager Professor für klassische Philologie Alois Klar, an dessen deklamatorischen Übungen, die aus der Rezitierung lyrischer Werke – auch eigener – bestanden, er teilnahm. Ein Ergebnis dieser Übungen bildet ein schmales Bändchen Gedichte in deutscher Sprache unter dem Titel „Versuche des Ignaz Macha“. So ist es symptomatisch, daß auf deutschböhmischer Seite eine sehr frühe Rezeption Máchas erfolgt. In einer Zeit, in der Mácha von der tschechischsprachigen Gesellschaft weitgehend ignoriert wurde, erschien von Siegfried Kapper 1842 ein erster

<sup>3</sup> Hašeks „Schwejk“ ist zudem im Gegensatz zum „Urschwejk“ an anderer Stelle als Taschenbuchausgabe in deutscher Sprache verfügbar.

<sup>4</sup> Hašek, Jaroslav: Der Urschwejk und anderes aus dem alten Europa und dem neuen Rußland. Aus dem Tschechischen von Grete Reiner. Mit einem Essay von Karel Kosík und einem Nachwort von Hans-Dieter Zimmermann. Stuttgart 1999.

<sup>5</sup> Mácha, Karel Hynek: „Die Liebe ging mit mir ...“ Prosa, Poesie, Tagebücher. Ausgewählt von Natascha Drubek-Meyer. Mit einem Nachwort von Holt Meyer. München – Stuttgart 2000.

Essay, in dem die Bedeutung dieses Romantikers angemessen gewürdigt wird.<sup>6</sup> Zwar setzte ihm Josef Kajetan Tyl mit dem Text „Rozervance“ (Der Zerrissene) 1840 ein frühes literarisches Denkmal, doch erst die „tschechischen Realisten der späten fünfziger Jahre verstanden, daß Mácha mit seiner Kunst seinem Volk einen besseren Dienst erwiesen hat als alle nationalistischen Dichter der Jungmann-Generation.“<sup>7</sup>

Das frühe Wirkungsdefizit umfaßt auch das bekannteste Werk Máchas, das mehrfach übersetzte Versepos „Máj“ (Mai) – 1844 von Kapper erstmals ins Deutsche übertragen –, welches von dem gegenüber Verlegern mißtrauischen Mácha im Selbstverlag herausgebracht wurde. Dieses Epos erhielt im Erscheinungsjahr 1836 von tschechischer Seite ausschließlich ablehnende Rezensionen.

Neben dem wichtigsten Werk Máchas, dem „Máj“, versammelt der Band einige der heute noch unbekannteren, zum Teil nur als Bruchstück vorliegenden Prosawerke, so „Ein Abend auf dem Bösig“ (1832/33); „Die Pilgerfahrt ins Riesengebirge“ (1833/34); „Die Zigeuner“ von 1835. Die Frage stellt sich allerdings, ob auch die von Mácha verschlüsselten Tagebücher, in denen er seine erotischen Phantasien niederschrieb, in eine – vom Konzept her ja nicht textkritische – Ausgabe gehören. Die etwas bemüht umständliche Rechtfertigung der Herausgeber im Nachwort kann gewisse Zweifel daran nicht zerstreuen.

#### *Die Repräsentanten der Ersten Republik*

Für Karel Čapek,<sup>8</sup> der wie kein anderer tschechischer Autor der Zwischenkriegszeit die intellektuellen und künstlerischen Tendenzen der Ersten Tschechoslowakischen Republik widerspiegelte, gehörten Publizität und Interesse zum Selbstverständnis des Autors.<sup>9</sup>

Die hier vorliegende noetische Trilogie bildet Čapeks großangelegten Versuch einer episch dargestellten Wahrheitssuche in einer Zeit, in der zunehmend die Bedrohungen totalitärer Ideologien hervortraten und die Menschen in ihren Bann zogen:

[...] den Leuten den Kopf verdrehen kann heute jeder beliebige politische Primitive oder Gaukler, der ihnen scheinbare Sicherheiten oder die Massensuggestion der Hoffnung bringt.

<sup>6</sup> Kapper, Siegfried: Karel Hynek Mácha und die neuböhmische Literatur. Sonntagsblätter (Wien) 1842, 313–314.

<sup>7</sup> Schamschula, Walter: Geschichte der tschechischen Literatur. Bd. 2: Von der Romantik bis zum Ersten Weltkrieg. Köln – Weimar – Wien 1996, 14. – Gudrun Langer hat auf die Problematik eines final angelegten Konzeptes von Nationalliteratur verwiesen, welches einen ‚unpolitischen‘ Autor in einer Zeit des nationalen Existenzkampfes aussonderte. Langer, Gudrun: Der tschechische Romantiker K. H. Mácha und das Problem der supranationalen Literaturbetrachtung. In: Deutschland und der slawische Osten. Festschrift zum Gedenken an den 200. Geburtstag von Ján Kollár. Hrsg. v. Ulrich Steltner. Jena 1994, 21–29.

<sup>8</sup> Čapek, Karel: Hordubal. Der Meteor. Ein gewöhnliches Leben. Romantrilogie. Aus dem Tschechischen übersetzt und mit einem Nachwort von Eckhard Thiele. Mit einem Vorwort von Arthur Miller. Stuttgart 1999.

<sup>9</sup> Ebenda 597: „Der Schriftsteller soll in einer Welt Leben, die allen gehört. Auch der Journalismus stellt einen Versuch dar, universal zu sein. Allem muß man nachgehen, man muß sich für die ganze Welt interessieren, nicht nur für einen bestimmten Ausschnitt.“

Die Menschen wollen glauben und flüchten sich in Kirchen, sie wollen hoffen und hören auf Scharlatane; sie wollen Sicherheit finden, die nicht in ihnen ist. Es ist ein Chaos, das sich mit jeder beliebigen Parole entfachen läßt; aber es ist auch ein Chaos, in dem Boden unter den Füßen gesucht werden kann. Ihn zu finden, würde auch bedeuten, sich selbst zu finden und sich darauf mit anderen zu treffen.<sup>10</sup>

Die Trilogie antizipiert, darauf weist Eckhard Thiele in seinem kenntnisreichen Nachwort zu Recht hin, eine Tradition des ‚Nachdenkens über das Nachdenken‘, eine Tradition des ‚Anti-Romans‘, wie sie bei Max Frisch, Uwe Johnson, Christa Wolf u. a. auch in der deutschen Literatur in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ausgestaltet wird. Čapek genießt somit einen ‚Reiz der noch unverbrauchten Neuerungen‘. Zu beglückwünschen sind die Herausgeber, auch einen weiteren Band von Čapek in die Bibliothek mit aufgenommen zu haben – die „Gespräche mit Masaryk“.<sup>11</sup> Diese bilden zunächst einmal ein Selbstzeugnis des alternden Philosophen, Staatsmannes und Republikgründers, ein Rückblick auf ein Leben angefangen mit den Jugenderinnerungen im mährisch-slowakischen Grenzgebiet bis zu den aktuellen Problemen Europas der dreißiger Jahre. Darüber hinaus bieten die Gespräche einen faszinierenden Einblick in die Kulturgeschichte kleiner Nationen und deren schwieriger Selbstbehauptung gegen die größeren Nachbarn. Insbesondere angesichts des kulturellen Debakels, welches sich seit 1933 beim deutschen Nachbarn abzeichnete, gewinnen Masaryks Ausführungen als Dokumente aufgeklärt-rationalen Denkens in einer sich verfinsternden Zeit an Bedeutung:

Das ist es: wo den Menschen Verstand und Urteilskraft nicht genügen, müssen sie sich irgendeine Autorität suchen, die noetisch oft recht zweifelhaft ist; sie wollen, was immer es koste, Glauben und Sicherheit haben. Daher der blinde Glaube, der Aberglaube, der Kirchenglaube; daher – in der Politik – der mythische und mystische Glaube an kollektive Schlagworte. Die Masse, die Zeit will das und das, befiehlt das und das, basta. Bequem ist auch die Theorie der Diktatoren und Demagogen. [...] Man anthropomorphisiert im Grunde so primitiv, wie die Vorfahren den Himmel, die Natur antropomorphisiert haben. Und die kollektive Mystik ist oft nichts anderes als maskierter Egoismus – etwa der Egoismus einer Gruppe, einer Partei, einer Klasse. Menschen, die im Namen einer Nation oder einer Zeit reden, schreiben sich selbst das einzig richtige Gefühl und Verständnis für die Nation, das Vaterland, die Zeit zu; die anderen, vor allem die kritischeren, haben, ihnen zufolge, dieses wahre Gefühl und Verständnis nicht, sind Reaktionäre, Verräter und dergleichen. Diese Art von Noetik in der Politik blüht bis heute, wie Sie wissen, und nicht nur bei uns.<sup>12</sup>

Es ist kein Wunder, daß Masaryk der ethnischen Kategorisierung von Gruppen skeptisch gegenüber steht. „Ich bestreite nicht, daß die Völker ihren geistigen und körperlichen Charakter haben, aber ich halte die anthropologischen und ethnologischen Erkenntnisse noch nicht für sicher genug.“<sup>13</sup>

Masaryk ist sich in den „Gesprächen“ aber auch der Fragilität der Existenz einer ‚kleinen Nation‘ bewußt, wenn er immer wieder deren Bedeutung und vor allem

<sup>10</sup> Ebenda 601.

<sup>11</sup> Čapek, Karel: Gespräche mit Masaryk. Aus dem Tschechischen von Camill Hoffmann und Eckhard Thiele. Mit Essays von Karel Čapek und Hans Dieter Zimmermann und einem Nachwort von Eckhard Thiele. Stuttgart – München 2001.

<sup>12</sup> Ebenda 308 f.

<sup>13</sup> Ebenda 453.

Existenzrecht betont: „es handelt sich darum, daß die Großen den Kleineren und Kleinen Ruhe geben!“<sup>14</sup> Ungewollt spricht Masaryk dabei das Grunddilemma der kleinen Nationen an, die auf das Wohlwollen größerer Nachbarn angewiesen sind, ein Dilemma, welches in dem Dissidentendiskurs der achtziger Jahre Milan Kundera pointiert zu benennen wußte: „Die kleine Nation ist eine, deren Existenz zu jedem beliebigen Zeitpunkt in Frage gestellt werden kann; eine kleine Nation kann verschwinden, und sie weiß es.“<sup>15</sup>

Masaryk wußte, welche Fährnisse auf dem Weg einer eigenständigen staatlichen Entwicklung liegen würden: „Wir brauchen fünfzig Jahre ungestörter Entwicklung, um dort zu sein, wo wir schon heute sein möchten.“<sup>16</sup> Es gehört zur Tragik der jüngeren tschechischen Geschichte, der genau dieser Zeitraum nicht vergönnt war.

Als ein weiterer Repräsentant der Ersten Republik darf Vladislav Vančura gelten, der mit seiner Erzählkunst – anders als Čapek – den Weg der lyrischen Prosa beschreitet.<sup>17</sup> In dem zentralen Werk „Der Bäcker Jan Marhoul“ von 1924, mehr Parabel denn Epos, zeichnet Vančura ein menschliches Urgestein voll archaischer Lebenskraft, dessen Lebenshaltung von Begeisterung und dem unerschütterlichen Glauben an das Gute geprägt ist. Gerade darum muß Marhoul scheitern, er ist ein Heiliger, ein Narr und somit ein Verlierer, ein Gottesnarr mit böhmischem Naturell. Marhouls grenzenlose Freigiebigkeit stürzt diesen mit der Familie ins Elend, und dennoch bleibt Marhoul ein leibhaftiges Gegenbild zur realen Welt des Betrugs und der Machtinteressen. Bei kaum einem zweiten tschechischen Schriftsteller ist eine so extreme Divergenz zwischen Qualität des Werkes und Bekanntheit im deutschsprachigen Kulturraum zu beklagen wie bei Vančura, der hierzulande weitgehend unbekannt ist. Diese Wissenslücke ist um so bedauerlicher, vergegenwärtigt man sich Vančuras Tod. Der Anhang dieses Bandes umfaßt einen Teil der Erinnerungen von Jaroslav Seifert, in denen auch der furchtbaren Ermordung Vančuras in der Folge der Vergeltungsmaßnahmen für das Heydrich-Attentat gedacht wird:

Am vierten Tage nach dem Attentat, Anfang Juni, besuchten uns Svata Kadlec und seine Frau. An diesen Abend erinnere ich mich nur zu gut. Vladislav Vančura war seit Wochen verhaftet und wurde von der Gestapo gefoltert. Zitternd saßen wir am Radio und hörten Nachrichten von neuen Maßnahmen der Nazis und von Morden, die sie ankündigten. Als unter den ersten Hingerichteten Vančura genannt wurde, erhoben wir uns, wie vom Entsetzen von unseren Stühlen emporgeschleudert und erstarrten atemlos.

Vladislav Vančura!

<sup>14</sup> Ebenda 449. Dies ist ja auch das Thema der Kontroverse mit der Mitteleuropa-Konzeption Friedrich Naumanns, gegen die Masaryk in seinem „Neuen Europa“ das Recht der kleinen Nationen im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker betont. Vgl. hierzu Naumann, Friedrich: Mitteleuropa. Berlin 1915. – Masaryk, Tomáš G.: Das neue Europa. Berlin 1922. – Zur Mitteleuropaidee siehe Höhne, Steffen: Mitteleuropa. Zur konzeptuellen Karriere eines kulturpolitischen Begriffs. *BohZ* 41 (2000), 279–294.

<sup>15</sup> Kundera, Milan: Die Tragödie Mitteleuropas. Abdruck in: Deutschland, aber wo liegt es? Analysen und historische Dokumente. Hrsg. v. Hans Ester, Hans Hecker und Erika Poettgens. Amsterdam – Atlanta 1993, 214–227, hier 224.

<sup>16</sup> Čapek: Gespräche mit Masaryk 454 f.

<sup>17</sup> Vančura, Vladislav: Der Bäcker Jan Marhoul. Aus dem Tschechischen von Peter Pont. Mit Erinnerungen an Vladislav Vančura von Jaroslav Seifert und einem Nachwort von Eckhard Thiele. München – Stuttgart 2000.

Mit ihm wurde unsere ganze Generation getroffen, in ihm lag das Schicksal von uns allen. Unser ganzes Land wurde schwer verwundet.<sup>18</sup>

In enger Beziehung zu Vančura steht eine weitere, im deutschen Sprachraum weitgehend unbekannt Autorin, Milada Součková,<sup>19</sup> die mit Vančura an den „Bildern aus der Geschichte des tschechischen Volkes“ arbeitete. Ihr Mann, wie Vančura durch die Nazis bedroht, entzog sich der drohenden Verhaftung durch Selbstmord. 1948, Milada Součková war Gesandte ihres Landes in den USA, entschied sie sich für das Exil und lehrte in Chicago und Harvard Bohemistik und Slawistik. In „Der unbekannt Mensch“ gestaltet Součková eine retrospektive Enthüllung der ‚großen Geschichte‘ aus den Augen des einzelnen, der dieser großen Geschichte mehr oder weniger ausgeliefert ist, aus dessen Perspektive diese große Geschichte eine oft weit aus geringere Dramatik erhält. Wie sehen die historischen Ereignisse in den Augen des einzelnen aus und wie erfahren diese ‚historische Tragweite‘? Milada Součková greift einzelne Episoden von 1866 bis 1934 heraus, um so – aus einer Sicht von unten – literarische wie historische Relevanz und Kontinuitäten zu problematisieren: Königgrätz 1866, der russisch-japanische Krieg, die Balkankriege, Sarajevo 1914, der Erste Weltkrieg, Masaryks Ankunft in Prag.

#### *Schrecken des Totalitären*

Zwei Werke erzwingen geradezu eine kontrastive Betrachtung, thematisieren beide doch das unwiderrufliche Ende jener mitteleuropäischen Kultur, die gewissermaßen in Böhmen vor 1938 eine besondere Art von Experimentierkammer besaß.

In Jiří Weils mehrschichtigem, Autobiographisches wie Dokumentarisches umfassenden Roman findet eine Auseinandersetzung mit der Vernichtung der jüdischen Kultur im „Protektorat“ und in Prag statt.<sup>20</sup> Der Erzähler, Josef Roubiček, isoliert und in seine Gedankenwelt zurückgezogen, führt fiktive Gespräche mit seiner Freundin Růžena, mit der er ursprünglich ins Ausland fliehen wollte. Diese Gespräche ersetzen ihm mehr und mehr die als ein unsäglicher Schrecken wahrgenommene Realität, die ihn schleichend, aber unaufhörlich einengt, beengt:

Ich sehnte mich danach, ein Tier zu sein. Ich sah aus dem Fenster meiner Mansarde, wie die Hunde im Schnee spielten, ich sah, wie eine Katze langsam durch die Nachbargärten schlich, ich sah, wie frei die Pferde aus Wassereimern tranken, ich sah, wie die Spatzen aufflogen, wann immer es ihnen einfiel.<sup>21</sup>

Der Tod wird zu einer alltäglichen Erfahrung angesichts der beginnenden Transporte in den Osten bzw. in die Festungsstadt (Theresienstadt), „wo eine Art Menagerie eingerichtet wurde [...]. Ich sprach schon lange mit dem Gevatter Tod,

<sup>18</sup> Ebenda 168.

<sup>19</sup> Součková, Milada: Der unbekannt Mensch. Aus dem Tschechischen übersetzt von Reinhard Fischer. Mit einem Vorwort von Peter Demetz und einem Nachwort von Kristián Suda. Stuttgart 1999.

<sup>20</sup> Weil, Jiří: Leben mit dem Stern. Übersetzt von Gustav Just. Mit ‚Klagegesang für 77 297 Opfer‘, übertragen von Bettina Kaibach und einem Nachwort von Urs Hefrich. München – Stuttgart 2000.

<sup>21</sup> Ebenda 44.

aber er war ein sehr unaufmerksamer Gesellschafter.“<sup>22</sup> Ein zeitweiliges Überleben gelingt mit Hilfe der Tätigkeit auf dem Friedhof, zu der er von der jüdischen Gemeinde abkommandiert wurde: „Man hatte mich auf den Friedhof zur Gärtnerarbeit geschickt, aber es gab nichts anderes zu tun, als das Laub zusammenzuharken und sich die Grabdenkmäler anzuschauen.“<sup>23</sup> Die sich abzeichnende Niederlage der Wehrmacht ist da nur bedingt ein Trost, kommt sie doch wie schon für die beiden kleinen Mädchen in Weils „Mendelsohn auf dem Dach“ zu spät!

Den Krieg verspielen die und ihre Friedhöfe werden weit in der Ferne liegen. Und auf ihren Friedhöfen werden keine Linden wachsen, und auch kein Laub wird auf ihre Alleen fallen.<sup>24</sup>

Die Isolation und Hoffnungslosigkeit ist vollkommen, Auswege scheint es für die von allen Seiten im Stich gelassenen Prager Juden nicht mehr zu geben:

Wir beachteten die Leute nicht, wir wußten nicht, ob sie uns bedauerten oder über uns lachten. Aber offenbar waren wir für sie nicht mehr da, weil sie sich wünschten, daß wir nicht mehr da wären, daß sie uns nicht mehr anzuschauen brauchten, denn sie gingen schnell an uns vorbei und wandten die Gesichter ab; [...]“<sup>25</sup>

Es erscheint fast logisch, das sich Weil mit diesem Werk nur unbeliebt machen konnte. Anfang 1949 herausgegeben führte das Buch für den Verleger Jan Gossmann und den Autor Weil zu einem siebenjährigen Publikationsverbot, widersprach das Werk doch der doktrinären Ideologie der nunmehr herrschenden Partei, die zudem – das sollten die Schauprozesse um Rudolf Slanský zeigen – von einem spezifischen Antisemitismus infiziert war. Dabei war Weil schon zuvor unangenehm aufgefallen, schilderte er doch in „Moskau – die Grenze“ in bis dahin nicht artikulierter kritischer Perspektive die beginnenden Schauprozesse der stalinistischen Ära der dreißiger Jahre, eine der allerersten fiktionalen Arbeiten zu den Säuberungen überhaupt.<sup>26</sup>

Hervorgehoben sei insbesondere auch das kenntnisreiche Nachwort von Urs Heftrich, eine fundamentale Einordnung Weils in den weltliterarischen Kontext. Es ist faszinierend zu verfolgen, wie Heftrich die Bezüge zu Dostojewski, zu Shakespeare (Hamlet) oder zu Thomas Mann (Josephs-Roman) herausarbeitet und es ihm so gelingt, die Dimension unterhalb des Dokumentarischen und Autobiographischen bei Weil freizulegen. Ein solches Nachwort wünschte man sich für jeden Band der „Tschechischen Bibliothek“! In den Kontext einer Literatur unter dem Hakenkreuz gehört auch „Wir Fünf und Jumbo“, den zwischen 1940 und 1943 entstandenen letzten Roman des 1892 geborenen jüdischen Dichters und Humoristen Karel

<sup>22</sup> Ebenda 29.

<sup>23</sup> Ebenda 114.

<sup>24</sup> Ebenda 122.

<sup>25</sup> Ebenda 180.

<sup>26</sup> Hierzu Heftrich, Urs: Der Unstern als Leitstern. Jiří Weils Werk über den Holocaust. In: Weil: Leben mit dem Stern 360–386, hier 363: „[...] unbeirrbar versucht er, die Spannung zwischen dem Glauben an die kommunistische Idee und dem Wissen um die sowjetische Wirklichkeit auszuhalten. „Moskau – die Grenze“ ist daher vielleicht ein schizophreses Buch, aber gewiß keine Absage an die Sowjetunion. Das schützte Weil jedoch nicht vor dem Vorwurf der Linken, er betrachte das Reich des dialektischen Materialismus allzu materialistisch, [...]“

Poláček, der kurz vor Kriegsende in Auschwitz oder auf einem der Todesmärsche ermordet wurde.<sup>27</sup> Es ist die Geschichte einer Kindheit in der böhmischen Provinz, gesehen mit den Augen eines Kindes, eine Perspektive, die dem Dichter noch einmal die Rückerinnerung an eine neben Bubenstreichen und schulischen Ärgernissen unbeschwerter Jugend erlaubt, eine Jugend, in der noch Träume und Wunder möglich erschienen.

Den anderen Pol mitteleuropäischer Verwerfungen markiert Jaroslav Durych mit „Gottes Regenbogen“,<sup>28</sup> der die Vertreibung der Deutschen nach 1945 thematisiert und in seinem Roman ein Requiem auf das jahrhundertlange Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in Böhmen anstimmt. Auch dieser Roman hat – wie schon Weils „Leben mit dem Stern“ – seine eigene Geschichte. Erscheinen konnte er erst posthum 1969, in jener kurzen Phase zwischen „Prager Frühling“ und einsetzender „Normalisierung“, bevor die publizistischen Freiheiten endgültig beschnitten werden sollten. Entstanden ist das Werk in der Zeit der Isolation und Verfemung Durychs, wie ja der gesamten katholischen Moderne, Mitte der fünfziger Jahre.

Der Roman schildert den Weg des Erzählers in das von einer trügerischen Natur umgebene, unwirkliche Grenzgebiet. Er sucht, so Patočka im Nachwort, ein Paradies, „und er trifft auf die hütende Schlange und eine Wüste ohnegleichen, ein ‚verlorenes‘ Paradies“,<sup>29</sup> womit sich eine mehr und mehr zu erkennen gebende Todeslandschaft abzeichnet:

Offenbar war alles in großer Hast verlassen worden, denn ich konnte die Gardinen in den Fenstern, die Federbetten in den Schlafkammern, ja sogar Tischdecken und Geschirr auf den Tischen erblicken. Und wären nicht die Brennesseln, mit denen die Schwellen zugewachsen waren und die bis in die Flure hineindrängten, und jene Spinnweben, die die Fenster und halb geöffneten Türen schwarz verschleierten, so hätte man glauben können, daß die Bewohner vielleicht auf dem Feld waren und jeden Augenblick zurückkehren würden.<sup>30</sup>

Niemand ist zu sehen, alles scheint in Hast aufgegeben zu sein: „Wer war es wohl, der hier gelegen hatte, und wo trieb er sich jetzt herum! War er am Leben? Könnte er nicht wenigstens auf einen Augenblick hereinkommen und etwas mit mir plaudern?“<sup>31</sup>

An diesem verlassenem, unwirtlichen Ort begegnet der Erzähler, ein alter Tscheche, einer jungen Deutschen, die an dem Ort ihrer Schande und ihrer Schuld ruhelos verblieben ist, dem Ort, an dem die Mutter starb und sie selbst von einer Soldateska vergewaltigt wurde.

Ich habe auch nichts gehaut. Es kam hier über uns. So rasch, daß all diese Dinge auf Bestellung und ohne die Formalität des Freiens geschahen. Es wurden bloß Zeugen und ein Amtschreiber hingeschickt, und dann ging man.<sup>32</sup>

<sup>27</sup> Poláček, Karel: Wir waren fünf. Aus dem Tschechischen von Markus Wirtz. Mit einem Nachwort von Eckhard Thiele. Stuttgart – München 2001.

<sup>28</sup> Durych, Jaroslav: Gottes Regenbogen. Übersetzt von Jan Patočka (zusammen mit Frank Boldt). Mit einem Essay von Jan Patočka und einem Nachwort von Eckhard Thiele. Stuttgart 1999.

<sup>29</sup> Patočka, Jan: „Gottes Regenbogen“ von Jaroslav Durych. In: Durych: Gottes Regenbogen 209–226, hier 220.

<sup>30</sup> Ebenda 42.

<sup>31</sup> Ebenda 44 f.

<sup>32</sup> Ebenda 103 f.

Es ist gerade die Lakonie des Reflektierens, die so sehr an die Banalität des Bösen erinnert und für die es weder Schuldzuweisung nach Wiedergutmachung geben kann: „Ach, derlei gab es so viel, daß es heute niemanden mehr interessiert!“<sup>33</sup> Fatal sind nur die Erinnerungen an erlebtes Leid, die immer wieder hervortreten: „Ja, das Gedächtnis ist ein Teufel! Der meine, der einschmeichelndste, derjenige, mit welchem ich schlafe.“<sup>34</sup>

Dennoch scheint sich Hoffnung auf Gnade zu erfüllen, unter Qualen erfüllt der alte Tscheche seine christliche Pflicht und begräbt eine tote Frau mit ihrem Kind:

Zur Seite des von mir ausgehobenen Grabes erstreckte sich ein Wald, und durch den Wald führte der von der Schlange gehütete Weg, zur anderen Seite aber lag die Gemeinde verschollenen Namens, wo mir so plötzlich mein verlorenes Paradies erschienen war und auch so plötzlich wieder verschwand. Und in der Mitte von alledem wand sich der an meinem Herzen nagende Skorpion.<sup>35</sup>

Patočka hat zu recht hervorgehoben, daß sich hier

„zwei Reumütige“ begegnen [...]: einer, der Tscheche, ein alter Mann, der erst hier das Furchtbare des Ereignisses in seiner vollen Wucht zu verspüren lernt, und eine Frau, die eine Überlebende ist, eine, die man als aus der Arche Noah herabgestiegen ansprechen möchte, wäre es im Sinne des Zwangszusammenlebens mit der Auswahl des Tierischen verstanden.<sup>36</sup>

Dabei ist diese Reue nicht als ein leerer Wunsch zu verstehen, „daß Getanes ungetan werde, auch kein utopisches Streben, durch gegenwärtiges Seelenleid vergangene Schuld zu tilgen,“ so Patočka.<sup>37</sup>

### Ausblick

Einen Ausblick auf die zeitgenössische tschechische Literatur vermittelt der Dramen-Band,<sup>38</sup> der einen repräsentativen Überblick über das dramatische Schaffen seit den sechziger Jahren bietet, wobei aufgrund der spezifischen Bedingungen, unter denen die Künstler im Sozialismus existieren mußten, zeitgenössische Tendenzen genauso ihren Widerhall finden wie die Entwicklung des Theaters im gesamteuropäischen Kontext. Vom absurden (Havel und Kohout) und poetischen Theater (Topol) bis zur direkten Satire (Uhde) und weiter zur erzwungenen Entpolitisierung in der Zeit der Normalisierung nach 1968 reicht die Bandbreite. Enthalten sind: von Václav Havel „Das Gartenfest“ (1963) sowie „Audienz“ und „Vernissage“ (beide 1976), von Milan Uhde „König Bauron“ (1964), von Josef Topol „Katze auf dem Gleis“ (1966) und „Stunde der Liebe“ (1968), von Ivan Klíma „Die Geschworenen“ (1969) und von Pavel Kohout „Krieg im dritten Stock“ (1970). Eine spezifisch kulturpolitische und politische Rolle spielt das Theater dann 1989 als Versammlungsort des Protestes

<sup>33</sup> Ebenda 69.

<sup>34</sup> Ebenda 105.

<sup>35</sup> Ebenda 123 f.

<sup>36</sup> Ebenda 219.

<sup>37</sup> Ebenda 216.

<sup>38</sup> Gartenfest. Dramen von Havel, Klíma, Kohout, Topol, Uhde. Ausgewählt und mit einem Nachwort von Anja T i p p n e r. München – Stuttgart 2000.

gegen das Regime. Die damit einhergehende kurzzeitige Aufwertung des Theaters befindet sich allerdings seitdem auf dem Rückzug, was sicher auch der neuen Demokratisierung und Offenheit geschuldet ist. Dennoch bleibt gültig, was Havel in einem Brief an seine Frau Olga schrieb: Theater ist nur dann wirkliches Theater, „wenn die Menschen, die am Theater teilhaben, aufhören, eine bloße Gruppe zu sein, und zur Gemeinschaft werden.“

# ALTE BILDER UND NEUE PERSPEKTIVEN: AKTUELLE ARBEITEN ZUR SLOWAKISCHEN GESCHICHTE

## Literaturbericht

Von *Martina Winkler*

„Unsere Öffentlichkeit ist mit der Geschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte nicht zufrieden.“ Mit diesem resümierenden und gleichzeitig ein Programm für die Zukunft einleitenden Satz begann Richard Marsina seinen Vortrag auf dem 10. Kongreß der slowakischen historischen Gesellschaft im Jahre 1991.<sup>1</sup> Nicht nur „Wissenschaftlichkeit“, sondern auch „Öffentlichkeit“, nicht nur Methode, sondern auch die kritische und identitätsstiftende Funktion von Historikern innerhalb einer Gesellschaft waren hier offenbar bedeutsam. Zwei Jahre zuvor hatte die „samtene Revolution“ nicht nur in Politik und Wirtschaft, sondern auch in der Wissenschaft neue Anfänge möglich gemacht; Historiker suchten nach einer unverfälschten Wahrheit und wollten „weißen Flecken“ nun endlich Farbe verleihen, schrieben neue Geschichten – oft tschechoslowakische Geschichten. Zwei Jahre später kam es zu einem weiteren Umbruch, der vielen offenbar so problematisch erschien, daß sich der pathetische Begriff der Revolution diesmal nicht durchsetzen konnte. Die Trennung der tschechischen und der slowakischen Teilrepubliken aber bedeutete auch eine Trennung von tschechischer und slowakischer Geschichte. Neue Konzepte, neue Identitäten, neue Ufer also für slowakische Historiker? Eine Betrachtung des letzten Jahrzehnts Geschichtsschreibung über die Slowakei im Land selbst wie außerhalb<sup>2</sup> eröffnet ein breites, buntes, zwiespältiges Spektrum voller neuer Impulse und alter Vorurteile, mit voraussehbaren und unerwarteten Konflikten und Allianzen, bestimmt von Provinzialität ebenso wie von internationalem Niveau.

---

<sup>1</sup> Marsina, Richard: Slovenská historiografia 1945–1990 [Slowakische Historiographie 1945–1990]. In: X. zjazd slovenskej historickej spoločnosti 16.–19.4.1991. HČ 39 (1991) 4/5, 370–379, hier 370.

<sup>2</sup> „Slowakische“ und „nichtslovakische“ Historiographie können angesichts der vielen slowakischen und slowakischstämmigen Historiker, die regelmäßig im Ausland publizieren, kaum klar voneinander getrennt werden. Die in diesem Bericht vorgenommene – nicht vollkommen konsequente – Unterscheidung hat deshalb nur eine pragmatisch-strukturierende Funktion und beinhaltet keine analytisch begründete Aussage. Zur Besonderheit von Exilhistoriographie vgl. z. B.: Trepte, Christian/Hadler, Frank: „Gespaltene“ Literaturen und „gespaltene“ Geschichtsschreibungen in Ostmitteleuropa. Perspektiven einer vergleichenden Zusammenschau am Beispiel des polnischen Exils. In: Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas. Comparativ 8 (1998) 5, 106–121. Mit besonderem Blick auf den slowakischen Fall: Mlynárik, Ján: Diaspora historiografie [Die Diaspora der Historiographie]. Praha 1998.

Zur staatlichen, nationalen und gesellschaftlichen Selbständigkeit gehört auch – dieser Tenor bestimmt einen Großteil der neuen Werke – eine historische Emanzipation. Die slowakische Historikerzunft will sich neue Institutionen und ein neues Instrumentarium aufbauen, der slowakischen Gesellschaft soll eine „eigene“ Geschichte gegeben werden, Slowaken wie Nichtslowaken außerhalb des Landes soll die Vergangenheit des neuen Staates präsentiert werden. Dieser Prozeß kann zu einem großen Teil durchaus als ein Weg der Emanzipation vom bloßen Dasein als Suffix des Wortteiles *tschecho-* betrachtet werden, als ein geplanter, wenn auch nur teilweise lenkbarer Gang zur nach innen wie nach außen eindeutig erkennbaren nationalen Souveränität. Und so ist – explizit oder unausgesprochen – die nationale, slowakische Identität ein zentraler Begriff in vielen Arbeiten dieser neuen Geschichtsschreibung.<sup>3</sup> Ein näherer Blick auf die Forschungslandschaft zeigt, daß dies Schwäche und Oberflächlichkeit mit sich bringen kann, zugleich aber konzeptionelle Stärke und neue Erkenntnisse.

Identität als Telos der Geschichte ebenso wie der Geschichtsschreibung steht im Mittelpunkt vieler neuer Synthesen der slowakischen Geschichte. Die nationale Bewegung nimmt in allen einen prominenten Raum ein, Ereignisse und Prozesse werden häufig an ihrer Bedeutung für die Entwicklung einer slowakischen Nation gemessen. Dabei gibt es natürlich – nachvollziehbare – Unterschiede: Stanislav J. Kirschbaums „A History of Slovakia“ führt dem amerikanischen Leser eloquent ein starkes Volk vor, dessen Geschichte fast zwangsläufig auf die nationale und politische Selbständigkeit hinauslief.<sup>4</sup> Dušan Kováč, dessen „Dejiny Slovenska“ parallel in slowakischer Sprache und tschechischer Übersetzung erschien,<sup>5</sup> zeigt sich, wie auch in seinen anderen Schriften,<sup>6</sup> der staatlichen Selbständigkeit gegenüber äußerst skeptisch und findet eine dramatische Analogie für die Trennung von den Tschechen:

Am gleichen Tag, an dem der Slowakische Nationalrat die Verfassung der Slowakischen Republik annahm, kam es auf der Autobahn Prag–Bratislava zu einem schweren Verkehrsunfall, bei dem Alexander Dubček ernsthaft verletzt wurde. [...] Sein Tod war wie ein Symbol für den Zerfall des Staates, in dem er in den Jahren 1968–1969 eine Schlüsselrolle spielte.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> Daß es daneben natürlich viele klassisch konzipierte Aufsätze, weniger Monographien, zur mittelalterlichen, frühneuzeitlichen und neuen Geschichte gibt, konventionelle und innovative Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in denen das Moment der Identität keine – oder keine so deutliche – Rolle spielt, sei hier nur in der Fußnote erwähnt. – Für einen groben Gesamtüberblick der slowakischen Geschichtsschreibung bis 1994 sei verwiesen auf Petruf, Pavol: Die slowakische Historiographie in den Jahren 1990–1994. *BohZ* 37 (1996), 153–168.

<sup>4</sup> Kirschbaum, Stanislav J.: A History of Slovakia. The Struggle for Survival. New York 1995.

<sup>5</sup> Kováč, Dušan: Dejiny Slovenska [Geschichte der Slowakei]. Praha 1998. – Ders.: Dejiny Slovenska [Geschichte der Slowakei]. Praha 1998.

<sup>6</sup> z.B. Ders.: Slováci Češi Dejiny [Slowaken Tschechen Geschichte]. Bratislava 1997. – Ders.: Slovenská historiografie na prelome 19. a 20. storočia a česko-slovenské vzťahy [Slowakische Historiographie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und die tschecho-slowakischen Beziehungen]. *HČ* 44 (1996) 2, 281–294.

<sup>7</sup> Ders.: Dejiny Slovenska 323.

Zudem wird der sonst so selbstverständlich chronologische Aufbau hier durch einen Anhang zu den „Tschecho-slowakischen Beziehungen“ ergänzt. Doch die Nationwerdung im 19. Jahrhundert ist auch bei ihm eindeutig positiv dargestellt, die Konzepte von Fortschritt und Reaktion richten sich vor allem nach nationalem Erfolg oder Rückschlägen. Kováč schrieb auch gemeinsam mit Vladimír Čičaj, Lubomír Lipták und Richard Marsina das – ins Englische übersetzte – Werk „Slovenské Dejiny“.<sup>8</sup> Der Anspruch auf „Wahrheit“ wird hier besonders betont, wissenschaftliche Differenzierung, Hinweise auf Forschungsprobleme und konzeptionelle Überlegungen vertragen sich gut mit dem Wunsch, Slowaken im In- und Ausland historischen Rückhalt und Nichtslowaken ein interessantes Bild über das Land zu bieten.

Eine der nur in slowakischer Sprache erschienenen Arbeiten wurde vor 1989 verfaßt, konnte jedoch erst später publiziert werden: die Synthese Anton Špiesz', konventionell konzipiert und geschrieben.<sup>9</sup>

Bemerkenswert ist das Bild, das diese Geschichtsdarstellungen vermitteln: Die Slowaken werden durchgängig als starke Nation gezeichnet, statt Passivität und Opferhaltung findet der Leser Entschlossenheit, Kampfgeist und kulturellen Reichtum. Wenn, wie besonders bei Kirschbaum, der hervorragende Beitrag der Slowaken zur europäischen Kultur wieder und wieder betont wird, so bleibt es allerdings bei der Behauptung; konkrete Hinweise – abgesehen von wenigen Klischees – in diese Richtung findet der Leser kaum. Dennoch: „Kleine Nation“ heißt im slowakischen Falle offenbar nicht – oder nicht mehr – Kultivierung von Traumata und Leidensfähigkeit. Kein sehnsüchtiges „Kde domov můj“ (Wo ist meine Heimat) also, sondern ein dramatisch entschiedenes „Nad Tatrou sa blýska“ (Über der Tatra blitzt es).

Aus der Zahl dieser weitgehend konventionell geschriebenen und nur teilweise zu empfehlenden Werke sticht eine Arbeit hervor: Das von Elena Mannová herausgegebene, in Zusammenarbeit mit anderen Autoren entstandene Buch „A Concise History of Slovakia“.<sup>10</sup> Durch die Kooperation verschiedener Spezialisten wird die sonst so häufige Oberflächlichkeit vermieden, der Thematisierung wissenschaftlicher Debatten und Unsicherheiten weichen die Autoren hier einmal nicht aus. Nationale Identität erscheint hier nicht nur als Ziel, auf welches die Geschichte hinsteuert, sondern sie wird problematisiert als Konzept historiographischer Arbeit. Besonders gelungen ist das Kapitel „On the Road to Modernization“, das die Nationsbildung in den Kontext sozialen Wandels einbettet. Dabei wird die Implikation von Linearität vermieden, die sonst so häufig irritiert (und auch in diesem Buch in anderen Kapiteln, so in dem Beitrag Liptáks „Slovakia in the 20th Century“, zu finden ist). Der Begriff der „Collective Identities“ wird als Konzept der Forschung problematisiert, das Element der Multiethnizität in der Slowakei betont.

Diese Geschichtsdarstellungen werden von weiteren Hilfsmitteln ergänzt, welche die Arbeit – besonders einen ersten Einblick – erleichtern: Zunächst sind zwei Lexika zur slowakischen Geschichte zu nennen. Kirschbaums „Historical Dictio-

<sup>8</sup> Marsina, Richard u.a.: Slovenské dejiny [Slowakische Geschichte]. Martin o. J.

<sup>9</sup> Špiesz, Anton: Ilustrované dejiny Slovenska. Na ceste k sebauvedomeniu [Illustrierte Geschichte der Slowakei. Auf dem Weg zur Selbstbewußtwerdung]. Bratislava 1999.

<sup>10</sup> A Concise History of Slovakia. Hrsg. v. Elena Mannová. Bratislava 2000.

nary of Slovakia“<sup>11</sup> ist ein Handbuch – nützlich sicher für Studenten und in Teilen hilfreich für Historiker. Auf eine Chronologie folgt mutig eine einleitende Gesamtdarstellung der Geschichte der Slowakei auf 30 Seiten von Samo bis Mečiar. Der Autor verfolgt hier das gleiche Konzept wie in seiner „History of Slovakia“: Der Kampf der Slowaken um nationales Überleben steht im Mittelpunkt – und eine ähnliche Strategie: Strittige Punkte wie das Großmährische Reich und den Slowakischen Staat von 1939–1944 bewertet er ausgesprochen lakonisch. Der folgende enzyklopädische Teil konzentriert sich weitgehend auf Personen und Institutionen. Kurze Artikel geben sparsam Auskunft für einen ersten Überblick.

Das „Lexikón slovenských dejín“<sup>12</sup> erinnert dagegen in seinem Aufbau an den Klassiker „Československé dějiny v datech“. Die recht ausführliche Chronik ist in Kapitel eingeteilt, die einer konventionellen politikgeschichtlichen Periodisierung folgen und jeweils von einem kurzen Text eingeleitet werden. Die zweite Hälfte des Buches besteht aus einem Sach- und Institutionenwörterbuch, das gründlich über Begriffe nicht nur der „slowakischen“ Geschichte im engeren Sinne informiert. Die abschließenden Übersichten über Dynastien und eine Herrscherchronik dürften vor allem Schüler und Studenten begrüßen.

Alle diese Gesamtdarstellungen und Enzyklopädien richten sich offenbar an eine breite Öffentlichkeit; Illustrationen, einfache Sprache und ein Geschichtskonzept, in dem nationales Selbstverständnis oft unmittelbar im Vordergrund steht, machen die Bedeutung dieser Werke für eine Neuorientierung kollektiver Identität deutlich. Hier sei als Nachweis nur der erste Satz eines mediävistischen „Who is who“ zitiert: Heimat, das ist ein warmes, wärmendes Wort, das nach Mutterliebe und sanften Händen duftet, doch in der Kindheit ist sie auch vom zarten Schleier des Geheimnisses verdeckt. [...] Wenn wir den Schlüssel gefunden haben, öffnen wir das Versteck, vielleicht führt es uns zur Entdeckung noch größerer Geheimnisse; so zum Beispiel zur Erkenntnis der Vergangenheit der eigenen Nation.<sup>13</sup>

Eher an ein wissenschaftliches Publikum wenden sich die regelmäßigen bibliographischen Beiträge im „Historický časopis“ sowie das Heft „A Guide to Slovak Historiography“,<sup>14</sup> das einen nützlichen Überblick über die Historiographiegeschichte sowie Adressen und Kurzbibliographien bietet. Ebenfalls in diesen Zusammenhang der Orientierung und methodischen Verortung gehören konzeptionelle Artikel in Zeitschriften, Tagungsdokumentationen und historiographiegeschichtliche Arbeiten. Dabei wird besonders gern Daniel Rapant gewürdigt als Begründer einer professionellen modernen slowakischen Historiographie und Vorbild vieler heutiger Autoren.<sup>15</sup>

<sup>11</sup> Kirschbaum, Stanislav J.: Historical Dictionary of Slovakia. London 1999.

<sup>12</sup> Lexikón Slovenských dejín [Lexikon der slowakischen Geschichte]. Hrsg. v. Dušan Škvárna u.a. Bratislava 1997.

<sup>13</sup> Zrubec, Laco: Osobnosti našej minulosti. Od najstarších čias po 16. storočie [Persönlichkeiten unserer Vergangenheit. Von den ältesten Zeiten bis zum 16. Jahrhundert]. Bratislava 1991.

<sup>14</sup> A Guide to Historiography in Slovakia. Hrsg. v. Elena Mannová und David Paul Daniel. Bratislava 1995. – Als weitere kürzere Bibliographie: Historiografia na Slovensku 1990–1994. Historiography in Slovakia. Výberová bibliografia [Auswahlbiographie]. Bratislava 1995.

<sup>15</sup> z.B.: Haraksim, L'udovít: Historické dielo Daniela Rapanta [Das historische Werk

Ein weiteres „Hilfsmittel“ historiographischer Arbeit wurde zum Kernpunkt umfangreicher und aggressiv geführter Debatten. Der an der Universität von Padua lehrende Milan Ďurica gab 1995 eine chronologisch angelegte „Geschichte der Slowakei und der Slowaken“ heraus, die ausdrücklich als Überblick und Hilfestellung besonders für Schüler und Lehrer gedacht war.<sup>16</sup> Das Buch wurde zu einem solchen Erfolg, daß bald eine zweite Auflage produziert wurde. Während aber Schüler offenbar vor allem die Nützlichkeit des überschaubaren Werkes im Unterricht und bei Prüfungsvorbereitungen zu schätzen wußten, unternahmen Historiker am Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften eine gründliche Analyse der Inhalte von Ďuricas Werk. Kováč und Lipták verfaßten eine an die Schulministerin adressierte Kritik, in der das Buch als für den Unterricht ungeeignet bezeichnet und der Autor wegen nationalistischer, unwissenschaftlicher und teilweise unethischer Darstellung angegriffen wurde.<sup>17</sup> Ďurica reagierte, ebenfalls öffentlich, mit Polemik, nannte seine Kritiker allesamt übriggebliebene Marxisten, bekrittelte Kommafehler in deren Schriften und zog sich in Anbetracht des Vorwurfs tendenziöser Geschichtsschreibung auf die Behauptung zurück, ausschließlich „Fakten“ präsentiert zu haben.<sup>18</sup>

Ďurica ist einer der radikalsten Vertreter einer einseitig nationalistischen Geschichtsschreibung, die sich im Schatten der *Matica Slovenská* zuhause fühlt. Zu den deutlichsten Kennzeichen dieser Haltung gehört die schon erheiternd anmutende, ständig wiederholte These vom slowakischen Charakter des Großmährischen Reiches und einer direkten Kontinuität zwischen diesem und der nationalstaatlichen Gegenwart.<sup>19</sup> Während der Großteil der Historiker den Status des Großmährischen

Daniel Rapants]. *HČ* 45 (1997) 3, 377–387. – Daß diese Traditionsbildung natürlich nicht neu ist, zeigt u.a. ein Blick auf: Mlynárik, Ján: *Vzťah politiky a historiografie* [Die Beziehung von Politik und Historiographie]. In: *VI. zjazd slovenských historikov roku 1968*. *HČ* 38 (1990) 6, 863–868.

<sup>16</sup> Ďurica, Milan S.: *Dejiny Slovenska a Slovákov* [Geschichte der Slowakei und der Slowaken]. Bratislava 1996. (Erstmals 1995 erschienen).

<sup>17</sup> Veröffentlicht in: *Okruhy stôl: Slovensko a fenomén Ďurica* [Der runde Tisch: Die Slowakei und das Phänomen Ďurica]. *Kritika a kontext* 2/3 (1997).

<sup>18</sup> Ďurica, Milan S.: *Priblížiť sa k pravde. Reakcia na Stanovisko historického ústavu Slovenskej akadémie vied k mojej knihe Dejiny Slovenska a Slovákov* [Sich der Wahrheit nähern. Reaktion auf den Standpunkt des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften zu meinem Buch Geschichte der Slowakei und der Slowaken]. Bratislava 1998.

<sup>19</sup> So z. B.: „Die Staatlichkeit der slowakischen Nation ist noch immer ein historischer Wert, den nicht nur viele Angehörige fremder Nationen in Zweifel zu ziehen versuchen, sondern auch ein beträchtlicher Anteil slowakischer Historiker und anderer Gebildeter slowakischer Herkunft, die von fremden Historikern direkt ausgebildet und beeinflusst wurden. Die Hauptursache für diesen Zustand ist die Tatsache, daß die slowakische Nation, ungeachtet dessen, daß sie ihre eigene Staatlichkeit lange vor allen ihren slawischen Nachbarn und vor den turko-ugrofinischen räuberischen Stämmen erreicht hat, aus denen sich erst zu Beginn des zweiten Jahrtausends n. Chr. die ungarische Nation herausgebildet hat, gerade unter dem Druck dieser asiatischen Aggressoren und unter dem germanischen ‚Drang nach Osten‘ für lange Jahrhunderte ihre Staatlichkeit verlor.“ Ders.: *Vznik a trvanie prvého slovenského štátu (Slovenská republika v rokoch 1939–1945)* [Die Entstehung und das Dauern des ersten slowakischen Staates (Die slowakische Republik in den Jahren 1939–1945)]. In: *Slovenská republika (1939–1945)* [Die Slowakische Republik (1939–1945)].

Reiches in Geschichte und Gegenwart eher auf der Wahrnehmungsebene deutet – und so die Bezugnahme der slowakischen Verfassung auf „das historische Erbe des Großmährischen Reiches“ oft problematisierend aufgreift – bewegt sich Ďurica These voll und ganz auf einer unreflektiert faktographischen Ebene.

Erschreckend aber ist Ďuricas Haltung zum Slowakischen Staat 1939–1944, besonders seine Darstellung des Holocaust. Die „Arisierungs“-maßnahmen von 1940 illustriert der Autor mit dem „Faktum“, auf diese Weise habe sich herausgestellt, „welche wirtschaftliche Macht in der Slowakei das Vermögen und die Unternehmen im Eigentum von Juden darstellte“, und läßt beeindruckende Zahlen von einem jährlichen Umsatz von fast anderthalb Milliarden Kronen folgen.<sup>20</sup> Die Arbeitslager, in die man die jüdische Bevölkerung nach ihrer Enteignung, Demütigung und gesellschaftlichen Isolierung verschleppte, werden folgendermaßen beschrieben:

Für die Kinder wurden Schulen eingerichtet, für Jugendliche Lehrwerkstätten. In den Sommerferien konnten die Kinder eine bestimmte Zeit außerhalb des Lagers bei jüdischen Familien verbringen, die in Freiheit lebten. Um die Gesundheit der Mitglieder [sic!] der Lager kümmern sich jüdische Ärzte. Zahnärzte erhielten sogar Gold für Prothesen, was sich damals in der Slowakei der Großteil der Bevölkerung nicht leisten konnte.<sup>21</sup>

Das Schulministerium reagierte entsprechend auf die Argumente der Akademie und entfernte das Machwerk Ďuricas aus dem Unterricht.

Die beiden bei Ďurica so auffälligen Aspekte – die Bedeutung des Großmährischen Reiches und die Bewertung des 1939 gegründeten Slowakischen Staates – bilden schon in der Vergangenheit wichtige Konfliktpunkte wissenschaftlicher, aber auch öffentlicher Debatten. So unterschiedlich sie in vielem auch sein mögen, so geht es doch in beiden Fällen um das Problem nationaler und staatlicher Kontinuität und um die Schaffung von Anknüpfungspunkten in der Geschichte. Die Debatte um die Bezeichnung des frühmittelalterlichen Staatsgebildes als „Großmährisches“ oder aber „Großslowakisches“ Reich und die Frage nach der slowakischen Ethnogenese gehören hierher. Bezüglich des Slowakischen Staates gibt es neben vielen kritischen Untersuchungen auch apologetische Darstellungen, die das verbreitete westliche Bild von der undemokratischen, nationalistischen, kritiklos rückwärtsgewandten Slowakei<sup>22</sup> bestimmen. Die Tatsache beispielsweise, daß der Leser in einem kürzlich erschienenen Sammelband, dessen Herausgeber sich ausdrücklich gegen die „tendenziösen Haltungen“ eines Kováč, Kamenec oder Lipták stellen, die angeblich „absichtlich und zielgerichtet die slowakische emanzipatorische Bewegung [...] diskreditieren“, kein einziges Kapitel zur Judenverfolgung findet, bestätigt die Kritik Jelineks am heutigen Umgang slowakischer Historiker und Publizisten mit der nationalen Vergangenheit.<sup>23</sup> Doch ist in diesem Zusammenhang auch zu sagen, daß

Hrsg. v. Ján B o b á k. Martin 2000, 19–36, hier 19. – Vgl. auch: D e r s.: Kedy sa začínajú dejiny Slovákov? [Wann beginnt die slowakische Geschichte?]. HČ 42 (1994) 2, 299–315.

<sup>20</sup> D e r s.: Dejiny Slovenska 156.

<sup>21</sup> E b e n d a 162.

<sup>22</sup> Vgl. z. B. L a m b e r g, Robert F.: Ein Staat von Hitlers Gnaden. Vergangenheitsaufarbeitung – ein Gebot auch für die Slowakei. Neue Zürcher Zeitung vom 16. Juni 2001.

<sup>23</sup> J e l i n e k, Yeshayahu: Wenn die Vergangenheit zur Gegenwart spricht: Fünf Publikationen über den Holocaust des slowakischen Judentums. BohZ 34 (1993), 314–327.

die Geschichte der Juden in der Slowakei in der neueren Forschung insgesamt keinen so geringen Raum einnimmt. Die Verschleppung und Ermordung wurde als „Tragödie der slowakischen Juden“ verschlagwortet, – ein bequemer Begriff, der sicherlich noch der Diskussion bedarf – Juden spielen in Untersuchungen zu Stadtgeschichte und zur Entwicklung nationaler Identitäten durchaus eine Rolle.<sup>24</sup> Weitere Forschung ist hier auch im Westen sicher ein Desiderat; dies besonders, da das gesamte Gebiet der Tschechoslowakei im Kontext der osteuropaorientierten Antisemitismusforschung merkwürdig blaß und unbehelligt bleibt.<sup>25</sup> Auch wenn der Slowakische Staat zu den wohl am besten erforschten Bereichen der slowakischen Geschichte gehört, so bleibt das Bedürfnis nach neuen, detaillierteren Untersuchungen bestehen. Zur politischen Struktur, zum Problem der Täterprofile, der Kollaboration und des Widerstandes hat in deutscher Sprache Tatjana Tönsmeier einige Studien vorgelegt, die auf ein baldiges Erscheinen ihrer Dissertation hoffen lassen.<sup>26</sup>

Einen weiteren Punkt historischer Selbstverständigung bildet selbstverständlich die Frage nach der Einschätzung des tschecho-slowakischen Verhältnisses. Auffällig ist bereits, wieviele tschechischsprachige Bücher in den Buchläden Bratislavas zu finden sind, während umgekehrt die slowakische Geschichte sowie die neuere slowakische Historiographie in Prag eher stiefmütterlich behandelt werden. Auch hier scheinen sich die Fronten aus slowakischer Perspektive weitgehend beruhigt zu haben, doch noch immer findet man Schriften, in denen die Tschechen geradezu als böartige Fortsetzer der ungarischen Unterdrückung von Slowaken erscheinen. Umgekehrt stehen neben der zwar deutlichen, aber keineswegs polemischen Parteinahme eines Kováč für die tschecho-slowakische Gemeinsamkeit auch politisch-wissenschaftliche Appelle an die wahre, natürliche Einheit beider Nationen. Beispiele bietet der 1998 von einem mit prominenten Namen geschmückten Kollektiv herausgegebene Band „Českoslovenství, středoevropanství, evropanství“, in dem neben antideutschen Tiraden auch polemische tschechoslowakistische Aussagen zu finden sind.<sup>27</sup>

<sup>24</sup> Einige wenige Titel seien hier genannt: Hradská, Katarína: *Deportácie slovenských Židov v rokoch 1944–1945 so zreteľom na transporty do Terezína* [Die Deportation der slowakischen Juden in den Jahren 1944–1945 mit Konzentration auf die Transporte nach Theresienstadt]. *HČ* 45 (1997) 3, 455–471. – Salner, Peter: Die Juden in der bürgerlichen Gesellschaft der Slowakei. In: Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft in der Slowakei 1900–1989. Hrsg. v. Elena Mannová. Bratislava 1997, 153–164. – Natürlich Jelinek, Yeshayahu A.: *Židia na Slovensku v 19. storočí: poznámky k dejinám* [Die Juden in der Slowakei im 19. Jahrhundert: Bemerkungen zu ihrer Geschichte]. *HČ* 41 (1993) 3, 271–283. In den Synthesen hat die „Tragödie“ ihren festen Platz.

<sup>25</sup> Begrüßenswert jetzt: *Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und in der Slowakei*. Hrsg. v. Jörg K. Hoensch, Stanislav Biman und Lubomír Lipták. Essen 1999.

<sup>26</sup> z. B.: Tönsmeier, Tatjana: Die Bedeutung der Slowakei für das Deutsche Reich in den Jahren 1939–1945. *BohZ* 37 (1996), 79–97. – Dies.: Die Einsatzgruppe H in der Slowakei. In: *Finis mundi – Endzeiten und Weltenden im östlichen Europa*. Festschrift für Hans Lemberg zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. Joachim Hösl. Stuttgart 1998, 167–188.

<sup>27</sup> *Českoslovenství, středoevropanství, evropanství. Úvahy, svědectví a fakta k 80. výročí vzniku Československa 1918–1998* [Tschechoslowakentum, Mitteleuropäertum, Europäer-

Für die stets deutliche komparatistische Perspektive, in der die Slowakei besonders von außen betrachtet wird, ist die tschechische Geschichte als Fluchtpunkt entscheidend. Das ständige, oft implizite Vergleichen ist weniger methodisch oder theoretisch begründet als ganz pragmatisch motiviert. Ein Grund liegt sicher in der wissenschaftlichen Ausbildung vieler Autoren, – die Verfasserin eingeschlossen – welche von der historischen Bohemistik aus zur Beschäftigung mit der Slowakei kommen. Doch scheint noch mehr dahinterzustecken: Die slowakische Geschichte ist erst dabei, sich aus dem Kontext einer tschechoslowakischen Vergangenheit zu emanzipieren. So wie die slowakische Nation in einem tschechoslowakischen Staat stets gleichsam als eine *deuxième nation* erschien, haben wir es in der Geschichtsschreibung mit einer *deuxième histoire* zu tun.

Das Verhältnis zu Ungarn bzw. den Magyaren wird explizit kaum noch diskutiert; eine ausdrückliche Wendung gegen den Versuch der „Entungarisierung“ (odhunarizovanie) der slowakischen Geschichte findet sich nur bei Marsina und Čičaj.<sup>28</sup> Es scheint jedoch, als würde diese offene Türen einrennen, ist doch die negative Darstellung der „räuberischen“ Magyaren nur mehr auf wenige stark nationalistische Konzepte beschränkt.

Ein letzter Konfliktpunkt soll noch genannt werden: Die von Richard Marsina aufgeworfene Frage nach der Bezeichnung dessen, was man nun als „eigene“, nationale Geschichte schreiben will. Marsina argumentierte 1990 noch gegen die Konzeption einer „Tschechoslowakischen Geschichte“, denn schließlich gebe es „faktisch“ keine tschechoslowakische Nation. Davon ausgehend kam er zu dem Schluß, die Geschichte der Slowakei und der Slowaken müsse als „Slowakische Geschichte“ konzipiert werden; eine „Geschichte der Slowakei“ sei ein „untergeordneter“ Terminus, weil er sich nicht auf die slowakische Nation als Träger der Geschichte beziehe.<sup>29</sup>

Konsequent trägt die von Marsina mitverfaßte Synthese den Titel „Slovenské dejiny“. Doch bleibt dies die Ausnahme; neben einigen wenigen „Geschichten der Slowakei und der Slowaken“ finden wir weitestgehend nur „Geschichten der Slowakei“. Es scheint, als wolle man so dem Problem der Konzeptualisierung aus dem Wege gehen, ist doch „die Nation“ in der Mehrzahl der Darstellungen ein problematisierter, zumindest historisierter Begriff. Die Frage nach „Trägern“ und „Grundlagen“, eigentlich nach dem jeweiligen Konzept der Geschichtsschreibung, wird nur selten thematisiert.<sup>30</sup> Doch drängt sich die Frage auf, ob eine slowakische Geschichte tatsächlich sinnvoll bei Samo und dem Großmährischen Reich beginnen kann. Ein Territorium scheint ein objektiveres Kriterium zu sein; doch muß man gar nicht so weit gehen, die Frage aufzuwerfen, weshalb denn die Geschichte eines Gebietes – das bis 1918 niemals eine klar abgegrenzte politische oder administrative

---

tum. Erwägungen, Zeugnisse und Fakten zum 80. Jahrestag der Entstehung der Tschechoslowakei 1918–1998]. Brno 1998.

<sup>28</sup> Marsina: Slovenské dejiny 8.

<sup>29</sup> Ders.: Slovenské dejiny (K otázke ich pomenovanie) [Slowakische Geschichte (Zur Frage ihrer Benennung)]. HČ 38 (1990) 5, 625–637.

<sup>30</sup> So von Avenarius, Alexander: Epilogue. The Basic Problems of Slovak History and Historiography. In: A Concise History 307–314.

Einheit war – so unhinterfragbar überzeugend sein soll. Sei es Kirschbaums weitergetragener Hinweis, der Begriff „Slowakei“ sei erst im Jahre 1848 aufgekommen, sei es die These, es gebe einen solchen Terminus bereits seit dem Mittelalter – Feststellungen der Historizität von Territorialbewußtsein gibt es genügend. Und so ist es in unserer noch immer romantisch geprägten Geschichtsschreibung letztlich eine Mischung von Territorium und Nation, welche die Geschichte eines lange für „geschichtslos“ gehaltenen Volkes zu tragen scheint und sie ganz in der Tradition Rapants strukturiert.

Paul Magocsi kritisierte kürzlich in einem Vortrag diese Konzeptualisierung mit dem Hinweis, die „Geschichten der Slowakei“ seien in Wahrheit ausschließlich Geschichten der Slowaken. Und tatsächlich – Juden kommen kaum vor, Magyaren und Deutsche noch seltener, Roma werden vollständig ignoriert. So sehr Magocsis Kritik in dieser Hinsicht also beizupflichten ist, so führt sein Hinweis doch zu einer weiteren Feststellung: Die Geschichten der Slowakei bieten tatsächlich keine Geschichte von Juden, Magyaren oder Roma – sie bieten aber ebensowenig eine Geschichte der Slowaken. Die vorliegenden Synthesen sind vor allem rein politische Geschichten. Insbesondere für das Mittelalter und die Frühe Neuzeit sind die Akteure Herrscher und Staaten; mit dem 19. Jahrhundert kommen einzelne Geistliche und Schriftsteller ins Spiel, die ‚Idee‘ einer slowakischen Nation rückt in den Vordergrund. ‚Die Slowaken‘ aber, Bauern und Bäuerinnen, Tagelöhner und Knechte, Bürger und Intelligenz, finden in solch traditionalistisch organisierten Erzählungen keinen Platz. Dies ist kein besonderes Problem slowakischer Geschichtsschreibung: Alltagsgeschichte setzt sich überall nur langsam durch und ist in große Synthesen nur schwer einzugliedern. Hier aber wird dieses Dilemma besonders deutlich, kann man doch für lange Zeit weder die Geschichte eines slowakischen Staates noch die einer slowakischen Elite erzählen, sondern eben nur die Geschichte von Ereignissen auf slowakischem – bzw. auf heute als slowakisch bezeichnetem – Territorium.

Ob und wie alltagshistorische Perspektiven in Synthesen einfügbar sein können, muß hier dahingestellt bleiben. Auf der Ebene von Monographien, Sammelbänden und Zeitschriftenaufsätzen hat die slowakische Historiographie aber hochinteressante Neuerungen erfahren und Impulse erhalten – von einer traditionsreichen slowakischen Ethnologie, die sich in den letzten Jahren erfreulich fortentwickelt hat. Auch hier stehen der Begriff und das Problem der Identität häufig im Mittelpunkt, doch anders als viele Historiker scheinen die Ethnologen das Nationalbewußtsein und die Nationalstaatlichkeit nicht als Ziel zu betrachten.<sup>31</sup> Ganz im Gegenteil: Multikulturalität ist allgegenwärtig,<sup>32</sup> und teilweise erscheint die Betonung des kon-

<sup>31</sup> *Collective Identities in Central Europe in Modern Times*. Hrsg. v. Moritz Csáky und Elena Mannová. Bratislava 1999.

<sup>32</sup> Vgl. besonders die Arbeiten von Peter Salner. Salner, Peter: *Tolerancia a intolerancia vo veľkých mestách strednej Európy (Model Bratislava)* [Toleranz und Intoleranz in großen Städten Mitteleuropas (Modell Bratislava)]. SN 41 (1993) 1, 3–15. – Ders.: *Taká bola Bratislava. Bratislavčania Bratislavčanom o Bratislave* [So war Bratislava. Bratislavaer den Bratislavaern über Bratislava]. Bratislava 1991. – Luther, Daniel: *Spoločenské konflikty v poprevratovej Bratislave (1919–1924)* [Gesellschaftliche Konflikte in Bratislava nach dem Umbruch]. SN 41 (1993) 1, 16–29.

fliktlosen Nebeneinanders verschiedener Ethnien, Konfessionen und Sprachgemeinschaften, gern modisch mit einem neuen Mitteleuropa-Begriff erfaßt, schon verächtlich positiv gezeichnet. Eine Geschichte von Slowaken, aber auch Juden, Deutschen und Magyaren, wird geschrieben in historisch-ethnographischen Betrachtungen von Städten und Bürgern,<sup>33</sup> in mit anspruchsvollen theoretischen Überlegungen verknüpften Untersuchungen zu Folklore und Folklorismus,<sup>34</sup> in Analysen von Gedächtniskultur und Mythen.<sup>35</sup> Erwähnenswert ist hier ebenso wie die Offenheit zu internationaler Kooperation auch die überwiegende Zweisprachigkeit: Bücher und Aufsatzsammlungen werden oft nicht nur in slowakischer Sprache gedruckt, sondern gleichzeitig oder kurze Zeit später auch auf deutsch oder englisch. Einfaches Druckbild und teilweise eigenwilliges Englisch sind angesichts der Geschwindigkeit der Produktion und der Lebendigkeit der Diskussionen mehr als verzeihlich.

Historiker profitieren ganz offenbar von diesen Impulsen aus der Ethnologie. Die traditionell stark politikhistorisch ausgerichtete Geschichtsschreibung orientiert sich in letzter Zeit langsam am sozial- und kulturhistorischen Desiderat. Dabei ist nicht nur ein selbstbewußtes Erhalten fruchtbarer marxistischer Ansätze zu beobachten, sondern vor allem eine personale und thematische Verbindung zur ethnologischen Forschung. Leider haben die Historiker bisher kaum die begriffliche und methodische Umsicht und Bereitschaft zur Problematisierung übernommen, wie sie die Ethnologen in vielen Fällen zeigen.<sup>36</sup>

Eine wirkliche Forschungslücke und ein konzeptionelles Manko aber bildet die Geschichte der Roma: Selbstverständlich gibt es einige Arbeiten zu ihrer Situation in der Vergangenheit und Gegenwart,<sup>37</sup> doch spielen Roma in Synthesen und Sammelbänden zur „slowakischen“ Geschichte keine Rolle. Außerhalb der heutigen slowakischen Gesellschaft stehen die Roma auch außerhalb der Geschichte, und in das

<sup>33</sup> z. B. Salner: *Taká bola Bratislava*.

<sup>34</sup> *Folklore in the Identification Processes of Society*. Hrsg. v. Gabriela Kiliánová und Eva Krekovičová. Bratislava 1994. – *Folklore, Folklorism and National Identification. The Slovak Cultural Context*. Hrsg. v. Gabriela Kiliánová. Bratislava 1992. – *Identity of Ethnic Groups and Communities. The results of Slovak Ethnological Research*. Hrsg. v. Ders. und Eva Riečanská. Bratislava 2000.

<sup>35</sup> Profantová, Zuzana: *Mentality and historical memory*. SN 47 (1999) 4, 382–389. – *Historická pamäť a identita* [Historische Erinnerung und Identität]. Hrsg. v. Viera Bačová. Košice 1996. Für dieses Thema ist die ethnologische Zeitschrift „Slovenský národopis“ wichtiger als der „eigentlich“ einschlägige „Historický časopis“.

<sup>36</sup> Ein positives Beispiel für sozial- und kulturhistorische Ansätze, jedoch in der Begrifflichkeit oft unsauber, bietet die Bürgertumsforschung: *Städtisches Alltagsleben in Mitteleuropa vom Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts*. Die Referate des Internationalen Symposions in Častá-Píla vom 11.–14. September 1995. Hrsg. v. Viliam Čičaj und Othmar Pickl. Bratislava 1998. – *Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft*. Hrsg. v. Elena Mannová.

<sup>37</sup> z. B. Jurová, Anna: *Vývoj rómskej problematiky na Slovensku po roku 1945* [Die Entwicklung der Roma-Problematik in der Slowakei nach dem Jahre 1945]. In: *Etnické menšiny na Slovensku* [Ethnische Minderheiten in der Slowakei]. Košice 1991, 82–117. – *Slovenskí Rómovia optikou výskumu* [Die slowakischen Roma in der Perspektive der Forschung]. Martin 1995.

nostalgische Bild eines multikulturellen, bunten Mitteleuropa sind sie offenbar auch nicht einzuordnen. Die gesellschaftlichen Konflikte der Gegenwart lassen ihnen keinen Platz auf diesem romantischen „großen abgewetzten Plüschsessel, auf dem die Tschechen, Slowaken, Magyaren, Polen, selbstverständlich auch die Österreicher, Slowenen, Juden, Ruthenen und noch andere einvernehmlich nebeneinander sitzend nach Naphtalin stinken.“<sup>38</sup>

Ebenso wie in anderen Ländern Ostmitteleuropas werden nun auch in der Slowakei ältere, vor 1989 teilweise verbotene Schriften aus den Schubfächern geholt und erstmals oder erneut aufgelegt. Teilweise handelt es sich dabei um eine Variante des neuen Bedürfnisses, sich über – oft in der marxistischen Historiographie verpönte – historische Personen zu identifizieren, diese zu untersuchen und häufig auch zu idealisieren. Die *Matica Slovenská* hat einen Dokumentations- und Essayband mit älteren Texten Bello Pollas zu ihrer eigenen Geschichte vorgelegt.<sup>39</sup> Eine interessante Quelle und auch – was nicht selbstverständlich ist – offen als solche publiziert ist ein Kapitel des 1955 erstmals in den USA erschienenen Werkes von Jozef Lettrich „Dejiny novodobého Slovenska“.<sup>40</sup> Der Titel ist irreführend; hier wurden die für das slowakische Selbstverständnis zentralen Momente der Geschichte zusammengefaßt, und so folgen auf eine Darstellung „Vor den Magyaren“, in der das Ende des Großmährischen Reiches betrauert wird, die Kurzkapitel „Unter den Magyaren“ und „In der Tschechoslowakei“, bevor die Hauptthemen, nämlich Autonomismus vor 1938, Gründung des Slowakischen Staates und der Aufstand des Jahres 1944 ihren Platz finden.

Weniger zur Identifikation als zur kritischen Betrachtung der nationalen Vergangenheit regt Lubomír Liptáks 1968 verfaßtes Buch „Die Slowakei im 20. Jahrhundert“ an, nach stürmischen Debatten nun als Taschenbuch aufgelegt.<sup>41</sup> Ein Essay, keine trockene Darstellung, engagiert, aber nicht polemisch, statt dessen fundiert und klug argumentierend. Mögen einzelne Aussagen auch strittig sein, so ist doch der angenehm undramatische und ausgewogene Grundtenor des Buches unbedingt begrüßenswert.

Die slowakische Geschichte hat im letzten Jahrzehnt ganz offenbar auch außerhalb der Slowakei an Attraktivität gewonnen. Von einem wissenschaftlichen „Boom“ zu sprechen, wäre angesichts der Zurückhaltung einschlägiger Zeitschriften sicher übertrieben, doch scheint die Slowakei als bisher wenig erforschtes Terrain auf viele Autoren einen geradezu exotischen Charme auszustrahlen. Auf diese Weise entstehen neben den klassischen Einzeluntersuchungen eines typischen Orchideenfachs auch synthetisierende und vergleichende Werke. Zwei Aspekte bestimmen

<sup>38</sup> Diese wundervoll ketzerische Beschreibung stammt von: Alner, Juraj: Jánošík und Kafka. *kafka. Zeitschrift für Mitteleuropa* 1 (2001), 48–56, hier 48.

<sup>39</sup> Polla, Bello: *Matica slovenská a národnostná otázka* (K 80. výročiu narodenia autora) [Die *Matica slovenská* und die nationale Frage (zum 80. Geburtstag des Autors)]. Martin 1997.

<sup>40</sup> Lettrich, Jozef: *Dejiny novodobého Slovenska* [Geschichte der neuzeitlichen Slowakei]. Bratislava 1993.

<sup>41</sup> Lipták, Lubomír: *Slovensko v 20. storočí*. Doslov Ivan Kamenec. [Die Slowakei im 20. Jahrhundert. Nachwort von Ivan Kamenec]. Bratislava 2000.

diese Literatur: die starke Emotionalität – ob nun Sympathie oder Abneigung – und die Tendenz zur Aktualisierung. Wenn Historiker in der Slowakei sich bemühen, ein neues Geschichtsbild zu entwerfen, um die eigene Identität zu formen und abzusichern, so sehen es viele Autoren in anderen Ländern offenbar als ihre Aufgabe an, die Slowakei zu „entdecken“ – oft eine Methode, dieser „neuen“ Nation den „Weg nach Europa“ zu ebnet. Dabei werden Maßstäbe, die für andere Themen Gültigkeit besitzen, oft nicht eingehalten: Historische und politische, wissenschaftliche und publizistische Ansätze überschneiden sich, viele, häufig offenbar auch der slowakischen Sprache nicht mächtige Autoren scheuen nicht vor Klischees zurück.

Dabei muß der Leser nicht einmal das Pech haben, über Arbeiten wie das unsägliche Buch Bruno Schiers zu stolpern, in dem kritiklos Schädelmessungen aus den dreißiger Jahren übernommen und zu einer „Strukturanalyse des slowakischen Volkes“ zusammengeflickt werden.<sup>42</sup> Auch der Historiker und „Bestseller-Autor“ Wolfgang Venohr häuft in seiner 1992 erschienenen Monographie alle verfügbaren Klischees auf: „Die Slowakei den Slowaken!“ steht als Parole am Anfang; die Slowaken sind für ihn das unbekannte, mißachtete kleine Volk, das Großmährische Reich war „im Grunde ein ‚Großslowakisches Reich‘“, die ČSR wurde von Prag aus machiavellistisch regiert.<sup>43</sup>

Daß man sich auch im wissenschaftlichen Diskurs mit Schlagworten begnügen kann, zeigen viele Autoren von Robertson-Wensauers „Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch“. Vom Europa der Regionen, vom Weg nach Europa ist die Rede, der Text Ivan Chalupěckýs endet mit den Worten:

Die Slowakei hat sich auf neue Wege begeben. Das ist mit drastischen Opfern der Bevölkerung verbunden. Aber viel schlimmer als die materielle Not, vor der viele Angst haben, ist die kulturelle und geistige Not des *im Grunde genommen sehr guten und ehrlichen Volkes*.<sup>44</sup>

Ob nun besondere Sympathie oder harsche Kritik: Die Beschäftigung mit der slowakischen Geschichte scheint Wertungen besonders herauszufordern. So dekonstruiert Peter Zajac in seinem Aufsatz über „Slowakische Mythen“ den von ihm so genannten „Ethnonationalismus des 19. Jahrhunderts“, den man heute in der Slowakei – anders als beispielsweise in Tschechien – „aus der Mottenkiste“ hole, in einer an Gellner erinnernden Art – aber ohne dessen erfrischende Ironie und analytische Schärfe. Bemerkenswert erscheint dann die Feststellung, „*der heutige normale Slowake* [brauche] für seine Selbstbestätigung – weder der eigenen, persönlichen noch seiner nationalen Existenz – keinerlei Mythen.“<sup>45</sup>

<sup>42</sup> Schier, Bruno: West und Ost in den Volkskulturen Mitteleuropas. Landes- und volkskundliche Studien zur Kulturmorphologie der deutsch-slavischen Kontaktzone für die Zeit vor und zwischen den Weltkriegen. Marburg 1989.

<sup>43</sup> Venohr, Wolfgang: Aufstand der Slowaken: Der Freiheitskampf von 1944. Frankfurt/M. 1992.

<sup>44</sup> Chalupěcký, Ivan: Geschichte und Identität: Zum Umgang mit dem kulturellen Erbe in der Slowakei. In: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. Nation – Kultur – Wirtschaft. Hrsg. v. Caroline Y. Robertson-Wensauer. Baden-Baden 1999, 109–115, hier 115. (Hervorhebung, M. W.).

<sup>45</sup> Zajac, Peter: Slowakische Mythen am Ausgang des 20. Jahrhunderts. In: Geschichtliche Mythen in den Literaturen und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas. Hrsg. v. Eva

Einen konventionellen, aber sicher nützlichen ersten Überblick bietet die Synthese „Slowakei“ von Roland Schönfeld.<sup>46</sup> Doch stehen auch hier die Konzentration auf ausschließlich deutsche und englische Literatur, die stark sympathisierende Haltung des Autors, Verallgemeinerungen und daraus erwachsende Widersprüche in auffälligem Gegensatz zu dem scheinbar wissenschaftlichen Anspruch.

Einige Autoren führen die Tradition der Erforschung slowakischer Geschichte ohne den ständigen Blick auf die heutige politische Situation fort, an dieser Stelle seien nur Peter Brock, Yeshayahu Jelinek, Jörg K. Hoensch und Owen V. Johnson genannt. So ist die Herausgabe verschiedener Aufsätze Hoenschs unter dem Titel „Studia Slovaca“ sicher zu begrüßen.<sup>47</sup> Ob allerdings der erste Satz eines solchen Buches unbedingt in der vom Autor gern wiederholten Aussage „Die Slowaken [...] waren keine staatsbildende Nation“ bestehen muß, mag bezweifelt werden. Zu sehr scheint hier die alte Unterscheidung zwischen Staats- und Kulturnationen, ja letztlich zwischen historischen und nichthistorischen Nationen durch.

Das Verfassen von Synthesen ist für die orientierende Selbst- und Fremddarstellung der Slowakei offenbar notwendig. Autoren aber, die weniger an Identitäts-, bildung<sup>c</sup> als an ihrer Erforschung interessiert sind, vermeiden oft die langfristige angelegte Darstellung und setzen bewußt Schnitte in chronologischer und thematischer Hinsicht. So wird zwar der schnelle Einblick in die Geschichte aufgegeben; die gewonnenen differenzierten Analysen sind zweifellos schwieriger zu rezipieren, doch findet sich der wissenschaftliche Anspruch hier nicht nur im Klappentext wieder. Neben einigen Aufsätzen sind hier vor allem zwei Werke skandinavischer Autoren zu nennen: Ismo Nurmi<sup>48</sup> hat ein Buch über die Zeit zwischen 1918 und 1920 verfaßt, in dem die Offenheit der Situation nach dem Weltkrieg deutlich wird: nationale Identität nicht als scheinbar naturgegebenes Ziel, sondern als Feld konkurrierender Angebote und sich entwickelnder Öffentlichkeiten. Die traditionelle These von einer „unfertigen“ slowakischen Gesellschaft mit einer zahlenmäßig kleinen Intelligenz wird mit der Untersuchung von politischen Aktionen und sozialen Unruhen als Massenbewegung konfrontiert. Ob diese Darstellung öffentlicher Diskurse den Slowaken – und hier geht es tatsächlich um ‚die Slowaken‘, um das ‚einfache Volk‘ – zuviel ‚Reife‘ bescheinigt, mag dahingestellt bleiben. In jedem Fall haben wir es hier mit einem differenziert konzipierten, anregenden und weitgehend überzeugenden Buch zu tun.

Ebenso Elisabeth Bakke: Ihre Dissertation<sup>49</sup> über die Frage, ob die Tschechoslowakei „zum Scheitern verurteilt“ war, enthält sich billiger Parteinahmen und analysiert klug Ideen wie Realitäten des Tschechoslowakismus. Sie weist den ethno-

Behring, Ludwig Richter und Wolfgang Schwarz. Stuttgart 1999, 325–336, hier 331. (Hervorhebung M. W.).

<sup>46</sup> Schönfeld, Roland: Slowakei. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2000.

<sup>47</sup> Hoensch, Jörg K.: Studia Slovaca. Studien zur Geschichte der Slowaken und der Slowakei. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag. Hrsg. v. Hans Lemberg u. a. München 2000.

<sup>48</sup> Nurmi, Ismo: Slovakia – A Playground for Nationalism and National Identity, 1918–1920. Manifestations of the National Identity of Slovaks. Helsinki 1999.

<sup>49</sup> Bakke, Elisabeth: Doomed to Failure? The Czechoslovak Nation Project and the Slovak Autonomist Reaction 1918–38. Oslo 1999.

kulturellen Charakter der drei zur Verfügung stehenden Identitätsangebote – slowakisch, tschechisch und tschechoslowakisch – nach und zeigt deren Inkompatibilität. Und während die infrastrukturellen Voraussetzungen der slowakischen „Tschechoslowakisten“ unvergleichlich besser waren als diejenigen der Autonomisten, profitierten diese von der Struktur des Konfliktes, da sie symbolische und praktische Forderungen, konfessionelle, kulturelle, ökonomische und politische Aspekte publikumswirksam miteinander vereinen konnten. Die Titelfrage wird nicht eindeutig bejaht, doch wird die Rede von der ‚Konstruktion‘ problematisiert. Die Vorstellung von der ‚Aushandlung‘ von Identitäten aber erhält eine empirische Unterfütterung, welche die Grenzen der ‚Erfindung‘ von Nationen überzeugend auslotet.

Solche Schriften zeigen, welches Potential in der Beschäftigung mit slowakischer Geschichte steckt: Denn ebenso wie die Slowakei sich offenbar als Beispiel für den Siegeszug des nationalen Bewußtseins eignet, bietet sich auch eine Betrachtung an, welche Offenheit der historischen Entwicklung zuläßt. Wie so oft, muß man sich nur entscheiden, welche Geschichte man erzählen möchte. Möglicherweise realitätsnäher, sicherlich aber interessanter, ist eine Geschichte der Mannigfaltigkeit und der Widersprüche, der Multiethnizität und der vielfältigen Entscheidungssituationen, des Kampfes gegen Unterdrückung und der Kompromittierung durch die Verfolgung anderer. Es scheint, als stünden für das Schreiben einer slowakischen Geschichte noch viele Wege offen. Wir kennen die Bilder vom Opfer und vom Täter, von der staatslosen Nation und vom bedeutsamen Kulturträger. Viele slowakische und wenige nichtslowakische Wissenschaftler gehen diesen Klischees aus dem Weg und eröffnen – oft durch interdisziplinäre Ansätze – neue Perspektiven.

## SOZIALGESCHICHTE DER BÖHMISCHEN LÄNDER IM 18., 19. UND 20. JAHRHUNDERT

Das Forschungszentrum historische Soziologie in Kutná Hora (Kuttenberg), CLEO, veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karls-Universität und dem Schlesischen Institut SZM (Opava/Troppau) am 10. und 11. Oktober 2000 in den Räumlichkeiten der Prager Karls-Universität eine Konferenz zur Sozialgeschichte der böhmischen Länder. Das große Interesse, das diese Veranstaltung weckte, überraschte die Organisatoren angenehm – zumal unter den Teilnehmern auch viele ganz junge Wissenschaftler waren.

Nach der Eröffnung der Tagung durch Zdeněk Kárník (Prag) folgte der erste thematische Block, der allgemeinen methodologischen und theoretischen Fragen gewidmet war. Thomas Weiser (Köln, Detmold) regte an, sich in der tschechischen Sozialgeschichtsforschung an den Methoden der Bielefelder Schule zu orientieren. Im Referat von Jiří Matějček und Jana Macháčová (CLEO Kutná Hora, SZM) wurde dann eine Methode zur Erforschung der sozialen Entwicklung vorgestellt, die ihre Wurzeln in der historischen Soziologie hat. Daran anschließend konfrontierte Jiří Štaif (Prag) am Beispiel des vormärzlichen Böhmen die Forderungen der Postmoderne mit der Analyse konkreter Materialien und gelangte zu dem Schluß, daß Sozialgeschichte nicht um den Begriff der Sozialstruktur umhinkommt.

In den folgenden Beiträgen ging es um Teilfragen der Sozialforschung: Pavla Vošahlíková (Prag) beschäftigte sich mit der Mentalitätsforschung, die sich zu einem relativ selbstständigen Teil der Sozialgeschichte entwickelt. Ludmila Nesládková (Ostrava/Ostrau) informierte über ihre Forschungen zur sozialen Stratifikation der mährischen Juden. Rudolf Žáček (Opava) trug ein Referat vor, das er gemeinsam mit Irena Korbelařová vorbereitet hatte. Žáček und Korbelařová verfolgten die soziale Mobilität des Adels in der Teschener Region. Jiří Kořalka (Prag) fragte nach den Möglichkeiten, den Mentalitätswandel bei der Formierung der Arbeiterschaft zu untersuchen und entschied sich für die Methode der historischen Begriffsentwicklung.

In der folgenden Diskussion wurden vor allem die Thesen aus dem Referat von Weiser debattiert. Die Diskussionsteilnehmer bezeichneten die Bielefelder Schule als bereits überholt und machten auf neue Forschungsrichtungen aufmerksam. Die Organisatoren nahmen die Anregung auf und schlugen vor, im kommenden Jahr eine Konferenz allein zu methodologischen Fragen zu veranstalten.

Der nächste Referatblock stand unter dem Thema soziale Stratifikation und Mobilität. Ludmila Fialová (Prag) präsentierte den Stand der demographischen Forschung für das 19. Jahrhundert. Sie wies auf international koordinierte Projekte hin, machte aber auch auf „weiße Flecken“ aufmerksam. Jan Havránek vom Archiv der Karls-Universität (Prag) ging der Frage nach, welche soziale Funktion der In-

telligenz im sogenannten „langen“ 19. Jahrhundert zukam. Zdeněk Kárník charakterisierte die Veränderungen des Prestiges und des Lebensstiles des Adels in der Zwischenkriegszeit anhand dessen Beziehungen zur neu entstandenen Republik und den Folgeerscheinungen der Bodenreform. Jana Čechurová (Prag) verfolgte am Beispiel zweier Generationen die soziale Struktur der in sich geschlossenen Freimaurergesellschaft, wobei sie eindeutig feststellen konnte, daß Intellektuelle in der Leitung der Loge dominierten und die gesamte Organisation einen stark elitären Charakter hatte.

Im nächsten Beitrag machte Jaroslav Čechura vom Archiv des Nationalmuseums (Prag) auf den Widerwillen der tschechischen Historiker aufmerksam, Innovationen aufzunehmen, und konzentrierte sich dann auf die Mikrohistorie. Die Potentiale, die diese Forschungsrichtung mit sich bringt, verdeutlichte er am Beispiel des Bauernaufstandes von 1680. Zdenka Stoklásková (Brno/Brünn) erläuterte die Praxis der Gesetzgebung für Ausländer um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert, zu einer Zeit also, in der das Heimatrecht entscheidend für die Bezeichnung „Ausländer“ war. Josef Grulich (České Budějovice/Budweis) verfolgte auf Grund von Einzeluntersuchungen die Migration, die mit den Besitzveränderungen für die Zeit von 1640 bis 1690 und 1740 bis 1790 verbunden waren. Marcela Lněničková (Prag) spezialisierte sich auf eine Gruppe von Glasarbeitern, die sich nicht dem allgemeinen Trend zur Migration beugte. Alice Velková (Prag) wertete Material von der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert aus, das Informationen über die soziale Absicherung der Menschen im Alter gibt. Während bei den Bauern die Besitznachfolger für die Versorgung der Alten verantwortlich waren, hatten bei den Häuslern die Töchter einen großen Anteil an der Pflege. Bei den ärmsten Schichten oblag diese Pflicht stets der ganzen Familie, auch der entfernteren. Erst wenn diese ausfiel, sprangen in beschränktem Umfang die obrigkeitlichen Spitäler ein.

Auch in den nächsten Beiträgen galt die Aufmerksamkeit einzelnen – kleineren wie größeren – sozialen Gruppen. Radka Chramostová, die am Bezirksmuseum Kutná Hora (Kuttenberg) beschäftigt ist, stellte in ihrem Referat eine bürgerliche Unternehmerfamilie im Verlauf dreier Generationen vor. Aleš Stejskal vom Kreisarchiv Třeboň (Wittingau) verfolgte die Investitionen, die für die kulturellen Bedürfnisse der Obrigkeit aufgebracht wurden. Tomáš Jiránek (Pardubice/Pardubitz) charakterisierte die Angestellten der Handels- und Gewerbebekammern. Er schilderte, unter welchen Bedingungen eine Beamtenkarriere möglich war, mit der ein höheres Einkommen und folglich auch höheres Prestige verbunden war. Marie Macková (Ústí nad Orlicí/Wildenschwert) fragte nach dem Prozeß der Identitätsfindung bei den österreichischen Staatsbeamten nach dem Entstehen des Nationalstaates im Jahre 1918. Im nächsten Beitrag, der von Michaela Míchalová von der Handelsakademie Mladá Boleslav (Jungbunzlau) kam, ging es um die Beschäftigten der Firma Schicht in Ústí nad Labem (Aussig), ihre Bildungsstruktur, Sprachkenntnisse, die Bezahlung, die sie erhielten und die Gründe, die sie zu einer Kündigung bewogen.

Der Geschichte der Frauen war am zweiten Tag eine ganze Sektion gewidmet. Hier befaßte sich Milena Lenderová (České Budějovice, Pardubice) mit dem Eintritt der Frauen – und vor allem der gebildeten – in die bezahlte Berufsarbeit. Für diesen

Schritt war Emanzipationsstreben ebenso ein Grund wie ökonomische Zwänge. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Frauenfrage zur sozialen Frage, aber die traditionelle Rolle der Hausfrau und der gebildeten Mutter (die notwendig war für die Erziehung der künftigen guten Patrioten) schwand in den Verhaltensmuster nur langsam. Martina Vlková von der Fachbildungsstelle Čáslav analysierte die Materialien der weiblichen Beamtenschaft bei der Firma Schicht. Jana Burešová (Olomouc/Olmütz) konzentrierte sich auf die gesellschaftlich-politische Aktivität der Frauen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, und zwar auf der Basis von Einzeluntersuchungen über Frauenvereine und katholische Vereinen im tschechischen Milieu in Mähren. Sie kam zu dem Ergebnis, daß die Mitglieder der Frauenvereine vor allem aus der Mittelschicht kamen, sich selbst als unpolitisch begriffen und öffentlich aktiv werden wollten. Im Gegensatz dazu bezogen die katholischen Vereine ihre Mitglieder aus den unteren sozialen Schichten, ihre Mitglieder waren bestrebt, sich in das politische Geschehen einzumischen.

Der nächste thematische Abschnitt galt der Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterorganisationsen. Jiří Pokorný vom Gewerkschaftsarchiv (Prag) zeigte die Entwicklung der Gewerkschaften als Kampforganisationen für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter. Er wies auf die große Zahl gewerkschaftlicher Organisationen in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit hin und umriß den Inhalt ihrer Forderungen. Bohumír Smutný (Brno/Brünn) beschäftigte sich mit ausländischen Arbeitskräften in der Zeit des Merkantilismus, als der Staat die Auswanderung von Fachleuten verbot und die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland nachdrücklich unterstützte. Daran anschließend informierte Jana Brabenčová (Prag) über ihre Forschungen zum tschechischen Fachhandwerkschulwesen im 19. Jahrhundert. Abschließend schilderte Ondřej Felcman (Hradec Králové/Königrätz) die Geschichte der Sozialprogramme, die in den reformsozialistischen Jahren 1967 und 1968 entwickelt worden waren.

Die letzte Sektion war thematisch ziemlich heterogen. Eingangs verglich Jana Englová (Ústí nad Labem) die Sozialpolitik dreier großer Unternehmen aus verschiedenen Branchen. Dabei macht sie auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die die Bearbeitung ihrer Quellen – der Arbeiterpresse aber auch von Publikationen der Firmen – mit sich bringt. Sie kam zu dem Ergebnis, daß in den von ihr untersuchten Betrieben die Gesetznormen (Renten- und Krankenkassen, Wohnungsbau, kulturelles Angebot) deutlich übererfüllt wurden und deutete dies als Versuch der Unternehmen, sich die Loyalität ihrer Arbeiter und Angestellten zu sichern. Dann präsentierte Radka Slabáková (Olomouc) ihre These, daß sich im adeligen Milieu die alten Familienverhaltensmuster erhielten, während sich die Identität der Familie im bürgerlichen Milieu in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark wandelte. Václav Průcha (Prag) sprach über das Problem der Arbeitskräfte in der Zeit zwischen 1945 und 1949. Er stellte fest, daß die qualifizierten Arbeiter in der Kriegszeit eine Degradierung erfahren hatten, und erwähnte den Mangel an Arbeitskräften infolge der Vertreibung der Deutschen. Die an sich bereits schwierige Lage, so Průcha, habe sich durch die ungünstige Altersstruktur der Arbeiterschaft und eine unausgeglichenen Branchenzusammensetzung noch verschärft. Daran anknüpfend trug Jan Měchýř (Prag) seine Erwägungen über die strukturellen Ähnlichkeiten der Situation

nach dem Februar 1948 und dem November 1989 vor. Als wichtigsten Grund für diese Ähnlichkeit bezeichnete er die Veränderung der Besitzverhältnisse: Nach dem Februar handelte es sich um die Liquidierung jeglichen Privateigentums, nach dem November ging es darum, durch die Privatisierungen die ökonomische Macht des kommunistischen Staates zu brechen. In beiden Fällen zählte also nicht die Rentabilität der Betriebe, sondern politisches Interesse.

Die Veranstalter hoben abschließend noch einmal hervor, daß die Tagung ein Arbeitstreffen war, das vor allem das Ziel haben sollte, über die Themen zu informieren, die gegenwärtig erforscht werden. Die lebhafteste Diskussion bewies, daß dieser Ansatz richtig war und dokumentierte das große Interesse der tschechischen Historikerschaft an sozialgeschichtlicher Forschung. Die vorgestellten Projekte zeigen darüber hinaus, daß sich das Fach Sozialgeschichte in der tschechischen historischen Forschung bereits fest etabliert hat.

Die Konferenzbeiträge erscheinen als sechster Band der „Studie k sociálním dějinám“ (Studien zur Sozialgeschichte). Im kommenden Jahr wird – wie auf der Konferenz beschlossen – eine Tagung stattfinden, die Fragen der Methode und Theorie der Sozialgeschichte gewidmet sein wird.

Opava

Jana Macháčová/Jiří Matějček

## DER XII. KONGRESS DER SLOWAKISCHEN HISTORISCHEN GESELLSCHAFT

Vom 24. bis 26. April 2001 fand im Kongreßzentrum der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Smolenice der bereits 12. Kongreß der Slowakischen Historischen Gesellschaft (*Slovenská historická spoločnosť*) statt. Die Slowakische Historische Gesellschaft ist die einzige professionelle Organisation in der Slowakei, die Historiker, Archivare, Museumswissenschaftler und Geschichtslehrer vereinigt. Sie ist organisatorisch an der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (*Slovenská akadémia vied, SAV*) angesiedelt. Die Slowakische Historische Gesellschaft blieb auch nach dem November 1989 als gemeinsame Organisation erhalten und ist daher der geeignete Rahmen für Diskussionen innerhalb der Historikerschaft. Ihre Kongresse finden regelmäßig alle fünf Jahre statt, und zwar in Anlehnung an den Weltkongreß der Historiker.

Der zwölfte Kongreß der slowakischen Historiker stand unter dem zentralen Thema: „Die slowakische Historiographie an der Jahrtausendwende“. Dieses Thema ist unbestritten von zentraler Bedeutung für solch ein Forum und hat gleichzeitig auch eine innere Dramatik. Der Kongreß selbst war allerdings keineswegs dramatisch, obwohl sich zeigte, daß es – ähnlich wie auf dem 8. Kongreß der Tschechischen Historiker – auch beim Treffen der Slowaken zu einem freieren Meinungsaustausch kommen würde als zuvor. Die Organisatoren der Veranstaltung hatten sich dazu entschlossen, völlig auf thematische Vorgaben und Beschränkungen für das Programm zu verzichten und sämtliche vorgeschlagenen Beiträge angenommen. Diese

wurden lediglich in zwei chronologische Sektionen eingeteilt: in die ältere Geschichte und die Moderne Geschichte plus Zeitgeschichte. Beide Sektionen wurden im offenen Plenum durchgeführt, wobei sich allerdings zeigte, daß diese liberale Form nicht wirklich ideal war. Wie zu erwarten gewesen war, faßte jeder das Motto des Kongresses anders auf. Folglich bezogen sich die einzelnen Beiträge nicht aufeinander, was letztlich der Diskussion schadete, für die übrigens auch viel zu wenig Zeit war. In der ersten Sektion wurden 14 vorbereitete Referate vorgetragen, in der zweiten 20. In vielen Fällen handelte es sich dabei um informative Beiträge, die in schriftlicher Form durchaus packend sein könnten, zur Diskussion aber nur wenig geeignet waren.

Kritische Stimmen wurden eher unter den Teilnehmern aus der mittleren und älteren Generation laut. Roman Holec, Dušan Kováč und Ivan Kamenec äußerten sich unzufrieden über den Zustand der Unbeweglichkeit, in der sich die Slowakische Historische Gesellschaft befindet, und der sich nicht zuletzt auch an der Organisation des Kongresses äußerte. In ihren Beiträgen kritisierten sie die unzureichende methodologische Beschlagenheit der professionellen Historiker, die auch mit den Problemen der Lehre in den Hochschulen zusammenhängt. Sie konstatierten zudem eine viel zu geringe Selbstreflexion im Fach und dessen allzu geringen Beitrag zum historischen Bewußtsein der Gesellschaft. Das ist allerdings ein Problem, das nicht allein bei den Historikern liegt, sondern sich als gesamtgesellschaftlich bezeichnen läßt und auf keinen Fall allein für die Slowakei spezifisch ist.

Da für das wissenschaftliche Programm nur ein Tag vorgesehen war, die restliche Zeit des Kongresses organisatorischen Fragen und der Hauptversammlung der Historischen Gesellschaft vorbehalten war, blieb für die oben skizzierten Fragen keine Zeit. Sie blieben als unbeantworteter Appell im Raum stehen.

Der Kongreß hatte auch die Aufgabe, den neuen Ausschuß der Historischen Gesellschaft zu wählen – der sich allerdings vom vorhergehenden nicht wesentlich unterscheidet. Viliam Čičaj wurde für eine weitere Amtszeit zum Vorsitzenden ernannt.

Im großen und ganzen erfüllte der Kongreß die hohen Erwartungen, die an ihn geknüpft gewesen waren, nicht. Ein kritischer Rückblick und ein kritisches Nachdenken über die slowakische Historiographie während der letzten zehn Jahre blieben aus. Es steht außer Zweifel, daß die slowakische Geschichtswissenschaft in diesem vergangenen Jahrzehnt viel dafür getan hat, die Erkenntnisse über die slowakische wie die mitteleuropäische Geschichte voranzubringen. Es ist ihr gelungen, die internationale Isolation zu durchbrechen, in der sie sich lange befand und sie hat sich zu zahlreichen neuen Themen vorgewagt, die in kommunistischer Zeit ein Tabu waren: die Verbrechen des Kommunismus, die Kirchengeschichte, die Alltagsgeschichte. Darüber hinaus gelang es ihr, einen neuen, anders und innerlich differenzierteren Blick auf die Nationalgeschichte durchzusetzen. Und es konnten viele interessante und anregende Arbeiten erscheinen. Eine gründliche Analyse und Selbstreflexion der Entwicklung der Historiographie unter den Bedingungen freien Forschens steht indessen noch aus. Zudem ist sicher, daß diese Analyse des letzten Jahrzehnts nicht ohne Einbeziehung der vorausgehenden vierzigjährigen Phase auskommen kann, in denen unter den Bedingungen eines totalitären Regimes gearbeitet und geforscht wurde.

Es scheint, daß die slowakische Geschichtswissenschaft beide Aufgaben in der kommenden Zeit erfüllen muß. Einige Historiker äußerten sich auch in dem Sinne, daß man mit dem nächsten Kongreß nicht weitere fünf Jahre warten, sondern einen außerordentlichen Kongreß vorbereiten sollte, oder sich all den drängenden Fragen in der Form mehrerer, gut organisierter, auf ein Thema beschränkter Diskussionen stellen sollte.

Bratislava

Dušan Kováč

### „TRIPOLIS PRAGA“: DIE PRAGER MODERNE DEUTSCH – JÜDISCH – TSCHECHISCH

Unter diesem Titel veranstaltete das Mitteleuropa Zentrum für Staats-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften (MeZ) der TU Dresden in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Neuere deutsche Literatur an der TU Dresden vom 24. bis 26. Mai 2001 eine internationale Fachtagung mit Gästen aus Deutschland, der Tschechischen Republik, Frankreich und den USA. Dieser Tagung vorausgegangen war die Arbeit an einer umfangreichen zweisprachigen Wanderausstellung zu demselben Thema, die am 18. Mai im Lichthof des Dresdner Rathauses eröffnet wurde, inzwischen auch in Liberec (Reichenberg) zu sehen war und deren nächste Station Berlin sein wird.

Die Tagung selbst fragte in erster Linie nach den Bedingungen, die das Entstehen einer literarischen Moderne um 1900 in Prag ermöglichten, und nach den spezifischen Zügen dieser „Prager Moderne“. Dabei wurde der Topos von der Dreivölkerstadt Prag auf seine Tragfähigkeit als Netzwerk künstlerischen Austauschs zwischen Deutschen, Juden und Tschechen geprüft. Nach der Begrüßung durch die Veranstalter Walter Schmitz und Ludger Udolph (beide Dresden) wurde das Programm am Abend des Himmelfahrtstages durch den Schriftsteller Burkhard Spinnen (Münster) eröffnet, der über gelebte Mehrsprachigkeit und moderne Literatur sprach und bezüglich der Arbeit eines Schriftstellers einen interessanten Bogen von den nationalen Wirren der Jahrhundertwende zur Stimmenvielfalt der Postmoderne schlug. Jürgen Lehmann (Erlangen) vertiefte dann diese Aspekte in seinem außerordentlich dichten und elaborierten Vortrag über die Gestalt des *Flaneurs* im literarischen Prag.

Am Freitag lieferte Jiří Pešek (Prag) zunächst die historischen Fakten zu Prags Status als Metropole um 1900, die von Walter Schmitz (Dresden) in seinem Vortrag über die kulturelle Diversität und inszenierte Wirklichkeit einer mitteleuropäischen Stadt noch um ihre geistesgeschichtliche Komponente ergänzt wurden. Hanne Knickmann (Marbach/N.) wies detailliert nach, wie der Kulturtransfer zwischen Prag und Leipzig funktionierte und welche Beziehungen Prager Autoren zu den dortigen Promotoren der expressionistischen Bewegung Kurt Wolff und Kurt Pinthus unterhielten; Katja Froelich (Dresden) vergegenwärtigte feinfühlig die Stadterfahrung und -imagination des jungen René Maria Rilke. Ingeborg Fiala-Fürst (Olomouc/Olmütz) präsentierte einen Fundus an Wissen über jüdische Identitäten im multikulturellen Prag um 1900, und Christine Ivanović (Erlangen) analysierte

den Mythos von Prag in bezug auf die jeweiligen politischen Machtverhältnisse in der Stadt an der Moldau. Susanne Fritz (Dresden) verfolgte schließlich Paul Leppins Entwicklung vom *Décadent* zum Chronisten des alten Prag.

Der Samstag, der überwiegend im Zeichen Franz Kafkas stehen sollte, wurde von Maurice Godé (Heidelberg, Paris) mit einem Beitrag zu Max Brod und der Prager Moderne eröffnet, auf den Helmut Mottel (Dresden) mit einer ambitionierten diskursanalytischen Untersuchung zu den Aspekten des Sprachraums und der Familiarität bei Kafka folgte. Klaus Schenk (Prag) widmete sich fundiert den Spuren des Fremden und der Problematik kultureller Differenz bei Kafka, und Michael Braun (Köln) stellte Überlegungen zu Kafkas Fragmentarik als einer Leitform der Moderne an. Scott Spector (Detroit) führte dem Auditorium zugleich lebhaft und ironisch die interkulturelle Begegnung zwischen Franz Kafka und Milena Jesenská in ihrem leidenschaftlichen Briefwechsel vor Augen; Filip Charvát (Prag, Berlin) wagte den deutsch-tschechischen Literaturvergleich zwischen Kafka und Richard Weiner. Heidemarie Oehm (Berlin) zeichnete minutiös den mythischen und kabbalistischen Gehalt von Gustav Meyrinks Prag-Darstellungen nach, und Alexander Wöll (Regensburg) beanspruchte für die Grenzgänger des Subjekts Jiří Karásek ze Lvovic und Jakub Deml eine positive, dem Leben und göttlichen Kräften zugetane Spielart der literarischen *Décadence*. Die Tagung schloß dann mit einer Besichtigung der eingangs erwähnten Ausstellung im Rathaus und klang schließlich bei einem gemeinsamen Abendessen aus.

Die Beteiligung an den Diskussionen war durchweg rege und lebendig; viele wichtige Aspekte wurden aus verschiedenen Blickwinkeln angerissen und konnten gleich fruchtbar weiterentwickelt werden. Bei der Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (bedauerlicherweise mußten einige Koryphäen wie Kurt Krolop oder Jürgen Born absagen) hielten sich etablierte Forschende und der Nachwuchs die Waage, so daß auch in dieser Hinsicht ein anregender Querschnitt durch verschiedene Fragestellungen und Methoden gewährleistet war. Insgesamt zeigten sich die Organisatoren zufrieden, die Resonanz bei den Gästen war positiv, und die Tagung zeichnete sich durch ein Klima debattierfreudiger Offenheit aus, wie es auch in den Prager Künstlerkreisen um 1900 geherrscht haben mag.

Dresden

Susanne Fritz

## OSTMITTELEUROPÄISCHE KUNSTHISTORIOGRAPHIEN UND DER NATIONALE DISKURS

Tagung des Kunstgeschichtlichen Seminars der Humboldt-Universität zu Berlin und des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Leipzig

In der deutschsprachigen Kunstgeschichte ist die kritische Reflexion der eigenen Historiographie ihrer Geschichte und ihrer Methoden heute noch nicht annähernd

Rainer Hauss herr und von Heinrich Dilly zum Grundbestand der Fachliteratur. Durch die

Gebundenheit der Kunstgeschichtsschreibung – ihrer Themenwahl, ihrer Erkenntnisinteressen, ihrer Methoden – an ‚Zeitgeist‘-Strömungen, an politische Bedingungen und Interessen oder an Zwänge von Identitätsstiftung und Abgrenzung mit der wünschenswerten Selbstverständlichkeit in der Disziplin zu verankern. Das gilt für die Geschichte des Faches ebenso wie für seine Gegenwart. Nach wie vor ist die Auffassung verbreitet, daß Kunst innerhalb ihres jeweiligen historischen Kontextes in hohem Grade ‚autonom‘ sein könne und infolgedessen die Kunstgeschichte grundsätzlich universal und apolitisch sei oder zumindest ohne weiteres imstande, sich über außerwissenschaftliche, insbesondere politische Bedingtheit zu erheben. Schon deshalb war die Tagung, die vom 28. bis 30. Juni 2001 in der Berliner Humboldt-Universität stattfand, – zumal mit ihrem diachron wie synchron vergleichenden Ansatz – eine Pionierleistung, und die geplante Publikation wird ein wichtiges methodenkritisches Referenzwerk darstellen.

In der Kunstgeschichte Ostmitteleuropas ist dieses Problem nur um so virulenter, und zwar obwohl die Kompetenz für diesen Bereich – dessen Denkmälerbestand der westeuropäischen Wissenschaft aus offensichtlichen Gründen noch bis vor kurzem kaum bekannt war –, einschließlich der dazugehörigen Sprachkompetenzen inzwischen wohl weiter verbreitet ist als etwa die für den iberischen. Paradoxerweise könnte gerade darin der Kern des Problems liegen. So erfordert die unvermeidliche Rezeption von Produkten der ‚Ostforschung‘ ein Mindestmaß an spezifischer zeitgeschichtlicher Kompetenz, an der es außerhalb der Geschichtswissenschaften oft mangelt. Zudem sind in der deutschsprachigen Kunstgeschichte – vor allem in den Organisationsstrukturen ihrer Förderung – auch heute noch Nachwirkungen des Bestrebens zu beobachten, der ‚Tradition deutscher Kultur‘ im östlichen Teil Europas – bis ins Mittelalter zurück – ‚zu ihrem Recht zu verhelfen‘. Historisch-politische Blauäugigkeit in einem breiten ‚Konsens‘ führt dazu, daß dieses Ansinnen selbst auf wissenschaftlichem Parkett heute wieder Akzeptanz findet. Dem gegenüber steht eine *political correctness*, die im Gegenteil historische Gegebenheiten und Veränderungen – einschließlich der damit einhergehenden Konflikte – negiert und statt dessen die heutige europäische Ordnung in die Geschichte zurückprojiziert, um die Gefahr verletzter Empfindlichkeiten zu umgehen. So wird beispielsweise böhmische Kunst jedweder Epoche mit beeindruckender Selbstverständlichkeit als ‚tschechische‘ Kunst bezeichnet. Und dies geschieht keineswegs nur aus bewußt

angewandter *political correctness*, wobei die Verzerrung geschichtlicher Verhältnisse sehenden Auges in Kauf genommen würde.

Der Mangel an Wissen um historische Rahmenbedingungen im Fach Kunstgeschichte wird zum anderen auch durch die Rezeption der Fachliteratur aus den jeweiligen Ländern zementiert. Hier stiften bekanntermaßen Vermischungen der territorialen und der nationalen Kategorie (‚böhmisch‘ – ‚tschechisch‘) sowie die sprachliche ‚Anpassung‘ von Namen (Peter Parler – Petr Parléř, um ein abgegriffenes Beispiel zu nennen) Verwirrung. Schwerer noch wiegt aber die vielfach selektive Bearbeitung der Kunst einer Region. Diese letztlich politisch motivierte Selektion war durch alle unterschiedlichsten Phasen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis 1989 hindurch – sowohl in der tschechisch- als auch in der deutschsprachigen Forschung – stets nationalen Gesichtspunkten gefolgt. In einer fatalen Verkettung wurden die Interessen der nationalen Identitätsstiftung bzw. der kulturellen Legitimation politischer Autonomieansprüche aus dem 19. Jahrhundert und der frühen Zwischenkriegszeit abgelöst: zuerst durch die Abwehr nationalsozialistischer ‚germanischer‘ Kulturideologie, dann einerseits durch die auch kulturgeschichtlich ‚argumentierende‘ Ost-West-Frontstellung des Kalten Krieges, andererseits durch die weitgehende Isolation der Geisteswissenschaften in Ostmitteleuropa vom gesamteuropäischen Diskussionszusammenhang. Diese umfaßte nicht zuletzt das Objektreservoir für den vergleichenden und beziehungsgeschichtlichen Zugriff, dessen Verengung gleichsam ‚objektiv‘ die Beschränkung auf den nationalen Horizont erzwang und in der Folge ‚selbstverständlich‘ werden ließ. Insofern erscheint es fraglich, ob Adam Labudas These von der Unterbrechung des nationalen Selbstfindungsprozesses (nach dem Modell Miroslav Hrochs) durch die sozialistische Ära und einem daraus resultierenden Nachholbedarf, der sich seit 1989 Bahn gebrochen habe, uneingeschränkt zugestimmt werden kann. Wenn etwa deutsch sprechende Maler und Bildhauer des 19. Jahrhunderts in Böhmen bis heute nicht in der Fachliteratur aus tschechischer Feder präsent sind,<sup>1</sup> so ist dies nicht nur einer gezielten Selektion geschuldet, sondern mittlerweile auch schlichter Unkenntnis. Es ist kein Zufall, daß die Kunstgeschichtsforschung in der Tschechischen Republik seit einigen Jahren mit ‚Wiederentdeckungen‘ ‚vergessener‘ Kunst einzelner Epochen und Regionen erklärtermaßen ein Defizit kompensiert.<sup>2</sup> Nach ‚außen‘ werden aber die über lange Zeit festgeschriebenen Verengungen des Blickwinkels durch die verfügbare Literatur unmerklich vermittelt und verfestigen sich zu allgemein akzeptierten Geschichtsbildern. Der mittlerweile ‚breite Konsens‘ macht es um so schwerer, solches ‚Wissen‘ zu relativieren.

Adam Labuda und Alena Janatková haben die Tagung unternommen, um die Aufmerksamkeit für diese Problematik zu schärfen: um zu zeigen, wie unverzichtbar die

<sup>1</sup> Vgl. die entsprechenden Beiträge in dem Band: Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne. Hrsg. v. Ferdinand Seibt. Berlin 1995.

<sup>2</sup> Ein damals mutiger und durchaus kontrovers kommentierter Vorstoß war die von Jindřich Vybíral konzipierte Ausstellung „Jiný dům. Německá a rakouská architektura v letech 1890–1938 na Moravě a ve Slezsku [Das andere Haus. Deutsche und österreichische Architektur der Jahre 1890–1938 in Mähren und Schlesien]“ (Prag) im Jahr 1993. Vgl. den gleichnamigen Katalog.

Kenntnis der Geschichte und die Reflexion ihres Niederschlags auch in der Kunst-historiographie gerade im ostmitteleuropäischen Bereich ist. Aber auch um die Sensibilität für gezielte wie auch unwillkürliche Tendenz in der Literatur zu erhöhen. Und nicht zuletzt, um politische Hypersensibilität in die Grenzen wissenschaftlicher Kriterien zu verweisen – also die nationale Kategorie auf diejenigen Forschungsthemen zu beschränken, in denen sie eine produktive Fragestellung abgibt, und sie ansonsten durch erkenntnisfördernde Ansätze und Perspektiven zu ersetzen. Labuda wies in seiner Einführung emotionslos darauf hin, daß es dafür höchste Zeit sei.

Es war insofern vorausschauend, Klaus Zernack (Berlin) um eine Einführung in die Problematik von Entwicklung und Relevanz nationaler Historiographien seit dem 19. Jahrhundert zu bitten, welche die Einordnung der nachfolgenden Erörterungen und Fallbeispiele in ihren politisch- und gesellschaftshistorischen sowie wissenschaftsgeschichtlichen Rahmen ermöglichte, und Thomas daCosta Kaufmann (Princeton, NJ) um eine neuerliche Vorführung seines ‚europäischen‘ Konzeptes der Kunstgeschichte, das programmatisch selbst großregionale Beschränkungen von ‚Arbeitsgebieten‘ aufbricht und damit der beziehungsgeschichtlichen Perspektive neue Dimensionen eröffnet.<sup>3</sup>

Das umfangreiche Programm der Tagung deckte diese unterschiedlichen Aspekte in beeindruckender Vielfalt ab. Zweckmäßigerweise wurde eingangs der Tagung die Wiener Schule um 1900 thematisiert, deren Protagonisten zum einen durch Etablierung eines Systems formaler Kriterien und Begriffe die Überführung der Kunstgeschichtsschreibung in ‚exakte Wissenschaftlichkeit‘ anstrebten und zum anderen, auf dieser Grundlage, eine universalistische, kosmopolitische Auffassung der europäischen Kunstüberlieferung vertraten. Um so aufschlußreicher die Analysen im historisch-politischen Kontext: Ján Bakoš (Bratislava) wies nach, daß dieses Konzept der staatlich institutionalisierten Kunstgeschichte letztlich von einem staaterhaltenden integrativen Impetus getragen war; Katharina Scherke (Graz) zeigte am Beispiel der Kunstgeschichte Kroatiens und Dalmatiens, wie gerade Alois Riegls der Intention nach ‚objektivierender‘ analytischer Ansatz in einer paradoxen Wendung maßgeblich zur Entwicklung nationaler und nationalistischer Kunst-historiographien beigetragen hat.

In mehreren Referaten wurde die wechselvolle Entwicklung des kunstgeographischen Ansatzes dargestellt, der geradezu paradigmatische Bedeutung zukommt. Eingangs erörterte Stefan Muthesius (Norwich) die Korrelation zwischen der nationalen Kategorie und der Kunstgeographie und lenkte das Augenmerk u. a. auf den schmalen Grat zwischen Beobachtung und Deutung, wie er sich beispielsweise in den Begriffen ‚lokal‘/‚regional‘ bzw. ‚provinziell‘ oder in der Konstruktion eines West-Ost-Gefälles niedergeschlagen hat. Marina Dmitrieva (Leipzig) verfolgte von den zwanziger bis in die neunziger Jahre die unterschiedlichen Stadien, durch die hindurch die Kategorie der Kunstlandschaft genutzt, mißbraucht und in veränderten Koordinaten – neuerdings zur Rekonstruktion von Zentrum-Peripherie-Verhältnissen – rehabilitiert wurde. Beate Störckuhl (Oldenburg) widmete ihrer Pervertie-

<sup>3</sup> DaCosta Kaufmann, Thomas: Höfe, Klöster und Städte. Kunst und Kultur in Mitteleuropa 1450–1800. Darmstadt 1998.

rung im Dienste der nationalsozialistischen Kulturträgerschaftsideologie eine differenzierte Studie am Beispiel Dagobert Freys. In beiden Beiträgen trat plastisch zutage, wie anfällig *per se* sachbezogene methodische Ansätze gerade in den ‚weichen‘ Geisteswissenschaften – bei scheinbar nur geringer Verschiebung der Zielrichtung für politisch-propagandistische Funktionalisierung gewesen sind. Noch anschaulicher wäre dies geworden, hätte auch die nahtlose Fortführung der ‚Kunstgeographie‘ unter dem Vorzeichen der ‚deutschen Kulturträgerschaft im Osten‘ bis in die 1970er Jahre – z.B. im Projekt des ‚Deutschen Kunstatlas‘ – Erwähnung gefunden, die parallel (und eben: berührunglos) neben den Bemühungen betrieben wurde, die kunstgeographische Methode jenseits politischer Prämissen neu zu konstituieren.

Zahlreiche Referate entfalteten ein regional wie zeitlich breites Spektrum von Beispielen für die nationale Perspektive kunsthistorischer Fragestellungen im Namen der kulturellen Identitätsstiftung und Selbstvergewisserung, aber auch für ihre Instrumentalisierung als ‚Argumentationshilfe‘ (Evelin Wetter) in offenen wie unterschwellig politischen Auseinandersetzungen. Besonders instruktiv war es dabei zu sehen, daß kaum eine der ‚klassischen‘ Fragen und Methoden des Faches *per se* der nationalen bzw. politischen Vereinnahmung widersteht: Formanalyse, stilkritische Datierung, ikonographische Fragen und die jeweils darauf basierenden ‚Ableitungen‘ erwiesen sich als ebenso ‚geeignet‘ für Untersuchungen mit vorgefaßten Erkenntniszielen wie die methodisch schwer objektivierbare ‚Grauzone‘ des kennerschaftlichen Urteils. So referierte Wojciech Bałus (Kraków/Krakau) den um 1900 ausgefochtenen Glaubensstreit um die Frage, ob die polnische Gotik ein exklusives Produkt des ‚Volksgeistes‘ oder im Gegenteil ein Niederschlag gesamteuropäischer Kultur sei, wobei – scheinbar paradoxerweise – sowohl der nationalromantische als auch der rational-historische Argumentationsstrang an die Konstruktion eines ‚polnischen Selbstverständnisses‘ innerhalb Europas gekoppelt waren und der nationalromantische direkt auf Vorprägungen in der deutschen Romantik zurückgriff. Aus entgegengesetztem Blickwinkel untersuchte Milena Bartlová (Brno/ Brunn) die Geschichte des Stereotyps vom ‚slavischen Charakter‘ der mittelalterlichen Malerei in Böhmen: etabliert von der deutschsprachigen Kunstgeschichte seit dem frühen 20. Jahrhundert, wurde es nach 1948 von der tschechoslowakischen Kunstgeschichte unter ‚Korrektur‘ des ideologischen Fundaments übernommen, um die Bindung der tschechischen Kultur an den ‚byzantinisch-slavischen Osten‘ zu ‚belegen‘.

Die Indienstnahme und Manipulation des kunsthistorischen methodischen Instrumentariums für die Vereinnahmung einzelner Regionen bzw. auch künstlerischer Errungenschaften wurde in etlichen Referaten in historischer Perspektive – tief ins 19. Jahrhundert zurückgreifend – reflektiert. Alena Janatková (Leipzig, Berlin) zeichnete den von den 1870er Jahren bis in die 1960er Jahre geführten ‚Streit‘ um den böhmischen Barock nach, hinter dem stets – wenn auch wechselnd explizit – das Bemühen stand, mit kunsthistorischen ‚Argumenten‘ die Zugehörigkeit Böhmens zum Habsburgerreich oder zum Deutschen Reich bzw. seine ‚Identität‘ als autonome – bald auch: tschechisch-national geprägte – Kulturregion nachzuweisen. Guido Hinterkeuser (Berlin) steuerte mit der Geschichte der deutschen und polnischen Forschung über Andreas Schlüter unter anderem Blickwinkel einen analogen Fall bei. Ähnliches zeigte Evelin Wetter (Leipzig) am Beispiel der Drahtemailtechnik

in Siebenbürgen um 1500: Seit dem 19. Jahrhundert läßt sich ohne nennenswerte Brüche bis in die 1980er Jahre verfolgen, wie die Goldschmiedetechnik mittels ‚Ableitungen‘ als autochthon und ungarisch vereinnahmt bzw. zeitweise für die ‚deutsche‘ Kultur der Siebenbürger Sachsen in Anspruch genommen wurde, und dies obwohl seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts ihre Herkunft aus Byzanz über Italien unbestritten war. Den Impetus, regional definierte nationale Ansprüche innerhalb multiethnischer Staatsgebilde zu ‚verteidigen‘ und dies auf ‚wissenschaftliche‘ Argumente zu stützen, illustrierten anhand ‚deutscher‘ bzw. ‚rumänischer‘ Kunstgeschichte Siebenbürgens bis zum Zweiten Weltkrieg Robert Born (Berlin) und Nicolae Sabău (Cluj-Napoca). Dušan Buran (Bratislava) analysierte unter diesem Gesichtspunkt das 1938 erschienene Buch über „Deutsche Kunst in der Zips“ von Oskar Schürer und Erich Wiese. Buran konnte zudem eindrücklich zeigen, wie sich das vorgefaßte Konzept der Autoren, ‚koloniale Kunstgeschichte des deutschen Ostens‘ zu schreiben, speziell der Detailanalyse des *œuvres* des Paul von Leutschau aufzulösen ‚drohte‘.

Weitere Beispiele für die Funktionalisierung methodischer Ansätze führten Ivan Gerát (Bratislava) und Ernő Marosi (Budapest) vor: Anhand früher Zyklen zur Vita des hl. Ladislaus in der Slowakei bzw. romanischer Skulpturen aus der Kathedrale von Pécs führten beide vor, wie sich die ikonographische Methode, aber auch Stilkritik und besonders Kriterien der Datierung in ‚nationalem Interesse‘ manipulieren lassen. Eine aufschlußreiche Ergänzung bot Béla Szakác (Budapest), der im Rahmen eines Forschungsprojektes der CEU seit dem 19. Jahrhundert bestehende kunsthistorische Fotoarchive in Ostmitteleuropa untersucht. Das vermeintlich ‚objektive‘ Medium der Dokumentation weist, so seine Ergebnisse, durchgehend ideologisch motivierte selektive Strukturen auf, wobei auch hier wiederum die nationale Kategorie dominiert: So sind Zeugnisse ‚andersnationaler‘ Kulturen im jeweils eigenen Land ebenso unterrepräsentiert wie europäisches Vergleichsmaterial, das die Spezifität der nationalen Kunsttradition relativieren könnte. Andererseits erstreckte sich der Einzugsbereich z. B. des Bildarchivs der Ungarischen Akademie der Wissenschaften noch in den 1950er Jahren auch auf die Slowakei und Siebenbürgen, während Österreich und Mähren ausgeklammert blieben. Auf das ‚methodische Instrument‘ der Selektion warf ein Beitrag über die Erforschung der Synagogenarchitektur in Polen ein besonders beklemmendes Schlaglicht: Das Architektenehepaar Maria und Kazimierz Piechotka (Warszawa/Warschau) betreibt seit langem in Eigeninitiative und ohne auf Vor- bzw. Parallelarbeiten aus der Kunstgeschichte zurückgreifen zu können, eine inventarmäßige Erfassung und Aufarbeitung der dokumentarischen Überlieferung.

In allen Referaten, in denen es die Formulierung des Themas überhaupt zuließ, wurde die nationale bzw. politisierende Tendenz in der Kunstgeschichtsforschung nicht nur – distanzierend – für das 19. Jahrhundert oder bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges untersucht, sondern mitunter bis in die jüngste Zeit verfolgt. Dennoch hatten die Veranstalter an den Schluß der Tagung eine speziell der ‚sozialistischen Ära‘ gewidmete Sektion gesetzt, in der die Perspektive über die Kunsthistoriographie hinaus auf den Bereich der Denkmalpflege ausgeweitet wurde. Ewa Chojcka (Katowice/Kattowitz) informierte über die Entwicklung der polnischen

‚Westforschung‘ in der Kunstgeschichte, mit der die neue Grenzziehung nach 1945 auch auf dieser Ebene gerechtfertigt werden sollte, wollte aber die politische Konditionierung der Forschung nur bis zum Jahr 1956 beobachten. Peter H. Feist (Berlin) lieferte einen ‚Erfahrungsbericht‘ über die Forschungsbedingungen des Kunsthistorikers in der DDR: ein facettenreiches Bild, das unter anderem die Fixierung auf die ‚eigene deutsche‘ Kunst einerseits und die sowjetische andererseits illustrierte, wobei in den ostmitteleuropäischen Partnerstaaten angesiedelte Themen ausgespart worden seien, um deren Anspruch auf eine ‚nationale Kunstgeschichte‘ nicht in Frage zu stellen. Auskunft auf Fragen etwa nach Parteidirektiven für die Forschung blieben Feist wie Frau Chojecka schuldig. Wie schwierig es mitunter auch heute noch ist, die jüngere Geschichte des Faches im eigenen Land aus kritischer Distanz zu betrachten – zumal wenn man dem Publikum eine prinzipiell kritische Haltung unterstellt –, zeigten die beiden Beiträge zur Denkmalpflege in der Tschechoslowakei bzw. in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. Während Kristina Kaplanová (Prag) die politische Unvoreingenommenheit – wiewohl auf national-ideologischer Basis – und die vorbildliche Leistungsfähigkeit der tschechoslowakischen Denkmalpflege unter Zdeněk Nejedlý herausstrich, beklagte Tadeusz Żuchowski (Poznań/Posen) das ‚Programm der Geschichtsfälschung‘, das dem Wiederaufbau der Städte in Polen zu Grunde gelegen habe.

Stefan Muthesius' geradezu verzweifelte Frage nach den ersten Eindrücken, ob es denn überhaupt eine „reine Kunstgeschichte“ gebe, hat die Tagung beantwortet. Milena Bartlová brachte die Antwort auf den Punkt: „pure art history“ und „its political misuse“ ließen sich auch bei allerbesten Absicht nicht trennen, die politische Dimension sei auch der Kunstgeschichte stets inhärent. Um so nachdrücklicher ist Steven Mansbach (New York) recht zu geben, daß die Tagung in erster Linie den immensen Forschungsbedarf aufgezeigt habe. Ob sich allerdings Labudas Wunsch, das ‚Nationale‘ in entideologisierte Neudefinition als Ordnungskategorie für die Kunstgeschichte zu erhalten, nicht als ein frommer erweisen wird, bleibt abzuwarten.

Leipzig

Michaela Marek

## ZUR IKONOGRAPHIE DES HEIMWEHS.

### ERINNERUNGSKULTUR VON HEIMATVERTRIEBENEN

Erinnerung wohin man blickt. Zum Beispiel in die Wohnzimmer von Heimatvertriebenen. Erinnerungsgegenstände an die Heimat aber nicht nur im Wohnzimmer, sondern zumeist in mehreren Räumen: überwiegend Fotos und Bilder, aber auch Wappen aus verschiedensten Materialien, Zinnteller, und sogar organische Reliquien wie Pflanzen, Steine und Erde aus der Heimat. Objekte, die engste Verbindungen zu Haus, Hof oder zur Familie signalisieren. Dietmar Sauer mann (Münster) berichtete auf der Jahrestagung des Johannes-Künzig-Instituts (JKI) in Freiburg vom 4.–6. Juli 2001 von einem Forschungsprojekt, das dem Tagungsthema recht nahe kam: der Erinnerungskultur von Vertriebenenfamilien. Das häufig vorzufindende Bemühen, Erinnerung durch Zeichensetzen zu visualisieren, hat im Falle

der Heimatvertriebenen eine besondere Komponente. Die meisten der Stücke sind nämlich nicht klassische Gegenstände aus der Zeit vor der Vertreibung. Sie sind erst später erworben worden, teilweise über Jahrzehnte hinweg und gelegentlich Produkte einer Andenkenindustrie: Das tatsächliche Fluchtgepäck wurde zumeist unter pragmatischen Gesichtspunkten ausgewählt.

Der Begriff des Heimwehs ist meistens negativ besetzt. Gerade Vertriebenen wird immer wieder unterstellt, sich in Folge dieses Gefühls vorrangig in Klagen über den Verlust der Heimat zu ergehen. Aber ihr Blick war überwiegend nach vorn gerichtet, die Vertreibungserfahrungen verdrängend: Im Spannungsfeld zwischen Dort und Hier verbrachte die sogenannte Erlebnisgeneration einen großen Teil ihrer jeweiligen Lebensgeschichte nach ihrer Ankunft in der neuen Umgebungsgesellschaft. Heimweh? Das durfte, sollte nicht öffentlich gezeigt werden. Eine „Vertreibung des Heimwehs“ diagnostizierte Sauermann und rief gleichzeitig zur „Rettung des Heimwehs“ auf: Besonders im Akkulturationsprozeß sei dieses Verlustgefühl auf fast paradoxe Weise hilfreich, denn als Bekenntnis zu einer kollektiven Identität erzeuge es Sicherheit und Selbstbewußtsein. Ein Befund, der für die vertriebene Erlebnisgeneration gilt. Die Geburtsheimat hat auch heute noch für die Flüchtlingskinder von damals eine große Bedeutung, denn mit der Rückbesinnung auf die eigene Lebensgeschichte wird versucht, die individuelle Identität abzusichern.

Der Eingliederungsprozeß zwischen Alt- und Neubürgern verlief bekanntermaßen in der Bundesrepublik wie auch in der DDR keinesfalls einheitlich. Von einer allgemeinen „schnellen Integration“ – auch aus sozio-ökonomischer Perspektive – kann nicht die Rede sein. Besonders Alter und Geschlecht bildeten entscheidende Differenzierungskriterien bei der in der Rückschau zumeist erfolgreichen Integrationsgeschichte in der BRD, während die sogenannten „Umsiedler“ in der DDR zwangsweise assimiliert wurden.

Angeregte Erinnerung. So könnte man die verschiedenen Projekte betiteln, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik von verschiedenen Seiten initiiert wurden, um die Stimmen von Erlebnisträgern hörbar zu machen. Dabei handelt es sich um gezielt angelegte Sammlungen von Berichten beziehungsweise von aufgezeichneten Interviews, die der alten Forderung von Historikern – der Rettung von Überliefertem, solange noch etwas zu retten ist – entgegenkommt. Das in diesem Zusammenhang am häufigsten zitierte und bekannteste Projekt – die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa – versammelt als Bestandteil der sogenannten Ost-Dokumentation formal eher zwanglose, freiwillige Schilderungen von Erlebtem. Die in der frühen Nachkriegszeit aufgezeichneten Erinnerungen der damaligen Erwachsenen stehen noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Erfahrungen von Flucht und Vertreibung. Ähnlich verhält es sich mit der im JKI untergebrachten Sammlung Alfred Karasek, von der Heinke M. Kalinke (Freiburg) berichtete. Die dort zur Zeit digitalisierten Bestände umfassen mehr als 500 mündliche Erzählungen vorwiegend aus der frühen Heimatvertriebenenpresse der Jahre 1946 bis 1953. Aus dem wertvollen Reservoir des kommunikativen Gedächtnisses der Vertriebenen extrahierte Kalinke ihr Thema „Gerüchte, Prophezeiungen, Wunder“ und belegte eindrucksvoll die überall ähnlichen Elemente der stark traditionsorientierten Erzählungen: von Natur- und Himmelszeichen als Vor-

zeichen, Spuk in den ehemals deutschen Gebieten bis hin zur Bestrafung für den Mord an deutschen Zivilisten reicht die Themenpalette der frühen Erzählungen. Die häufig stark emotional gefärbte Sprache ist dabei sicherlich auch der Zeitgebundenheit der Erzählungen zuzuschreiben, wobei das psychologische Motiv der „Entlastung durch Erinnerung“ berücksichtigt werden sollte.

An die Sagentradition in den böhmischen Ländern knüpfte Katharina Eisch (Frauenau) in ihrem Beitrag zu Bildern und Zeichen der verschlossenen Böhmerwald-Heimat an. Das im Umfeld ihrer früheren Forschungsarbeiten angesiedelte Referat thematisierte besonders die Grenzerfahrungen der Sudetendeutschen vor 1989. Was blieb den Heimatvertriebenen? Da es nur ganz wenige materielle Erinnerungsreliquien gab, blieb die Erinnerung an die Zeit vor der Vertreibung als Versuch, den Verlust zu verstehen. Die Grenze fungierte für die meisten einerseits ganz konkret als eine aus dem Reich der Legenden und Mythen herausragende Banngrenze mit moralischem Impetus: Sie hatten sich vorgenommen, diese manchmal als „unseren Limes“ beschriebene Linie nie mehr überschreiten zu wollen. Den Menschen hinter dem Eisernen Vorhang – egal welcher nationalen Orientierung – wurde die Rolle der Fremden zugewiesen. Auch Eisch belegte, wie dieser trennende Schwellenbereich mit Hilfe von Bildern und Photos überwunden werden konnte, wenn die Erinnerungsstücke Vergangenheit rekonstruieren halfen. Die „Topographie der Erinnerung“ wirkt weiter: Eisch zeigte, wie die Treue zur Heimat als Wertmaßstab auch der Bekenntnisgeneration benutzt wird. Heimatliebe entwickelte sich auf diese Weise zum kulturellen Diktat in der Bundesrepublik.

Die Sehnsucht nach später Identifikation trifft auch die Generation der Flüchtlingskinder, und so ist es kein Wunder, daß die zahlreichen Heimattreffen selbst heute eine Fortsetzung finden. Die alte Heimat dient dabei nur noch als Kulisse: Heimat wird inszeniert. Gilt das auch für die Lyrik sudetendeutscher Autoren der neunziger Jahre? Peter Becher (München) trug nicht nur einfach deren Gedichte vor. Er hinterfragte das Selbstverständnis einer Lyrikergeneration, die zumeist Flucht und Vertreibung nicht selbst erlebt hat. Sudetendeutsche oder Bundesdeutsche? Die Themen bzw. Inhalte der Texte der vielfach auch als Übersetzer aus dem Tschechischen arbeitenden Dichter spiegeln jedenfalls oft die Sehnsucht nach einer verlorenen Heimat wieder: Die muß jedoch nicht unbedingt Böhmen oder Mähren heißen, denn die Heimatverortung in modernen Dichtungen entzieht sich eindeutigen Erklärungsmustern.

Verklärte Heimat? Wie sieht es mit der filmischen Erinnerung an die Heimat aus? Am Beispiel des Dokumentarfilms „Der böhmische Knoten“ untersuchte Werner Mezger (Freiburg) Technik und Topik der von ihm sehr weit gefaßten Gattung „Heimatfilme“. Alle Filme dieses Genres besitzen eine Gemeinsamkeit: ein ständig wiederkehrendes Repertoire von Stilmitteln, mit dessen Hilfe Heimweh ikonographiert wird, so der Leiter des Johannes-Künzig-Instituts. Das herausragende Merkmal des Leitmediums der Gegenwart ist dabei die enorme Verfremdung der hier abgebildeten Welt. Das vom Filmautor inszenierte Spiel mit Dichtung und Wahrheit manipuliert dabei den Zuschauer auch insofern, als es unter dem Deckmantel bloßer Beschreibung – allein bedingt durch die bewußt verwendeten filmerischen Erzähltechniken – ständig interpretative Wirkung ausstrahlt.

Das Leitmotiv Heimat respektive Heimweh auf ganz anderer Ebene bildete den Ausgangspunkt der Überlegungen von Stanislav Burachovič (Karlovy Vary/Karlsbad). Etwa 50 Prozent aller sudetendeutschen Vertriebenen seien auf der „Suche nach der verlorenen Zeit“; auf der Suche nach den Spuren der Vergangenheit, die zur imaginären Gegenwart und zum integralen Bestandteil ihrer personalen Identität werden können: Die vom Heimatschmerz verfolgten sogenannten Heimwehtouristen. Diese Form der Rückkehr beschrieb er als „geistige Rückkehr“ und definierte Heimat dementsprechend als „geistige Kategorie“. Müssen wir aus dem Phänomen des „Heimwehtourismus“ eine Wissenschaft machen? Burachovič verneinte die von ihm selbst gestellte Frage. Anhand zahlreicher persönlicher Erfahrungen schilderte er verschiedene Typen von Besuchern und beschrieb ihre Beziehung zur alten Heimat.

Heimweh als Teil eines Erinnerungsprozesses zwischen subjektiven Erfahrungen und kulturellem Gedächtnis vollzieht sich in instrumentalisierter Form auch auf der politischen Ebene. Am Beispiel sudetendeutscher Symbolik nach 1945 berichtete Tobias Weger (Neu-Esting) über Heimatpolitik als Teil der kollektiven Identität nach der Vertreibung. In seiner Analyse von Wappen, Fahne und Uniform der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) bzw. der Sudetendeutschen Jugend (SdJ) konnte Weger klare Kontinuitätslinien ausmachen: Nicht nur die Fahne respektive die Farben der SL weisen große Ähnlichkeiten mit entsprechenden Symbolen der Vorkriegszeit auf, auch das Wappen der SL ist keine Neuschöpfung, sondern eng verwandt mit dem Wappen des Reichsgaus Sudetenland. Die Uniform der SdJ bezog sich sogar ganz bewußt und offen auf das Vorbild der Hitlerjugend. Selbst die Tracht ist vielerorts nicht einfach in die neue Heimat mitgebracht worden, sondern erfuhr erst in der Bundesrepublik eine Renaissance als Ausdruck der Treue zur Heimat. Die Trachtenpflege aus der Erinnerung kann also nicht einfach nur als kulturelles Bekenntnis fungieren, sondern besitzt – je nach Umgebung – ebenso politische Konnotationen.

Erinnerungen woran? Konrad Köstlin (Wien) hatte in seinem Eröffnungsvortrag auf den Kampf um die Erinnerung hingewiesen: auf den konkurrierenden, kulturellen Umgang mit der Vergangenheit in einem Ausleseverfahren unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Blickwinkeln. Die volkswissenschaftliche Erzählforschung konstatiert zudem „Rechtfertigungsgeschichten“ mittels eines breiten Spektrums von Erinnerungstechniken. Was ist eigentlich anders als in der Erinnerungskultur der übrigen Bewohner Deutschlands? Noch fehlen wissenschaftliche Vergleiche. Vielleicht sind gerade die nicht vorhandenen bzw. nicht geäußerten Geschichten und Erinnerungen an Krieg und Diktatur lange Zeit ein kennzeichnendes Merkmal „der Vertriebenenkultur“ gewesen. Aufgestaute Erinnerungen, auch deshalb, weil sie keiner hören wollte.

Heimweh besitzt auch eine positive Eigenschaft, das konnte die überaus anregende Tagung des volkswissenschaftlich orientierten Instituts klarstellen, nämlich in der Funktion als Anlaß zur Erschaffung von Heimat, als notwendige Lebenshilfe bei Verletzungen: Heimweh kann heilen. Aber nicht nur. Erinnerung = Heimweh? Das wäre ein schlechtes Erbe für die nachfolgenden Generationen.

## DER BEITRAG DER OSTMITTELEUROPÄISCHEN STAATEN ZUR ERWEITERTEN EUROPÄISCHEN UNION

Die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder feiert in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Dies war auch der Anlaß für die internationale Konferenz über die Osterweiterung der Europäischen Union (EU) am 13.–14. Juli 2001. Neugierig machte zunächst die schon im Titel angedeutete Umkehrung der gängigen Perspektive in der westeuropäischen Öffentlichkeit: Zumeist geht es nämlich darum, welchen Beitrag die EU leistet und was sie das Vorhaben der Ostintegration kosten wird. Besitzstandswahrung und (Verteilungs-) Ängste treten auf den Plan. In den Kandidatenländern wiederum regt sich angesichts von Übergangsfristen Unbehagen: Man möchte kein Bittsteller oder Mitglied „zweiter Klasse“ sein, wobei diese Wahrnehmung nicht zuletzt den „Euroskeptikern“ in den Beitrittsländern Aufwind gibt.

Vor diesem Hintergrund war die Ausgangsfrage nach dem Beitrag Ostmitteleuropas – die noch einer begrifflichen Opposition verhaftet blieb – als erster Schritt sinnvoll. Aus ihr erwachsen aber viel grundsätzlichere Fragen: Was sind die Ziele der EU und in welche Richtung soll sie sich entwickeln? Welche (mentalen) Ausgrenzungen in der Wahrnehmung gibt es? Denn der (ferne) Osten Europas ist noch nicht im Bewußtsein der westlichen Bevölkerung angekommen, das Europabild wird nach wie vor stark mit der westeuropäischen EU identifiziert und zehrt möglicherweise noch von alten Feindbildern.

Über die Zukunft Europas offen zu debattieren, sah denn auch die Präsidentin der Viadrina, Gesine Schwan, als Aufgabe der Frankfurter Universität. Das Verhältnis von West und Ost, Gemeinsamkeiten und Unterschiede sollten in drei Podien erörtert werden, die den drei Aspekten Kultur, Politik und Wirtschaft gewidmet waren. Vorgegebene Leitfragen für die erste Diskussionsrunde – mit dem Titel „Ostmitteleuropa – eine andere europäische Kultur?“ – waren, welche kulturelle Besonderheiten diese Länder einbringen, welche historischen Erfahrungen für sie prägend gewesen waren und ob sie womöglich einen anderen Weg in die Moderne gehen. Cathérine Colliot-Thélène (Berlin) wandte sich grundsätzlich kritisch zu diesen Fragestellungen und impliziten Festschreibungen des „Anderseins“ gegenüber dem Westen und „Gleichmachens“ innerhalb Ostmitteleuropas: Trotz der gemeinsamen kommunistischen Erfahrung von vierzig Jahren, die auch bestimmte Formen des sozialen Lebens und der Distanzierung hervorgebracht haben, seien die Länder Ostmitteleuropas untereinander so unterschiedlich wie die westlichen, die durch die EU institutionell verbunden sind. Selbstverständlich existierende (kulturelle) Besonderheiten schrieb sie denn auch eher Generationsunterschieden als einem Ost-West-*divide* zu. Ihr Beitrag war eine eindringliche Aufforderung, Europa – und ebenso „die Moderne“ – als Vielfalt zu denken. Ähnlich äußerte sich Hagen Schulze (London) in seinem Schlußvortrag, der gerade nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eine „neue Wirklichkeit“ erkannte. Mahnend gab auch Karl Schlögel (Frankfurt/Oder) zu bedenken, daß durch Definitionen Bilder voneinander zementiert würden, ohne daß man genügend voneinander wisse. Grundprobleme seien

Erfahrungsmangel und das Fehlen von Gesprächen und Initiativen, um Europa kulturell miteinander zu verknüpfen.

Eva Karadi (Budapest) ging auf die eingangs formulierten Fragen in ihrem *Statement* direkter ein und stellte eine Präzisierung des Terminus „Kultur“ voran: Ausgehend von der heutigen eher anthropologisch-deskriptiven Auffassung in den Kulturwissenschaften – „Kultur ist, wie die Menschen ihr Leben organisieren und ihm einen Sinn zu geben versuchen“ – könne man von einer besonderen osteuropäischen Kultur sprechen, nicht aber im normativen Sinne einer „*high culture*“. Dennoch stelle sich heute das Problem des „westlichen Kanons“ und in Abgrenzung dazu die Gefahr der „Übernahme des beleidigten Tones des postkolonialen Diskurses“ und einer Stilisierung der eigenen Kultur. Karadi benannte einige kulturelle ambivalente Besonderheiten, die Ostmitteleuropa mitbringe: Die Erfahrung mit der Diktatur habe kritisches Denken und „Immunität gegen manche Ideologie und Konformitäten“ gefördert; andererseits hätten heute massenmediale Manipulationen doch Erfolg. Neben der „Antipolitik“, die sich nach der Wende zwar als nicht überlebensfähig erwiesen habe, stehe die Erfahrung der Kollaboration. Bezugnehmend auf die „antipolitische Tradition“ – auf die Frage, was geblieben ist oder nicht – hob schließlich Włodzimierz Borodziej (Warschau) hervor, daß diese gegenwärtig eher ein Rückzug ins Private als ein Eintreten in der Öffentlichkeit sei. Weder Antipolitik noch eine etwaige ideologiekritische Haltung zeigten heute Nachwirkungen im Wahlverhalten der Bevölkerung. Allerdings leiste die antipolitische Tradition mit der Frage nach der Rolle der Intelligenz im öffentlichen Leben dennoch einen wichtigen Beitrag für eine gesamteuropäische Diskussion.

Das zweite Podium am Nachmittag: „Ostmitteleuropa – ein neuer Politikstil in der EU?“ war von einstimmiger Kritik an der EU und zur „Solidaritätsbekundungen“ mit Ostmitteleuropa geprägt. Parteienlandschaften, politische Kultur und zivilgesellschaftliche Impulse sowie neue länderübergreifende Interessenkoalitionen in einer erweiterten EU kamen hier kaum zur Sprache. Christine Landfried (Hamburg) kritisierte mangelnde Bürgernähe in einem „Europa der Eliten“ und vermißte vor allem die Diskussion über ein gemeinsames, solidarisches Gesellschaftsmodell. František Černý (Prag) warnte davor, Europa auf den Binnenmarkt zu reduzieren. Er bemängelte vor allem die „Kapiteldiskussion“ im „Einigungsprozeß“ – den Begriff „Erweiterung“ lehnte er ab: der *acquis communautaire* sollte erst nach einer sofortigen vollen Mitgliedschaft allmählich erfüllt werden und nicht bereits Aufnahmebedingung sein. Černý bediente sich des Bildes vom europäischen Haus, in dem die Tschechische Republik rasch „Mieter“ werde wolle und dafür ihrerseits politische Phantasie einbringe. – Fraglich ist allerdings, ob der von ihm angeführte „Oppositionsvertrag“ ein Lehrstück der Demokratie ist, das Schule machen sollte. Zu überlegen ist vielmehr, ob die *civil society*, die 1989 in der Tschechoslowakei auflebte, wiederzubeleben ist.

Das dritte Podium war schließlich der Wirtschaft gewidmet. Hans-Jürgen Wagnier (Frankfurt/Oder) betonte einleitend, daß der Beitrag der zukünftigen östlichen EU-Länder vor allem für die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsbedingungen bedeutsam sei. Aus der ökonomischen Makroperspektive ist jede Markterweiterung vorteilhaft. Über die Verteilung zwischen Regionen, Unter-

nehmen und der Bevölkerung sowie über Wahrnehmungen sagt dies zunächst natürlich nichts aus. So gab Hermann Ribhegge (Frankfurt/Oder) auch mehrfach zu bedenken, daß die Verteilungskonflikte immens sein werden und gerade in den jetzigen Grenzregionen Wettbewerbshärten zu erwarten sind. Ein Problem stelle aber vor allem auch die ungerechte Behandlung Ostmitteleuropas bei der Strukturhilfe, in der Agrarpolitik und beim Arbeitsmarkt dar. Einerseits fordere die EU-Kommission ein Aufschließen zum *acquis communautaire*, andererseits sind die neuen Länder von direkten Beihilfen ausgenommen. László Csaba (Budapest) faßte daher zusammen, daß eigentlich eine politisierte Debatte über den Transfer geführt werde – im übrigen ein Erbe der englischen Premierministerin Thatcher in den achtziger Jahren –, obwohl die Umverteilung gar nicht so groß sei. Zu den wichtigen Anziehungskräften der EU gehöre ja auch der rechtlich-institutionelle Rahmen. Zukünftige Probleme dürften zudem vor allem im Bereich neuer EU-Peripherien und Nachbarschaftspolitik, beispielsweise in der Grenzregion zwischen Polen und der Ukraine, liegen.<sup>1</sup> Deutlich wurde insgesamt auch in den Äußerungen dieser Runde, daß die Europäische Union nicht nur eine „ökonomische Veranstaltung“ ist (Andrzej Byrt, Warschau).

Nicht anders als die öffentliche Diskussion, in der nun immerhin eine Verfassungsdebatte beginnt, zeigte die Konferenz in Frankfurt/Oder, daß über die Zukunft und Ziele einer erweiterten Union noch zu sprechen ist. Häufig herrscht noch Ratlosigkeit. Hier geht es einerseits darum, wie die „Eurosklерose“ und demokratischen Defizite überwunden werden können. Andererseits sind beim „Projekt Europa“ noch viel Unwissenheit und Ängste im Spiel. Man darf hier nicht schönreden, aber das Feld auch nicht nur den „Euroskeptikern“ überlassen.

<sup>1</sup> Positive Effekte für eine Nachbarschaftspolitik innerhalb einer erweiterten EU haben unlängst der tschechische und der deutsche Außenminister Jan Kavan und Joschka Fischer in einem gemeinsamen Beitrag in der Süddeutschen Zeitung (18. Juli 2001, 8) skizziert: „[So] bietet gerade dieser größere europäische Rahmen, in dem Entscheidungen nach gemeinsam vereinbarten Regeln fallen, eine einzigartige Chance, die nicht immer einfache Nachbarschaft zwischen kleinen und großen Mitgliedsstaaten gleichberechtigt zu gestalten [...] es ist die Zukunft der deutsch-tschechischen Nachbarschaft.“

München

Stephanie Weiss

## „BRUCK AM HAMMER/BROD NAD TICHOU“ – EIN DEUTSCH-TSCHECHISCHES STUDIENPROJEKT

Zum elften Mal seit dem Fall des Eisernen Vorhangs trafen sich die ehemaligen Bewohner des Pfarrdorfes Bruck am Hammer (Brod nad Tichou) und der umliegenden Ortschaften Gotschau (Kočov), Glitschau (Kličov), Truß (Ústí), Karolinengrund und Naketendörflas (Nahý Újezdec) im Kreis Tachau (Tachov) am 28. Juli 2001 zum traditionellen Jakobifest. Wie in jedem Jahr bestand die Feier auch diesmal

aus einem Wallfahrtsgottesdienst in der Pfarrkirche St. Jakobus und anschließendem gemütlichen Beisammensein – und doch war es in diesem Jahr ein bißchen anders ...

Unter die Wallfahrer, die die Möglichkeit nutzten, ihre alte Heimat und Freunde und Bekannte wiederzusehen, hatten sich erstaunlich viele junge Gesichter gemischt. Eine Gruppe von 16 Studenten der Universitäten Aussig (Ústí nad Labem) und Passau hatte sich ebenfalls eingefunden, um mit den Bruckern zu feiern und ins Gespräch zu kommen.

Den Rahmen zu dieser Aktion gab der Plan, das alte Pfarrhaus in Bruck in den nächsten Jahren auf private Initiative hin zu einem Ort der Begegnung und der künstlerischen und intellektuellen Auseinandersetzung mit der gemeinsamen deutsch-tschechischen Geschichte werden zu lassen. Geplant ist dabei unter anderem eine Ausstellung, die sich exemplarisch den Lebensgeschichten der ehemaligen und der jetzigen Bewohner der Pfarrei Bruck (Brod) widmen soll. Die Koordination dieses Projekts liegt auf deutscher Seite bei Dr. Eva Habel, Heimatpflegerin der Sudetendeutschen, auf tschechischer Seite bei Jan Šícha, Leiter des Tschechischen Zentrums München. Finanziert wird das Projekt vom Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien und vom Haus des deutschen Ostens.

Die Idee des Projekts beinhaltet dabei auch, bereits in der Entstehungsphase Studentinnen und Studenten beider Nationen in Planung und Gestaltung einzubeziehen, um von Beginn an den Dialog zwischen den Kulturen und Generationen zu fördern. Wesentlicher Bestandteil war daher ein im Sommersemester 2001 von Eva Habel an der Universität Passau geleitetes volkswundliches Seminar mit dem Titel „Bruck am Hammer/Brod nad Tichou und sein altes Pfarrhaus. Ein deutsch-tschechisches Oral-History-Projekt in Zusammenarbeit mit der Universität Aussig/Ústí nad Labem und dem Tschechischen Zentrum München.“ Das Seminar bot Studierenden der Volkskunde und Kulturwirtschaft mit ostmitteleuropäischem bzw. deutschem Schwerpunkt die Möglichkeit, sich der Geschichte der Sudetendeutschen einmal von einer anderen Seite zu nähern. Aufmerksamkeit weckte vor allem die Gelegenheit, ein theoretisch erörtertes Thema auch mit praktischen Bezügen zu untermauern. Nicht die Vermittlung von rein historischem Faktenwissen stand dabei im Vordergrund, sondern der Versuch, einen persönlichen Einblick in Geschichte und Gegenwart deutsch-tschechischer Beziehungen zu gewinnen. Unterstrichen wurde diese Absicht durch die Zusammenarbeit mit Studentinnen und Studenten vom Institut für Slawisch-Germanische Studien der Universität Aussig unter Leitung von Dr. Kristina Kaiserová.

Ziel ist es, am Beispiel des Pfarrsprengels Bruck Geschichte lebendig werden zu lassen. Ehemalige deutsche und heutige tschechische Bewohner sollen dabei gleichermaßen zu Wort kommen, um mögliche gemeinsame Bezugspunkte zu entdecken und so selbst gegenseitiges Verständnis auf- und Vorurteile abzubauen. Die geplante Ausstellung soll ein Forum für die Darstellung unterschiedlicher Denk- und Lebensweisen bieten, deren Inhalte mit Hilfe biographischer Interviews auf beiden Seiten erarbeitet werden. Dabei stehen vor allem persönliche Erlebnisse, Erinnerungen und Eindrücke im Vordergrund, die es gerade der jüngeren Generation

ermöglichen sollen, Vergangenes besser zu verstehen. Doch die Projektgruppe hat sich auch zum Ziel gesetzt, den Hoffnungen und Erwartungen beider Seiten Ausdruck zu verleihen und damit eine Basis für mögliche künftige Entwicklungen zu schaffen.

Herzstück des Studienprojekts bildete die Teilnahme an der traditionellen Brucker Jakobi-Wallfahrt, die es ermöglichte, viele der ehemaligen Bewohner an einem zentralen Ort versammelt zu finden und so bildlich den Kontakt zwischen den verschiedenen Nationen und Generationen herzustellen. Vorausgegangen waren zwei Tage intensiver Vorbereitungen. So wurde die Zeit dazu genutzt, sich innerhalb der Projektgruppe näher kennenzulernen und dabei Ziele, Vorgehensweisen und Probleme des Projekts zu diskutieren. Grundlage dafür war einerseits die Besichtigung der Örtlichkeiten, die unter fachkundiger Führung stattfand. Andererseits lieferten Referenten verschiedener Fachrichtungen wertvolle Informationen über historisch-politische Hintergründe und boten interessante Einblicke in die Methode der *Oral History*.

Was uns Studenten trotz der umfassenden Einführung am meisten Sorge bereitete, war die Frage, ob wir der Verantwortung, die wir mit dem Erfragen persönlicher Erlebnisse übernahmen, auch gewachsen sein würden. Und doch war es gerade diese „Angst des Forschers vor dem Feld“, die unserer kleinen Gruppe zum nötigen Teamgeist verhalf. Der Tag der Wallfahrt und somit auch der Tag der Interviews zeigte, daß viele Bedenken unnötig waren. Aufs Herzlichste wurde die Studentengruppe von vielen begrüßt. Vor allem die Tatsache, daß sich junge Tschechen und Deutsche zu einem gemeinsamen Projekt zusammengefunden hatten, fand dabei großen Zuspruch. Fast zufällig ergaben sich so manche Kontakte, die den Ausgangspunkt für die anschließend durchgeführten Befragungen bildeten. Das Eintauchen in die Vergangenheit mit all ihren Facetten wurde durch die Umgebung in der wir uns befanden meisterhaft untermalt. Die leeren, von der Zeit gezeichneten Räume des Pfarrhauses mit ihrer Patina aus dem Staub der vergangenen Jahrzehnte vermochten das Erzählte intensiv vor Augen zu führen. Die Zeit, die für die Interviews zur Verfügung stand, verging so wie im Flug.

Noch am selben Tag wurden innerhalb der Projektgruppe die gewonnenen Informationen, Erfahrungen und Eindrücke ausgetauscht und diskutiert. Während wir Passauer Studenten nur wenige, dafür lange und intensive Gespräche mit ausgewählten Personen aus der deutschen Wallfahrergruppe geführt hatten, kehrten die tschechischen Kommilitoninnen und Kommilitonen mit einem unermesslichen Fundus an Erinnerungssplintern und Momentaufnahmen von ihrem spontanen Ausflug ins Pfarrdorf zurück. Manche Aussagen wurden durch die jeweils andere Sicht widerlegt, andere bestätigt und ergänzt. Einzelne Bruchstücke setzten sich nach und nach zu einer umfassenden (Orts-)Geschichte zusammen. So bestätigte sich die Notwendigkeit des Dialogs zwischen den Nationen und einer differenzierten Betrachtungsweise festgefahrener Vorstellungsmuster erneut. Die Auswertung der Interviews glich einem Puzzle-Spiel, bei dem sich wiederum die heterogene Zusammensetzung der Projektgruppe von großem Nutzen erwies. Die Stimmung innerhalb unserer Gruppe war geprägt von Euphorie und Begeisterung, aber auch von Erschöpfung und der Gewißheit, daß es wohl noch eine ganze Weile dauern

wird, bis alle Eindrücke verarbeitet sein werden. Worin jedoch alle Beteiligten schnell übereinstimmten war die Ansicht, daß dieses Projekt nicht der glanzvolle Abschluß eines Seminars bleiben darf, sondern vielmehr den Beginn viel intensiverer Begegnungen und Arbeiten mit anderen Menschen bilden soll.

Passau

Ursula Küppers, Joseph Liebl, Christine Lorenz

## MIR TRÄUMTE VON TEDDY THÄLMANN ...

### Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR

Der Held ist ein junger Mann aus einem Dorf in der Provinz. Er kommt nach Nowa Huta – der größten Baustelle des sozialistischen Polen – naiv und bereit, alles für den Aufbau zu geben. Er wird geehrt und beschenkt, als Vorbild für andere Arbeiter herungereicht, er wird Funktionär, gerät in die Mühlen stalinistischer Verfolgung und von dort aus wieder nach oben. Jahre später wird sein Sohn Arbeiter der Danziger Lenin-Werft sein, wo die Solidarność-Bewegung ihren Anfang nahm. So schließt sich in Andrzej Wajdas Film „Der Mann aus Marmor“ der Kreis der Helden im Sozialismus von dessen Aufbau bis zum Anfang vom Ende.

Wajdas Film, der anlässlich der Eröffnung von „SocLand“, einer Ausstellung über die sozialistischen Jahre in Polen, in Anwesenheit des Regisseurs und der beiden Hauptdarsteller gezeigt wurde, war als Begleitprogramm für die Tagung über sozialistische Helden ein Glücksfall. Intensiver hätte man die Atmosphäre der „heldischen“ fünfziger Jahre nicht vermitteln können als im zentralen Kino von Nowa Huta – einem gewaltigem Gebäude von der Größe eines mittleren Theaters – und mit den (zum Teil zeitgenössischen) Bildern von der Baustelle der „ersten sozialistischen Stadt Polens“.

Die Tagung, zu der Silke Satjukow und Rainer Gries vom Historischen Institut der Universität Jena in Kooperation mit dem Polnischen Institut Leipzig und unterstützt von der Bundeszentrale für politische Bildung in die Villa Decius in Krakau (Kraków) eingeladen hatten (13.–16.9.2001), war als Beitrag zu einer „Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR“ angelegt. Den Veranstaltern ging es in erster Linie darum, herauszufinden, wie Helden „gemacht“ werden und welche Botschaften sie mit welchen Stilmitteln transportieren bzw. transportieren sollten. Ausgehend von der Beobachtung, daß propagandistische Inhalte zu allen Zeiten gerne über Personen vermittelt wurden, die diese verkörperten, sollten Heldenfiguren mehrerer sozialistischer Länder und aus den verschiedenen Zeitaltern des Sozialismus von den frühen Sowjethelden bis hin zu den Helden der „realsozialistischen Ebene“ verglichen werden. Ziel dieses Vergleichs war einerseits eine Heldentypologie, andererseits ein Modell zur Kommunikation des sozialistischen Helden, in dem die unterschiedlichen Faktoren Berücksichtigung finden, die in die Gestaltung, Vermittlung und Wahrnehmung von Heldenerzählungen eingingen.

Ogleich als „neuer Mensch“ deklariert, kam der sozialistische Held nicht aus dem Nichts: Wie stark bei der Konstruktion der Helden der neuen Zeit auf traditio-

nelle Topoi zurückgegriffen wurde, machten die Referate von Enno Bünz (Leipzig) über den mittelalterlichen Helden und Frank Möller (Frankfurt/Main) „Zur Konstruktion bürgerlicher Helden im 19. Jahrhundert“ deutlich, die der Tagung gewissermaßen als Folie dienten.

Die Funktion von Helden für Gesellschaften im allgemeinen und die charakteristischen Bestandteile sozialistischer Heldenkonstruktionen im speziellen umriß dann Silke Satjukow: Wie der traditionelle Held diene auch sein sozialistisches Pendant der Angstkompensation und handle gewissermaßen stellvertretend für die Gruppe, die sich dann seine positiven Eigenschaften kollektiv zuschreiben könne. Doch während frühere Heldengenerationen, wie von Bünz und Möller gezeigt, aus der Gruppe herausragten, könne – ja müsse der sozialistische Held ein ganz gewöhnlicher Mensch sein. Der Tod werde ihm nicht mehr unbedingt abverlangt, die zeitliche Distanz zwischen Heldentat und Heldenmythos entfalle, der sozialistische Held könnte auch „mitten unter uns“ leben. Das war spätestens in den sechziger und siebziger Jahren, als Heldentitel *en masse* vergeben wurden (die „Heldentaten“ jedoch oft mehr als banal waren), auch häufig der Fall.

Auf die speziellen Phänomene des Heldentums in der Sowjetunion – dem „Land der Helden“ – ging anschließend Rosalinde Sartorti (Berlin) ein. Sie unterstrich einerseits die besondere Konzentration auf die Arbeitswelt und die Idealisierung der Arbeit in der sowjetischen Helden-Propaganda, andererseits die Entwicklung vom Helden-Kollektiv der frühen Jahre über die exponierteren Einzelhelden in der 1935 ins Leben gerufenen Stachanov-Bewegung und der Kriegszeit bis hin zur „Heldenmüdigkeit“ der Brežnev-Ära. Die „Magie der Wiederholung“ von Heldenepen habe – so Sartorti – ihre Wirksamkeit auch nach 1990/91 nicht gänzlich eingebüßt. Manche Heldenlegenden erwiesen sich als stärker als die Wirklichkeit, vor allem aber habe die Form der Heldenkonstruktion und der Zuschreibung von Held-Sein („Rußland ist ein Held“) die Demaskierungen der post-sowjetischen Zeit überlebt.

Dies trifft z.B. auf Zója Kosmodemjanskaja zu, eine junge Kriegsheldin, die Daniela Rathe (Berlin) als Prototyp der weiblichen Heldin nach dem Muster von Jeanne d'Arc präsentierte und zu der bis heute immer wieder neue Publikationen in die Buchläden kommen. Kosmodemjanskaja erscheint als Medium einer höheren Bestimmung. Der Kampf ist ihr als Frau jedoch nur möglich, weil sie jungfräulich ist. Während ihr die Sexualität abgesprochen wird, geht von der Heldin – vor allem aber von einer Photographie, die sie ermordet zeigt – eine starke Erotik aus. Als aktive, androgyne Frau stellt sie das Gegenstück zur Mutter dar, der Allegorie der Heimat, der (Soldaten-)Gebärenden, der Schützenswerten. Beide Frauentypen spielten in der sowjetischen Propaganda während des Zweiten Weltkrieges eine wichtige Rolle.

Wie beschränkt jedoch das heldische Potential von Frauen war (Rathe), wurde in den folgenden Referaten deutlich. Von einer Ausnahme abgesehen – der „Heldin des Weltalls“ Valentina Tereškova (Monika Gibas, Jena), deren Bekanntheitsgrad wohl nicht zufällig geringer ist als der des ersten Hundes im All – waren alle Heroen männlich.

In der polnischen Heldengalerie, durch die Cesary Król, Piotr Zwierzchowski, Jerzy Kochanowski (alle Warschau), Marcin Zaremba (Krakau) und Izabella Main

(Budapest) führten, fiel die deutliche Dominanz von Kämpfern und Militärs auf. Zudem, das kolportierte Marcin Zaremba in seiner Einleitung, verspielten die Polen ihren „Platz im Weltall“: Während der Streikwelle von 1976 wurde nicht der bereits ausgewählte polnische Raumfahrer, sondern an seiner Stelle ein Tscheche in den Kosmos geschickt, was ein schwerer Schlag für den polnischen Nationalstolz gewesen sei.

In der von Arpad von Klimó eingeleiteten ungarischen Sektion zeigte Boldizsár Vörös (Budapest) mit der Räterepublik nach dem Ersten Weltkrieg den Fall einer extrem energisch aber ebenso pragmatisch durchgeführten „Heldenpolitik“ zur Schaffung neuer, eigener Kulte: Binnen weniger Wochen wurden in Budapest Krankenhäuser, Straßen und Plätze umbenannt, Denkmäler verhüllt und umgestaltet – notfalls auch mit Pappmaché und Gips. Ein paar historische Umbrüche weiter wurde eine Straße in der Budapester Innenstadt nach dem russischen Rittmeister Gusev benannt. Diesen hat es, wie Arpad von Klimó ausführte, niemals gegeben. Doch sein Mythos war so stark, daß ungarische wie sowjetische Historiker immer wieder viel Energie darauf verwandten, Quellen zu seinem Leben und Wirken ausfindig zu machen. Vergebens, natürlich.

Der ganz und gar erfundene Held war in der Welt der sozialistischen Helden die Ausnahme; daß der reale Mensch hinter dem Helden und sein Mythos weit auseinanderklafften, wohl eher die Regel. War der Held bereits tot, konnte er zumindest nicht mehr persönlich in Konflikt mit seiner Legende geraten. Das schloß jedoch nicht aus, daß neben dem offiziell staatstragenden Kult eine von diesem abweichende Tradierung lebendig blieb wie z.B. im Falle Ernst Thälmanns, dem wichtigsten antifaschistischen Helden der DDR und Namenspatron der Pionier-Organisation (Anette Leo, Berlin). Wenn Wolf Biermann sang, „Mir träumte von Teddy Thälmann in der Nacht ein schöner Traum ...“, dann lag darin hintergründige Opposition und die Hoffnung auf einen besseren Sozialismus. Schwieriger wurde es, wenn der Held nach seiner Heldentat weiterlebte und irgendwann nicht mehr bereit und fähig war, sich nahtlos in die ihm zugeschriebene Geschichte einzufügen wie Adolf Hennecke (Silke Satjukow) oder auch Jurij Gagarin (Gerhard Kowalski, München). Täve Schur, der Sieger mehrerer Friedensfahrten, der als Sympathieträger Jahrzehnte unbeschadet überdauert hat, stellt hier die absolute Ausnahme dar (Norbert Rossbach, Jena).

Ein antifaschistischer Held wie Thälmann, der aber im Unterschied zu dem Hamburger Arbeiterführer bereits zu Lebzeiten an seiner eigenen Legende strickte, war der kommunistische Journalist Julius Fučík. Seine „Reportage unter dem Strang geschrieben“ (1943) legte den Grundstein für einen regelrechten Fučík-Kult in der Tschechoslowakei der fünfziger Jahre. Wie Stefan Zwicker (Brünn/Brno) zeigte, ist das jedoch nicht allein darauf zurückzuführen, daß Fučíks Reportage die kommunistische Darstellung von Krieg und Widerstand perfekt stützte und mit einer unerschütterlich optimistischen Zukunftsvision verknüpfte. Vielmehr bezog die Fučík-Legende ihre Wirksamkeit auch aus dem Rückgriff auf religiöse Muster. Als Märtyrer stand Fučík zudem in der Tradition einer ganzen Reihe tschechischer Nationalhelden. Hier fand zwei Jahrzehnte später auch Jan Palach seinen Platz. Doch anders als im Falle Fučíks – so Christiane Brenner (München) – überdauerte die Erinnerung an ihn die Heldendämmerung nach 1989. Der Student, der sich im Januar 1969 als Zeichen des Protestes gegen die Abkehr vom Reformsozialismus auf

dem Prager Wenzelsplatz verbrannte und damit eine ungeheure Emotionalisierung der tschechoslowakischen Gesellschaft auslöste, galt ursprünglich als Symbol für den Kampf um einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“. Parallel zur Veränderung der politischen Ziele der Opposition wandelte sich jedoch auch die Deutung von Palach hin zu einem klassischen nationalen Helden.

Gerade die Überlebenden unter den Heldenfiguren aus der sozialistischen Zeit – die Mythen, die nach 1989/90 eine Uminterpretation oder auch nur Umakzentuierung erfuhren – zeigen, daß sich der Typ des sozialistischen Helden nur schwer von dem des traditionellen Helden abgrenzen läßt. Im Lauf der Krakauer Tagung wurde sehr deutlich, wie stark an die Tradition gebunden die Helden des „neuen Zeitalters“ waren, das, wie Rainer Gries zurecht betonte, selbst in der DDR nur vom Anspruch her auf einer *tabula rasa* seinen Anfang nahm. Während der Stoff, aus dem die Helden des Sozialismus waren, in den Beiträgen – zum Teil illustriert mit Dias und Filmdokumenten – sehr anschaulich wurde und auch die Zäsuren, die Konjunkturen sozialistischen Heldentums auslösten, klar erschienen, herrschte in der Frage der Wirksamkeit der Heldengeschichten bis zum Schluß der Tagung Diskussionsbedarf. Gingen die polnischen Kollegen von einer starken Dichotomie zwischen kommunistischem Staatsapparat und der Gesellschaft aus, in der Kommunikation eigentlich nur in eine Richtung – also nur als autoritärer Monolog der Macht – stattfindet, erstellten die Jenenser Veranstalter ein Modell für die Kommunikation sozialistischer Helden, das die Wechselwirkungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Institutionen betont. Dabei beruht die erste Sicht auf einer sehr skeptischen Einschätzung der Annahme sozialistischer Propaganda durch die Bevölkerungen. Die zweite geht indessen davon aus, daß auch die sozialistischen Gesellschaften Einfluß darauf nahmen, wer ein Held wurde und blieb und das Interesse, die Bewunderung und Zuneigung, die etwa einem Adolf Hennecke entgegengebracht wurden, einen hohen Grad an Authentizität hatten. Wie diese Authentizität nachgewiesen werden kann, blieb jedoch strittig. In dieser Kontroverse hätte der von Jan C. Behrens (Bielefeld) in die Diskussion gebrachte Begriff der Öffentlichkeit – und die Frage, wie Öffentlichkeit in sozialistischen Gesellschaften funktionierte – sicher sehr produktiv sein können.

Gesellschaften – daran besteht kein Zweifel – haben ein Bedürfnis nach Helden. In Phasen, in denen sie sich bedroht fühlen, in Zeiten des Übergangs oder Umbruchs ist dieses Bedürfnis besonders groß. Die Sowjetunion hat dem mehr als entsprochen: Kein zweites Land hat so viele Helden hervorgebracht wie sie, die Namen der Sowjethelden füllen ganze Enzyklopädien. Und auch das „Glückliche Zeitalter“ – wie der tschechische Semiotiker Vladimír Macura den ostmitteleuropäischen Stalinismus titulierte – war eine an Helden reiche Epoche. Ob diese Helden im intendierten Sinne erfolgreich waren – also z.B. die Menschen zu höherer Arbeitsleistung motivieren konnten – mag dahingestellt bleiben. Gewirkt haben sie auf jeden Fall – und sei es nur dadurch, daß jeder sie kannte, sie in Redewendungen und Witzen verewigt wurden und damit wirklich zu Symbolen ihrer Zeit wurden. In diesem Sinne hat die Krakauer Tagung einen wichtigen Beitrag zur Kulturgeschichte des Sozialismus geleistet, auf dessen Publikation man gespannt sein darf.

## IDENTITÄTENWANDEL UND NATIONALE MOBILISIERUNG IN REGIONEN ETHNISCHER DIVERSITÄT

Ein regionaler Vergleich zwischen Westpreußen und Galizien  
am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts

Unter dem Titel „Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität“ fand am 21.–22. September 2001 am Marburger Herder-Institut eine Tagung statt, die den Schlußpunkt hinter ein von der Volkswagen-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt setzte, welches sich bewußt um die Einbindung polnischer und ukrainischer Kollegen bemüht hatte. Nach einleitenden Bemerkungen der Tagungsorganisatoren, Ralph Schattkowsky und Michael G. Müller, behandelten zwölf Einzelreferate die drei Regionen, welche den Vergleichsrahmen bildeten: Westpreußen (Elegiusz Janus, Cesary Obracht-Prondzynski und Robert Traba), Galizien (Christoph Mick, Kai Struve, Vasył Rasevič und Oleh Turij), und die Bukowina (Oleksandr Dobrżanski, Anatolij Kruglašov und Sergij Osačuk). Ergänzt wurden diese Fallstudien durch Beiträge zur Geschichte der Juden in der Habsburgermonarchie (Wolfgang Häusler) und zu den Totejsi im weißrussisch-polnisch-ukrainischen Grenzgebiet (Hans-Christian Trepte). Die Ergebnisse wurden jeweils am Ende eines Halbtages in Kommentaren (von Steen Bo Frandsen, Peter Haslinger, Michael G. Müller und Ralph Schattkowsky) zusammengefaßt.

Gleich zu Beginn unterstrich Ralph Schattkowsky (Rostock/Halle), der auch für das Tagungsexposé verantwortlich zeichnete, noch einmal die Notwendigkeit einer endgültigen Abkehr von der traditionellen Nationalhistoriographie. Die Nation wachse nicht, wie frühere Vorstellungen suggerierten, aus der Masse heraus, sondern werde durch die Interaktion zwischen Massen und Eliten hergestellt. Die Wechselseitigkeit zwischen Nationalisierung, Modernität und der Angleichung regionaler Disparitäten führe hierbei auch zu einer Regionalisierung des Nationalen mit der Ausbildung von Netzwerken und der sich daraus speisenden organisierten Gruppendynamik. Wie die Projektergebnisse sowohl für Westpreußen als auch für Galizien nahelegten, werde hierbei vor Ort, so Schattkowsky, eine Atmosphäre des nationalen Bekenntniszwanges aufgebaut, was auch zu Gewalt gegen einzelne „Abweichler“ führe.

Die Nation als Mittel der Emanzipation oder eher der Disziplinierung, diese Frage zog sich als einer der roten Fäden durch viele Tagungsbeiträge. So gab etwa Michael G. Müller zu bedenken, daß nicht jede Massenmobilisierung automatisch in Richtung Demokratisierung wirke und oft zur Entwicklung individueller Emanzipationsstrategien zwischen konkurrierenden nationalen Bewegungen zwingt. Kai Struve (Marburg) stellte in der Diskussion zur Entwicklung in Galizien das Egalitätspotential des Nationalen – über den Anspruch der Verwirklichung von Gleichberechtigung – durchaus nicht in Frage, konstatierte jedoch gleichzeitig, daß der nationale Diskurs in Galizien im 19. Jahrhundert auf beiden Seiten weniger emanzipierend als vielmehr disziplinierend gewesen sei. In seinem Beitrag zu „Bauer und Nation in Galizien vor dem Ersten Weltkrieg“ führte Struve zudem aus, daß in

Galizien seit den 1880er Jahren eine verstärkte Präsenz nationaler Organisationen im Dorf beobachtet werden konnte, was dort in der Folge zu einer Restrukturierung der Kommunikation führte. Im Zuge der Entwicklung waren polnische und ruthenische Intellektuelle in Konkurrenz zueinander um die Gewinnung der Bauern und eine Verbesserung ihrer Lebenssituation bemüht. Die Präsenz nationaler Vereine ging hierbei allerdings oft auf die Initiative einzelner Dorfbewohner zurück; diese mußten jedoch den ständigen Kontakt mit Intellektuellen sicherstellen, um den Fortbestand der Vereine vor Ort zu garantieren.

Zu durchaus vergleichbaren Ergebnissen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen nationalen Akteuren und der Gesamtbevölkerung gelangte Christoph Mick in seinem Beitrag über nationale Feste in Lemberg (Lviv, Lwów) vor dem Ersten Weltkrieg. Während die dynastische Festkultur in jenen Jahren einen eher systemstabilisierenden Charakter aufwies, waren Nationalfeste, so Mick, oft subversiv und zielten auf Veränderungen ab. Trotz der weitgehenden Friedfertigkeit spielte die durchaus mögliche Gewalt bzw. Eskalationsangst immer wieder eine zentrale Rolle. Insgesamt hätten Feste an symbolischen Orten unter jährlicher Wiederholung nicht nur die Nation als Letztwert stabilisiert, sondern auch bewußt als Demonstration gegenüber „den anderen“ gedient, um z.B. den ethnisch-nationalen Charakter der Stadt oder die eigene numerische Stärke zu unterstreichen.

Insgesamt wurde in den Ausführungen von Christoph Mick wie auch in der Diskussion der Aspekt des Fremdbezuges in einer besonderen Ambivalenz deutlich: als ein negativer (identifikatorisch-konzeptioneller) und ein positiver (organisatorisch-logistischer). Anders ausgedrückt korrespondierte z. B. bei den Vereinsaktivitäten das Konkurrieren in den Inhalten durchaus mit gegenseitigen Entlehnungen und direkten Bezugnahmen, was Strategien und Formen der Mobilisierung betraf. Peter Haslinger (München) widmete sich daher in seinem Kommentar der Frage nach den Gruppengrenzen und der daraus nötig werdenden Korrektur am gängigen Identitätsbegriff. Hier gelte es, so Haslinger, „Identität“ zum einen als Stabilitätsillusion einer Gruppe und als Näheillusion zwischen ihren Mitgliedern zu sehen; dabei gelte es jedoch zu beachten, daß es sich beim subjektiven Identitätsempfinden immer auch um das Zwischenergebnis eines kollektiven Aushandlungsprozesses handle. Entsprechend plädierte Haslinger dafür, die Aufmerksamkeit verstärkt den Rahmenbedingungen der Interaktion vor Ort zu widmen und die Nation auch als „Verständnisproblem“ zu interpretieren: Es müsse verstärkt gefragt werden, inwieweit die formulierten nationalen Selbstkonzepte in die Bedeutungshorizonte kleinregionaler Gemeinschaften integrierbar gewesen seien. In vielen Fällen könne vielleicht sogar von einer „Regionalisierung“ der nationalen Konzeption gesprochen werden, etwa durch die Berücksichtigung lokaler sozialer und weltanschaulicher Eigen- und Fremdbilder.

Bereits in seinen einleitenden Ausführungen hatte Ralph Schattkowsky auf den „versprechenden Charakter“ des Nationalen hingewiesen, wobei Eliten gezwungen seien, Feindbilder zu akzentuieren, wenn geweckte Erwartungshaltungen nicht aufrecht erhalten werden könnten. Die jeweils „Anderen“ als diskursive Ressource nationaler Integration erwiesen sich im Rahmen vieler Tagungsbeiträge entsprechend als ein zentraler Faktor. In seinen Ausführungen zu den „Kaschuben zwi-

schen deutscher Gesellschaft und polnischer Kultur“ wies Cesary Obracht-Prondzyński (Danzig/Gdańsk) nach, wie variabel Ethnisches in Zeit und Raum sei, und wie sehr dabei Gruppenidentität in einem Verweis auf den jeweiligen Nachbarn hergestellt werde (ein ähnliches, wenn auch auf der Basis freiwilliger Exklusion begründetes Beispiel präsentierte Hans-Christian Trepte, Leipzig, am Beispiel der „Hiesigen“, der Totejši). Robert Traba (Warschau) verwies seinerseits auf die kleinregionalen Unterschiede innerhalb Westpreußens und zog die Sinnhaftigkeit des klassischen Akkulturationskonzeptes, das von einer Stunde Null im Interaktionsprozeß ausgeht, für die Analyse ländlicher Lebenswelten Ostmitteleuropas in Zweifel. Weiter sei bei der Akkulturation ein gegenseitiger Austauschprozeß denkbar, der Identifikation nicht benötige und gleichzeitig Konfrontationen nicht ausschließe – ganz im Gegensatz zur Assimilation, der eine völlige Identifikation zugrunde liege und die die Akzeptanz der empfangenden Gruppe voraussetze.

Ein Ziel der Tagung war insgesamt, bisherige Vorstellungen eines nationalen Mit- und Gegeneinanders in den untersuchten Regionen einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Vasył Rasevič (Lemberg) versucht in seinem Beitrag „Über das Verhältnis zwischen Volk und Nation bei der nationalen Formierung der Ukrainer“, eine Korrektur an der neuen ukrainischen Nationalhistoriographie anzubringen. Der Einschätzung, der Verzicht auf Staatlichkeit seitens der galizischen Ukrainer sei nur aus taktischen Gründen erfolgt, könne er sich nicht anschließen, so Rasevič; tatsächlich wären die Bedingungen für die Konstitution nationaler Identität und die Entwicklung einer Massenbewegung gerade im Rahmen der Habsburgermonarchie überaus günstig und die Kommunikation über die Grenze zum Russischen Reich hinweg sehr spärlich gewesen.

Der Beitrag von Sergij Osačuk (Czernowitz/Tschernowzy/Černovzy) zur „gesellschaftlichen Formierung der Nationalitäten in der Bukowina bis zum Ersten Weltkrieg“ war demgegenüber durch das Anliegen gekennzeichnet, die oft als multiethnisches Ideal stilisierte Bukowina als keineswegs konfliktfreie Region darzustellen. Es habe keine multikulturelle Verschmelzung gegeben, kennzeichnend sei vielmehr ein scharfes Nebeneinander der einzelnen nationalen Gruppierungen, welches sich seit den 1860er Jahren auch in den mit unterschiedlicher Geschwindigkeit expandierenden Vereinsnetzwerken widerspiegelte (zur Jahrhundertwende hatte jede nationale Gruppe eigene Studentenverbindungen, Lesehallen und Nationalhäuser). Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges herrschte in Czernowitz eine ziemlich gespannte Atmosphäre, wobei allerdings die numerischen Verhältnisse auch bewirkten, daß sich eine Kompromißkultur herausbilden konnte – keine ethnische Gruppe konnte darauf zählen, im Kronland die Herrschaft auszuüben.

Zu einer ähnlich ambivalenten Einschätzung gelangte Anatolij Kruglašov (Czernowitz) in seinem Beitrag zu „Universität und Stadt im Nationalisierungsprozeß“. Zwar habe sich die Universität Czernowitz nicht zu einem nationalen Schlachtfeld entwickelt und die Professoren hätten außerhalb der Universität eine wichtige Rolle bei der Herstellung eines interethnischen Ausgleiches eingenommen. In ihren inneren Strukturen sei sie jedoch ebenfalls national segmentiert gewesen, etwa bei den Burschenschaften, auch wenn diese nicht offen-feindselig miteinander konkurrierten. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen gelangte Kruglašov zur Ein-

schätzung, die imperialen Staatsstrukturen Österreich-Ungarns hätten einen wesentlichen Anteil daran gehabt, die nationale Gegnerschaft in der Bukowina zu dämpfen.

In seinem Schlußkommentar widmete sich Michael G. Müller der von ihm eingangs aufgeworfenen Frage, ob Ostmitteleuropa „ethnischer“ bzw. „nationalistischer“ gewesen sei als andere Teile Europas. Zwei Aspekte, so Müller, schienen diesen Eindruck zu erwecken: In Ostmitteleuropa sei eine größere ethnische Vielfalt politisiert worden, und die Wahrscheinlichkeit, daß Nationalisierung zur Konkurrenz um dasselbe Territorium führen würde, sei deutlich größer gewesen als in den meisten anderen Regionen Europas. Müller plädierte jedoch zu einem Umdenken, was nationale Mobilisierung als gesamtgesellschaftlich relevantes Phänomen betrifft: Bislang seien, so Müller, die ethnisch-nationalen Kämpfe als etwas Rückständiges angesehen worden, die Nationalisierung nach westeuropäischem Muster hingegen als etwas Modernes. Dagegen sei einzuwenden, daß in den diskutierten Beispielen ein Elitenwechsel überhaupt erst das Feld für eine moderne Entwicklung eröffnete; es wurden ständische Partizipationsvorstellungen in ethnische Kategorien überführt, was zu einer Delegitimierung der alten Schichten führte. Die Mobilisierung von Massen im Zeichen von Partizipation habe zur beschleunigten Entwicklung in Richtung moderner Kommunikationsgemeinschaften selbst in solchen Regionen geführt, in denen dies aufgrund der infrastrukturellen Grundlagen kaum zu erwarten gewesen wäre.

In seinem Kommentar stellte Steen Bo Frandsen (Hannover) abschließend fest, er sei nicht zuletzt auf Grund der Tagungsergebnisse überaus optimistisch im Hinblick auf die Entwicklung einer gesamteuropäischen Forschung zu Fragen des Nationalismus und Regionalismus. Die noch nicht festgefügtten Nationalhistoriographien (z. B. der Ukraine) bzw. deren erneute kontroverse Diskussion sei auch für die westeuropäische Forschung ein Anstoß, ihre Peripherien unter neuen Gesichtspunkten wiederzuentdecken. Insgesamt sei daher in nur wenigen Jahren eine Vergleichsebene erreicht worden, die ein gesamteuropäisches Bild zu zeichnen beginne.

Es bleibt entsprechend nur zu hoffen, daß sich diese erfreulichen Ansätze gerade unter den veränderten Rahmenbedingungen zu gesamteuropäischen Fragestellungen entwickeln, was das Verhältnis zwischen Nationalisierung, Regionalität und lokalen Lebenswelten betrifft. Zum Generalthema „Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität“ vor dem Ersten Weltkrieg würden die regionalen Disparitäten innerhalb Europas noch zahlreiche interessante Vergleiche ermöglichen und erfordern, wobei im Rahmen dieses Vergleiches gerade den böhmischen Ländern eine sehr wichtige Rolle zukommen würde – als Regionen mit Westeuropa durchaus vergleichbaren infrastrukturellen und institutionellen Voraussetzungen, jedoch eingebettet in das politische System eines multinationalen Reiches.

FRANZ KAFKA  
IN PRAG UND ANDERSWO

Zurück zum Text! Kafka müsse immer wieder neu und in neuen Zusammenhängen gelesen und quergelesen werden. Ähnliches gelte auch für die „Rezeption“ der Stadt Prag. So etwa lautete das Resümee, das Karin Andert, Studienleiterin der Evangelischen Akademie Tutzing, am Ende einer Tagung zog, die von 12.–14. Oktober 2001 in Rothenburg ob der Tauber stattgefunden hat, und an deren Vorbereitung auch das Goethe-Institut Inter Nationes Prag beteiligt war.

Als sich im April 2000, nach jahrelangem Tauziehen, das auf den Beobachter wie ein *Happening* zur Veranschaulichung der Texte des zu Ehrenden wirken mußte, der Prager Magistrat endlich dazu durchrang, einen Platz in Prag auf den Namen Franz Kafkas zu taufen, hatte dies außerordentliche Pressereaktionen zur Folge: Erst durch den Vollzug des wohl von vielen für selbstverständlich Gehaltenen wurde eine breitere Öffentlichkeit auf die skandalös stiefmütterliche Behandlung aufmerksam, die Mütterchen Prag seinem vielleicht bedeutendsten Sohn hatte angedeihen lassen. Damals entstand die Idee zu einer Tagung über die schwierige und unausgeglichene Beziehung zwischen Franz Kafka und seiner Heimatstadt.

Kurt Krolop (Prag) eröffnete den Reigen der Fachreferate mit einem Abriss der Rezeptionsgeschichte Kafkas in Prag und des Wandels der Kontextualisierung seines Werks: Max Brod hatte ein Bild Kafkas als eines gläubigen, beinahe heiligen Menschen gezeichnet. Diese Sichtweise dominierte bis zur Kafka-Konferenz in Liblice 1963, die das Interesse an den Texten in den Vordergrund rückte. Seit Mitte der sechziger Jahre gilt das Wörtlichnehmen Kafkascher Texte als einzig legitime Art und Weise der Annäherung. Zwar erschien nach und nach eine Vielzahl von Übersetzungen einzelner Texte Kafkas ins Tschechische, eine erste tschechischsprachige Kafka-Ausgabe wurde jedoch erst 1997 begonnen. Krolop wandte sich gegen reduktionistische Interpretationsversuche, die einzig auf Kafkas Prager Deutsch abheben. Prosa zu lesen und zu schreiben, bedeutete für Kafka ein sensibles Abhören von Sätzen auf ihre Rhythmik hin; die Architektonik seiner wohlgebauten Sätze erforderte einen langen Atem. Bemerkenswert auch im Hinblick auf sein Schreiben sei Kafkas Vorlesepassion. Wilhelm Schäfers Erzählung „Beethoven und das Liebespaar“ etwa habe er immer wieder vorgelesen, als „liefe er mit seinem ganzen Körper die Betonungen ab“. Krolop schloß mit dem Appell, man möge nicht herausfinden wollen, „was der Dichter sagen wollte, sondern was er gesagt hat“.

Der Vortrag von Josef Čermák (Prag), dem wohl maßgeblichen tschechischen Kafka-Forscher, kreiste um „Franz Kafka zwischen Mythos und Wirklichkeit“. Unklarheiten über das Leben Kafkas bildeten, so Čermák, den Nährboden für eine Legendenbildung, die auch die literaturwissenschaftliche Forschung nicht unberührt gelassen habe. Lücken im Wissen über Kafka seien mit viel Phantasie gefüllt worden. Die so entstandene Legende vom anarchistischen Kafka etwa müsse heute endgültig verworfen werden. Čermák erklärt die außerordentliche Mythenbildung um Kafka mit einer Gedächtnislücke von etwa 25 Jahren: Der Kafka-Boom setzte erst Ende der vierziger Jahre ein, und als dann die ersten Kafka-Forscher nach Prag kamen, präsentierten ihnen die befragten Zeitzeugen ein bereits unentwirrbares Gemisch aus

zutreffenden und falschen Informationen und Mystifikationen. Vor allem Michal Mareš (1893–1971), ein schillernder Abenteurer, der in seinem an Abwechslung reichen Leben unzähligen Berufen nachging, aber stets mit dem Anarchismus sympathisierte, muß hier mit seinen zum Teil frei erfundenen Berichten genannt werden. Dieser Mareš – der sich zeitweilig auf seiner Visitenkarte als „Dichter und Selcher“ oder tschechisch „básník a klobásník“ auswies –, und nach diversen literarischen Veröffentlichungen und einem langjährigen Gefängnisaufenthalt verarmt starb, schuf immer neue Legenden. So auch die vom Anarchisten Kafka (mit dem er wenig Umgang hatte), die durch Klaus Wagenbachs einflußreiche Kafka-Monographie verbreitet und 1965 von Gustav Janouch weitergesponnen wurde. Für Kafkas Beziehung zum Anarchismus aber gibt es bis heute keinen einzigen Beweis. Marešs Berichte sind voller Unstimmigkeiten, ihre Glaubwürdigkeit ist in vielen Punkten widerlegt. Vor allem – so Čermák – sei Mareš im Erfinden von Kafka-Zitaten weit aus weniger begabt gewesen als etwa Janouch, dessen Fälschungen den Ton und das Register Kafkas besser trafen.

Das Flanieren in der Großstadt, die Art und Weise, wie es die Wahrnehmung beeinflusst und Kafkas Werk prägt, war der Gegenstand des Vortrags von Georg Guntermann (Trier). Von einem im Auto vorüberfahrenden Beobachter werde die städtische Welt als unverbundene Reihung zunächst unzusammenhängender Bilder erlebt, deren Beziehung zueinander er selbst herstellen muß, um einen Zugang zu dieser Welt zu finden. Ihre schnelle Abfolge steht dem Ruhebedürfnis des Betrachters entgegen. Kafka dagegen liebte das Flanieren; er zog das langsamere Tempo des Bilderwechsels vor. Besonders angezogen habe er sich von den Bewegung in gefrorener Form abbildenden Kinoplakaten gefühlt. Wiederholt spricht er in seinen Briefen von seiner „Gier nach den Plakaten“. Für den, der sich in der Stadt bewegt, werden aufgrund neuer Fluchtlinien vertraute Dinge ebenso fragwürdig wie die eigene Position. Die Steigerung der Erfahrung in der Großstadt bringt auch die Gefahr der Desorientierung mit sich, des Fremdwerdens der eigenen Person. Weil diese Entgrenzung eine Antwort verlangt, muß der Beobachter neue Koordinaten setzen und die Dinge auf ein faßliches Format zurückführen. Als probates Mittel, Ereignisse überschaubar zu machen, erzähle Kafka sie, als fänden sie auf einer Bühne statt. Seine ruhende Beobachtung zerlegte Gesamterscheinungen in einzelne Teile, um sie dann zu einer neuen Skizze zusammenzusetzen. Von Franz Hessel stamme die Bemerkung, Flanieren sei „eine Art Lektüre der Straße“, wobei die einzelnen wahrgenommenen Elemente, etwa Autos, Leute oder Bäume, prinzipiell gleichgewichtigen Buchstaben gleichzusetzen seien. Der Flaneur unterscheide nicht zwischen Wichtigem und Unwichtigem. Die so entstehende ästhetische Gleichwertigkeit führe dazu, daß alle, auch die eigenen Gewißheiten und Urteile bezweifelt würden. Mit dieser allgemeinen Fraglichkeit der Ansichten korrespondierten auch die skrupulösen Selbstzweifel Kafkas.

Die Ausführungen Hartmut Binders (Ludwigsburg) zu „Kafkas Stadtlandschaft“ relativierten die Bedeutung der großstadtspezifischen Wahrnehmungsweisen für die literarische Produktion Kafkas. Sei dieser tatsächlich ein genauer Beobachter städtischen Lebens gewesen, so finde dies höchstens mittelbar in seinen Texten Niederschlag. „Der Nachhauseweg“ sei wohl der einzige Text Kafkas, der eindeutig topo-

graphische Bezüge enthalte. Die Dämonisierung der Stadt als geheimnisvoll und mystisch etwa, wie sie beispielsweise Paul Leppins Schriften bestimmte, finde sich bei Kafka nicht wieder. Mit Max Brod habe dieser im Gegenteil Kritik an der Rückständigkeit der sozialen Einrichtungen Prags geübt. Allerdings habe Kafka seine Beobachtungen durchaus als Bausteine benutzt, die er dann vollkommen den Erfordernissen der jeweiligen Erzählung angepaßt habe. So erscheint etwa in einem Text Kafkas ein Motoromnibus, den es damals in Prag noch gar nicht gab. Erstaunlich sei vor allem das gänzliche Fehlen des Topos von der demolierten Stadt in Kafkas Texten. Weder die Regulierung der Moldau noch der Umbau der Moldaubrücken oder die Zerstörung des Prager Ghettos und die anschließende Errichtung von Sezessionsbauten in der Josefsstadt 1897 bis etwa 1919 fänden literarisch Niederschlag. Obwohl Kafkas unmittelbarer Lebenskreis für zwei Jahrzehnte in eine Baustelle verwandelt wurde, habe dieser die Erneuerung der Prager Altstadt nur ein einziges Mal flüchtig erwähnt. Generell spiegeln Kafkas Tagebücher und Briefe die wichtigsten Ereignisse der Zeit und aus seinem Leben nicht wider. In Kafkas Notizen findet sich beispielsweise nur eine einzige – belustigte – Erwähnung eines Vortrags von Rudolf Steiner. In Wahrheit aber habe Kafka elf Vorlesungen Steiners im voraus gebucht und auch besucht, allein acht davon über den Blutkreislauf. Kafkas Lebenszeugnisse, so resümierte Binder, verschweigen oft das Wesentliche, „wenn sie nicht überhaupt übergehen, was Kafka beeindruckt hat“.

In seinem Vortrag wandte sich der Leiter der Forschungsstelle Prager deutsche Literatur an der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal, Jürgen Born, dem „anderen Kafka“ zu, der sich nach der Idylle eines einfachen, überschaubaren Lebens gesehnt habe, das der Prokreation anstelle der Kreation gewidmet ist. Von seinem 18. bis 22. Lebensjahr war Kafka ein eifriger Leser der Zeitschriften „Die Gartenlaube“ und vor allem „Der Kunstwart“, die er sogar abonniert hatte. Hingezogen fühlte er sich in dieser Zeit zu Autoren wie Hebel, Eichendorff, Claudius, Stifter. Es sei verfehlt, so Born, diese frühe Hinwendung zum „Kunstwart“ und seinen geschmacksbildenden Kategorien der Wahrhaftigkeit, Natürlichkeit und Schlichtheit des Stils als Jugendsünden Kafkas abzutun. Die Bauern, mit denen Kafka während seines Landaufenthaltes in Zürau 1917 in Kontakt kam, hätten ihn tief beeindruckt. In einer Tagebucheintragung bezeichnet er sie als „Edelmänner, die sich in die Landwirtschaft gerettet haben“. Bereits 1916 empfiehlt er Felice Bauer Johann Peter Hebels „Schatzkästlein“ als seine Lieblingslektüre und träumt davon, wie dieser ein Dichter zu sein, „der im Sonnenlicht Geschichten schreibt“. Bezögen sich die steten Selbstvorwürfe Kafkas zunächst noch auf sein Versagen im Sozialen, so betrachte er sich ab 1922 auch als Schriftsteller als gescheitert. Zwar habe Kafka keineswegs naiv die Idylle geliebt, aber eine Ahnung von einer nicht entfremdeten Welt, vom „rechten Tun und Leben“ (Eichendorff) habe ihn doch umgetrieben. In seinen weiteren Ausführungen bezog Born eine Bemerkung Kafkas aus einem Brief an Felice Bauer („Du warst im Richtigen, soweit es auf Dich allein ankam“) auf ein Flaubert-Wort („Ils sont dans le vrai“), was im Anschluß an seinen Vortrag kontrovers diskutiert wurde.

Die „Mythen über Kafkas Tschechisch“ einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, hatte sich Marek Nekula (Regensburg) zur Aufgabe gemacht. Über Kafkas

Beziehung zur tschechischen Kultur und Sprache gebe es sehr unterschiedliche Auffassungen. Sie oszillieren zwischen den extremen Positionen, Kafka sei völlig zweisprachig gewesen, und andererseits, er habe kaum seiner Arbeit nachgehen können, sobald dies den Gebrauch der tschechischen Sprache erfordert habe. Grundlage dieser Verwirrung seien widersprüchliche Angaben von Kafka selbst. Seine Personalakte weist ihn als in beiden Sprachen arbeitsfähig aus; offizielle Briefe in tschechischer Sprache ließ er sich jedoch von Josef David, dem Ehemann seiner Schwester Ottila, übersetzen. In Kafkas Familie habe deutlich das Deutsche dominiert, während im Haushalt – man hatte „böhmisch“-sprachiges Personal – meist Tschechisch gesprochen wurde. Mehrere tschechischsprachige Briefe, die Kafka ohne fremde Hilfe verfaßt habe, zeigen, daß sein Schrifttschechisch keineswegs fehlerlos war. Da die Originalmanuskripte praktisch nicht zugänglich sind, mußte ihre korrigierte Veröffentlichung einen falschen Eindruck von Kafkas Tschechischfertigkeiten erwecken, der dann symbolisch-nationalistisch aufgeladen werden konnte. Die von Hartmut Binder und Klaus Wagenbach in Deutschland herausgegebenen tschechischen Briefe Kafkas hingegen enthalten mehr Fehler als die Originalmanuskripte, was durch Deformationen bei der Drucklegung verursacht wurde.

Anhand von frühen tagebuchartigen Notizen Kafkas erläuterten Peter Staengle und Roland Reuß, die Herausgeber der historisch-kritischen Kafka-Ausgabe sämtlicher Handschriften, Drucke und Typoskripte im Stroemfeld Verlag, ihr editorisches Projekt. Die Stroemfeld-Ausgabe bietet eine diplomatische Umschrift neben dem Faksimile-Druck der betreffenden Seite sowie Marginalien. Zugunsten der Darstellung verzichtet sie auf Beschreibungen des Originals, gibt auch Gestrichenes wieder, nimmt keine Genre-Zuordnungen der Texte vor und legt hohen Wert auf Überprüfbarkeit und Transparenz. Die Herausgeber wenden sich gegen die „Mythologie einer genauen Datierbarkeit“ selbst im Fall der Tagebücher. Sie weisen darauf, daß die Ausgabe des S. Fischer Verlags den literaturwissenschaftlich ungeklärten Status der Tagebücher nicht einmal in einer Annotation anmerke und so den falschen Anschein eines zusammengehörigen Textes erwecke, der als solcher jedoch erst von Max Brod konstituiert worden sei. Kafka habe die Eigenart gehabt, eine unterbrochene Textproduktion wieder aufzugreifen, indem er häufig an einer späteren Stelle seines Schreibheftes einen dem bereits Geschriebenen inhaltlich vorangehenden Textabschnitt notiert habe. Zudem sei der Überlieferungsstand problematisch, weil Kafka später diese Hefte aufgelöst hat, um eine bestimmte Reihenfolge der Einzelblätter herzustellen. Erst Brod habe dann – notgedrungen – selbst eine Abfolge festgelegt. Aus der Fischer-Ausgabe sei der Überlieferungsstand jedoch nicht rekonstruierbar, und da Kafkas Manuskripte vom Zerfall bedroht seien, leiste die historisch-kritische Ausgabe neben der philologischen Forschung auch eine Sicherung der Grundlagen. Sie verzichtet deshalb immer dann darauf, einen Lesetext herzustellen, wenn keine von Kafka selbst autorisierten Drucktexte vorliegen.

Den abschließenden Tag der Kafka-Konferenz eröffnete Andreas Ströhl (München) mit einem Bericht über die touristische Vereinnahmung Kafkas und die Bildung und Vermarktung von Legenden um den Autor im Zeichen und Dienst der Kommerzialisierung seines Namens und Gesichts. Weil Prag den Ruf einer literarischen Metropole Altmitteleuropas hat, zeitgenössische tschechische Autoren im

Ausland aber weitgehend unbekannt seien, fokussierte sich die Aufmerksamkeit der Touristen in den neunziger Jahren auf den bekannten Namen Kafka. Während sich das tschechische Lesepublikum für Kafka wenig interessierte, wurde er für die zahlreicheren jungen, akademisch gebildeten US-Amerikaner in Prag schnell zur Ikone. Sie besetzten das Kafka-Bild und führten es – unterstützt von dankbaren Touristen aus dem Westen, denen nun ein ihre Ängste und Phobien vor dem „Osten“ entlastendes Konkretum angeboten wurde – einem konsequenten *Merchandising* zu. Anhand einer kurzen Analyse des Films „Kafka“ von Steven Soderbergh legte der Referent dar, wie die Erlebniserwartungen westlicher Touristen hinsichtlich Prags und seines „Zaubers“ medial vorstrukturiert werden. Hinzu komme noch die spezifische Eignung Kafkascher Texte zur Auffüllung semantischer Leerstellen durch vom Rezipienteninteresse generierte Projektionen. Aus der Kurzanalyse eines weiteren Films, „Pola X“ von Leos Carax, leitete Ströhl eine Opposition ab, die dem Osten Europas aus westlicher Sicht unheimliche, erotisch-verlockende und bedrohliche Qualitäten zuordne. Die Verunsicherung der Prag-Besucher angesichts der abgründigen, unverständlich erscheinenden, erdrückenden Geschichtlichkeit Prags breche sich in Form eines einzigartig oberflächlichen Kafka-Kultes Bahn: Kafka muß, als wäre er von E.T.A. Hoffmann erfunden, als ahasverischer Wiedergänger auf tausend T-Shirts und Devotionalien durch die Gassen – und Kassen – der Altstadt laufen, um die bösen Geister des bedrohlich vertraut wirkenden Unverständlichen, Abgründigen zu bannen, eine Kompensation und psychohygienische Entlastung. Sie bietet die kleinere, die käufliche Katharsis, den wohlfeilen Ablaß.

Eduard Goldstücker bemühte sich seit der Kafka-Konferenz von Liblice, zu veranlassen, daß Franz Kafka in Prag ein Platz oder eine Straße gewidmet werde. Dies schien zunächst aus ideologischen Gründen undenkbar. Vor 1989 – darauf hatte bereits Karin Andert in ihrer Einführung hingewiesen –, war Kafkas Werk in der Tschechoslowakei kaum erhältlich gewesen, außerhalb des engeren literaturwissenschaftlichen Diskurses habe Kafka nur eine geringe Rolle gespielt. Doch auch nach 1989 stieß ein solches Vorhaben auf „unüberwindliche“ Hindernisse, deren Begründung seitens des Prager Magistrats voller offenkundiger Widersprüche war, und die in Goldstücker die Vermutung aufstiegen ließen, die wahren Gründe für die Ablehnung würden nicht genannt werden. Bei all den Umbenennungen, die nach der Wende stattfanden, kam kein einziger der berühmten Prager jüdischen und Deutschschreibenden Autoren in den Platz- und Straßennamen Prags zum Zug. Deshalb vermutete Goldstücker, daß in der heute tschechischen Stadt kein Platz für ihre vergangene deutschsprachige Kultur sei. Katarina Holländer (Zürich) ging detailliert den Peripetien nach, die schließlich nach 37-jähriger Anstrengung erst im Jahr 2000, als Prag, eine der europäischen Kulturhauptstädte der Jahrtausendwende, unter drückender Aufmerksamkeit des Auslands stand, und als die internationale Presse bereits auf die Farce um die Namensgebung aufmerksam zu werden begann, zu einer bizarren Einweihung eines Franz-Kafka-Platzes – oder eigentlich: Plätzchens – führten.

Prag hat tatsächlich seit dem letzten Jahr einen Franz-Kafka-Platz, tschechisch, wie gesagt, *Náměstí Franze Kafky*. Und seither entdecken ihn immer mehr Besucher der Stadt: *Franze Kafky*. Nicht wenige vermuten, das müsse wohl der „richtige“ „tschechische“ Name Kafkas

sein [...]. Im Mai 2000 konnte man etwa in der Zeitschrift „Schweizer Buchhandel“ erfahren: „Franz Kafka ist allgegenwärtig“ – so war der Beitrag zur Prager Buchmesse betitelt. Das „kafkaeske Prag“ hatte den Verfasser bezaubert, und er berichtete, der Schriftsteller werde „auf tschechisch“ Franz Kafka geschrieben.

Petr Brod (Prag/München) wies in seinem abschließenden Spontanreferat darauf hin, daß Aussagen über die Zugehörigkeit zu kulturell-ethnischen Gruppen ebenso wie über familiäre Hintergründe in Prag kaum anhand sprachlicher Kriterien zu treffen und schon gar nicht in Nebensätzen zu behandeln seien, sondern vielmehr genaue Kenntnisse der Situation der Prager Juden erforderten. Der Name „Kafka“ etwa tauche Anfang des 17. Jahrhunderts in Prag auf und finde sich seither mit mittlerer Häufigkeit unter den dortigen jüdischen Familien. Brod warnte vor vorschnellen Rückschlüssen. So seien 1790 alle Juden in den österreichischen Kronländern gezwungen worden, deutsche Namen anzunehmen. Bis 1848 habe es eine Verpflichtung für Juden gegeben, deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen und Pflichtschulen mit deutscher Unterrichtssprache zu unterhalten. Ihre Umgangssprache sage deshalb so wenig über ihre ethnische Zugehörigkeit aus wie etwa die Sprache ihrer Grabsteine.

Die abschließende Diskussion kreiste zunächst um die 3,20 m hohe bronzene Kafka-Statue von Jaroslav Róna, die ein „wandelnder Wintermantel“ mit einem kleinen Kafka auf der Schulter, demnächst in der Věžeňská aufgestellt werden soll – „eine Dienstleistung für Ausländer“ –, wie die Zeitschrift „Týden“ explizit schrieb. Zum anderen wurde das humoristische Element der Texte Kafkas hervorgehoben. Bei „nicht verbildeten Lesern“ erzielten sie, so Binder, „von Kafka intendierte Heiterkeitserfolge“. Born ergänzte, Rilke habe über „Die Verwandlung“ „ganz schrecklich gelacht“.

Schwierigkeit, aber auch Verdienst der Tagung „Franz Kafka in Prag und anderswo“ war es, zugleich nach Wirkungen Kafkas auf Prag zu fragen und nach Spuren von Prag in Kafkas Texten. Das sich daraus ergebende Paradoxon konnte zwar durch zeitweise Isolation beider Fragestellungen momentan ausgeblendet werden. Wie die Frage nach der Welt im Gehirn und dem Gehirn in der Welt hatte die Veranstaltung jedoch ihre stärksten Momente dort, wo beide Dominanzansprüche ungedämmt aufeinanderprallten und ineinandergriffen. Das anwesende (Laien-)Publikum, beeindruckend in seiner Durchhalte-, Absorptions- und Begeisterungsfähigkeit, schien jedenfalls die Vorträge, die beide Positionen integrierten, vorrangig zu goutieren. Čermáks ebenso lehrreiche wie unterhaltsame Ausführungen über Michal Mareš als „Zeitzeugen“ Kafkas verdienen hier besondere Erwähnung. Die eher journalistisch geprägten Beiträge – vor allem der penibel recherchierte Katarina Holländers – boten naturgemäß am ehesten Anknüpfungspunkte für weiterführende Gespräche. Dennoch spielte sich die Diskussion der Referate überwiegend im Kreise der Kafka-Koryphäen selbst ab. Jedoch deutete sich nicht nur ein Generationswechsel in der Kafka-Forschung an, es wurde vielmehr auch augenfällig, daß weiterführende Bestrebungen, dem Leben und Werk Kafkas noch nicht entdeckte Seiten abzugewinnen, sicherlich nur in einem engen, integrativen Verbund germanistischer wie bohemistischer Untersuchungen möglich sein werden. Der Tagung der Evangelischen Akademie in Rothenburg kommt das hohe Verdienst zu, Kafka als spannendes Sujet

biographischer, kulturgeschichtlicher, produktionsästhetischer, textanalytischer und rezeptionsgeschichtlicher Fragestellungen so interessant neu etabliert zu haben, als gäbe es nicht bereits eine auch für Spezialisten nicht mehr zu überschauende Flut von Publikationen und Forschungen zu Franz Kafka.

München

Andreas Ströhl

## NEUE LITERATUR

*O dějinách a politice. Janu Křenovi k sedmdesátinám [Über Geschichte und Politik. Jan Křen zum siebzigsten Geburtstag]. Hrsg. v. Jiří Pešek u. Oldřich Tůma.*

Albis international, Ústí nad Labem 2001, 232 S.

Die Festschrift zum 70. Geburtstag für Jan Křen, den zu Recht von den Herausgebern als „Gründungsvater“ apostrophierten Pionier deutsch-tschechischer Historikerbeziehungen nach 1989 ist – anders als die internationale Festschrift zum 65. (Occultus – Setkání – Begegnung, Praha 1996) – sozusagen in der (akademischen) Familie, vom Kreis seiner Schüler ausgerichtet und besetzt worden. Der Horizont der Festschrift bleibt dennoch international, europäisch:

Sie beginnt schon – in einem ersten Abschnitt des Bandes zur „rein politischen Geschichte“ – mit einer Skizze des Weges, den Schottland in die Union mit England genommen hat, von Lenka Rovná. Die hier dargestellten Grundfakten und -strukturen der außerhalb des britischen Bildungshorizonts kaum allgemein bekannten Entwicklung Schottlands unter dem Ziel-Aspekt der Union mit England könnten, so möchte man sich wünschen, die Grundlage zu einem möglicherweise künftig von der Autorin explizit anzustellenden, durchaus reizvollen Vergleich mit mitteleuropäischen Entwicklungen bieten (bisher ist immer nur mit Irland verglichen worden).

Eine Studie zu den Voraussetzungen der Krise von 1938 bietet Pavel Šrámek, der die Hintergründe der personalen Veränderungen in der Armeeführung von 1933 untersucht. Mit dieser minutiösen Aktenarbeit kontrastiert der großflächige Vergleich der Bedingungen und Vorgänge des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Ostmitteleuropa von Oldřich Tůma, einem der beiden Herausgeber. Es folgt eine politikwissenschaftliche Analyse der Schwächen der Entwicklung zur Demokratie in dieser Region von Michal Kubát.

Ein zweiter Abschnitt des Bandes ist deutsch-tschechischen Problemen gewidmet. Zunächst beleuchtet Kristina Kaiserová die Bemühungen der Aussiger Deutschen um ihre „kulturelle Emanzipation“ um die Wende zum 20. Jahrhundert; dabei spielt die Ausstellung von 1903 und der Bau der aufwendigen Bibliothek eine besondere Rolle. Miroslav Kunštát greift weit aus, wenn er die Beziehungen der Prager und der Heidelberger Universität vom Mittelalter bis heute eingehend nachzeichnet und dabei insbesondere die „akademische Peregrination“ zwischen beiden Universitäten in den Blick nimmt. Alena Mišková läßt der umstrittenen Figur des zeitweilig auch Prager Professors Theodor Oberländer Gerechtigkeit widerfahren: Auf der Grundlage neu von ihr gefundener Dokumente, die auch als Quelle abgedruckt werden, weist sie auf einen bemerkenswerten Konflikt zwischen Oberländer und dem SD bzw. Karl Hermann Frank noch in den letzten Kriegsmonaten hin. Schließlich steuert Francis D. Raška einen allgemeinen Essay über die nationale Identität der Sudetendeutschen aus bisweilen recht transozeanischer Perspektive bei; aus der Nähe

sieht sich das freilich oft anders an. Man wäre statt dessen neugierig gewesen auf Ergebnisse seiner ungedruckten Prager Dissertation über die tschechoslowakische Exilregierung und die „sudetendeutsche Frage“.

Der dritte Abschnitt behandelt historiographische Themen der Nachkriegszeit: Zunächst stellt Jiří Vykoukal die Anfänge des methodologischen Streites in der polnischen Historiographie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1948 dar, er setzt sie in Beziehung zum Ringen um politische Macht und erhellt damit auf hohem Niveau und eindringlich die Wurzeln der später in der kommunistischen Ära durchwegs vorhandenen Spielräume der polnischen Geschichtswissenschaft, die diese von der in den benachbarten Ländern sehr unterschieden haben.

Mitherausgeber Jiří Pešek, der aus seiner Vertrautheit mit dem deutschen, insbesondere mit dem Düsseldorfer Ambiente (W.J. Mommsen, G. Krummeich) aus erster Hand informiert ist, gelingt das Kunststück, gleichzeitig über den Ablauf und die Positionen der Fischer-Kontroverse zu informieren und im Spiegel der charakteristischen Wandlungen der – wenn auch nur sporadischen – tschechischen Rezeption dieser Auseinandersetzung die Grundzüge der tschechischen Historiographie in der kommunistischen Ära zu erfassen.

Die Reihenfolge des dritten Teils der Festschrift verrät möglicherweise sogar eine Prise didaktischer Ironie: Zunächst wird Historikerstreit bei den anderen beschrieben, dann der im eigenen Land, mit der hintergründigen, unausgesprochenen Frage: Warum nicht auch bei uns? Die Inhalte des „tschechischen Historikerstreites“, der u. a. auf dem Königgrätzer Historikertag von 1999, in der Diskussion im Prager Institut für Zeitgeschichte 2000 und in seinen Niederschlägen in *www.clavmon.cz* deutlich wurde, werden von einem ihrer Exponenten auf der Seite der „Jungen“, Martin Nodl, unter dem Tenor „Kontinuität und Diskontinuität“ einsichtig referiert. „Kontinuität“ sieht Nodl in der Wissenschaftsorganisation (Fortbestand der Akademieinstitute), der Spezifik des langsamen Generationswechsels, dem Mangel an *peregrinatio academica* in der Tschechischen Republik, der Struktur des Zeitschriftenwesens, im nur schwachen Aufgreifen neuer methodologischer Ansätze und in den kaum vorhandenen Möglichkeiten einer außerstaatlichen Drittmittelförderung; daneben zählt er aber auch gegenläufige Elemente der „Diskontinuität“ auf, in seiner Sicht also der Erneuerung; es entsteht so ein gewisses Panorama des Zustandes der tschechischen Geschichtswissenschaft.

Der letzte Beitrag von Pavel Zeman unternimmt die undankbare Aufgabe, sich in die Niederungen der Parahistorie zu begeben. Diese Abhandlung hat indes hohen Informationswert, weil sie ebenso detailliert über die Autoren, Publikation und Gerichtsprozesse der „Revisionisten“ bzw. Holocaustleugner informiert, vor allem über David Irving, dessen ins Tschechische übersetzte Publikationen leider zeitweise zu den meistverkauften Büchern in der Tschechischen Republik zählten.

So ist insgesamt diese sich bescheiden und hinsichtlich des Autorenkreises geradezu intim gebende Festschrift für den Hochverdienten zu einem wichtigen Werk geworden, das – weitab von Beliebigkeit – breiteste Aufmerksamkeit verdient.

Bernd-Ulrich Hergemöller: *Cogor adversum Te. Drei Studien zum literarisch-theologischen Profil Karls IV. und seiner Kanzlei.*

Fahlbusch Verlag, Warendorf 1999, 501 S. (Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit 7).

Der Titel ist doppeldeutig: „Ich werde gezwungen gegen Dich (zu streiten)“, kann man nicht nur über die Analyse einer Auseinandersetzung zwischen den beiden bedeutendsten literarischen Persönlichkeiten aus der Umgebung Karls IV. setzen. Die Devise gilt auch für Hergemöllers bisher vorliegendes *œuvre*, gilt dem Philologen, der mit feiner Hand Texte entlarvt, die den Historikern nach ihrer Fragestellung unwichtig schienen, gilt der Auseinandersetzung des Historikers mit seiner Zunft. Der Historiker, der umgekehrt mit guter Sachkenntnis Zusammenhänge enthüllt, die den Philologen unbekannt waren, ist sehr wohl gezwungen, sich immer wieder mit dem vorliegenden Wissensstand auseinanderzusetzen, und man soll ihm zuhören, weil er das Spektrum der Interpretation bereichert, nicht nur den Umfang unserer Kenntnisse.

So werden in dieser sehr sorgfältigen Textuntersuchung nicht allein die beiden bekannten Autoren, Johannes von Tepl und Johann von Neumarkt, um vieles deutlicher, sondern auch die Grundzüge der kaiserlichen Kanzlei als eines literarischen Ortes. Es wird noch einmal die Ackermann-Frage aufgerollt und eine bisher unbekannt Beziehung zwischen dem deutschen Streitgedicht und dem lateinischen Dialog, zwischen Welt und Mensch nicht nur nahegelegt, sondern schlicht bewiesen, wobei auch Aufschlüsse über Karls Hofkultur hervortreten.

Hergemöller kehrt noch einmal zurück zur Goldenen Bulle, die ihn vor Jahren schon beschäftigt hat. Literarische Metaphern und theologische Schlüsselbegriffe lassen dabei das Selbstverständnis Karls, dem auch seine Biographen lange zu wenig Aufmerksamkeit widmeten, noch einmal in seinem geistlichen Profil erscheinen, das kaum je ein gekröntes Haupt entwickelte. Allerdings führt dabei auch diese Interpretation zum zeitgerechten, wenn auch für viele Zeitgenossen gewiß allzu tiefsinnigen Verständnis von Karls Kaisertum. Dazu tritt noch Hergemöllers Interpretation der bekannten Schriften des Kaisers selbst, die weit über bisherige Kommentare hinaus den Autor unter den gehörigen Kategorien seiner Zeit greifbar erscheinen lassen – wobei die Zeit selbst sich auch umgekehrt aus diesen Erkenntnissen herauslesen läßt.

Die notwendige Quellenbasis, deren Studium unter dem Primat der Politik seit zweihundert Jahren auf die Urkunden konzentriert war, ist im Grunde seit der Erforschung der mittellateinischen Literatur durch Ludwig Traube, Paul Lehmann, Karl Langosch in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts – also lange schon – als ergänzungsbedürftig erwiesen. Es zieht sich eine lange Reihe von Namen durch die deutsche Mediaevistik, mit denen Einsichten literarischen Charakters in den Gang der Ereignisse verbunden sind, noch ehe nach Mentalitätsgeschichte und post-modernen Fragestellungen gerufen wurde. Hergemöller, der in seiner Interpretation gelegentlich die Hilfsfigur von einem Onkel-Neffen-Verhältnis benützt, gehört zu den Urenkeln jener Perspektiven, die einst mit der Forderung nach *Codices* und

*Viten*, nicht nur nach Urkunden und Akten, oder nach „mehr Geistesgeschichte in den Monumenta“ hervorgetreten sind. Seine Arbeiten sind ein bedeutender Beitrag *per un altero medio aevo*.

München

Ferdinand Seibt

*Mikulec, Jiří: Barokní bratrstva v Čechách/Barocke religiöse Bruderschaften in Böhmen*

Nakladatelství Lidové noviny, Praha 2000, 154 S., Abb. (Knižnice Dějin a současnosti 13).

Jiří Mikulec greift ein bislang noch allgemein unterschätztes Thema auf. Die religiösen Bruderschaften sind ein Thema, das nicht nur in Böhmen, und nicht nur im Barockzeitalter, seinem Themenbereich, sondern ganz allgemein weit größere Beachtung verdient. Denn was taten die Laien eigentlich im Rahmen einer vom religiösen Denken und Trachten bestimmten Welt?

Um die Sachlage kurz zu skizzieren: Religiöse Bruderschaften, um diesen Oberbegriff mit Mikulec für vielfältige Verbandsformen zu akzeptieren, gab es spätestens seit dem neunten Jahrhundert, zunächst als Gebetsverbrüderungen unter Mönchen, dann unter Priestern und Fürsten, seit dem 12. Jahrhundert mit der aufgeweckten Laienaktivität auch in diesem Bereich zu den gleichen und allen möglichen anderen Zwecken, zur Armenpflege, Hospitalfürsorge, für Pilgerstraßen und zum Brückenbau, immer unter religiösem Prätext, vor allem aber eben zum Fürbittgebet für Verstorbene. Es ist klar, daß allein aus diesem Grund die deutsche Reformation, in Böhmen aber die hussitische Revolution, das Bruderschaftswesen, vielfach mit samt seinen Schwestern, zum Erliegen oder gar zum Verschwinden brachte. In Böhmen allerdings lebte diese Form der Laienbeteiligung am kirchlichen Leben, meist angeregt von den Orden der sogenannten Gegenreform, aber auch von adeligen Gönnern, nach dem Weißen Berg wieder auf.

Tausende Untersuchungen zum zweiten Jahrtausend, in dem sich Europa entfaltete, haben die politischen, und nicht sehr viel weniger die kirchlichen Strukturen geklärt. Die Laienwelt, bis heute vernachlässigt, lieferte einen guten Teil der Aufschlüsse über ihre Lebensumstände eben durch Untersuchung der religiösen Bruderschaften, vor allem in den Hunderten europäischer Städte, wo sich gehobenes Bürgertum der religiösen Selbstverwirklichung, nach dem Modeterminus, widmen konnte. In diesem Zusammenhang liegt also das besondere Verdienst dieses kleinen Buches, und dazu noch in der Beobachtung vieler Aspekte. Dazu zählt zunächst die gewandte Umschau nach den unterschiedlichen Formen barocker Bruderschaften. Das gilt auch für die immer wieder benutzte Betonung bildlicher Aussagen, denn im Gegensatz zu den vortridentischen Bruderschaften spielt der Druck und seine Verbreitung in Flugblättern mit Holzschnitten und Kupferstichen eine bemerkenswerte Rolle. Mikulec widmet sich ihnen und den Chorvereinigungen, den einzigen, die auch unter protestantischem Vorzeichen eine Zukunft hatten. Er sucht auch die Vereinigungen geistlichen oder klösterlichen Ursprungs zu verbinden mit besonderen religiösen Berührungspunkten von Klerikern mit der Laienwelt, und er vergleicht immer wieder mit der Nachbarschaft, vornehmlich der deutschen. So etwa kommt

gelegentlich auch die Michaelsbruderschaft in Berg am Laim am Rande Münchens ins Gespräch. Die in Deutschland besonders weit verbreitete Rosenkranzbruderschaft, wegen ihrer spezifischen Gebetsform und nicht minder auch wegen der Verbindung zur politischen Spitze des Reiches seit 1475 weit verbreitet, findet leider nur gelegentlich Erwähnung mit einem nordböhmischen Beispiel (S. 93). Ihre Verbreitung in Böhmen hätte noch eine eigene Fragestellung verdient. Im übrigen hat der Verfasser soziale wie nationale Verhältnisse berücksichtigt, lokale und dabei natürlich besonders Prager Entwicklungen in der Verbreitung des wiederbelebten Katholizismus. Er bietet damit einen wertvollen Beitrag für das zeitgenössische Verständnis namentlich des böhmischen Bürgertums in seiner religiösen Entfaltung bis hin zum barocken Enthusiasmus für die Figur des 1728 kanonisierten Prager Generalvikars Johann von Nepomuk; des einzigen, der das böhmische Barock im europäischen Heilighimmel in allen Richtungen verbreitet half.

Es wäre dankenswert, wenn diesen Arbeiten auch eine ähnliche Untersuchung über die religiösen Bruderschaften in Mähren zur gleichen Zeit an die Seite gestellt würde. Ohne den Einbruch in das kirchliche Leben durch den Hussitismus, im gleichen sozialen Milieu und vielleicht mit ähnlichem Einfluß auf die Entwicklung der tschechischen Sprache, wie auch des Deutschen im Lande, verdienten die mährischen Bruderschaften noch mehr Aufmerksamkeit als die schlesischen, die in den katholischen Enklaven eines im übrigen auch nach 1620 vornehmlich evangelischen Landes zumindest am Rande berücksichtigt wurden. Alles in allem wünscht man dem Forschungsimpuls aus dieser Untersuchung ein lebhaftes Echo!

München

Ferdinand Seibt

*Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa. Wirkungen des religiösen Wandels im 16. und 17. Jahrhundert in Staat, Gesellschaft und Kultur. Hrsg. v. Joachim Bahlcke und Arno Strohmeier.*

Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1999, 439 S. (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 7)

Der vorliegende Sammelband ging aus einer Konferenz hervor, die im Dezember 1997 am Leipziger Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) stattfand. Er verbindet die wissenschaftliche Diskussion über das Konzept der Konfessionalisierung mit der frühneuzeitlichen Entwicklung von Gesellschaft, Staat und kirchlichen Organisationen im mittel- und osteuropäischen Raum. Ziel der Konferenz war zum einen eine Bilanz der theoretischen Ansätze und des Diskussionsstandes zur Konfessionalisierung als wissenschaftliches Paradigma, zum anderen die Beobachtung des Prozesses der Konfessionalisierung in einzelnen Regionen Mittel- und Osteuropas.

Der erste Teil des Bandes – „Konfessionalisierung als wissenschaftliches Paradigma“ – ist theoretischen Studien gewidmet. Die Einleitung geben hier die „Väter“ des Konzepts Konfessionalisierung: Zunächst bietet Heinz Schilling eine ebenso dichte wie übersichtliche Darlegung der Hauptprinzipien der europäischen Konfessionalisierung mit Hinblick auf deren Einflüsse auf Kirche, Staat, Gesellschaft

und Kultur. Daran schließen sich Betrachtungen von Wolfgang Reinhard über die Konfessionalisierung vom Standpunkt verschiedener kritischer Ansätze an. Reinhard's Aufsatz ist eigentlich eine Reaktion auf die kritischen Überlegungen von Luise Schorn-Schütte zur Konfessionalisierung als einem Paradigma, dessen Entstehung sie in einen breiteren zeitlichen und methodologischen Zusammenhang setzt. Den Schluß des ersten theoretischen und methodologischen Teils des genannten Bandes bilden zwei Studien, die den Voraussetzungen für die Konfessionalisierung in Mittel- und Osteuropa (Winfried Eberhard) und Westeuropa (Andrew Pettegree) gewidmet sind.

Den Kern des Bandes bilden drei weitere Abteilungen, die zentralen Bereichen gewidmet sind, an denen sowohl die eigentliche Konfessionalisierung, als auch ihre Begleitprozesse studiert werden. Dabei handelt es sich zum einen um die Aufgabe der Konfessionalisierung bei der Konstituierung des frühneuzeitlichen Staates, zweitens um ihren Einfluß auf die Gestaltung der ständischen Kultur und drittens um ihre Zusammenhänge und Wirkungen innerhalb der sozialen Sphäre. Die erste dieser thematischen Einheiten, „Frühmoderne Staatsbildung und Bedeutung des Konfessionellen“ enthält Studien zur Entwicklung der Polnisch-Litauischen Union (Michael G. Müller, Robert Frost), zu außenpolitischen Motiven in den Aktivitäten der polnischen, tschechischen und österreichischen Stände (Antoni Mączak, Petr Vorel, Georg Heilingsetzer). Außerdem bietet sie am Beispiel Kroatiens und der innerösterreichischen Länder einen Einblick in den Prozeß der Bildung einer kollektiven Identität (Joachim Bahlcke). Schließlich widmet sich István György Tóth den Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Staat im von den Türken besetzten Teil Ungarns im 17. Jahrhundert.

Der thematische Block „Ständische Kultur und Konfessionalisierung“ zielt vor allem auf die Entwicklung des historischen und politischen Denkens und die Ideologien der ständischen Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Konfessionalisierung. Themen der einzelnen Studien sind die innerösterreichische ständische Historiographie (Arno Strohmeyer), das politische Denken in der Polnisch-Litauischen Union (Karin Friedrich), der Reflex der Konfessionsrivalität in der bildenden Kunst in Danzig (Sergiusz Michalski) und das reformatorische Denken im Zisterzienserorden in den böhmischen Ländern (Franz Machilek).

Der folgende thematische Teil des Sammelbandes ist mit „Sozialverfassung und Konfessionalisierung“ überschrieben und nähert sich diesem Themenfeld u.a. mit einer Untersuchung über den Großgrundbesitz des Adels in den böhmischen, mährischen und österreichischen Ländern (Thomas Winkelbauer).

Sozusagen als Epilog des Bandes fungiert die Studie von Robert J.W. Evans, der die Konfessionalisierung in der Habsburgermonarchie unter historischer Langzeitperspektive untersucht, und dabei vor allem ihren Wirkungen auf die Epoche der Rekatholisierung in der zweiten Hälfte des 17. und dem 18. Jahrhundert nachgeht. Dem folgt ein Beitrag von Michael G. Müller, der die Hauptthesen der Diskussionen auf der Konferenz zusammenfaßt und weitere mögliche Forschungsrichtungen aufzeigt.

Der sorgfältig edierte Band, zu dessen formalen Vorzügen unter anderem auch die präzise zusammengestellten Orts- und Personennamensregister gehören, bietet so-

wohl eine nutzbringende Zusammenfassung theoretischer Ausgangspunkte des Konfessionalisierungskonzeptes, als auch sehr interessantes Vergleichsmaterial für die Länder Mitteleuropas. Die Breite des thematischen und territorialen Ineinandergreifens ist repräsentativ genug, um auch als Ausgangspunkt zu weiteren theoretischen Erwägungen herangezogen werden zu können. Im übrigen dokumentiert er, daß unter Historikern keineswegs Einigkeit über die Grundprinzipien der frühneuzeitlichen Konfessionalisierung herrscht, Diskussionen dieser Art also höchst wünschenswert sind.

Die böhmischen Länder allerdings sind in diesem Sammelband schwächer vertreten, als es ihrer Stellung und politischen Bedeutung entspräche. Die für die tschechische Geschichtsforschung sicher fruchtbarste Herangehensweise – eine komplexere Betrachtung der böhmischen Gesellschaft durch die Perspektive des Konfessionalisierungskonzeptes – wird nur am Rande versucht: Petr Vorel verfolgt vor allem die politisch-religiöse Entwicklung Böhmens vor der Schlacht am Weißen Berg und die damit zusammenhängenden Auslandsbeziehungen der böhmischen Ständerepräsentation. Die umfangreiche Studie von Thomas Winkelbauer ordnet zwar die böhmische und mährische Problematik in den breiteren Kontext der Habsburgermonarchie ein, zielt aber insgesamt auf sozial-ökonomische Fragen. Ihr Ziel ist es nicht, die breitere Konfessionalisierung der Gesellschaft zu verstehen. Ähnlich verhält es sich bei der Studie von Franz Machilek, in der die Zisterzienserordensgemeinschaften in Böhmen und Mähren als Modellfall kirchenreformatorischer Aktivitäten im Prozeß der Konfessionalisierung untersucht werden. Immerhin beziehen Winfried Eberhard und Robert J.W.Evans die böhmischen Länder in ihre Betrachtungen über den gesamten mitteleuropäischen Raum mit ein. Doch bleiben viele für die Erforschung der mitteleuropäischen Konfessionalisierung zentrale und interessante Themen gerade aus der frühneuzeitlichen Geschichte der böhmischen Länder unberücksichtigt. Als Beispiel sei hier nur die Konfessionalisierung der dortigen Kirchen in der Zeit vor der Schlacht am Weißen Berg, ihre Beziehung zum Staat und ihr Anteil an seiner Errichtung erwähnt. Auch Fragen zu den politischen Aktivitäten der böhmischen Ständegesellschaft verdienen genauere Betrachtung. Ein wichtiges Thema, das im Aufsatz von Vorel angesprochen wird, ist die Entwicklung des überkonfessionellen Christentums in einer Gesellschaft, die sich konfessionell stark zu polarisieren begann. Vom territorialen Standpunkt aus wäre es auch nützlich, Schlesien größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Insgesamt jedoch stellt der vorliegende Sammelband einen wichtigen Beitrag zur internationalen Diskussion über den Prozeß der Konfessionalisierung und seine Folgen bei der Bildung der frühneuzeitlichen Gesellschaft dar. Er bietet nicht allein eine Zusammenfassung des heutigen Erkenntnisstandes, sondern wird sicher auch inspirierend für weitere Forschungen auf diesem Gebiet wirken.

*Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa. Herausgegeben im Auftrag des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur von Stefi Jersch-Wenzel.*

Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2000, 476 S.

Der Stereotyp des *reichen* Juden ist sogar unter Historikern verbreiteter als der des *armen* Juden. Der aus einer Leipziger Tagung des Simon-Dubnow-Instituts hervorgegangene Sammelband setzt dagegen einen eindrucksvollen Kontrapunkt. Er deckt ein breites Themenspektrum ab, das von rabbinischer Ethik (Birgit Klein), traditioneller jüdischer Armen- und Krankenfürsorge (Fritz Backhaus) über jüdische Armut im vormodernen Polen (Jakub Goldberg, Adam Teller), die Wahrnehmung jüdischer Armut im 19. Jahrhundert (François Guesnet, Klaus Hödl) bis hin zu Verfolgung und Verarmung deutscher Juden nach 1933 (Trude Maurer, Wolf Gruner) reicht. Erwähnenswert ist z. B. die rabbinische Empfehlung der Hilfe zu Selbsthilfe statt des Almosens oder die Schilderung des Netzes sozialer Einrichtungen einer jüdischen Gemeinde im 17. Jahrhundert, die durchziehenden Fremden ebenso dienten wie armen und kranken Einheimischen; zeitgenössische Choleraberichte von 1830/31, die das Klischeebild ostjüdischer Armut und Unsauberkeit als Nährboden der Epidemie verbreiteten; die Untersuchung der Ursachen polnisch-jüdischer Verarmung; ein Vergleich des Engagements von Frauen in jüdischen Wohlfahrtssystemen Hamburgs und Manchesters im späten 19. Jahrhundert etc. Eine große Zahl jüdischer Sozialreformer und -reformerinnen in Berlin und Charlottenburg um 1900 wird nicht nur in ihrer Modernität gewürdigt, sondern aus einer säkularen jüdischen Identität heraus interpretiert; Klaus Hödl zeigt auf, wie ostjüdische Armut zum Auslöser rassistischer Ängste und Vorurteile funktionalisiert, ja pathologisiert wurde und diese noch auf assimilierte Juden übergriffen. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang Bemühungen um eine berufliche Neustrukturierung („Produktivierung“) der jüdischen Bevölkerung, um jüdische landwirtschaftliche Ansiedlungen auch außerhalb Palästinas und jenseits zionistischer „Schollenmystik“; zu diesem Zweck flossen sogar in die Sowjetunion 1924–1938 Millionen Dollar des *Agro-Joint*, wie aus einer Untersuchung von Derek Penslar hervorgeht. Eine wiederkehrende Erkenntnis ist die Interiorisierung von Wertvorstellungen der nicht-jüdischen Umwelt, bis hin zu rassehygienischen und eugenischen Ideen, etwa in der deutschen jüdischen Fürsorge. Obwohl insgesamt bekannt, ist das Kapitel über die schrittweise Zerschlagung der jüdischen Berufs- und Besitzbasis in Deutschland nach 1933 besonders widerlich, und mit „Verarmung“ sehr verharmlosend überschrieben. Durch immer weitergehende staatliche Diskriminierung verursachte Armut galt schließlich als Deportationsanlaß „aus Etatgründen“ (S. 430). Es ist zu bedauern, daß die Herausgeber auf die Einbeziehung paralleler Studien zur jüdischen Armut in den böhmischen Ländern verzichtet haben.

*František Kutnar, Jaroslav Marek: Přehledné dějiny českého a slovenského dějepiscetví. Od počátků národní kultury až do sklonku třicátých let 20. století [Überblick über die Geschichte der tschechischen und slowakischen Geschichtsschreibung. Von den Anfängen der Nationalkultur bis zur Neige der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts].*

Nakladatelství Lidové noviny, Praha 1997, 1065 S. (Edice Česká historie 3).

Das Standardwerk zur Geschichte der tschechischen und slowakischen Historiographie bis zum Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik liegt wieder vor, mit neuem Gesicht und teilweise überarbeiteten Inhalten. Die erste, seit Jahren vergriffene Auflage aus den siebziger Jahren war zweibändig angelegt gewesen. Der erste Band (1973) behandelte die Zeit „Von den Anfängen der Nationalkultur bis nach dem Ausklingen der Wiedergeburtsgeschichtsschreibung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“, der zweite (1978) die Entwicklung „Von den Anfängen der Geschichtsschreibung an der Schwelle der marxistischen Historiographie“. Seit ihrer Veröffentlichung sind zwei Dekaden ins Land gegangen, in denen sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stark gewandelt haben. Ungebrochen groß blieb die Nachfrage nach einer Gesamtdarstellung der Geschichte der tschechischen und der slowakischen Geschichtsforschung – Grund genug für Jaroslav Marek, sich an eine überarbeitete Neuauflage des von František Kutnar (1903–1983) unter schwierigen politischen Bedingungen erstellten Werkes zu wagen. In der vorliegenden, ansprechend gestalteten Form wurde der Text von vielen ideologisch belasteten Floskeln und Einschüben – Zugeständnissen Kutnars an die kommunistische Fachaufsicht – befreit und damit für die heutige Leserschaft les- und benutzbar gemacht. Das Kapitel „Anfänge der marxistischen Geschichtsschreibung“ wurde komplett gestrichen. „Nicht etwa, weil über den Marxismus nichts zu schreiben wäre, sondern weil man über ihn nicht schreiben konnte, wie es erforderlich gewesen wäre,“ wie Jaroslav Marek, einst selbst ein „verbotener Historiker“, in seinem Vorwort ausführt (S. 5).

Das Buch ist in acht Großkapitel unterteilt, die sich in ihrem inneren Aufbau, nicht jedoch im Umfang entsprechen. Zunächst wird der Leser kurz in den globalen Kontext der Geschichtsschreibung der jeweiligen Epoche eingeführt, ehe die Spezifika ausführlich vorgestellt werden. Daran schließen sich jeweils eine Zusammenfassung und eine Übersicht weiterführender Literatur an, für das Mittelalter auch eine Aufstellung edierter Handschriften.

Bei den ersten beiden Kapiteln verwirrt zunächst etwas die Periodisierung in das „ältere“ bzw. „jüngere“ Mittelalter, behandelt doch der erste Abschnitt die Zeit vom 10. Jahrhundert bis zum Hussitismus, der zweite die Phase von der Reformation bis zum Barock. Es wird hier zuerst die Entwicklung der frühen Chronistik in den böhmischen Ländern, dann auf dem Gebiet der heutigen Slowakei vorgestellt. Daß die Landesbezeichnung „Slowakei“ ohne erklärende Einschränkung auch für die Zeit vor dem 19. Jahrhundert bereits Verwendung findet, ist eine der kleinen Schwächen des Werkes, die aus der ersten, noch tschechoslowakischen Auflage unkritisch übernommen wurde.

Im dritten Kapitel geht es um den „Beginn der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung“ während der Aufklärung. Der Piaristenmönch P. Gelasius Dobner wird hier in seiner Bedeutung herausgestellt, dann die Rolle des Josephinismus für die Geschichtswissenschaft aufgezeigt. Daran schließt sich eine Darstellung der Historiographie der nationalen Wiedergeburt an. Dieses Kapitel ist auf die drei größten Bevölkerungsgruppen innerhalb des untersuchten Raumes aufgeteilt. Für die Tschechen war František Palacký die zentrale Figur jener Epoche. Das Slowakische wurde gleichzeitig zur Schrift- und damit auch Wissenschaftssprache erhoben. Aber auch die ältere deutschböhmisches Historiographie kommt an dieser Stelle nicht zu kurz.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Buches liegt deutlich auf den neun Jahrzehnten zwischen der Revolution von 1848 und dem Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Ihnen wurden vier von acht Kapiteln eingeräumt, die vom Seitenumfang her den gewichtigsten Teil des Werkes ausmachen. Er spiegelt die Zeit der akademischen Professionalisierung des Faches wider. Im fünften Kapitel behandeln Kutnar/Marek die liberale und konservative Geschichtsschreibung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Unter den Nachfolgern von Palacký erfolgte eine Ausdifferenzierung des Faches, es begannen große Editionsprojekte, die Regional-, Rechts-, Literatur- und Kunstgeschichte entwickelten sich in den böhmischen Ländern stark. Sie werden auch durch die sich anschließenden Kapitel hindurch weiterverfolgt. In der Slowakei erwuchs die *Matica slovenská* zu einer impulsgebenden Institution für die Beschäftigung mit der Vergangenheit.

Für die drei folgenden Kapitel wählten Kutnar/Marek als zentralen Oberbegriff den Positivismus. Seine unterschiedlichen Ausprägungen werden periodisiert in eine Phase des kritischen und sozialen Realismus, in die ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts und die Zeit zwischen der Gründung und dem Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Als eine der einflussreichsten Historikergestalten wird Jaroslav Goll ausführlich gewürdigt und sein Werk analysiert. Seine Schüler werden in ihren unterschiedlichen Ausrichtungen präsentiert, zunächst Josef Pekař und Josef Šusta, dann Václav Novotný und Jaroslav Bidlo, schließlich Zdeněk Nejedlý. Neben den zahlreichen Einzeldisziplinen nahm vor dem Ersten Weltkrieg die Archäologie stark an Bedeutung zu. Nach der Gründung der Tschechoslowakei wandte sich das Interesse der Historiker aus ideologischen Gründen der Hussitenzeit zu, daneben war die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte die tatsächlich große Neuerung.

Es gelingt Kutnar/Marek auf treffliche Weise, die großen Tendenzen der Geschichtswissenschaft nachzuzeichnen und ihre wichtigsten Protagonisten zu porträtieren. Die jeweiligen Hauptvertreter sind in dem Buch abgebildet, oft in hier erstmals veröffentlichten Bildquellen. Daneben kommen aber auch die Institutionen und Medien der Historie nicht zu kurz. Zum Teil wird auch auf die Wirkungsgeschichte der einzelnen Forschungen eingegangen. Auf diese Weise entstand ein sehr abgerundetes Gesamtbild, das darüber hinaus auch in einer eingängig Sprache verfaßt wurde.

Es ist beiden Autoren hoch anzurechnen, daß sie das Wort „český“ nicht ethnisch, sondern geographisch begriffen und daher auch die deutschböhmisches Geschichts-

forschung ganz selbstverständlich mit berücksichtigten. Ohne erhobenen Zeigefinger, in sachlich-nüchterner Weise, wagen sich Kutnar/Marek dabei im Kapitel über die Zeit der Ersten Republik auch an Themen heran, die für Teile der deutschen Bohemistik noch immer Tabus zu sein scheinen, so die Vereinnahmung zahlreicher deutschböhmischer Historiker für „völkische“, ja sogar offen nationalsozialistische Tendenzen während der dreißiger Jahre.

Die Neubearbeitung des Werkes von František Kutnar durch Jaroslav Marek darf ohne Übertreibung als eine der grundlegenden tschechischen historischen Veröffentlichungen der letzten Jahre bezeichnet werden. Für Lehrende wie Lernende in der Tschechischen Republik, aber auch für bohemistisch Interessierte im Ausland, ist sie ein unverzichtbares Handbuch. Den schnellen Zugriff auf Details gestattet eine vierzehnteilige Chronologie bedeutender Daten der Geschichtswissenschaft in den böhmischen Ländern und der Slowakei sowie vor allem ein vorzügliches analytisches und thematisches Register, in dem Namen, geographische Bezeichnungen und Sachbetreffe aufgeführt werden.

Die zeitliche Begrenzung bis zum Jahre 1938 impliziert im Grunde genommen einen noch ungeschriebenen Fortsetzungsband. Die deutschsprachige Legitimationswissenschaft in den böhmischen Ländern während der Zeit der deutschen Besatzung – Geschichte im Dienste der „Volkstumspolitik“ –, die slowakische Geschichtsforschung während des Tiso-Regimes, die tschechische und slowakische Historiographie der Jahre 1945 bis 1989 zwischen Opportunismus und Dissidenz, Rechtfertigung und Widerstand, aber auch die Leistungen des Exils sowie – *last but not least* – die sudetendeutsche Geschichtsforschung mit ihrem prägenden Einfluß auf die deutschsprachige Bohemistik harren noch einer kritischen Gesamtdarstellung. Hier könnten sich Perspektiven einer tschechisch-slowakisch-deutsch-österreichischen Zusammenarbeit eröffnen.

München

Tobias Weger

*Geschichtliche Mythen in den Literaturen und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas.* Hrsg. v. Eva Behring, Ludwig Richter, Wolfgang F. Schwarz.

Steiner Verlag, Stuttgart 1999, 418 S. (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 6).

Der vorliegende Band verdankt seine Entstehung einer Konferenz von Historikern sowie Literatur- und Kulturwissenschaftlern, die 1997 vom GWZO Leipzig und der Leipziger Universität veranstaltet wurde. Die Herausgeber lassen einen sehr weiten Begriff von Mythos zu, unter dem sich auch manche wenig mythische Bausteine des kollektiven Bewußtseins versammeln.

Dominiert werden die Beiträge von Fragen nach den Entstehungsbedingungen und nach der Rezeption historischer Mythen. Fast alle Autorinnen und Autoren stehen unter dem Eindruck einer „Wiederbelebung nationaler Mythenpotentiale“ (S. 9) seit der politischen Wende in Ostmitteleuropa. Einig sind sie sich darüber, daß Mythen nicht einfach immer schon da sind, sondern unter konkret benennbaren,

meist krisenhaften Umständen konstruiert werden. Schwer zu lösen scheint das Problem, welche Stoffe und Interpretationen aus dem mythischen Fundus jeweils aktualisiert werden und Deutungskraft entfalten. Manche der Beiträge beschließen ihre Analyse der symbolischen Welten mit einer den jeweiligen politischen Präferenzen entsprechenden eigenen Lesart, die dem Versuch einer neuen Mythosstiftung sehr nah kommt; insofern stellen sich ihre Verfasser – bewußt oder unbewußt? – in die Tradition der intellektuellen Erfinder der Nationen des 19. Jahrhunderts.

Zwei grundsätzliche Beiträge gehen den Aufsätzen über Beispiele zwischen Ostseeküste und Balkan voran. Eva Behring präsentiert einen Versuch, mythisches Denken als Antidot gegen den „Terror der Geschichte“ (S. 16) im 20. Jahrhundert zu reinstallieren: Der (exil-)rumänische Religionswissenschaftler Mircea Eliade erarbeitete eine Rekonstruktion des nach seiner Auffassung ursprünglichen Sinn-Gehaltes des rumänischen National-Mythos „Miorița“. Bedřich Loewenstein kontert Eliades Kritik an der Moderne mit der aufklärerischen Warnung vor den unkontrollierbaren Folgen des „gute[n] Gewissens“, das ein von Mythen unterfüttertes nationales Selbstbild vermittelt; sie machen „das Bescheidwissen über einen verpflichtenden historischen Gesamtsinn so verdächtig“ (S. 30). Weiterhin lenkt Loewenstein den Blick auf die Gemeinsamkeiten geschichtlicher Mythen: In der „Figur fremder Schuld“, die mit der „Opferrolle“ der Eigengruppe Hand in Hand geht (S. 25), wird die enge Bezogenheit der Nachbarnationen aufeinander deutlich. Die sogenannten nationalen Mythen sind daher ohne Blick auf die zwischennationalen Beziehungen nicht wirklich zu verstehen: eine Prämisse, die leider nur von einem Teil der Beiträge berücksichtigt wird.

Brigitte Schultze eröffnet mit einem Überblick der im Kontext der russischen Identitätsdebatte verwendeten Konzepte, Schlüsselbegriffe und kategorialen Ordnungen, der sich jedoch wegen der Fülle der angerissenen Themen und behandelten Quellen in einer Materialsammlung erschöpft. Es folgen zwei große Blöcke, die sich auf Polen und Tschechien beziehen. Jerzy Bartmiński leuchtet anhand publizistischer und literarischer Quellen das Bedeutungsfeld des polnischen „Ojczyzna“-Begriffes aus und vergleicht es mit Varianten anderer europäischer Sprachen. Wie Bartmiński hebt Heinrich Olschowsky im nachfolgenden Beitrag vor allem auf die Virulenz historischer Mythen für die Entwicklung gegenwärtiger Politik-Konzepte ab; er setzt den romantischen Mythos des polnischen Messianismus in Beziehung zu der Diskussion um Polens künftige Rolle in der Europäischen Union.

Um verschiedene Weisen den Mythos zu dekonstruieren, geht es bei Wolfgang F. Schwarz, der das absurde Theater Slawomir Mrożeks mit Werken von Václav Havel kontrastiert: wo bei Mrożek die totale Negation zurück bleibt, läßt Havel „das kulturell Archetypische unbeschädigt“ (S. 64). Die Verknüpfung von Fremd- und Eigenwahrnehmung im Mythos arbeitet François Guesnet heraus: Das in polnischer Trivalliteratur häufig beschworene Feindbild jüdischer Einwanderer aus Rußland diene „der Möglichkeit, über die Konstruktion eines mächtigen Feindes sich selbst als eine Gemeinschaft zu begreifen, die einem solchen Feind des Angriffs wert erscheint.“ (S. 115). Den „Mythos Osten“ als Versuch jüdischer Identitätsbestimmung zu Beginn des 20. Jahrhunderts findet Armin A. Wallas in publizistischen und literarischen Quellen. Hans-Christian Trepte beschreibt das all-

mähliche Verschwinden des „Mythos Amerika“ aus der polnischen Literatur: Das amerikanische Glücksversprechen läßt sich seit der politischen und wirtschaftlichen Wende auch in Polen einlösen – oder eben nicht; sein Glanz verblaßt in beiden Fällen.

In zwei literaturwissenschaftlichen Beiträgen tritt der Aspekt des kollektiven Bewußtseins ganz zurück: Reinhard Ibler thematisiert das „mythopoetische“ Schreiben in der Lyrik Karel Hlaváček's als Instrument individueller Suche nach der Identität; die Produktivität historischer Mythen für die Literatur der Gegenwart zeigt Alfrun Kliems Analyse der Werke von Libuše Moníková. Robert B. Pynsent kontrastiert die Dalimil-Chronik des 14. Jahrhunderts mit Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ und verfolgt die Wirkung beider Texte bis in die Äußerungen Václav Havels; Pynsent: „In jeder Nationalmythologie geht es manchmal implizit, öfter aber explizit, fast ebenso sehr um eine oder mehrere andere Nationen wie um diejenige, von der der Autor erzählt.“ (S. 200).

Der Überlieferungsgeschichte tschechischer Gründungsmythen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert geht Ute Raßloff nach. Dabei wird deutlich, wie die Sammler volkstümlicher Texte und die Autoren früher Chroniken in späteren Jahrhunderten ihrerseits der Mythisierung anheim fallen und in den Olymp nationaler Gründerväter aufsteigen.

Frank Hadler unterscheidet in seinem Beitrag über den „Magna-Moravia-Mythos zwischen Geschichtsschreibung und Politik“ zwei Entwicklungsphasen: In einer ersten Phase der Traditionsstiftung „erfanden“ (im Sinne Andersons) Historiker des 19. Jahrhunderts die Macht des Großmährischen Reiches; sie wurde nach 1918 ihrerseits mythisiert und stützte in den folgenden Jahrzehnten die gemeinsame tschechisch-slowakische Staatlichkeit durch die Behauptung ihrer historischen Wurzeln (S. 279).

Peter Zajac kritisiert die gegenwärtige slowakische Gedächtnispolitik, die der Bevölkerung allenfalls „ein ganz demythisierendes Gelächter“ (S. 331) zu entlocken vermöge. Die Bemühungen der slowakischen Intellektuellen um eine neue nationale Tradition kategorisiert Zajac wenig schlüssig als „Verfallsprodukt“ oder tertiäre[n] Entwicklungsnationalismus“ (S. 325) und damit qualitativ verschieden von jener Ideologie, aus der die westeuropäischen Nationalstaaten entstanden. Auf die tagespolitische Brisanz des Themas verweist Wolfgang Höpkens Beitrag über „Krieg und historische Erinnerung auf dem Balkan“. Die Toleranz der serbischen Bevölkerung gegenüber der aggressiven Politik ihrer Führung führt Höpken zurück auf die offizielle Gedächtnispolitik des sozialistischen Jugoslawien wie auf das „Auftauen“ der seinerzeit eingefrorenen Teile der Erinnerung beim Zerfall dieses Staates. Höpken nennt den engen Konnex zwischen der Vitalität historischer Mythen und Krieg „ein ungeliebtes, fatales Kind der eigenen, der gesamteuropäischen Geschichte“ (S. 379) und verwahrt sich gegen Versuche, den europäischen Nationalismus vor der Kontamination durch seine „balkanische“ Variante zu schützen.

Offen bleibt die Frage nach dem Sinn der Beschränkung auf die östliche Hälfte Europas, wie sie der besprochene Band praktiziert. Stärker noch als in der Politik- und Kulturgeschichte wird im Fall der Mythentheorie deutlich, daß diese Abgrenzung nicht dem Gegenstand entspricht, sondern der Organisation des Faches

geschuldet ist. Die im Vorwort versprochene „Voraussetzung für weitere Systematisierungen“ (S. 10) des Phänomens historischer Mythos jedenfalls ist ohne die Kontrastierung mit Beispielen aus Westeuropa kaum zu leisten.

Greifswald

Marika Werner

*Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Vyhnaní sudetských Němců. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“ in der Mitte Europas 1848/49–1945/46. Band 1: Vom Völkerfühlung und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchner Abkommen 1938 und zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ 1939. Auswahl, Bearbeitung und Zusammenstellung: Roland J. Hoffmann u. Alois Harasko.*

Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs, München 2000, 944 S. Abb. und Karten.

Für dieses Buch braucht man Kraft. Nicht nur seelische beim Lesen, weil es überwiegend kontroverse und oft bedrückende Quellentexte aus dem Zeitalter des Nationalismus zum deutsch-tschechischen Verhältnis von 1848 bis zur dessen beginnender Katastrophe von 1938/39 enthält, sondern auch physische: Es gilt, vor dem Lesen einen Wälzer von 950 DIN-A-4-Seiten (schweres, glattes Papier) zu stemmen. Um zunächst beim Äußerlichen zu bleiben: Der vorliegende erste Band eines auf zwei Bände berechneten Werkes – der zweite soll bis zu den eigentlichen Vertreibungen und „Abschiebungen“ der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg gehen – darf bibliographisch nicht mit dem ebenfalls umfangreichen und leider auch mit dem gleichen Titel und Einbandbild (u. a. dem großen „N“ auf einer weißen Deutschen-Armbinde) versehenen Ausstellungskatalog aus dem gleichen Hause von 1995 verwechselt werden.

Im Falle des vorliegenden Bandes handelt es sich um eine vollständig zweisprachige Edition, bei der die Parallelität der Texte durch zweiseitiges Nebeneinanderdrucken gelöst ist; hierfür ist das Riesenformat in der Tat praktisch. Allerdings wirkt sich für die Übersichtlichkeit nachteilig aus, daß das Tschechische, wie jeder Übersetzer weiß, erheblich „kürzer“ ist als das Deutsche; und das zwingt zu nicht immer übersichtlichen Kompromissen beim Spaltenumbruch. Irgendwie findet man dann aber doch immer, wie und wo es weitergeht im Text. Die wenigen englischen und französischen Texte bleiben ohne Übersetzung, sind aber, wie alle anderen, mit gleichlautenden tschechischen und deutschen Einleitungen versehen. Die Quellenübersetzungen sind entweder zeitgenössisch oder *ad hoc* für den Band angefertigt; sie sind im wesentlichen – bis auf wenige, wohl unvermeidbare Schnitzer – adäquat und fachgerecht.

Der feste Einband mit Fadenheftung wird eine normale Lese-Beanspruchung sicher gut aushalten; ob er allerdings bei dem Gewicht und bei der Sperrigkeit die leider üblichen multiplen Kopierakte in Bibliotheken gut übersteht, kann nur gehofft werden. Vorteilhaft ist das Großformat auch für die zahlreichen Textreproduktionen, die allerdings dann, wenn es sich um Zeitungseiten oder dergleichen handelt, auch bei diesem Format manchmal erheblich verkleinert werden mußten. Freilich wird man dabei bedauern, daß auf diese Weise z. B. ein faksimiliert-verkleinert deutscher Text, der dann nicht nochmals abgedruckt wird, schwerer zu lesen

ist als die normal gedruckte tschechische Übersetzung und umgekehrt. Alle Texte bleiben aber doch noch lesbar, und sei es auch mit Lupe. Gleiches gilt für die vielen Karten, die schon an sich eine umfangreiche, sehr begrüßenswerte Sammlung von sonst schwer Findbarem bilden. Hinzu kommen bekannte und kaum bekannte Plakate und Bildreproduktionen von Personen oder Ereignissen aus dem Themenbereich des Buches.

Die Benutzung des Bandes wird erleichtert durch ein (ebenfalls penibel zweisprachiges) Personenregister; hingegen vermißt man sehr die fehlende Numerierung der Dokumente und ein Dokumentenverzeichnis; nicht einmal ein einigermaßen detailliertes Inhaltsverzeichnis hat der Wälzer. Diese Benutzungshilfen sollten dringend wenigstens im zweiten Band rückwirkend nachgeliefert werden.

Die Einleitungen zu den einzelnen Dokumenten sind eigentlich keine Kopfregeste, sondern sie geben kürzere oder längere Informationen über den jeweiligen Autor des Textes; dabei sind insbesondere die längeren unter den Einleitungstexten wegen ihrer biographischen Auskünfte über z.T. nicht so bekannte Personen (z.B. Hanuš Kuffner, der oft irrig als bloßes Pseudonym – für E. Beneš – angesehen wird) begrüßenswert. Aber auch die Überschriften der Quellenstücke beschreiben die Quellen nicht, sondern greifen fast immer ein charakteristisches – oder im Hinblick auf die Fragestellung „Vertreibung“ für charakteristisch gehaltenes, manchmal nur nebenhin vorkommendes – Zitat heraus.

Dem Band ist eine ausführliche Einleitung von Roland J. Hoffmann vorgestellt, in der nicht nur die angekündigten „Anmerkungen zu Methode, Quellenauswahl und Zielsetzung der Dokumentation“ geliefert werden, sondern eine Art von summarischer Darstellung der Geschichte des Nationalismus seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskampf und mit nützlichen Exkursen, z.B. über die griechische Befreiungsbewegung, geliefert wird; wie in der Dokumentenauswahl (dort ca. 120 Seiten) spielt dabei das Jahr 1848 eine wichtige Rolle; der Weg der progredienten Entzweiung von Deutschen und Tschechen wird verfolgt bis zur Sudetenkrise 1938 (allein für die Dokumente zum Jahr 1938 stehen 180 Seiten zur Verfügung!) und zur Zerstörung der Tschechoslowakei. Das Weitere soll im zweiten Band folgen.

Überblickt man die Menge der dargebotenen Texte, dann offenbart sich diese Publikation als ein Mittelding zwischen Quellenedition und Weißbuch. Dies entspricht auch der Intention der Herausgeber, die den Band für „ein breites Spektrum von Lesern“ bestimmt und deshalb von einem wissenschaftlichen Apparat abgesehen haben. Intention der beiden Bände sei, dies wird ausdrücklich gesagt, nicht das „Anheizen“ von Animositäten. Es fragt sich allerdings, ob bei wenig oder einseitig vorbereiteten Lesern sich diese Absicht wird verwirklichen lassen.

In gewisser Hinsicht ist dies ein „Reader“, der über das „Odsun“-Thema weit hinausgreift und z.B. allgemeine Dokumente zum Staatsrechtskampf oder zur Gründung der ČSR, zum Parteienwesen der Sudetendeutschen usw. präsentiert. Das ist eigentlich begrüßenswert. Die Mehrheit der Quellen werfen jedoch den Gedanken von nationaler „Säuberung“ und von Verdrängung jeder Art des andersnationalen Bevölkerungsteils in den böhmischen Ländern auf. Heißt das, daß die Wurzeln des „Odsun“ wirklich schon bis 1848 zurückreichen? Man wird wohl eher doch unterscheiden müssen zwischen bramabasierendem verbalen Säbelrasseln und den kon-

kreten Taten der späten dreißiger und der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts. So gab es auch im deutsch-tschechischen Verhältnis eine sicher sporadisch vorhandene gegenseitige Vertreibungslust schon seit 1848 – aber das war bloße Großmäuligkeit bis ins Vorfeld von 1938, und es kam von den Rändern des politischen Meinungsspektrums. Gleichwohl findet man hier manche Illustration zu Grillparzers Diktum, daß der Weg von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität führe – zunächst einmal verbal.

Das Generalthema wird zwar in diesem Band bis zum Überdruß in Quellen aufgespürt und strapaziert. Aber, das muß anerkannt werden, es wird nicht einseitig und triumphierend mit dem Finger auf die „andere Seite“, d.h. die Tschechen und deren Säuberungs- und Vertreibungspläne und -taten gewiesen, sondern auch schaurige Erörterungen im deutschen Lager darüber gefunden, ob, und wenn ja wieviele Menschen der anderen Nationalität zu vertreiben wären; die Last wird also auf beide Seiten verteilt. Das gilt nicht nur für die alldeutschen Kraftsprüche der Schönerer-Ära; auch für die dreißiger Jahre kann man beispielsweise ausführlich die Ostraphantasien des Sudetendeutschen Walter Hergl mit einem „Ausrottungs“-Plan für die Tschechen oder den nur wenig gekürzten Text des berüchtigten Lodgman-Artikels vom April 1938 mit der Empfehlung von Umsiedlungen, insbesondere zur „Lösung der Judenfrage“, finden.

Die Erwartung, daß hier mit einer allzulangen historischen Perspektive der trichterförmige Weg zum „Odsun“, zur „Vertreibung der Sudetendeutschen“ auf fast tausend Seiten dokumentiert und dabei die Last vor allem den Tschechen zugeschoben wird, stützt sich also zunächst und vor allem auf den Titel des Werkes. Hätte dieser nicht genauer die eigentliche Intention bezeichnen und sagen sollen, daß es – wenigstens im ersten Band, das weitere wird man sehen müssen – hier um beiderseitige Vertreibungspläne, aber auch allgemeiner um ausgewählte Grunddokumente zum tschechisch-deutschen Verhältnis geht? Allerdings wird bei der Textauswahl, der Fragestellung des Bandes entsprechend, den National-Extremisten von beiden Seiten ein über ihren eigentlichen Anteil an der politischen Klasse weit hinausreichendes Gewicht verliehen.

Ein Teil der Einleitung von Hoffmann ist der Ausmessung des Begriffsfeldes *Vertreibung – Odsun – Säuberung* usw. gewidmet. Hier bewährt sich die begriffshistorische Erfahrung des Verfassers; sie trägt mit mancher neuer, präziser Beobachtung dazu bei, die Entstehung der so unterschiedlichen, mal beschönigenden, mal brutalen, meist aber das Gleiche meinenden Begriffe zu erhellen. (Angesichts der begrüßenswerten Genauigkeit ein Einwand: Nach Kenntnisstand des Rezensenten hat Edvard Beneš am 12. Mai 1945 nicht davon gesprochen, *die Deutschen* endgültig zu liquidieren – *vylíkevidovat* – (S. 79/76), sondern *das deutsche Problem* im Staate – das ist schlimm genug, aber doch ein Unterschied.)

Insgesamt bleibt trotz aller Einwände als Verdienst dieser Publikation festzuhalten, daß es große Quellenstücke in beiden Sprachen zum deutsch-tschechischen Verhältnis und dessen finsternen Aspekten präsentiert, die sonst nur schwierig oder nur stückhaft greifbar oder von denen jeweils nur Kernzitate allgemein bekannt waren.

*Auf der Suche nach der poetischen Zeit. Der Prager Davidsbund: Ambros, Bach, Bayer, Hampel, Hanslick, Helfert, Heller, Hock, Ulm. Zu einem vergessenen Abschnitt der Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts. Hrsg. v. Bonnie Lomnäs, Erling Lomnäs und Dietmar Strauß. Band 1: Erläuterungen, Nachlaßregesten, Konzertdokumente. Band 2: Texte, Kompositionen.*

Pfau Verlag, Saarbrücken 1999, 407 S. + 47 Abb., 341 S.

Künstlerische Gruppenbildung ist bekanntlich ein Phänomen des 18. Jahrhunderts, allerdings kennen auch das 19. – man denke nur an die nach den Karlsbader Beschlüssen verbotene Wiener Ludlamshöhle oder den nach Vorbild der Ludlamshöhle gebildeten Berliner Tunnel über der Spree – und 20. Jahrhundert (z. B. die Gruppe 47) derartige eher formellere, oder informellere Zusammenschlüsse. Es ist offenkundig der Reiz des „serapiontischen Prinzips“, jenes fiktiven, dem frühromantischen Universalanspruch von Poesie verpflichteten Freundschaftsbundes E. T. A. Hoffmanns, der auch in Prag auf Resonanz stieß. So belehrt uns die vorliegende voluminöse Studie über den Prager Davidsbund, einen romantisch inspirierten Freundschaftsbund, über die kulturpolitische Bedeutung im Bereich der Musik und Musikkritik in Böhmen. Schumanns Programm einer ‚neuen poetischen Zeit‘, im Titel mit dem eines bekannten literarischen Werkes von Marcel Proust kombiniert, steht als Pate zu Beginn eines von E. T. A. Hoffmann und Jean Paul inspirierten Freundschaftsbundes. Mitglieder waren der Jurist und Musikprofessor August Wilhelm Ambros, der Klavierlehrer Jacob Emil Hock, der Jurist, Musikkritiker und Musikprofessor Eduard Hanslick, ferner die Musikkritiker Franz Balthasar Ulm und Josef August Heller, ferner der Dichter und Arzt Friedrich Bach, der Dichter Josef Bayer und der später im Unterrichtsministerium tätige Jurist und Historiker Josef Alexander von Helfert.

Grundlage der vorliegenden Untersuchung ist der Anfang der neunziger Jahre von Bonnie Lomnäs in Stockholm aufgefundene, umfangreiche Nachlaß von J. E. Hock, der einen Schlüssel zur Prager Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts bildet: Zum einen durch den Bestand von Briefen, Autographen, Portraits und Editionen von bedeutenden Persönlichkeiten, zum anderen durch die Sammlung von etwa 1300 Konzertdokumenten aus einem Zeitraum von über 60 Jahren, „einer Privatsammlung, die im 19. Jahrhundert kaum ihresgleichen hat.“ (S. 12). Die Sichtung der Materialien ergibt ein präzises Bild nicht nur vom Prager Davidsbund selbst, sondern auch von dessen Einbettung in die kulturhistorischen und politischen Entwicklungen der Zeit, sei es beim Einfluß des Herbartianers Franz Exner auf Eduard Hanslick, sei es in der Verbindung zum Prager Vormärz über Friedrich Bach. Es gelingt den Verfassern somit, ein umfassendes, facettenreiches Bild der Musikkultur um die Jahrhundertmitte in Prag zu zeichnen. Problematisch ist allerdings die nicht ausreichende Berücksichtigung des tschechischen kulturellen Kontextes, wenn z. B. die Klarsche „Libussa“ und Glasers „Ost und West“ als „literarische Zentren und Motoren in Prag“ erkannt werden, der „Časopis Českého Museum“ und die „Květy“ aber ausgeblendet bleiben (S. 178). Dennoch – dem Davidsbund kommt unzweifelhaft eine wichtige kultur- und musikpolitische Rolle zu, zumal ihm auch der Begründer der Prager Kunstkritik, Bernhard Gutt, nahestand, der ab 1837 Berichte

über das Prager Musikleben in der „Bohemia“ veröffentlichte. Darüber hinaus ist der Davidsbund Ausdruck eines fortwirkenden, oberhalb der sich entwickelnden nationalen Antagonismen stehenden Bilingualismus (z.B. F.B. Ulm). In der Folge von 1848 mit den sich verstärkenden nationalistischen Bestrebungen hatte sich dann allerdings nicht nur der Utraquismus überholt, auch der Rückgang der Bedeutung Prags als fortschrittlicher Musikstadt läßt sich an den Materialien ablesen. Die künstlerischen und utopischen Ideale, wie sie der Davidsbund verkörperte, wurden zunehmend untergraben.

Dem Leser werden mit dem vorliegenden Werk eine Vielzahl von Informationen geboten, die das bestehende Bild vom kulturellen Prag auch aus musikhistorischer Perspektive ergänzen und präzisieren. Hilfreich für künftige Arbeiten sind vor allem die erfaßten Materialien. Der erste Band verzeichnet umfangreiche, sachkundige Erläuterungen, ferner die Nachlaßregesten sowie Konzertdokumente. Der zweite Band umfaßt Texte der Davidsbündler, vor allem von August Wilhelm Ambros, und Kompositionen, darunter auch bisher Unedierte.

Weimar

Steffen Höhne

*Mýtus a realita hospodářské vyspělosti Československa mezi světovými válkami [Mythos und Realität der wirtschaftlichen Fortschrittlichkeit der Tschechoslowakei zwischen den Weltkriegen]. Hrsg. v. Eduard Kubů und Jaroslav Pátek.*

Nakladatelství Karolinum, Praha 2000, 439 S., graph. Darstellungen.

Vom „demokratischen Musterland ČSR“ muß man spätestens seit dem Heumos-Broková-Krieg Abstriche machen. Aber noch die Trümmer des Mythos wirken im internationalen, vor allem im Deutschlandvergleich achtunggebietend. Analoges gilt im vorliegenden Fall: Eduard Kubů, Jaroslav Pátek und ihre Mitautoren rücken in dieser Gesamtdarstellung der Wirtschaftsgeschichte der Ersten Republik dem Mythos vom hohen Entwicklungsstand der tschechoslowakischen Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit zu Leibe. Der Mythos wird dekonstruiert. Aber auch hier sind die Überreste respektabel.

In der zweiten industriellen Revolution des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts hatten sich die böhmischen Länder zur wirtschaftlich am höchsten entwickelten Region der österreichisch-ungarischen Monarchie aufgeschwungen. Zwar waren im europäischen Vergleich auf vielen Gebieten – etwa hinsichtlich der Nutzung der Elektrizität als Licht- und Antriebsquelle – noch Rückstände zu verzeichnen: Die gewerbliche Entwicklung war eher extensiv als intensiv, Manufaktur und handwerkliche Fertigung überwogen. Manche Branchen agierten allerdings bereits auf internationalem Spitzenniveau. Die Rüstungswirtschaft des Ersten Weltkriegs stimulierte die Produktivität; nach 1918 erleichterte dann die Allianz der Tschechoslowakei mit den Westmächten den Import von *Know-how*. Der bereits vor dem Ersten Weltkrieg erreichte hohe Entwicklungsstand in Wissenschaft und Technik, von dem das Prager Technische Museum und die Prager bzw. die Brüner

Technische Hochschulen zeugen, schlug sich in steigenden Studentenzahlen der technischen Studiengänge nieder.

Die Entwicklung in der Zwischenkriegszeit läßt sich nicht leicht bilanzieren. Auf der Haben-Seite stehen eine intensive, von der Masaryk-Akademie der Arbeit wissenschaftlich begleitete Rationalisierung der Produktionsabläufe und die Modernisierung der Arbeitsorganisation im Zeichen der Trias „wissenschaftliches Management, Fordismus, Taylorismus“, der Vormarsch der Elektrizität, Fortschritte in der Chemie synthetischer Stoffe, die produktivitätssteigernde und Arbeitskräfte für die Industrie freisetzende Chemisierung und Technisierung der Landwirtschaft. Allerdings fand die Rationalisierung im wesentlichen in den kapitalkräftigen Großkonzernen statt, in der Landwirtschaft erstreckte sich die Modernisierung auf die großen Zulieferer der Lebensmittelindustrie. Banken, Handel und vor allem die hohe Anzahl kleiner gewerblicher Betriebe waren weitgehend rationalisierungsresistent. Der Anteil der Handarbeit war im internationalen Vergleich nach wie vor zu hoch, Güterqualität und Arbeitsproduktivität waren zu niedrig, das Kommunikations- und das Transportwesen arbeiteten zu wenig effizient und flexibel, das Bankwesen war übersetzt und fragmentiert, unwirtschaftlich und als Kreditgeber der Industrie nicht genügend leistungsfähig. Unternehmern und Managern fehlte es an Ausbildung, Erfahrung und Visionen, die Wirtschaftspolitik war vielfach durch egoistische Parteien- oder Gruppeninteressen blockiert.

Auch die Integration der ČSR in die Weltwirtschaft gestaltete sich wenig glücklich. Die Verbindungen zum Weltmarkt krankten an der fehlenden internationalen Erfahrung der Eliten: neuralgischer Punkt des Außenhandels – und Indiz der relativen Rückständigkeit – war der hohe Anteil von Rohmaterialien und Halbfertigwaren am Export. Aus politischen Gründen war die Umorientierung der Außenwirtschaft auf die Alliierten Großbritannien und Frankreich geboten. Standen „westliche“ Kapitalinvestitionen quantitativ auch an erster Stelle, so waren doch die strategischen Stränge des Außenhandels und der Technologiebeziehungen nach wie vor auf Deutschland und Österreich orientiert; die traditionell engen Wirtschaftsbeziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn „umzupolen“, erwies sich als äußerst mühsam. Aufgrund der besonders hohen Außenhandelsabhängigkeit der ČSR wurde ihre Wirtschaft außerordentlich hart von der Weltwirtschaftskrise getroffen: Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs hatte sie noch nicht wieder das Vorkrisen-Produktionsniveau erreicht.

Waren die Pro-Kopf-Werte des Nationaleinkommens und des Außenhandels auch nicht „Weltstandard“, so war die ČSR im europäischen Vergleich doch keineswegs „hinterwäldlerisch“. Vielmehr rangierte sie auf dem mittleren Entwicklungsniveau etwa Norwegens, Finnlands oder Österreichs. Die Autoren verteilen weder Schelte noch unkritisches Lob, sondern gelangen zu einem statistisch solide fundierten, fairen Urteil, das die komplizierten Ausgangsbedingungen nach 1918, den Mangel an natürlichen Reichtümern, ererbte Infrastrukturdefizite und die enorm anspruchsvolle Aufgabe der Formierung einer kohärenten National-Ökonomie in Rechnung stellt.

*Scheuermann, Martin: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung? Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren.*

Verlag Herder-Institut, Marburg 2000, 516 Seiten, 1 Karte, Tabellen (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropaforschung 6).

Die Minderheitenpolitik in Ostmittel- und Südosteuropa während der Zwischenkriegszeit bleibt ein lohnendes Forschungsthema. Trotz zahlreicher Studien etwa zur Behandlung von Minoritäten in einzelnen Ländern oder zu internationalen Auswirkungen von Nationalitätenkonflikten auf bi- und multilateraler Ebene gibt es noch zahlreiche Fragen, die eingehender beleuchtet werden können. Auch angesichts der aktuellen Entwicklung in Südosteuropa ist beispielsweise ein Blick auf die Rolle internationaler Organisationen nützlich. So war es in der Zwischenkriegszeit Aufgabe des Völkerbundes, Minderheiten vor Diskriminierungen zu schützen. Ihm oblag die Garantie der von den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten während der Pariser Friedenskonferenz abgeschlossenen Minderheitenschutzverträge. Angehörige von Minoritäten konnten Beschwerde beim Völkerbundsekretariat einreichen, wenn sie ihre Rechte verletzt sahen. Die darin geschilderten Kritikpunkte konnten gegebenenfalls vor den Völkerbundrat oder sogar den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gelangen. Dazu ist in der Literatur bereits einiges geschrieben worden. Wie aber der Völkerbund in konkreten Fällen vorging, zeigt Martin Scheuermann in seiner nun veröffentlichten Dissertation.

Der Verfasser stützt sich darin zum einen auf Archivdokumente, die erst seit Ablauf der Sperrfristen im Genfer Völkerbundarchiv zugänglich sind, zum anderen tritt er mit dem Anspruch an, einen Gesamtüberblick über die Behandlung von Beschwerden durch den Völkerbund in den zwanziger Jahren zu geben. Einzelne Beispiele anzuführen, wie es zumeist in der Sekundärliteratur geschehen ist, wird Scheuermann zufolge der Komplexität des politischen Verfahrens nicht gerecht. Eine Gesamtanalyse des Minderheitenschutzes in diesem Zeitraum ist aber angesichts der hohen Zahl von Minderheitenstaaten und der damit verbundenen Probleme ein anspruchsvolles Unterfangen. So grenzt Scheuermann sein Thema inhaltlich ein, indem er die Überwachung verschiedener bilateraler Minderheitenabkommen sowie die Konventionen über den Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei, Griechenland und Bulgarien durch den Völkerbund nur am Rande streift. Die Wahl des Untersuchungszeitraums begründet er vor allem damit, daß sich der Völkerbund in den zwanziger Jahren zunächst im Aufbau befand, dann seine Blütezeit durchlief und sein Vorgehen bezüglich des Minderheitenschutzes bis zum Sommer 1929 weitgehend einheitlich war.

Einleitend erfolgt eine Beschreibung des Minderheitenschutzverfahrens, dessen formale Ausprägung 1923 im wesentlichen abgeschlossen war. Zunächst prüfte die Minderheitenabteilung des Völkerbundes im Auftrag des Generalsekretärs die Zulässigkeit der Beschwerden. Aus dem Präsidenten des Völkerbundrates sowie zwei weiteren Ratsmitgliedern gebildete Dreierkomitees entschieden darüber, ob für zulässig befundene Petitionen den Rat und damit die Öffentlichkeit erreichten oder nicht. Polen und die Tschechoslowakei als Staaten mit starken Minderheiten setzten durch, daß die von Beschwerden betroffenen Regierungen zum einen zügig Stellung

zu den Petitionen nehmen durften und die Öffentlichkeit des Verfahrens eingeschränkt wurde. Weiterhin forderten die Minderheitenstaaten erfolgreich eine Loyalität der Minoritäten ihnen gegenüber und erreichten angesichts der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, daß Staaten nicht über die Petitionen von „Konnationalen“ entscheiden dürften. Aus vielen Dreierkomitees war Deutschland somit ausgeschlossen, da in den meisten Vertragsstaaten deutsche Minderheiten existierten.

Im umfangreichsten Teil seiner Arbeit beschäftigt sich Scheuermann, nach einzelnen Staaten gegliedert, mit den bis zum Sommer 1929 eingegangenen Beschwerden und ihrer Behandlung durch den Völkerbund. In der Praxis gelangte die Mehrzahl der Petitionen nicht auf die Tagesordnung des Rates oder gar vor den Internationalen Gerichtshof, viele wurden formal für unzulässig erklärt. Zahlreiche Streitigkeiten wurden „informell“ beigelegt, andere Probleme nie gelöst. Die Minderheitensektion war aufgrund ihres Expertenwissens an dem Verfahren in hohem Maße beteiligt und nahm oft großen Einfluß auf die Entscheidungsfindung der Dreierkomitees. Bei der Weiterleitung einer Beschwerde an den Rat, dem Bemühen um eine informelle Lösung oder auch bei einer Einstellung des Verfahrens spielten zudem politische Rücksichtnahmen eine erhebliche Rolle. Die Mitarbeiter des Völkerbundes waren bemüht, allzu große Konflikte mit den betreffenden Staaten zu vermeiden. Häufig ging es in den Petitionen um Staatsangehörigkeit, Optionsrecht, Pensionszahlungen, Agrarreformen, Minderheitenschulen und Antisemitismus. Die Eingaben galten nur als Informationsgrundlage, die Beschwerdeführer waren keine Rechtspartei. Verhandelt wurden die strittigen Fragen ausschließlich zwischen dem Völkerbund und der jeweiligen Regierung. Oft diente den Dreierkomitees die Drohung, eine Beschwerde an den Rat weiterzuleiten, als Druckmittel, um einen Kompromiß zu erzielen. Die Position der Regierungen war allerdings vorteilhaft, da die Minderheitensektion deren Stellungnahmen und Angaben zur Lage der Minoritäten nicht selten für zuverlässig hielt. Auf die Erfolgsaussichten einer Minderheitenbeschwerde wirkte sich dieses Vertrauen naturgemäß negativ aus.

Angesichts seiner Ergebnisse bei der Auswertung der Petitionen spricht Scheuermann von einem „Nord-Süd-Gefälle“ (S. 398): Die Lage der Minderheiten in den nördlichen Staaten und die Zusammenarbeit der betreffenden Regierungen mit dem Völkerbund sei besser gewesen als in Südosteuropa. Die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei – um ein Beispiel näher zu beleuchten – befand sich aufgrund ihrer Größe in einer relativ günstigen Position und brachte Beschwerden oft zur Unterstützung direkter Verhandlungen mit der ČSR-Regierung vor. „Negativ“ hat sich seit 1926 offensichtlich die Beteiligung deutscher Politiker an der Regierungsverantwortung ausgewirkt, denn nach Meinung der Diplomaten des Völkerbundes bestand ein Widerspruch in der Tatsache, daß eine Minderheit gegen eine Regierung klagte, der sie selber angehörte. Infolgedessen gingen in den folgenden Jahren von seiten der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei nur noch Individualpetitionen und keine Gruppenbeschwerden mehr ein. Diese Individualbeschwerden wurden fast immer für unzulässig erklärt.

Scheuermann zufolge befanden sich die Minderheiten in der Tschechoslowakei in einer besseren Lage als die Minoritäten in den meisten anderen behandelten Staaten

– Lettland und Estland ausgenommen. Formal habe die tschechoslowakische Regierung geradezu vorbildlich mit dem Völkerbund zusammengearbeitet, inhaltlich aber eine abwehrende Position eingenommen und meist erfolgreich mit Dementis und Verzögerungstaktik die Behandlung von Beschwerden vor dem Rat oder dem Ständigen Internationalen Strafgerichtshof verhindert. Gerade Außenminister Edvard Beneš verfolgte eine solche Strategie. Die tschechoslowakische Regierung gewährte ihren Minderheiten zudem oftmals Zugeständnisse, tat dies aber nicht auf der Basis grundsätzlicher Rechte, sondern ließ dies als eine Art Gnadenerweis erscheinen. Scheuermann urteilt zusammenfassend über ihr Vorgehen:

Durch ihre äußerlich formal korrekte Zusammenarbeit mit dem Völkerbund konnte sie mit diversen Kunstgriffen ihre Vorstellung von Minderheitenpolitik besser durchsetzen, als wenn sie eine weniger kooperative Haltung eingenommen hätte. (S. 196)

Alles in allem hatte der Minderheitenschutz für den Völkerbund vor allem die Funktion, internationale Konflikte zu verhindern – so die zentrale These des Buches. Pablo de Azcarate y Florez, ehemaliger Direktor der Minderheitenabteilung, brachte seine Ansicht dazu 1945 folgendermaßen auf den Punkt:

Der Völkerbund war erfolgreich, allerdings weniger, indem er die Unterdrückung der Minderheiten beendete oder verminderte (eine humanitäre Aktivität, mit der er nicht betraut war), sondern indem er verhinderte, daß die größere oder die kleinere Unterdrückung von Minderheiten internationalen Streit oder Konflikte hervorbrachte. (S.406)

Konfliktverhütung stand somit an erster Stelle, die Minderheiten selber interessierten offenbar weniger. So ist es zu erklären, daß Petitionen bei einer Gefahr der Auslösung zwischenstaatlicher Konflikte durch eine öffentliche Behandlung oft nicht weiter nachgegangen oder auf informellem Wege eine Mäßigung der Gegensätze angestrebt wurde. Die Eingabe von Beschwerden verhalf somit den betroffenen Menschen in den meisten Fällen nicht zu ihrem Recht. Dies hat Scheuermann anhand interner Akten der Minderheitensektion des Völkerbundes detailliert nachgewiesen. Insgesamt trägt seine Studie somit zu einem genaueren Verständnis des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund sowie der Motivation seiner Protagonisten bei. Gesamtverzeichnisse zulässiger und unzulässiger Beschwerden vermitteln einen guten Einblick in Inhalt und Zahl der Petitionen und tragen ebenso wie die Kurzbiographien von Angehörigen der Minderheitensektion zu einem umfassenden Bild von der Arbeit dieser wichtigen Völkerbundabteilung bei.

Düsseldorf

Volker Zimmermann

*Wixforth, Harald: Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39.*

Dresden 2001, 175 S. (Schriftenreihe des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden).

Mit den Veröffentlichungen der letzten beiden Jahre zur Geschichte der Besetzung im „Sudetenland“ zwischen 1938 und 1945 werden langsam die weißen Flecken eines regionalen Forschungsfeldes historisiert, dem bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde, da es sowohl zur tschechischen als auch zur sudetendeut-

schen Identitätsbildung wenig tauglich schien. Die im Oktober 1938 in Folge des „Münchener Abkommens“ besetzten tschechischen Grenzgebiete schienen als eine der ersten Eroberungen des Deutschen Reiches, im „Krieg vor dem Krieg“, für sich genommen wenig attraktiv, zumal die „heim ins Reich“ strebende deutsche Bevölkerung Gegenleistungen für ihre *Irredenta* erwartete. Der Wert der Annexion für das Deutsche Reich lag darin, daß sie einen unspektakulären, aber wesentlichen Schritt zur Vereinnahmung des rüstungswirtschaftlichen Potentials der ČSR darstellte, zum Ausgleich der inneren Krise, als „Auftakt zur Ostexpansion“. Dies bestätigt auch die im Rahmen eines am Hannah-Arendt-Institut angesiedelten Projekts zur Geschichte der Dresdner Bank 1931–1957 erschienene Detailstudie zur Umgestaltung der Kreditwirtschaft im Sudetenland 1938/39 des Wirtschaftshistorikers Harald Wixforth.

Dieser Prozeß wurde sowohl in der wirtschafts- als auch in der regionalgeschichtlichen Literatur bisher nur am Rande gestreift, obwohl die „Neuordnung“ des Bankwesens gleichsam die Basis für nachfolgende Expansionsbestrebungen lieferte und ihre Konsequenzen hinlänglich bekannt sind. Svatosch hat schon vor mehr als 30 Jahren auf die erhebliche Ausdehnung des Einflusses der reichsdeutschen Großbanken und ihre Durchsetzungskraft gegenüber den Regionalbanken hingewiesen. Allein der Dresdner Bank gelang es, in den sudetendeutschen Gebieten ein Kapital von mehr als 400 Mio. Reichsmark zu kontrollieren.<sup>1</sup> Wixforth legt nun auf einer umfassenden Materialbasis aus der Überlieferung der Nürnberger Prozesse (Wilhelmstraßen-Prozeß) und Quellenbeständen des Russischen Staatlichen Militärarchivs Moskau, des Archivs der Tschechischen Nationalbank und des Historischen Archivs der Dresdner Bank eine ausführliche Rekonstruktion bank- und finanztechnischer Aspekte vor, die die Entscheidungsfindung zwischen den Überlegungen der Reichsbehörden und Plänen des Reichskommissariats für die sudetendeutschen Gebiete einerseits und den Verhandlungsstrategien der Banken andererseits vom Juli 1938 an behandelt. Die Studie verfolgt die Vermischung der Interessen der Banken an einer Stärkung ihrer Wettbewerbspositionen mit denen des NS-Herrschaftsapparates an einer umfassenden Kontrolle des industriellen Potentials der ČSR und zeigt den Beginn der Expansion durch die Übernahme der Prager Bankfilialen auf.

Die Umgestaltung der Kreditwirtschaft wurde von den zuständigen Reichsministerien und -behörden des NS-Wirtschaftssystems entscheidend beeinflusst. In Abstimmung mit dem Reichswirtschaftsministerium, dem Reichsbankdirektorium und dem Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete fielte der Reichskommissar für das Kreditwesen, Friedrich Ernst, die definitive Entscheidung über die Kernfragen der Umgestaltung – die Zuordnung der Filialnetze und die Standortverteilung. Der Autor bestätigt diesem Vorgang ein hohes Maß an Wirkungsmacht

---

<sup>1</sup> Vgl. Svatosch, Franz: Das Grenzgebiet unter dem Hakenkreuz. Die sozialökonomischen Veränderungen Nord- und Nordwestböhmens während der ersten Phasen der hitlerfaschistischen Okkupation. Potsdam 1969, Diss.; und Ders.: Zum Untergang der böhmisch-deutschen Bourgeoisie. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 15 (1971) 2, 91.

der Politik. Die beteiligten Banken aus dem „Altreich“, vor allem die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Allgemeine Deutsche Creditanstalt aus Leipzig (Adca) versuchten für ihre expansionistischen Ziele mit Nachdruck bei den zuständigen Berliner Dienststellen Gehör zu finden, waren sie doch an deren Entscheidungen gebunden. Obwohl es in der Retrospektive scheint, als ob sich die Dresdner Bank von vornherein hätte durchsetzen können, konnte zunächst die Deutsche Bank im Rennen um die ertragstärksten Filialen Vorteile verbuchen. Erst nach einem intensiven und offenen Entscheidungsfindungsprozeß, der unbeeinflusst von personellem „Klüngel“ verlief, wurden der Dresdner Bank mit dem Beschluß des Reichskommissariats für das Kreditwesen vom 14. Oktober 1938 die attraktiveren Filialen der Böhmisches Escompte-Bank und Creditanstalt (Bebca) zugewiesen. Der Deutschen Bank blieben nur die Filialen der Böhmisches Union-Bank, da die Dresdner Bank als finanzstärkere die Durchdringung des Marktes gewährleistete.

Dennoch darf die Rolle des Reichskommissariats für das Kreditwesen im nationalsozialistischen Wirtschaftssystem auch für die erste Phase der Umgestaltung nicht überschätzt werden. Während noch über die „Neuordnungsfrage“ verhandelt wurde, zeigte sich bereits, daß Hans Kehrl, Görings Generalreferent für Sonderaufgaben im Wirtschaftsministerium, nicht nur für den Rahmen der Bankenpolitik zur wichtigsten Entscheidungsinstanz aufstieg, sondern auch für alle anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Region. Mit der bürokratischen Gewichtsverschiebung verbanden sich spätestens ab November 1938 weitreichende politische Absichten. Die streng an Rentabilitätskriterien orientierte Geschäftspolitik der reichsdeutschen Banken sollte den deutschen Einfluß in der gesamten Tschechoslowakei systematisch stärken. Dabei ging es jedoch nicht darum, die Rolle des (Sudeten-)Deutschtums zu forcieren – es blieb der einheimischen Creditanstalt der Deutschen nichts anderes übrig als das Eindringen der reichsdeutschen Banken zu akzeptieren – sondern noch vor der Besetzung durch die Wehrmacht im März 1939 wichtige Segmente der tschechoslowakischen Wirtschaft in der Schwerindustrie, dem Maschinenbau und der chemischen Industrie unter reichsdeutsche Kontrolle zu bekommen. Als Instrument diente der Erwerb von Beteiligungen an tschechoslowakischen Firmen aus dem Besitz der Prager Kreditinstitute, denen Ausgleichszahlungen und die Übereignung von Industriebeteiligungen aufgenötigt wurden. Die Verbindung bankwirtschaftlichen Kalküls und wirtschaftlicher Kontrolle der ČSR im Hinblick auf politische Expansionsbestrebungen erfolgte nicht mit Hilfe eines geschlossenen, vorausgeplanten Maßnahmenbündels, sondern ergab sich aus der Kongruenz von Interessen. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Dresdner und der Deutschen Bank, die allerdings mit der Errichtung des „Protektorates Böhmen und Mähren“ weiter ins Hintertreffen geriet, standen in keinem Widerspruch zu den machtpolitischen Plänen der Reichsregierung.

Die Studie liefert einen wichtigen Baustein zur Geschichte der ohne kriegerische Gewalt vollzogenen Okkupationen des Deutschen Reiches. In der Verbindung zwischen Darstellung der Normalität kapitalistischer Expansion und ihrer speziellen Konstellation in der Vorphase der Gleichschaltung des „Sudetenlandes“ trägt sie dazu bei, die Besonderheiten des sich im „Sudetenland“ etablierenden Okkupationssystems herauszukristallisieren. Weitere detaillierte wirtschaftshistorische Arbeiten

zu den Vorgängen im Zeitraum um das „Münchener Abkommen“ dürften die „Befreiung der Sudetendeutschen“ endgültig in den Bereich der Legendenbildung verweisen.

Bielefeld

Freia Anders

*Eckert, Rainer: Emigrationspublizistik und Judenverfolgung: das Beispiel Tschechoslowakei.*

Peter Lang, Frankfurt am Main – Berlin – Bern – Bruxelles – New York – Wien 2000, 346 S.

Zwischen 1933 und 1938 emigrierten insgesamt bis zu 20000 Menschen aus Deutschland und Österreich in die Tschechoslowakei – die genaue Zahl ist nicht bekannt. Grundsätzlich galt dort ein Verbot abhängiger Erwerbsarbeit für die Flüchtlinge; allerdings durften Künstler, Schriftsteller und Journalisten ihren Beruf ausüben. Zwischen 1933 und 1938 konnten daher mehr als 60 Zeitungen und Zeitschriften sowie eine Reihe von Verlagen im tschechoslowakischen Exil entstehen.

Die vorliegende Arbeit von Rainer Eckert, Leiter des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, untersucht die Emigrationspublizistik und deren Reaktion auf die Judenverfolgung in Deutschland. Im ersten Teil seiner Studie skizziert der Autor zunächst die Situation des deutschen Exils in der Tschechoslowakei. Er geht auf die Lebensbedingungen der Emigranten, die Flüchtlingspolitik der Prager Regierung und die Tätigkeit der Hilfskomitees ein. Im Anschluß daran gibt Eckert einen Überblick über die verschiedenen im tschechoslowakischen Exil tätigen politischen Gruppen, von den Kommunisten bis hin zu der „Schwarzen Front“ Otto Strassers. Dieser überwiegend aus der Literatur gearbeitete Teil der Studie faßt die Geschichte des Exils in der Tschechoslowakei gut lesbar zusammen. Informativ sind die folgenden Skizzen über die Exilpresse und die Emigrantenverlage. Die Exilpublizistik verfolgte vor allem die Ziele, die Weltöffentlichkeit über den Terror in Deutschland zu informieren, den Widerstand in Deutschland selbst anzuleiten und zu informieren sowie den Nachrichtenaustausch unter den Emigranten sicherzustellen (S. 58).

Detailliert beschreibt Eckert die Reaktion des NS-Regimes auf die Exilveröffentlichungen. 1934 hatte die Gestapo mehr als 1,2 Millionen illegale Druckschriften, die teilweise aus dem Ausland eingeschmuggelt worden waren, in Deutschland registriert; auch drei Jahre später betrug deren Zahl noch mehr als 920 000. Bereits 1933 hatte eine Liste des Berliner Polizeipräsidiums 138 in der Tschechoslowakei erschiene Druckschriften als verboten aufgeführt; bis 1938 stieg deren Zahl auf 161. Auch wenn das Regime wohl nicht an eine ernsthafte Gefährdung glaubte, reagierte es auf die publizistische Tätigkeit des Exils mit Presseangriffen und Bspitzelung durch die Gestapo. Die deutsche Gesandtschaft in Prag reichte eine große Zahl an Demarchen wegen „Mißbrauchs der Pressefreiheit“ durch die Emigranten beim Prager Außenministerium ein, und allein 1936/37 sprach der Gesandte Eisenlohr 29 Mal persönlich dort vor, um ein Verbot der SPD und anderer Exilgruppen sowie ihrer Presse zu fordern. Solange die politische Lage es erlaubte, konnten sich die Emigranten des Wohlwollens der demokratischen Kräfte in der Tschechoslowakei sicher sein. Die

diplomatischen Proteste Berlins beantwortete Prag in aller Regel mit dem Hinweis auf die demokratischen Freiheiten des Landes. Einschränkungen der künstlerischen und publizistischen Tätigkeit der Emigranten blieben lange Zeit Randerscheinungen. Die Arbeitsbedingungen des Exils verschlechterten sich ab 1937, als die Prager Regierung einen „Pressefrieden“ mit der Reichsregierung schloß. Die Folge war die weitgehende Einstellung der Exilpresse. Die tatsächliche Wirkung der Emigrantenzeitschriften ist nur schwer meßbar. Letztlich zeigte sich auch in der Publizistik die Zersplitterung des Exils. Eckert betont aber zugleich, daß die Veröffentlichungen Anteil daran hatten, daß die Welt von der Existenz eines „anderen Deutschland“ erfuhr (S. 59–60).

Im zweiten Teil, in dem sich der Autor mit den Reaktionen der Emigrationspublizistik auf die Judenverfolgung in Deutschland befaßt, liegt die eigentliche Stärke der Arbeit. Detailliert listet Eckert alle heute noch feststellbaren Zeitschriften und Zeitungen des deutschen Exils in der Tschechoslowakei auf und untersucht deren Reaktion auf die nationalsozialistische „Judenpolitik“. Der Überblick reicht dabei von Periodika wie dem kommunistischen Blatt „Der Gegen-Angriff“, einer der ersten Zeitungsgründungen der Emigration, über den sozialdemokratischen „Neuen Vorwärts“ bis hin zu der jüdischen Zeitschrift „Golus“, die 1933 ein einziges Mal erscheinen konnte. Die kommunistische Exilpresse interpretierte den Rassenantisemitismus zunächst „als demagogische Ablenkung vom Klassenkampf“. Seit Herbst 1935, nach Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“, unterstrich sie dann die außenpolitische Funktion des Antisemitismus und seine Rolle bei der Kriegsvorbereitung. Erst nach dem Novemberpogrom von 1938 riefen die kommunistischen Emigrationszeitschriften verstärkt zur Solidarität mit den deutschen Juden auf (S. 203). Die sozialdemokratischen Publikationen stellten sich hingegen von Anfang an konsequent gegen den Antisemitismus des NS-Regimes. Ähnlich den kommunistischen Zeitschriften zogen auch sie lange Zeit den Schluß, der Antisemitismus diene dazu, die Schwierigkeiten des NS-Regimes zu verbergen. Die Juden in Deutschland sollten deshalb an der Seite der Arbeiter gegen den Nationalsozialismus kämpfen (S. 204).

Im umfangreichen Anhang verzeichnet eine erste Bibliographie alle zu ermittelnden periodischen Veröffentlichungen des Exils in der Tschechoslowakei mit den wesentlichen Informationen (Verlagsort, Herausgeber, Chefredakteur/e und Erscheinungsdauer). Aufgeführt werden unter anderem zwölf kommunistische und 19 sozialdemokratische Blätter sowie 20 Zeitschriften von Gewerkschaften und verschiedenen Berufsgruppen (S. 211–226). In einer weiteren Bibliographie sind sämtliche in diesen Zeitungen und Zeitschriften erschienen Artikel über die nationalsozialistische Judenpolitik erfaßt (S. 227–268). Den Zugriff auf die einzelnen Artikel erleichtert ein Autorenindex, der neben zahlreichen Politikern auch Wissenschaftler, Literaten und Künstler von Weltrang (wie etwa Albert Einstein, Lion Feuchtwanger und Heinrich Mann) verzeichnet (S. 269–279).

Alles in allem liegt eine gute Überblicksdarstellung vor, die besonderen praktischen Wert durch die überaus hilfreichen Bibliographien im Anhang gewinnt.

*Petrův, Helena: Právní postavení židů v Protektorátu Čechy a Morava (1939–1941) [Die rechtliche Stellung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren (1939–1941)].*

Nakladatelství Sefer, Institut Tereziánské Iniciativy 2000, 175 S. (Knižnice Institutu Tereziánské Iniciativy 1).

Gegenstand des vorliegenden Titels, der Dissertationsschrift der Autorin im Fach der Rechtswissenschaften, ist eine systematische Aufbereitung der rechtlichen Normen, die den Rahmen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Isolierung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren bildeten, für das „Ghetto ohne Mauern“, das die erste Stufe auf dem Weg zur physischen Vernichtung darstellte.

Petrův gliedert ihre Abhandlung in drei Teile. Im ersten und zweiten Teil geht sie auf die staatsrechtliche Stellung des „Protektorats“ sowie die Befugnisse seiner „autonomen“ Regierung ein. Gemäß dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers vom 16. März 1939 wurde das „Protektorat Böhmen und Mähren unter den Schutz des Großdeutschen Reichs“ gestellt und die ehemals tschechisch-slowakische Regierung zur Protektoratsregierung erklärt, die ihr Land autonom verwalten sollte. Diese Autonomie bestand aber lediglich auf dem Papier, da jedwede Tätigkeit, Gesetzesverordnung oder rechtliche Vorschrift der Regierung der Zustimmung des Reichsprotektors bedurften, der unmittelbar dem Führer unterstand. Auch wenn die Protektoratsregierung dadurch der völligen Kontrolle der Besatzungsmacht oblag, wirft Petrův die berechtigte Frage auf, welche Haltung sie zur „Lösung der jüdischen Frage“ einnahm. Dabei ist festzuhalten, daß die Regierung sich keineswegs, wie es nach 1945 die Aussagen von ehemaligen Regierungsmitgliedern vor dem Nationalgericht nahelegen wollten, gegen die diskriminierenden Maßnahmen wehrte, sondern vielmehr bereits in den ersten Tagen nach der Okkupation einen eigenen Katalog antijüdischer Verordnungen erließ. Hatte man bis zu diesem Zeitpunkt aus politischen wie ökonomischen Gründen von derlei Schritten abgesehen (die britische Regierung habe die Vergabe eines Kredits vom Schutz der jüdischen Minderheit abhängig gemacht, so beklagte sich der Außenminister Chvalkovský bei seinem reichsdeutschen Amtskollegen Ribbentrop im Januar 1939), fielen nun offenbar jegliche Bedenken. Daß letztlich mit der Verordnung des Reichsprotektors über den jüdischen Besitz vom 21. Juni 1939 die Nationalsozialisten die Initiative ergriffen, ist daher nicht auf die angebliche Protesthaltung der Protektoratsregierung zurückzuführen, sondern auf ökonomische und strategische Gründe. Da langfristig die völlige „Germanisierung“ des Protektorats geplant war, sollte das jüdische Vermögen direkt in deutsche, und nicht, wie von der Protektoratsregierung erhofft, in tschechische Hände übergehen. Petrův weist allerdings darauf hin, daß im Gegensatz zur zweifelhaften Haltung der Regierung die Diskriminierung der Juden in der tschechischen Bevölkerung keine große Unterstützung fand. Vielmehr wurde die Solidarisierung mit den verfolgten Juden als Akt des Widerstandes gegen die Besatzungsmacht begriffen. Entsprechende Belege finden sich wiederholt in Meldungen des Sicherheitsdienstes.

Den größten Teil des Buches nimmt der dritte Teil ein, in dem nun chronologisch und thematisch (nach Maßnahmen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Isolierung

rung) gegliedert die einzelnen Schritte der Entrechtung dokumentiert werden. Dabei wird jede Verordnung kurz inhaltlich skizziert und angeführt, von welcher Instanz sie erlassen wurde (von Reichsorganen oder der Protektoratsregierung, von Landes- oder Kreisbehörden oder nur von einzelnen lokalen Institutionen in Prag und anderen Städten), wo sie belegt ist und ob bzw. wann sie in Kraft trat.

Sind einem zwar die meisten Verbote schon bekannt, vermittelt ihre geballte Darstellung trotz der juristischen Sprache ein sehr plastisches Bild von dem, was unter einem „Ghetto ohne Mauern“ zu verstehen ist. Mit welcher Perfidie und Logistik alle Bereiche des wirtschaftlichen wie alltäglichen jüdischen Lebens in Mitleidenschaft gezogen wurden, wird hier überdeutlich. Gleichzeitig spricht aus den Verordnungen neben der bürokratischen Pedanterie wiederholt die reine Willkür, etwa, wenn man liest, daß Juden der Bezug von Rasierseife und Zwiebeln untersagt wurde.

Petrůvs Studie ist sowohl für Studierende der Geschichtswissenschaften, die einen fundierten Überblick über die Verfolgung der tschechischen Juden gewinnen wollen, zur Lektüre zu empfehlen als auch für die weitere historische Forschung von großem Nutzen, da die Kenntnis der rechtlichen Grundlagen für die antijüdischen Maßnahmen im Protektorat 1939–1941 unerlässlich ist, um ein Grundverständnis für diese Zeit zu entwickeln. Was früher aus einzelnen Aufsätzen zusammengetragen werden mußte, ist nun in diesem Buch erfolgreich vereint.

München

Helena Srubar

*Prager Professoren 1938–1948. Zwischen Wissenschaft und Politik. Hrsg. v. Monika Glettler und Alena Mišková*

Klartext Verlag, Essen 2001, 682 S. (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Mitteleuropa 17).

Der Band der beiden Herausgeberinnen ist eine wichtige Fortsetzung jener Aufmerksamkeit, die erfreulicherweise die vierbändige Prager Universitätsgeschichte aus den neunziger Jahren schon der Deutschen Universität gewidmet hatte, und schließt beide Hochschulen in seine 28 Kurzbiographien von Geistes- und Kulturwissenschaftlern ebenso wie Medizinerinnen und Naturwissenschaftlern ein. Problematisch sind allerdings hier wie dort die Jahreszahlen: Otto Wichterle zum Beispiel, der Erfinder der Kontaktlinsen und damit vermutlich weltweit bedeutendste Prager Naturwissenschaftler, hat sich der Umstände wegen erst 1946 habilitiert, und Professor wurde er gerade erst 1948. Und eine Biographie von Jan Patočka, des vielleicht bedeutendsten tschechischen Philosophen des 20. Jahrhunderts, dessen Karriere freilich wie die von Wichterle unter den politischen Ereignissen litt, fehlt leider. Es fehlen auch nicht nur jene Namen, die Monika Glettler in ihrem informativen Vorwort zitiert, sondern leider auch eine Biographie von Franz Spina, der gleichwohl zu den Meistzitierten nach dem Register gehört. Spina starb im September 1938, also im Berichtszeitraum, und war einer der wenigen staatsloyalen Prager Professoren deutscher Zunge. Es fehlen auch die Emigranten, vornehmlich diejenigen der letzten Stunde. Auch sollte man die Dozenten nicht vergessen, vor allem nicht die jungen

Deutschen, die aus Stellenmangel keine Professur in Aussicht hatten, und in der Orientierungskrise der dreißiger Jahre sehr verschiedene Richtungen einschlugen: Emil Schieche, der im Krieg nach Schweden emigrierte, Ernst Prokesch, den es nach 1945 nach Sachsen-Anhalt verschlug, Eugen Lemberg und Konrad Bittner, die alle vier politisch auf der Seite des deutschen Aktivismus standen, im Gegensatz zu Eduard Winter, auch er kein Prager Professor, sondern Dozent, mit dem spektakulärsten Richtungswechsel von den katholischen Theologen über die engagierten Nationalsozialisten zu den Kommunisten. Sie alle fehlen, und auch wenn Vollständigkeit natürlich nicht angestrebt war, sind sie doch für jedes Resümee über die Haltung der Deutschen Universität vor und nach 1938 unerlässlich, ebenso wie die Erinnerung an die Professoren der Theologischen Fakultät, von der gar nicht die Rede ist. Man muß dankbar sein, daß Friedrich Klausning, vielleicht der einzige aktiv gegen nationalsozialistische Maßnahmen Wirkende, aus Frankfurt 1943 als Rektor nach Prag berufen, weil die Nationalsozialisten augenscheinlich den „Herren in Prag“ keine ihnen gemäße entschlossene Politik zutrauten, wenigstens auf dem Titelbild des Bandes bei der Rektoratsübergabe dargestellt wurde. Klausning erschloß sich ein halbes Jahr später, weil sein Sohn zu den engen Freunden Stauffenbergs gehörte und er für seine Familie fürchtete. Er scheint, zumindest mittelbar, das einzige Opfer des 20. Juli unter deutschen Professoren gewesen zu sein.

Darüber hinaus gab es auch noch einige tschechische Professoren, die in diesem Zusammenhang Erwähnung verdienten: Bedřich Mendl, ein bedeutender Sozialhistoriker, dessen Thesen nach dem Krieg František Graus wieder aufgriff. Mendl, im April 1939 pflichtschuldiger vom tschechischen Schulministerium entlassen, nahm sich 1940 in Prag das Leben. In Theresienstadt starben aber nicht nur der greise Germanist Arnošt Kraus und der fast gleichaltrige Historiker und ehemalige Rektor der Deutschen Universität Samuel Steinherz, sondern auch Evžen Stein, unerwähnt, als Historiker noch immer lesenswert.

Natürlich ersetzen 28 Biographien kein Gelehrten-Lexikon und sie bilden insofern auch nicht die Grundlage einer Feldstudie. Der Ansatz im Vorwort von Monika Glettler ist immerhin lobenswert, aber die Aufgabe ist viel weiter gespannt, als 28 Lebensbilder aussagen können.

Zwar war die Prager Deutsche Universität bis 1939 verschont vom nationalsozialistischen Bruch aller akademischen Konventionen. Stattdessen unterlag sie aber fast schon seit der Staatsgründung unseligen und unnötigen akademischen Feindseligkeiten von tschechischer Seite, wie sie die sogenannte *Lex Mareš* ausdrückte, mit der ein Jurist von der Tschechischen Universität nicht in akademischer Kollegialität, sondern in recht unklugem politischem Herrschaftsanspruch sozusagen die akademische Erstgeburt der aus der Teilung von 1882 entstandenen Tschechischen Prager Universität gesetzlich festlegte. Zwar hielt die deutsche mit 34 Prozent jüdischer Dozenten bis 1938 ihren Ruf als liberale Freistätte des Geistes aufrecht, aber dazwischen hatten bereits studentische Rabauken wie der spätere Königsberger Historiker Kleo Pleyer ein beachtliches Potential antisemitischer Verführung aufgebaut. Im Herbst 1938, als es so aussah, als müßten sich die deutschen Professoren für oder gegen den Staat entscheiden, spielte sich gerade unter Geisteswissenschaftlern eine höchst aufschlußreiche Komödie ab, als eine nicht unerhebliche Anzahl vor dem Be-

kenntnis zur Loyalität aus dem Land floh, nach Österreich, nach Deutschland, in die böhmischen Grenzgebiete. Mit Präzision und Umsicht hat Alena Mišková diese Szene nachgestellt. Und danach war es an der Prager Deutschen Universität nicht anders als an den anderen deutschen Universitäten auch: Stiller Widerstand, wie ihn der Germanist Ernst Schwarz, der Historiker Wilhelm Wostry und der ortsfremde Rektor Friedrich Klausing verkörperten, naive Zuwendung, wie sie sich bei Gerhard Gesemann und Ernst Gierach beobachten lassen, und nur selten der Aufstieg zu „völkischen Führungspositionen“, wie er Herbert Cysarcz gelang, der 1938 allerdings Münchner Professor wurde. Eine Führungsposition wurde von Josef Pfitzner und Heinz Zatschek ebenso erstrebt, wie von Eduard Winter. Das allerdings ist schon ein bemerkenswerter Befund. Doch auch dieser fehlt. Er hebt die Prager Universität bereits 1939 doch ein wenig hervor unter den deutschen Universitäten der dreißiger Jahre, sieht man ab von Heideggers Freiburger Eskapade 1933, wenn sie auch später trotz der Impulse von Reinhard Heydrich und unter der Direktive von Hans Joachim Beyer, später Flensburg, ebensowenig eine „Frontuniversität“ geworden ist, wie Breslau oder Posen. Auf der anderen Seite hat sie weitgehend versagt bei dem Versuch, in akademischer Gemeinschaft mit der Tschechischen Universität zu leben. Ein solcher Versuch war ihr 1882 noch allenfalls nahegelegt, aber nach der *Lex Mareš* unterlag sie leider den wechselweisen nationalen Torheiten.

Man muß den beiden Herausgeberinnen dankbar sein, daß sie das Problem angestoßen haben. Lösen kann man es zweifellos nicht ohne umfassende Einordnung des akademischen Lebens in den gesamten Fragenkomplex von Aufstieg und Herrschaft des nationalsozialistischen Wahnsinns, wenn man nicht hier, vor allem auch hier, den für jede Universitätsdiskussion nötigen Abstand schafft zwischen Geistes- und Orientierungswissenschaften und Medizin und Naturwissenschaften. Insofern ist die Verbindung, die man hier gewählt hat, gradeso wenig imstande, „die Universität“ zu erfassen, wie die jahrzehntelange fruchtlose Reformdiskussion bei uns.

München

Ferdinand Seibt

*Franzen, K. Erik: Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer. Mit einer Einführung von Hans Lemberg.*

Propyläen Verlag, Berlin-München 2001, 288 S., Kartenskizzen, Abb.

Das vorliegende Buch entstand im Zusammenhang mit einer dreiteiligen Fernseh-dokumentation der ARD (MDR und NDR). Es stellt einen weiteren Versuch dar, eine breitere Öffentlichkeit mit den Ereignissen bekannt zu machen, die gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg das Schicksal von Millionen Menschen auf tragi-sche Weise bestimmten, die gezwungen wurden ihre Heimat in den sogenannten „deutschen Ostgebieten“, in Polen und der Tschechoslowakei zu verlassen. Während der letzten zehn Jahre galt diesem Thema in der Bundesrepublik zunehmende Aufmerksamkeit, auch wenn sich der Umfang und die Intensität – ebenso wie die Motive und die Meinungen, die hinter diesem Interesse standen – im Lauf der Zeit differenzierten und veränderten.

Die neue Etappe polnisch-deutscher und tschechisch-deutscher Beziehungen, die nach dem Jahr 1989 begann, aktualisierte auch den Diskurs über die gemeinsamen Konflikte der Vergangenheit, in dem die Thematik „Flucht und Vertreibung“ einen exponierten Platz einnimmt. In der tschechischen und der polnischen Gesellschaft wurde damit eine erneute Annäherung an einige der Schlüsselfragen der Nationalgeschichte möglich, auf die man im totalitären kommunistischen Regime keine adäquate, frei artikulierte Antwort hatte geben können. Daher ist es kein Wunder, daß die Auseinandersetzungen über den dramatischen Ausgang des Verhältnisses zum deutschen Nachbarn und zur deutschen Minderheit im eigenen Land während der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts in der polnischen wie der tschechischen Gesellschaft kontroverse, nicht selten von Emotionen, Ressentiments und traditionellen Stereotypen geprägte Reaktionen hervorrief, die zudem mit deutlichen politischen Akzenten behaftet waren. Gleichzeitig entstand allerdings der Raum für offene Diskussionen und unvoreingenommene, kritische Analysen des nach wie vor sensiblen historischen Stoffes.

Was die Bundesrepublik betrifft, so würde eine repräsentative Bibliographie der dort publizierten Bücher, Studien und anderer Beiträge zum Thema der erzwungenen Massenmigration der Deutschen aus Mittel- und Südosteuropa während der Jahre 1944/45–1948 wohl einen eigenen umfangreichen Band füllen. Die wissenschaftliche Erkenntnis schreitet jedoch voran, und daher ist die Präsentation neuer Perspektiven auf die genannte Problematik in Deutschland auch heute noch kein überflüssiges oder nutzloses Unterfangen. Ganz im Gegenteil, zumal die Notwendigkeit besteht, die Reflexion über die noch nicht allzuweit zurückliegende Vergangenheit vor allem bei der jüngeren Generation zu vertiefen. Die Herangehensweise, mit sachlichen Argumenten und unverbogenen, konfrontativen Sichtweisen ein unverzerrtes Bild davon zu geben, was in der letzten Phase der Kriegskatastrophe und direkt nach Ende des Krieges mit den „Deutschen im Osten“ geschah, ist auf jeden Fall zu begrüßen. Vor allem, wenn dabei die Vorgeschichte umfassend berücksichtigt und versucht wird, auch diese in das historische Gedächtnis der deutschen Gesellschaft zu integrieren. Das gilt besonders für die Fälle, in denen sich ganz deutlich die Absicht äußert, die historische Erfahrung einzubeziehen, die die benachbarten Nationen mit den Deutschen bzw. mit den deutschen Minderheiten in der Zwischenkriegszeit und während des Krieges, unter den Bedingungen von Okkupation und Unterdrückung gemacht haben. Verdienstvoll ist es auch, wenn dabei die neuesten Ergebnisse der Forschung Eingang finden, die in Polen, der Tschechischen Republik und anderen Ländern den Phänomenen „Flucht und Vertreibung“ gewidmet sind.

Der Kontext, in dem das Buch mit dem aussagekräftigen, die Logik der damaligen Ereignisse bereits umreißenen Titel „Die Vertriebenen – Hitlers letzte Opfer“ entstanden ist, wird in der Einleitung von Henning Röhl (MDR) knapp geschildert. Zu den Zielen, die sich die Autoren der Fernsehdokumentation wie auch K. Erik Franzen als Autor des Begleitbuches gesetzt haben, paßt es, daß der Darstellung des eigentlichen Exodus der deutschen Bevölkerung aus dem Osten eine allgemeiner ausgerichtete Einleitung aus der Feder von Professor Hans Lemberg vorangestellt wurde (S. 12–33). Er schildert den Einfluß des modernen Nationalismus auf die Entstehung und Etablierung von Konzeptionen, die auf die Bildung „ethnisch

homogener“ Staatsgebilde zielten, und geht dabei auch auf die Mittel und Mechanismen – einschließlich der Veränderung von Grenzen, des „Austauschs“ und der „Verschiebung“ großer Gruppen von Menschen – ein, die verwendet wurden, um dieses Ziel zu erreichen. Sehr treffend ist sein Hinweis einerseits auf die Tendenzen im Verhalten und die Aspirationen der Mehrheiten in den national heterogenen Staaten, die nach dem Jahr 1918 gebildet worden waren, und andererseits auf die konkreten Bedingungen, die durch den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Realisierung seiner Großmachtpläne entstanden waren, und mit denen nicht zuletzt die rassistisch begründeten „Säuberungs“-Pläne einhergingen, die sich gegen die Juden und die Angehörigen der slawischen Ethnien in deren Siedlungsraum richteten. Berücksichtigt man all diese Zusammenhänge, kann man die Schwierigkeit und die vielfältigen Determinanten, die bei der Durchsetzung der radikalen Lösung der „deutschen Frage“ im Osten nach der Beendigung des Krieges wirksam wurden, besser begreifen.

Als gelungen betrachte ich besonders Lembergs Typologie zur Massenmigration von Bevölkerungen. Die allgemeine Klassifizierung der Formen von Massenverschiebung und -übersiedlung beträchtlicher Teile einer Population und die Klärung der mit diesen Phänomenen zusammenhängenden terminologischen Fragen sind zweifellos ein methodischer Gewinn. Die daran anschließenden Ausführungen Lembergs betreffen die charakteristischen Züge der Massenmigration der deutschen Bevölkerung und die hauptsächlichen Probleme bei ihrer Eingliederung in das wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Leben in Deutschland nach dem Krieg. Sie helfen dem weniger informierten Leser nicht nur dabei, den gesamten Zusammenhang der damaligen Ereignisse zu verstehen, sondern auch die Ursachen bestimmter Konstanten und Brüche in den Geschichtsbildern von „Flucht, Vertreibung und Aussiedlung“ im deutschen, tschechischen und polnischen Milieu zu begreifen.

Der eigentliche Text von K. Erik Franzen setzt sich aus drei umfangreicheren, in sich noch einmal chronologisch und thematisch untergliederten Kapiteln, zusammen. Im ersten (S. 36–107), das mit „Flucht“ überschrieben ist, gilt die Hauptaufmerksamkeit sowohl der nationalsozialistischen Okkupationspolitik als auch der Situation der deutschen Bevölkerung in den sogenannten deutschen Ostgebieten und in Polen zwischen Herbst 1944 und Mai 1945. Das zweite Kapitel (S. 110–185) trägt den Titel „Vertreibung“ und konzentriert sich auf die wesentlichen Ereignisse während der sogenannten „wilden Vertreibungen“ der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder, der Lausitzer Neißة und der Tschechoslowakei bis zur Eröffnung der Verhandlungen der „Großen Drei“ in Potsdam. In Teilen – aber knapper – wird auch noch auf die Durchführung der sogenannten organisierten, geordneten Aussiedlung (Transfer) im Jahr 1945 und den Jahren 1946–47 eingegangen. Das dritte, abschließende Kapitel (S. 188–269), betitelt mit „Neuanfang“, gibt einen Überblick über das Leben der Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler im kriegszerstörten Deutschland. Es handelt von den Schwierigkeiten und Wendepunkten im komplizierten Prozeß ihrer gesellschaftlichen Integration in dem soeben in zwei Staaten – die DDR und die Bundesrepublik – geteilten Land.

Bei dem gesamten Text von Franzen handelt es sich um eine seriöse Darstellung, die auf einer soliden Faktenbasis beruht und die Ansprüche erfüllt, die eine eher populär angelegte Studie erfüllen muß, deren Ziel es ist, die Kenntnisse über bestimmte wichtige historische Etappen und Probleme zu erweitern.

Honorieren kann man vor allem das Konzept, mit dem sich der Autor der Bearbeitung des Stoffes genähert hat, und das sowohl hinsichtlich des Inhalts als auch hinsichtlich der formalen Gestaltung. Die Darstellung wird vor allem dadurch umfassend, objektiv und glaubwürdig, daß der Autor sich darum bemüht, die komplexen Ursachen und Zusammenhänge von „Flucht und Vertreibung“ zu erfassen. So geht er in aller Kürze auch auf die Faktoren ein, die mit der internationalen politischen Situation zusammenhängen, mit der inneren Entwicklung der ČSR und in Polen vor dem „Münchener Abkommen“. Er schildert die Okkupation des nach „München“ verbliebenen Gebietes und die Zerstörung des polnischen Staates, berücksichtigt die Stellung und die Rolle der deutschen Minderheiten in dieser Zeit ebenso wie den Verlauf und die Auswirkungen des Kriegs und des Okkupations-terrors in beiden Ländern. Darüber hinaus hat der Autor auch die von den Nationalsozialisten geplante und verwirklichte Rassen-, „Umsiedlungs“- und Nationalitätenpolitik einschließlich der Deportation zahlreicher Bevölkerungsgruppen im Blickfeld und vergißt nicht, auf das schwere Schicksal der polnischen Umsiedler aus den von der Sowjetunion im Jahr 1939 annektierten Gebieten hinzuweisen, die auch nach dem Krieg unter sowjetischer Herrschaft verblieben.

Das Bild des historischen Geschehens gewinnt durch die eingefügten Abschnitte aus den Erinnerungen von Zeitgenossen und durch die Exkurse, in denen grundlegende Informationen vor allem über die Siedlungsorte der deutschen Bevölkerung vor ihrer (erzwungenen) Bewegung Richtung Westen vermittelt werden, deutlich an Anschaulichkeit. Zudem werden die Texte für den Leser durch die Dokumentarphotographien und den sorgfältig zusammengestellten Anhang (Karten, Tabellen) auf den Seiten 272–281 noch wertvoller.

Im Textteil gibt es allerdings einige kleine Ungenauigkeiten, auf die sich der Rezensent erlauben hinzuweisen: Hubert Ripka war im Jahr 1944 Staatssekretär im Außenministerium der tschechoslowakischen Exilregierung in London (S. 167), Außenhandelsminister wurde er erst in der ersten Regierung in der Heimat, der „Kaschauer“ Regierung. Der Vorname des tschechischen Politikers Drtina war Prokop, keineswegs František (S. 173), auf Seite 231 hatte der Autor wohl Franz (nicht wie angegeben Hans) Neubauer im Sinn. Die neueste tschechische Forschung hat die bisher in der Literatur meist geschätzte Zahl der Opfer des antideutschen Exzesses in Aussig (Ústí nad Labem) vom 31. Juli 1945 (S. 174) und auch die Angaben über die Zahl der Lager, die nach dem Mai 1945 in den böhmischen Ländern errichtet wurden, bereits konkretisiert. (S. 176).

Trotz kleinerer Fehler und Ungenauigkeiten, die sich mit Hilfe tschechischer und polnischer Forschungsergebnisse leicht korrigieren, präzisieren und ergänzen ließen, läßt sich das Buch von K. Erik Franzen mit dem Einführungskapitel von Hans Lemberg als gelungenes Unternehmen bezeichnen. Es vermittelt der deutschen Öffentlichkeit in angemessener Form und ausgewogener Beurteilung die nötigen

Erkenntnisse über den historischen Stoff, der untrennbar mit den aufwühlenden, zerstörerischen Konflikten, mit den Opfern und dem Leid der gesamten Menschheit verbunden ist, das die Geschichte des 20. Jahrhunderts kennzeichnete.

Opava (Troppau)

Tomáš Staněk

*Vykoukal, Jiří/Litera, Bohuslav/Tejchman, Miroslav: Východ. Vznik, vývoj a rozpad sovětského bloku 1944–1989 [Der Osten. Entstehung, Entwicklung und Zerfall des sowjetischen Blocks 1944–1989].*

Nakladatelství Libri, Praha 2000, 860 S., Abb.

Nach einer Darstellung des Westens im Kalten Krieg<sup>1</sup> hat der Prager Verlag Libri nun eine solche des „Ostens“ vorgelegt. Die Abweichung von der alphabetischen Reihenfolge der drei Autoren ist gerechtfertigt, da Jiří Vykoukal etwa die Hälfte, Bohuslav Litera etwas mehr und Miroslav Tejchman etwas weniger als ein Viertel des Textes verantworten.

Die Zeit wird in vier Schritten unter folgenden Überschriften durchmessen: Stalins Schatten (1945–1953), die Erschütterung nach Stalin (1953–1970), die Rekonstruktion des Systems (1970–1985) und der Zerfall (1985–1989). In den einzelnen Abschnitten beginnt Litera mit der Darstellung der Politik der Sowjetunion und folgen Vykoukal mit der Entwicklung in Ostmitteleuropa und Tejchman mit jener in Südosteuropa. Das Gemeinschaftswerk legt das Hauptgewicht auf die politische Geschichte, weniger auf die wirtschaftliche – mit Ausnahme der Kapitel über die Sowjetunion und Jugoslawien – und kaum auf die kulturelle Entwicklung der Ostblockstaaten. In der Einleitung schreiben die Verfasser, daß sie „nicht eine Zusammenfassung der nationalen Geschichte der ‚Mitglieds‘-Länder des sowjetischen Blocks, sondern eher die gemeinsamen und allgemeinen Züge ihrer Entwicklung komparativ verfolgen und beleuchten“ wollen.

In der ersten Phase (1945–1953) sei der Kommunismus nicht nur ein sowjetischer Exportartikel gewesen, sondern auch von einem Teil der Bevölkerung als Mittel gegen die Wiederholung der Krankheiten der Zwischenkriegszeit mit ihren Wirtschaftskrisen und autoritären, von faschistischen Bewegungen bedrohten Regimen akzeptiert worden. Die „Volksdemokratien“ der ersten zwei bis drei Jahre nach dem Kriege waren nach Vykoukal gekennzeichnet durch eine „Mitte-Links-Asymmetrie“ unter Ausschaltung der „Rechten“ und einen „apriori-Standard“, wonach es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch das Wie der „Nationalisierung“ und radikalen Agrarreform ging. Sie waren aber auch charakterisiert durch Eigenschaften, die sie von den Vorgängerregimen ererbt hatten, wie den „Begriff solidarische Politik“ anstelle von politischer Konkurrenz und Konflikt, durch den „Etatismus“, in dem der starke Staat die „Gesetze des Dschungels“ ersetzen sollte, sowie die „Asymmetrie der drei Gewalten“ zugunsten der Exekutive. Unter den Gegnern des kommunistischen Regimes hätten sich auch Vertreter der alten Ordnung befunden.

<sup>1</sup> Luňák, Petr: Západ: Spojené státy a Západní Evropa v studené válce [Der Westen: Die Vereinigten Staaten und Westeuropa im Kalten Krieg]. Praha 1997.

den, die sich mit den Kommunisten aber in ihren Angriffen auf Liberalismus und Demokratie einig gewesen seien. Das labile Gleichgewicht zwischen der Mitte und der Linken sei einerseits gefährdet gewesen durch Versuche, das volle politische Spektrum wiederherzustellen, andererseits durch die undemokratische Absicherung der „Mitte-Links-Asymmetrie“, nämlich durch den jeweiligen Sicherheitsdienst und die sowjetischen Eingriffe (S. 244–251 und S. 755). In der Gründung der Kominform und der Liquidierung dieser Mitte-Links-Systeme sieht Vykoukal nicht nur eine Reaktion auf die Politik des Westens, besonders den Marshall-Plan, sondern auch schon eine Antwort Moskaus auf Titos Plan einer Balkan-Föderation (S. 286–292).

Die Entstalinisierung konnte in der Sowjetunion als „Rückkehr zum Leninismus“ erklärt werden. Für die Bevölkerung der Satellitenländer war die Zeit vor Stalin dagegen nicht mit Lenin, sondern den Regimen der Zwischenkriegszeit verbunden. Dennoch schien es nach Stalins Tod möglich, die Exzesse des Stalinismus zu überwinden, an einen ursprünglichen humanistischen Marxismus anzuknüpfen, auf Repressionen zu verzichten, eine effektive und auf die Verbraucher orientierte Wirtschaft ohne die Risiken des Kapitalismus aufzubauen und zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zu Moskau zu kommen. Die Entstalinisierung bewegte sich „zwischen den Polen einer notwendigen Innovation und notwendigen Stabilisierung“ (S. 469). Die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings habe aber die Erfahrung verdeckelt, so Vykoukal, daß auch alle anderen Versuche, das kommunistische System zu reformieren, gescheitert seien (S. 756).

Auf die Fraktionskämpfe innerhalb der einzelnen kommunistischen Parteien und „Reformromantik“ der sechziger Jahre folgte, so Vykoukal, die „realistische Prosa der Brežnev-Zeit“ (S. 751), der Versuch, an die „bewährten“ Verhältnisse der Stalin-Ära anzuknüpfen (S. 472), ein Versuch, an dem sich im Falle der Tschechoslowakei sogar die Führer der Reformbewegung von 1968 beteiligten. Im weiteren Verlauf seien die Spitzenpolitiker der Satellitenländer von „Schaffnern“ der Stalin-Zeit zu „Statthaltern“ der Brežnev-Zeit aufgestiegen (S. 474). 1985, also das Jahr der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU, haben die Verfasser als Beginn des Zerfalls des Imperiums angesetzt, doch ziehen Vykoukal und Tejchman für die Satellitenländer andere Grenzen zwischen „Rekonstruktion“ bzw. Stabilisierung und „Zerfall“.

Selbst seine Gegner hätten kaum glauben können, daß das kommunistische System so leicht aus den Angeln zu heben war, stellt Vykoukal fest, und boten deshalb seinen Vertretern – in der Tschechoslowakei noch im Herbst 1989 – alle möglichen Kompromisse an. Ohne großen Einsatz von Gewalt ging es in den Staaten ab, die unter der Kontrolle Moskaus gestanden hatten, gewaltsam war der Ablösungsprozeß vor allem in jenen Staaten, wie Vykoukal zusammenfaßt, die sich von Moskau mehr oder weniger weit emanzipiert hatten, nämlich in Albanien, Jugoslawien und Rumänien.

Vergleiche stellt Vykoukal allerdings nur auf dieser allgemeinen Ebene an. Im ersten Abschnitt folgen z.B. auf 220 Seiten, auf denen die jeweiligen nationalen Geschichten erzählt werden, gerade einmal acht Seiten mit seinen erwähnten überzeugenden Überlegungen über den Charakter der „Volksdemokratie“ zwischen 1944/45 und 1947/48. Er vergleicht aber nicht einzelne Elemente, also parallele oder

unterschiedliche Vorgänge. Sie werden nicht aus der Schilderung der Einwicklung in den Einzelstaaten herausgenommen, also bildlich gesprochen, vor die Klammer gesetzt, in der die Geschichte der Einzelstaaten addiert wird. Das wäre vielleicht auf große Schwierigkeiten bei der Komposition des Buches gestoßen, doch hätten statt dessen an die einzelstaatlichen Entwicklungen zumindest eine Reihe derselben Fragen gestellt werden können. Bei einem solchen weitergehenden Vergleich wäre die Sonderstellung der Tschechoslowakei stärker zum Vorschein gekommen. Um zwei Beispiele zu nennen: Es wurden zwar die Rechtsparteien überall verboten, aber die Bauernparteien zugelassen. Deshalb dürfte der tschechoslowakische Sonderfall also primär nicht auf die Initiative der Kommunisten zurückgehen. Diesen gelang es überall, besonders durch Provokationen der Geheimdienste und die Inszenierung von Prozessen, ihre politischen Partner in den verschiedenen Koalitionsregierungen zu spalten, nur in der Tschechoslowakei schafften sie dies erst nach der Machtübernahme im Februar 1948. Vykoukal beschreibt, erklärt aber nicht, wie es zu der starken Position und schließlich Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei kam. Die Behauptung, daß diese schon während der Okkupation „eine starke illegale Struktur“ aufgebaut hätten, stimmt jedenfalls für die böhmischen Länder nicht. Die Kommunisten bezeichnet er schon für 1945 als „Verkörperung des Radikalismus“ (S. 134 f.). Wahrscheinlicher ist doch, daß die tschechischen Wähler zu 40 Prozent für eine Partei stimmten, die sie eben nicht für radikal hielten.

Vykoukal wiederholt die These, daß die Agrarpartei wegen ihrer „problematischen Beteiligung an der Protektoratspolitik und des Vorwurfs der Kollaboration“ verboten worden sei. Dieser Vorwurf ist, so weit ich sehe, unbegründet – im Gegensatz zu dem tatsächlich „problematischen“ Verhalten des rechten Flügels der Partei in den späten dreißiger Jahren, besonders in der Zweiten Republik. Die Zulassung der Agrar- und der Nationaldemokratischen Partei bzw. überhaupt einer Oppositionspartei hätte nichts am Ergebnis von 1948 geändert, meint Vykoukal und verweist auf das Schicksal Ungarns und Polens (S. 136) – nur standen dort im Gegensatz zur Tschechoslowakei sowjetische Truppen. Die sowjetische Unterstützung der KP(Tsch) habe sich schon bei der Bildung der ersten Regierung der Nationalen Front und ihres (Kaschauer) Programms gezeigt, schreibt Vykoukal, erklärt aber nicht, warum die Exilführer der nicht-kommunistischen Parteien ohne eigenen Programmwurf nach Moskau gereist sind. Als zwangsläufig erscheinen in seiner Darstellung auch die nächsten Schritte bis zum Sieg der KP(Tsch) im Februar 1948.

Bei der Darstellung der Vorgeschichte der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei setzt sich Vykoukal mit der These u. a. Jiří Slámas von einem ursächlichen Zusammenhang zwischen der Vertreibung und dem Sieg der Kommunisten auseinander. Denn wegen ihres Ausschlusses aus dem politischen Leben und wegen der Distanzierung aller politischen Parteien von ihnen hätten die Deutschen und Magyaren ohnehin keine politische Rolle spielen können (S. 133). Bei dieser Argumentation geht er jedoch davon aus, daß bei einem Verzicht auf die Zwangsaussiedlung dennoch fast vier Millionen Menschen das Wahlrecht entzogen worden wäre. Nicht erst die Vertreibung, sondern schon Krieg und Besetzung hätten „Neigungen zu rücksichtslosem und brutalen Verhalten“, zur „Verletzung des

Rechtsempfindens“ mit sich gebracht. Auch ohne sowjetischen Einfluß wäre es zur „Abschiebung“ der Deutschen und Magyaren gekommen, schreibt Vykoukal. Und in bezug auf Polen: Die Inkorporation der deutschen Gebiete bis zur Oder und Neiße sei für Polen lebenswichtig gewesen, um die Polen aus den im Osten verlorenen Gebieten unterzubringen. Damit verfehlt er jedoch den Kern des Konflikts zwischen den Großmächten: Nicht im Grundsatz, sondern in bezug auf das Ausmaß der Annexionen und Zwangsaussiedlungen unterschieden sich die westlichen von ihrem östlichen Verbündeten ebenso wie die polnische Exilregierung vom Lubliner Komitee. Vykoukal spricht nur von den drei Millionen „organisiert“ umgesiedelten Ostdeutschen und erwähnt die noch evakuierten, geflohenen und vor Potsdam vertriebenen weiteren sechs Millionen nicht. Wäre es tatsächlich nur um die Unterbringung der Polen aus den von der Sowjetunion annektierten Gebieten gegangen, hätten für 1,5 Millionen Polen neun Millionen Ostdeutsche Platz machen müssen.

Tejchman spricht in seiner Tito-freundlichen Darstellung nur allgemein von Opfern des Bürgerkriegs im Zweiten Weltkrieg. Die Ermordung Zehntausender wehrloser Slowenen, Kroaten und Serben nach dem errungenen Sieg der Partisanen taucht bei ihm nicht auf. Die Deutschen Jugoslawiens „verloren die Bürgerrechte, wurden enteignet und später verschoben“ (S. 214) – kein Wort über die zahlreichen (etwa 60000) Todesopfer unter den Deutschen. In seinen Text haben sich auch kleinere Fehler eingeschlichen: Dragoljub Jovanović, Professor für Politische Ökonomie und Führer der Volksbauernpartei, erhält den Vornamen des Professors für Rechtsgeschichte und zeitweisen Ministerpräsidenten der Exilregierung Slobodan Jovanović (S. 215). Die Muslime Albanien teilt er in die Sekte der Bektaschi und „die Sekte der Sunniten“! (S. 225). Die Gründe für die Abwanderung von Serben aus dem Kosovo in den siebziger und achtziger Jahren sieht er nicht in Arbeitswanderung in die Industriestädte, sondern wie die serbisch-nationalistische Propaganda in albanischer Gewalt gegen Serben, Montenegriner und die orthodoxe Kirche (S. 465, S. 634, S. 639f.). In seiner Analyse des Zerfalls Jugoslawiens zeigt Tejchman Verständnis für die serbische Position, zieht das Festhalten der Europäischen Gemeinschaft an den ehemaligen Republiks- als neuen Staatsgrenzen in Zweifel und kritisiert den deutschen Alleingang bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens (S. 746f.).

Da auf Belege in Anmerkungen verzichtet wurde, ist nicht zu erkennen, auf welche Werke sich die Verfasser stützen. Nur wenn sie Statistiken übernehmen, nennen sie die Quellen. Wie es scheint, hat sich Vykoukal für die SBZ/DDR wesentlich auf ein polnisches Werk aus dem Jahre 1992 gestützt, das also vor der Veröffentlichung der zahlreichen quellengesättigten Untersuchungen zur Geschichte der SBZ und DDR erschienen ist. Dem Buch eines weiteren polnischen Verfassers entnimmt Vykoukal Statistiken über die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung der einzelnen Staaten, allerdings ohne die Frage nach deren Verlässlichkeit zu stellen. So ist es nur auf die magyarische Unterdrückungspolitik der ersten Nachkriegsjahre zurückzuführen, wenn die Zahl der Deutschen von 467000 (1930) auf offiziell 22500 (1949) gesunken war (S.187). Tejchman bringt für Rumänien zwar eine Nationalitätenstatistik aus demselben Werk, weist aber darauf hin, daß die Angaben nur der Orientierung dienen und „insgesamt nicht der Wirklichkeit entsprechen“

(S.199). Vykoukal hat offenbar auch Litera für seine Teile zur Geschichte der Sowjetunion mit polnischen Statistiken versorgt. Jedenfalls entnimmt Litera seine Statistiken nicht einer einzigen russischsprachigen Quelle. Aus einem englischsprachigen Buch hat er unkritisch die Trennung in „weitere örtliche Ethnika“ und „weitere nicht-örtliche Ethnika“ [další etnika, která nejsou místního původu] übernommen, was wohl so viel wie alteingesessen und nicht alteingesessen heißen soll. Nun sind die Gagausen, die er zur ersten Gruppe zählt, zusammen mit den Bulgaren Anfang des 19. Jahrhunderts eingewandert, die aber in die zweite Gruppe geraten sind. Zu dieser zählt er auch die Griechen (auf der Krim seit dem Altertum), die Polen (in der Westukraine seit dem Mittelalter), die Rumänen (östlich des Dnestr seit dem 18. Jahrhundert), die Deutschen (seit der Mitte des 18. Jahrhunderts) usf. Wie lange müssen ethnische Gruppen in einem Gebiet wohnen, bis sie als alteingesessen gelten können?

Aufgelockert wird die Darstellung durch zahlreiche Fotografien von leider nicht überzeugender Qualität. Auf einem Foto haben die Verfasser Kosygin mit Gromyko verwechselt (S. 574).

Vykoukal hat mit seinen beiden Mitautoren Litera und Tejchman ein Werk vorgelegt, das wohl die wenigsten im Zusammenhang lesen werden. Die vergleichenden Überlegungen Vykoukals am Anfang und Ende jeden Abschnittes halte ich für die besten und interessantesten Passagen eines Buches, das den meisten Benutzern trotz der möglichen Kritik im einzelnen als im großen und ganzen verlässliches Nachschlagewerk dienen wird. Dieser Charakter wird durch eine nützliche chronologische, nach den einzelnen Staaten in Kolonnen gegliederte Tabelle von fast 50 Seiten, ein Personenregister mit Lebensdaten sowie einige Literaturhinweise unterstrichen.

Düsseldorf

Detlef Brandes

*Kastner, Quido: Osídlování českého pohraničí od května 1945 (na příkladu vybraných obcí Litoměřicka) [Die Besiedlung des böhmischen Grenzgebietes ab Mai 1945 (am Beispiel ausgewählter Gemeinden von Leitmeritz)].*

Sociologický ústav AV ČR Praha detašovaný tým Ústí nad Labem 1999, 376 S.

Die Wiederbesiedlung des tschechischen Grenzgebietes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehört zu den bisher weniger erforschten Bereichen der tschechischen Nachkriegsgeschichte. Neben der Untersuchung Zdeněk Radvanovskýs über die Aussiedlung der Deutschen aus dem Aussiger Gebiet und dessen Neubesiedlung stehen einige ethnographische Arbeiten sowie regionalgeschichtliche Aufsätze zur Verfügung.

Quido Kastner untersucht in seiner soziologischen Arbeit den Besiedlungsprozess sowie die Anfänge einer neuen Gesellschaftsbildung in ausgewählten Gemeinden der östlichen Region des Bezirks Litoměřice (Leitmeritz) – darunter Ústěk (Auscha), Lukov (Luka), Lhota (Olhotta), Starý Týn (Alt-Thein), Lovečkovice (Loschowitz), Žitenice (Schüttenitz), Vrbice (Wrbitz). Nach einer knappen Erläuterung der grundlegenden Begriffe (äußeres und inneres Grenzgebiet, Sudeten) widmet sich Kastner zunächst den allgemeinen Veränderungen der ethnischen Struktur innerhalb des Grenzgebietes der böhmischen Länder, die durch die Vertreibung und Zwangs-

aussiedlung der Sudetendeutschen und die Ankunft und Niederlassung neuer Siedler verursacht wurden. Dieser Besiedlungsprozeß sollte durch Tschechen und Angehörige anderer slawischer Nationalität vollzogen werden. Die Neusiedler kamen zwischen Mai 1945 und dem Ende des Jahres 1947 zum größten Teil aus den inneren Kreisen Böhmens und Mährens, teilweise auch aus dem Ausland (besonders Tschechen aus Wolhynien, Jugoslawien und Rumänien). Die Siedler aus den ländlichen Regionen des tschechischen Binnenlandes versprachen sich sozialen Aufstieg durch den Erwerb des vormals deutschen Besitzes. Solche Hoffnungen und die Verbesserung der Lebensumstände waren auch die Hauptmotive bei Kleinunternehmern, Handwerkern und Kaufleuten, die auf Verwaltungsposten und Stellen in der Wirtschaft spekulierten. Kastner weist darauf hin, daß sich ein nicht unerheblicher Teil der Neusiedler aus den schwächeren sozialen Schichten des tschechischen Binnenlandes rekrutierte, unter denen sich auch zahlreiche Abenteuerer und sogenannte „Goldgräber“ befanden, die auf schnelle Bereicherung und eine baldige Rückkehr in ihre ursprünglichen Gemeinden setzten. Am stärksten war der Siedlerstrom aus den direkt an die ehemals deutsch besiedelten Gebiete angrenzenden Bezirken, dem sogenannten „inneren Grenzgebiet“. Der Besiedlungsvorgang vollzog sich häufig in Gruppen. Verwandte und Bekannte siedelten sich nach Möglichkeit am selben Ort an. Diese Gruppen bildeten den sozialen Kern einer neu entstehenden örtlichen Gemeinschaft.

Nach 1947 verlor der Besiedlungsprozeß an Intensität und mündete allmählich in eine regressive Migration. 1947 lag die Bevölkerungszahl im Grenzgebiet um etwa ein Drittel niedriger als im Jahr 1930. Trotz des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs verzeichneten die Städte, besonders die Bezirksstädte, ein kräftiges Wachstum ihrer Einwohnerzahlen. Die Zuwandererströme flossen in die großen Siedlungen, was erhebliche Probleme für einige ländliche Gemeinden mit sich brachte. Weitere Probleme ergaben sich durch die ungleiche Verteilung der Siedlergruppen sowie der Produktionskapazitäten.

Der Autor verdeutlicht anhand der lokalen Vorgänge die Auflösung sozialer Bindungen einschließlich kultureller Traditionen durch die Vertreibung der Deutschen und betont die heterogenen sozialen und kulturellen Werte der Neusiedler. Besonders deutlich drückt sich das in der Veränderung der religiösen Struktur des Grenzgebietes aus. Obwohl die Mehrheit der Neusiedler aus dem tschechischen Binnenland einer Konfession angehörte, war sie religiös wenig aktiv.

Anhand der Auswertung von Anmeldungen und Anträgen der Neusiedler auf die Zuteilung von beweglichem und unbeweglichem Besitz in der Stadt Ústěk und den umliegenden Gemeinden zeigt der Autor, daß es sich bei den Siedlern vorwiegend um jüngere männliche Antragsteller handelte, von denen die meisten im Binnenland als Bauern und Handwerker gearbeitet hatten. Auch einige Altsiedler, die 1938 vor dem neuen nationalsozialistischen Regime im „Reichsgau Sudetenland“ aus ihrer Heimat geflohen waren, kehrten nun zurück. Kastner skizziert die Entstehung einer neuen gesellschaftlichen Struktur und hebt die Bedeutung der Ausbildung von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Vereinen für diesen Prozeß hervor, der allerdings durch die Februarereignisse des Jahres 1948 und seine Folgen unterbrochen wurde.

In den Gemeinden der Region Ústěck gelang es ebensowenig wie im übrigen Grenzgebiet, den Bevölkerungsschwund der durch die Aussiedlung der Deutschen verursacht worden war, mit Hilfe der Neusiedler auszugleichen. Die Parteien der Nationalen Front entfalteten bereits frühzeitig ihre Aktivitäten in der Region. Aus den Wahlen 1946 ging die KPTsch als stärkste Partei hervor. Sie tat sich besonders durch die Inszenierung der feierlichen Ausgabe der Eigentumsdekrete an die Neusiedler hervor, denen auch politische Funktionsträger aus Prag beiwohnten, wie der Vorsitzende des Bodenfonds Josef Smrkovský oder Landwirtschaftsminister Július Ďuriš. Leider bleibt dieser Hinweis einer der wenigen Bezüge des Autors auf die Struktur, die Bedeutung und auch die Akteure der zentralen politischen und administrativen Organe. Kastner gibt interessante Einblicke in die regionalen Vorgänge, verliert sich aber oftmals in Details und ausgiebiger Darstellung der Geschichte der jeweiligen Gemeinden. Die mit den Besiedlungsfragen beauftragten zentralen Behörden wie das Besiedlungsamt und der Fonds der Nationalen Erneuerung des Innenministeriums in Prag, die Zentralkommission für innere Besiedlung und die Besiedlungskommission des ZK der KPTsch werden gar nicht oder nur am Rande erwähnt. So erfährt der Leser nur sehr wenig über die Konfiskation des landwirtschaftlichen Besitzes, die Nationalisierung von Betrieben, die Einsetzung der Nationalverwalter und das Zuteilungsverfahren für die eintreffenden Neusiedler. Da der Bezug auf Pläne und Maßnahmen der tschechoslowakischen Zentralbehörden sowie ein Vergleich mit der Entwicklung in anderen Regionen des Grenzgebietes fehlen, bleiben viele wichtige Fragen offen.

Düsseldorf

Andreas Wiedemann

*Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge.*

C. H. Beck Verlag, München 2001, 442 S., 38 Tab.

Die Deckungsgleichheit von ethnischer Herkunft und Staatsangehörigkeit gehört in Deutschland zum Selbstverständnis von Staat und Gesellschaft seit Gründung des Kaiserreiches – bis heute nicht ohne Widersprüchlichkeiten.

„Fremde Ausländer“ gelangten in den vergangenen Jahren nur in Ausnahmefällen dauerhaft in die Bundesrepublik. Nach der Verschärfung des Asylgesetzes Anfang der neunziger Jahre wurde der uneingeschränkte Einlaß nach Deutschland zumeist nur noch Spätaussiedlern gestattet. Die jedoch auch ihnen oft entgegengebrachte Abwehrhaltung erinnert unter anderem an den Umgang mit den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges, die von der einheimischen Bevölkerung in der frühen Nachkriegszeit, oft als „Pollacken“ beschimpft, mit schweren Ressentiments im Eingliederungsprozeß zu kämpfen hatten. Ursache dafür war besonders die Furcht vor dem Umstand, daß die Fremden arm und damit zunächst Fürsorgeempfänger und schließlich Konkurrenten im harten ökonomischen Verteilungskampf um Wohnung, Arbeitsplatz und soziale Absicherung waren. Doch wer weiß das heute noch? Ulrich Herbert erinnert daran, daß darüber hinaus in manchen Regionen der Übergang von polnischen Zwangsarbeitern des NS-

Regimes zu Vertriebenen aus Ostpreußen lediglich als Austausch von Fremden aus dem Osten empfunden worden ist: daher auch die Weiterverwendung des Schimpfwortes „Pollacken“. Die „Fiktion eines voraussetzungslosen Neuanfangs“ (S.211) in der Ausländerpolitik der Bundesrepublik zu entlarven und die historischen Hintergründe dieser und weiterer Phänomene kanalisiert und systematisch eingeordnet zu haben, ist ein herausragendes Verdienst seines Buches.

Die Definition des Eigenen impliziert die des Fremden, eine grundlegende Erfahrung, die für die gesamte Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland relevant ist. Herbert zeigt in seiner chronologisch angelegten Studie vom ausgehenden 19. bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert, wie bereits die Gesellschaft im Kaiserreich einer solchen Trennung zur Ausbildung ihres inneren Zusammenhalts scheinbar bedurfte. Dabei bediente sie sich einer „aggressiven Politik der Identitätsbildung“ (S.335), die im verspäteten Nationalstaat Deutschland nicht ohne Widersprüche in der Ausländerpolitik blieb. Dem volks- und betriebswirtschaftlichen Interesse an dringend benötigter, billiger Arbeitskraft – repräsentiert durch die polnischen Saisonarbeiter auf dem Lande – standen erhebliche antipolnische Vorurteile entgegen. Herbert entfaltet auf sehr anschauliche Weise alle bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland vorhandenen Elemente der Ausländerpolitik und ihrer Diskussion, die ihre Wirkung bis heute behalten haben.

Während des Ersten Weltkrieges wird aus dem Saisonarbeiter der Zwangsarbeiter. Mehr als 300 000 russisch-polnische Arbeiter werden an einer Rückkehr in ihre Heimat gehindert und zum Arbeitsdienst gezwungen. Die arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen in der Weimarer Republik sind besonders durch die Verrechtlichung und Zentralisierung der Ausländerbeschäftigung gekennzeichnet: so wurde z. B. die bis heute geltende generelle Bevorzugung von inländischen Arbeitnehmern – das sogenannte „Inländerprimat“ – gesetzlich festgeschrieben. In dem fast handbuchartig aufgebauten und sehr gut dokumentierten Text gelingt es Herbert immer wieder, mit großer Sachkenntnis dem Leser besonders die nationalen Traditionen von Zuwanderung und Ausländerpolitik zusammenfassend vor Augen zu führen und dabei die jeweiligen systemimmanenten Widersprüche zu betonen.

Die Formen der Anwerbung und Zuwanderung von Polen zur Saisonarbeit nach Deutschland änderte sich auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zunächst nicht. Arbeitermangel plagte die nationalsozialistische Wirtschaft dann jedoch besonders vor dem Hintergrund der boomenden Rüstungskonjunktur. Die Erfahrungen mit der Zwangsarbeiter-Politik aus dem Ersten Weltkrieg ebenso wie das erwähnte „Inländerprimat“ der Zwischenkriegszeit bildeten bewußt gewählte Anknüpfungspunkte der nationalsozialistischen „Fremdarbeiterpolitik“ der Vorkriegsphase.

Mit Kriegsbeginn 1939 radikalisierte sich die NS-Politik auf diesem Sektor in bis dahin nicht gekannter Art und Weise: das System der „Vernichtung durch Arbeit“ besonders von KZ-Häftlingen und Juden ist heutzutage in zahlreichen Einzel- bzw. Regionalstudien belegt. Der Gegensatz zwischen wirtschaftlichen und ideologischen Prioritäten erreichte in dieser Phase der deutschen Geschichte seinen Höhepunkt: Die zur Kriegführung notwendige Ausbeutung von fast acht Millionen Ausländern im Sommer 1944 stand im schärfsten Widerspruch zur rassistischen NS-Ideologie,

besonders im Hinblick auf die angebliche Gefährdung des „reinen deutschen Blutes“ durch „völkische Überfremdung“.

Die Diskussion um ein „Ausländerproblem“ beschäftigte die deutsche Politik und Gesellschaft auch nach dem Krieg. Nur 16 Jahre später begann mit der Anwerbung von sogenannten „Gastarbeitern“ aus Süd- und Südosteuropa ein weiteres Kapitel dieser Debatte, das seit den achtziger Jahren wiederum von der Asylpolitik überlagert wurde. Die Stärke des Autoren ist es, die verschiedenen Zu- und Einwanderungsprozesse in ihren verschiedenen sich überlappenden Phasen mitsamt ihren komplexen Traditionen leicht verständlich zu erläutern. Auch die „Gastarbeiter“ sollten grundsätzlich – wie im Kaiserreich – als flexible, arbeitsmarktpolitische „Reservearmee“ die bundesdeutsche Wirtschaft stützen, um dann wieder die Koffer zu packen, wenn die Nachfrage erschöpft war. Eine Illusion. „Deutschland ist kein Einwanderungsland“: Diese der Wirklichkeit widersprechende Parole, die auch rückwärtsgewandt gelesen werden kann, wie Herbert in seiner Analyse verdeutlicht hat, charakterisiert die politische Orientierung der jüngsten Vergangenheit. Sie ist verantwortlich dafür, daß viele Probleme der Ausländerpolitik bis heute ungelöst sind: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf – zumindest für weite Teile der verantwortlichen Politiker.

Zwiespältige Bilanz: auf diese Formel bringt der Freiburger Professor die deutsche Ausländerpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts, schwankend zwischen fremdenfeindlichen Traditionen und massenhafter Zwangsarbeit auf der einen Seite, und dem hohen Maß an sozial-rechtlich abgesicherter Integration der zur Zeit ca. acht Millionen Ausländer in der BRD auf der anderen. Vielleicht lohnt für die Zukunft der Blick zurück auf das Phänomen der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg: Wie aus „Fremden“ Einheimische werden können, wenn zu der zwar sehr zögerlichen gegenseitigen Akzeptanz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen auch noch der politische Wille mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen tritt.

München

K. Erik Franzen

*Späti, Christoph: Die Schweiz und die Tschechoslowakei 1945–1953. Wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen im Polarisationsfeld des Ost-West-Konflikts.*

Chronos Verlag, Zürich 2000, 762 S. (Die Schweiz und der Osten Europas 6).

Während die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges durch Themen wie Raubgold, Flüchtlinge und nachrichtenlose Vermögen in den neunziger Jahren starke internationale Beachtung erfuhr, markiert die Nachkriegsperiode einen zentralen Schwerpunkt in der neuesten Schweizer Forschung.<sup>1</sup> Hier setzt auch die umfassende Studie von Späti an, welche am Beispiel der Tschechoslowakei Möglich-

<sup>1</sup> Die aus dem Nationalen Forschungsprogramm NFP 42 über Grundlagen und Möglichkeiten der schweizerischen Außenpolitik resultierenden Syntheseberichte sind aufgeführt unter: [www.snf.ch/NFP42](http://www.snf.ch/NFP42).

keiten und Grenzen der zwischen 1930 und 1950 primär bilateral ausgerichteten schweizerischen Außenpolitik erörtert.<sup>2</sup> Der Verfasser setzt zwei Schwerpunkte: erstens die wirtschaftlichen Beziehungen im Zeichen der zunehmenden Blockbildung, zweitens die Lösung der Entschädigungsfrage der nach 1945 nationalisierten und konfiszierten schweizerischen Vermögenswerte in der Tschechoslowakei. Untersucht wird schließlich der Einfluß der Blockbildung auf andere Beziehungsbereiche, wie die Gestaltung der humanitären Hilfe und die kulturellen Beziehungen. Diese Gewichtung spiegelt sich in der Struktur der Arbeit wider: Der rund 300 Seiten umfassende Teil zu den Entschädigungsverhandlungen wird durch die einleitenden Kapitel (Wandel der inneren und äußeren Rahmenbedingungen, Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1945, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen 1945–1953) und die Schlußkapitel (humanitäre Hilfe, Kulturbeziehungen) gleichsam als Klammer eingerahmt.

Anhand einer Analyse des gegenseitigen Handelsverkehrs stellt der Verfasser überzeugend dar, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen 1945 und 1947 einen steten Aufschwung erlebten. Dieser beruhte insbesondere auf den intakten Produktionsstrukturen, wobei sich die jeweiligen Angebotsprofile, begünstigt durch den Ausfall Deutschlands, ideal ergänzten. Durch die zunehmende Einbindung beider Staaten in die Einflußsphären der Großmächte (Beteiligung der Schweiz an Marshallplan, OEEC und EZU, schrittweise Erfüllung der amerikanischen Embargovorschriften gegenüber den Oststaaten; Verstaatlichung der Produktionsmittel in der Tschechoslowakei, Beitritt zum RGW und Ostorientierung des Außenhandels) fielen die zunächst komplementären Handelsinteressen sukzessive der polarisierenden Interessenbindung innerhalb des Ost-West-Konflikts zum Opfer.

Dennoch avancierte die Schweiz nach 1948 zu einem wichtigen Schlupfloch im amerikanischen Embargogürtel, was der Autor anhand der Ersatzteilbeschaffung für tschechoslowakische Linienflugzeuge paradigmatisch verdeutlicht: Als im Dezember 1949 die Czechoslovak Airlines (ČSA) ein Umgehungsgeschäft für 30 potentiell kriegswichtige Flugzeugmotoren und Ersatzteile des Typs DC-3 über die Schweiz abwickeln wollten, intervenierte die amerikanische Gesandtschaft in Bern, da die geplanten Lieferungen gegen das US-Embargo verstoßen hätten. Der schließlich getroffene Kompromiß macht den schweizerischen Handlungsspielraum deutlich: Am 16. Dezember 1949 verließen Reifen und Propeller die Schweiz per Flugzeug in Richtung Prag, die Motoren selbst wurden auf den unter französischer Hoheit stehenden Flugplatz Basel-Mülhausen verbracht und sollten von dort in die ČSR gelangen. Daß die Schweiz dem amerikanischen Druck somit nur teilweise Rechnung trug, lag in den eigenen Wareninteressen begründet, weil andernfalls die restliche Lieferung von 20 der insgesamt 158 bestellten tschechoslowakischen Škoda-Panzerjäger nicht hätte erfolgen können.

Die Regelung der offenen Finanzforderungen korrelierte eng mit den bilateralen Handelsbeziehungen. Da auch die kommunistischen Machthaber den nunmehr ver-

---

<sup>2</sup> Aufstieg und Fall des »Bilateralismus«. Schweizerische Außen- und Außenwirtschaftspolitik 1930–1960: Rahmenbedingungen, Entscheidungsstrukturen, Fallstudien. Hrsg. v. Peter Hug und Martin Klotter. Zürich 1999.

staatlichten Außenhandel weiterhin als prioritäres Mittel zur Devisenbeschaffung erachteten, verfügte die Schweiz über eine starke Verhandlungsposition, und ihre Entscheidungsträger machten das Zustandekommen neuer Handelsverträge von der Lösung der seit 1945 pendenten Entschädigungsfrage abhängig. Diese konnte – ganz im Gegensatz zu Lichtenstein – durch das schweizerisch-tschechoslowakische Entschädigungsabkommen vom 22. Dezember 1949 abschließend geklärt werden, indem die Schweizer Gläubiger durch eine Globalsumme von 71 Mio. Schweizerfranken abgegolten wurden. Das komplexe Verhandlungsprozedere wird vom Verfasser *in extenso* durchleuchtet. Gerade weil die Untersuchung vergleichbarer Abkommen mit Polen, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien bisher einzig unter dem Aspekt des Schicksals nachrichtenloser Vermögenswerte erfolgt ist,<sup>3</sup> stellt das Entschädigungskapitel einen exemplarischen Beitrag zur schweizerischen Verhandlungsstrategie im Verkehr mit den kommunistischen Oststaaten dar.

Zwar geht die vom Autor gewählte Tiefenschärfe vereinzelt auf Kosten der Prägnanz, dennoch findet sich der Leser dank präziser Inhaltsverzeichnisse, Zusammenfassungen und Register gut im umfangreichen Text zurecht, zudem überzeugt das Werk durch zahlreiche Tabellen und Diagramme, die weit über die üblicherweise angeführten Kennzahlen hinausreichen. Die Bestände der öffentlichen schweizerischen und tschechischen Archive wurden in jeder Beziehung erschöpfend berücksichtigt, wobei die Frage offen bleibt, ob der Zuzug von Quellen privater Interessenverbände (Schweizerischer Handels- und Industrieverein „Vorort“, Schweizerischer Bauernverband), welche wichtige Akteure der damaligen schweizerischen Außenhandelspolitik darstellten, möglicherweise noch einige zusätzliche Erkenntnisse gebracht hätte.

<sup>3</sup> Hug, Peter/Perrenoud, Marc: In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten. Bericht über historische Abklärungen, erstellt im Auftrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern 1997. (Schweizerisches Bundesarchiv Dossier 4).

Zürich

Daniel C. Schmid

*Im Dienst der gemeinsamen Sache. Wolfgang Scheur und Prag 1981–1989. Ve službě společné věci. Wolfgang Scheur a Praha 1981–1989. Hrsg. v. Vilém Prečan und Milan Uhde in Zusammenarbeit mit Ludger Udolph.*

Atlantis, Brno 2001, 334 S., Abb.

Als Projekt des Tschechoslowakischen Dokumentationszentrums (Vilém Prečan) und des Mitteleuropazentrums für Staats-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften an der TU Dresden (Ludger Udolph) ist eine Festschrift zum 80. Geburtstag von Wolfgang Scheur entstanden. Ein abenteuerlicher, von Prečan nachgezeichneter Lebensweg führte den heutigen Jubilar von Widerstand und Verfolgung als junger Mensch in der NS-Zeit, über Exil und Untergrund in der Schweiz, in Jugoslawien und Palästina, nach dem Krieg über Ägypten zurück nach Westdeutschland ins Bundespresseamt und in verschiedene Verwendungen im Auswärtigen Amt – bis hin zum „letzten Posten“ als Kulturreferent an der deutschen Botschaft im Prag der

Normalisierungsära. Dort versah er von 1981 bis zur Pensionierung 1986 nicht nur die damals schwierige Aufgabe, Kulturkontakte zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei zu vermitteln und zu pflegen, sondern er besorgte, in einer zweiten, halb-privaten, aber von seiner Dienststelle tolerierten Ebene, den literarischen und persönlichen „Post“-Verkehr zwischen den Intellektuellen von „Charta '77“ und ihrem Umfeld und dem tschechoslowakischen Exil in der Bundesrepublik (und damit der Weltöffentlichkeit). Dazu mußte Scheur fast täglich seinen in der Jugend erprobten konspirativen Mut bei der Übernahme und Übergabe von Manuskripten oder verbotenen Druckwerken beweisen.

Entsprechend ist der vorliegende, ansprechend gestaltete Band zu einer Sammlung von schönen und informativen Dankadressen (von Havel bis Šiklová und von Pithart über Gruša bis Vaculík und anderen Vertretern des tschechischen Dissens) an den heute im Melsunger Ruhestand lebenden Adressaten der Festschrift und seine Frau geraten. Schon aus diesen Grußworten erfährt man vieles über die Atmosphäre der achtziger Jahre in Prag. Mehr noch aber lernt man darüber aus dem Abdruck eines Teils der umfangreichen Korrespondenz zwischen Scheur und Prečan, dem wichtigsten Partner auf westdeutscher Seite, und aus Scheurs trockenen, aber nichtsdestoweniger spannenden Aufzeichnungen über die Zeit von 1981 bis 1989. Den Texten dieses Bandes wären ergänzend andere von Prečan und von Bedřich Loewenstein (in: Festschrift Loewenstein 1999) an die Seite zu stellen, die die Situation in den siebziger Jahren schildern, also vor der Ankunft von Scheur in Prag.

So bildet dieses Buch ein Denkmal des persönlichen Mutes einer Personengruppe, der dazu beigetragen hat, der Diktatur nicht nur die Stirn zu bieten, sondern sie zwei Jahrzehnte lang zu überlisten und den verbotenen Dialog mit der Außenwelt dennoch aufrechtzuerhalten. Dieser Dialog hat es in mancher Hinsicht ermöglicht, daß die tschechischen Dissidenten 1990 nahtlos und ohne Verzögerung – trotz vorheriger dauernder Isolierung durch das Regime – wieder in den internationalen Diskurs eintreten konnten.

Marburg

Hans Lemberg

*Zpráva Českého helsinského výboru o stavu lidských práv v České republice v roce 1999 [Bericht des Tschechischen Helsinki-Ausschusses über den Stand der Menschenrechte in der Tschechischen Republik im Jahre 1999].*

Český helsinský výbor, Praha 2000, 152 S.

Zum sechsten Mal veröffentlicht der Tschechische Helsinki-Ausschuß seinen Jahresbericht über Gewährleistung und Schutz der Menschenrechte. Der 1988 von Dissidenten, vorwiegend aus dem Kreis um die „Charta '77“ gegründete Ausschuß hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Einhaltung der in der Urkunde der Grundrechte und Grundfreiheiten und in den von der Tschechischen Republik ratifizierten internationalen Abkommen garantierten Menschenrechte zu überwachen und auf Verletzungen dieser Bestimmungen hinzuweisen. Seine Rolle hat sich seit 1988 insofern geändert, als jetzt von der Regierung der Tschechischen Republik ein Regierungsbevollmächtigter für die Menschenrechte ernannt und zum Vorsitzenden

des Rats für Menschenrechte, des Rats für die Nationalitäten der Tschechischen Republik und auch der Interministeriellen Kommission für Angelegenheiten der Gemeinschaft der Roma bestellt wurde. Der Helsinki-Ausschuß fühlt sich aber weiterhin verpflichtet, dem Rat für Menschenrechte und den zuständigen staatlichen Stellen „kritische Signale“ zukommen zu lassen, wenn gegen Menschenrechte verstoßen wird.

Der vorliegende, mit Unterstützung der Ford-Stiftung veröffentlichte Jahresbericht ist in zwanzig Kapitel gegliedert, in denen die Rechte der Kinder, der Frauen, der Senioren, der Obdachlosen, der Patienten usw. behandelt werden. Ausführlich werden die durch die jüngste Gesetzgebung auf dem Gebiet der Staatsangehörigkeit, des Asylwesens oder der Wehrpflicht herbeigeführten Neuerungen erläutert und über geplante Gesetzesänderungen referiert, etwa die Reduzierung des Instanzenzugs im Straf- und Zivilprozeß, die unterschiedliche Gestaltung der Gerichts- und Verwaltungssprengel, der Verzicht auf ein Oberstes Verwaltungsgericht (obwohl in der Verfassung vorgesehen) oder die Privatisierung des Exekutionswesens. Der Bericht enthält kein Kapitel über die Religionsfreiheit, auch auf eine Analyse der ökonomisch-sozialen Situation, etwa die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit – darauf wird im Vorwort verwiesen – wird verzichtet.

Im Kapitel über den Schutz nationaler Minderheiten nimmt die Frage der Roma und hier vor allem der Bau einer vier Meter hohen Mauer in der Stadt Ústí nad Labem (Aussig), durch die die Wohnungen der Roma von denen der übrigen Bewohner getrennt werden sollten, breiten Raum ein. Von der deutschen Minderheit wird gesagt, daß sie die ihr durch die Nachkriegsgesetzgebung auferlegte Kollektivschuld und die daraus resultierende Verweigerung von Restitutionsleistungen als unbefriedigend empfindet.

Schade, daß diese nützliche Broschüre, die so mutig gegen jede Form der Diskriminierung ankämpft, selbst nicht ohne die Diskriminierung anderer auskommt: Sie fordert die tschechischen Beamten zu einer „Entösterreicherung“ auf und versteht darunter die Befreiung von „gegenüber dem Ausland bisweilen aggressiven Abwehrgewohnheiten“.

Linz

Helmut Slapnicka

## SUMMARIES

### WORKERS IN STATE SOCIALISM: A THEORETICAL GUIDE

*Christoph Boyer*

The interpretational approach of extending social history of the working people to mentalities has at its core the interaction between factory environments and systemic macrostructures, the dialectics of political alignment and resistance. The ethics of a spartan life, increased output and political-mindedness in the working place meet with workers' communities of differing levels of consolidation. Conflicts are resolved by coercion, but also by evasive tactics or strategies of negotiation and pacification. The variant enjoying the greatest success is the pacification of the workers by social politics, by offering greater scope for consumption. After the failure of the attempts at reform during the 1960s, this becomes the principal feature of "real socialism" in the GDR and "normalization" in Czechoslovakia.

### IDENTITY PATTERNS AND CONFLICT BEHAVIOUR OF THE INDUSTRIAL WORKFORCE IN THE SOVIET ZONE OF OCCUPATION/GDR

*Peter Hübner*

Not only did industrial workers represent the numerically strongest social layer of GDR society, they were also understood to be the most important target for social policies of the GDR administration. On one hand, the regime wanted to obtain legitimacy by means of displaying what it meant by "working class" in a kind of stage production, and on the other hand industrial workers did indeed have a model function for the "socialist working society". Nevertheless the GDR workers retained strong traditional features, both on the shop floor and in tackling problems of their daily life. An industrial policy which was remarkably conservative, in spite of all the rhetoric about socialist industrialization and modernization, contributed to the long-term stability of the working community. This discrepancy between the stability of the social environment and the party's totalitarian claim to the right to mould society as it saw fit resulted in a specific conflict strategy being displayed by the workers. This was predominantly defensive, aimed at avoiding wage reductions and injustice in payment and supplies. Workers saw their opportunities more in sticking with the tried and tested than in embracing change.

SOCIAL AND POLITICAL CONFLICTS OF THE  
NOWA HUTA STEEL WORKERS DURING  
THE SOCIALIST TRANSITION

*Dagmara Jajeśniak-Quast*

The present article examines the social and political conflicts that affected the working population during the socialist industrialization in Poland in the 1950s and 1960s as exemplified by the Nowa Huta steel works near Cracow. Among the consequences of the far-reaching transformation of these years was a systemic and structural turnaround in favour of heavy industries. Part of this process was the construction of the steel works in Nowa Huta, the biggest single project of the 1950–55 Six Year Plan. As a consequence of nationwide propaganda and recruiting efforts, the ever-growing workforce was made up of people of widely differing backgrounds. Now they were expected to form a new working community. The bitter clash of their hopes and wishes with the harsh reality of the Nowa Huta construction site could not fail to produce tensions. The constant pressure to adapt to ceaselessly changing living conditions and growing demands on production often met with resistance and protests on the part of the workers.

ARMS INDUSTRY AS “DEVELOPMENT AID”:  
THE RELOCATION OF PRODUCTION CAPACITY  
FROM WESTERN BOHEMIA TO SLOVAKIA

*Jennifer Schevardo*

After World War II, Czechoslovakia's administrative unity was to be underpinned by economic integration of the two constituent countries. This meant specifically supporting the hitherto largely agrarian Slovak part of the nation. Relocating production capacities from the west to the east became one of the most important measures in this field. In the framework of the post-February-1948 transformation of the economy according to the socialist model, Slovak-based plants had to specialize directly in those branches of heavy industry which enjoyed the greatest demand. This decision was partly also caused by the Cold War.

The present contribution illustrates the concrete measures involved in these relocations on the case of an arms producing department of the Škoda works in Plzeň, examining, in particular, the freedom of action enjoyed by the principal players and the methods of enforcing ideologically-motivated decisions at the lowest level.

## THE SOCIAL SITUATION OF MINERS IN THE OSTRAVA-KARVINA REGION, 1945-1955

*Dušan Janák*

The extensive increase of coal production in the Ostrava-Karvina mining region between 1945 and 1955 was made possible by utilizing several categories of forced labour: In 1945 and 1946, interned Germans were put to work there, and following their expulsion, up to 1950, volunteers from the armed forces took their place. From 1950 to 1954, the technical battalions were supplemented by auxiliary battalions, and from 1949, on a smaller scale, by prisoners. In addition, up to 1951 inmates of forced labour camps worked in the coal mines. The wage structure for the workers, formed after the Soviet model and introduced in successive stages in 1947, 1949 and 1951, was among the factors contributing to a decrease in the numbers of long-term employees and a corresponding increase in the numbers of unskilled volunteers. Forced labour was housed in special camps, volunteers in hostels where living conditions were not much better. The labour problem of the Ostrava-Karvina mining region, however, remained, and even when thousands of flats were allocated to the workers, this brought only a partial solution.

## THE UNION COUNCIL OF THE OSTRAVA DISTRICT AND THE DEVELOPMENT OF THE WAGE SYSTEM, 1949-59

*Jiří Mašata*

This article offers an overview of the policies governing wage allocation during the 1950s. It traces changes in the system of work norms and wage rates in the period 1950-52 and again in 1958-59. Those changes aimed at ensuring swift economic growth while at the same time keeping wage rises to a minimum. Special attention is devoted to the participation of the unified trade union, ROH, and especially its supreme organs, the District Councils, in the wage reforms. Its activities are examined in the exemplary case of the most important industrial district in prewar Czechoslovakia, the Ostrava district. Analysis of wage policies in the Ostrava district gives ample evidence that the role of the unions after the February 1948 turn-around switched from an organization representing workers' interests to the role of agent of the highest state and party organs.

ASPECTS OF THE SOCIAL ENVIRONMENT OF  
INDUSTRIAL WORKERS IN CZECHOSLOVAKIA  
FROM THE END OF WORLD WAR II UP TO THE  
REFORM MOVEMENT IN THE SIXTIES

*Peter Heumos*

Typical for the social environment of the industrial workers in Czechoslovakia between 1945 and 1968 are strategies of downplaying and sealing oneself off. These are examined with respect to three problem areas – shift working, factory-owned social clubs and working ethics. Those strategies did not represent a fundamental rejection of the communist regime, they were an attempt at maintaining a traditional living and working environment and at dodging or at least weakening over-bureaucratization and -ideologization of the production process by trade unions and the party. The social sphere of the industrial workforce demonstrates specific limits of communist power, and those are to be found, among other things, in organizational preferences of the workers which in 1968 were the starting point of an inner-trade-union reform debate aimed at reestablishing “classical” roles and responsibilities of the unions.

THE POSITION OF CZECH WORKERS AND UNIONS  
ON ECONOMIC AND SOCIAL REFORMS IN THE SIXTIES

*Lenka Kalinová*

In 1963, afraid of the economic crisis resulting in mounting social tension, Czechoslovakia's political leadership finally consented to economic reforms. In the years that followed, these reforms took considerable turns both in theory and practice. They were supported by workers and unions, although they lowered social security standards. They were made more acceptable by the fact that they were accompanied by social reforms and that independent social activity was now tolerated. During the “Prague spring”, the unions' freedom of action increased once more, and as far as setting up democratic organs within the factories was concerned, unions assumed a leading role. The new workers' committees demonstrated that the workers were not trying to simply defend their day-to-day interests, but also to bring about democratic conditions in society in general as well as within the factories. Increased independence of the unions and the influence of the workers' committees, however, met with resistance by anti-reform forces at home and abroad, especially after the august of 1968.

## THE „CZECH LIBRARY“

*Steffen Hübne*

Czech literature is something the average German reader is not aware of. To rectify this shortcoming, the “Czech library” has been initiated three years ago. Until 2008, this book series will offer a representative cross section of Czech literary life. Up to the moment, ten volumes have been published which reflect developments from the literature of the national reawakening up to contemporary drama. The inter-war republic is represented by selected works by Karel Čapek, Tomáš G. Masaryk, and two authors who are almost unknown in Germany: Milada Součková and Vladislav Vančura. Their fate links them to the years of German occupation. The horrors of this time are related in Jiří Weil’s „Leben mit dem Stern“ (Living with the Yellow Star). Jaroslav Duchych – an exponent of modern catholic literature – takes the reader to the deserted border region of the 1950s, where his heroes do not find the paradise they expected but the problems of a past not dealt with. The latest Czech library volume is an anthology of plays by Václav Havel, Ivan Klíma, Pavel Kohout, Jachým Topol, and Milan Uhde.

OLD IMAGES AND NEW PERSPEKTIVES:  
RECENT WORKS ON SLOVAK HISTORY*Martina Winkler*

The splitting up of former Czechoslovakia resulting in two national states has caused, as far as the Slovaks are concerned, an increasing demand for their “own history”, which is met by several new comprehensive histories and historical dictionaries. Many of these syntheses offer the national state as the logical goal of Slovak history, with the historical subject being mostly a mixture of territory and nation. Some of the newer works are openly nationalist and anti-Semitic and entirely uncritical of the 1939–45 Slovak state, a fact which has brought about some controversy among Slovak historians. Some contributions, however, do make use of newer ethnologic research and offer a more differentiated view of Slovak society. Although in recent years some commendable works on inter-war Slovak history have appeared abroad, the present article detects strong political or personal motives for dealing with Slovak history even with many non-Slovak authors, resulting either in yet another account coloured by national stereotypes or in the making up of new historical legends.

## RÉSUMÉS

### LES OUVRIERS SOUS LE SOCIALISME D'ÉTAT: UN FIL CONDUCTEUR DANS LE DESSEIN THÉORIQUE

*Christoph Boyer*

Le cadre d'interprétation d'une histoire sociale des ouvriers en l'«élargissant» aux mentalités s'organise autour du thème de l'interaction du monde de l'entreprise et des macrostructures du système, c'est-à-dire de la dialectique de la formation politique et de la résistance. Les conditions au renoncement à la consommation liées à la construction socialiste, à l'augmentation de la productivité et au travail politisé se heurtent à différents milieux ouvriers plus ou moins durcis. Les conflits sont résolus par la violence mais aussi par des manœuvres échappatoires et des stratégies de négociations et de pacification. La variante ayant le plus de succès est la pacification de la main d'œuvre par la politique sociale et la consommation. Après l'échec des tentatives de réforme dans les années 1960, cette stratégie devient l'empreinte de marque du «Realsozialismus» en Allemagne de l'Est, et de la «normalisation» en Tchécoslovaquie.

### LA MAIN-D'ŒUVRE INDUSTRIELLE DANS LA ZONE D'OCCUPATION SOVIÉTIQUE/RDA: MODELE DE REFERENCE ET ATTITUDE CONFLICTUELLE

*Peter Hübner*

Les ouvriers ne constituaient pas seulement la couche sociale la plus importante de la société de la RDA, ils étaient aussi la référence de base la plus importante de la politique sociale du régime socialiste. Si d'un côté le régime s'efforçait de se légitimer en mettant en scène une «classe des ouvriers», d'un autre côté, par contre, la main d'œuvre industrielle servait de modèle social à la «société ouvrière socialiste». Néanmoins, la classe ouvrière gardait des caractéristiques traditionnelles très marquées dans la vie professionnelle tout comme dans la maîtrise de la vie quotidienne. Malgré toute la rhétorique de l'industrialisation socialiste et de la modernisation, une remarquable politique industrielle conservatrice contribua à long terme à garder le milieu ouvrier stable. Mais prise entre son désir de défendre la stabilité de ce milieu et les prétentions du système totalitaire de la RDA à vouloir organiser les conditions sociales et politiques, la main-d'œuvre de ce pays développa une attitude conflictuelle spécifique. Son attitude était en grande partie défensive, et elle tenta surtout d'éviter des diminutions de salaire, et des inégalités de rémunération et d'approvisionnement. Les ouvriers voyaient qu'ils avaient plus de chance de réussir en s'obstinant plutôt qu'en changeant.

## LES CONFLITS SOCIAUX ET POLITIQUES DES METALLURGISTES DE NOWA HUTA PENDANT LA TRANSFORMATION SOCIALISTE

*Dagmara Jajeśniak-Quast*

Cet essai traite des conflits sociaux et politiques des ouvriers pendant l'industrialisation socialiste de la Pologne dans les années 1950 et 1960 à l'exemple des usines de métallurgie de Nowa Huta près de Cracovie. Parmi les conséquences entraînées par le brutal processus de transformation qui eut lieu pendant cette période, il faut inclure un tournant dans le système et dans la structure au profit de l'industrie lourde. La construction des usines de Nowa Huta s'inscrit dans ce contexte. Ce fut le plus grand projet du plan quinquennal de 1950-1955. Pour couvrir les besoins sans cesse croissant de main-d'œuvre, on embaucha des hommes provenant d'horizons divers qui étaient venus à la suite d'une campagne de recrutement et de propagande dans tout le pays. Ils devaient désormais former une nouvelle main-d'œuvre. Mais la confrontation amère de leurs espoirs et désirs avec la dure réalité sur le chantier de Nowa Huta conduisit inévitablement à des tensions. A la pression permanente de devoir s'adapter à des conditions de vie changeantes et de répondre à des critères de productivité, les travailleurs réagirent souvent par la résistance et la protestation.

## L'INDUSTRIE DE L'ARMEMENT EN TANT QU' «AIDE AU DEVELOPPEMENT»: LE DEPLACEMENT DES UNITES DE PRODUCTION DE BOHEME OCCIDENTALE EN SLOVAQUIE

*Jennifer Schevardo*

Après la deuxième Guerre mondiale, l'unité de l'Etat tchécoslovaque devait être consolidée par l'intégration économique des deux parties du pays. Pour réaliser cet objectif, il fallait orienter dans cette direction la Slovaquie qui était restée jusque là fortement agricole. L'une des principales méthodes consista à déplacer les unités de production de l'ouest à l'est du pays. A partir de février 1948, au cours de la transformation de l'économie tchécoslovaque vers un modèle socialiste, l'industrie désormais implantée en Slovaquie fut directement spécialisée dans les domaines préférentiels de l'industrie lourde. La guerre froide joua aussi un rôle important dans cette prise de décision. Dans l'essai suivant, la manière concrète dont se déroula ce déplacement est illustrée à l'exemple du cas d'un service de l'armement des usines Škoda de Plzeň. Les marges de manœuvres des différents acteurs ainsi que la manière de la mise en place de décisions motivées par des raisons idéologiques sont analysées dans le moindre détail.

## LA CONDITION SOCIALE DES MINEURS DU BASSIN HOUILLER DE OSTRAVA-KARVINA DANS LES ANNEES 1945-1955

*Dušan Janák*

L'augmentation extensive de l'extraction du charbon dans le bassin houiller de Ostrava-Karvina dans les années 1945-1955 put se faire grâce à l'emploi de personnes astreintes aux travaux forcés et aux volontaires. Dans les années 1945-1946, on comptait dans cette catégorie des Allemands internés, mais après qu'on les eut expulsés de Tchécoslovaquie, ils furent remplacés par des volontaires, surtout des militaires. Dans les années 1950-1954, des bataillons d'aide techniques vinrent soutenir les bataillons techniques. A partir de 1949 s'y ajoutèrent encore, bien que dans une moindre mesure, des prisonniers. En outre, des hommes qui étaient internés dans des camps de travail travaillèrent dans le bassin houiller jusqu'en 1951. Les systèmes des rémunérations des mineurs, élaborés en 1947, 1949 et 1951 sur le modèle soviétique, contribuèrent à réduire le nombre des travailleurs de longue durée et à augmenter celui des volontaires non qualifiés. Les travailleurs soumis aux travaux forcés étaient rassemblés dans des camps de travail, et les volontaires dans des foyers où les conditions n'étaient d'ailleurs guère meilleures. Le problème du manque de main-d'œuvre du bassin houiller d'Ostrava-Karvina continua malgré tout à persister. Et l'attribution de milliers de logements aux mineurs n'arriva pas vraiment à le résoudre.

## LE CONSEIL SYNDICAL DE DISTRICT A OSTRAVA ET L'EVOLUTION DU SYSTEME SALARIAL DANS LES ANNEES 1949-1959

*Jiří Mašata*

L'essai suivant donne un aperçu sur l'évolution de la politique salariale en Tchécoslovaquie dans les années 1950. Il fait une ébauche des transformations dans le système de la fixation des normes de travail et de rémunération, établies dans les années 1950-1952 et 1958-1959, et dont le but était de maintenir une croissance économique rapide par des augmentations de salaire les plus basses possibles. Une attention particulière est portée à la participation du syndicat de l'unité ROH aux réformes salariales et notamment à celle de l'organisme syndical le plus haut, le Conseil syndical de district. L'auteur a fait des recherches sur les activités de celui-ci en prenant l'exemple de la plus importante région industrielle de la Tchécoslovaquie d'avant-guerre, la zone industrielle d'Ostrava. La transformation du rôle des syndicats après février 1948, qui passa d'une représentation des intérêts de la main-d'œuvre à une aide pour réaliser le plan des plus hauts organes de l'Etat et du parti, est révélée tout particulièrement par la politique salariale appliquée dans la zone d'Ostrava.

ETUDE DU MILIEU SOCIAL DE LA MAIN-D'ŒUVRE  
INDUSTRIELLE EN TCHECOSLOVAQUIE DE LA FIN  
DE LA DEUXIEME GUERRE MONDIALE JUSQU'AU  
MOUVEMENT REFORMATEUR DES ANNÉES 1960

*Peter Heumos*

Dans les années 1945–1968, un aspect caractéristique du milieu social de la main-d'œuvre industrielle en Tchécoslovaquie était constitué par ses stratégies d'apaisement et d'isolement qui étaient liées à trois facteurs (décrits plus en détail): le travail en équipe, les clubs d'entreprises et la morale au travail. Ces stratégies n'exprimaient pas un refus de fond du régime communiste; elles tentaient plutôt de préserver des modes de vie et de travail traditionnels, et de contourner et de diminuer la surcharge bureaucratique et idéologique du monde de l'entreprise et du processus de production contrôlés par les syndicats et le parti. Le milieu social de la main-d'œuvre industrielle fait ressortir les limites spécifiques du pouvoir communiste. Ces limites se trouvaient entre autres dans la manière de s'organiser des travailleurs, qui constitua en 1968 le point de départ à la discussion sur la réforme syndicale, qui visait à rétablir le rôle «classique» des syndicats.

LA POSITION DE LA MAIN-D'ŒUVRE OUVRIERE  
TCHEQUE ET DES SYNDICATS FACE A LA REFORME  
ECONOMIQUE ET SOCIALE DANS LES ANNEES 1960

*Lenka Kalinová*

En 1963, les dirigeants politiques de la Tchécoslovaquie, se décidèrent à mettre en route une réforme économique par peur d'une augmentation des tensions sociales dues à la crise économique. Dans la théorie et la pratique, cette réforme fut à l'origine de grandes transformations et soutenue par les travailleurs et les syndicats, bien qu'elle apportât avec elle son lot d'insécurité sociale dans le travail. Une réforme sociale et l'autorisation d'activités sociales contribuèrent à rendre acceptable la réforme. Pendant le «printemps de Pragues», les syndicats gagnèrent de nouveau en souveraineté et jouèrent un rôle de pionner en créant, sur les lieux de travail, des organes démocratiques. L'activité des conseils ouvriers nouvellement créés mit clairement en évidence qu'il ne s'agissait pas pour les travailleurs de défendre leurs intérêts personnels quotidiens mais d'imposer des conditions démocratiques dans la société et dans les entreprises. L'indépendance croissante des syndicats et l'influence des conseils ouvriers se heurtèrent cependant, surtout en août 1968, à la résistance de forces opposées à la réforme à l'intérieur du pays et à l'étranger.

## LA BIBLIOTHEQUE TCHEQUE

*Steffen Höhne*

La littérature tchèque est toujours de nos jours peu connue du public de langue allemande. Pour remédier à cette situation, on a créé il y a trois ans la «bibliothèque tchèque». D'ici 2008, elle devrait offrir dans 33 tomes un échantillon représentatif des œuvres littéraires tchèques. Dix titres ont déjà paru dans cette série: ils couvrent la période allant de la littérature de la renaissance nationale jusqu'au drame contemporain. Pour la République de l'entre-deux-guerres, on y trouve des œuvres de Karel Čapek, Tomáš G. Masaryk et des auteurs pratiquement inconnus en Allemagne, Milada Součková et Vladislav Vančura. Leurs destins nous conduisent à travers les années d'occupation, dont Jiří Weil dépeint les horreurs de cette «vie avec l'étoile». Jaroslav Durych – un représentant des catholiques modernes – nous conduit dans la zone frontalière abandonnée des années 1950 où, à la place du paradis tant espéré, c'est le poids d'un passé non maîtrisé qui attend son protagoniste. Le dernier tome de la bibliothèque tchèque contient des drames de Václav Havel, Ivan Klíma, Pavel Kohout, Jachým Topol et Milan Uhde.

VIEILLES IMAGES ET NOUVELLES PERSPECTIVES:  
LES TRAVAUX ACTUELS SUR L'HISTOIRE SLOVAQUE*Martina Winkler*

La partition de la Tchécoslovaquie en deux Etats nationaux a provoqué en Slovaquie le besoin renforcé de développer «sa propre histoire». Ce besoin se manifeste par une série de nouvelles représentations d'ensemble et de lexiques historiques. Beaucoup de ces synthèses préparent à la logique de l'histoire de l'Etat-nation slovaque; le sujet historique est la plupart du temps un mélange tiré du territoire et de la nation. Quelques-uns des travaux plus récents sont ouvertement nationalistes et antisémites, et dépourvus totalement de sens critique dans la représentation de l'Etat slovaque (1939-45), ce qui a conduit à des controverses parmi les historiens slovaques. Cependant, certains travaux profitent de nouvelles connaissances comme par exemple dans l'ethnologie, et donnent une image intérieure variée de la société slovaque. Si en même temps au cours des dernières années, en dehors de la Slovaquie, quelques représentations recommandables sur l'histoire slovaque de l'entre-deux-guerres ont vu le jour, l'auteur de cet essai constate aussi auprès des auteurs non-slovaques une motivation souvent très forte, soit politique ou soit influencée par des sympathies personnelles, pour se rapprocher de l'histoire slovaque, ce qui conduit finalement à reproduire des stéréotypes nationaux ou à produire de nouvelles légendes historiques.

## RESUMÉ

### DĚLNÍCI V STÁTNÍM SOCIALIZMU: RUKOVĚŤ S TEORETICKÝM ZÁMĚREM

*Christoph Boyer*

Interpretační rámec sociálních dějin dělnictva „v rozšíření“ o způsoby myšlení tematizuje vzájemné působení závodních prostředí a systemických makrostruktur, dialektiku politického formování a rezistence. Nároky na spotřební zdrženlivost, stupňování výkonnosti a zpolitizovaná práce, spojené s výstavbou socialismu, narážejí na rozličná, více či méně upevněná pracovní prostředí. Konflikty jsou zpracovávány násilím, ale i taktikou vyhýbání a strategiemi vyjednávání a pacifikace. Nejúspěšnější variantou je pacifikace dělnictva pomocí sociální politiky a ukájením spotřebitelských nároků. Po ztroskotání reformních úsilí šedesátých let se tato varianta stane v NDR signaturou „reálného socialismu“, resp. „normalizace“ v Československu.

### VZORCE TOTOŽNOSTI A CHOVÁNÍ PRŮMYSLOVÉHO DĚLNICTVA V KONFLIKTNÍCH SITUACÍCH V SOVĚTSKÉ OKUPAČNÍ ZÓNĚ A V NDR

*Peter Hübner*

Průmysloví dělníci představovali nejen nejsilnější sociální vrstvu společnosti NDR, ale platili i za nejdůležitější opěrný bod společensko-politické aktivity Jednotné socialistické strany Německa (SED). Režim se jednak snažil legitimovat se inscenováním „dělnické třídy“, jednak mu dělnictvo sloužilo také za symbol vůdčí síly „socialistické pracovní společnosti“. Nicméně dělnictvo v NDR pořád ještě zachovávalo velmi silné tradiční rysy, a to jak v běžné praxi pracovního procesu, tak i při zvládání každodenního života. Přes veškeré řečnění o socialistické industrializaci a modernizaci přispívala pozoruhodně konzervativní průmyslová politika k dlouhodobé stabilitě dělnických milieů. Vnímání stability vlastního životního prostředí na jedné straně a totalitárního nároku SED na utváření společensko-politických poměrů na straně druhé mělo za následek specifické chování průmyslového dělnictva v konfliktních situacích. Toto chování bylo převážně defenzivní a směřovalo především k zamezování ztrát ze mzdy a zabraňování nespravedlnosti při určování výše platu a při zásobování. Dělníci spatřovali své šance spíše ve snášení situace nežli v její změně.

## SOCIÁLNÍ A POLITICKÉ KONFLIKTY OCELÁŘŮ Z NOWÉ HUTY V DOBĚ SOCIALISTICKÉ TRANSFORMACE

*Dagmara Jaješniak-Quast*

Předkládaný článek pojednává o sociálních a politických konfliktech dělníků během socialistické industrializace Polska v padesátých a šedesátých letech na příkladu hutě v Nowé Hutě u Krakova. K důsledkům mohutného transformačního procesu, který proběhl v těchto letech, patřily i změny systému a struktury ve prospěch těžkého průmyslu. Do tohoto kontextu spadá i stavba hutě v Nowé Hutě, která byla největším projektem šestiletého plánu v letech 1950–1955. Stále vzrůstající počet zaměstnanců tvořili lidé nejrůznějšího původu, které verbovala pro Nowou Hutu široká propaganda a náborové akce. Ti se teď měli stát novým dělnictvem. Ostrá konfrontace jejich nadějí a přání s tvrdou realitou na stavbě vedla nutně k napětím. Dělníci reagovali na stálý tlak, přizpůsobovat se měnícím se životním podmínkám a stoupajícím nárokům na výkonnost, často odporem a protesty.

## ZBROJNÍ PRŮMYSL JAKO „POMOC ROZVOJOVÝM ZEMÍM“: PŘESÍDLOVÁNÍ PRODUKČNÍCH KAPACIT ZE ZÁPADNÍCH ČECH NA SLOVENSKO

*Jennifer Schevardo*

Po druhé světové válce měla být státní jednota Československa upevněna hospodářskou integrací obou částí země. K tomu bylo zapotřebí systematicky podporovat doposud agrárně orientované Slovensko. Jednou z nejdůležitějších metod se přitom stalo přesídlení produkčních kapacit ze západu na východ země. V průběhu transformace československého průmyslu byl průmysl, usazený na Slovensku, podle socialistického modelu od února 1948 specializován přímo na přednostní oblasti těžkého průmyslu. Při tomto rozhodnutí hrála důležitou roli i studená válka. V předkládaném příspěvku je konkrétní průběh tohoto přesídlování znázorněn na příkladě zbrojního oddělení plzeňské Škodovky. Přitom jsou na mikrourovni vyšetřovány především možnosti samostatného jednání zúčastněných osob a způsob prosazování ideologicky motivovaných rozhodnutí.

## K SOCIÁLNÍMU POSTAVENÍ HORNÍKŮ V OSTRAVSKO- KARVINSKÉM REVÍRU V LETECH 1945–1955

*Dušan Janák*

Extenzivní zvyšování těžby v ostravsko-karvinském revíru se v letech 1945–1955 realizovalo nasazením různých kategorií nucených pracovníků a brigádníků. V letech 1945–1946 to byli internovaní Němci, po jejich odsunu do roku 1950 hlavně vojenští brigádníci. V letech 1950–1954 se jednalo o příslušníky pomocných tech-

nických praporů, které nahradily technické prapory; od roku 1949 v menší míře i o vězně a do roku 1951 také o muže internované v táborech nucené práce. Dělnické mzdové soustavy, připravené podle sovětského vzoru v letech 1947, 1949 a 1951, přispívaly současně k úbytku stálých pracovníků a přílivu nekvalifikovaných brigádníků. Nucení pracovníci byli soustředováni v pracovních táborech, brigádníci na ubytovnách, kde však životní podmínky nebyly o mnoho lepší. Ani pomocí přidělování tisíců bytů se dlouhodobě nedařilo v revíru udržet požadované množství pracovníků.

## KRAJSKÁ ODBOROVÁ RADA V OSTRAVĚ A VÝVOJ MZDOVÝCH SOUSTAV V LETECH 1949–1959

*Jiří Mašata*

Článek podává stručný přehled vývoje mzdové politiky v ČSR v průběhu padesátých let. Nastihuje změny v systému normování a odměňování práce, které proběhly v letech 1950–52 a 1958–59 a které měly za cíl zachovat tempo hospodářského růstu při co nejmenším růstu mezd. Zvláštní pozornost věnuje účasti jednotné odborové organizace ROH na mzdových reformách, přičemž sleduje zejména činnost Krajské odborové rady v Ostravě, působící v nejvýznamnějším průmyslovém regionu poválečné ČSR. Změna role ROH po únoru 1948 z orgánu zastupujícího zájmy pracujících ve vykonavatele vůle nejvyšších státních a stranických orgánů se stává obzvláště zřejmou v otázkách mzdové politiky na Ostravsku.

## ASPEKTY SOCIÁLNÍHO PROSTŘEDÍ PRŮMYSLOVÉHO DĚLNICTVA V ČESKOSLOVENSKU OD KONCE DRUHÉ SVĚTOVÉ VÁLKY DO DOBY REFORMNÍHO HNUTÍ ŠEDESÁTÝCH LET

*Peter Heumos*

Pro sociální prostředí průmyslového dělnictva v Československu v letech 1945–1968 byly charakteristické strategie defenzívy a odpírání poslušnosti, které jsou blíže ukázány na třech komplexech: na otázce směnnosti, závodních klubů a otázce pracovní morálky. Tyto strategie nebyly výrazem zásadního odmítání komunistického režimu, ale představovaly pokus, jak zachovat tradiční způsob života a pracovních poměrů. To se dělo zmírňováním ideologického přetěžování pracovního prostředí i samého výrobního procesu a oslabováním nátlaku, kterými ovládaly odbory a strana závody. Sociální prostředí průmyslového dělnictva umožňuje rozpoznat hranice komunistické moci; ty tvořilo m. j. vystupování dělníků v organizacích, které se stalo v roce 1968 výchozím bodem v diskuzi o reformě odborů a směřovalo k obnovení jejich „klasické“ role.

POSTOJ ČESKÉHO DĚLNICTVA A ODBORŮ  
K HOSPODÁŘSKÉ A SOCIÁLNÍ REFORMĚ  
V ŠEDESÁTÝCH LETECH

*Lenka Kalinová*

V roce 1963 přistoupilo politické vedení Československa z obav před rostoucím sociálním napětím následkem hospodářské krize k provedení ekonomické reformy. Teorie a praxe reformy prodělaly v dalších letech velké změny, a přestože reforma znamenala nejprve oslabení sociálních jistot, byla přijímána dělnictvem a odbory s podporou. K tomu přispěla sociální reforma a uvolnění prostoru pro společenskou aktivitu. V době Pražského jara získaly odbory opět suverenitu a postavily se do čela vytváření demokratických orgánů na pracovištích. V činnosti podnikových rad byly patrné nové postoje dělníků, kteří se neomezovali jen na obhajobu svých každodenních zájmů, ale prosazovali i demokratické uspořádání společnosti a poměrů v podnicích. Větší samostatnost odborů a rostoucí vliv podnikových rad narazily však zvláště po srpnu 1968 na odpor protireformních vnitřních a zahraničních sil.

ČESKÁ KNIHOVNA

*Steffen Höhne*

Česká literatura je německému čtenářskému publiku doposud velmi málo známá. Aby se zjedнала náprava tohoto stavu, byla před třemi lety povolána do života Česká literatura. Do roku 2008 by měla ve 33 svazcích představit reprezentativní průřez českou literární tvorbou. V této řadě vyšlo dosud deset dílů, které širokým obložením spojují literaturu národního obrození se současným dramatem. Republiku meziválečného období reprezentují díla Karla Čapka, Tomáše Garrigua Masaryka a v Německu téměř neznámých autorů Milady Součkové a Vladislava Vančury. Jejich osudy převádějí do let okupace, jejíž hrůzy líčí Život s hvězdou Jiřího Weila. Jaroslav Durych, představitel katolické moderny, nás uvádí do opuštěného pohraničí padesátých let, kde jeho protagonisty místo vytouženého ráje očekává břemeno psychicky nezpracované minulosti. Doposud poslední svazek České literatury shrnuje dramata Václava Havla, Ivana Klímy, Pavla Kohouta, Josefa Topola a Milana Uhdeho.

STARÉ OBRAZY A NOVÉ PERSPEKTIVY:  
AKTUÁLNÍ PRÁCE K SLOVENSKÝM DĚJINÁM

*Martina Winkler*

Rozdělení Československa na dva národnostní státy vyvolalo na Slovensku zesílenou potřebu po „vlastních dějinách“; tu uspokojila řada nových přehledných prací a historických lexik. Mnohé z těchto syntéz koncipují logiku slovenských dějin jako směřujících k národnostnímu státu; historický subjekt je většinou míšenina teritoria a národa. Některé novější práce jsou otevřeně nacionalistické a antisemitské a zcela

nekritické v líčení Slovenského štátu (1939–45), což vedlo ke kontroverzím mezi slovenskými historiky. Existují však i práce, které těží např. z nových poznatků etnologie, a to se pak projevilo ve vnitřně rozmanitějším obrazu slovenské společnosti. I když mimo Slovensko vzniklo v posledních letech několik prací k slovenským dějinám meziválečného období, které si zasluhují pozornosti a doporučení, konstatuje autorka i u neslovenských autorů často silnou politickou anebo osobními sympatiemi řízenou motivaci, která nakonec při pokusu přiblížit čtenáři slovenské dějiny vede k reprodukci starých nacionálních stereotypů nebo k vytváření nových dějinných legend.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Adca	Allgemeine Deutsche Creditanstalt
APZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AV ČR	Akademie věd České Republiky
Bebca	Böhmische Escompte Bank und Creditanstalt
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BKV	Betriebskollektivverträge
BohZ	Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder
CEU	Central European University
COCOM	Coordination Committee on Export Control
ČSR	Československá republika
ČZTS	Československé závody těžkého strojírenství
DA	Deutschland Archiv
EU	Europäische Union
EZU	Europäische Zahlungsunion
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWZO	Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V.
HČ	Historický Časopis
KOR	Krajská odborová rada
JKI	Johannes-Künzig-Institut
KNV	Krajský národní výbor
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSČ	Komunistická strana Československa
KSS	Komunistická strana Slovenska
MeZ	Mitteleuropa Zentrum für Staats-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften der TU Dresden
MNO	Ministerstvo národní obrany
OECE	Organisation Européenne de Coopération Economique
OKR	Ostrau-Karwiner Revier
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PPR	Polska Partia Robotnicza
PPS	Polska Partia Socjalistyczna
PTP	pomocné technické prapory
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

ROH	Revoluční odborové hnutí,
SAV	Slovenská akadémia vied
SD	Sicherheitsdienst
SdJ	Sudetendeutsche Jugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SL	Sudetendeutsche Landsmannschaft
SP	Śłużba Polsce
SN	Slovenský národopis
SNB	Sbor národní bezpečnosti
StJB DDR	Statistisches Jahrbuch der DDR
SÚA	Státní ústřední archiv
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ZMP	Związek Młodzieży Polskiej

## MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DES HEFTES

- Freia Anders, Steinstr. 6, 33602 Bielefeld  
Dr. habil. Christoph Boyer, Goethestr. 39, 10625 Berlin  
Prof. Dr. Detlef Brandes, Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Heinrich-Heine-Universität, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf  
Christiane Brenner, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München  
K. Erik Franzen, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München  
Susanne Fritz, Institut für Germanistik, TU Dresden, Mommsenstr. 13, 01069 Dresden  
Dr. Peter Haslinger, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München  
Dr. Peter Heumos, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München  
Prof. Dr. Steffen Höhne, Hochschule für Musik, Studiengang Kulturmanagement, Postfach 2552, 99406 Weimar  
Dr. Peter Hübner, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam  
Dagmara Jajeśniak-Quast, Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Neuzeit, Postfach 1786, 15207 Frankfurt/Oder  
Dr. Dušan Janák, Slezský ústav Slezského zemského muzea, Nádražní kruh 31, CZ-74648 Opava  
Dr. Lenka Kalinová, Václavská ul. 16, CZ - 12000 Praha 2  
Prof. Dr. Dušan Kováč, Ústav historických vied SAV, Klemensova 19, SK - 813 64 Bratislava  
Ursula Küppers, Wörthstr. 18, 94032 Passau  
Prof. Dr. Hans Lemberg, Pappelweg 24, 35041 Marburg/Lahn  
Joseph Liebl, Unterer Sand 16, 94032 Passau  
Prof. Dr. Bedřich Loewenstein, Seehofstr. 131, 14167 Berlin  
Christine Lorenz, Lederergasse 39, 94032 Passau  
Dr. Jana Macháčová, Slézský ústav Slezského zemského muzea, Nádražní kruh 31, CZ-74648 Opava  
Prof. Dr. Michaela Marek, Institut für Zeitgeschichte, Universität Leipzig, Luppenstr. 1B, 04177 Leipzig  
Dr. Jiří Mašata, Slezský ústav Slezského zemského muzea, Nádražní kruh 31, CZ-74648 Opava  
PhDr. Jiří Mikulec, Historický ústav AV ČR, Prosecká 7, CZ-19000 Praha 9  
Jörg Osterloh, August-Bebel-Straße 69, 06108 Halle/Saale  
Jennifer Schevardo, Weichselstr. 5, 10247 Berlin  
Daniel C. Schmid, Hardplatz 15, CH-8004 Zürich  
Prof. Dr. Ferdinand Seibt, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München  
Univ. Prof. Dr. Helmut Slapnicka, Max-Reger-Str. 17, A-4020 Linz  
Helena Srubar, am Harras 12, 81373 München  
PhDr. Tomáš Staněk, Slézský ústav Slezského zemského muzea, Nádražní kruh 31, CZ-74648 Opava  
Dr. Andreas Ströhl, Maistr. 63, 80337 München  
Tobias Weger, M. A., Dachauer Straße 4/I, 82140 Neu-Esting  
Stephanie Weiss, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München  
Marika Werner, Erich-Böhmkestr. 26, 17489 Greifswald  
Andreas Wiedemann, c/o Richterová, Pod Pramenem 1, CZ-14000 Praha 4  
Dr. Martina Winkler, Lenau-Str. 12-13, 12047 Berlin  
Dr. Volker Zimmermann, Wilhelm-Tell-Str. 12, 40219 Düsseldorf